



Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 59

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz
Redaktion: Norbert Frei und Hans Woller

R. Oldenbourg Verlag München 1989

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik

Aus dem Tagebuch von Reinhold Quatz 1928–1933

Herausgegeben von
Hermann Weiß und Paul Hoser

R. Oldenbourg Verlag München 1989

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quaatz, Reinhold:

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer
Republik : aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933 /
hrsg. von Hermann Weiss u. Paul Hoser. – München :
Oldenbourg, 1989

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 59)

ISBN 3-486-64559-5

NE: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe

© 1989 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Satz und Druck: Appl, Wemding

Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-64559-5

Inhalt

| | |
|-------------------------|-----|
| Einleitung | 7 |
| Tagebuch | 25 |
| 1928 | 25 |
| 1929 | 62 |
| 1930 | 98 |
| 1931 | 121 |
| 1932 | 168 |
| 1933 | 221 |
| Abkürzungen | 245 |
| Personenindex | 246 |

Einleitung

Als Alfred Hugenberg am 21. Oktober 1928, einen Tag nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, die Parteivertretung kurz verläßt, trifft er vor dem Sitzungssaal seinen Parteifreund Reinhold Quaatz und fragt ihn: „Was ist zuerst zu tun?“ Quaatz erwidert, außer der Reform der Partei sei es nötig zu zeigen, daß hinter der neuen Führung nicht nur Macht und Wille, sondern auch Ideen steckten. Diese Schilderung aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz kennzeichnet höchst treffend das langjährige Vertrauensverhältnis der beiden. Quaatz, energisch und phantasievoll, mit taktischem Geschick für die parlamentarische Arbeit ausgestattet – obschon ein erklärter Gegner des parlamentarischen Systems –, stand dem meist überarbeiteten und von Geldsorgen gequälten, ehrgeizigen und doch häufig verzagten Hugenberg trotz mancher Zurücksetzung und Kränkung über viele Jahre loyal zur Seite.

Die Tagebücher des Reichstagsabgeordneten Dr. Reinhold Quaatz sind trotz ihrer Lückenhaftigkeit und knappen Diktion für die Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei in der Ära Hugenberg und für den Menschen Hugenberg ein sehr aussagekräftiges, weil unmittelbares Zeugnis, das um so wertvoller ist, als aus dem Umkreis der DNVP außer den Tagebüchern von Karl Passarge keine vergleichbaren Quellen vorliegen. Hugenberg, diese merkwürdige Figur zwischen Hochfinanz und Straßenterror, zunächst Gegenspieler Stresemanns, dann Brünings, Papens und Schleichers, vom Reichspräsidenten Hindenburg aus persönlicher Abneigung lange Zeit der Macht ferngehalten, führte die Reste der einst mächtigen, in der Opposition zerriebenen DNVP in die Koalition mit der NSDAP und besiegelte damit gleichermaßen das Schicksal seiner Partei wie der Weimarer Republik.

Die Endphase von Weimar ist der wohl am gründlichsten erforschte Abschnitt der neueren deutschen Geschichte¹. Gleichwohl liegen viele Einzelheiten, namentlich der

¹ Zu den Grundproblemen und Tendenzen der Forschung vgl. Eberhard Kolb: *Die Weimarer Republik*, München–Wien 1984; Dieter Gessner: *Das Ende der Weimarer Republik*, Darmstadt 1978. Zur Geschichte der DNVP vgl. Werner Liebe: *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, Düsseldorf 1956; Manfred Dörr: *Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928*, Marburg 1964; Denis Paul Walker: *Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930*, Cambridge 1976; Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen: *Die Deutschnationale Volkspartei*, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960. Zum Umfeld der DNVP vgl. Alfred Kruck: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939*, Wiesbaden 1954; Jan Striesow: *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922*, 2 Bde., Frankfurt 1981; Dieter Gessner: *Agrarverbände in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1976; Erasmus Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933*, Düsseldorf 1965; Volker R. Berghahn: *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966; Iris Hamel: *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893–1933*, Frankfurt 1967. Als neuere Arbeiten aus dem persönlichen Umkreis von Quaatz vgl. Gabriele Clemens: *Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik*, Mainz 1983; Ruediger Stutz: *Die politische Entwicklung Eduard Stadtlers von 1918 bis 1933*, Jena 1985. Zur Person Hugenbergs fehlt noch immer eine umfassende Darstellung; vgl. John A. Leopold: *Alfred Hugenberg*, New Haven–Lon-

Parteiengeschichte, noch im dunkeln, sind die internen Verhältnisse und personellen Konstellationen, die eine Weiterführung des parlamentarischen Systems unmöglich machten und die Machtübernahme der Nationalsozialisten in die Wege leiteten, noch immer nicht in allen Einzelheiten erhellt. Unzweifelhaft liegt gerade hier die Bedeutung der Tagebücher von Reinhold Quaatz. Die minutiöse Protokollierung persönlicher Beziehungen, die kurzen, oft „scharfen“ Charakterisierungen und schließlich die eingeschobenen Briefe und Gesprächsnotizen liefern höchst aufschlußreiches Hintergrundmaterial, das das vorliegende, meist aus der amtlichen Überlieferung stammende Quellenmaterial wirkungsvoll ergänzt. Das gilt vor allem für besonders wichtige Stationen der Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei, etwa die Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden, den Kampf gegen den Young-Plan, die Beratung und versuchte Durchsetzung des „Freiheitsgesetzes“ mit seinen verheerenden Folgen für die Partei und schließlich für die Phase des Aufbaus der „Nationalen Front“. Der besondere Wert der Tagebücher liegt in der Dichte, mit der Quaatz über Jahre hinweg von und über Hugenberg berichtet, zumal dessen umfassende, auch den spröden und zurückhaltenden Menschen anschaulich machende Biographie noch fehlt. Schließlich sind die Tagebücher des halbjudischen DNVP-Abgeordneten Quaatz auch ein Dokument zur Geschichte des assimilierten deutschen Judentums preußisch-evangelischer Prägung.

I.

Reinhold Georg Quaatz wurde am 8. Mai 1876 in Berlin geboren. Sein Vater, Direktor des Lessing-Gymnasiums im Wedding, war ein angesehener Pädagoge, dessen Beliebtheit der Sohn noch 1932 nach einem Besuch der Schule voller Stolz registrierte. Nach dem 1894 abgelegten Abitur studierte Quaatz Rechts- und Staatswissenschaft, zwei Semester in Jena und vier in Berlin. Bereits in Jena schloß er sich einem Studentencorps an, für dessen Interna er sich noch als Reichstagsabgeordneter Zeit nahm. Nach der Referendarausbildung in Berlin wurde Quaatz 1903 als Gerichtsassessor nach Duisburg versetzt. Im Jahr darauf wechselte er als Regierungsassessor in die Eisenbahnverwaltung über, in deren Direktionen in Köln, Münster und Kiel er in den nächsten Jahren tätig war. Hier erwarb er die Kenntnisse, die dem späteren Reichstagsabgeordneten den Ruf des Eisenbahnspezialisten und die Mitgliedschaft im Verkehrsausschuß einbrachten.

Mit seinem zweiten Spezialgebiet, dem der Staatsfinanzen, machte er sich als Hilfsarbeiter in der Finanzabteilung des Preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vertraut, in die er 1908 abgeordnet worden war. Aus dem Expertentum im Eisenbahnwesen und in der Finanzwirtschaft zog Quaatz auch die Anregung für seine Promotion, die er 1920 an der Universität Köln nachholte². 1911 kehrte er als Regierungsrat zur preußischen Eisenbahnverwaltung zurück, in deren Verwaltungen in Essen und Posen er zunächst eingesetzt wurde. In seinem nächsten Dienstort Köln, wo der fleißige Memoirenleser und passionierte Amateurhistoriker im Herbst 1916 anfang, Tagebuch zu führen,

don 1977; Dankwart Guratzsch: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergischen Presseimperiums, Düsseldorf 1973; Heidrun Holzbach: Das „System Hugenberg“, Stuttgart 1981; Klaus Wernecke u. Peter Heller: Der vergessene Führer Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus, Hamburg 1982.

² Reinhold Quaatz: Die Reichseisenbahnen. Gedanken und Vorschläge zur Finanzwirtschaft und Organisation des deutschen Verkehrswesens, Berlin 1920.

gehörte während des Ersten Weltkrieges auch die Organisation militärischer Transporte zu seinen Aufgaben. Als er dabei allzu enge Beziehungen zwischen Offizieren der Militärtransportverwaltung und den Reedereien am Rhein feststellte, kam es zu einem Zusammenstoß mit Militärdienststellen. Offensichtlich hatte sein Auftreten jedoch beeindruckt, denn er erhielt unmittelbar darauf ein Angebot, in die Militärverwaltung überzuwechseln. Sein Minister gab ihn jedoch nicht frei. Zu Beginn des Jahres 1917 wurde Quaatz Koordinator des besonders kriegswichtigen Ruhr-Mosel-Verkehrs, wenig später übernahm er auch die Organisation der Kohlenversorgung im Westen. Als eine Berufung nach Konstantinopel möglicherweise an Quaatz' Bedingungen scheiterte und sich auch ein Wechsel in die Industrie nicht realisieren ließ, obwohl ihm Hugo Stinnes und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Arthur von Gwinner, Hoffnungen gemacht hatten, fürchtete Quaatz, endgültig „zum Ersticken in dem Bürokratenstall“ verurteilt zu sein.

Im Alter von gut 40 Jahren hatte sich Quaatz als Fachmann für Transport- und Handelsfragen bereits einen Namen gemacht. In Wirtschaftskreisen galt er als so profiliert, daß er am 12. Dezember 1917 zu einer eineinhalbstündigen Besprechung „über Belgien und Außenhandelspolitik“ bei Emil Kirdorf eingeladen wurde. Alle Mitglieder des „Viererausschusses“, einem von Hugenberg ins Leben gerufenen informellen Lenkungsausschuß zur Beeinflussung der Presse, der eigenen Interessenverbände und der Politik³, waren anwesend: neben Kirdorf der Generaldirektor der Phoenix AG, Wilhelm Beukenberg, ferner Hugo Stinnes, der seinen Generaldirektor Albert Vögler mitgebracht hatte, und Alfred Hugenberg, damals noch Vorstandsvorsitzender bei Krupp, mit dem Quaatz schon im November einmal zusammengetroffen war⁴. Beeindruckt erwähnte er in seinem Tagebuch Hugengeburs diplomatische Haltung. Auch Hugenberg schien von Quaatz' gewandtem Auftreten und seinen soliden Fachkenntnissen angetan, denn am 9. Januar 1918 holte sich der Kruppchef bei Quaatz Rat für Verhandlungen über die polnischen und belgischen Bahnen.

Seine wirtschaftspolitischen Erfahrungen verarbeitete Quaatz im letzten Kriegsjahr in einer Reihe von Zeitungsartikeln, in denen die seinem bürgerlichen Herkommen, seiner juristischen Ausbildung und seiner Karriere im preußischen Staatsdienst entsprechende konservative Staatsauffassung sehr massiv zum Ausdruck kam. Darin machte er sich, in regem Gedankenaustausch mit Stinnes und Hugenberg stehend, für eine nationalliberale Wirtschaftspolitik stark. Im Sommer 1918 bot ihm Stinnes die Direktorenstelle bei einer zu gründenden Osteuropäischen Industriegesellschaft an, aber für die Realisierung dieser Pläne war es bereits zu spät.

Die Revolution wirkte sich nicht nur auf die beruflichen Pläne des nunmehr 42jährigen aus. Am 11. November 1918 drangen Arbeiter- und Soldatenräte während einer Sitzung in das Kölner Eisenbahndirektorium ein. „Würdiges Zurechtweisen“ durch Präsidenten von Schawewen und „geschlossene Proteste“ von Quaatz und den übrigen Direktoren genügten allerdings, die Eindringlinge zum Verlassen des Hauses zu bewegen. Für Quaatz hatten solche Ereignisse jedoch die Qualität von Schlüsselerlebnissen, die ihn auf den Zusammenbruch des Kaiserreiches und die Revolution mit Protest gegen

³ Vgl. Guratzsch, Macht durch Organisation, S. 95, 323 f.

⁴ Die Vermutung von Holzbach, System Hugenberg, S. 81, Anm. 109, daß sich Quaatz und Hugenberg schon vor 1918 kannten, wird damit bestätigt (Quaatz wurde allerdings erst 1920 Handelskammer Syndikus in Essen, nicht 1918, wie Holzbach vermerkt).

die neuen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren ließen. Entschiedene Opposition wurde zur Maxime seines politischen Denkens und Handelns. Politische Gegner und Nutznießer der Niederlage erblickte er in den „roten Agitatoren“, der „Giftpresse“, einer unfruchtbaren und vergreisten Bürokratie und in den mit englischen Schlagwörtern arbeitenden Liberalen. Verunglimpfungen der „unbesiegtten Armee“ und die Beschimpfung des Kaisers erregten seinen Abscheu.

Die Auseinandersetzung mit seinen Gegnern führte Quaatzen zunächst ausschließlich in der Presse. Im Januar 1919 verzeichnete das Tagebuch erstmals auch „Wahlarbeiten“. Allerdings gibt Quaatzen noch nicht zu erkennen, für welche Partei er sich engagiert, begründet auch nicht, weshalb seine Wahl dann auf Gustav Stresemanns Deutsche Volkspartei fällt. Der zu dieser Zeit schon sehr enge Kontakt zu Vögler und Stinnes legt nahe, daß er seine Entscheidung unter ihrem Einfluß traf. Stinnes dürfte daran gelegen gewesen sein, mit dem politisch gleichgesinnten, als Fachmann für Verkehrs- und Finanzfragen bereits ausgewiesenen⁵ und rhetorisch gewandten Berliner einen weiteren Interessenvertreter der Großindustrie in der DVP zu plazieren, der ihm bei der Durchsetzung seines Anti-Stresemann-Kurses von Nutzen sein konnte⁶.

Beruflich hatte sich Quaatzen zunächst Hoffnungen auf ein im Tagebuch nicht näher bezeichnetes Amt in Koblenz gemacht, das durch den Tod des dortigen Oberbürgermeisters Klostermann frei geworden war. Als Zentrum und SPD diesen Plan torpedierten, bot ihm Vögler einen Posten in der Industrie an. Mitte 1919 gleichzeitig von zwei preußischen Ministerien umworben, sagte Quaatzen zunächst dem Finanzministerium zu, ging aber dann doch in sein altes Ministerium für öffentliche Arbeiten, um von dort aus den „Kampf gegen Bell und Konsorten“ zu führen, womit wohl weniger das Reichsverkehrsministerium als die Unterzeichner des Versailler Vertrags gemeint waren.

Lange blieb Quaatzen, inzwischen zum Geheimen Regierungs- und Vortragenden Rat ernannt, dem Ministerium nicht erhalten. Zu Jahresbeginn 1920 übernahm er den Posten des ersten Syndikus der Handelskammer Essen. Vorträge und Gespräche im Düsseldorfer Industrieklub, bei denen er außer Vögler und Beukenberg auch Klöckner, Röchling, Haßlacher und weitere führende Industrievertreter für seine mit Stinnes abgestimmten Pläne einer Reichseisenbahngesellschaft zu gewinnen suchte, dürften ihm den Weg in die Ruhrmetropole geebnet haben. Wieweit seine politischen Freunde direkt auf seine Entscheidung, in die Wirtschaft zu gehen, einwirkten, ist dem Tagebuch nicht zu entnehmen, da Quaatzen gerade hier „eine lange, inhaltsreiche Pause“ machte⁷. Immerhin war Hugenberg bis 1919 Präsident der Handelskammer Essen gewesen und gehörte der Kammer auch nach seinem Ausscheiden bei Krupp weiter an⁸.

Ohne das Zutun von Hugenberg, Stinnes und Vögler – mit letzterem hatte er die Frage des Abgeordnetenmandats zum erstenmal besprochen⁹ – wäre es Quaatzen unmög-

⁵ Bis 1919 hatte Quaatzen folgende Schriften zu Verkehrs- und speziell zu Eisenbahnproblemen veröffentlicht: Ein Kapitel preußischer Verkehrspolitik (1909), Der preußische Eisenbahnetat (1910), Der nationale Gedanke und die Eisenbahnen (1911), Die Reichseisenbahnen (1919). Später erschienen (neben Zeitungsausschnitten): Das Schicksal des Einheitsgedankens im deutschen Verkehrswesen (1920), Sicherheit und Wirtschaft bei der Reichsbahn (1929).

⁶ Zu Stinnes' Rolle in der DVP vgl. Peter Wulf: Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924, Stuttgart 1979, S. 145 ff.

⁷ Zwischen 23. Juni 1919 und Juni 1920 hat Quaatzen keine Eintragungen vorgenommen. Die Lücke füllen lediglich einige Zeitungsausschnitte.

⁸ Vgl. Guratzsch, Macht durch Organisation, S. 387 f.

⁹ Tagebuch vom 11. 2. 1919.

lich gewesen, gegen den Widerstand des Stresemannflügels als Reichstagskandidat der DVP aufgestellt zu werden. Erst Johannes Flathmann, der als Geschäftsführer der „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des Industriellen Wahlfonds“ die überwiegend von Hugenberg gesammelten Industriegelder verwaltete, verschaffte ihm wie auch Stinnes einen sicheren Platz auf der Reichsliste der DVP¹⁰.

In Essen war Quaat, nun Reichstagsabgeordneter, auch Mitglied des im Juni 1919 gegründeten „Juni-Klubs“¹¹ geworden, den er als Sammelpunkt der „Schützengraben-Generation“ empfand¹². „Die Neue Front“, der Autorenkreis des Klubs, zählte ihn bald zu seinen Mitgliedern. Der dort rigoros vertretene „nationale Gedanke“ stand in erheblichem Gegensatz zur von Stresemann in der DVP immer wieder durchgesetzten liberalen Linie und außenpolitischen Kompromißbereitschaft. Quaat hielt die Führung der DVP für bieder, formalistisch und „fern jeder Kenntnis unseres nationalen Lebens, namentlich unserer Wirtschaft“¹³; er sah die DVP den Weg der Deutschen Demokratischen Partei gehen. Während der Bildung des Kabinetts Fehrenbach neben Stresemann und Heinze Mitglied einer der Verhandlungskommissionen, konnte Quaat zwar den rechten Elektroindustriellen Hans von Raumer als Minister durchsetzen, sein Widerstand gegen den linken Zentrums kandidaten Wirth fand aber weder bei Stresemann noch bei Heinze Unterstützung¹⁴.

In der Fraktion kam es sehr schnell zu Zusammenstößen mit Stresemann¹⁵, der ihn, wie Quaat glaubte, zu fürchten schien. Um so enger gestaltete sich das Verhältnis zu Stinnes. Im November besprachen die beiden im Beisein von Hugo Stinnes jun. Quaat' künftigen publizistischen Einsatz in der Berliner Presse und einigten sich darauf, daß Quaat vorerst noch auf seinem Posten als Syndikus in Essen bleiben sollte. In einer längeren vertraulichen Unterhaltung bot ihm Stinnes im November 1920 einen Posten in seinem Konzern an. Quaat lehnte mit der Begründung ab, daß er ihm in einer selbständigen Position sicher nützlicher sein könne. Als Quaat seinerseits in Stinnes drang, die „Führung in Deutschland“ anzustreben, erklärte dieser, „daß alle wirtschaftliche Macht in seinen Händen der politischen Führung dienen solle“¹⁶.

Die politische Arbeit und sein ausgedehntes journalistisches Engagement ließen Quaat immer weniger Zeit für die beruflichen Aufgaben, die durch Mitgliedschaften im Reichswasserstraßenbeirat und verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Industrie- und Handelstages, vor allem aber durch die Übernahme der Geschäftsführung der Vereinigung niederrheinisch-westfälischer Handelskammern schnell an Umfang zugenommen hatten. Zusätzlich belastete sich Quaat seit 1920 mit der Herausgabe der „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet“.

Es dauerte fast vier Jahre, bis in Quaat' beruflicher Situation ein Wechsel eintrat, wiederum in zeitlichem Zusammenhang mit einer einschneidenden politischen Veränderung.

¹⁰ Vgl. Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962, S. 220 f. Flathmanns Eingreifen datiert vom 4. Mai; Quaat war sich laut Tagebuch am 9. Juni noch nicht ganz sicher, ob er nominiert werden würde.

¹¹ Zum Juni-Klub vgl. Gerhard Feldbauer: Juniklub 1919–1924, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Berlin 1968, Bd. II, S. 244 ff.; Holzbach, System Hugenberg, S. 154–159.

¹² Tagebuch vom 16. 6. 1920.

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. Wulf, Stinnes, S. 153 f.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 218.

¹⁶ Tagebuch vom 13. 11. 1920.

Wegen der großen Lücken im Tagebuch läßt sich sein Übertritt von der Deutschen Volkspartei zu den Deutschnationalen, der dem Berufswechsel vorausging, nicht in allen Einzelheiten verfolgen. Aus den wenigen Eintragungen wird aber erkennbar, daß unter seinen Gesprächspartnern schon 1921 auffallend viele Deutschnationale zu finden sind. Bei Admiral von Trotha kam er mit Martin Spahn, dem Berliner Eisenbahn-König Ernst von Borsig und dem DNVP-Abgeordneten Paul Lejeune-Jung zusammen; in das Tagebuch trug er wie bedauernd ein, daß er dabei keine Gelegenheit fand, auch mit dem Parteivorsitzenden Oskar Hergt zu sprechen. Die Kontakte zu den Deutschnationalen verstärkten sich 1924, als die Industriegruppe um Stinnes mit der Gründung der Nationalliberalen Vereinigung ihren gegen die Koalition mit der SPD und soziale Konzessionen gerichteten Konfrontationskurs innerhalb der DVP durchzusetzen versuchte. Am 21. Februar 1924 nahm Quaatz an einem Gespräch der deutschnationalen Dioskuren Helfferich und Hugenberg bei Hugo Stinnes teil, bei dem der Widerstand Stresemanns gegen die von Stinnes betriebenen deutsch-französischen Industrieverhandlungen und das Verhältnis zwischen DVP und DNVP Hauptgesprächsgegenstände waren. Enge freundschaftliche Beziehungen unterhielt Quaatz auch zur Familie von Gustav Roesicke¹⁷, dem Mitbegründer der DNVP. Mit dem deutschnationalen Ernährungsminister Graf von Kanitz konferierte er am 23. Februar 1924; Graf Kanitz sondierte bei Quaatz wegen der Gründung einer „freikonservativen“ Partei. Die Gründung der Nationalliberalen Vereinigung, an der Quaatz führend beteiligt war, und ihre von Stresemann bewirkte innerparteiliche Kaltstellung führte zu dem von Quaatz geforderten, von Stinnes (im Gegensatz zu Vögler) befürworteten Bruch mit der „Stresemannpartei“¹⁸.

Vermutlich hat Quaatz noch während des Parteitages von Hannover, der die Nationalliberale Vereinigung als unvereinbar mit den Statuten der DVP erklärte, von Hugenberg die Zusage erhalten, auf der Reichsliste der Deutschnationalen Volkspartei kandidieren zu können¹⁹. Zusammen mit seinem Parteifreund Klönne trat er im April 1924 zur DNVP über und zog bei den Maiwahlen als deren Abgeordneter wieder in den Reichstag ein.

Sachkundiger Protagonist der Deutschnationalen im Kampf gegen den Dawes-Plan und jede Art von „Erfüllungspolitik“ war bis in den Wahlkampf des Frühjahrs 1924 Karl Helfferich gewesen, dessen plötzlicher Tod Quaatz eine zusätzliche Chance bot, sich in seiner neuen Partei zu profilieren. Quaatz nutzte sie sofort: Schon Anfang Juni registriert er, daß sich seine ablehnende Haltung in der Fraktion langsam durchsetze, einen knappen Monat später, daß nach Hugenberg jetzt auch Vögler, der zwar den Übertritt zur DNVP nicht mitgemacht hatte, aber im Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) großen Einfluß besaß, das Dawes-Gutachten ablehne. Die wichtige Rolle, die Quaatz bei der Stimmungsmache gegen den Dawes-Plan hinter den Kulissen, in der Fraktion und in der Presse spielte, geht aus dem Tagebuch deutlich hervor. Gegenüber der kompromißbereiten, eine Regierungsbeteiligung zeitweise nicht ausschließenden Parteiführung unter Hergt war er einer der schärfsten Verfechter des Ablehnungskurses.

¹⁷ Im Tagebuch findet sich ein Brief an Quaatz vom 27. 1. 1924, in dem sich Gustav Roesicke mit Vorschlägen des DNVP-Abgeordneten Dauch und Kommentaren von Quaatz zur Hypothekenaufwertung nach der Währungsreform von 1923 auseinandersetzt.

¹⁸ Zur Nationalliberalen Vereinigung vgl. Holzbach, System Hugenberg, S. 172 f.

¹⁹ Vgl. Tagebuch vom 29. 3. 1924: „Erfolg mit Hugenberg“. Die von Holzbach, System Hugenberg, S. 173, Anm. 41, erwähnte Absicht der Nationalliberalen Vereinigung, sich mit den Kandidaten Vögler und Quaatz als selbständige Organisation zur Wahl zu stellen, ist im Tagebuch nicht nachzuweisen.

Der Kampf gegen den Dawes-Plan blieb für Quaatz auch von Berlin aus, wo er im Sommer 1924 eine Anwaltskanzlei eröffnete, die wichtigste politische Aufgabe. Für die DNVP im Außenpolitischen Ausschuß des Reichstags, befaßte er sich während und nach der Londoner Konferenz vom Juli/August 1924 in Zusammenarbeit mit Finanzminister Luther und dem neu ernannten Reichsbankpräsidenten Schacht mit den finanzpolitischen Problemen, die durch die Folgegesetze des Londoner Abkommens, vor allem mit dem Reichsbahngesetz, auf das Parlament zukamen. Da die DNVP, nach der Maiwahl 1924 mit 106 Abgeordneten²⁰ stärkste Fraktion im Reichstag, ihre Forderungen²¹ auf der Londoner Konferenz nicht berücksichtigt fand, verschärfen sich die innerparteilichen Spannungen; Kreise der Landwirtschaft und der Großindustrie, die dringend Auslandskredite benötigten, traten für die Annahme des Dawes-Planes ein. Die Spannungen wurden durch die Tatsache kompliziert, daß die pressure groups von Industrie und Landwirtschaft keine geschlossenen Gruppen mit einheitlicher politischer Zielsetzung bildeten. Der Reichslandbund, dem allein 52 DNVP-Abgeordnete angehörten²², war erst unter dem Druck der wirtschaftlichen Notlage vieler seiner Mitglieder von seiner ursprünglich strikten Ablehnung abgegangen. Einflußreiche Strömungen aber blieben weiter bei der alten Linie; vom Präsidium des RDI sprachen sich immerhin Reusch, Thyssen, Borsig und Hugenberg gegen die Annahme des Dawes-Plans aus²³. Eine zusätzliche Zerreißprobe für die deutschnationale Fraktion stellten die Koalitionsangebote von DVP und Zentrum dar.

Als am 27. August bekannt wurde, daß etwa 30 DNVP-Abgeordnete für die Annahme des Londoner Abkommens und damit des Dawes-Plans stimmen würden, schrieb Quaatz von einem „Dolchstoß“, die Abstimmung in der Fraktion zwei Tage später empfand er als „Desastre“. 48 Stimmen aus den Reihen der Deutschnationalen genühten, um eine Zweidrittelmehrheit für das verfassungsändernde Eisenbahngesetz, das für die Finanzierung des Dawes-Plans von grundlegender Bedeutung war, zu sichern. Noch hoffte die DNVP-Mehrheit, durch einen Eintritt in die bisherige Regierungskoalition eine Revision des Dawes-Plans bzw. der Durchführungsgesetze erreichen zu können. Doch Quaatz blieb Skeptiker – vielleicht schon deshalb, weil er angesichts der verhaßten demokratischen Verhältnisse im Innern und Deutschlands außenpolitischer Schwäche den Gang in die Opposition vorzog.

Nach der Auflösung des Reichstages am 20. Oktober 1924 mußte Quaatz wie bei allen nun folgenden Wahlen um sein Mandat fürchten. Zwar setzte sich der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalkreuth, für ihn ein, aber Hugenberg intervenierte nicht, als ihm die Spitzenkandidatur in Sachsen streitig gemacht wurde. Ein Tröster in jenen Tagen scheint ihm (der als Kandidat für die Nachfolge von Reichskanzler Marx und von Hergt als DNVP-Parteivorsitzendem durchgefallene) Großadmiral von Tirpitz gewesen zu sein, ein „listiger alter Herr“, der zwar Quaatz' Schwäche für die Hohenzollern-Monarchie mit seinen Berichten über den „gekrönten Psychopathen“²⁴ Wilhelm II. auf

²⁰ Zu den gewählten 103 DNVP-Abgeordneten kamen noch drei Hospitanten.

²¹ Zum 7-Punkte-Katalog vgl. Liebe, DNVP, S. 80 und S. 165, Anm. 382.

²² Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, S. 500.

²³ Liebe, DNVP, S. 166, Anm. 393.

²⁴ Tagebuch vom 27. 10. 1924; ähnlich Tagebuch vom 24. 10. 1924 (beide Stellen beziehen sich auf einen Besuch von Quaatz bei Tirpitz am 24. Oktober 1924); Tirpitz' Kritik an Wilhelm II. ging Quaatz schließlich zu weit. Als Tirpitz drei Jahre später Wilhelm II. als „psychologisch-psychopathi-

eine harte Probe stellte, andererseits aber versprach, ihn bei seiner Kandidatur zu unterstützen. Dank des Drucks der Parteileitung unter dem Interimsvorsitzenden Winckler und der Freunde im Reichslandbund wurde Quaatz schließlich doch im Wahlkreis 28 (Dresden-Bautzen) aufgestellt und gewählt.

Nach den Wahlen vom 9. Dezember 1924, die ihr 110 Mandate im Reichstag und einen Zuwachs von über einem Drittel im preußischen Landtag eingebracht hatten, stand die Deutschnationale Volkspartei auf dem Höhepunkt ihrer Parteigeschichte. Im Reichstag aber war wieder die SPD stärkste Partei geworden, und die Bildung einer Rechtskoalition, in der die DNVP sogar den Kanzler hätte stellen können, scheiterte an der Weigerung von DDP und Zentrum, ohne die SPD eine Koalition einzugehen. Dem Mitte-Rechts-Kabinett von „Fachministern“ unter Kanzler Luther, in dem mit dem Fraktionsvorsitzenden Martin Schiele, Karl Neuhaus, von Schlieben und Graf von Kanitz vier DNVP-Minister saßen, gehörte jedoch auch wieder Stresemann als Reichsaußenminister an – sehr zum Leidwesen von Quaatz und dem gesamten, vom Alldeutschen Verband beeinflussten rechten Flügel der Partei, der der „Verzichtspolitik“ des die Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern suchenden Außenministers mit äußerstem Mißtrauen begegnete. Stresemanns Angebot eines Sicherheitspakts mit Frankreich und seine Bemühungen um die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ließen bei den Deutschnationalen sogleich wieder die alten Gegensätze aufbrechen.

Am 7. April 1925 griff Quaatz die Vorschläge Stresemanns im Parteiausschuß an und leitete seine ablehnende Meinung auch an die Landesverbände weiter, obwohl die Parteigremien keine Beschlüsse in dieser Sache gefaßt hatten²⁵. Die Parteiführung wollte zu diesem Zeitpunkt den Koalitionsfrieden nicht gefährden, weil nach dem Tod Eberts die Neuwahl des Reichspräsidenten bevorstand. Der rechte Parteiflügel aber, dem der im zweiten Wahlgang zu erwartende Sieg Hindenburgs nicht ins politische Kalkül paßte, sah keinen Anlaß, in außenpolitischen Fragen auf die Koalitionspartner Rücksicht zu nehmen. Zwar war Hindenburg von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten von Tirpitz überhaupt erst zur Annahme seiner Kandidatur gebracht worden, auch lag die Führung des Wahlkampfes für Hindenburg fast ausschließlich in den Händen der DNVP; trotzdem gab es aber Stimmen in der Partei, und zu ihnen gehörte neben Hugenberg und von Freytagh auch Quaatz, die durch einen Reichspräsidenten Hindenburg nicht nur die Republik aufgewertet sahen, sondern darüber hinaus fürchteten, die DNVP könne ihren Kampf gegen die Republik unter Hindenburg nicht mit der gleichen Intensität führen wie zuvor²⁶. Der völkisch-alldeutsche Flügel mußte sich zwar mit der Wahl Hindenburgs abfinden, er zwang aber durch eine aufwendige Pressekampagne und die Aktivierung von Landesverbänden und Kreisvereinen²⁷ die widerstrebende Reichstagsfraktion, nach der Paraphierung des Vertragspaktes von Locarno im Oktober 1925 ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. Eine Woche später durfte Quaatz in einstündiger Audienz Hindenburg „die Haltung der Deutschnationalen“ vortragen. Mit dem Argument, Locarno solle einen Keil zwischen den Reichspräsidenten und die DNVP treiben, konnte Quaatz Hindenburg immerhin so beeindrucken, daß dieser ihn

schen Grenzfall‘ bezeichnet, trägt Quaatz über den von ihm verehrten Großadmiral ein: „Tirpitz gefällt mir nicht, wenn er über den Kaiser spricht“, Tagebuch vom 21. 10. 1927.

²⁵ Vgl. Robert P. Grathwol: Stresemann and the DNVP. Reconciliation or Revenge in German Foreign Policy 1924–1928, Kansas 1980, S. 77.

²⁶ Vgl. Dörr, DNVP, S. 124 f.

²⁷ Zum Verhalten des Quaatzschen Kreisvereins Dresden vgl. Dörr, DNVP, S. 159, Anm. 148.

auch noch zu Reichskanzler Luther schickte, um „ihn von Stresemann zu trennen“²⁸. Zumindest einen Teil von Quaatz' Argumenten wird man in der vertraulichen Notiz Hindenburgs vom gleichen Tag wiederfinden können, in der dieser seine Bedenken gegen das Vertragswerk formulierte²⁹.

Der Austritt aus der Regierungskoalition und die totale Opposition gegen das „Weimarer System“, wie sie der rechte Parteiflügel um Hugenberg, von Tirpitz und von Freytagh durchgesetzt hatte, zeitigte bei der vor allem in den ostelbischen Gebieten sehr starken bäuerlichen Basis der DNVP verheerende Folgen. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg vom Juni 1926 verloren besonders jene Parteien, die sich der Regierungsverantwortung verweigerten. Diese Einbußen und die schlechte Finanzlage³⁰ ließen der DNVP keine andere Wahl, als erneut die Regierungsverantwortung zu suchen. Quaatz, ein Oppositionspolitiker aus Leidenschaft, wollte sich solchen Sachzwängen jedoch nicht unterwerfen und begann den Wahlkampf zur sächsischen Landtagswahl 1926 entgegen den Parolen der Parteiführung mit einem heftigen Angriff auf seinen Intimfeind Stresemann. Der daraus folgende Konflikt zwischen DVP und DNVP brachte beiden Parteien erhebliche Stimmverluste ein. Das Ansehen von Quaatz aber hatte dadurch, trotz seiner wenig verbindlichen Haltung auch gegenüber Parteifreunden, keinen Schaden genommen; am 7. Dezember 1926 wurde er in den Parteivorstand kooptiert und gehörte damit endgültig zu den Parteihonoratioren.

Nach dem Sturz der zweiten Regierung Marx war endlich der Weg in eine Rechtskoalition mit DVP und Zentrum frei. Unter den möglichen Ministern von Marx' drittem Kabinett wurde auch Quaatz genannt, der Hugenberg – mit wenig Erfolg – klarzumachen versuchte, daß ein weiteres Verharren in der Opposition von der Partei nicht verstanden würde. Mit der Anerkennung der Richtlinien des Zentrums zur künftigen Regierungspolitik³¹ waren die Deutschnationalen zu erheblichen Zugeständnissen gezwungen. De facto stand die Anerkennung und Verteidigung der Republik und ihrer Verfassung für den rechten Parteiflügel freilich nur auf dem Papier. Der interne Kampf um die Besetzung der vier Ministerposten legte den Keim für weitere Zwistigkeiten. Der Machtkampf zwischen Westarp und Hugenberg und Hugenberg's Griff nach dem Parteivorsitz deuteten sich jetzt bereits in Kleinigkeiten an; eine so weitreichende Entwicklung wie Hugenberg's Übernahme des Vorsizes im „Reformausschuß“, der sich mit Grundsatzfragen wie Föderalismus, Finanzausgleich und Kreditpolitik beschäftigte, verrät die steuernde Hand des rechten Parteiflügels, nicht zuletzt von Quaatz persönlich, wie er stolz seinem Tagebuch anvertraute. Parallel zur schon 1927 erkennbaren Demontage Westarps zeichnete sich eine Entfremdung zwischen Quaatz und Treviranus ab – eine Entwicklung, die Quaatz, liest man zwischen den Zeilen, persönlicher berührte als alle Veränderungen vergleichbarer Beziehungen, ausgenommen vielleicht jene zu Hugenberg.

Im parlamentarischen Geschäft war Quaatz seit der Regierungsbeteiligung der DNVP sehr erfolgreich. Wiederholt wurde er als Berichterstatter von Parlamentsausschüssen eingesetzt, im Februar 1927 erhielt er den Vorsitz im Propagandausschuß seiner Partei, Ende 1927 wurde er Mitglied im für die Deutschnationalen so wesentlichen Reparationsausschuß, in dem er mit Hilferding, Finanzminister Köhler, Bredt, Dernburg und Brü-

²⁸ Tagebuch vom 2. 11. 1925.

²⁹ Vgl. Dörr, DNVP, S. 193 f.

³⁰ Vgl. Dörr, DNVP, S. 432–439.

³¹ Text bei Dörr, DNVP, S. 541 ff.

ning zusammenarbeitete; mit Brüning hatte er wiederholt Besprechungen über sozialpolitische Fragen. Zu dem „so tüchtigen Meißner“, der für Quaatz noch eine wichtige Rolle spielen sollte, bahnten sich engere gesellschaftliche Beziehungen an, die häufig mit Manöver- und vor allem Personenkritik verbunden waren. Bei der Parlamentsarbeit mußte Quaatz freilich immer wieder die Erfahrung machen, daß er seiner Umgebung, Schacht, Westarp und nicht zuletzt Hugenberg, Ideen, Argumente und Stichworte lieferte, die dann den anderen gutgeschrieben wurden³².

In den Jahren 1928 bis 1933, für die hier die Tagebücher vorgelegt werden, verschoben sich die Gewichte in der Deutschnationalen Volkspartei zunächst in einer Weise, daß Quaatz hoffen konnte, in absehbarer Zeit möglicherweise selbst einer Regierung der nationalen Kräfte, vielleicht unter einem Reichskanzler Hugenberg, angehören zu können. Zwar endeten nach dem Scheitern der Regierungskoalition mit Zentrum und DVP die Reichstagswahlen vom Mai 1928 mit einer bösen Niederlage für die Deutschnationalen; aber die Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden bedeutete vor allem für die Parteibasis eine neue Hoffnung und eröffnete Quaatz endlich die Möglichkeit einer direkteren Mitgestaltung des politischen Lebens. Quaatz stellte sich mit seiner ganzen politischen Phantasie und rhetorischen Begabung in den Dienst Hugenbergs. Noch von Westarp beauftragt, hatte er zusammen mit dem Vorsitzenden des Landesverbandes Potsdam und Hugenberg-Anhänger Werner Steinhoff eine „Denkschrift zur Reform der Parteiorganisation“ verfaßt, die nichts anderes war als eine Propagandaschrift zur Unterstützung von Hugenbergs Wahl zum neuen Parteivorsitzenden; mit Kritik an Westarps Führungsstil hatte er schon vorher nie hinter dem Berg gehalten. Es scheint allerdings, als habe Quaatz den Zusammenhalt der Partei, der bei einer Wahl Hugenbergs gefährdet schien, höher eingestuft als Hugenberg selbst. Jedenfalls verhandelte Quaatz noch einen Tag vor Hugenbergs Wahl über eine kollegiale Parteiführung, das „Triumvirat“, das Hugenbergs Vorstellungen ganz und gar nicht entsprach.

Nach Hugenbergs Wahl von den Parteifreunden als Königsmacher angesehen, arbeitete Quaatz, der unter Westarp aus dem Auswärtigen Ausschuß herausgewählt worden war, im Haushalts-, Propaganda-, Verkehrs- und im Reichsbahnausschuß mit. Er blieb auch weiterhin im Parteivorstand und in der Parteivertretung. Obwohl sich Hugenberg bei den vielfältigen innerparteilichen Aufgaben zunehmend bequemerer Mitarbeiter wie Bang, Schmidt-Hannover, Nagel oder Brosius bediente, konnte Quaatz aus vielerlei Gründen erwarten, bei einer Regierungsbeteiligung Hugenbergs auch selbst in das Kabinett aufgenommen zu werden: Hugenberg war ihm sehr verpflichtet, seine Stellung in der Partei, seine Fähigkeiten und sein persönliches Format, nicht zuletzt auch seine vielfältigen Beziehungen zu anderen Politikern und sein taktisches Geschick stellten ihn mit an die Spitze der möglichen Kandidaten. Quaatz hatte allerdings ein Handicap, das sich als schwerwiegend genug erwies, um ihn bei der Bildung einer Rechtsregierung zu übergehen: Seine Mutter war Jüdin.

1932 hatte Hindenburgs Staatssekretär Meißner wegen der Übernahme des Reichsverkehrsministeriums bei Quaatz vorgefühlt. Hugenberg, der ihm in den letzten Tagen der Regierung Schleicher zunächst den Posten eines Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium, dann den des preußischen Finanzministers in Aussicht gestellt hatte, bot ihm noch am 12. Februar 1933 den Staatssekretärsposten im preußischen Handelsministerium oder den des Direktors der Rentenbank-Kreditanstalt an – ein Posten, der Quaatz sehr zuge-

³² Tagebuch vom 25. 11. 1927.

sagt hätte, weil die Rentenbank-Kreditanstalt nach dem Plan Hugenberg durch Zusammenfassung der industriellen Beteiligungen des Reiches und Preußens zu einem zentralen Kreditinstitut für die Landwirtschaft und den Mittelstand ausgebaut werden sollte. Ob Hitler, wie Hugenberg gegenüber Quaatz behauptete, dieser Ernennung trotz Kenntnis von Quaatz' „rassischer Belastung“ zugestimmt hätte, sei dahingestellt; der Plan wurde nicht realisiert. Nach zermürbenden Wochen des Hingehaltenwerdens und nicht erfüllter Versprechungen wurde Quaatz schließlich mit einem Sitz im Vorstand der sanierungsbedürftigen Dresdner Bank abgespeist, den er aber schon nach einem halben Jahr auf Grund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aufgeben mußte.

Dem politischen Abstieg von Quaatz folgte der berufliche. Im Oktober 1933 besuchte ihn Oberregierungsrat von Dohnanyi, um ihn im Auftrag seines ehemaligen Parteifreundes, des Reichsjustizministers Gürtner, auf die Streichung aus der Anwaltsliste vorzubereiten, die kurz darauf erfolgte. Ende Februar 1936 verlor Quaatz vor dem Reichsgericht den Arbeitsprozeß, den er wegen seiner Entlassung gegen die Dresdner Bank angestrengt hatte. Die größte menschliche Enttäuschung bereitete ihm Hugenberg, dem er sich noch 1933 als juristischer Fachmann und Koautor für ein Buch über „Die neue Stadt“ zur Verfügung gestellt hatte, das Hugenberg als Standardwerk moderner Architektur und Stadtentwicklung nach Fertigstellung Hitler vorzulegen beabsichtigte. Nachdem Quaatz, um Hugenberg keine Schwierigkeiten zu bereiten, selbst auf die Nennung als Mitautor verzichtet hatte, verweigerte ihm sein ehemaliger Mentor entgegen den Absprachen und in persönlich kränkender Form jegliche Honorarzahlung. Hugenberg lenkte 1936 ein. Auf Druck der Dresdner Bank wurde Quaatz dagegen unmittelbar nach dem verlorenen Prozeß vor dem Reichsgericht nicht mehr in den Aufsichtsrat der Deutschen Hypothekenbank gewählt.

Quaatz zog sich, 1939 aus dem Berliner Westen nach Lichtenrade übersiedelt, immer mehr auf seine Familie zurück. Gesellschaftlichen Verkehr mit ihm pflegten weiterhin Schmidt-Hannover und – erstaunlicherweise – die Völkisch-Alldeutschen Claß und von Freytagh-Loringhoven. 1935 hatte sich Quaatz mit dem Berliner Pfarrer von Rabenau angefreundet, einem Vetter des nach dem 20. Juli 1944 verhafteten und in Sachsenhausen ermordeten Generals und Seeckt-Biographen. Die Freundschaft zu dem der Bekennenden Kirche angehörenden Pfarrer, die sich wegen Quaatz' zunehmenden religiösen Interessen während des Krieges noch intensiverte, war am 30. Oktober 1944 Anlaß für eine Hausdurchsuchung, der eine Woche später ein Verhör durch die Gestapo folgte³³. Quaatz glaubte sich wegen seiner Beziehungen zur Bekennenden Kirche verhört und gab, wie er seinem Tagebuch anvertraute, „Vorbehalte in der Kirchenfrage und Judenfrage“ zu Protokoll. Zur Frage des Kriegsverlaufs sagte der profunde Geschichtskenner der Gestapo, er halte nur einen Beharrungsfrieden für möglich, wie ihn Friedrich d. Gr. 1763 habe schließen können. Obwohl die Gestapo weitere „Unterhaltungen“ ankündigte, blieb Quaatz bis Kriegsende persönlich unbehelligt.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen wurde Quaatz vom örtlichen Kommandanten zum Bürgermeister in Lichtenrade ernannt, auf Betreiben der Tempelhofer Stadtverwaltung jedoch schon am 16. Juni 1945 aus politischen Gründen wieder abgesetzt. Nach diesem Zwischenspiel engagierte sich Quaatz, dem sein evangelisches Christentum schon in der Weimarer Zeit Verpflichtung zu öffentlicher Tätigkeit im

³³ Tagebuch vom 7. 11. 1944.

Dienste der Kirche gewesen war, nur noch im kirchlichen Bereich. Er wurde zum Vorsitzenden des Evangelischen Bruderrats in Lichtenrade gewählt und am 23. August 1946 als Synodale in die Provinzialsynode Berlin-Brandenburg der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union berufen. Vorangegangen war die Tätigkeit als Organisator und Dozent der Kirchlichen Hochschule Berlin, einer Gründung der Bekennenden Kirche aus dem Jahre 1935, die trotz des Verbots durch die Nationalsozialisten bis 1941 weiterbestanden hatte und von der amerikanischen Militärregierung Ende Oktober 1945 wieder zugelassen worden war. Quaatz hielt dort Vorlesungen über Weltanschauungsfragen und soziologische Tagesprobleme und machte damit sein Steckenpferd Geschichte zum Beruf. Neben Präses Scharf und Präses Böhm, seinem hochschulpolitischen Gegner der ersten Jahre, war Quaatz zunächst Mitglied des Hochschulkuratoriums und etwa ab 1948 Kurator. Bis 1952 fungierte er als Vorsitzender des Finanzausschusses und förderte in dieser Eigenschaft die Neubaupläne der Hochschule, die wegen der Schließung der theologischen Fakultäten durch die DDR-Behörden notwendig geworden waren. Wie sehr sich Quaatz nach dem Kriege von seiner früheren politischen Tätigkeit distanzierte und soziales Engagement allein in praktiziertem Christentum für möglich und wirkungsvoll hielt, geht aus einem Brief an den Bischof der Berliner evangelischen Kirche, Otto Dibelius, hervor, worin er dessen Aufforderung, Christen müssten in den politischen Parteien tätig werden, heftig kritisierte³⁴. Für geistige Beweglichkeit und Vertrauen in die eigene Urteilskraft spricht, ein Jahr vor seinem Tod, Quaatz' Gesinnungswandel gegenüber dem auch innerhalb der Kirche umstrittenen Pastor Niemöller, der im Juli 1952 die Berliner Kirchliche Hochschule besuchte und Quaatz wider Erwarten persönlich beeindruckte – nicht zuletzt wohl wegen seiner Rolle als Außenseiter in einer Amtskirche, mit der Quaatz als streitbarer Vertreter der Laienkirche selbst manchen Kampf ausgefochten hatte. Als Vertreter der Laienkirche hatte Quaatz 1950 durchsetzen können, daß der bereits nach Stuttgart vergebene Evangelische Kirchentag 1951 in Berlin stattfand. 1950 erschien auch sein vom evangelischen Glauben geprägtes zeitkritisches Buch „Verlorene Gemeinschaft“; vorher schon hatte Quaatz gelegentlich in den vom Christlichen Zeitschriftenverlag Berlin-Dahlem herausgegebenen „Sonntagsbriefen“ publiziert.

Am 4. Juni 1952 schrieb Quaatz, der nach seiner Entlassung aus der Dresdner Bank bis Kriegsende von einer gekürzten Pension leben müssen und mit 69 Jahren, praktisch mittellos, noch einmal von vorne anfangen mußte, in sein Tagebuch: „Habe endlich Pension wieder“. Aber schon unter dem 16. August – Quaatz war eben als Kurator der Kirchlichen Hochschule wiedergewählt worden – heißt es: „Vielleicht wird es Zeit, mit meiner Arbeit ein Ende zu machen. Ich fühle mich noch leistungsfähig, aber man verliert langsam die Fühlung mit den Menschen.“ Als er im gleichen Monat mit dem fünften Entwurf eines Aufsatzes mit dem Titel „Wir erwarten zuviel“ wieder nicht zufrieden ist, notiert er: „Ich glaube, ich erwarte zuviel“. Von den 200 handschriftlich foliierten Blättern seines Tagebuchs für das Jahr 1952 hat er nur noch zwölf beschrieben. Am 15. August 1953 ist Quaatz in Berlin gestorben.

³⁴ Brief Quaatz an Bischof Dibelius vom 20. 5. 1946, in: BA, NL Quaatz, Bd. 31.

II.

In der Memoirenliteratur und den historiographischen Darstellungen zur Endphase der Weimarer Republik findet sich Reinhold Quaatz allenfalls erwähnt, aber weder als politischer Akteur, noch als Mensch gewürdigt. Die Schwierigkeiten bei der Charakterisierung seiner nicht unkomplizierten Persönlichkeit mögen dabei eine Rolle gespielt haben. Als rechte Hand Hugenberg's im parlamentarischen Alltag immer im zweiten Glied, als national denkender Halbjude in einer völkisch-nationalistischen Partei praktisch auf verlorenem Posten, als schnell und scharf analysierender Parteipolitiker trotz aller Belesenheit mit manchem ideologischen Vorurteil seiner Epoche und seines Standes behaftet, war Quaatz auf keinen einfachen Nenner zu bringen. Seine Tagebücher zeigen sehr deutlich die Problematik und die Grenzen des Politikers Quaatz, zwischen den Zeilen auch den widersprüchlichen Menschen, der dem Politiker nicht immer hilfreich war.

Der liebevolle Familienvater, der die ersten Schreibversuche und altklugen Bemerkungen seiner Tochter voller Stolz in seinem Tagebuch festhielt, war im „Abdeckeln“ von Widersachern im Reichstag von schonungsloser Robustheit; das Wort „scharf“, eines seiner Lieblingswörter, taucht in einer Vielzahl von Verbindungen auf, von der „scharfen Erwiderung“ bis zur „scharfen Wahrheit“. Selbst nicht ohne Eitelkeit beim Registrieren der Ehrenplätze, die ihm oder seiner Frau bei gesellschaftlichen Anlässen – auffallend häufig – zugeteilt wurden oder bei der Beschreibung der Publikumswirksamkeit seiner Reden und Vorträge, war er im Urteil über andere nicht zimperlich; auch engste Parteifreunde wie Schmidt-Hannover oder Bang blieben nicht verschont. Für die Mitarbeiter in der Parteizentrale hatte er – wie für alle Bürokraten – fast ausnahmslos schlechte Noten³⁵. Die Schärfe und Demagogie, die aus vielen seiner Zeitungsartikel spricht und in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oft kühl kalkuliert war³⁶, hat ihm und der Partei in mancher Hinsicht geschadet, einige seiner politischen Freunde der Partei entfremdet³⁷.

Eines der befremdlichsten Phänomene bei der Analyse von Quaatz' Persönlichkeit ist zweifellos sein manifester Antisemitismus. Obwohl er selbst nicht nur vom politischen Gegner, sondern auch von der eigenen Partei antisemitischen Anwürfen ausgesetzt war³⁸, bediente er sich rassistischer völkischer Schlagworte, sah sich selbst als Opfer jüdischer Angriffe, suchte seine Feinde nicht zuletzt in der „jüdischen Presse“³⁹. Konnte er

³⁵ Eine Auswahl von Äußerungen: zur Parteigeschäftsstelle s. Tagebuch vom 27. 5. 1931), 12.–14. 9. 1929, 27. 5. 1931, 25. 3. 1932; zu Bang: Tagebuch vom 15. 3. 1928 u. 27. 2. 1933; zu Brüning: Tagebuch vom 16. 3. 1930; zu Claß: Tagebuch vom 30. 10. 1931; zu Curtius: Tagebuch vom 23. 2. 1930; zu Hergt: Tagebuch vom 17. 3. 1928; zu Leicht: Tagebuch vom 27. 1. 1933; zu Löbe: Tagebuch vom 8. 3. 1930; zu Oberföhren: Tagebuch vom 31. 7. 1931, 25. 2. 1932, 29. 8. 1932, 8. 9. 1932, 4. 11. 1932; zu Rechberg: Tagebuch vom 29. 5. 1924, 5. 6. 1924, 30. 6. 1924; zu Schacht: Tagebuch vom 1. 1. 1928; zu M. Schiele: Tagebuch vom 11. 9. 1929; zu Stinnes: Tagebuch vom 8./9. 6. 1924; zu Schmidt-Hannover: Tagebuch vom 25. 3. 1932; zu Tirpitz: Tagebuch vom 5. 6. 1924.

³⁶ Tagebuch vom 18. 3. 1930.

³⁷ Vgl. S. 93, Anm. 81/1929.

³⁸ Vgl. Walker, Hugenberg, S. 118, Anm. 2; Quaatz schrieb nach dem 21. 3. 1931 resigniert in sein Tagebuch: „Meine Art ist den eigenen Leuten nicht gemäß. Dazu kommen die antisemitischen Vorurteile“.

³⁹ Tagebuch vom 6. 3. 1928, 20. 3. 1931. – „Jüdische Hetze gegen mich“, nach der Lektüre der Königsberger Hartung'schen Zeitung, Tagebuch vom 12. 11. 1924.

manchmal noch glauben, die „Jesuiten und Juden werden sich doch verrechnen“⁴⁰, so findet sich nach den Feststellungen über den Antisemitismus in der eigenen Partei die ahnungsvolle Befürchtung: „Es wird schwer sein, in dem vielleicht kommenden Rechtssystem eine Verantwortung zu tragen“⁴¹.

Ähnlich ambivalent war auch sein Verhältnis zu Hitler und dessen Partei, deren Regierungsbeteiligung er mit Erwartungen, aber auch mit Beklemmung entgegensah, und zu Hugenberg, dem er sich in der großen politischen Linie – auch in dem über Jahre vorbereiteten Bündnis mit dem Nationalsozialismus – unterordnete, obwohl er sich dem müde gewordenen Parteiführer in vieler Hinsicht überlegen fühlte. Quaatz bewunderte an dem elf Jahre Älteren vor allem dessen Zähigkeit und unbeugsamen Willen, er bemängelte aber seine „betrübende“ Menschenkenntnis und sein Mißtrauen gegen alle, selbst diejenigen, die ihn am „rücksichtslosesten“ unterstützten; bald fiel ihm auch auf, daß Hugenberg „nur für politische Fragen, die seine Stellung berühren, und seine Privatangelegenheiten Interesse hat. Alles andere wehrt er durch höfliche Gleichgültigkeit ab“⁴². Aber selbst der unzugängliche, unemotionale Hugenberg mußte anerkennen, daß Quaatz' „weichere Hand ihm vieles erleichtert, gerade weil seine Linie im großen und ganzen die meine ist“⁴³.

Quaatz' Verhältnis zu Hugenberg war nicht zuletzt durch seine begrenzte Fähigkeit zur Durchsetzung eigener Interessen belastet. Seit 1928 kam es vor jeder Reichstagswahl wegen eines sicheren Listenplatzes zu Verstimmungen, weil Quaatz trotz seiner Verdienste um Hugenberg und die Partei um einen Platz kämpfen mußte. An solchen Zurücksetzungen, aber auch an manchen menschlichen Schwächen und Mängeln des Parteivor-sitzenden Hugenberg wird begreifbar, warum Quaatz an Hugenberg regelrecht litt, so immer wieder unter der mangelnden Kommunikationsbereitschaft des Älteren, die vor allem nach Niederlagen, wenn Hugenberg sich in Rohbraken oder Kreuth versteckte, zu regelrechten Lähmungen des Parteiapparates führte⁴⁴. Wenn Quaatz in solchen Momenten zumindest einen Teil der Parteigeschäfte an sich zog, dankte es ihm Hugenberg häufig mit Mißtrauen.

Aber auch wenn Quaatz an der Persönlichkeit Hugengebgs manches auszusetzen hatte, ging er nie soweit, sich von ihm zu lösen. Dazu waren ihre politischen Ziele zu ähnlich. Für beide gab es aus der totalen Opposition gegen das bestehende parlamentarische System keine andere politische Alternative als das Bündnis der nationalen Rechten. Dadurch erhielt die Beziehung der beiden Männer von Quaatz aus betrachtet durchaus tragische Züge. Quaatz erkannte spätestens seit dem Tauziehen um die Wiederwahl Hindenburgs im Februar/März 1932, als Hugenberg sich zeitweise Chancen auf die Kanzlerschaft ausrechnete, daß die DNVP unter Hugenberg der NSDAP unter Hitler nicht

⁴⁰ Tagebuch vom 17. 7. 1931.

⁴¹ Tagebuch vom 20. 3. 1931; weitere Beispiele für Quaatz' Antisemitismus: Ein Kreditangebot jüdischer Bankhäuser bezeichnet er als „Sonderanleihe der Israeliten“ (Tagebuch vom 2. 8. 1924); den Schriftsteller Emil Ludwig nennt er im Stil der Völkischen bei seinem vollen Familiennamen „Emil Ludwig Cohn“ (Tagebuch vom 4. 5. 1929); mit Hugo Stinnes wollte er 1924 in Deutschland eine nicht in jüdischen Händen befindliche Weltpresse aufbauen (Tagebuch vom 13. 11. 1920); ein Diner bei Ministerialdirektor Zarden beschreibt er mit drei Schimpfwörtern aus dem Vokabular der Völkischen: „Plutokratisch, demokratisch, jüdisch“ (Tagebuch vom 16. 3. 1928).

⁴² In der Reihenfolge der Zitate: Tagebuch vom 27. 9. 1928, 21. 9. 1929, 19. 10. 1928, 12.–14. 9. 1929, 15. 11. 1929.

⁴³ Tagebuch vom 23. 9. 1929.

⁴⁴ Tagebuch vom 8. und 10. 5. 1932.

gewachsen sein würde; indirekt läßt sich das an der steigenden Kritik an Hugenberg ablesen. Sah er in Hugenberg noch 1931 den einzig möglichen „Retter“ aus der Finanz- und Wirtschaftsmisere⁴⁵, so bescheinigte er ihm nun eine „etwas primitive Auffassung der Lage und der Menschen“ und politische Instinktlosigkeit⁴⁶. Als Hugenberg noch während Brünings Kanzlerschaft in finanzielle Schwierigkeiten geriet⁴⁷, bemängelte Quaatz bereits die Entschlußlosigkeit und den fehlenden Einsatz Hugengeburs für die Partei⁴⁸. Obwohl seit Papens Rücktritt im Dezember 1932 zu Quaatz' Zweifel an Hugengeburs politischen Fähigkeiten noch die Sorge um die eigene Zukunft kam, verhielt er sich weiterhin loyal. Er erkannte zwar, daß Hugenberg nicht mehr in der Lage war, das ihm bei der Bildung der Regierung Hitler übertragene Wirtschafts-Superministerium auszufüllen⁴⁹, und erörterte mit den Hugenbergianern unter den Parteifreunden auch den Schaden, der der Partei daraus erwuchs. Gegenüber Gegnern Hugengeburs gab er sich aber nach wie vor als dessen treuer Gefolgsmann.

Unverständlicher als die Nibelungentreue zu Hugenberg ist, auch aus historischer Sicht, die Konsequenz, mit der Quaatz seinen Parteivorsitzenden auf dessen Weg in die Koalition mit den Nationalsozialisten begleitete. Hugengeburs Annäherung an Hitler Ende 1929, die die Bildung eines Bürgerblocks unter Einschluß der DVP verhindert und schließlich zur Spaltung der eigenen Partei geführt hatte, wurde von Quaatz in der Fraktion wie in der Gesamtpartei mit ganzem Einsatz unterstützt. Zwar verstärkten sich – wie bei Claß und anderen Völkischen in der DNVP – auch bei Quaatz die Zweifel an der Richtigkeit dieses Weges. Die irrationalen Ängste vor dem Sozialismus, unter der Kanzlerschaft Brünings dann vor den Ultramontanen, überwogen aber schließlich die Bedenken. Der Faszination des „starken Führers“ und dem Glauben an die rettenden Kräfte der Diktatur ist der Amateurhistoriker und Vollblutpolitiker Quaatz am Ende doch erlegen.

III.

Der Nachlaß Reinhold Quaatz (NL 247) im Bundesarchiv besteht aus einer Sammlung seiner Druckschriften, 10 Bänden mit Zeitungsartikeln aus den Jahren 1909 bis 1931⁵⁰ und 19 Tagebuchbänden zu den Jahren 1916 bis 1952, ferner 2 Bänden mit Tagebuchsplittern, Konzepten und Exzerpten. Einige wenige Korrespondenzen sind unter dem zugehörigen Datum in die Tagebücher eingelegt. Die hier edierten Teile stammen aus den Bänden 16 und 17. Band 16 umfaßt die Zeit vom 22. Oktober 1916 bis 8. April 1931, Band 17 enthält Aufzeichnungen, die vom 25. April 1931 bis zum 3. April 1933 reichen, ferner eine achtseitige Ausarbeitung „Zur Vorgeschichte meiner Berufung in die Dresdner Bank“.

⁴⁵ Tagebuch vom 24. 2. 1931.

⁴⁶ Tagebuch vom 8. und 25. 2. 1932.

⁴⁷ Vgl. Heinrich Brüning: Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 409.

⁴⁸ Tagebuch vom 19. 11. 1932.

⁴⁹ Tagebuch vom 1. 12. 1932.

⁵⁰ Die umfangreiche publizistische Tätigkeit von Reinhold Quaatz ist bisher bis auf einzelne Parteidrucksachen und -programmschriften in den Werken über die DNVP noch nicht vollständig ausgewertet worden. Quaatz betätigte sich außer in Fachbeiträgen zum Verkehrs- und speziell Eisenbahnwesen hauptsächlich in der Tagespresse und den völkischen und deutschnationalen Zeitschriften.

Die Inhalte, die Quaatz für eintragungswert hielt, veränderten sich naturgemäß mit den veränderten Lebensumständen des Autors. Politisch-historisches Interesse dürfen vor allem die Eintragungen aus den Jahren beanspruchen, in denen Quaatz Reichstagsabgeordneter war. Die Eintragungen in beiden für die vorliegende Edition herangezogenen Bänden enthalten außer Bemerkungen zum Tagesgeschehen Angaben zu Quaatz' Lektüre (fast ausschließlich historische Literatur und Memoiren), zu Theater- und Kinobesuchen und anderen kulturellen Ereignissen. Alle Tagebücher sind lückenhaft geführt. So gibt es für die Jahre 1916 bis 1922 nur einige wenige Eintragungen; Eintragungen zu 1923 fehlen ganz. Die Notizen aus dem Jahr 1925 beanspruchen zwei, die Eintragungen für 1926 zehn Seiten. Erst ab 1927 wird die Tagebuchführung dichter und umfaßt bis 1933 etwa 100 bis 150 Seiten pro Jahr. In der NS-Zeit werden die Aufzeichnungen wieder spärlicher und enthalten nach 1935 kaum mehr Informationen mit politischen oder familiären Inhalten. Reflexionen über Gelesenes werden während des Krieges zunehmend von religiösen Betrachtungen abgelöst. Die Eintragungen der Nachkriegszeit beschäftigen sich vor allem mit seiner Tätigkeit an der Kirchlichen Hochschule und anderen kirchlichen Aufgaben in Berlin.

Quaatz hat seine Notizen „meist am Abend jedes Tages“ gemacht⁵¹. Nachträge, vor allem nach mehrtägigen Reisen nicht selten, sind entweder am Datum erkennbar oder als solche bezeichnet. Mit Ausnahme einer einzigen, ausdrücklich als Nachtrag aus dem Jahre 1926 gekennzeichneten kurzen Bemerkung über ein Gespräch mit Adenauer, das im Zusammenhang mit Plänen für eine Rheinische Republik bereits Anfang 1919 stattgefunden hatte, erfolgten auch die Nachträge in Abständen von wenigen Tagen zum Ereignis. Wie manche Korrekturen belegen, hat Quaatz ab und an das Tagesdatum der Eintragung mit dem des Ereignisses – meist der Vortag – verwechselt, so daß bei Datierungen mitunter Vorsicht geboten ist. Bei Nachträgen für mehrere Tage hat Quaatz das jeweilige Tagesdatum oft in den Text eingestreut, in einigen Fällen fehlt es ganz.

Die Notizen aus den verschiedenen Lebensbereichen, die Quaatz seinen Tagebüchern anvertraute, sind naturgemäß von unterschiedlichem historischen Wert. Statt für eine Auswahl der historisch bedeutsamsten Eintragungen aus allen Tagebüchern seit 1916 entschieden sich die Herausgeber dafür, die Aufzeichnungen aus der am dichtesten dokumentierten und durch einige wichtige Anlagen bereicherten Hugenberg-Periode der Deutschnationalen Volkspartei von 1928–1933 zu veröffentlichen. Aus inhaltlichen Gründen, die bereits dargelegt wurden, konnte auf die Tagebücher zwischen 1934 und dem Kriegsende ohnehin verzichtet werden. Die veränderte Thematik der Tagebücher aus der Nachkriegszeit, die Quaatz in einem völlig anderen öffentlichen Wirkungskreis zeigen, läßt dieses Auswahlverfahren auch unter Berücksichtigung der Biographie von Quaatz sinnvoll erscheinen. Aus Umfangsgründen mußte auf die teilweise recht ausladenden Reflexionen über seine Lektüre und das rezipierte kulturelle Geschehen verzichtet werden. Die zahlreichen Eintragungen rein geschäftlicher Art, die nach 1924 einen Teil der Tagebuchnotizen ausmachen, blieben ebenso unberücksichtigt wie die meisten Aufzeichnungen privaten Inhalts. Allerdings war es das Bestreben der Herausgeber, überlieferungswürdige Tageseintragungen möglichst ungekürzt zu veröffentlichen und nicht ausschließlich das Skelett der politischen Aussagen vorzustellen. Umgekehrt wurde auf Tageseintragungen ganz verzichtet, wenn ihr politischer Gehalt zu unbedeutend erschien.

⁵¹ Quaatz: Zur Vorgeschichte meiner Berufung in die Dresdner Bank, o. D. (ca. 1933/34), S. 2, in: BA, NL Quaatz, Bd. 17.

Die vom Autor in die Tagebücher eingelegten Briefe und Niederschriften wurden, soweit von historischem Wert, in die Edition aufgenommen. Auf weniger bedeutsame Schriftstücke wird, teilweise mit Inhaltsangabe, in den Fußnoten hingewiesen.

Auslassungen innerhalb einer Tageseintragung sind mit [. .] markiert; wo eine ganze oder mehrere Tageseintragungen ausgelassen wurden, steht [. .] in einer eigenen Zeile. Wörter, deren Entzifferung zweifelhaft erscheint, stehen mit Fragezeichen in eckiger Klammer; unentzifferbare Wörter sind mit [. . ?] bezeichnet.

Quaatz hat in seinen Tagebüchern auf Orthographie und Interpunktion keinen Wert gelegt, großzügig abgekürzt und mitunter Satzzeichen völlig weggelassen. Die Herausgeber fühlten sich daher berechtigt, den Text stillschweigend den heutigen Regeln und Schreibgewohnheiten anzupassen und vor allem fehlende Satzzeichen zu ergänzen. Wenn die Ergänzung bei mehreren Interpretationsmöglichkeiten eine nicht eindeutige Festlegung bedeutete, ist sie in eckige Klammer gesetzt. Eigenheiten der Interpunktion (etwa die häufige Verwendung von Punkt und Doppelpunkt an Stelle des Kommas) wurden nicht beibehalten. Bei Verstößen gegen die Grammatik wurde dagegen in der Regel nicht eingegriffen, der knappe Tagebuchstil mit seinen oft unvollständigen Sätzen nur in einigen wenigen, sonst mißverständlichen Fällen oder bei offensichtlichen Verschreibungen verbessert oder ergänzt. Alle Zusätze der Herausgeber stehen in eckigen Klammern; weitergehende textliche Eingriffe sind in Anmerkungen erläutert.

Abkürzungen sind, soweit ihnen nicht eine eigene Wortqualität – wie etwa bei Parteinamen – zukommt, stillschweigend aufgelöst; bei den nicht aufgelösten Abkürzungen wurden die damals üblichen Punkte stets weggelassen (DVP statt D. V. P.). Lediglich die von Quaatz verwendete Kurzform „Trevi“ (für Treviranus) wurde beibehalten. Die Namen von Restaurants u. ä. wurden, wenn sie nicht unter dem Namen des Besitzers geführt sind, abweichend von den Gewohnheiten des Autors immer in Anführungszeichen gesetzt.

Der Autor gliederte seinen Text über die lange Zeit der Tagebuchführung hinweg nicht einheitlich. Zusätzlich zur Einteilung in Tageseinträge pflegte er Absätze zu bilden, die nicht immer der logischen Gliederung des Textes folgen. Zeitweise, zumal bei von Quaatz als besonders wichtig erachteten Aussagen, häufen sich die sinnstörenden Absätze. Die Gliederung des Autors wurde deshalb nur dann übernommen, wenn sie logischen Perioden entsprach. Im Text sind Absätze lediglich durch Gedankenstrich angedeutet; originaler Gedankenstrich ist durch zwei aufeinander folgende Gedankenstriche wiedergegeben.

Quaatz hat die Tageseinträge meist nur mit der Tageszahl des betreffenden Tages versehen. Seine Angaben sind, durch den Monatsnamen ergänzt, in eine eigene Datumszeile gestellt; wo sich im Original Tagesnamen oder Feiertagsbezeichnungen finden, wurden sie in die Datumszeile aufgenommen. Im Original fehlende, erschlossene Daten erscheinen in eckigen Klammern, gegebenenfalls mit Fragezeichen. Uhrzeiten sind stets in der 24-Stunden-Einteilung angegeben, Zahlen bis 12 immer ausgeschrieben. Unterstreichungen mit der Feder, die offensichtlich von der Hand des Autors stammen, erscheinen im Text kursiv. Einige wenige, offenbar nachträglich mit Blei- oder Farbstift angebrachte Unterstreichungen blieben dagegen unberücksichtigt.

Die Knappheit des Tagebuchstils machte eine verhältnismäßig ausführliche Kommentierung erforderlich. Auf Querverweise wurde deshalb aus Platzgründen fast ganz verzichtet. Für den Nachweis der vielen von Quaatz verfaßten Zeitungsartikel wurde die in seinem Nachlaß befindliche Sammlung herangezogen, die allerdings 1931 endet. Der

aufgrund unverhältnismäßig großer Schwierigkeiten notwendig gewordene Verzicht auf eine Nachweisung für 1932 wurde durch den Rückgang seiner publizistischen Tätigkeit in diesem Jahr erleichtert. Zur Entlastung des Anmerkungsteils haben sich die Herausgeber für einen Personenindex entschieden, der neben Vornamen und Geburtsjahr (bei bis 1933 Verstorbenen auch das Todesjahr) Angaben zu Beruf und Parteikarriere (bevorzugt für die Jahre 1928 bis 1933) enthält. Die Vollständigkeit dieser Angaben war nicht immer zu erreichen. Wenn bei Namensgleichheit die Identität nicht sicher festgestellt werden konnte, steht hinter den Familiennamen bzw. Seitenzahlen ein Fragezeichen.

*

Die Herausgeber danken dem Bundesarchiv für die Genehmigung zur Veröffentlichung und Herrn Archivoberrat Dr. Heinz Jürgen Real für die freundliche Unterstützung. Unser Dank gilt ferner Herrn Peter Helmberger für die Mitarbeit am Personenindex und nicht zuletzt Frau Dr. Margot Quaat, die sich bereitwillig mit Auskünften über ihren Vater zur Verfügung stellte.

Besonderer Dank gilt Martin Broszat, der die Edition anregte und die Textauswahl vorbereitete. Seinem Andenken ist dieser Band gewidmet.

Tagebuch

1928

2. Januar

Nachmittags bei Schacht. Längere Besprechung über die Lösung des Dawes-Problems¹. Schacht spricht von 10–16 Milliarden wegen Wegfall aller Kontrollen und Korridor. Hat Besprechung gehabt mit Guérard, ten Hompel, Klöckner, Brüning. Scheint sich auch mit Marx und Brauns, namentlich mit letzterem, verständigt zu haben. Ich ermuntere ihn natürlich, bin aber weniger sanguinisch. Er möchte auch unter Linkskoalition möglich bleiben, ist aber über Sozi wütend. Ich deute darauf hin, daß seine Position umso fester sei, je schneller er die Frage vorantreibe. Das ging ihm augenscheinlich ein, er äußert sich lebhaft zustimmend. Eitelkeit immer wieder hervorstechend.

4./5. Januar

Verhandlung mit Philipp (Maltzahn und Hartmann als ziemlich stumme Zeugen). Philipp nach eineinviertel Stunden bereit, eine Entscheidung über die Kandidatenfrage herbeizuführen². Sein Bericht an Hugenberg. Dann Kamenz und Löbau. Gute Versammlungen. In Löbau teilt mir Grellmann mit: Er halte an mir fest. Im Engeren Vorstand habe er Philipp keinen Zweifel gelassen, daß Rademacher als Spitzenkandidat nicht möglich sei.

¹ Der am 30. 8. 1924 im Reichstag angenommene Dawesplan sah deutsche Reparationsleistungen von jährlich etwa 2,5 Milliarden RM aus dem Reichshaushalt und aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie für eine nicht festgelegte Zeit vor. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Im Gefolge der Währungsstabilisierung und des Dawesplans kam es zu einer außerordentlich hohen deutschen Auslandsverschuldung, insbesondere in Krediten mit kurzer Laufzeit. 1927 war eine Krise des Dawesplans und damit die Gefahr einer Erschütterung des europäischen Währungssystems absehbar, so daß die USA die Initiative zu seiner Revision ergriffen; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932, Düsseldorf 1970, S. 406 ff., 411–421.

² 1928 erwies sich die Aufstellung der DNVP-Listen für die Reichstagswahl wegen der interessenpolitischen Gegensätze als besonders schwierig. Hugenberg setzte im Landesverband Dresden-Bautzen die Spitzenkandidatur des ihm ergebenen Bang durch. Daraufhin trat der Vorsitzende dieses Verbandes, Philipp, aus Protest zurück. Auf Wunsch Hugenbergs mußte Quaatz, den Bang als Spitzenkandidat in Dresden-Bautzen abgelöst hatte, an anderer Stelle sicher untergebracht werden. Zunächst versuchte man, seine Kandidatur im Wahlkreis des Parteiführers Graf Westarp, Potsdam II, durchzusetzen. Als dies nicht gelang und Quaatz nur ein Platz auf der Reichsliste zugestanden wurde, der ihm nicht sicher schien, weigerte er sich, den für seine Kandidatur vereinbarten Betrag von 80 000 RM zu zahlen. Daraufhin erklärte auch Hugenberg seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Parteizentrale für hinfällig und forderte 50 000 RM zurück. Dies veranlaßte Westarp zu Rücktrittsdrohungen, denn die Wahlleitung hatte bereits über die von Hugenberg garantierten Beiträge verfügt. Schließlich wurde Quaatz auf den sicheren achten Platz der Reichsliste gesetzt; Dörr, DNVP, S. 381, 384 f.

[. . .]

14. Januar

Mit Meißner wegen Geßlers Nachfolger³. Meißner deutet schon damals auf Groener hin. Ich frage ihn, ob er nicht will.

15. Januar

Lersner. Abends bei Trevi. Tangiere Meißner, finde Gegenliebe.

16. Januar

Westarp und Wallraf schlagen Hindenburg Meißner vor. Lehnt ab, weil „zu kleines Format“. Abend bei Rießler. Gespräch mit Scholz, Rheinbaben, Kleefeld. Kleefeld als agent provocateur gegen [Hueter?]. Ich falle nicht darauf hinein, lobe [Hueter]!

[. . .]

26. Januar

Meine Zuwahl in die Parteileitung. Als Vertrauensbeweis und gegenüber den Philippischen Treibereien wertvoll. An sich ist die Parteileitung viel zu zahlreich, um Bedeutung für die laufenden Geschäfte zu haben. – Bei Schacht in Kreditfragen. Es wird mir deutlich, daß ich die Vermittlung zwischen Schiele, Hugenberg, Schacht übernehmen muß⁴. Schiele will zweite Hypotheken, Hugenberg Pfandbriefkurse stützen, Schacht allgemeine Zinsverbilligung.

27. Januar

Zirkusversammlung der Landwirte. Rede Linders, sehr wirkungsvoll. Gespräche mit Grellmann, Kretzschmar, Lüttichau usw. Essen im Ratskeller. – Grellmann erklärt wieder, Rademacher käme nicht als Spitzenkandidat in Frage. Er habe sich durch sein Auftreten wenig Sympathien erworben. Rademacher wünscht Vortrag Hugenbergs in Dresden. – Geheimrat Mehnert, Sächsischer Kreditverein, bei Tisch neben mir. Sehr für Hugenbergs Pfandbriefstützung. Gespräch v. Carlowitz (Grundbesitzerverband), Lüttichau-Dorf Chemnitz u. a. Fand eigentlich über Erwarten angenehme Aufnahme. – Ich habe vergessen, meine Etatsrede im Plenum vom 23. zu erwähnen⁵. Sprach als zweiter

³ Reichswehrminister Geßler war wegen seiner Mitverantwortung für die Phöbus-Affäre (vgl. Anm. 9 zu 1928) ins Kreuzfeuer der öffentlichen Meinung geraten und am 4. 1. 1928 zurückgetreten. Sein Nachfolger wurde Wilhelm Groener; Die Kabinette Marx III und IV, 17. Mai 1926 bis 29. Januar 1927, 29. Januar 1927 bis 29. Juni 1927, bearb. von Günther Abramowski, Bd. 2, Boppard am Rhein 1988, S. 1211 ff.; Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1957, S. 423–427, 472 f.; Dorothea Groener-Geyer, General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt a. M. 1955, S. 241 ff.

⁴ Bereits 1927 hatte Hugenberg einen unbeachteten Vorschlag zur Stärkung des landwirtschaftlichen Kredits mit Hilfe der Rentenbankkreditanstalt gemacht; Leo Wegener, Hugenberg. Eine Plauderei, München 1930, S. 43.

⁵ Quaatz meinte in Bezug auf Preußen eine Gemeinsamkeit zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten feststellen zu können: „... auch die Sozialdemokraten sind heute keine Unitaristen mehr, denn sie haben das preußische Machtinstrument nun einmal in der Hand gehabt und haben gelernt, es zu werten.“ In seiner Reaktion auf die Rede Müllers verzichtete Quaatz darauf, die Sozialdemokraten, wie sonst bei den Deutschnationalen üblich, als Handlanger Frankreichs hinzustellen; sie stünden den Deutschnationalen in Fragen der Außenpolitik näher als die der DNVP in

Redner hinter Wallraf. Mein Ziel war: 1. die wie gewöhnlich fast eingeschlafene Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln, 2. über das Zentrum hinweg in Führung mit der Linken zu kommen, mich jedenfalls nicht in Gezänk verwickeln zu lassen. Ganz allmählich soll die Mitte merken, daß wir evtl. auch mit der Linken können, also nicht ohne Bewegungsfreiheit an ihren Wagen gespannt sind. Beides gelang gut. Schwierigkeit, weil unsere Alten das nicht zu sehr merken durften, und weil auch bei SPD versucht wurde, mich zu reizen. Konnte demgegenüber im Disput mit Müller-Franken ihn überlegen abdeckeln und die Linke zu ruhiger, ja höflicher Aufmerksamkeit zwingen. Sachlich: Landwirtschaft, Osten als Pfeilrichtung der neuen deutschen Politik. Viel Anerkennung, außer bei Westarp, der sich in ostentatives Schweigen hüllte. Will wohl keine Eskapaden in die hohe Politik, umso weniger, als Wallrafs Rede hübsch, aber ohne Wirkung war.

[. . .]

31. Januar

Abends Schiele großer Empfang, anlässlich der Grünen Woche im Palais Prinz Friedrich Leopold am Wilhelmplatz. Die wunderschönen Räume (der Bau stammt von Schinkel) dienen jetzt als Repräsentationsräume für das Auswärtige Amt. Bier und Tabakrauch, schlecht angezogenen Leute, schlechte Staffage. Gespräche mit Borsig (Ernst) über Sozialpolitik, Groener, [den] neuen Wehrminister, u. a. Ganz interessant. [. . .]

1. Februar

Abends in drangvoller Enge Hotel „Prinz Albrecht“ in zwei kleinen Räumen Herrenabend. Westarp mit Landwirten. Spreche mit Minister Koch über sein Ministerium, Brandes, Winterfeld, Hugenberg, Stauffenberg zur Kreditfrage. [. . .] – Vormittags scharfe Abfuhr an Heimann wegen Angriff auf Koch. Wirkt dermaßen, daß Heimann davon spricht, sein Mandat niederzulegen und am nächsten Tag eine formelle Entschuldigung abgibt. Fortlaufende Besprechungen über Kreditoption. Drei Wege: 1) Schiele will schwebende Schulden, besonders Wechsel, „umschulden[“] in zweite Hypotheken. 2) Hugenberg will Stützungsaktion für Pfandbriefe. 3) Schacht will Zinsverbilligung⁶. Vermittlung durch Schachts Abreise erschwert. – Gegen Zinsverbilligung: Teuer. Wirkung problematisch, weil Kreditgeber angereizt wird, *nicht* im Zins herunterzugehen. Katastrophe, wenn Mittel ausgehen. Dagegen mit mir und Hugenberg: Brandes, Winterfeld u. a. – Zweite Hypotheken bedingen individuelle Risikoprüfung. Richtig, daß schwebende Schulden reguliert werden müssen. – Incident: Preußenkasse, vom Reich alimentiert, wird Werkzeug preußischer Politik⁷. Dagegen muß Bayern und Gewerk-

Frankreich geistesverwandten Konservativen. Hinsichtlich der Landwirtschaft betonte Quatz, der Gesichtspunkt der Solidarität von Industrie und Landwirtschaft sei in den letzten Jahren sehr stark vernachlässigt worden. Erforderlich seien ein großes Reformprogramm und eine Finanzpolitik der Produktionsförderung. Insbesondere verlangte er den Ausbau der Verkehrsverbindungen zu Ostpreußen und Schlesien; Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 394, Berlin 1928, S. 12338, ebd., S. 12334; 12336 ff.

⁶ Reichsbankpräsident Schacht glaubte, daß die Aufnahme einer Auslandsanleihe von einer halben Milliarde Mark möglich sei, um dem Kreditbedarf der Landwirtschaft abzuhelpfen; Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1258.

⁷ Am 13. 1. 1928 hatte der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff Otto Klepper als Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse eingesetzt. Die preußische Regierung wollte damit stärkeren Einfluß auf eine der wichtigsten Positionen der deutschen Agrarpolitik gewinnen. Wäh-

schaften mobilisiert werden. Hilfsaktion unter Umgehung der Preußenkasse direkt an Genossenschaften, evtl. mit Hilfe der Landesbanken. Gibt Preußen nach, muß es Mehrheit abgeben. An diesem Plan wird gearbeitet. Führung fehlt. Ich versuche, die nötigen Faktoren aneinander zu führen. – Nachmittags Semper, Westarp, Dewitz und ich über Preußenkasse.

3. Februar

Frühstück Dressel, arrangiert vom Auswärtigen Amt/Pressechef für Vertreter von „New York Tribune“, Simonds oder so ähnlich, also jedenfalls Ur-Amerikaner! Nach Tisch belehre ich ihn zur Freude von Zechlin über Dawes und Rückgabe von Westpreußen⁸. Der Ullstein-Professor Stein entfernt sich schauernd. Der Uramerikaner stutzt, verlangt provisorische Lösung. Ich: Freigabe der Eisenbahn. Er scheint einverstanden. Ich schmalzig: „Mit dem Franzosen muß man vorsichtig reden, mit dem Amerikaner offenherzig“. Der Uramerikaner (übrigens propolnisch, was sagen seine Volksgenossen in Warschau und Lodz?) strahlt, ich verabschiede mich effektiv. Zechlin wünscht meine Perlen schriftlich. Ob er sie gegen mich verwenden will? Tant mieux. Wallraf in hoher Form! Koch-Weser relativ – soweit ich hörte – verständig. Fuehr unverständlich. Der Kultur-Konservative Grabowski jetzt nur noch Kultur. – Abends Fest des Landesverbands im „Kaiserhof“. Arbeit hat nachgelassen. Nur Ausschuß, immer Ausschuß, untermischt mit „interfraktionellen“ Raufereien, denen Westarp gemütlich vorsitzt.

[. . .]

7. Februar

Nachmittags und abends Industriellenausschuß[:] Prozeß Albrecht. Große Rede Hugenbergs. Dann Presseabend „Kaiserhof“. [. . .]

8. Februar

Kandidatenbesprechung bei Hugenberg mit Nagel, Thomsen, Goldacker. Abends bei Groener. Besprechung mit ihm und Zenker.

[. . .]

10. Februar

Groeners Antrittsrede im Haushaltsausschuß. Oratorisch und in der Schlagfertigkeit sehr mäßig, aber nicht ohne Wirkung. Erklärung über Phoebus-Lohmann⁹. – Trevi bittet um Unterbringung seines Vaters bei der Motorverleih. Sage zu.

rend die „Preußenkasse“ bis dahin in der Öffentlichkeit wenig beachtet ihre Kreditvergabepolitik betrieben hatte, geriet sie unter Kleppers Leitung immer mehr in den Streit der Tagesmeinungen und wurde besonders von deutschnationaler Seite angegriffen; Jan Barchusen, Die Grüne Front, I. Der Napoleon der P. K., in: Die Weltbühne 24. 9. 1929, Nr. 39, S. 466–471.

⁸ Vgl. Anm. 63 zu 1928.

⁹ Der Leiter der Seetransportabteilung der Marineleitung, Kapitän zur See Lohmann, hatte sein Amt zu einer Sammelstelle für geheime Rüstungsmaßnahmen und Mobilmachungsvorbereitungen entwickelt. Ihm standen aus Reichswehrfonds Mittel zur Verfügung, die er systematisch vermehren wollte und in den verschiedensten Unternehmungen anlegte. Am 8. und 9. 8. 1927 berichteten das Berliner Tageblatt und der Montag Morgen, daß die Phöbus-Filmgesellschaft mindestens sechseinhalb Millionen Mark aus dem Geheimfonds der Marineleitung erhalten habe. Lohmann hatte die Filmgesellschaft unterstützt, um die Propaganda für den Wehrgedanken und die deutsche Seegelung zu fördern. Ohne daß sein Ziel erreicht worden wäre, verschlang das Unternehmen über zehn

13. Februar

Fraktionssitzung. Zentrum und Volkspartei klaffen sich an wegen des Schulgesetzes¹⁰. Keudell macht (anscheinend mit Hergt) die dümmsten Vermittlungsvorschläge, von denen einer der Redner sagte, das beste an ihnen sei, daß man sagen könne, sie rührten nicht von der Fraktion her¹¹. Ganz gegen seine Gewohnheit gibt mir Westarp außer der Reihe das Wort. Ich führe aus: 1) Das furchtbarste für uns sei ein Schulgesetz, das in katholischen Gebieten de facto Konfessionsschule, in evangelischen die Simultanschule mit „christlichem“ Etikett bringe. Diese Gefahr schein mir zu drohen. 2) Wir sollten kalt abseits stehen. Andernfalls, wenn wir uns in den Vordergrund des Schulstreits drängen, wird man uns als Schuldige hinstellen. Jetzt faktisch Lage gut; denn 3) entweder Bruch ernst, dann sind sofortige Wahlen für uns besser, als im Mai oder Oktober, oder aber die Sache ist Bluff, dann wäre es erst recht verkehrt, uns in Unkosten zu stürzen. – Hugenberg wegen der Intrigen Rademacher, Brunk, Trevi(?)[,] Schreiber erzählt mir, Rademacher habe ihn brieflich gefragt, wie sich Landbund zu seiner Kandidatur in Ostachsen stellen werde. Will mir Brief schicken. – Bin neugierig, ob die Fraktion bei der morgigen Fortsetzung der Debatte Kurs halten wird.

14. Februar

Nachmittags[:] Graef gibt Keudell in der Fraktion deutlich zu verstehen, daß er sein Portefeuille zur Verfügung stellen solle. Keudell stellt sich tot. Abends Riesen-Bierabend bei Hindenburg. Nichts von Belang. [. . .] Ersing more solito betrunken. Erzählt allen von der künftigen Koalition Zentrum, Deutschnationale, Sozialdemokraten.

15. Februar

[. . .] Mit Brüning bei Reichsbahn¹², um sie an meinen Gedankengang zu gewöhnen:

Millionen Mark und stand schließlich vor dem Konkurs. Die Veröffentlichung löste einen Entrüstungsturm aus, dem Reichswehrminister Geßler zum Opfer fiel. Lohmann wurde im März 1928 entlassen; Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1062–1065, 1082 f., 1160 f.; Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, 3. Aufl., Köln, Berlin 1966, S. 311–315; Geßler, Reichswehrpolitik, S. 443 ff.

¹⁰ Zentrum und DNVP traten vom katholischen bzw. protestantischen Standpunkt aus für die Konfessionsschule ein, die DVP dagegen bevorzugte aus ihrer nationalliberalen Tradition die christliche Gemeinschaftsschule. Der Entwurf des deutschnationalen Reichsinnenministers von Keudell stellte Bekenntnisschule, Simultanschule und weltliche Schule ohne Religionsunterricht nebeneinander und wollte es den Eltern überlassen, in jeder Gemeinde die Schulform ihrer Wahl durchzusetzen. Die Gegensätze zwischen DVP und Zentrum erwiesen sich stärker als anfangs erwartet. Über dem Scheitern des Schulgesetzes zerbrach die Koalition; Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 994 f., 1295, Anm. 1; Günther Grünthal, Reichsschulgesetz und Zentrumsparlei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968, bes. S. 210 f., 240 f.; Walther von Keudell, Unser Kampf um das Reichsschulgesetz, in: Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, hrsg. von Max Weiß, Berlin 1928, S. 204–207.

¹¹ Von Keudell versuchte noch in letzter Stunde erfolglos einen Ausgleich mit einem Vermittlungsvorschlag, wonach in den im § 20 des Schulgesetzentwurfs genannten Ländern Baden und Hessen und im ehemaligen Herzogtum Nassau die Simultanschulen grundsätzlich erhalten und in den übrigen Ländern, für die die DVP es wünschte, noch für eine Übergangsfrist bestehen bleiben sollten.

¹² Brüning schildert seine Beziehungen zu Quaat positiv: „Die persönliche Freundschaft, die sich zwischen den Finanzsachverständigen der Regierungsparteien 1924–1925 entwickelt hatte, erwies sich als ein sehr starkes Band. Männern wie Oberfohren und Quaat, und auch Hilferding und Herz von der SPD, war es letzten Endes nicht so wichtig, mit welchen Parteien die Regierung gebildet wurde. Ihnen kam es darauf an, eine Garantie für loyale Zusammenarbeit und eine verantwortungsbewußte

Reichsbahn muß an den Anleihemarkt kommen, deshalb Hauptziel Beseitigung der Eisenbahnobligationen. Brüning sekundiert. Ich bin doch betroffen, wie sehr die Leute (Weihrauch in Vertretung von Dorpmüller, Jahn, Scholz, Vogt) ohne jede eigenen Ziele sind. Man kann den Deutschen zu allem bringen und zu allem gebrauchen. Eigene Ziele wird er nicht haben. Männer wie Bismarck sind bei uns Meteore, unserem System bleiben sie Fremdkörper. Darum ist Deutschland das einzige Land, das seine großen Männer haßt, so lange sie leben. Nach ihrem Tod werden sie seziiert und mumifiziert. Erschreckender Tiefstand der sogenannten führenden Schicht.

16. Februar

Vormittags sucht mich Exminister Krohne auf in Sachen Luftschutz, darin er tätig ist. Freundschaftlich wie immer. Ich kann mir nicht denken, daß er der Hintermann von Gleichen ist, wie Löwenfeld einmal andeutete. Besuch sonst nicht klug. Hintermänner der Luftbeamten via Schlieben. Das auch die Meinung Donners, den ich am 20. wegen des Vergleichsvorschlages des Gerichts aufsuche. – Abends „Prinz Albrecht“. Großes Fest gemeinsam mit Oberföhrens. Gegen 100 Personen. Alles klappte trotz oder wegen der vielen Sorgen um Tischordnung und so. Gute Mischung und Stimmung. Schluß um 3 Uhr! Hugenbergs Frau zum ersten Male in der Berliner Gesellschaft, wo sie gut gefiel. Kalkkreuths, Westarps, Brandes, Prinz Löwenstein, Prinzessin Lippe, Schmidt-Ott, Wallraf, Minister Koch, v. Keudell, Gesandtschaftsrat [Schütte?] usw. Agrarier, Gelehrte, usw. in netter, fröhlicher Unterhaltung mit ca. 50% Politik. Lotte gefiel sehr. Viele Glückwünsche noch nachher. Ein netter Erfolg, weil schwer zu wiederholen.

17. und 18. Februar

Ausgefüllt durch die schmähhlichen Mißerfolge unserer Minister und Westarps, die die glänzende taktische Lage nach dem Scheitern des Schulgesetzes in eine Niederlage verwandelt haben¹³. Dramatische Szene in Graefs Zimmer. V. d. Osten, Winckler greifen Westarp heftig an. Allgemeine Mißstimmung. [. . .]

19. Februar

Mit Treviranus nach Dresden. Parteivertretung. Referate: Quaatz, Rademacher, Hartmann, Domsch. In der Debatte Grellmann, Trevi, Eberle trefflich gegen die Separatisten im agrarischen Lager. Schreiber antwortet. v. Boxberg schweigt! – Nachher Eng[erer] Vorstand. Trevi bringt Kandidatur zur Sprache. Maltzahn laurig, Lüttichau erst lau, dann wärmer. Grellmann und Fritzsche entschieden für mich gegen Philipp, der in Italien ist. – Essen und lange Unterhaltung mit beiden Lüttichaus, Trevi, Schumann, Lehmann-Freiberg, Rademacher, der in der Debatte noch endlos „gefeiert“ hatte. Philipp versucht mich dadurch zu eskamotieren, daß er einen Arbeiter (Hartmann) als Spitzenkandidaten ausruft.

Finanzpolitik zu schaffen.“ Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1940, S. 115; zu Quaatz und den Fragen der Reorganisation der Reichsbahn vgl. ebenda, S. 100 f.

¹³ Mit dem Scheitern des Schulgesetzes war das Hauptargument der gemäßigten Kreise der DNVP für einen Verbleib in der Regierung entfallen. Die Kritik von Quaatz an den deutschnationalen Ministern bezieht sich vermutlich darauf, daß sie nicht sofort aus der Regierung austraten.

20. Februar

Vormittags Büro. Nachmittags Donner. Dann Ludwig v. Winterfeld wegen Wahlfonds Hugenberg¹⁴. Abends bei Haupttritterschaftsdirektor v. Winterfeld Herrenabend. Gespräche mit Lentze, Lipp und Kißler über Rentenbank und ihre Rolle in der Agrarfrage¹⁵. Die Direktoren wehren sich gegen alles. Ich sage: Ihr könnt Euch doch nicht benehmen wie ein junges Mädchen, das nicht in den Ballsaal will, weil es fürchtet, zuviel Verehrer zu bekommen. Bei Tisch links Winterfeld, rechts der Maler . . .

[. . .]

23. Februar

Parteileitung. Endlose Handelei über Reichsliste. Spitze Westarp statt Hergt. Frau Behm wird wieder aufgestellt. Drängt selbst darauf in wenig schöner Weise. Dietrich verzichtet, nachdem ihm wohl Aussichtslosigkeit eröffnet worden ist. Sonst wenig Änderung. Nach Mitteilung Trevi und Harmony hat man mir die siebte Stelle reserviert, falls ich in Sachen ausfalle. Bin aber mißtrauisch. Langer Brief an Hugenberg, der noch in Rohbraken leider krank liegt. [. . .]

24. Februar

Nachmittags nach Freital bei Dresden mit Fritzsche, der für mich eintrat. Will Landtagsabgeordneter werden, also wieder von Philipp abhängig! Außerdem mitschuldig an der Idee Hartmann. Widerliche Typen der sächsischen Spießbürger, dreist und feige, mißtrauisch gegen einander.

[. . .]

28. Februar

Parteileitung über Reichs- und Landesliste. Leider fehlt Hugenberg. Verkehrsetat im Ausschuß. Meine Kritiken am Mittellandkanal¹⁶ und Luftabteilung haben den Ausschuß hinter sich. Die Bürokratie wird recht bescheiden. – Abends bei Rheinbaben. Zwischen Seeckt und Heinzes. Seeckts amüsante Bosheit. Nachher Kapitän v. Müller, Oberst v. Kleist (Kaiserliche Schatulle) und v. Schmidthals. Dann Nationaler Klub bei Schmidt, Harmony, Laverrenz.

[. . .]

¹⁴ Hugenberg erhielt 1928 aus einem Sonderkonto für politische Zwecke aus den Erträgen des Scherl-Konzerns 700 000 RM. Außerdem wurden in diesem Jahr noch 200 000 RM aus den Gewinnen des Scherl-Konzerns für Wahlpropaganda abgezweigt; Leopold, Hugenberg, S. 40.

¹⁵ Der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt war noch von der letzten Regierung Marx gesetzlich die Möglichkeit eröffnet worden, Absatzorganisationen der Landwirtschaft durch Mitbeteiligung oder Kreditgewährung zu finanzieren; Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1339, Anm. 4, 1383 f.

¹⁶ Am 21. 3. 1927 hatte das Reichskabinett den Ausbau des Südflügels des Mittellandkanals beschlossen. Quaat sah darin eine Gefahr für den Absatz der sächsischen und der oberschlesischen Kohle, da die günstigen Transportbedingungen die Konkurrenz der polnischen Kohle erleichtern mußten. Er rühmte sich später, die Reichsregierung habe auf sein Betreiben hin den Grundsatz aufgestellt, daß zum Ausgleich der Ausbau der Oderwasserstraße drei Jahre vor der Vollendung des Mittellandkanals fertiggestellt werden müsse; Reinhold G. Quaat, Die Zukunft der deutschen Verkehrswirtschaft, in: Nationalwirtschaft 2 (1929), S. 711 f.

1. März

[...] Fraktionssitzung, in der ich Hoetzsch wegen seines Besuches bei Poincaré angreife¹⁷. Mehrheit gegen mich. Abends „Prinz Albrecht“, Einladung Hugenberg-Graef. Arrangement wenig glücklich. Langes Gespräch mit Claß, besonders über Agrarprogramm, Hilflosigkeit der Partei, Persönlichkeit Hugenbergs. Auch er bemängelt seine Verschlossenheit. Erfahre, daß Hugenberg bei Hindenburg war. Die bekannte „Putschaffäre“, Durchsuchungen pp. von Stresemann als Gegenaktion inauguriert, um Hindenburg diese Verbindung nach rechts zu verleiden¹⁸. Sehr probabel. Nachsitzung mit Trevi und unseren Damen. Gespräch über Parteiverhältnisse. Enge Verbindung mit Rippel wird erkennbar. Ruhr will 600 000 Mark geben, Kali 300 000 Mark.

[...]

[3. März]

Große Bezirkslandbundversammlung (ca. 1500 Landwirte) in Bautzen, Vorsitz Ökonomierat Richter. Scharf gegen Bauernpartei¹⁹ und Bauernlisten. Stürmischer Beifall. Der Treiber v. Boxberg saß neben mir. Nachmittags Parteivorstand des Bezirks. Ebenfalls guter Erfolg. Wenn Philipps Treibererei Erfolg haben, wird die Bauernbewegung allerdings wieder aufleben; denn von Hartmann lassen sich die Bauern *nicht* führen.

[...]

¹⁷ Otto Hoetzsch, der außenpolitische Experte der DNVP-Reichstagsfraktion, war im Februar 1928 in Paris mit Poincaré zusammengetroffen. Poincaré betonte dabei das Recht Frankreichs auf die Reparationen, ohne deren Bezahlung keine Räumung des Rheinlands erfolgen könne. Den von Hoetzsch geäußerten Verdacht, Frankreich wolle die Besetzung des Rheinlands über 1935 hinaus ausdehnen, wies Poincaré zurück; Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie B, Bd. VIII, Göttingen 1976, S. 259 ff.

¹⁸ Die preußische Polizei hatte am 10. 5. 1926 Informationen über rechtsradikale Putschpläne erhalten und in den beiden nächsten Tagen eine Haussuchung bei dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Claß, und einer Reihe anderer darin verwickelter Persönlichkeiten durchgeführt. Nach den Informationen der preußischen Regierung hatte Claß den Reichspräsidenten dazu bewogen, bei der nächsten Regierungskrise eine alldeutsch geleitete Regierung einzusetzen. Das neue Kabinett sollte einen kommunistischen Aufstand provozieren, aus welchem Anlaß der Reichspräsident einen Reichsverweser mit diktatorischen Vollmachten ernennen sollte. Die Vaterländischen Verbände sollten dann zusammen mit der Reichswehr den Aufstand niederschlagen. Danach wäre der Weg für die Wiederherstellung der Monarchie frei gewesen. Eine Zustimmung Hindenburgs konnte nicht bewiesen werden. Die Untersuchung gegen Claß und die Mitverschwörer verlief im Sand; Heinrich Claß, *Wider den Strom II*, S. 864–870 (unveröffentlichte Erinnerungen, BA); *Die Kabinette Marx III und IV*, Bd. 1, S. 29–31; Brewster S. Chamberlain, *The Enemy of the Right. The Alldeutsche Verband in the Weimar Republic 1918–1926*, Diss. Ann Arbor 1972, S. 342–391; Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Berlin 1977, S. 504–507; Dörr, *DNVP*, S. 220–225; Holzbach, *System Hugenberg*, S. 193–196; Walker, *Hugenberg*, S. 147–153.

¹⁹ Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei war am 17. 2. 1928 von einigen auf der Liste des Reichslandbundes gewählten Reichstagsabgeordneten gegründet worden. Der deutschnationale sächsische Reichstagsabgeordnete Philipp kandidierte 1928 auf der sächsischen Liste dieser Partei und gleichzeitig auf der Reichswahlliste der DNVP. Die rechtsstehenden Kreise der DNVP erblickten in der Konkurrenzpartei eine Bedrohung und standen ihr feindselig gegenüber.

5. März

Ausschuß. Abends mit Trevi im Großen Schauspielhaus. Trevi erzählt von Besuch Philipps und Beutlers bei Westarp. Beutler für mich, falls Dresden zustimmt. Philipp scharf gegen mich. Schreibe langen Brief an Hugenberg. [. . .]

6. März

Abends Gespräch mit Westarp über meine Kandidatur. Er kühl: Erst müßten außer Hugenberg noch Reichert, Rademacher, Klönne, Leopold und Haßlacher gesichert werden²⁰. Ich beanspruche vor Nonvaleurs und Eingekauften meinen Platz. Die Mandate dürften nicht zum Schachergeschäft werden. Springorum und Mann haben nämlich nach seiner Mitteilung 200 000 Mark und für jeden extra 20 000 Mark geboten, wie ich bestimmt glaube, nicht im Sinne von Hugenberg, der in Rohbraken krank liegt. Als ich Westarp sagte, daß ich um meine Position auf das entschiedenste kämpfen würde, wurde er plötzlich freundlich und zutunlich. Ich brach aber mit kurzer Mitteilung meines Standpunktes gegenüber Philipp[s] Stammbaum-Argument ab²¹. Brief an Hugenberg. Nachher Goldacker und Thomsen beim Glas Wein, behaupten, daß mir ein Rückzug gesichert werde auf Reichsliste. Eventuell solle ich nach Potsdam 2 (Westarps Wahlkreis) als vierter, mit Rückversicherung auf Reichsliste. Bang dafür nach Sachsen.

7. März

Ebenso Trevi und Steinhoff auf der Sitzung der Landesvorsitzenden, wo endlos über die Kandidaturen in den einzelnen Wahlkreisen debattiert wurde. Die Frage ist bloß, ob Bang in Sachsen unterkommt. Ich fechte aber jedenfalls den Kampf in Dresden durch. – Plötzlich die Nachricht, daß Sächsischer Landbund Landvolklisten aufstellt. Der Schlap-pier Schreiber hat sich ausgerechnet den Höfer kommen lassen, den Anstifter der Bauernpartei in Thüringen. Wenigstens ist der Anschluß an diese vereitelt. Die Landvolkliste soll angeblich mit der Partei sich vereinigen. – Abends großes Zweckessen, gegeben von Stubbendorff zur Bearbeitung der Brandenburger, die gleiche Gelüste haben. Scheinbar mit nicht großem Erfolg. Gegen Morgen entreißen Nagel, Goldacker, Stubbendorff dem Grafen Kalkkreuth den Entschluß, am folgenden Tage eindeutig gegen die Absonderung eine formulierte Erklärung abzugeben.

8. März

Durchschlagender Erfolg! Die Bauernliste in Brandenburg erledigt! Jetzt müßte sie in Sachsen noch nachträglich zerschlagen werden. Ich bin aber gehandicapt durch den Streit mit Philipp; ich verlange durch Rundschreiben die Entscheidung des Wahlausschusses, nehme also den offenen Kampf auf. – Rührendes Zutrauen Kalkkreuths, der meint, ich müßte die Führung der Land[es?]liste in Sachsen übernehmen. – Nachmittags Verteidigung Kochs im Auftrage der Fraktion gegen Anrempelungen Mittelmanns in höchstens zehn Minuten unter großer Heiterkeit bei vollem Hause. Zum Schlusse dek-

²⁰ Die von Westarp bevorzugten Abgeordneten waren Vertreter der Kohle- und Eisenindustrie, aber auch Gegner Hugenbergs. Sie folgten der Linie einer gemäßigten konservativen rechten Sammlungsbewegung. Deren wichtigster Vertreter war der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte AG, Reusch. Klönne trat am 3. 12. 1929 aus der Partei aus, Rademacher, Reichert und Haßlacher folgten ihm nach der Reichstagsabstimmung vom 18. 7. 1930.

²¹ Quatz bezieht sich damit auf Angriffe aus den Reihen der DNVP wegen seiner jüdischen Abstammung, Walker, Hugenberg, S. 118, Anm. 2.

kelte ich Breitscheid, der den Chor der Sozi recht unanständig leitete, ab. Der Bericht verzeichnet hierbei „Schallende Heiterkeit“²². Fraktion entzückt. – Abends endlich zu Hause.

[. . .]

11. März, Sonntag

Mit großem Schnupfen zu Hause. Abends Einladung Oberfohren. Brief Grellmanns über Philipps (haßerfüllten) Kampf gegen mich. Durch meinen Brief an die Ausschußmitglieder, in dem ich um [Erwiderung?] seiner Angriffe bitte, ist offener Kampf unvermeidlich. Auch Parteileitung muß Stellung nehmen. – Thomsen in Schleswig-Holstein schwer erschüttert.

12. März, Montag

Hugenberg, mehrere Wochen krank, kommt hierher. Ich muß, ohne ihn über Lage zu sprechen, nach Dresden. Vortrag Ortsgruppe. Vorher Gespräch mit Kretschmar in Seestr. 4 über Philipps Angriffe gegen mich. Kretschmar zum ersten Male sehr warm: Nicht nur glänzende Vertretung des Wahlkreises, sondern Gesamtauffassung völlig mit seiner gleich. Die völkischen Gesichtspunkte treten bei ihm und seinen Freunden jetzt mir gegenüber völlig zurück. – Nach dem Vortrag mit Kretschmar und Grellmann bei [Ruschin?]. Beide treten mir bei, daß ich Auseinandersetzung über Philipps Angriffe verlangen könne und müsse. Kann [Ruschins?] Behauptung sofort desavouieren, daß Westarp meinen Brief an die Mitglieder des Wahlausschusses mißbillige, indem ich Verhandlung verlange.

13. März

Westarp bestätigt das erneut und verspricht schriftliche Richtigstellung an Philipp. [. . .]

14. März

Häufung der Abendeinladungen. Mußte gestern bei Pünder (Reichskanzlei), heute bei Schacht absagen, weil ich von Hugenberg, der noch nicht ganz wiederhergestellt ist, aus Dahlem spät nach Haus kam. Durchsprechung der ganzen Lage. Bewege ihn, die Aktion mit der Landwirtschaft erneut aufzunehmen. Vorher bei Kalckreuth auf dessen Wunsch mit Goldacker und Nagel. Befragt mich, wie ich über die Idee denke: Geschäftsministerium, Ermächtigungsgesetz oder Auflösung. Erkläre mich dafür und entwickle die Möglichkeiten. Freue mich über das Vertrauen, da Kalckreuth erklärt hatte, vor Entschließen müsse er mich hören. Die sog. Regierung zermürbt und zermorscht in sich.

15. März

[. . .] Abends bei Hugenberg Fliegerbundhaus. Langes Gespräch mit Claß und Bang. Letzterer macht wieder auf mich prahlerischen und fahlen Eindruck.

²² Quaatz warf dem DVP-Abgeordneten Mittelmann Hochmut vor, weil dieser dem aus Arbeiterkreisen stammenden deutschnationalen Reichsverkehrsminister Koch am 7. 3. 1928 mangelndes Wissen attestiert hatte. Auf den Zwischenruf Breitscheids, ob seine Rede ein Nekrolog sei, erwiderte Quaatz, es werde den Deutschnationalen eine besondere Freude sein, „so stattliche Perronfiguren, wie Sie eine sind, hier einmal auf der Regierungsbank zu sehen“; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 394, S. 13825 f.

16. März

Sehr nettes Abschiedsfrühstück von Eggers. – Nachmittags wieder Westarp, der sich wieder sehr unsicher über meine Kandidatur äußert. – Abends großes Diner bei Zarden. Plutokratisch, demokratisch, jüdisch. Clou Schacht. Gespräch mit ihm und Dr. [Fischer-Cöln?]. Bei Tisch rechts Frau P.[?] Wagemann, links Frau Zarden.

17. März

Hugenberg, Goldacker, Thomsen: Politische Lage. Wahlen. Hergt will Polizei und Staatsanwalt gegen Bauern mobil machen²³. Tollgewordener Bürokrat.

18. März, Sonntag

In Abwesenheit Brief Westarp, der mich unglaublicherweise zum Rendezvous mit Philipp in Zirkus Busch bestellt. Kretschmar auch leider vergebens da, da wir in Lichtenrade. – Gespräch am Telefon mit Hugenberg und Kretschmar. – Abends Goldacker bei uns.

19. März

Sitzung bei Victoriast. 30²⁴. – Nachmittags bei Meißner. Meißner für Wahlen am 20.[V?]. Hindenburg wird nicht gegen Landwirtschaft wegen der [Emeuten?] vorgehen – Abends bei Schieles [im] „Prinz Albrecht“. Etwas ledern. Rechts Frau Goldacker, links Schieles Tochter, Frau Wenzel. Gespräch mit Borsig wegen Tänzler.

20. März

Bei Hugenberg Besprechung der Kandidaturen. Ausschuß. – Frühstück „Kaiserhof“ bei Köhler mit all den Burschen der Kontroll- und Reparationskommission (der Vorsitzende) war vertreten. Gilbert usw. Rechts Nogara (Industrietreuhänder), links Urbig. Gespräch mit Popitz über die Stagnation in der Reparationsfrage. Propagandausschuß: Plakate. – Abends Bierabend Koch. Rauchig und unergiebig.

[. . .]

22. März

Den ganzen Tag Parteivorstand betr. Wahlkandidaturen. Erhalte ohne jeden Widerspruch Platz 6, worüber ich mich freue. Steinhoff teilt Aufstellung vierter Platz Potsdam 2 mit. Er macht bestimmten und angenehmen Eindruck. Gespräch mit Lüttichau über Philipp. Ich werde mehr als deutlich über diesen Lumpen. [. . .]

[. . .]

²³ Die ersten Auswirkungen der Agrarkrise zeigten sich in der ländlichen Viehwirtschaft Schleswig-Holsteins, wo es zwischen 1926 und 1928 zu den meisten Zwangsversteigerungen kam. Landbund und Bauernvereine organisierten dort am 28. 1. 1928 Massendemonstrationen; die neuentstandene Bewegung der „Schwarzen Fahne“ ging 1929 sogar mit Bombenanschlägen vor; Gessner, Agrarverbände, S. 96 f.; Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1929, Stuttgart 1963, S. 154 f.; Gerhard Stoltenberg, Die politischen Strömungen des schleswig-holsteinischen Landvolks 1918–1933, Düsseldorf 1955, S. 109 ff.

²⁴ Dort befand sich das Berliner Büro Hugenbergs, von dem aus er seinen Konzern dirigierte.

27. März

Parteileitung. Antrag der Preußenfraktion über Verfassungsfrage: Reichspräsident, Mißtrauensvotum²⁵. So sehr sind die Bekämpfer des Gedankens jetzt Vorkämpfer! Alle dafür. Scharf dagegen die Minister, Westarp, Hartwig. Ich: Es steht zur Frage, ob wir hinter einer großen Bewegung herlaufen oder sie führen wollen. Die Bangen werden die Bewegung sabotieren zum Unheil der Partei. – Etwas wurmt mich, daß meine Urheberschaft ganz vergessen ist. Selbst Hugenberg bezeichnete den Gedanken, als ich in der Victoriastraße im Kreise Kalckreuth, Goldacker, Thomsen, Leopold usw. ihn anregte, als vorerst unpraktisch, „revolutionär“. Viele Artikel in den letzten Wochen verfaßt. Starke Überarbeitung.

28. März

Rede zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung²⁶. Gebe Übersicht über die Dreigliederung: Tribute – Überweisungen – Nettoetat. Kritisiere Hilferding scharf und repliziere auf seine Entgegnung. Viele und allgemeine Glückwünsche in der Partei, auch von Zentrum und Volkspartei. Abends Hugenberg und Staehler über Finanzfragen. Vereinbarung. – Haushaltsausschuß[:] Kampf um den Grenzfonds²⁷. Ich setze 15 Millionen durch.

²⁵ In seinem Anfang 1927 in Berlin erschienenen Buch „Streiflichter aus der Vergangenheit und Gegenwart“ hatte Hugenberg für eine Verfassungsreform plädiert: „Die preußischen und die Reichsministerien werden zu einer Einheit verschmolzen. Das Reichsministerium ist zugleich das preußische Staatsministerium. Der Reichspräsident wird zugleich preußischer Staatspräsident. Die in Preußen gewählten Reichstagsabgeordneten bilden zugleich den preußischen Landtag.“ (S. 22 f.). Quaatz sah sich als den eigentlichen Vater dieses Vorschlags, den die Vertreterversammlung der DNVP am 9. 12. 1927 übernahm. Nach dem Beschluß dieses Gremiums sollte auch der Art. 54 der Weimarer Verfassung, der die Reichsregierung vom Vertrauen des Reichstags abhängig machte und bei einem Mißtrauensvotum ihren Rücktritt verlangte, fallen und der Reichspräsident das Recht erhalten, Kanzler und Minister nach seinem Ermessen zu ernennen; Quaatz, Zur Geschichte der Wirtschaftspolitik der Deutschnationalen Volkspartei, in: Der nationale Wille, S. 259; ders., Demokratie, Marxismus und Staat (II), in: Deutschlands Erneuerung, 13. Jg. (1929), Heft 11, S. 657 f.; Ludwig Biewer, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1980, S. 95 f.; Walker, Hugenberg, S. 182–185.

²⁶ Quaatz bezeichnete es als eine Frivolität, wenn man davon spreche, daß die Ausgaben für die Landesverteidigung verringert werden könnten. Allerdings stimmte er Hilferding darin zu, daß das Reich nicht weiter wachsende Summen an die Länder zahlen könne, wobei aber die SPD jede Kritik an den Kommunal финанzen aus Parteiinteresse von vornherein abblocke. Die Frage des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern erklärte Quaatz für unlösbar, solange der Dawesplan weiterbestehe. Die Steuerbelastung des Volkes sei bis ins Unerträgliche angespannt, was sich in einer sinkenden Lebenshaltung auswirken müsse, wenn dem nicht starke Produktivkräfte entgegenwirkten. Durch Steuererhöhungen, wie sie die Linke wolle, riskiere man eine weitere Verringerung der Lebensmöglichkeiten der breiten Massen. Im Finanzproblem sah Quaatz auch ein Verfassungsproblem, da das Parlament ein hemmungsloses Ausgabenrecht habe, und rief den Sozialdemokraten zu: „Die Parlamentarier selbst werden die Totengräber des Parlamentarismus sein, wenn sie es nicht fertigmachen, sich selbst zu beschränken“; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 394, S. 13846–13850, 13860 f.

²⁷ Angesichts der bereits beschlossenen umfassenden Hilfe für Ostpreußen war im Entwurf des Reichsetats für 1928 der bisherige Grenzfonds nicht mehr vorgesehen, zumal im Regierungslager die Ansicht bestand, die Mittel seien unbefriedigend oder sogar mißbräuchlich verwendet worden; Dieter Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln und Opladen 1969, S. 238.

29. März

Lange Plenarsitzung. Wüste Prügelszenen zwischen Sozi und Kommunisten²⁸. Der Reichstag stirbt nicht in Schönheit. – Abends gestörtes Diner bei Berndt.

30. März

3. Lesung des Etats. Rechne beim Verkehrsetat mit Adam Stegerwald ab, der die Besoldungsordnung für die Tariferhöhungspläne der Reichsbahn verantwortlich machen will²⁹. – Wieder Tumultszenen bei Amnestie, die abgelehnt wird³⁰. Interessant, daß jetzt auch die Volkspartei die „Fememörder“ schlechter behandeln will wie die Kommunisten, Landesverräter usw. – Abends Abschiedessen der Fraktion. Würdige Verabschiedung von Tirpitz³¹. Ich sage ihm zum ersten Male meines Wissens [D. . . tionelles?]. Keudell hält es für nötig, mir eine längere Entschuldigungsrede wegen seiner Resistenz in der Verfassungsfrage zu halten.

31. März

Abschiedstag im Reichstag. Lärmend und wenig würdig.

[. . .]

2. April

Sühnetermin [contra] v. Gleichen. Gleichen benimmt sich prahlerisch und albern, nimmt alles zurück, zahlt Kosten. Strafantrag zurück. [. . .]

[. . .]

5. April

Parteileitung. Westarp schlägt neue Liste vor, nach der Reichert, Biener, Klönne und Haßlacher mir vorgezogen werden. Mit knapper Mehrheit werde ich vor Haßlacher gestellt. Offene Gehässigkeit Westarps: ich könne in keinem Wahlkreis unterkommen – was für alle Vollstellen auf der Reichsliste zutrifft. Ich stelle seine Darstellung bezüglich Sachsen richtig und erkläre ihm privat, daß ich das als Versprechensbruch ansehe. Nach

²⁸ Die KPD hatte einen Antrag auf Straferlaß für eine Reihe politischer Straftaten eingebracht. Davon sollten nur Personen ausgenommen bleiben, die sich an den Fememorden rechter Wehrverbände und Geheimorganisationen beteiligt hatten. Die DNVP verweigerte in der entsprechenden Ausschußsitzung einer solchen selektiven Amnestie ihre Zustimmung. Ein Kompromiß scheiterte am Widerstand der SPD. Der kommunistische Abgeordnete Höllein warf den Sozialdemokraten daraufhin vor, für sie seien „die proletarischen Gefangenen längst nicht mehr das Objekt des Mitgeföhls, sondern nur mal das Objekt eines elenden politischen Schachers, einer elenden Wahlmache“. Unter den Sozialdemokraten befänden sich ebenfalls politische Mörder. Der SPD-Abgeordnete Landsberg hielt den Kommunisten entgegen, ein politisches Geschäft mit den Deutschnationalen vorgehabt und dabei die Amnestierung der Fememörder in Kauf genommen zu haben. Das Protokoll verzeichnete anhaltenden Lärm auf der Linken und ein Handgemenge zwischen Abgeordneten von SPD und KPD; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 394, S. 13926 f., 13931–13934, 13937 f.

²⁹ Quaatz rechtfertigte, von Zwischenrufen Stegerwalds unterbrochen, die Erhöhung der Besoldung der Reichsbahnbeamten und wies dessen Vorwurf zurück, daß dabei die Arbeiter benachteiligt worden seien; ebenda, S. 13968 f.

³⁰ Vgl. Anm. 28 zu 1928.

³¹ Tirpitz wollte wegen seines Alters die Strapazen einer erneuten Kandidatur für den Reichstag nicht auf sich nehmen.

der offiziellen Zählung habe ich Vollplatz 6, effektiv ist es 7 oder 8. Doppeltes Spiel von Hugenberg: In Sachsen bin ich durch seinen Kandidaten Bang, in Berlin durch seinen Kandidaten Haßlacher verdrängt. Sehr lau stellt er den Antrag, mich hinter Lind zu stellen, wobei immer noch Reichert vor mir stände! Es war töricht, mich auch diesmal von ihm dupieren zu lassen. Er schickt mich gern vor, um dann seine Geschäfte einerseits mit der westlichen Industrie, die immer weniger von ihm wissen will, andererseits mit dem Alldeutschen Verbands zu machen.

[. . .]

16. April

Endlose Parteileitung. Thomsen fällt. Ich verhindere durch meine Anwesenheit, daß ich zurückrutsche. Koch und Oberfohren für mich. Auch Hugenberg macht eine Geste.

[. . .]

24. April

Propaganda-Ausschuß. Vorher scharfer Auftritt mit Westarp in Gegenwart von Treviranus. Westarp wünscht Geld. Ich verweise auf meine Erklärung in der Parteileitung vom 5. IV. zu ihm, daß [mir?] keine Unterstützung möglich. Schildere Stimmung in Oberschlesien. Westarp weist alles zurück, es werde nicht eingelöst, was versprochen sei. Ich sehr ernst: Ich hätte nichts für meine Wahl versprochen, würde nie ein Mandat kaufen. Stelle meine Kandidatur zur Verfügung, wenn ich etwa nur des Geldes wegen aufgestellt sei. Sehr erregte Auseinandersetzung, schließlich auf morgen verlegt. Widenmann sagt mir: Wahlbedarf 450 000[0], Zusage westlicher Industrie 300 000, davon 200 000 gezahlt. 269 000 seien ausgegeben und gedeckt. Hugenberg hält sich zurück, hat Garantie gegeben, läßt erst die andern zahlen.

25. April

Lange Auseinandersetzung in Westarps Wohnung, diesmal in freundschaftlicher Form. Ich wiederhole meine Kritik und Beschwerde. Erkennt an, daß ich keine Verpflichtung habe. Ich sage 25 000 Mark zu nach Wahl.

[. . .]

1. Mai

Nutzlose Rederei mit Westarp, Trevi, Jacobi, Steinhoff auf Geschäftsstelle. Wieder abstoßende Eindrücke über saloppe Auffassung und Ziellosgigkeit. Werde nicht wieder an diesen „Sitzungen“ teilnehmen. Intrigenwirtschaft! Westarp und Steinhoff rafften möglichst viel Geld für ihren Wahlkreis. Partei hat nichts!

[. . .]

[10. Mai]

Morgens Besuch Widenmanns wegen Geld. Bleibe fest und lege ihm die ganzen Vorgänge klar, damit er Hugenberg, den er übrigens selbst ziemlich scharf kritisiert, über meine Auffassung informiert. „Vertrauen verloren“ etwa das Stichwort.

11. Mai

Mit L[otte] nach Bremen. Mittagessen bei Stimming. Außer uns nur Senator Nebelthau. Dann zur Weserwerft. Stapelfeldt zeigt uns den Riesenbau der neuen „Bremen“ (3000 Passagiere), Schwesterschiff der „Europa“. Stapelfeldts Eifer wohl darin begründet, daß er den neuen großen Werftkonzern auch auf die Werft Kiel ausdehnen will. Tee bei Bürgermeister Buff, der auch die Versammlung in Sielers Saal leitet. 400–500 Personen, angeblich bisher stärkste Wahlversammlung Bremens. Nach mir spricht Dr. Agena, der Nachfolger Bismarcks im Mandat. Abends „[Hillmanns?] Keller“.

[. . .]

15. Mai

Nach Frankfurt a. M. Tee bei Konsul Hill: Jaspert, Oberst v. Nostiz, Exzellenz Winter. Versammlung Zoologischer Garten. Ca. 1000 Personen. Vaterländischer Abend. Störungsversuche durch höchst störende Keilerei abgewiesen³². Wieder Nachfahrt zurück.

16. Mai

Abends mit L[otte] nach Potsdam. Abendessen bei General v. Dommes. Dann mit Frh. v. Medem („Täg“) Rede in einer glänzend besuchten Versammlung (weit über 1000) im Gasthof „Sanssouci“. Pöpelhafter Angriff [vom Genossen?] „Philippborn“, Sozi-Redakteur, den ich von der Tribüne werfe³³. Großer Tumult, in dem sich Prinz August Wilhelm, der mit seinem erwachsenen Sohn erschienen war, musterhaft benimmt. Sehr würdiger Schluß.

[. . .]

21. Mai

Die katastrophale Niederlage³⁴. Quittung über das vierjährige Doppelspiel. Weniger Anwachsen der Linken als Versagen der Rechten.

22. Mai

Viag-Aufsichtsrat³⁵. Törichtes Verhalten Thomsens, der aus Viag herausgewählt wird.

³² Beim Auftritt von Quaatz kam es zu Zusammenstößen zwischen Deutschnationalen und deren Gegnern; nur das Eingreifen der Schutzpolizei verhinderte eine Schlägerei; Bericht der Telegraphen-Union vom 16. 5. 1928 und des Abendblatts der Frankfurter Zeitung vom selben Tag.

³³ Adolf Philippborn, der Redakteur des sozialdemokratischen Potsdamer Volksblattes, spielte in einem Zwischenruf darauf an, daß Quaatz eine jüdische Mutter habe. Quaatz stieß ihn daraufhin eigenhändig von der Tribüne, Berliner Lokalanzeiger vom 18. 5. 1928.

³⁴ Bei der Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 verlor die DNVP 30 von 103 Mandaten. (Gewinner war die SPD mit 153 Sitzen, während das Zentrum mit 62, die DVP mit 45 und die DDP mit 25 Sitzen sämtlich Stimmen eingebüßt hatten.) Ein Teil der Anhänger der Deutschnationalen war zur Wirtschafts- und zur Landvolkpartei abgewandert. Der rechte Flügel, darunter auch Quaatz, suchte die Schuld bei den Gouvernentalen, die eine konsequente Oppositionspolitik vereitelt hätten. Daraus leitete er die Forderung nach einer autoritären Führung der Partei ab, die sie zu einem scharf oppositionellen antilinken Block gestalten sollte; Dörr, DNVP, S. 387–390; Walker, Hugenberg, S. 206–215.

³⁵ Die Vereinigte Industrieunternehmungen AG (Viag) wurde 1923 für die im Reichsbesitz befindlichen industriellen Unternehmungen gegründet. Der wesentliche Besitz lag in der Elektrowirtschaft und in der Aluminium- und Eisenindustrie. Quaatz war Mitglied des Aufsichtsrats, ebenso wie bei den Konzerntöchtern Vereinigte Aluminium Werke AG und Elektrowerke AG.

[. . .] – Bei Tisch [. . .] Klöckner: Große Koalition mit Sozi kommt. Ich bestärke ihn. Desgleichen den Presse-Zechlin, den ich auf der Straße treffe: Jetzt komme die große Probe der Sozis. Ich will: a) daß diese ihre Forderungen hochspannen und damit ihre Koalitionsgenossen diskreditieren, b) daß sie scharf regieren und nicht zu kurz, weil sonst der Bürger völlig einschläft. Auch das Ausland muß bedenklich werden.

[. . .]

24. Mai

Widerliche Sitzung der Parteileitung. Am lautesten schimpfen Rippel, der nicht wieder gewählt ist, und Hartwig. Nachträgliche Änderung der Reichsliste abgelehnt. [. . .]

25. Mai

Mittags bei Hugenberg auf seinen Wunsch. Will 80 000 Mark. Abgelehnt. Eingehende Aussprache, die ich auf der Grundlage nachstehenden Briefes an Westarp führe³⁶. Er will es so darstellen, als ob er alles für mich getan habe. Ich verweise kühl auf die Tatsachen. Erst sollten die Opfer bringen, die sich so in den Vordergrund geschoben haben. Sein Versuch, Verpflichtungen zu [konstruieren?], von vornherein dadurch pariert, daß ich gewissermaßen zur Warnung meine Verhandlungen mit Westarp berichte. Abschluß freundschaftlich. Auch Hugenberg ist durch den Wahlkampf pp. ziemlich mitgenommen. – Wichtigste Aufgabe: die Partei zur Zurückhaltung zu zwingen und zu reorganisieren. Hergt, Schiele, Wallraf werden alles tun, um uns zu kompromittieren. Dann ist das Ende der Partei ein Winkeldasein.

[. . .]

[26. Mai]

Westarp erwidert auf vorstehenden Brief: er stünde zu einer Unterredung zur Verfügung. Ich deutlich ausweichend: danke, werde gelegentlich von der Erlaubnis Gebrauch machen, glaube es in seinem Sinn, wenn dann mehr von Zukunft als von Vergangenheit die Rede wäre. Deutlich, daß ich die Sache für abgeschlossen ansehe. Darauf Bitte Westarps um Unterredung am 4. Juni. – Nachträglich: Diese Unterredung hat dann (Tag?) in Westarps Wohnung in der Innsbrucker Straße stattgefunden. Westarp versuchte mich zur Anerkennung seiner Loyalität zu bringen. Ich blieb ebenso höflich wie entschieden bei der Darstellung meines Briefes. Westarp konnte sie nicht in Abrede stellen. Er war recht bewegt, ich ließ mich aber nicht zu der kleinsten Konzession bewegen. – Hierzu trug bei, daß ich das bestimmte Gefühl hatte, daß unser Gespräch in dem nur durch Portiere getrennten Nebenzimmer durch seine Tochter abgehört wurde. – [. . .] Kalckreuth und Sybel: Keine Halbheiten, Links-Mehrheit muß Verantwortung übernehmen. Ganz einverstanden. Aber nach Sybel ist Popitz anderer Meinung. Sowohl Zentrum wie Sozi wollen nicht recht. Dem Zentrum laufen wegen des langen Bündnisses mit Rot die Bauern (nach rechts), Arbeiter nach links fort. Sozi radikalisiert, Furcht vor

³⁶ Brief von Quatz an Graf v. Westarp vom 16. 5. 1928: Beschwerde über Westarps Verhalten, das Quatz bei seinen Bemühungen um eine Wahlkreisandidatur in Sachsen und einen aussichtsreichen Platz auf der Reichsliste der DNVP benachteiligt habe. Warnung vor der Vergabe von Parteiämtern nach Kriterien der Parteienfinanzierung.

links, weil Kommunisten drücken. Nach Popitz bliebe nur Minderheitenkabinetts der Mitte, d. h. weitere Versumpfung. Popitz hat gute Nase. Bei uns viele zu gewinnen: sicher Hergt, Schiele, Wallraf. Appell an die Furcht vor Auflösung. Dabei können wir nur gewinnen. Fürchte, daß auch Hindenburg solchen Ausweg gern einschlägt. Verhängnisvolle deutsche „*Suche der Halbheit*“, Produkt aus Trägheit und Verantwortungsscheu. Wir reden so viel vom deutschen Idealismus, weil wir davon meist weniger als alle anderen großen Völker haben. Scheu vor Entscheidung ist oft mehr auf Egoismus als auf Feigheit zurückzuführen. Freytag hier, langes Gespräch und Frühstück mit ihm. – Der kommende Tagungsabschnitt wird sehr unerfreulich werden.

[. . .]

11. Juni

Nachmittags und abends Vorbesprechung im „Prinz Albrecht“ unter Vorsitz Oberfohrens. Zu 20 Mann, darunter Hugenberg, Steiniger, Goldacker usw. – Allgemeine Unzufriedenheit, aber auch Unsicherheit. Der Führer fehlt. Augenscheinlich hat auch Oberfohren kein allgemeines Vertrauen. Nachher nach Gleiwitz. Staehler wird abgebaut. [. . .] – Pleite des „Berliner Mittag“, Dr. Östreich.

13. Juni

[. . .] Nachher Reichstag. Abends großes Fraktionsessen mit Landtag bei Keudells. Winterfeld, der neue Vorsitzende der Landtagsfraktion, gleich mir überzeugt, daß Westarp sich auf Parteivorsitz zurückziehen sollte. Allgemein die Empfindung, daß es so nicht weitergeht. Westarp aber läßt die Dinge an sich kommen und [wird] evtl. lieber den Parteivorsitz opfern. Freytag hat die Montagsbesprechung – wie ich mir dachte – Trevi mitgeteilt.

14. Juni

Dieser sucht Aussprache mit mir. Ich offen über seine Fehler; was er in guter Haltung entgegennimmt. – Bei Meißner, um für Minister Koch eine Anstellung zu erwirken³⁷. Meißner sagt Bemühungen zu. – Große Blamage bei der Präsidentenwahl. Graef dreimal verworfen und als letzter Vizepräsident auf Vorschlag Schultz gewählt³⁸. Ursache die völlige Hilflosigkeit von Schultz-Bromberg und Westarp, sowie die völlige Instinktllosigkeit der Fraktion. Vergebens hatten Steiniger, Spahn und ich gewarnt: entweder Verständigung mit den anderen Parteien nach der Zahl oder aber Kampf und Enthaltung bei Niederlage.

³⁷ Koch war vor seiner Ministertätigkeit Arbeitersekretär bei den Christlichen Gewerkschaften gewesen. Das Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften für 1929 weist ihn als Mitglied des Aufsichtsrats der zum Viag-Konzern gehörenden Deutsche Industrierwerke AG Berlin-Spandau aus, dem auch Quaatz angehörte, der ihm wohl diese Position verschafft hatte.

³⁸ Die Fraktion der DNVP hatte bei der Wahl des Reichstagspräsidenten weiße Stimmzettel abgegeben, weil sie nicht für einen Sozialdemokraten stimmen wollte. Aus diesem Grund lehnte die SPD den Kandidaten der DNVP für den Posten des ersten Vizepräsidenten, Graef (Thüringen), zugunsten des Zentrumsabgeordneten Esser ab, der in der zweiten Abstimmung auch gewählt wurde. Auch bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten fiel Graef durch, weil die SPD den DVP-Mann von Kardorff unterstützte. Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten unterstützte die SPD die Kandidatin der DDP, Gertrud Bäumer. Graef kandidierte ebenfalls und siegte schließlich in einer Stichwahl; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 423, Berlin 1929, S. 7 ff.

15. Juni

Parteileitung. Satzungsfragen: Niveau! Ideenlosigkeit. – Mittags Ewert: Landauer, Lenzmann, Wieland. Melde Anspruch für Koch an. Nachmittags wieder öde Parteileitung. Ich kann die Augen nicht davor verschließen, daß hier oben alles voller Zersetzung ist. Es riecht nach Leichen.

[...]

25. Juni

Busch. Nagel über die Pläne zur Reform des Landbunds. Kürbs. Frühstück mit Trevi. Abends mit Oberfohren bei Westarp. Dieser glaubt noch sehr, Herr der Situation zu sein und nicht orientiert über Stimmung gegen ihn. Oberfohren reserviert, scheint aber mehr mitarbeiten zu wollen. Ferngespräch mit Goldacker. – Im Landbund liegt der Schlüssel-punkt³⁹. Entweder es gelingt, die Führung wieder in deutschnationale Hände zu bekommen, was durch Einschlebung Schieles wohl erreicht würde – oder der Landbund wird von den Christlich-Nationalen erobert und damit zur politischen Partei. Damit Schicksal der Deutschnationalen Partei besiegelt, das Bürgertum zerspaltet sich in Interessenvertretung. Dieser „berufsständische Gedanke“ wird jetzt auch im Stahlhelm durch Brauweiler vertreten⁴⁰. Zweifellos treibt auch Luther dahin, der sich zwischen alle politischen Stühle gesetzt hat, wie ich ihm nach Locarno im Herbst 1925 in jener langen Unterredung in Gegenwart von Kempner vorausgesagt hatte. Sein „Reformplan“ wird auch nicht viel anderes bringen, als meine Ideen vom Herbst v[origen] Jahres, wahrscheinlich aber dazu den großen Irrtum, Preußen mediatisieren zu wollen⁴¹. Nous verrons.

28.–30. Juni

Wiederholte Besprechungen im Kreise Hugenberg zur Führerfrage, die wieder sofort ausgeplaudert wird.

³⁹ Die Gründung der Landvolkpartei, die ihre Impulse vom Reichslandbund erhielt, hatte die Position der DNVP als große konservative Integrationspartei in Frage gestellt. Im Vorstand des Reichslandbunds kam es immer mehr zur Konfrontation zwischen Hepp als Anhänger einer bäuerlichen Interessenpartei und Graf Kalkreuth als deutschnational orientiertem Großagrariar. Die großagrarisches deutschnationale Gruppe, die sich an Hugenberg orientierte, konnte sich 1928 nicht durchsetzen. Die Wahl Martin Schieles zum geschäftsführenden Präsidenten am 1. 8. 1928 war eine Kompromißlösung; Gessner, Agramverbände, S. 108–118.

⁴⁰ Das Buch von Heinz Brauweiler (Berufsstand und Staat. Betrachtungen über eine neuständische Verfassung des Deutschen Staates, Berlin 1925) bot eher eine Zusammenfassung bekannter Gedanken zum Ständestaat als eine eigene Konzeption. Auch Quaatz verfocht die Konzeption einer berufsständischen Vertretung.

⁴¹ Der am 6. 1. 1928 gegründete Bund zur Erneuerung des Reiches, dem Vertreter der Banken, der Großindustrie, des Reichslandbundes und der Städte angehörten, entwickelte ein Verfassungsprogramm, demzufolge das Problem der Reichsreform auf zentralistische Art gelöst werden sollte. Vorsitzender war der ehemalige Reichskanzler Luther. Nach der Konzeption des Bundes sollten Preußen und eine Reihe kleinerer Länder im Reich aufgehen. Reichspräsident und Reichsregierung sollten es als Reichsland verwalten. Der bestehende Reichsrat sollte als Länderrat erhalten bleiben und Teil eines neuen Gesamtreichsrates werden; Biewer, Reichsreformbestrebungen, S. 109–116; Hans Luther, Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960, S. 424.

29. Juni

Gespräch [mit] Paetel über Preußische Jahrbücher. Er sehr geneigt, mir die Herausgeberschaft zu übertragen. [. . .]

30. Juni

Auswärtiger Ausschuß und Reparationsausschuß der Fraktion. Intrige Reichert-Wallraf-Westarp gegen meinen Vorsitz in letzterem.

2. Juli

Fraktion. Lambachs perfider Angriff gegen monarchischen Gedanken⁴². Er schwört ab und nimmt Mißbilligung „nach Form und Inhalt“ hin. – Westarp auf sein Ultimatum, sonst nicht reden zu wollen, zum Fraktionsvorsitzenden mit zwei Drittel Stimmen gewählt, mit ähnlichen Mehrheiten Oberfohren und Lindeiner als Stellvertreter.

3. Juli

Rache für Sadowa: Berndt und ich aus Auswärtigem Ausschuß herausgewählt. D. h. ich trete bei Stimmgleichheit für Spahn zurück⁴³. – Gespräch mit Hugenberg und Freytagh über neue Wochenschrift.

[. . .]

5. Juli

Langes Gespräch mit Hugenberg. Teilt mir mit, daß im Ruhrgebiet man ihn darauf gestellt habe (Vögler u. a.), daß er Bang an meine Stelle gebracht habe. Ich schweige zu seinen Beteuerungen und sage nur, dieser Verdacht sei doch sehr erklärlich. Aussprache über seine Methoden, Scherl-Konzern usw. Ich werfe ihm vor, daß er nicht verstanden habe, mit seinen Unternehmungen politische Ideen zu propagieren. Er augenscheinlich bemüht, sich mit mir gut zu stellen.

⁴² Walther Lambach, Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, hatte in der Politischen Wochenschrift vom 14. 6. 1928 in einem Beitrag unter dem Titel „Monarchismus“ die Frage aufgeworfen, ob und wie die Partei ihre Politik und Programmatik neugestalten müsse, um enttäuschte Wähler wiederzugewinnen und auch auf die Jugend anziehend zu wirken. Mit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sei das Bild der Hohenzollern weitgehend verblaßt. Mittelständler und Bauern seien abgewandert, weil sie von der Monarchie als Programmpunkt nichts mehr wissen wollten. Für die Jugend seien Kaiser und Könige nur noch eine Film- und Bühnenangelegenheit. Die Partei müsse auch Republikaner aufnehmen, um zu einer „Sammelstelle der Volkskonservativen Kräfte“ zu werden. Zur Überraschung der Parteileitung löste der Artikel massive Angriffe der Hugenberg-Presse auf den Autor aus. Der rechte Flügel hinter Hugenberg sah darin einen willkommenen Anlaß, um gegen Konzessionen an die Republik zu agitieren und die Parteileitung auf einen scharfen Kurs gegen eine erneute Regierungsbeteiligung festzulegen. Der Landesverband Hamburg beantragte den Parteiausschluß Lambachs. Die Reichstagsfraktion mißbilligte zwar den Artikel „nach Form und Inhalt“, lehnte aber weitere Maßnahmen ab; Dörr, DNVP, S. 394–402; Holzbach, System Hugenberg, S. 213 f., 222–225; Leopold, Hugenberg, S. 45 f.; Elisabeth Friedenthal, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, ungedr. Diss., Tübingen 1957, S. 13 f.

⁴³ Die Niederlage der Österreicher bei Königgrätz im Jahr 1866 wurde in Frankreich mit dem Ort Sadowá identifiziert. Quaatz meint hier die Rache des gouvernementalen DNVP-Flügels, der jetzt im Auswärtigen Ausschuß dominierte, an den Radikalen.

[...]

8. Juli, Sonntag

Parteivertretung⁴⁴. Fall Lambach beherrscht die Debatte. Sichtliches Bestreben, die Sache versanden zu lassen. 15 Landesverbände unter Führung von Hugenberg geben scharfe Erklärung gegen Lambach ab und verlangen Neubesetzung der Parteileitung (40 Köpfe). Westarp stellt unbesonnen Kabinettsfrage. Vertagung. In der Debatte Dommes sehr glücklich, auch v. Eichel. Beschämend das Abrücken östlicher Adelskreise vom monarchischen Bekenntnis. Ich kanzte den wie immer unflätigen Graef-Anklam unter Händeklatschen ab mit dem Erfolg, daß er weder an diesem noch am nächsten Tag noch einmal das Wort ergreift. Greife im kritischen Moment ein, als nach der scharfen Erklärung der 15 ein Sturm gegen sie losbricht.

9. Juli

Fortsetzung. Westarps völliger Rückzug⁴⁵. Sieg Hugenbergs, der etwas zu sehr jubelt. Ich warne ihn vor Rückschlägen. Westarp hat überaus an Prestige verloren. – Mit Spuler in Lichtenrade. – Nachtrag zum Gespräch mit Hugenberg: Ich: Westarp muß zwei Kollegen in der Führung bekommen, etwa Winterfeld und Oberfohren⁴⁶. Hugenberg, bricht los: In diesem Präsidium wolle er auch sein. Er wolle selbst mitbestimmen, habe es satt, sich auf andere zu verlassen. Ich lachend: Jetzt habe ich Sie dahin, wohin ich wollte. Jetzt sehen Sie ein, daß Sie selbst mitarbeiten müssen, daß man eine Partei nicht von außen lenken kann. In der Tat ist es für alle Teile gleich nötig, daß er in klare Verantwortung mit eingespannt wird. – Übrigens: Seine Position ist noch nicht so stark, wie es ihm selbst heute erscheint.

⁴⁴ In seinem Parteitagsreferat am 8. 7. sprach sich Westarp für eine zukünftige praktische Mitarbeit der DNVP am parlamentarischen Staat aus. Dagegen machten die 15 hinter Hugenberg stehenden Landesverbände unter der Führung des den Hohenzollern verbundenen General a. D. von Dommes Front, die überdies den sofortigen Ausschluß Lambachs verlangten. Als sich Hugenberg im Namen dieser Verbände weigerte, den Beschluß zurückzunehmen, erklärte Westarp, unter diesen Umständen nicht länger Parteiführer bleiben zu können; Dörr, DNVP, 6. 403–407.

⁴⁵ Als der Beschluß der 15 Landesverbände eine knappe Mehrheit fand, verließ Westarp den Saal, wurde aber anschließend einstimmig aufgefordert, den Vorsitz der Versammlung wieder zu übernehmen. Westarp verlangte nun aber eine einstimmige Entschließung, wonach alle Parteiangehörige die Unabhängigkeit der Parteigerichte im Fall Lambach zu respektieren hätten. Hugenberg bot nach einer Unterbrechung der Sitzung nur die nichtssagende Erklärung an, alle Beteiligten seien bereit, die Einheit der Partei zu wahren, womit sich Westarp nicht begnügen wollte. Als die Sitzung fortgeführt wurde, erklärte Hugenberg die 15 Landesverbände forderten erneut den Ausschluß Lambachs. Da Vertreter des gewerkschaftlich orientierten Parteiflügels schon angekündigt hatten, in diesem Fall die Partei zu verlassen, verzichtete Westarp auf seine ursprüngliche Forderung; Dörr, DNVP, S. 407 ff.; Holzbach, System Hugenberg, S. 225; Leopold, Hugenberg, S. 47.

⁴⁶ Bereits am 15. 6. 1928 hatte die Parteileitung ihre Gegner Quaat und Steinhoff mit einem Gutachten zur Reform der Parteioorganisation beauftragt. In der am 1. 10. 1928 vorliegenden Denkschrift forderten die beiden die Trennung der Ämter des Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Die Rechte der Parteiausschüsse sollten verringert werden und die Gültigkeit ihrer Beschlüsse der Bestätigung durch die Parteiführung bedürfen. Auf diese Weise sollte der Einfluß der Arbeitervertretung und der Angestelltenschaft zurückgedrängt werden. Die Parteiführung sollte einem aus drei gleichberechtigten Vorsitzenden bestehenden Triumvirat übertragen werden. Die Idee zu dieser Konstruktion stammte offenbar von Quaat; Dörr, DNVP, S. 442 f.; Holzbach, System Hugenberg, S. 236 f.; Leopold, Hugenberg, S. 49 f.; Walker, Hugenberg, S. 239 f.

[. . .]

17. Juli

Lange Aussprache mit Hugenberg. Er fragt mich wegen meiner Ansichten über Neugestaltung der Parteiorganisation aus. Starkes Mißtrauen gegen Trevi⁴⁷ und Lindeiner. [. . .]

[. . .]

27. Juli

Steinhoff, Widenmann über Revision der Hauptgeschäftsstelle und Neuorganisation der Partei. [. . .] Von überall hört man nur Ungünstiges über die Parteiführung. Allgemein wird die Ziellosigkeit als entmutigend empfunden. Mein Plan: Triumvirat Westarp, Hugenberg, Winterfeld wird bisher von allen, die davon hören, als richtig empfunden. Ich halte es für richtig, mit offenen Karten zu spielen. Hoffentlich hat die Partei den Willen zur Regenerierung.

[. . .]

31. Juli

Gespräch mit Stubbendorff, nachher mit Goldacker (auch Kalckreuth, Richthofen, Schwerin). Die „Reform“ im Falle des Gelingens dürfte sich dahin auswirken, daß Goldacker, Stubbendorff und Schwerin aus dem Bundesvorstand bei dessen Umwandlung eliminiert werden, u. U. auch Nagel gefährdet wird, um Schiele ans Regiment zu bringen, der m. E. bald nachher mit seinen jetzigen Gegnern Hepp, Kriegsheim, Sybel und den christlich-nationalen Bauern sich vertragen wird⁴⁸. Von der Dessauer Straße⁴⁹ [aus] wird er dann versuchen, mit Hilfe von Westarp, der an ihn glaubt, die Partei zu beherrschen. – Vormittags Revision der Hauptgeschäftsstelle mit Steinhoff. Dort auch völlige Desorganisation. Jacobi auch ganz für meine Anregungen. Er ist aber mehr als schwach. [. . .]

[. . .]

7. August

Vor der Abfahrt kommt Trevi. Gespräch ca. eineinhalb Stunden. Westarp sei unmöglich geworden, Restorff brauchbarer Nachfolger. Ich vorsichtig: Man müsse Westarp zu erhalten suchen. Das sei der Sinn meines Vorschlages eines Triumvirats. Er: Westarp habe Bedenken. Ich: Dann sehe ich trübe. Gespräch über Zersetzung in der Partei; dann Lam-

⁴⁷ Treviranus hatte sich in der Politischen Wochenschrift vom 28. 6. 1928 nachdrücklich für die Forderungen des christlich-sozialen Flügels von Angestellten, Arbeitern und Pastoren eingesetzt und für die Wahlniederlage das fehlende Vertrauen der jüngeren Generation in die alten rechtskonservativen Politiker verantwortlich gemacht; Dörr, DNVP, S. 421, Anm. 63.

⁴⁸ Auf einer Bundesvorstandssitzung des Reichslandbundes Mitte Juni hatten sich deutliche Gegensätze zwischen dem ostelbischen Großgrundbesitzerflügel um von Schwerin-Spantekow und dem am Landvolk orientierten Flügel um Hepp abgezeichnet. Nach dem Kompromiß, demzufolge Schiele geschäftsführender Präsident wurde, waren im neuen Bundesvorstand nur mehr die Vorsitzenden der dem Reichslandbund angeschlossenen Organisationen vertreten. Schwerin, Stubbendorf und der Hugenberg nahestehende von Goldacker mußten ausscheiden; Gessner, Agrarverbände, S. 116 ff.

⁴⁹ In der Dessauer Straße 26 in Berlin war der Sitz des Reichslandbunds.

bach. Er: Lambach müsse in 2. Instanz mit Verweis wegkommen. Ich: Ich fürchte, daß die Dinge zu weit gediehen sind. Er sieht Verständigung darin: Lambach bleibt, erhält Verweis, Hugenberg kommt in das Triumvirat. Mir diesen Vorschlag zu machen, war wohl der Zweck des Besuches. Ich äußerte mich skeptisch. [...]

[...]

12. September

[...] Nachmittags bei Hilferding: Etat- und Reparationsschmerzen. Er fühlt sich als Minister noch nicht sicher. Schwere juristische Arbeit, für 50jährigen kein leichter Neuanfang. [...]

13. September

Eineinhalb [Stunden] bei Westarp. Er glaubt, noch Herr der Lage zu sein und meinen Triumviratsgedanken ablehnen zu können, versteht auch meine Höflichkeit anscheinend falsch⁵⁰. Ich weise deshalb zum Schluß auf den Ernst der Lage hin und spreche von den sibyllinischen Büchern. – Abends mit Hugenberg und Mann im „Großen Kurfürst“. Hugenberg ganz mit mir einverstanden. Im Hintergrund schlummert anscheinend der Wunsch, selbst Westarps Nachfolger zu werden.

14. September

Parteileitung. Endloses Gerede Schlange contra Lindeiner, Kampf der Präkandidaten. Graef-Anklam und ich sekundieren einander in Fragen der Außenpolitik! Ich führe aus, ohne Westarp anzugreifen: Zwei Strömungen in der Fraktion: Eine kritisiert Stresemanns System und ist im Grunde überzeugt, es selbst nicht anders machen zu können. Resultat: Eindruck der Unwahrhaftigkeit. Die Opposition sieht die Möglichkeit planmäßiger Politik des Widerstands. Große Verblüffung über diesen Freimut. Kein Wort dagegen! – Mittags mit Hugenberg. Er: Ob ich Politischer Beauftragter werden will? Abgelehnt; dafür sei ich zu alt. Sage ihm einige Wahrheiten über seine Kritik der Parlamentarier. Er verkenne völlig, wie schwer es sei, neben Parlament seinen Beruf zu erfüllen. Er vermeidet jeden Gegensatz, da ihm z. Zt. sehr viel daran liegt, mich nicht zum Gegner zu haben.

[...]

27. September

Fast den ganzen Tag mit Hugenberg wegen der Einigungsbestrebungen in der Partei. Größtenteils General v. Dommers dabei, nachmittags auch Steinhoff. Immer wieder stellt sich meine Trias-Idee als die einzige Möglichkeit einer Verständigung dar. Nur wollen Hugenberg und Winterfeld nicht mit Westarp zusammen in die Trias. Ich sage Hugenberg: Im Falle einer Spaltung würde ich nicht mit ihm. Er bestätigt mir, daß ich ihm das schon vor Monaten in Gegenwart von Graef und Goldacker gesagt hätte. Er erklärt auch

⁵⁰ Vgl. Anm. 46 zu 1928. Quaatz und Steinhoff verteilten aus Gründen der Stimmungsmache zugunsten Hugenbergs ihre Denkschrift an alle maßgeblichen Persönlichkeiten der Partei, ohne vorher Westarp Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben; Dörr, DNVP, S. 457; Holzbach, Hugenberg, S. 236.

von sich aus, daß er sich in der Poussierung der Industrievertreter wie Haßlacher schwer geirrt hätte. – Morgens Winterfeld separatim bei ihm. Abends hole ich ihn zu Restorff ab. Finde Bang vor, der auf Lüttichau schimpft. Wörtlich zu mir: „Genau so niederträchtig, wie früher zu Ihnen, stellen sich die Leute dort (Sachsen) zu mir. Es sind eben Sachsen“. Dazu noch einiges über die Verlogenheit. Etwas merkwürdig, da er selbst Sachse ist. Dann im „Fürstenhof“ mit Hugenberg und Restorff. Völlige Übereinstimmung bis auf die Frage Westarp. Auch Restorff wünscht, daß man Westarp in die Trias, wenn auch *nicht* als Vorsitzenden, aufnehme. Ich stimme zu. Daß Restorff dasselbe von sich aus sagt, macht auf Hugenberg sichtlich Eindruck. Ihm liegt doch alles daran, an die Herrschaft zu kommen. Auch den Fall Lambach läßt er jetzt auf sich beruhen, nachdem er ihn sehr zielsicher benutzt hat. Seine Haupttugend ist und bleibt seine Zähigkeit. – Interessant Restorffs Erzählung von Keudells Besuch bei ihm, wo er sich als Parteiführer selbst empfahl. Sein Bruder agitiert hier lebhaft für ihn. Der so bescheidene, ach so sympathische Keudell, der Edelmann [pur sang?]?! [. . .]

28. September

Ich erzähle das Dommes, den der Bruder Keudell zu sich gebeten hatte. Vormittags lange bei Dormmüller über die Lage der Eisenbahn und den Untersuchungsausschuß⁵¹. Kündige ihm an, daß ich in der Öffentlichkeit die Zwangslage der Eisenbahn erörtern will. (Hugenberg hat mir die Scherl-Presse zur Verfügung gestellt. Eventuell aber werde ich auch andere Zeitungen zu gewinnen suchen.) Er ist anscheinend ebenso ratlos wie die Regierung. Bespreche auch die oberschlesische Frage und rat ihm, die notwendigen Tarifierleichterungen zu geben. Er sagt in wenig sicherer Form zu. Nachmittags stelle ich mit Steinhoff die Denkschrift zur Partaireform fertig. Leider völliges Versagen von Kürbs, für den ich mir die Beine ausgerissen habe! Eitelkeit!

[. . .]

1. Oktober

[. . .] Denkschrift des Untersuchungsausschusses: Gespräch Fernsprecher Zirkler: Gebe ihm meine Stellung[nahme] zur Unterschrift, die (mir nicht ganz verständlich) vom Ministerium und Hauptverwaltung mit einer gewissen Spannung erwartet werden: Dormmüller sagte mir schon Freitag, Minister v. Guérard habe ihn darauf angesprochen. Ich bleibe Zirkler gegenüber dabei, daß ich nur unter dem Vorbehalt unterschreibe, daß ich dem optimistischen „Schlußergebnis“ nicht zustimme. [. . .]

Nachtrag zum 1. Oktober:

Diner bei Luther im „Adlon“. Sitze neben Geheimrat Frisch von der Dresdner Bank und Dr. v. Loesch (Schutzbund). Frisch stimmt mir bezüglich der Reparationsfrage und Eisenbahn völlig zu. Sehr eingehendes Gespräch. Gegenüber McFadyean von der Repa-

⁵¹ Nach vorangegangenen Eisenbahnunfällen hatte der Reichsverkehrsminister am 1. 8. 1928 einen Arbeitsausschuß zur Untersuchung der Betriebssicherheit der Reichsbahn eingesetzt, dem auch Quaatz angehörte. Der Arbeitsausschuß legte am 25. 9. 1928 eine Denkschrift vor, derzufolge die Betriebssicherheit trotz einzelner Mängel ausreichend gewährleistet war. Im Schlußteil befaßte sich der Bericht, wohl nicht ohne Einwirkung von Quaatz, mit der schwierigen Lage der Bahn auf Grund der Belastung durch die Reparationszahlungen, die die Aufnahme von Anleihen ausschloß; Beilage Nr. 889, Verhandlungen des Reichstags, Bd. 434, Berlin 1928.

rationskommission mit der Anmaßung, die diese Kontrolleure vielfach zeigen. Schneide ihn. Parker Gilbert auf dem Ehrenplatz. Leverage vorher verwickelt mich in ein Gespräch über Eisenbahn und äußert ganz vernünftige Ansichten. Nach Tisch zunächst: Kardorff, Koch, Schiffer, Frank über Parlamentarismus. Dann Curtius, Schiele über Dawes-Plan. Dann Kalkreuth und Wilmowsky über Partei: auch hier die Auffassung, daß Westarps Ansehen auf Null gesunken ist. Wilmowsky: hält meine Trias-Idee für die einzig mögliche Lösung. Dann mit Oberfohren bis 2.00 Uhr im „Kaiserhof“: völlige Übereinstimmung. Erzählt von Kissingen: Hugenberg immer von Bang und einem Alldutschen aus Danzig (Oberst Förster) flankiert. Schultz-Bromberg immer als Spion um Hugenberg. – Übrigens teilte mir Hugenberg am 5. [Oktober mit], daß auch Leopold, Otto, Hilpert bei ihm in Kissingen gewesen seien.

[. . .]

3. Oktober

Lange Unterhaltung bei Cuno: Schichau⁵², Lage der Schifffahrt, Politik. Cuno gibt sich als deutschnationale Präsidentenwahl. Es schimmert wieder durch, daß er sich als Kandidat betrachtet. Ich: Man darf den, den man durchbringen will, nicht vorzeitig nennen, um ihn nicht zu diskreditieren. Cuno stimmt lebhaft zu.

[. . .]

5. Oktober

Steinhoffs Pläne: Fraktionsvorsitzender soll nicht in Trias sein, also soll Winterfeld Vorsitz niederlegen. Nachfolger Steinhoff! Beinahe drei Stunden bei [Lautsch?] mit Hugenberg über die Lage. Ich bekomme heraus, daß er als möglich anstrebt, selbst allein Parteiführer zu werden. Er sagt mir nämlich, am 8. würde ihn die Gruppe Domes aufstellen, damit *Gegner* die Trias als letzte Zuflucht betrachten⁵³. Darauf ich: Sie müssen damit rechnen, daß Sie beim Wort gehalten werden. Wir sprechen dann alle Konsequenzen dieser Möglichkeit durch. Er äußert keine Ablehnung, ich empfinde deutlich, daß das doch wohl sein letztes Ziel ist. Humor: Landesverband Berlin stelle Berndt als Parteiführer auf. [. . .]

[. . .]

⁵² Die stark defizitär arbeitenden Schichauwerke in Elbing (Maschinenbau) und Danzig (Werft) erhielten bis zum November 1928 Reichskredite in Höhe von insgesamt etwa 35 Millionen Mark. Um Massenentlassungen von Arbeitern zu vermeiden, beschloß das Reichskabinett am 28. 1. 1929, Schichau unter allen Umständen zu sanieren; Das Kabinett Müller II 28. Juni 1928–27. März 1930, Bd. 1 Juni 1928–Juli 1929, bearb. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 446, Anm. 4; Morus, 35 Millionen für Schichau, in: Die Weltbühne, 20. 11. 1928, S. 790 und ders., Schacht und Schichau, in: Die Weltbühne, 19. 3. 1929, S. 451 f.

⁵³ Die inzwischen 17 Landesverbände um von Domes stellten sich am 8. 10. 1928 erneut hinter Hugenberg und ließen schließlich die Triumviratsidee zugunsten des Gedankens der alleinigen Führung durch Hugenberg fallen. Hugenberg äußerte zwar Vorbehalte, da er bei einer Übernahme der Parteiführung damit rechnete, die Leitung seines Konzerns abgeben zu müssen, ließ aber durchblicken, daß er das Amt annehmen werde. Dörr, DNVP, S. 448; Leopold, Hugenberg, S. 50; Walker, Hugenberg, S. 243 f.

10. Oktober

Nachmittags lange bei Westarp. Er versucht den Eindruck zu erwecken, als ob er „niemals“ in die Trias eintreten werde, [be]hält sich aber diesen Eintritt für die letzte Minute vor. Ich mahne: Er solle sich nicht zum Objekt des Kampfes machen, sondern die Reform selbst durchführen. Er hat große Angst vor Hugenberg, was ich ihm mit gewissem Erfolg ausrede.

[. . .]

13. Oktober

Büro. Der Sturm der auf den Fuß Getretenen gegen die Denkschrift Quatz/Steinhoff geht weiter. Revolte in der Bernburger Straße⁵⁴: Weiß, Kries. [. . .]

[. . .]

17. Oktober

Waffenstillstand mit Trevi. Bei Viag. Abends Spahns bei uns.

18. Oktober

Parteileitung. Nach Mitteilung von Kries und Harnisch war Großangriff geplant. Nichts geschah. Wehmütige Mollstimmung der Sterbenden. Nach eineinhalb Stunden war alles aus! Thomsen[,] Mittagessen im „Schwarzen Ferkel“ mit Hugenberg, Freytagh, Oberfohren, Müller-Otfried, Laverrenz. Fraktion. Stundenlanges Geschwätz. Erst abends wagt sich ein lahmer Vorstoß heraus: Entschließung, daß man erwarte: „Zusammenwirken“ pp. und ähnliche Vokablen. Hinterher kommt raus, das sei im Sinn des Westarpschen Rundschreibens gegen unsere Denkschrift gemeint⁵⁵. Obwohl der Text gar nichts sagt, verlange ich Abstimmung. Resultat: 19 zu 14 nein plus 4 enthalten. Damit wieder Westarp blamiert, da der Eingang ihm Vertrauen ausdrückte. Ich hatte ihn gewarnt, milderte dann durch Erklärung. Gegenseite scheint kopflos. Offen wollen sie anscheinend nicht angreifen. [. . .]

19. Oktober

Arbeit über „Finanzlage der Eisenbahn unter dem Dawes-Plan“, während die Verhandlungen zur Parteivertretung weitergehen. Spahn bei mir: ob Vermittlung möglich auf Grundlage einer „Fünfer“-Leitung. Ich halte das für ausgeschlossen. Darauf: Ob auf Grundlage der Trias mit Lindeiner oder Stauffenberg oder Restorff. Ich: Durch den Vorstoß in der Fraktion seitens Dryander sei Verständigung erschwert. Man sehe gar keine verhandlungsfähige Gruppe, die hinter Dryander stände. Aber Spahns Vorschlag erschiene mir sehr möglich, nur gegen Lindeiner würde wohl Antipathie bestehen. Spahn anscheinend für Stauffenberg, den ich lobe. Auf meine Frage, wer auf der anderen Seite hinter ihm stünde, nennt er außer Lindeiner Trevi, Lejeune, Koch und den Gewerkschaftsflügel (also die bekannte Sozietät), wenigstens wolle er darüber Gewißheit schaf-

⁵⁴ Die Zentrale der DNVP befand sich 1928 noch in der Bernburger Straße 24, ab 1929 in der Friedrich-Ebert-Straße 29.

⁵⁵ In seinem Rundschreiben vom 12. 10. 1928 hatte Westarp eine Triumviratslösung abgelehnt, da sie keine effiziente Parteiführung gewährleiste; Dörr, DNVP, S. 446 f.; Leopold, Hugenberg, S. 50.

fen. Auf Ferngespräch mit Hugenberg teilt dieser mit: Westarp habe Trias endgültig erregt abgelehnt. Nun verhandle eine Vermittlungsgruppe unter Vorsitz von Restorff (wohl Ostpreußen, Frankfurt, Schlesien, Bayern und Württemberg) mit dem Rest über den dritten Mann⁵⁶. Es bestehe aber mehr Neigung, Hugenberg an die Spitze zu bringen, als für Trias. Er schien seine Wahl schon für sicher zu halten. Damit ist Westarps Schicksal besiegelt; denn er kann sich neben Hugenberg als Parteiführer auch in der Fraktion nicht halten. Hugenberg wird wohl Oberfohren an seine Stelle bringen. Nur Lindeiner? Die Schwierigkeiten für Hugenberg werden beginnen, wenn er positiv arbeiten will. Wie wird er die Synthese zwischen alldeutschen Idealen und Rücksichten auf die Ruhr-Industrie finden? Seine Menschenkenntnis ist zudem betrübend. Je toter die vergangene Spielzeit, desto bunter wird die kommende werden. Hugenbergs nächster Gegenspieler wird Schiele sein, der im Landbund beginnt, sich eine Hausmacht zu schaffen⁵⁷. Einer seiner Kämpen meldete sich gestern in der Fraktion in Gestalt des Polyphem Lind, freilich dumpf und ungeschickt.

21. Oktober

Eine Wendung in der Parteigeschichte⁵⁸. Hugenberg wurde gestern zum Parteiführer gewählt. Gegenkandidat wagte sich, außer einem halb diabolischen, halb schüchternen Versuch Hergts, unterstützt von Schlange, der erhebliche Reden schwang, nicht hervor. Es ist im wesentlichen die christlich-soziale Gruppe incl. Lejeune und Keudell, dann Rogge, Schlange, Graef-Anklam, Baecker usw. Die Mehrheit soll stattlich sein, wurde aber nicht bekanntgegeben. Vorhergegangen war ein langer Kampf um das Triumvirat, das nach Ablehnung Westarps und Kochs heißen sollte: Hugenberg, Winterfeld, Ober-

⁵⁶ Am 8. 10. 1928 hatten sich die Vertreter einer Reihe von Landesverbänden, die sich noch keinem Lager verpflichtet fühlten, zur Erörterung der Situation zusammengefunden. Schlange-Schönigen sollte für diese Gruppe ein Programm ausarbeiten. Der bayerische Landesvorsitzende Hilpert suchte in der Folgezeit vor allem eine Verständigung mit den Landesverbänden Ostpreußen, Frankfurt an der Oder und Württemberg, für die unter allen Umständen nur eine Lösung mit Hugenberg in Frage kam. Zu einem bedingungslosen Eintreten für die Alleinführung Hugenbergs war Hilpert noch nicht bereit; Dörr, DNVP, S. 450 f.

⁵⁷ Schiele hatte Lambachs Forderung aufgegriffen, auch Republikaner in die Partei aufzunehmen; Friedenthal, Volksbegehren, S. 14.

⁵⁸ Hugenberg hatte sich am 20. 10. 1928 gegenüber der jetzt ausschlaggebenden Vermittlergruppe um Hilpert noch für die Triumviratslösung ausgesprochen, die Westarp brüsk ablehnte. Als der zu dieser Gruppe gehörende Restorff aber in der Abendsitzung der Parteivertreter den Antrag auf ein Triumvirat stellte, schlug der Vertreter der Gegner Hugenbergs, von Lindeiner-Wildau, im Gegenzug die Wahl des ehemaligen Parteivorsitzenden und Reichsjustizministers Hergt zum alleinigen Parteiführer vor. Restorff beantragte daraufhin eigenmächtig und ohne Rücksprache mit der Vermittlergruppe die Alleinführung Hugenbergs. Hergt war nicht zur Kandidatur bereit, so daß Hugenberg als einziger Kandidat für die Alleinführung übrigblieb. Nun griff der ehemalige Reichsinnenminister von Keudell Hugenberg scharf an, indem er Vorwürfe der Linken und des Jungdeutschen Ordens, die Hugenberg als reaktionären Kapitalisten bekämpften, aufgriff. Er deutete an, daß die 17 offen hinter Hugenberg stehenden Landesverbände finanziell von diesem abhängig seien. Hugenberg seinerseits betonte, es sei unwar, daß er zugesichert habe, Landesverbänden finanziell zu helfen, wenn sie für ihn stimmen würden. Sämtliche Verbindungen, die ihn als Interessenvertreter erscheinen ließen, werde er lösen. Auch Hilpert hatte den Eindruck, daß die Angriffe von Keudells auf Hugenberg eher einen Stimmungsumschwung zu dessen Gunsten herbeiführten. Nach dem, was aus der geheimen Wahl durchsickerte, war die Mehrheit für Hugenberg allerdings außerordentlich knapp gewesen; Dörr, DNVP, S. 458–461; Holzbach, System Hugenberg, S. 237 f.; Leopold, Hugenberg, S. 51; Walker, Hugenberg, S. 261–267.

fohren. Nach Ablehnung Westarps hatte es eigentlich den inneren Sinn verloren, in dem ich es gemeint hatte. Auf dieses Triumvirat hatten sich die 19 (incl. Saar) Landesverbände Hugenbergs mit der Vermittlergruppe (Bayern, Ostpreußen, Württemberg, Grenzmark) geeinigt. Zerschlagen wurde es durch die Gegner, die darauf hofften, daß Hugenberg nicht gewählt würde und dann Hergt durchs Ziel ginge. In zweiter Linie wollten und wollen sie Hugenberg als Führer möglichst exponieren. Darum besteht jetzt auch der Plan, Westarp als Fraktionsführer abzusetzen und Hugenberg dahin zu bringen, auch diesen Posten zu übernehmen. Entscheidend für Hugenbergs Sieg war der Angriff Keudells gegen ihn, ganz im Sinne des Stöckerschen Scheiterhaufenbriefes aufgebaut⁵⁹. Bei „aller menschlichen Verehrung“ warf er ihm Stimmenkauf und Korruption vor. Er posierte nach Gürtners Wort als Savonarola vor dem Kardinalskollegium. Der Meisterschuß ging nach hinten. Die Versammlung verlangte von ihm stürmisch Schweigen. Hugenbergs sehr kluge und maßvolle Erwiderung fand ungeheueren Beifall. Überall hörte man: „Den muß man wählen“. Ob er nicht besser im Trio hätte wirken können, ist mir zweifelhaft. Die Arbeit der Neuordnung der Partei liegt noch vor ihm. – Sehr interessant war die stundenlange Unterhaltung nachts auf dem SC-Ball mit Morgan, dem Verfasser der Gilbert-Berichte. Ein jüngerer, kluger und gebildeter Amerikaner. Er war sichtlich überrascht und beeindruckt von der Wahl Hugenbergs; ebenso Fuehr, der die Unterredung seit langem gewünscht hatte. Er hatte gerade die Partei spöttisch einen „lebenden Leichnam“ genannt, als ich ihm mit der Nachricht in die Parade fuhr. Ich erläuterte [dann?] Morgan den inneren Sinn der Partei, den er selbst dann mit den Worten „Streben nach einem neuen Reich“ bezeichnete. Dann Reparationsfragen: Ich erläuterte, es handelte sich nicht um friedliche oder unfriedliche Gesinnung, wirtschaftliche Vernunft und sonstige Sentiments und Vokabeln, sondern um die unmögliche Raum-Zuteilung an das deutsche Volk, Zusammenhang Ostpreußen-Westpreußen usw., ferner um die Entwicklung auf dem Weltmarkt, die Deutschland, wie England, den Absatzraum immer weiter verengern. Er folgte sehr und bemerkte: England könnte die zweieinhalb Millionen nicht tragen, worauf ich ihm explizierte, daß das in Deutschland *absolut unmöglich* sei. Unterschriften änderten daran nichts. Er betonte, Amerika könne die Allied debts nicht streichen. Ich: Alles hänge von der Spannung England-Amerika ab. Frankreich habe die Rolle der umworbenen Braut. Polen sei der Bundesgenosse der französischen Republik, wie der französischen Könige und Kaiser. Solange Frankreich die Hegemonie in Europa habe, sei das Tributproblem unlösbar. Erst wenn England-USA sich verständigten, sei die Zeit dazu gekommen. Er hörte mit gewisser Spannung, nickte wiederholt gedankenvoll und bestritt in keiner Form die sich entwickelnde Spannung England-USA. Dann Gespräch über Deutschlands Landschaften, Musik pp., was mich wenig interessierte, und Einladung in sein Haus. Ich sagte Fuehr, den Anfang müßten Morgans machen – um 3.00 Uhr totmüde ins Bett.

⁵⁹ Der antisemitische Hofprediger Stöcker, der zum rechten Flügel der Konservativen Partei gehörte, schrieb im August 1888 in einem Brief an Freiherrn von Hammerstein: „Man muß rings um das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen. [. . .] Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, so er instinktiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne persönlich zu reizen.“; zit. nach Erich Eyck, Bismarck und das Deutsche Reich, Erlenbach-Zürich 1955, Nachdr. München 1975, S. 293.

21. Oktober, Sonntag

Fortsetzung der Parteivertretung. Der neue Reiter „versammelt“ das Pferd. Gedankenreiche, aber gedrängte Ansprache Hugenbergs, die augenscheinlich imponierte, dann eine der üblichen Reden Westarps, der sich damit kaum einen Gefallen getan hat. Zurückhaltung hätte besser gewirkt. Hoffentlich gelingt es, ihn zur Zusammenarbeit mit Hugenberg zu gewinnen. Ein Versuch Hartwigs und Mumms, einen Angriff vorzutragen, mißlang. Angesichts der allgemeinen Stimmung stimmten sie dem Schlußantrag Gayls zu. Kurze Rücksprache mit Hugenberg, den ich in der Tür treffe. Er fragt mich: Was ist zuerst zu tun? Ich antworte, außer Partiereform gelte es, zu zeigen, daß hinter der Umwälzung nicht nur Macht und Wille, sondern auch Ideen steckten. Er stimmt warm zu. Interessant war die Mitteilung in seiner Rede, daß er auch den Vorsitz in der Fachgruppe Bergbau niederlegen wolle. Es wäre natürlich lebensgefährlich für die Partei, wenn er Industriepolitik treiben wollte. – Ich persönlich bin „Mode“. Man gratuliert *mir!* Tut so, als ob ich Hugenberg „gemanagt“ hätte, mit einem Wort: Man ist tunlichst süß. Kretschmar-Dresden umschwärmt mich direkt, beteuert ganz unnötig, daß er stets an mir festgehalten habe. Lüttichau machte sich [niedlich?] Ich blieb kühl. Nur durch Unbewegtheit kann man allen diesen Leuten imponieren. Das klügste wäre es, sich zum Schweiger auszubilden. Oberfohren sichtlich enttäuscht über den Ausfall. Ich fürchte, daß die Gegnergruppe ihn mobil machen wird zum Kampf gegen Westarp, glaube allerdings bei seiner ganzen Art, daß er lieber andere für sich fechten lassen wird. Interessant wird die Aufnahme in der Presse sein, sowie die Wirkung eines etwaigen Trommelfeuers auf die große Masse der Partei. Daß die Klugen in der Fraktion mehr oder weniger ihre Gedankengänge von Ullstein und Mosse sich werden einprägen lassen, ist bei der in diesem Punkte beinahe hoffnungslosen „Mentalität“ unserer Gebildeten leider selbstverständlich. „Bilden“ heißt bei uns Wissen vermitteln. Daß der *Charakter* des einzelnen sein Schicksal gestaltet, wußte schon Ranke; daß es beim Volke nicht anders ist, zeigt Spengler. Wir vernünfteln. – (Nachtrag vom SC-Ball[:]) Interessant, daß Fuehr laut lachte, als ich Hoetzsch nannte. Im Auswärtigen Amt nehme man ihn nicht ernst. Als ich sagte: Er halte sich wohl nur aus äußeren Gründen zur Partei, sagte Fuehr: Im Auswärtigen Amt sei man darüber orientiert. Es ist so, wie wir immer annahmen: Er ist für das Auswärtige Amt Informationsquelle, für Stresemann Organ.)

[. . .]

25. Oktober

Vormittags eineinhalb Stunden bei Schacht⁶⁰. Bespreche mit ihm seine Mission im Sachverständigenkomitee für den 2. Dawes-Plan⁶¹, sage ihm, er könne zwischen der Rolle

⁶⁰ Der amerikanische Reparationsagent Parker Gilbert setzte sich seit Januar 1928 für eine Revision des Dawesplans und eine endgültige Reparationsregelung ein. Schacht hoffte, in den anschließenden Verhandlungen eine ganz erhebliche Reduzierung der von Deutschland zu bezahlenden Endsumme erreichen zu können und rechnete dabei insbesondere mit der Tätigkeit eines neuen, unabhängigen, unter amerikanischer Führung stehenden Sachverständigenkomitees, dessen Zusammensetzung auf der Sitzung des Völkerbundsrats in Lugano im Dezember 1928 zwischen Stresemann, Briand und Chamberlain beschlossen wurde. Schacht wurde eines der zwei deutschen Mitglieder. Er wollte den Zahlungsforderungen der Alliierten mit politischen Gegenforderungen, darunter dem Anspruch auf Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien begegnen; Link, Stabilisierungspolitik, S. 418–451; Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, Von der Konferenz von Locarno bis zu Hitlers Machtübernahme, Erlenbach-Zürich 1956, S. 235 f.

⁶¹ Gemeint ist der Youngplan.

Brockdorffs oder Scheidemanns wählen⁶². Er: Ich werde nur unterzeichnen, wenn wir die Kontrolle völlig loswerden und nicht mehr als eineinviertel Milliarde jährlich zahlen. Lehnt Kommerzialisierung ab. Ich erzähle Gespräch mit Morgan. Er ist entzückt über meine Wendung zu Morgan: „Unterschriften können Sie bekommen, soviel Sie wollen; es fragt sich nur, was sie wert sind“. Ich betone die Forderung, daß wir Westpreußen im 2. Dawes-Plan wiederbekommen müssen, 1) um Ostpreußen zu retten, 2) um Nahrungsbasis zu sichern⁶³. Da er das bei dieser Gelegenheit nicht für möglich hält, habe ich damit schon die Distanz im Falle der Unterzeichnung gesichert. Sonst sehr freundschaftlich. Er ist sehr einverstanden, daß ich ihn schon jetzt angreife. „Ich brauche Opposition“. – Zwei Artikel in diesem Sinne entworfen, ferner Aufsatz für [Deutschenspiegel?] über die DNVP und Reparationen. Letzteren lasse ich von Westarp und Hugenberg zensieren. Treffe Oberfohren, der eben von Kaiserin Hermine kommt. „Westarp hat doch alle seine Grundsätze verleugnet!“

[...]

31. Oktober

Eineinhalb Stunden bei Popitz, Finanzstatistik, Überweisungen, 600 Millionen angebliches Defizit im Ordinarium⁶⁴, Reparationsfrage. Popitz in letzterer weit skeptischer als Schacht, glaubt zudem, daß Schacht in puncto Kommerzialisierung nicht sicher sei, was Westarp in der nachfolgenden Unterredung bestätigt. Popitz: Regierung müsse Beamtenkomitee⁶⁵ ablehnen und auf unabhängigen Sachverständigen bestehen, werde es auch, sonst abrechnen. Ich: Erlauben Sie, daß ich lächle. Popitz lächelt auch. Im übrigen teilt er meine Besorgnisse: Zeitpunkt verfehlt, Initiative übernommen, Frankreich in der Vorhand usw. Dann Innenpolitik: Regierung könne über Panzerkreuzer zerbrechen⁶⁶. Des-

⁶² Brockdorff-Rantzau und Scheidemann traten beide gegen eine Unterzeichnung des Versailler Vertrages ein und traten deshalb von ihren Posten zurück. Quaatz behauptete dagegen, Scheidemann habe den Vertrag anfänglich abgelehnt, sei aber dann umgefallen; Kasseler Volksblatt vom 19. 9. 1929.

⁶³ Quaatz veröffentlichte die Gedanken, die er Shepard Morgan vorgetragen hatte, in einem in Form eines imaginären Dialogs mit einem Amerikaner gehaltenen Beitrag im Deutschen-Spiegel vom 2. 11. 1928 (Amerika und die deutschen Kriegstribute). In dem Artikel vertrat er die Ansicht, wenn Deutschland die zur Bezahlung der Reparationen notwendigen Überschüsse erzielen sollte, brauche es seine zerschlagene Agrarbasis im Osten wieder: „Wenn wir Westpreußen nicht wiedererhalten, werden wir Ostpreußen verlieren“. Quaatz wandte sich zugleich gegen eine Kommerzialisierung der Reparationsschuld, da dies nichts anderes als eine Pfänderpolitik sei. Außerdem seien die Schuldtitel auf dem Geldmarkt nicht unterzubringen. Auch der Transferschutz müsse erhalten bleiben.

⁶⁴ Ordinarium meint hier den ordentlichen Staatshaushalt.

⁶⁵ Deutschland und die USA hatten Interesse an einem Komitee von Wirtschafts- und Finanzexperten, die nach sachlichen Gesichtspunkten die deutsche Leistungsfähigkeit überprüfen sollten; Frankreich dagegen wollte ein Komitee aus Beamten, die an die politischen Instruktionen ihrer Regierungen gebunden waren.

⁶⁶ Das Kabinett Müller akzeptierte den noch von der vorherigen Reichsregierung beschlossenen Bau des Panzerkreuzers A, obwohl die SPD den Wahlkampf unter der Parole „Keine Panzerkreuzer, sondern Kinderspeisung“ geführt hatte. Zwar kritisierten Reichstagsfraktion und Parteivorstand der SPD die Haltung ihrer Minister; deren Rücktritt jedoch sollte vermieden werden. Die SPD entschloß sich deshalb zu einem nochmaligen Vorstoß im Reichstag. Am 17. 11. 1928 stimmten die SPD-Minister unter Fraktionszwang für den Verzicht auf den Bau; der Antrag wurde jedoch mit Mehrheit abgelehnt. Die Regierung war gerettet worden, weil die DNVP die Entscheidung zugunsten der Aufrüstung höher gestellt hatte, als die Möglichkeit, durch eine Zustimmung zu dem Antrag

wegen dürften wir nicht dagegen stimmen. Ich: Warum sollen wir dem Gegner nicht den Dolch in die Rippen stoßen. So sei es logisch und parlamentarisch konsequent. Popitz beschwört, es sei nicht loyal, nachher Chaos. Was soll Hindenburg machen? Ich: Dann kann er ja Luther rufen. Worauf Popitz contra suam naturam laut losplatzt. Das sei heute unmöglich. Schließlich sage ich: Vielleicht könne man ein Junktim mit der Reparationsfrage schließen. Wenn Ihr festbleibt, bewilligen wir der Linksregierung den Panzerkreuzer. Popitz nimmt diesen Mephisto-Gedanken ernst. Anscheinend Regierung in höchster Not. Ich sage auch: ja, Konkordat⁶⁷, Panzerkreuzer pp., die Deutsche Volkspartei muß einen guten Magen haben. Popitz[:] Wie steht Ihr zum Steuervereinheitlichungsgesetz?⁶⁸ Ich: Wir sind an nichts gebunden. Aber auch hier in Etatsachen vielleicht Kompromiß denkbar. Wie wäre es mit Abbau der Verschwendung im Arbeitsministerium? Popitz zuckt. Ich bestätige ihm, daß Überweisungen so nicht weitergingen, bei Verhandlungen dürften wir aber nicht allein die Gebenden sein. Popitz: Verreichlichung der Justiz? Ich verweise auf Widerstand in Bayern und Württemberg. Ohne Reform im Reich (Arbeitsministerium) könne man nicht Opfer von den Ländern verlangen. – Wie bei Schacht empfand ich weit größere Herzlichkeit wie in Regierungszeiten. – Dann bei Westarp. Durchsprechen der Lage. Er im wesentlichen einverstanden. – Pourvu que cela dure. – Hugenberg heute noch nicht zu erreichen, kommt erst morgen. Hoffentlich gewöhnt er sich das Regieren aus dem Sachsenwalde ab. Selbst Bismarck ist es nicht gut bekommen. Mit ihm muß ich die Lage ernst besprechen, auch das Konkordat. Es faßt an die Wurzel des bestehenden Rechts, indem es das Wahl- und Vorschlagsrecht des Domkapitels beseitigt. – Es war ein für die Partei ereignisreicher Monat, hoffentlich fruchtbar für uns und die Gesamtpolitik. [. . .]

1. November

Besprechung mit Dr. Jügler-Börsenzeitung. Verabredung einer Gegenaktion gegen Seydoux⁶⁹. Dann bei Schiele mit Hepp und Sybel; Landbund wünscht meine Mitwirkung bei

die Regierung zu stürzen. Hugenberg hatte wie Quaatz für den Antrag stimmen wollen, fürchtete aber, der Partei ein solches Vorgehen nicht plausibel machen zu können; Eyck, Weimarer Republik, Bd. 2, S. 199 ff., 210–213; Schulze, Otto Braun, S. 548; Walker, Hugenberg, S. 278.

⁶⁷ Nachdem sich die Hoffnungen des Vatikans auf ein Reichskonkordat mit dem Scheitern des Reichsschulgesetzes zerschlagen hatten, nahm er Konkordatsverhandlungen mit der preußischen Regierung auf. Ministerpräsident Braun gelang es, ein Abkommen zu entwerfen, dem die Parteien seiner Koalition zustimmten, und die Widerstände in seiner eigenen Partei zu überwinden. Die DNVP stimmte gegen das am 9. 7. 1929 im Landtag ratifizierte Konkordat. Hugenbergs Anhänger rechtfertigten dies mit der Behauptung, Zentrum und SPD wollten mit dem Konkordat bewußt die Spannung zwischen den Konfessionen verschärfen; außerdem sei es klar, daß Braun kein Konkordat mit der evangelischen Kirche wolle; Schulze, Otto Braun, S. 550–558; Wegener, Plauderei, S. 50 f.

⁶⁸ Das Gesetz sollte eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsabgabenordnung, eine Zusammenlegung der Vermögens- und Einkommenssteuer und eine Vereinfachung des Behördenapparates bringen. Der Entwurf ging auf den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Popitz, zurück, der sich dabei auch auf die einheitsstaatlich denkende SPD stützen konnte. Das Gesetz kam auf parlamentarischem Weg nicht zustande, sondern wurde erst durch die Notverordnung vom 1. 12. 1930 vollzogen; Hildemarie Dieckmann, Johannes Popitz. Entwicklung und Wirksamkeit in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1960, S. 79 ff.

⁶⁹ Vgl. Anm. 70 zu 1928. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Jacques Seydoux, hatte eine publizistische Offensive zur Rechtfertigung der Reparationen eingeleitet. Er ging Quaatz zufolge von der These aus, daß die deutschen Kriegskredite nur auf die deutsche Kriegsschuld gegründet seien. Deshalb hielt Quaatz die Beseitigung der „Kriegsschuldflüge“ für vorrangig. Gezahlt werden könne nur mit Hilfe amerikanischer Kredite. Würden die Reparationen

Reparationsfragen, die ich natürlich gern zusage. Ich hoffe, diesmal mehr Truppen zusammenzubringen als 1924. Die Hauptsache wird dann die Aktivierung der Partei sein. Langes Gespräch mit Sybel, der mir enge Bundesgenossenschaft zusagt. Die Bauernpartei könne gar nicht anders, als schärfsten Kampf gegen den 2. Dawes-Plan mitmachen. Schreiben an Duisberg, Cuno, Stimming. – Scharfer Artikel gegen Schacht. Wird seine Eitelkeit nicht doch verletzt sein? – Der Deutsche ist ein dumpfer Erdenkloß, es gilt, ihm den göttlichen Funken des Hasses einzublase. Nichts ist so schöpferisch wie der Haß. Nur wer hassen kann, kann auch lieben. Wie kann man das Recht lieben, wenn man das Unrecht nicht haßt?

2. November

Dommes mit einigen Sorgen wegen Kontreminen gegen Hugenberg. Dann zu diesem. Fast fünfstündige Unterhaltung: Organisation der Partei, Reparationen, Reichsreform, Ideenpropaganda, Zeitschrift usw. – Abends bei Klein in der DAZ. Habe nun Aussicht auf Zusammenwirken von Börsenzeitung, DAZ, Tag, Deutsche Tageszeitung, Landbund. Muß nun vier Artikel liefern!⁷⁰ Alle, auch Klein, haben den gleichen Eindruck der Ziellosigkeit und Zerrüttung in der Regierung.

3. November

Endlose Verhandlung im Reichsverkehrsministerium, Informationsausschuß. Es gelingt mir endlich, die Reichsbahn zu dem Versprechen zu bringen, ein Finanzprogramm auf drei Jahre aufzustellen. Dormmüller gibt zu, daß das Wirtschaften aus der Hand in den Mund nicht länger angehe.

[. . .]

6. November

Reparationsbesprechung im Landbund: Schiele und Schiele-Naumburg, Hepp, Sybel, Nagel und ich. Hepp und Sybel markieren die starken Männer: Wir müssen erklären, Deutschland kann gar nichts zahlen. Plan: Man will die Deutschnationalen überrunden und festlegen. Sie könnten vielleicht in die Regierung kommen und sollen sich dann wortbrüchig machen. Hugenbergs wird als von Industrie beeinflußt angesehen und soll zu ihr oder zum Landbund in Gegensatz gebracht werden. Schiele-Naumburg spricht töricht von der Notwendigkeit, sich auf künftige Teilnahme an Regierung einzustellen. Ich für Heppsche These, was Schiele-Landbund nachher billigt. [. . .] – Dann bei Wegeger, Zentralstelle zur Erfassung von Kriegsverbrechen⁷¹. Zusammenarbeit vereinbart. – Hugenberg wieder abwesend. – Wegegers Buch über Kriegsverbrechen⁷².

kommerzialisiert, werde es für die deutsche Wirtschaft unmöglich, darüber hinaus produktive Kredite im In- oder Ausland zu erhalten. Die kapitalisierte Schuld sei als private dann auch unwiderruflich; Quaatz, Vor dem zweiten Dawes-Plan, in: Die Deutschnationalen und die Kriegstribute, Berlin 1928, S. 37, 39–44.

⁷⁰ Die französische Offensive, in: Berliner Börsenzeitung vom 21. 11. 1928; Die drei Thesen des Herrn Seydoux, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 28. 11. 1928; Seydoux instruiert die Wilhelmstraße, in: Der Tag vom 29. 11. 1928; Deutschlands angeblicher Reichtum, in: Deutscher Schnelldienst, 26. 11. 1928.

⁷¹ Die hier genannte Institution wurde 1921 aus Kreisen der Wissenschaft gegründet. Sie sollte auf dem Gebiet der Kriegsschuldfrage im deutschen Sinn Material sammeln und publizieren. 1928 war ihr Leiter Major a. D. Alfred von Wegeger; Hans Draeger, Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände 1921–1931, Berlin 1931, S. 20, 53.

⁷² Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese, Berlin 1928.

7. November

Ausarbeitung der Thesen des Landbundes zur Reparationspolitik⁷³. Besprechung darüber mit Schiele und Hugenberg, Westarp abwesend. Abends bei Hiller mit Vögler, Hugenberg, Bang. Zunächst Aussperrung im Ruhrgebiet⁷⁴. Vögler schildert in seiner geistreichen Art den stufenweisen Niedergang: Landwirtschaft, Verkehr, Bergbau usw. Brauns habe die Lohnbewegung entfesselt, um Wissell und den Roten unbequem zu werden, was ihm auch gelungen sei. Dann Reparationsfragen: Wir machen Vögler klar, daß wir keinem Pakt zustimmen würden⁷⁵. Er gibt zu, daß nur geringe Chance bestände, daß etwas Annehmbares zustande käme. Die Durchsprache der Probleme (Transfer, Kommerzialisierung etc.) ergab kaum etwas Neues. – Auf dem Rückwege empfehle ich Hugenberg Nagel als Gehilfen. Er ist geneigt.

8. November

Schiele [nochmals?], der die Landbundresolution abschwächen will. Er und Westarp wollen regierungsfähig bleiben, das alte Lied. Ich widerspreche nicht; er schafft sich Schwierigkeiten mit der Bauernpartei und wird dadurch ungefährlich. Gok. Dann Telefongespräch mit Hugenberg: Ich soll die Rede über die Ruhr-Aussperrung halten, da ich unparteiisch sei. Ich weiche aus: sei nicht orientiert. Die Industrie werde Parteinahme erwarten, was ich in Lohnfragen grundsätzlich nicht täte. Auch Partei sollte es nicht tun. Außerdem z. Zt. ganz zweckmäßig, wenn Gruppe Leopold mit den Gewerkschaftern Streit bekäme. Hugenberg fühlt das Nein und sagt, er hätte mich nicht vorschlagen wollen, wenn ich es nicht gern täte, was ich verneine. Es selbst will Parteinahme für Industrie. Es wäre sehr bedenklich, wenn Partei Arbeitgeberpolitik machte. Ich habe davor schon einmal gewarnt. [. . .]

[. . .]

⁷³ In einer Rede am 14. 11. 1928 bezeichnete Martin Schiele die Reparationsfrage als das schwerste Hindernis für eine Politik der inneren Konsolidierung. Niemand könne wirklich etwas über die deutsche Leistungsfähigkeit aussagen. Der zur Erfüllung des Dawesplans notwendige Ausführüberschuß sei in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Bisher sei seine Erfüllung nur mit Hilfe fremder Kredite möglich gewesen, diese würden aber in Kürze ebenfalls nicht mehr hinreichen. Schiele wandte sich gegen die Beseitigung des Transferschutzes und gegen die Kommerzialisierung eines Teils der Reparationslast. Am schwersten habe unter der Reparationslast bisher die Landwirtschaft gelitten, zumal durch die Auslandskredite eine Nahrungsmiteleinfuhr ermöglicht werde, die einen zusätzlichen Druck auf die Agrarpreise ausübe; Reichs-Landbund, 17. 11. 1928, S. 522 ff.

⁷⁴ Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hatte im Herbst 1928 das laufende Lohnabkommen gekündigt. Um die Gewerkschaften in den eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen unter Druck zu setzen, kündigten die Arbeitgeber zum 1. 11. 1928 die Arbeitsverträge. Der Schiedsspruch des Schlichters wurde von den Gewerkschaften angenommen, von den Arbeitgebern dagegen abgelehnt. Als Reichsarbeitsminister Wissell daraufhin den Schiedsspruch für verbindlich erklärte, reagierten die Arbeitgeber mit einer Massenaussperrung. Der Sonderschlichter, Reichsinnenminister Severing, dem als Wortführer der Arbeitgeber Vögler gegenüberstand, erreichte am 3. 12. 1928 die Beendigung der Aussperrung. Inhaltlich gingen die Zugeständnisse, die der Schiedsspruch vom 21. 12. 1928 den Gewerkschaften machte, wesentlich hinter die des ursprünglichen Schiedspruchs zurück; Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, S. 415–448.

⁷⁵ Vögler war neben Schacht der zweite deutsche Sachverständige im Komitee zur Revision des Dawesplanes.

10. November

Landwirtschaftlicher Ausschuß der Partei. Reden: Hugenberg, Westarp, Winterfeld, Schiele. Mittags setze ich mit Hugenberg gegen Westarp und Schiele die Thesen zur Reparation durch. Essen mit Dietz und Weissermel.

[. . .]

17. November

Vaterländische Verbände.⁷⁶ Abends Empfang dort. Sehr besucht. Nette Rede von Prinz Oskar. Scheer, Schröder-Flandern, Herzog v. Coburg (wieder sehr taprig!), Westarp, Schiele, Oberföhren, Goldacker, Freytag, Bang, Claß, viele Generäle, Hitler, v. Epp usw. Nachher langes Gespräch im „Esplanade“ mit Goldacker und Freytag über Hugenberg.

18. November, Sonntag

Abendessen Einladung Oberföhren im Kasino Pariser Platz: Freytag, Goldacker, Schmidt. Legen die Taktik für Montag fest. Dann „Esplanade“ mit Nagels und Wersches.

19. November

Fraktionssitzung. Es klappt. Reichert enthüllt sich als Dawist, der intime Berater Westarps!⁷⁷ Nachmittags Victoriastraße: Goldschmidt, Mejer, Kriegk, Kames, Meesmann. Vereinbarung über Pressepropaganda. Abends erste Sitzung des Schmidtschen Stammtischs in der „Badewanne“. Klubpläne. Vereinigung von Klub und Geschäftsstelle.

20. November

[. . .] Generaloberst v. Seeckt koramiert⁷⁸ mich für Lustig⁷⁹. Ich lasse ihn schnöde abfal-

⁷⁶ Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands waren eine Dachorganisation, die etwa 130 bis 140 nationalistische Verbände kartellartig zusammenfaßte. Sie standen der DNVP nahe. In Hugenbergs Sammlungspolitik spielte der Versuch, ein enges Verhältnis zu den rechten Wehrverbänden herzustellen, von Anfang an eine wichtige Rolle. Der ihm nahestehende Finanzrat Bang war ein einflußreiches Vorstandsmitglied der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

⁷⁷ Hugenberg untersagte Reichert die Publikation einer Flugschrift zum Dawesplan, weil er befürchtete, dies könne den Weg für eine neue Spaltung der Partei (wie seinerzeit bei der Abstimmung über den Dawesplan) bereiten. Reichert sah im Dawesplan gewisse Vorteile, da er Deutschland vor einem willkürlichen Eingreifen fremder Mächte schützte und die Bestimmung enthielt, daß bei einer möglichen Gefährdung der deutschen Währung der Transfer zu unterbrechen sei. Seiner Meinung nach hatten Quaatz und Bang mit ihrer Totalkritik des Dawesplans die Linie der DNVP verlassen; Leopold, Hugenberg, S. 202, Anm. 159; Walker, Hugenberg, S. 344 ff.

⁷⁸ Koramieren: wegen einer Beleidigung zur Rede stellen; Koramage: Duellforderung.

⁷⁹ Im Gefolge des Phoebus-Skandals war das Reich Eigentümer der Phoebus-Film-Gesellschaft geworden. Die Regierung Marx wollte die Beteiligung verkaufen. Sowohl der Hauptaktionär der Münchner Lichtspielkunst AG (Emelka), der österreichische Rittmeister von Lustig, als auch Hugenbergs Universum-Film AG (Ufa) hatten ihrerseits Interesse am Erwerb dieser Beteiligung. Aus der Liquidationsmasse der Firma Phoebus war das Reich seinerseits in den Besitz eines Pakets von Aktien der Emelka in Höhe von 500 000 RM gelangt, womit es 10% des Gesamtkapitals besaß. Die Reichsregierung wollte sich Einfluß auf die Emelka sichern, um ein Gegeninstrument gegen die von Hugenberg kontrollierte Ufa zu erhalten. Von Lustig war bereit, dem Reich Aktien der Emelka zu verkaufen. Quaatz deckte im Haushaltsausschuß des Reichstags auf, daß von Lustig Kriegsgewinne gemacht hatte und behauptete, das Reich würde bei einem Ankauf von dessen Emelka-Aktien überverteilt werden. Lustig verlangte von Quaatz vergeblich eine Ehrenerklärung und ließ ihm schließlich durch General a. D. von Seeckt als Sekundanten eine Duellforderung überbringen. Quaatz erreichte durch eine Verzögerungstaktik, daß alles im Sande verlief. Von Lustig bemühte sich darauf-

len. Er: Ich komme, um Sie um Äußerung in Sachen Lustig zu bitten. Ich: Bitte um Klarstellung. Koramage: Dann lehne ich Erklärung ab, da ich eine Einmischung in ein schwebendes Verfahren nicht zulassen könne – oder Unterhaltung: Dann gern bereit, mich unterrichten zu lassen und etwaige Irrtümer einzugestehen. Er: murmelte etwas von [Krolatin?], was ich nicht verstehe und sagt dann: Er habe mir die Forderung zu überbringen, entweder zurückzunehmen oder Gewährsmann anzugeben. Ich: Sie fordern also eine Erklärung in einem Ehrenhandel? Er: Ja. Ich: Ich lehne jede Erklärung ab. Darauf Seeckt anscheinend betroffen. Ich stehe auf, er auch. Ich verabschiede mich mit kurzer Verbeugung unter Vermeidung des Händedrucks. Besprechung mit Westarp, Schmidt, Goldacker, Freytag. Westarp ratlos wie immer. Beschluß: jedenfalls vor Abschluß der Untersuchung keine Erklärung. Fahre mit Goldacker zum General Graf Goltz. Er meint: dienstlich, Ablehnung richtig. Außer sich über Seeckt als Mandatar Lustigs. Abends Baron Koczian und Prinz Lichtenstein in meiner Wohnung ohne bestimmte Forderung, nur höfliche Fragen, ob nicht Aufklärung möglich. Ich verweise höflich auf Goltz und Goldacker.

[. . .]

22. November

Frühstück mit Maretzky. Vorher Weissermel wegen der törichten Lustig-Affäre. Telefon Hugenberg wegen Dawes-Broschüre.

23. November

Mittags Pyrkosch. Nachmittags bei mir [Krakenberg?] und Funk. Notwendigkeit einer geschlossenen nationalen Opposition und die Mittel dazu besprochen: Presse in Paris, Halfeld, Scherl-Konzern, Börsenzeitung, DAZ. [. . .]

[. . .]

26. November

Reichstagsbeginn. Abends Stauffenberg und Goldacker bei mir. Nachmittags Besprechung der landwirtschaftlichen Kreditfragen (Pfandbriefe pp.), Hugenberg, Thomsen, Winterfeld, Goldacker, Stauffenberg, Nagel und ich.

27. November

Fraktionssitzung, in der ich Hergts unmögliche Ideen einer Ersten Kammer zerpfücke und erreiche, daß er nicht im Namen der Fraktion spricht. Planmäßiges Vorgehen Westarps und des linken Flügels gegen uns. Bisher haben für die Fraktion gesprochen: Treviranus, Lindeiner, Westarp, Hergt. Völliges Versagen Oberföhrens, der sich nicht herausstellen will.

28. November

Bei Meißner. Über Seeckt, der 25 000 [Mark] aus Stresemanns Dispositionsfonds ohne Dienstleistung erhält. Sein Verkehr im Schiebergäßchen bei Lustig. Über die Geschenke aus dem Dispositionsfonds: Schubert bekommt Wohnung, drei Diener etc. bezahlt. Rau-

hin erfolglos um eine Ehrenerklärung des Haushaltsausschusses und um eine Verurteilung Quaatz'; Morus, Emelka-Duell, in: Die Weltbühne, 18. 2. 1930, S. 290 f.

schers Verschwendung auf Kosten des Fonds. Unzufriedenheit im Auswärtigen Amt. Reparationsfragen usw.

29. November

Abends „Traube“: Hugenberg, Goldacker, Schmidt-Hannover, Bang, Freytagh und ich. Hugenberg berichtet über seine Vorschlagsliste zum Parteivorstand. Unerfreuliches Benehmen von Freytagh und Bang. Langes Straßengespräch mit Oberfohren, der mit Recht vor alldeutscher Politik warnt, im übrigen [flau macht?], da er Distanz gewinnen will.

30. November

Fraktion. Entscheidung über Besetzung des Auswärtigen Ausschusses. Lindeiner-Flügel siegt und läßt von acht Mitgliedern nur eines von rechts darin, Freytagh. Es wird mir folgendes deutlich: Zentrum will Außenministerium. Dazu muß es die Verbindung Stresemanns mit Sozialdemokraten lösen. Dazu braucht es erneute Rechtskoalition. Dazu müssen wir wieder dem neuen Dawes-Plan zustimmen, eventuell 50:50. Daher die Lobpreisung Lindeiners und Trevis. Daher der Kampf des Lindeiner-Flügels gegen uns. Folgende „Querverbindungen“: Lindeiner + Trevi = Brüning + Ersing, Wallraf = Pacelli, Gewerkschafter = Stegerwald.

[2.] Dezember, Sonntag

Besuch Spahns. Gespräch über Studentenbewegung, nächste Parteivertretung und die Ziele des Lindeiner-Flügels. – Ich beende die Arbeit an der großen Dawes-Broschüre, die Reden von Hugenberg und Westarp sowie Aufsätze von mir, Bang, Freytagh bringen soll⁸⁰. – Hugenbergs Kampf am 7./8. wird meines Erachtens nicht leicht sein. Darauf muß ich ihn mit vorbereiten.

3. Dezember

Rechnungsausschuß. Bei Schacht. Sein Optimismus betr. P. Gilbert verfliegen. Pessimist. Will aber doch als Akteur auftreten. Rät dringend, mit Morgan zu sprechen. Mit Besprechung Schacht, Hugenberg, Quaatz einverstanden. Weiß augenscheinlich selbst nicht, wer „Sachverständiger“ wird. – Abends Geburtstagsfeier Freytagh im „Habsburger Hof“. Entzückende Verse Eulenburgs, sehr nette Rede Wienbecks. Lange Unterhaltung mit Hampe.

4. Dezember

Verkehrsausschuß. Lage der Eisenbahn. Ich verhindere Verschleppungsmanöver Guérards. Nachmittags Dommès und Schmidt betr. Taktik am 7. und 8. [Dezember]. Kleine Fraktion: Scharfer Zusammenstoß mit Reichert und Leopold, sekundiert durch Westarp, wegen meiner Ausschaltung aus Verkehrs- und Reparationsfragen. – Abends sehr interessantes Diner v. d. Porten-Autoklub. Sitze zwischen Frisch und Frank (Diskonto). Frisch: Wir hätten längst Stopp der Transferierungen verlangen müssen. Otto Wolff als Objekt des modernen Byzantinismus. Schäffer, der Nebensonne ist, zieht mich zur Seite: Reparationen. Stark gegen Schacht. Weiß angeblich von Trendelenburg nichts. Bedenken gegen Vögler und Warburg. Deutet auf Luther hin! Zuletzt Gespräch mit K. Borsig und v. d. Porten über dasselbe Thema. Schäffer behauptet, Hilferding werde „nein“ sagen.

⁸⁰ Vgl. Anm. 69 zu 1928.

5. Dezember

Mittag mit Hugenberg. Langes Gespräch über Fraktion, Partei und Reparationen. Er will mit Westarp über sein Vorgehen gegen mich sprechen. Nachmittags Sitzung des Evangelischen Parteiausschusses: Konkordatsfrage, was mich sehr interessiert⁸¹. Leider werde ich durch Spahn, Lersner usw. vorzeitig herausgeholt.

7. Dezember

Morgens Versammlung der Dommess-Gruppe Nationaler Klub, in der ich referiere. [. . .]

8. Dezember

Parteivertretung. Völliger Sieg Hugenbergs, der durch die Satzung die Organisation ganz in die Hand bekommt. Referate von mir⁸², dann Bang über Reparationen. Mein Vortrag ist ein schöner Erfolg; auch die Gegner sollen es anerkannt haben. Hugenberg bedankt sich später für seine Verhältnisse herzlich. [. . .]

[. . .]

11. Dezember

Im Haushaltsausschuß energischer Widerspruch gegen Heimanns Absichten, das „Material“ des Herrn Lustig ohne Gegenbemerkung „in Umlauf zu setzen“. Nur Breitscheid für Lustig, bei dem er und Scheidemann, natürlich auch [Hoesemann?] verkehren. Beschluß: Heimann solle das Material zurücksenden. – Unser Gespräch mit Hugenberg über künftige Organisation: Nagel Parteidirektor⁸³. Hauptgeschäftsstelle und Büro Hugenberg sollen im Gebäude des Nationalen Klubs vereinigt werden. Hoffentlich glückt's. – Sehr interessant abends Unterhaltung mit Dauch: Bestätigt mir, Stresemann könne in Lugano⁸⁴ nicht nein sagen, weil er sonst vom Zentrum gestürzt werde. Ferner bestätigt er meine Ansicht, daß er Hilferding vorschiebe, ähnlich wie 1925 in Locarno Luther⁸⁵. Er sagt: Stresemann könne nicht aus dem Amt seiner Frau wegen. Er sei ihr höriger [sic!] deficiente vigore hominis seit langer Zeit.

12. Dezember

Verkehrsausschuß. Dann Reparationsausschuß: Hilferding, Curtius, Dorn, Schacht,

⁸¹ Am 8. 12. 1928 beschloß die Parteivertretung der DNVP, daß im Falle eines Konkordats beide Konfessionen gleichberechtigt behandelt und die Rechte des Staats gewahrt bleiben mußten; Walker, Hugenberg, S. 296 f.

⁸² Quaatzens Rede zur Reparationspolitik ist abgedruckt in: Unsere Partei vom 15. 12. 1928.

⁸³ Die Parteivertretung hatte am 8. 12. 1928 die Parteileitung abgeschafft und die Parteiorganisation direkt Hugenberg unterstellt. Der ihm ergebene Major a. D. Nagel vom Reichsbundland wurde Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Leiter der Parteiverwaltung. Der Parteivorstand, in dem sämtliche Landesverbandsvorsitzenden vertreten sein sollten, wurde formal aufgewertet. Dies bedeutete aber eine enorme Erweiterung dieses Gremiums, das praktisch zu schwerfällig war, um auf die mit Hugenberg-Leuten besetzte Parteiverwaltung wirkungsvoll Einfluß nehmen zu können; Leopold, Hugenberg, S. 54 und 202, Anm. 157; Walker, Hugenberg, S. 274 f.

⁸⁴ In Lugano trat am 10. 12. 1928 der Völkerbundsrat zusammen. Allgemein wurde erwartet, daß als Ergebnis der Besprechungen zwischen den Außenministern Deutschlands, Englands und Frankreichs die Reparationsfrage aufgerollt werde. Man einigte sich in Lugano nur über die Einberufung des Sachverständigenausschusses, was die Deutschnationalen als wertlos ansahen.

⁸⁵ 1925 war es Stresemann gelungen, Reichskanzler Luther auf das Locarno-Abkommen zu verpflichten und die deutschnationalen Minister zu überspielen, vgl. Henry A. Turner, Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968, S. 208.

Dauch, Dernburg, Bredt, Breitscheid. Bringe Hilferding dazu, daß er bestimmt erklärt: a) er allein trage die Verantwortung. In Lugano könne nichts abgemacht werden ohne seine Zustimmung; b) Er werde nein sagen, wenn die Sachverständigen nicht volle Freiheit im Sinne der Genfer Beschlüsse bekämen⁸⁶. Dann mit Hugenberg und Schacht Frühstück (mit Hindernissen) bei Hiller. Schacht nähert sich uns sehr. Hoffe auf eine Zwischenlösung. Wir (Hugenberg und ich): Es werde nichts herauskommen. Es müsse endlich durch ein „Nein“ Distanz und Handlungsfreiheit gewonnen werden. Schacht stimmt zu: Er werde nichts abmachen, was uns nicht wesentliche Vorteile brächte. Wir vermieden, ihn oder uns irgendwie festzulegen. Die Übereinstimmung bestand vor allem in der Auffassung, daß der Kreditzustrom eine geborgte Kaufkraft geschaffen, damit der Industriearbeiterschaft die Überzeugung geschaffen habe, die Revolution habe ihre Lebenshaltung gebessert, daß weiter diese Lebenshaltung auf Borg die Welt zu der Ansicht gebracht habe, Deutschland sei enorm leistungsfähig, und daß damit die öffentliche Verschwendung in Deutschland zusammenhinge. Es käme alles darauf an, diesen Schleier zu zerreißen und Deutschland wieder auf eigene Füße zu stellen. Fremde Kredite nur, soweit „rentabel“, d. h. soweit sie Zins und Tilgung durch Art ihrer Anlage gewährleisten. Unterredung dauerte über zwei Stunden. Dann Reichstag. [. . .]

[. . .]

19. Dezember

Büro. Mittags Morgan und Frau und Nagel zu Tisch. Gespräch à part mit Morgan: Amerika finanziere die französische Hegemonie, Amerika finanziere den Sozialismus in Deutschland. Er ist bezüglich Frankreich zuerst sehr ausweichend. Nachher, als ich ihm die Wirkung der Kredite: Zerstörung der Landwirtschaft, Steigerung der Inlandspreise, Strangulierung des Exports, Lebenshaltung auf Pump auseinandersetze, wird er immer wärmer, stimmt lebhaft zu, und als ich zum Schluß die Pointe bringe: „Amerika finanziert den deutschen Sozialismus“, lacht der bei Tisch noch sehr abgesspannte, fast kranke Mann laut los vor Vergnügen. Nagel etwas burschikos und vorschnell. – Verschiedenes aus dem Gespräch war sehr interessant. [Als] Ich deduzierte, daß der latente Zwist England-USA Frankreich eine Hegemoniestellung verschaffe, wollte er erst nicht darauf eingehen, schien dann aber zuzustimmen und brach in sein naives Gelächter aus, als ich Frankreich als Mädchen mit zwei Verehrern charakterisierte. Dann stimmte er lebhaft zu, als ich sagte: England habe sich in schlechte Lage manövriert, weil es keine große Staatsmänner habe. Er nickte lebhaft, als ich fortfuhr: Das ist weder Chamberlain, noch Balfour, noch Churchill. Die amerikanische Abneigung gegen England schimmerte durch die Reserve, die er innehalten wollte.

[. . .]

⁸⁶ Auf der 9. ordentlichen Völkerbundsversammlung in Genf im September 1928 hatte Reichskanzler Müller erreicht, daß die Aufnahme offizieller Verhandlungen über die Forderung nach vorzeitiger Räumung des Rheinlands vereinbart wurde. Auch über die Einsetzung einer Kommission von Finanzsachverständigen zur endgültigen Regelung des Reparationsproblems war eine Einigung erzielt worden; Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard am Rhein 1968, S. 108–119.

1929

[...]

23./24. Januar

Reichstag. Immer deutlicher der verbissene Kampf Westarps gegen Hugenberg und seine Richtung, der sich zunächst gegen mich richtet. Hat eigenmächtig Hoetzsch und Reichert mit der Bearbeitung der Reparationsfrage beauftragt.

[...]

29. Januar

Diner bei Morgan mit L[otte]. Dormmüller, Warburg, Bucher, v. Brandt, Bergmann, Frau Fuehr, [Jeidels?], de Haas, Hoetzsch usw. Gespräch mit Dormmüller, der annimmt, die Reichsbahn würde aus dem Pfundnexus befreit. Fürchtet dann das Parlament. Mit Warburg und Morgan; Warburg: England sei der Feind, stehe im Niedergang. Reparationsfrage werde in Gang kommen, aber nur Teillösung möglich und zu erstreben, was Morgan bestätigt! Jeidels propagierte Anleihe. Stimmt mit Guérards Mitteilung: ein Teil der Eisenbahn-Obligationen müsse mobilisiert werden, teils für Reparation, teils für Eisenbahnzwecke. Die Lösung soll dann eine „freie“ Eisenbahn sein, Gesellschaftsform bleibt. Politik wird ausgeschaltet. Banken und Industrie wollen sich in die Herrschaft teilen, dabei Konzessionsschulzen an Sozi. Die Sozialdemokratie, Banken und Industrie haben mit dem Ausland das gleiche Interesse, daß uns überhaupt der Strick um den Hals bleibt. Sozi brauchen Kredite, um die geborgte Lebenshaltung nicht absinken zu lassen und die „Gemeinwirtschaft“ zu finanzieren. Die Banken brauchen umfangreiche Anleihegeschäfte und die Industrie die risikolosen Sachlieferungen. Die deutschnationale Opposition ist zwiespältig und unsicher. Bauern und Mittelstand bröckeln weiter ab. Das „Bürgertum“ zersplittert immer mehr, während die Arbeiterdisziplin die Sozialdemokratische Partei auf der Grundlage der Gewerkschaften und unter Führung jüdischer Intelligenz zusammenhält.

30. Januar

Bierabend bei Dormmüller mit dessen Vortrag. Eine Masse Leute der Bankwelt, Industrie und Presse. Gespräch mit Schumacher über Reparationen. Sonst wenig von Belang.

31. Januar

Kasino unter den Linden auf Einladung Oberfohren. Hugenberg, Nagel, Oberfohren, Goldacker, Bang, Schmidt, später Freytagh. Thema: Bauernpartei. Zum Schluß kam Hugenberg mit seinem Programm heraus: Sammlung der nationalen Opposition. Scheint sowohl mit Bauern (Wendhausen), mit diesen schon lange, wie mit Nazi schon Tuchfühlung zu haben. Sehr interessant! Nagel leider vorlaut und unbedacht, was mich betrübt.

[. . .]

2. Februar

Schlittenfahrt mit L[otte], Butzi und Maria von Wannsee nach Nikolskoe bei Sonnenschein und scharfem Frost. Herrliches Wetter. – Abends Dormmüller, Diner. – Zu Tisch [Frau?] Köhler. Nach Tisch mit Köhler, Koch-Weser, Wissell. Allgemein wieder resignierte Stimmung: Es gelingt nichts mehr. Ich: nur Diktatur hilft. Sozialdemokratie hat großen Moment nach den Wahlen verpaßt, als Braun Reichskanzleramt refusierte¹. Kein Widerspruch. Nachher auf Dormmüllers Veranlassung Leverage. Als ich „Vorfrage“ erörtere, ob Frankreich wirklich Lösung wolle oder sein altes politisches Ziel, Teilung Deutschlands, verneint er natürlich letzteres. Erörtert dann Voraussetzung für Befreiung der Reichsbahn, Schutz vor Politisierung pp. Urbig tief deprimiert, Lösung nicht zu erwarten. Die deutschen Banken hätten 19 Milliarden Kreditoren, davon 8 Milliarden Ausland. Ähnliche Stimmung bei Solmssen, der sich übrigens als deutschnational bekennt. Dann Tafelrunde: Wir, Köhler, Buschs, Dormmüller. Köhler: Koalition innerlich unmöglich, lobt die Rechtskoalition. Ich: In diesem System machen wir nicht mit. Köhler erzählt, daß er mit Hugenberg zwei Stunden gesprochen habe. Dann von dem katholischen Einfluß auf Polyphon². Zum Schluß zieht mich Dormmüller wieder beiseite. Habe den Eindruck, als ob er hören wolle, ob er bei Überführung der Reichsbahn in rein deutsche Verwaltung bleiben könne. Als ich ihn als den Mann der Neuordnung bezeichne, erleichtert ihn das sichtlich. Ich habe den Eindruck, als ob Hugenberg auch im Zentrum Fühler ausgestreckt hätte. Auch Köhler bezeichnet übrigens Stresemann als unser Unglück. Kritisiert die allmächtige Bürokratie, besonders Popitz. [. . .]

[. . .]

4. Februar

Geschwätz im Auswärtigen Ausschuß der Fraktion. – Abends bei [Pfuhl?]: Schmidt, Goldacker, Schwecht, Logemann, Graef, Berndt, Brosius usw. über Kellog-Pakt³. – Vielleicht gelingt es, dem Stresemannflügel der Fraktion hier eine von ihm nicht vermutete Niederlage beizubringen.

5. Februar

Gegenaktion. Entscheidung morgen. Frühstück auf Einladung Goldackers mit Will, dem jetzigen Leiter der Firma Hugo Stinnes (Schwager Hugos) bei Dressel. Über Reparationsfragen. Abends eineinhalb Stunden bei Hugenberg. Fraktion, Koalition, Reparation,

¹ Nach der Maiwahl 1928 war vielfach erwartet worden, der preußische Ministerpräsident Otto Braun werde das Reichskanzleramt übernehmen. In der SPD war dagegen starker Widerstand dagegen laut geworden, weil man Opposition von Seiten der Länder, des Reichspräsidenten und der Koalitionsparteien befürchtete, aber auch die Position des preußischen Ministerpräsidenten nicht verlieren wollte. Der Parteivorsitzende Wels wollte keinen starken, den Einflüssen der Partei zu wenig zugänglichen Reichskanzler Braun. Auch in der Reichstagsfraktion war Braun nicht populär. Braun selbst fühlte sich zudem gesundheitlich erschöpft; Schulze, Otto Braun, S. 539–542.

² Gemeint sind wohl die Polyphonwerke AG in Wahren bei Leipzig, die Schallplatten produzierten.

³ Der Kellog-Pakt zur Ächtung des Krieges als Mittel internationaler Politik, der auf eine amerikanische Initiative zurückging, war von Stresemann am 27. 8. 1928 unterzeichnet worden.

Keudell, Pechel und sonstiges. Abends bei Arzt. – Bei Hindenburg abgesagt. – Lange bei Hugenberg. Reparation. Kellog-Pakt. Veranlasse ihn, sich für die Fraktion aufzuparen.

6. Februar

Kampf in der Fraktion um den Kellog-Pakt. Westarp, Lindeiner, Hoetzsch, Wallraf, Reichert und Co. unterliegen mit 13:14 Stimmen. Abends bei der Abstimmung rufen die Kommunisten: Hugenberg siegt über Westarp und Lindeiner! – Meine Rechnung auf die Bauern stimmte diesmal, obwohl Westarp alles zu ihrer Bearbeitung aufgeboten hatte. Auch mein Kalkül, daß Schiele nicht erscheinen würde, stimmte. Der Stresemannflügel ist tief deprimiert. Recht verdächtige Haltung Oberföhrens mir gegenüber.

7. Februar

Lange bei Jacob Goldschmidt, der fast allein redete: ganz in unserem Sinne über Reparationen, kommende Krise pp. Frühstück bei Ewert mit Fischer, Lenzmann, Landauer.

8. Februar

Zu mittag Heilmann. Abends in Dahlem Herrenessen bei Hugenberg. Neben ihm Oberföhren und ich, neben Frau Hugenberg Professor Hoffmann-Münster und Bang, seine Tochter v. Böhmer und ihr Mann, sein Schwager Eisenlohr, Mann, Mejer, Nagel, Professor Bernhard, Dr. Donner. Also ein Kreis von [Intimen?]. Sehr nett arrangiert. Bei Tisch benutze ich die Gelegenheit, um Oberföhren zu attackieren: Fraktionsführung im Gegensatz zur Mehrheit, Transigieren statt klare Opposition, keine Disziplin, Klüngelei. Er setze sich nicht durch und wolle sich schonen. Wer führen wolle, müsse kämpfen. Er konsterniert, dann höhnisch überlegen, dann recht klein. – Hugenberg versteht augenscheinlich meine Absicht; denn nachdem ich das Thema gewechselt hatte, kam er Oberföhren gegenüber darauf zurück: Es müsse in der Fraktion Ordnung geschaffen werden. Bei dieser – übrigens sehr höflichen – adhortatio verhielt ich mich passiv. Ich hatte übrigens Oberföhren gesagt, ich würde mich bei seiner Passivität in der Fraktion nicht mehr einsetzen. Auf Überraschungen müsse aber die Fraktionsführung gefaßt sein. Ob mit Bezug hierauf, also als Bestätigung oder nicht, sagte er mir: Man müsse nicht stets die Leute von Dummheiten abhalten wollen, sondern sie ruhig gewähren lassen. Dann käme schon einmal der Moment. Auch Niederlagen müsse man einstecken, womit er wohl auf den Fall des Auswärtigen Ausschusses anspielte. Übrigens hörte ich, wie er Oberföhren sagte, die Zusammensetzung und Exklusivität dieses Fraktionsausschusses sei nicht erträglich. Ich ging, nachdem ich meinen Torpedo lanziert hatte, bei Tisch auf kein politisches Thema mehr ein, um zu zeigen, daß der Vorstoß gewollt war. Nach Tisch interessante Gespräche. Hugenberg über Sozialpolitik: Das Ziel müsse sein, daß an Stelle der Sozialbeiträge Spareinlagen träten⁴. Damit Kapitalbildung und Aufstieg. Die Hilfsbedürftigen würden viel geringer an Zahl. Für sie müsse Allgemeinheit sorgen. Ich äußerte mich mit einem skeptischen Satz: Die Mehrzahl der Unternehmer erwarteten von uns

⁴ Hugenberg hatte im Scherl-Verlag 1928 das Buch „Irrwege der Sozialpolitik“ von Gustav Hartz verlegen lassen. Hartz wollte die Sozialversicherung durch ein System von Zwangssparkassen ersetzt wissen, das jedem Arbeiter durch Einzahlung von Ersparnissen die Vorsorge gegen Erwerbslosigkeit, Krankheit und Invalidität selbst überließ. Hugenberg setzte durch, daß die DNVP diese Forderung in ihr Programm aufnahm; Amrei Stupperich, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933), Göttingen 1982, S. 196.

nur eins: Lohn drücken. Ideen seien ihnen Hekuba. Darauf Hugenberg sehr lebhaft: Auf die träge Mehrheit komme es nicht an. Sie sei feige und folge jeder Führung. Man müsse zu Menschen sprechen, die Ideen hätten und Ideen fühlten. Er hatte an diesem Abend etwas sehr Sympathisches, ja mitreißend Warmes, vielleicht weil er zwischen seinen vier Wänden sprach.

[. . .]

22. Februar

Langw[eiliger] Ausklang der Eisenbahndebatte⁵. Entschließung nach meinen Absichten einstimmig angenommen. Abfahrt nach Heilbronn.

23. Februar

Rundgang durch Heilbronn bei großer Kälte. [. . .] Vormittags Parteitag. Kurze Rede. Nachmittags lange Rede im Wirtschaftsausschuß. Geringer Erfolg. Trunk im „Ratskeller“. Interessante Unterhaltung: Presse, Wochenschrift, Ludendorff, Kampfgedanke. Dann Hirzel: Kommunalbetriebe. Schlechter Nachmittag. Mittags Tauwetter.

24. Februar

Vormittags große öffentliche Versammlung. Einstündige Rede über: Kampf diesem Staat. Recht guter Erfolg. Dann geschickte Rede von Bazille. – Gemeinsamer Mittagstisch. Mit Rümelin nach Wimpfen am Berg. Kaiserpfalz. Schönes Hotel. Der Neckarbogen. Gespräch über Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Abends im „Frösche“. Unterhaltung mit Finanzminister Dehlinger. Kurze Kaffeerunde bei Dr. [Beitter?]. Sehr abgespant. Nachts zurück.

25. Februar

Arbeit am Eisenbahnbuch⁶. Mit Borck bei Holleben, dann Kreth wegen Klubidee. – Artikel „Politik in Zahlen“ in der Nachtausgabe⁷. Zeitungskataster umfaßt jetzt schon ca. 300 Nummern. Ich bin von Korrespondenzen damit ganz unabhängig.

26. Februar

Mittags Hugenberg und Borck.

27. Februar

[. . .] Starker Widerhall meiner Heilbronner Rede⁸: DAZ, Frankfurter usw. „Schwäbischer Merkur“ ruft nach dem Republikschutzgesetz.

⁵ Vgl. die Reichstagsrede Quaatzens vom 20. 2. 1929, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 424, S. 1225–1229.

⁶ Quaatz, Sicherheit und Wirtschaft bei der Eisenbahn, Berlin 1929.

⁷ Tatsächlich erschien der Artikel unter dem Titel „Politik mit dem Rechenstift“ in der Berliner Nachtausgabe vom 25. 2. 1929.

⁸ Berichte über die sehr polemische Rede brachten die Frankfurter Zeitung vom 26. 2. 1929 und der Schwäbische Merkur vom 25. 2. 1929, der bei Quaatz eine gefährliche Einstellung zum Faschismus hin sah, wenn er auch seinen Verfassungsreformvorschlägen und seiner Forderung nach einem autoritären System zustimmte.

28. Februar

Abends Ball Hugenberg. Am Tisch Frau Hugenberg zwischen der Mutter des Professors Bernhard und Frau v. Buchholz. L[otte] zwischen [Saxe?] und Dr. Donner. Langes Gespräch mit Hugenberg: Sozialpolitik und anderes. – Mit Klitzsch Zusammenkunft verabredet. [. . .]

1. März

Lange Unterhaltung bei Tisch mit Hirzel-Stuttgart. – Ältestenrat über die Mandate in den Reichsbetrieben. Richtet sich anscheinend gegen Gespräch mit Wissell über die Frage der Mandate. – Die sog. Regierung immer lächerlicher. Das Gerede und Gezeter zwischen den früheren Regierungsparteien im Haushaltsausschuß geradezu erbarmungswürdig. Dies „System“ ist auch von einer schwächeren Hand umzustößen; aber die Kräfte zum Neuaufbau sind noch nicht gesammelt. Die Idee Groener-Hugenberg taucht auf. Kann es ein Duumvirat schaffen? Dommers schreibt, daß mein Artikel „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ den Kaiser sehr beeindruckt hätte⁹. Interessant, wie genau und dabei zurückhaltend er alle Vorgänge in der Heimat verfolgt. – Das Jahr 1929 wird nach meinem Gefühl Entscheidungen bringen.

2. März

Mit Stubbendorf bei Hugenberg. Nagel Agrarprogramm. [Hugenberg?] trägt seinen Entwurf für den Parteivorstand vor¹⁰. Stubbendorf trägt recht unklar seine Anregung betr. Handelspolitik vor. Kommt darauf hinaus, daß er einen Professor beauftragen will, Ideen zu produzieren. Gespräch über agrarische Personalien. Dann beim italienischen Botschafter wegen italienischer Reise. Will das Nötige vorbereiten. – Der nun drei Monate fast dauernde Winter scheint weichen zu wollen. Stresemann fährt nach Genf trotz der Enthüllungen über den französisch-belgischen Angriffsplan¹¹. Das kleine Holland protestiert. Wir entschuldigen uns, daß wir von den Angriffsplänen Notiz genommen haben. Es hat wohl noch kein Volk gegeben, das sich nach einer Niederlage freiwillig so gedemütigt hätte. Dabei völliger Marasmus im Innern. Die sogenannte Regierung hängt lose in den Nähten. Der Parlamentarismus begegnet allseitiger Verachtung.

[. . .]

7. März

Vormittags Reparationsbesprechung[:] Westarp, Bang, Nagel, Brosius und ich bei Hugenberg. Anrechnungsfrage in den Vordergrund stellen.

⁹ Deutsche Zeitung vom 15. 2. 1929.

¹⁰ Am 9. 4. 1929 legte Hugenberg dem Parteivorstand seine Pläne für die Reichsreform und für ein Agrarprogramm vor, ohne die dafür zuständigen Referenten der Fraktion herangezogen zu haben. Dies erbitterte die Vertreter des mittelbäuerlichen Besitzes, weil Schieles Vorschläge zu ihren Gunsten nicht berücksichtigt worden waren; Friedenthal, Volksbegehren, S. 38 f.

¹¹ Das Utrechtsch Dagblad, ein Organ holländischer Nationalisten, hatte über einen angeblichen belgisch-französischen Militärpakt berichtet. Gegenüber dem deutschen Botschafter in Paris, von Hoesch, sprach der französische Außenminister Briand von einer glatten Fälschung und versicherte, daß die französische Regierung keine Verpflichtungen übernehmen werde, die zu den Bestimmungen des Locarnovertages in Widerspruch stünden; ADAP, Serie B, Bd. XI, Göttingen 1978, S. 218 f.

8. März

Haushaltsausschuß. Nachmittags bis spät in die Nacht Reparationsbesprechung im Flugverbandshaus unter Vorsitz Hugenberg's. Referent Professor Schumacher. Seine verhängnisvolle These von der dreifachen Leistungsfähigkeit: finanzielle, volkswirtschaftliche, weltwirtschaftliche. Die erste sei nicht zu bezweifeln. Hinweise auf die Pleiten im Eisenbahnhaushalt sowie im Reichshaushalt übergang er. Ebenso vermied er jedes Eingehen auf die zunehmende Unproduktivität der deutschen Wirtschaft. Er ist ein sprechender Beweis, wie im deutschen Professorentum in erster Linie eine formale Darstellungsgabe und gelehrte Aufmachung vorwärtsbringen. Trotz früherer Erfahrungen mit ihm (Köln 1917/18) erstaunte mich seine Sterilität und Engstirnigkeit. Zudem scheint er völlig unter dem Einfluß von Josiah Stamp zu stehen, von dessen erleuchteter Objektivität er fortwährend sprach! In der Debatte: Hugenberg, Westarp, Schlange, ich, weniger eifrig Bang, gelegentlich Feßmann, Harnisch, Kriegk. Die andern, unter denen auch Löwenstein-Essen, Meydenbauer, Claß und viele andere unseres Kreises waren, schwiegen. Nachher mit Schlange und Harnisch. – Mein Artikel: „Die Tributbank“ im „Lokalanzeiger“ mit der Absage an unsere Delegation ist nach telefonischen mehrfachen Mitteilungen während des Abends aus Paris dort wie eine Bombe eingeschlagen¹². Es wird neue Kämpfe geben. Hugenberg hält mir gegenüber an der Meinung fest, Schacht werde die Konferenz letzten Endes doch noch aufliegen lassen. Ich glaube es nicht.

9. März

Haushaltsausschuß. Lebhaftere Auseinandersetzung mit Popitz über Steuersystem, Rechtsschutz, Zentralismus. – Abends Korpsdiner bei Ewert. Viel Volk. Zwischen Dietz, v. Bayer und Folz. Fünf 70jährige. Ottow, Hustädt, Dehus, Kreuzberger u. a. von außerhalb. Sehr nett.

10. März, Sonntag.

Entwurf des Schemas für die Verlustliste der deutschen Wirtschaft¹³. Abreise nach Gleiwitz.

[...]

13. März

Besprechung mit Hartz, Westarp, Behrens, Bang, Rademacher pp. betr. Sozialpolitik. Nachmittags Fraktion betr. Etatrede, Währung pp. – Abends landwirtschaftlicher Abend im Nationalen Klub: Garnier, Gürtler. Ich gebe der von Lind tapsig begonnenen Debatte einen Halt im Sinne des Kampfgedankens, was von [Soth?], Gerns, [v. Machui?] usw. warm aufgenommen wird.

[...]

¹² Berliner Lokalanzeiger vom 8. 3. 1929; darin betonte Quaatz, die deutschen Sachverständigen hätten in Paris eine Niederlage erlitten. Es sei klar, daß Deutschland weiter unter Finanzkontrolle bleiben solle.

¹³ Es handelt sich wohl um das Zahlenmaterial, das Quaatz in dem Artikel „Ausverkauf“ in der Zeitung Der Montag vom 18. 3. 1929 verwertete.

19. März

Tirpitz 80. Geburtstag. Seit acht Tagen warmes Frühlingwetter, und doch ist der Boden noch gefroren. Graf Garnier berichtet mir seine Unterredungen mit Hindenburg. Hat auch den Eindruck der Teilnahmslosigkeit. Wie gering seine Kenntnis der Dinge und Menschen ist, beweist seine Äußerung über Hugenberg: Ob der auch für die Landwirtschaft eintreten würde? Augenscheinlich liest er nicht einmal mehr Zeitungen. [. . .]

[. . .]

17. April

Westarp über Hugenbergs Amerikabrief¹⁴. Hugenberg, der in Lugano ist, wünscht, daß ich den zu erwartenden Angriffen entgegenrete. Ich biete mich Westarp nicht an, spreche später Oberfohren, der bei uns zum Tee ist, und erkläre mich zur Rede bereit. Hugenberg telegraphiert entsprechend an Oberfohren aus Lugano. Paßt mir an sich wenig, da der Zeppelinflug dazwischen kommt, ich auch mit dem Eisenbahnbuch noch Scherereien habe und die in Meran neu begonnene Pressekampagne weiterführen will.

18. April

[Fischer?]. Landwirtschaftlicher Ausschuß. Winterfeld fragt mich, ob man versuchen solle, mit der abgelehnten Gewerbesteuer die preußische Regierung zu sprengen und Auflösung zu riskieren. Ich dafür, obwohl [. . .] viele bei uns (Westarp, Schiele, Lindeiner) schreien werden und Resultat leicht die große Koalition auch in Preußen sein kann, was Stresemanns Stellung in der DVP erleichtern würde. Man muß Kampf sehen und die DVP kompromittieren.

19. April

Frühstück bei Ewert[:] Klöckner, Stücklen, Ersing und die Direktoren der Viag wegen des Vorstoßes gegen die Abgeordneten in der Viag. – Nachmittags Schütte und Sachsenberg zum Tee. Schütte erzählt, daß Cuno beim Papst und bei Mussolini gewesen sei, quasi als Prätendent für den Reichspräsidenten. Habe angeblich keinen besonderen Eindruck gemacht, weil er kein Programm habe entwickeln können.

20. April

Lottes Geburtstag. Vortrag zur Verfassungsfrage im Verbands deutschnationaler Hochschulprofessoren¹⁵. Viel Beifall. Aufforderung, den Vortrag im Druck erscheinen zu lassen. – Oberfohren teilt mir mit, daß Westarp um die politische Rede kämpfe. Um diesen Preis will er auch Hugenberg verteidigen!

[. . .]

29. April, Montag

Langes Gespräch mit Hugenberg, Bang, Nagel, Brosius über die Lage. Mittags nach

¹⁴ Hugenberg sandte im März 1929 einen offenen Brief an etwa 1500 amerikanische Geschäftsleute. Er warnte darin vor einer Kreditvergabe an Deutschland, wenn es die Lasten des Youngplans auf sich nehme; Walker, Hugenberg, S. 349f.

¹⁵ Quaat, Der neudeutsche Dualismus, in: Deutschlands Erneuerung, Heft 7, (1929), S. 395–400.

Göttingen. Politisch-parlamentarischer Abend, wie in Goslar auf Einladung; aber alles als Tischgespräch. Überwiegend Landwirte und Industrielle, auch DVP usw. Sehr lebhaft Diskussion und ungewöhnlich guter Erfolg. Stadt ohne Interesse. Nachts zurück.

30. April

Büroarbeit. Im Reichstag Hugenberg, Richthofen, Graef, Goldacker. Die Koalition schon halbtot. Schreiber-Zentrum sagt es offen, es werde aber schwer sein, die Anhänger für Koalition und Hugenberg zu gewinnen. Ich: Richtig; denn es werde noch schwerer sein, uns zu gewinnen. Richtlinienpolitik sei vorbei. – Unser Stresemannflügel wittert Morgenluft und will erneut Minen gegen Hugenberg springen lassen. Drahtzieher wie stets Stresemann und Zentrum.

Einschaltung: Die Spannung in der Partei wird durch nachfolgenden Brief Hugenbergs beleuchtet, der krankheitshalber zwei Wochen in Lugano war – Wochen, die von Westarp, Wallraf, Hergt, Lindeiner, Lambach und der Industriegruppe (Klönne, Reichert usw.) tüchtig ausgenutzt worden sind.

[Brief Hugenberg an Quaaatz]
Lugano, den 23. April 1929,
Park-Hotel

Sehr verehrter Herr Quaaatz! Es wäre mir sehr angenehm, wenn ich mich mit Ihnen und 3–4 anderen Herren, z. B. Schmidt, von Freytagh, Bang, gleich am Montag morgen, wenn möglich 10 Uhr, über die Sachlage in der Friedrich-Ebertstr. 29 unterhalten könnte. Schmidt wird aber wahrscheinlich gesundheitshalber noch nicht wieder in Berlin sein. Ob es schon dann oder später zweckmäßig ist, mit Oberfohren zu sprechen, stelle ich Ihrer Beurteilung ganz anheim. Vielleicht haben Sie inzwischen auch Fühlung mit Schacht gehabt, so daß Sie über den Stand dieser Dinge und seine Absichten unterrichtet sind. Ich bin natürlich hier schlecht unterrichtet, da die Zeitungsnachrichten nachhinken. – Sie werden inzwischen ja schon festgestellt haben, was man hinsichtlich der Reichstagsfraktion zu unternehmen beabsichtigt. Ich lasse Ihnen gleichzeitig einen Brief Wallrafs und Abschrift meiner Antwort zugehen, woraus Sie die Beschwerden entnehmen werden. Es ist mir die Vermutung ausgesprochen worden, daß Graf Westarp unter Umständen niederlegen könne und daß man dann beabsichtige, einen Vorsitzenden der Reichstagsfraktion zu wählen, mit dem meinerseits erst recht nicht gekramt werden könnte. Es ist meines Erachtens gut, daß die noch vorhandenen Gegensätze jetzt zum Austrage kommen; denn der unklare und unwahrhaftige Zustand der letzten Zeit, der sich unter anderem auch in dem Verhältnis der christlichen Gewerkschaftler ausdrückt, kann natürlich nicht auf die Dauer bestehen bleiben. In diesem Sinne stimme ich mit Wallraf ganz überein! Die Einberufung der Vorstandssitzung will ich erst vornehmen, nachdem ich dort gewesen bin und die Sachlage festgestellt habe. Aber restlos ausgetragen müssen diese Dinge nun natürlich werden. Herrn von Winterfeld hoffe ich am Montagmittag zu sehen. Ich bin mit meinem Befinden jetzt zufrieden. Hoffend, daß es Ihnen gut geht, mit den besten Grüßen von Haus zu Haus, Ihr ergebener Hugenberg
[handschriftlicher Zusatz:] Abschrift d[es] Br[iefes] gest[ern] an Bang. Anbei eine hier gefundene holländ[ische] Zeitung. d. s.

Mai 1929

Das Krisenjahr zeigt sich in allem. In Paris ist die Niederlage Schachts und Vöglers ziemlich sicher. Sie können sich anscheinend nicht mehr vom Gegner lösen. Währung: Die Goldreserven Schachts sind aufgezehrt. Diskonterhöhung und Kreditrestriktion. Am 1. Mai blutige Krawalle in Berlin, über 20 Tote. Der Kommunismus fühlt vor.

1. Mai

Lächerliche Konferenz mit Stegerwald, Gutbrod, zwei Ministerialdir[ektoren?] in einem Zimmer voll Ministerialräten.

2. Mai

In der Fraktion wird der sogenannte Antrag Winterfeld: „Der Parteiführer müsse bei Regierungskoalitionserfolgen entscheidend beteiligt sein“ (im Parteivorstand angekündigt und vertagt) zu einem Vorstoß der Verbündeten: Industriegruppe, Schiele, Hergt, Wallraf, Westarp usw. und der Gewerkschaften benutzt¹⁶. Törichter Antrag Westarp wird durch gerissenen Antrag Hergt ersetzt und dieser angenommen, der sich scharf gegen Winterfeld (*re vera contra Hugenberg*) ausspricht. 34:29 Stimmen. Gegen Hugenberg ziemlich geschlossen die Jasager, vermehrt um einige Landwirte. Für ihn auch Richthofen, Haag, Wege, Staffehl, Stubbendorf. Einleitend Angriff Westarps. Dann sehr klarer und ruhiger Vortrag Hugenbergs, etwa eineinviertel Stunde. Angriffe höchst perfide und persönlich: Schiele, Schlange, Klönne, Hergt. Letzterer am bösartigsten. Gemäßigt: Dryander, Hartwig u. a. Für Hugenberg sprechen zuerst Spahn (vortrefflich), dann u. a. Graef und ich, später Oberfohren klar und scharf. Sitzung dauert bis tief in die Nacht und endet wie gewöhnlich mit allgemeiner Zermürbung und Verbitterung.

3. Mai

Bei Hugenberg mit Bang und Brosius. Vorher schrieb ich an Dommès und Feldmann. Hugenberg: nicht nachgeben, Partei muß entscheiden. – Nachmittags bei Caro.

4. Mai

Vormittags Florettgefecht beim Haushaltsausschuß, mit Stresemann, der den Botschafter Neurath wegen des Emil Ludwig Cohn preisgibt¹⁷. [. . .] Nachmittags Dommès. Über die

¹⁶ Am 9. 4. 1929 hatte der Fraktionsführer der DNVP im preußischen Landtag, von Winterfeld, einen Antrag im Parteivorstand gestellt, der darauf hinauslief, daß allein der Parteivorsitzende das Recht habe, Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten über eine mögliche Regierungsbeteiligung zu führen. Da der Antrag nicht auf der Tagesordnung gestanden hatte, konnten ihn die Gegner Hugenbergs abblocken. General a. D. von Dommès forderte daraufhin in einem Rundschreiben im Namen derer, die im Vorjahr die Wahl Hugenbergs betrieben hatten, eine nachträgliche Verabschiedung des Winterfeldschen Antrags. Westarp konterte am 2. 5. 1929 mit der Forderung, daß in wichtigen Fragen der Fraktionsvorsitzende das Einverständnis mit dem Parteivorsitzenden herbeizuführen habe. Hergts Versuch, auszugleichen und die Erledigung des Antrags zu verzögern, wies Hugenberg zurück. Westarp hatte mit seinem Antrag in der Reichstagsfraktion Erfolg, woraufhin Hugenberg erklärte, die Angelegenheit im Parteivorstand klären zu wollen. In der Parteivorstandssitzung vom 15. 6. 1929 wurde dann zu seinen Gunsten entschieden, der Parteivorstand und der Vorsitzende bestimmten die Richtlinien der Politik der DNVP; Friedenthal, Volksbegehren, S. 37–40; Walker, Hugenberg, S. 283–289; Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 548.

¹⁷ Quaatz, selbst immer wieder wegen seiner jüdischen Herkunft angegriffen, bediente sich hier einer

Lage: Ich: Es handelt sich a) um den Kampf der alten Führerschicht gegen die Landesvorsitzenden, die seit 1925 zur Bedeutung gekommen sind, b) um den Kampf Hergt, der anscheinend auf den Schild gehoben wird, gegen Hugenberg. – Dommes stimmt mir bei. Ich empfehle ihm, mit Hugenberg zu sprechen. Dommes meint, die Razzia am 9. April sei ein Fehler gewesen. Diese Ansicht scheint ziemlich allgemein zu sein. Man muß sie ihm sagen. Dann Gespräch über Doorn und den Kronprinzen. [. . .]

[. . .]

6.–13. Mai

Worum es geht, wird immer deutlicher, namentlich auch aus längerem Gespräch mit Hugenberg. Der neue Dawes-Pakt beherrscht die Situation. Amerika will die weitere Verschuldung Deutschlands. Deutschland soll sein merkantiler Stützpunkt in Europa sein. So sehr klar heute (13. 5.) Tolischus (Hearstpresse) zu mir. Eisenindustrie braucht Amerika und braucht wegen der schwebenden Verhandlungen über Eisenpakt auch Frankreich¹⁸. Schacht will eine politische Rolle spielen. Ebenso der militärische Kulissenpolitiker Schleicher, der heute mit Müller, „seinem“ Kanzler, arbeitet und morgen Kaiserhochs mitmacht. Der dritte im Bunde möchte Herr Schiele sein. Er hat m. E. zwei Eisen im Feuer: entweder parlamentarische Koalition mit Minister Schiele oder „Direktorium“ der drei großen „Sch.“¹⁹. Hergt fühlt sich als künftigen wiedergeborenen Parteiführer. Resultat Koalition gegen Hugenberg. Es ist nicht ganz leicht, Hugenberg den vollen Ernst der Situation klar zu machen. Vielleicht auch gibt er nur vor, ihn nicht zu sehen. Jedenfalls halte ich einen Bruch in der Partei anlässlich des Pariser Abkommens für nicht vermeidlich. Günstigenfalls splittert sich eine freikonservative industrielle gouvernementale Gruppe ab. Schlimmer ist die Frage der Landwirte. Die Hälfte geht mit Hugenberg, die andre mit Schiele. Im Falle eines Bruchs triumphieren die Christlichnationalen.

12. Mai

Am Sonntag in Gütersloh. Kreisparteitag. Redner Treviranus und ich. Er defensiv. Ich offensiv: Nieder mit dem System. Viel Beifall. Differenz wurde wohl nicht bemerkt. Auf der Rückreise langes Gespräch mit Trevi über die Lage. Dann mit Prinz August Wilhelm, der sich bei der Wahl in Potsdam so anständig benommen, Beuermann und Trevi. Dieser sagt mir am folgenden Tag: Er und Lindeiner würden nicht für Paris stimmen. Es würden wohl nur Klönne und Hoetzsch tun. – Ob es gelingen wird, Hugenberg dem alten Herrn näher zu bringen, scheint mir zweifelhaft²⁰. In jedem Falle wird sich das deutsche

in Rechtskreisen gegenüber dem Schriftsteller Emil Ludwig verbreiteten antisemitischen Spitze. Möglicherweise ging es um die zwei Interviews, die Mussolini Emil Ludwig im März 1929 gewährte: Mussolinis Gespräche mit Emil Ludwig, Berlin 1932, S. 17.

¹⁸ Schon 1926 hatten deutsche, französische, belgische und luxemburgische Stahlwerke in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft ein Kartell geschlossen, das die Stahlerzeugung quotierte.

¹⁹ Gemeint sind Schiele, Schacht und Schleicher.

²⁰ Claß hatte schon 1927 General a. D. von Dommes, den Fürsten zu Salm-Horstmar und den ehemaligen Kammerherrn von Oldenburg-Januschau gebeten, sich bei Hindenburg für Hugenberg als Kanzler einzusetzen; Claß, Strom II, S. 856 f.

Unglück herausstellen. Ich glaube, daß er in der Hinterhand sitzen und auf seinen Atouts hängen bleiben wird, wie Bismarck von Benningsen gesagt haben soll. – Denkschrift für Hindenburg (Meemann) und Gegendenkschrift wohl des Wirtschaftsministeriums. – Verhältnis in der Fraktion unerträglich.

[...]

18. Juni

Am 15. haben wir bezüglich Hugenberg im Parteivorstand einen wohl entscheidenden Sieg über die Reichstagsfraktion errungen. Antrag Gürtner-Winterfeld gegen eine Stimme (Hartwig) angenommen. Sogar die Linkspresse spricht vom „Sieg Hugenbergs“. In der Fraktion wirkt sich das aus. Auch Schiele wird damit rechnen. Die große Entschließung gegen Paris von mir entworfen und in längerem Referat begründet, ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen²¹. Die Jasager machen ein Rennen um ihr politisches Alibi, um den 29. 8. 24 vergessen zu machen²². Der Industrieflügel natürlich durch Vögler bestimmt²³. – Heute beim Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung Auftakt im Kampf um den Pariser Plan. Nach Hilferdings recht kümmerlichem Exposé meldet sich niemand. Darauf ergreife ich das Wort, um der Mehrheit den Spiegel vorzuhalten²⁴. Es gelingt mir, das gähnend leere Haus zu füllen und zu fesseln. Über Erwarten starkes Mitgehen der Fraktion und gespannte Aufmerksamkeit der andern Parteien. Störungsversuche der Sozialdemokratie fallen zu Boden. Es scheint ein auch in persönlicher Beziehung starker Erfolg zu sein. Nachdem ich vorher mit Bericht und namentlich Debattenrede beim Verkehrsetat (große Warnung an die Eisenbahner) gut abgeschnitten²⁵, will ich fortab nur noch reden, wenn Fraktion das besonders wünscht, im übrigen bis zum Winter warten. Starke Arbeit in der Presse. Die Scherl-Presse verlangt jetzt regelmäßige Artikel. Artikel: Der neudeutsche Dualismus, in: Deutschlands Erneuerung²⁶.

²¹ Am 7. 6. 1929 hatte die deutsche Delegation in Paris den Youngplan unterzeichnet. Der Vorstand der DNVP beschloß am 15. 6. 1929, den Kampf dagegen aufzunehmen und einen Antrag nach Art. 72 der Reichsverfassung einzubringen, demzufolge die Verkündung eines Gesetzes um zwei Monate auszusetzen war, wenn es ein Drittel der Abgeordneten verlangte. Anschließend hätte ein Volksentscheid einsetzen können, falls ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es verlangte und der Reichspräsident sich nicht dafür entschied, das Gesetz auf Grund einer Dringlichkeitserklärung von Reichsrat oder Reichstag dennoch in Kraft zu setzen; Friedenthal, Volksbegehren, S. 39; Walker, Hugenberg, S. 360f.

²² An diesem Tag hatte die Fraktion der DNVP gespalten über den Dawesplan abgestimmt (Quaatz hatte dagegen votiert).

²³ Vögler war ein scharfer Gegner des Youngplans und hatte am 17. 5. 1929 das Sachverständigenkomitee aus Protest verlassen. Einerseits war er Mitglied von Hugenbergs geheimer Konzernzentrale, der Wirtschaftsvereinigung, andererseits stand er als Mitglied der Ruhrlade Hugenbergs Gegner Reusch nahe, so daß er wohl eine gewisse Zurückhaltung zu Hugenbergs Politik und dem Volksbegehren wahrte; Weisbrod, Schwerindustrie, S. 288–295.

²⁴ Quaatz hielt Reichsfinanzminister Hilferding vor, sein ausgeglichener Etat sei ein völliges Phantom; die von ihm aufgelegte Anleihe habe nicht einmal 180 Millionen eingebracht. Die Annahme des Youngplans zeige „daß *Demokratie* eigentlich nur eine Vokabel für Autokratie ist, für die furchtbarste Autokratie, die es geben kann, nämlich die *Autokratie einer verantwortungslosen Mehrheit*.“ [Hervorhebungen im Original], in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 425, S. 2594; Ilse Maurer, Reichsfinanzen und große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928–1930), Bern 1973, S. 65 f.

²⁵ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 425, S. 2432 ff., 2446–2449.

²⁶ S. o. Anm. 15 zu 1929.

Hoffe zu einer Aufsatzreihe über das deutsche Problem zu kommen. Hilferding spielte eine etwas klägliche Rolle, namentlich bei der Apostrophierung am Schlusse, die ziemlich Sensation machte. In der Tat kann der Brief Müllers an Schacht nicht geleugnet werden²⁷. – Morgen Vertiefung durch Artikel bei Scherl[:] „Simplizität“²⁸, Auseinandersetzung mit Brüning.

20. Juni

Gartenfest – verregnet – beim Ernährungsminister Dietrich. Interessante Gespräche mit Hamm, Dorn (englische und deutsche Finanzwirtschaft), Zarden (Kommunismus in allen Schichten), Dernburg, Dr. Stolper, Heuß, Lejeune über Reparation und Währung. Mit Stubbendorf nach Hause, der scharfer Gegner der Schiele-Dewitzschen Monopolpläne ist²⁹. – Ausarbeitung des Referats zur Tributfrage für die Partei.

27. Juni

Die neue Führung wirkt sich auch im Parlament aus. Wir setzen einen Teil des Agrarprogramms durch: Kündigung des Schwedenvertrages und somit Rückkehr zu den autonomen Getreidezollsätzen, Vermehrungszwang, Butterzoll, Milchgesetz usw³⁰. Gleichzeitig wird das Republikenschutzgesetz kaputt gemacht. Reichsregierung geht in die Ferien.

28. Juni

Abends: v. Dietz bei uns: „neuer Zug in der Partei“. Aber das wird m. E. von den „alten Leuten“ mehr widerwillig anerkannt.

1.–3. Juli

Arbeit an vier Aufsätzen³¹: Verkehrswirtschaft für Nationalwirtschaft, der „neudeutsche Dualismus“ und „die innenpolitischen Grundlagen der neudeutschen Außenpolitik“ für

²⁷ Zum Schluß seiner Rede vom 18. 6. 1929 hatte Quaatz die Frage gestellt, ob es richtig sei, daß der Reichskanzler an Schacht einen Brief geschrieben habe, wonach die Reichsregierung der Ansicht sei, daß der Youngplan angenommen werden müsse, auch wenn wirtschaftliche Erwägungen dem entgegenstünden. Schacht hatte aber die Unterzeichnung des Youngplanes von sich aus durchgesetzt, obwohl die Reichsregierung nicht wie von ihm erhofft, vorher einen Beschluß getroffen hatte, um ihm die Verantwortung abzunehmen. Erst nachdem die Unterzeichnung erfolgt war, erhielt er den genannten Brief, der ihm den Beschluß der Regierung vom 3. 5. 1929 mitteilte, in dem sie die Annahme als unvermeidbar bezeichnete; Eyck, Weimarer Republik, Bd. 2, S. 243 f.; Julius Curtius, Der Young-Plan. Entstellung und Wahrheit, Stuttgart 1950, S. 43 ff.

²⁸ Berliner Lokalanzeiger vom 20. 6. 1929. Der Artikel spielte auf die Formulierung von der „Simplizität des Geistes“ der Sozialdemokraten an, für die Quaatz am 18. 6. 1929 im Reichstag einen Ordnungsruf erhalten hatte. In Bezug auf eine Bemerkung Brünings versicherte Quaatz, die DNVP habe aus der letzten Koalition von 1927 gelernt und werde sich auf eine Regierung, die nur dem System der Mitte diene, nicht mehr einlassen.

²⁹ Die Parteien der Grünen Front (DNVP, Zentrum, Deutsche Bauernpartei) strebten die Einführung eines staatlichen Getreidemonopols an.

³⁰ Die DNVP hatte bereits Anfang Mai die Beseitigung des Meistbegünstigungsprinzips bei Handelsverträgen und eine drastische Beschränkung der Agrarimporte gefordert. Am 26. 6. 1929 wurde die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Zölle für Kartoffeln, Butter- und Molkereiprodukte im Reichstag mit Mehrheit angenommen. Weitere Anträge der DNVP zur Stützung der Getreidepreise wurden am nächsten Tag abgelehnt. Ende Juni kündigte die deutsche Regierung zum 15. 2. 1930 auch den deutsch-schwedischen Handelsvertrag, da er den Maßnahmen zur Erhöhung der Getreidepreise im Wege stand; Gessner, Agrarverbände, S. 147.

³¹ Die Zukunft der deutschen Verkehrswirtschaft, in: Nationalwirtschaft, Heft 6, (1929), S. 709–728; Die innenpolitischen Gründe der neudeutschen Außenpolitik, in: Deutschlands Erneuerung, Heft 9,

Deutschlands Erneuerung. Der letzte, größte: „Demokratie und Verfassung“ soll im Sommer beendet werden. Folgen soll dann als letzter eine Erläuterung unserer Verfassungsvorschläge. Ich versuche hier nicht nur eine kritische Analyse der Demokratie, sondern auch den Aufbau einer verfassungspolitischen Ideologie unserer Bewegung, an der es bisher vollkommen fehlt. Am 2. nachmittags wieder lange bei Hugenberg zur Besprechung unserer Sommerarbeit (anwesend Feßmann, Brosius, Nagel, Weiß), wobei auch dies Thema berührt wird. Hugenberg fordert Feßmann auf, die Idee einer Wochenschrift zu fördern. – In Lichtenrade die Memoiren D’Abernons studiert. Höchst wichtig seine Erzählung vom Mai 1921, wo sich ihm Stresemann als Kanzler anbietet und als Preis die Annahme der Londoner Bedingungen anbietet³². Erinnerung: In der Fraktion arbeitete er für Annahme des sog. Londoner Ultimatums, stimmte aber dann mit der Mehrheit dagegen und ließ seine sieben Getreuen, darunter aus mir nicht verständlichen Gründen auch Heinze, der später sein bitterster Feind war, im Stich. Aus der Kanzlerschaft wurde damals nichts, weil Wirth, der sich bis dahin gestäubt hatte und wohl Wind von seiner Intrige hatte, schleunigst umfiel und seinerseits annahm. Mehr Erfolg hatte er mit dem gleichen Manöver 1923 gegen Cuno. Diese Lektüre war fruchtbar. – Aufsatz für Deutschlands Erneuerung: „Der neudeutsche Dualismus“ zum Druck gebracht, desgleichen großen Aufsatz über Verkehrswirtschaft für „Nationalwirtschaft“³³.

6. Juli

Rede Kreisparteitag Jüterbog. Sonntag Lichtenrade. Arbeit.

9. Juli

Die große Kundgebung der Nationalen Opposition im Herrenhaus: Seldte, Hugenberg, Hitler, Wendhausen, Schiele, Thyssen³⁴. Ein großer Erfolg Hugenbergs nach schweren Mühen. Nach Erzählung Schmidts war Cuno stiller Gegenspieler, vom Grafen Goltz unterstützt. Cuno möchte Spitze sein, unter dem point de vue als künftiger Reichspräsident. Nominelle Spitze jetzt der alte Otto v. Below. Nachher Gespräch mit Dommers und abends langer Vortrag über den Pariser Plan bei den deutschnationalen Studenten. [. . .]

10. Juli

Abends lange mit Hugenberg, Schmidt, Nagel, Brosius und Weiß über Sommerarbeit. Ich soll durchaus in der Sommertagung gegen Stresemann reden, während ich Bang vorschlage. Ergebnis: Wir wollen zwei vorschlagen: Oberfohren und Quaatz. Hugenberg kommt selbst auf mein ceterum censeo: die Wochenschrift.

(1929), S. 511–523; Demokratie, Marxismus und Staat, in: ebd., Heft 10, (1929), S. 578–587 und Heft 11, (1929), S. 656–668; zum vierten Titel vgl. Anm. 15 zu 1929.

³² Viscount D’Abernon, Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren, Bd. 1, Leipzig [1929]. Quaatz verschweigt, daß Stresemann für sein Angebot eine Reihe von Konzessionen von englischer Seite erhalten hätte, so die Unterstützung der Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und das Versprechen, lebenswichtige deutsche Interessen in Schlesien zu berücksichtigen.

³³ Vgl. Anm. 16 zu 1928.

³⁴ Die Hauptvorträge bei der Gründung des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren gegen den Youngplan, der Hugenbergs Konzeption einer rechten Sammlungsbewegung gegen die Weimarer Republik verwirklichen sollte, hielten Hugenberg und Hitler; im Präsidium vertreten waren der Stahlhelm, die Vaterländischen Verbände Deutschlands, die DNVP, der Alldeutsche Verband, die NSDAP, der Reichslandbund und die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei.

[. . .]

18. Juli

[. . .] Nachmittags „Esplanade“: Arbeitsausschuß für Volksbegehren; Hugenberg, Schmidt, Weiß, Scheibe usw., Duesterberg, Morozowicz, Brauweiler, Claß, Friedrich, Kriegsheim, Pfeil, Levetzow, *Strasser*, der glänzend war. Im wesentlichen setzen wir alles durch, namentlich: a) Leitung: Hugenberg-Seldte, b) Führung im Propagandaausschuß. Vorsitz durch Duesterberg taktvoll und sicher. Quertreiberei durch Kriegsheim und Pfeil. Ich lehne Zuwahl in juristischen Ausschuß ab, der mich nur aufhält. Man fragt mich doch. [. . .]

[. . .]

26. Juli

Abends Meißner bei uns. Eingehende Unterhaltung über Holzer, Caro, dann über Volksbegehren, das die Linke anscheinend sehr fürchtet, usw.

27. Juli

Aufarbeiten. Langer Bericht mit Vorschlägen an Hugenberg. Hindenburg will Vögler und Hugenberg sehen. Packen!

[. . .]

28. August

Langer Brief mit Vorschlägen bez. Begründung des Volksbegehrens an Hugenberg. Seine Begründung ist nicht sehr packend³⁵. Stubbendorff.

[. . .]

4. September

Mittags mit Hugenberg, Schmidt, Bang; Intrigenkreis: Schiele, Hepp, Gereke, Kriegsheim, Schleicher, Westarp. Gegner aber in sich gespalten und uneins. – Nachmittags Marezky. Berichtet über Schleicher. Schleicher gegen Hugenberg; sagt aber: Allmählich kommen die Dinge in Deutschland auf Hugenberg zu. Dann wieder bei Hugenberg

³⁵ Hugenberg hatte beschlossen, die Aktion für das Volksbegehren nicht, wie ursprünglich geplant, im Reichstag beginnen zu lassen und bis zum Abschluß der parlamentarischen Verhandlungen zu warten. Durch die sofortige Einbringung eines Volksbegehrens hoffte er, die Außenpolitik der Regierung unmittelbar durchkreuzen zu können. Der Entwurf für das sogenannte „Freiheitsgesetz“ enthielt die brisante Strafbestimmung des § 4, nach der den Mitgliedern der Reichsregierung sowie den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches die für Landesverrat geltende Zuchthausstrafe angedroht wurde, falls sie Verträge mit auswärtigen Mächten unterzeichneten, in denen neue Lasten für Deutschland festgesetzt würden. In der Begründung vertrat Hugenberg die Ansicht, daß es sich nicht um ein verfassungsänderndes Gesetz handle, dem beim Volksentscheid die Mehrheit der Stimmberechtigten zustimmen mußte. Es räumte ein, in ein Dilemma zu geraten, wenn die Gesetze zum Youngplan im Reichstag angenommen würden, bevor es nach dem Volksbegehren zum Volksentscheid käme. Deshalb enthielt die später veröffentlichte Begründung den Zusatz, es widerspreche dem Art. 1, Abs. 2 der Reichsverfassung, wenn der Youngplan dem Reichstag vor dem Volksentscheid zur Beschlußfassung vorgelegt werde; Friedenthal, Volksbegehren, S. 50–55.

berg. Erst Vortrag Krieg über Paris. Dann Kriegsrat mit Schmidt, Bang, Nagel, Brosius. Hugenberg schildert Schwierigkeiten, fragt dann ausdrücklich mich. Ich sage: Wi sind davör, wi möt da dör. – Was Hugenberg augenscheinlich sehr befriedigt. [. . .]

[. . .]

6. September

Aufsichtsrat Spandau³⁶. Gespräch mit Ersing. Wut über das Volksbegehren. Deute auf der Nachhausefahrt leise die Schleicherschen Pläne an. Ersing: absurd, unmöglich. Ersing ganz auf die Parteikonstellation eingestellt: Jetzt müsse man mit den Sozisz, später mit Rechts gehen – nämlich wenn die Not zu Reformen zwingt.

7. September

Vormittags Hugenberg, Bang, Schmidt usw. über Volksbegehren. Lichtenrade.

9. September

Büro. Konferenz mit Holzer. Nachmittags Propagandausschuß. Konferenz mit Hugenberg. Abends Schmidt, Meesmann nach der Journalisten-Konferenz. Ausarbeitung neuer Kommuniqués.

10. September

Stein, Krieg[sheim]: Ausarbeitung der Proklamation des Reichsausschusses. Westarp, Hergt, Lindeiner: Klage gegen „Vorwärts“: DNVP habe sich 1925 in die Reichsregierung eingekauft³⁷. Konferenz Hugenberg, Bang, Schmidt usw. – Nachmittags desgleichen mit Presse. – Unendliche Schwierigkeiten und Jämmerlichkeiten, Ohnmacht gegen zähen Willen.

11. September

Büro. Generaldirektor Pretorius von Pleß³⁸. Nachmittags Propagandausschuß. Um 17.00 Uhr werde ich zu Hugenberg herübergeben, um der Unterredung mit Schiele beizuwohnen³⁹. Hugenberg hatte immer einen Überfall im letzten Moment erwartet –

³⁶ Es handelte sich um die zum Viag-Konzern gehörenden Deutsche Industrie Werke AG.

³⁷ Am 5. 9. 29 bezog sich der Vorwärts auf einen Brief Hugenbergs an Hergt vom 26. 8. 1924. Hugenberg hatte darin geschrieben, im Ausland dürfe nicht der Gedanke maßgebend werden, daß mehr als zwei Drittel des deutschen Volkes einschließlich der hinter der DNVP stehenden Kreise innerlich bereit seien „sich um die Hoffnung auf einige Silberlinge die Freiheit, Ehre und Zukunft ihres Landes abkaufen zu lassen“. Der Vorwärts griff die Formulierung von den „Silberlingen“ auf und stellte die rhetorische Frage „gemeint sind doch nicht die vier Ministerportefeuilles?“

³⁸ Quatz war für den Industriellen Fürst Pleß als Prozeßvertreter tätig.

³⁹ Am 5. 9. 1929 hatte sich Hugenberg mit Schiele und Westarp wegen des Volksbegehrens getroffen. Dabei hatte Schiele seine Bedenken zurückgestellt, aber zur Bedingung gemacht, daß der Entwurf erst veröffentlicht werden dürfe, wenn der Bundesvorstand und das Präsidium des Reichslandbundes dazu Stellung genommen hätten. Hugenberg sagte zu, mit der Veröffentlichung des Entwurfs bis zum 12. 9. 1929 zu warten, wenn ihn nicht die gegnerische Presse, der der Entwurf dank einer Indiskretion bekannt sein mußte, zu einem anderen Vorgehen zwingen würde. Das Präsidium des Reichslandbundes stimmte dem Entwurf am 10. 9. 1929 zu. Der Bundesvorstand sprach sich dagegen gegen die Strafbestimmungen des § 4 aus. Schiele sollte mit Hugenberg über eine Streichung verhandeln und bat ihn deshalb um 24 Stunden Aufschub. Hugenberg lehnte dies ab, da er die Einigung mit der NSDAP nicht gefährden wollte und da er zu der späten Stunde den schon ausgegebenen Text des

morgen soll das Volksbegehren in der Presse erscheinen. Richtig dramatischer Akt: Schiele und Wendhausen erscheinen. Auf der anderen Seite Hugenberg, Schmidt und ich. Schiele erklärt: Strafparagraph im Entwurf sei unannehmbar, einstimmiger Beschluß des Bundesvorstandes. Hugenberg: Zu spät. Gestern nachmittag hat Kriegsheim keinerlei Andeutung gemacht. Gereizte Auseinandersetzung zwischen Hugenberg und Schiele über die Schuldfrage, wobei ich mehrfach mildernd eingreife. Ebenso Schmidt. Hugenberg legt dar, daß Einigung mit Hitler auf dieser Basis soeben abgeschlossen sei. Aufschub aus taktischen und technischen Momenten unmöglich. Wendhausen sehr versöhnlich, geht dann. Sehr interessant weitere Entwicklung. Ich entringe dem wie immer widerspruchsvollen und glissanden Schiele das Zugeständnis: Landvolk draußen nicht gegen Strafparagraph. Führerproblem; man wollte die andern Parteien, besonders Hermes, nicht vor den Kopf stoßen. Ausbrechen wolle Landbund nicht, könne aber nicht „mit der Seele“ dabei sein (wörtlich!). „Wer wolle die Behauptung wagen, das Landvolk versage sich?!“ (wörtlich!). Ich: „wenn neue Verhandlung mit Hitler, dann diktiert er, Sie kommen als geschlagener Feldherr zu Ihrem Bundesvorstand. Jetzt können Sie die Schuld auf uns laden“. Hugenberg ebenso. Großer Eindruck auf Schiele. Zum Schluß bittet er sehr freundlich nur noch um 24 Stunden. Ich: „Das ist doch nur eine leere Geste: denn in 24 Stunden *kann* nichts geändert werden“. Das bestätigt er mit jovalem Lachen. Als auch das abgelehnt, weil die „Matern schon raus seien“, schüttelt er freundlich lachend Hugenberg und uns die Hände mit den Worten: Also sagen wir, Unheil nimm deinen Lauf! Und mit Scherzworten über die Notwendigkeit, autokratisch zu regieren, verschwindet er gegen 19.30 Uhr. Ein überraschend gespieltes Decrescendo. Hier wurde aus einer Fanfare eine Chamade. Man könnte Seiten über den Zynismus füllen, mit dem er Schutz für seinen Vetter gegen Bauernpartei von Hugenberg verlangt, mit ihr gegen Hugenberg operiert, Ultimatum stellt und dann lachenden Abgang nimmt⁴⁰. Moralische Erwägungen anzustellen, wird im neuen Deutschland immer überflüssiger. – Hugenberg fährt abends abgekämpft, aber befriedigt vom ersten Schlußkampf nach Kreuth. Er könne das, sagt er in unserem Kreis (Schmidt, Brosius), da ich schon an seiner Stelle für alles sorgen werde. Verantwortung ohne Befugnisse!

12.–14. September

Natürlich hält Schiele nicht Stich. Am 12. erscheint natürlich in der DAZ, diesem „Moniteur“ der Indiskreten, die Stellungnahme des Landbunds gegen Paragraph 4, sogar als Beschluß frisiert und so, daß die Linkspresse daraus entnimmt, Reichslandbund sei gegen Volksbegehren⁴¹. Gegen meine Ansicht – auf die Dauer sei diese Version weder für Schiele noch für Hepp tragbar – preßt Schmidt auf Schiele und läßt sich von diesem

Entwurfs nicht mehr zurückziehen könne; Friedenthal, Volksbegehren, S. 64 ff.; Leopold, Hugenberg, S. 64; Walker, Hugenberg, S. 368–372.

⁴⁰ Schiele hatte auch die Beilegung des Streits der Landvolkpartei mit seinem Vetter Georg Wilhelm Schiele aus Naumburg, Landesverbandsvorsitzenden der DNVP in Merseburg, verlangt, der im August 1929 die Landvolkpartei wegen ihrer angeblichen Undankbarkeit gegen die DNVP aufs schärfste angegriffen hatte. Daraufhin hatte die Landvolkpartei am 21. 8. 1929 erklärt, jede weitere Zusammenarbeit mit der DNVP im Reichsausschuß sei nun unmöglich. Dieser Konflikt konnte beigelegt werden.

⁴¹ Der „Moniteur“ war das offizielle Sprachrohr Napoleons I. In dem Bericht der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 12. 9. 1929 hieß es, der Bundesvorstand des Reichslandbundes habe nicht nur den § 4, sondern den ganzen Entwurf abgelehnt. Daraufhin verfaßten Schiele und Schmidt-Hannover eine abwiegende Erklärung, die der Berliner Lokal-Anzeiger am 13. 9. 1929 brachte.

dazu bringen, daß er, Schmidt, dementiert an Stelle von Schiele, benutzt dazu wenigstens meine Fassung, die ich ihm für Schiele machte. „Deutsche Tageszeitung“ dementiert das Dementi! Schiele, der dem Schmidtschen Dementi zugestimmt hatte, tut nichts, vielmehr erläßt er Rundschreiben an die Mitglieder des Bundesvorstands, das Hugenberg scharf ins Unrecht setzt, dessen Gründe sowie das schließliche Agreement einfach verschweigt. – Hugenbergs unklare Personalpolitik rächt sich. Er sagte mir: ich möchte mich als seinen Vertreter in Sachen Volksbegehren betrachten, autorisiert mich aber niemand gegenüber. Schmidt, der bisher so eine Art Flügeladjutant bei ihm war, regiert bona fide an seiner Statt. Ich kann ihn nur leise warnen, um nicht höchst schädliche Differenzen hervorzurufen und vereinbare mit ihm am Freitag, 13., in Gegenwart von Nagel, daß in wichtigen Fragen Winterfeld zugegen [sein]⁴² solle. Schreibe am 14. Brief an Hugenberg in Form einer Antwort auf seine mündliche Frage, ob er jetzt Vertreter oder Arbeitsausschuß einsetzen solle, das sei sehr nötig, namentlich im Falle seiner Abwesenheit. Ignoriere auch in diesem Briefe meine Inthronisation als „Vertreter“. Hier zeigen sich die Schwächen der Hugenbergschen Methoden: Mißtrauen gegen alle, auch die, die ihm am rücksichtslosesten geholfen haben. Wunsch, immer alle Fäden in der Hand zu haben. Dazu kommt eine gewisse Penderie der Vorsicht, die dem Gesetzentwurf alle stilistische und gefühlsmäßige Schwungkraft genommen hat. Ich versuche das wettzumachen durch unermüdete Arbeit in der Presse und im Ausschuß. Die merkwürdige Unsicherheit der Dialektik der Linken gegenüber in der Rechtspresse zeigt sich wieder auffallend. Ebenso die geringe Leistungsfähigkeit des Apparats in der Hauptgeschäftsstelle. Eine wirkliche Hilfe für mich ist nur der junge Dr. Meesmann. Im Ausschuß muß ich immer wieder die bekannte Lust am Expektorieren hemmen. – Mit Meesmann die allgemeine Begründung zum Gesetz fertiggestellt. Außerdem die Einführung, die ihm vom Reichsausschuß vorgesetzt worden ist. Dazu Zeitungsartikel und Notizen aller Art. – Einladung zum Rundfunk-Dialog mit Bernhard⁴³. Man will uns damit abpeisen, um ungehindert den Rundfunk als offizielles Instrument weiter benutzen zu können. Verhandlungen durch Weiß eingeleitet. – Alles dieses, was mich in diesen Strudel hineinzieht, geschieht sehr gegen meinen Willen – weil eben kein anderer da ist.

18. September

[Kassel?]. Erst Industriellenausschuß. Dann Versammlungsrede über Volksbegehren, in der ich mich vielleicht im Ton zu weit fortreißen ließ⁴⁴. Starke Wirkung. Dann mit Boe-

⁴² Statt „sein“ im Original „w.“ für „werden“.

⁴³ Reichsinnenminister Severing bot den Verfechtern des Volksbegehrens an, in einen Rundfunkdialog mit ihren Gegnern zu treten. Quaatz erklärte sich dazu widerstrebend bereit, wollte aber im Funkhaus nur mit dem ersten Direktor verhandeln, der nicht anwesend war. Quaatz nahm dies als Vorwand, um abzulehnen, zumal ihm der Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, gegenüberzutreten sollte, der ihm rhetorisch gewachsen, wenn nicht überlegen war. Quaatz hielt dann erst am 27. 11. 1929 einen Rundfunkvortrag zum Volksbegehren; Friedenthal, Volksbegehren, S. 84f.; Hildegard Pleyer, Politische Werbung in der Weimarer Republik. Die Propaganda der maßgeblichen politischen Parteien und Gruppen zu den Volksbegehren und Volksentscheiden „Fürstenteignung“ 1926, „Freiheitsgesetz“ 1929 und „Auflösung des Preussischen Landtages“ 1931, Diss., Münster 1959, S. 147; Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 425; Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Youngplanes. Rundfunkvortrag, gehalten am 27. November 1929 von Geh. Rat. Dr. Quaatz, M. d. R., in: Politik und Wirtschaft im Youngplan. Eine Stunde für die nationale Opposition. Zwei Rundfunkvorträge von Prof. Dr. Frhrn. v. Freytagh-Loringhoven, M. d. R. und Geh. Regierungsrat Dr. Quaatz, M. d. R., Berlin 1929.

⁴⁴ Das Kasseler Volksblatt schrieb unter dem Titel „Abgeordneten-Quaatzsch“ am 19. 9. 1929 über

diker, Lindemann, v. Baumbach im Klub. Es wurde spät, weil um 1.00 Uhr – ich wollte gerade nach Haus – der Stabschef vom Gruppenkommando, General Wenker v. [Dankenschweil?], sich zu mir setzte und ein politisches Gespräch begann. Zuerst über Volksbegehren, Verhältnis Truppe zu Partei. *Wir* mußten uns mehr um die Truppe kümmern! War sehr erstaunt, daß ich von dem Hammersteinschen Rundschreiben gegen uns wußte. Ich sagte: Bendlerstraße wolle uns anscheinend nicht zu stark werden lassen, um uns in der Hand zu behalten. Als ich durchblicken ließ, daß ich damit rechne, daß meine Äußerungen an Schleicher gingen, distanzierte er sich von diesem. Im übrigen nahm er an, daß die Dinge auch bei uns sich zuspitzen würden. Von da glitt das Gespräch zu 1923, zu Seeckt. Er lehnte diesen als ganz egoistisch und entschlußlos in großen Dingen ab. Dies ist übrigens das Urteil Schleichers! Dann kam der Appell stärkeren Fühlungnehmens, noch im Aufbruch recht pressiert!

19. September

Sehr wenig ausgeschlafen nach Frankfurt a. M. Gleiches Programm. Auch diese Versammlung im großen Saal gut besucht. Mein Vortrag stark satirisch: „Frankfurter Zeitung“ als Prototyp der Intelligenztruppe des Marxismus. Sie war durch politischen Redakteur vertreten, brachte aber nichts, ebenso die Stresemann-„Frankfurter Nachrichten“. Nicht sehr klug, weil „Vorwärts“ sich mit der Rede befaßte⁴⁵. [. . .]

20. September

Mit L[otte] vormittags Römer, Dom usw. Nachmittags Goethehaus. Beidemal nette und plauderhafte Führer. Freue mich sehr über das zunehmende Interesse Lottes an Goethe, obwohl sie es sich nicht sehr merken läßt. Die geplante Partie nach Aßmannshausen wurde durch Anruf Hugenberg vereitelt, der mich bat, Sonnabend in Berlin zu sein. Lotte über Marburg zurück, wo sie am 19. zum Evangelischen Frauenbund war.

21. September

Vormittags bei Hugenberg: Claß, Schmidt, Lohmann, Nagel. Situation: Stahlhelm sekundiert Landbund⁴⁶. Will vermitteln: Paragraph 4 soll vom Strafrecht auf Staatsrecht umgestellt werden, d. h. auf Anklage beim Staatsgerichtshof. Das ist sehr dumm, weil das sicher eine Verfassungsänderung einschließt, also nach Artikel 76 Zustimmung der Mehrheit der Wahlberechtigten voraussetzt. Damit brauchen wir 20 Millionen Stimmen. Zudem kann anklagen nur die Reichstagsmehrheit! Auf mehrfaches Befragen von Hugenberg, der zwischendurch Seldte und Duesterberg empfängt, komme ich immer

Quaatzens Rede auf der DNVP-Kundgebung in Kassel: „Die Geschichte beliebte wieder einmal zu scherzen, als sie den Herrn Quaatz und die Brüder vom Hakenkreuz in eine Front stellte. Denn es ist allgemein bekannt, daß Quaatz bei den Reinrassigen als Judenstämmling auf dem Index stand.“ Als besonders übel vermerkte die gegnerische Presse, daß Quaatz geäußert hatte, der Schlüssel zu manchen Geheimnissen in der linksstehenden Presse sei in dem 14-Millionen Geheimfonds Stresemann zu suchen, seine Zuhörer aber warnte, dies zu wiederholen, da sie nicht wie er die Immunität benötigten.

⁴⁵ Marxismus und Quaatz-schismus. Der Hausleerer der Nation, in: Vorwärts vom 20. 9. 1929.

⁴⁶ Am 17. 9. 1929 hatte Westarp Hugenberg gewarnt, daß auch im Stahlhelm Bedenken gegen das Volksbegehren wegen des § 4 bestünden. Der Stahlhelm blieb aber bei der Stange; Friedenthal, Volksbegehren, S. 69 f.; Walker, Hugenberg, S. 372 ff.

wieder auf folgenden Gedankengang zurück: Drahtzieher auf Gegenseite sind nicht zu wirklichen Bundesgenossen zu machen. Konzedieren wir obige gefährliche Änderung, wird neuer Streitpunkt gesucht. Wert des Stahlhelm-Bündnisses gewaltig. Bei Bruch würde auch Hugenbergs Stellung in der Partei schwer sein. Deswegen Änderung dann nicht ganz abzuweisen, wenn Hitler sie mitmacht. Aber nur dann und wenn Stahlhelm sonst nicht zu halten ist. Wer in diesem Kampfe aus der Front ausbreche, sei über kurz oder lang politisch tot. Mit Obstruktion gegen Hugenberg und „Realpolitik“ ließen sich auch bei den Bauern keine Geschäfte machen. *Es handele sich um die Zukunft unserer Politik.* – Hugenberg mit Claß, Schmidt und mir zum „Esplanade“, wo ich mich verabschiede, um den Bürokraten abzumachen. Noch in der Tür will er nochmals wissen, ob ich nachgeben würde. Ich: Vor der Pause gebe ich überhaupt nicht nach und keinesfalls gegen Hitler. Nachmittags allein zu Haus, Korrektur des großen Aufsatzes: „Demokratie, Marxismus und Staat“. Dazu ein Haufen Lesesachen. – Die Scheidung der Geister ist mir klar: Leute wie unsere alten Führer, ferner Gayl, Schiele, auch die meisten „Wirtschaftsführer“ wollen und können nur parlamentarische Scheinkämpfe führen. Man konzediert sich mit der Linken gegenseitig extreme Redensarten, will aber in Wahrheit ernstlich keine Systemänderung, wie sie sich gleichzeitig sogar in Österreich unter dem Drucke der Heimwehren anbahnt⁴⁷ (Seipel dürfte dort wiederkommen und zwar dann als Diktator). Daß in Hugenberg ein realer und unbeugsamer Wille zu einer wirklichen Reform steckt, ist ihnen unverständlich und unheimlich. Der Grund liegt in der Geistesverfassung der alten Oberschicht, die in Zivil wie Militär durchaus unkämpferisch gezüchtet wurde. Tatwille äußerte sich negativ, in der Intrige. Dagegen ist für die Linke der Scheinkampf nicht ein Vorhang vor der eigenen Schwäche. In Wirklichkeit wollen alle, Löbe wie Severing und Braun, die Diktatur, nur vielleicht Löbe ganz anders wie die beiden. Dazu kommt die machtvolle Hilfe des Auslandes dem verräterischen System Stresemann-Breitscheid zugute. – Nachmittags 18.00 Uhr dauert die Debatte im „Esplanade“ nach der Mittagspause noch an. Es ist eine folgenschwere Entscheidung, ob man sich zu einer Schwächung der noch gar nicht offiziell begonnenen Aktion unter gouvernementalen Gesichtspunkten drängen läßt oder einen Bruch riskiert, für den auf dieser Seite die Macht noch nicht genug konsolidiert ist.

23. September

Die Entscheidung am Sonnabend fiel für Hugenberg. Er ist zäh geblieben, und der Widerstand war zur Mittagspause (17.00 Uhr!) gebrochen. Um 19.00 Uhr konnte er nach Hause gehen. – Am Sonntag früh rief er an und fuhr mit mir zum Landbund, wo die Landesausschüsse den ersten Informationstag unter Vorsitz des Rittmeisters v. Morozowicz hatten. Hugenberg erzählt mir, Hauptgegner sei Schiele gewesen, in unfreundlichster und beleidigender Form. Sekundiert aber hätten die Stahlhelmlaute. Er müsse gefaßt darauf sein, daß die Gegner nach sachlicher Niederlage ihn nun persönlich verunglimpfen würden. Gegenaktion durch Angriff gegen Schiele widerrate ich, er müsse in der Defensive bleiben, aber warnen. Er: Brief an Schiele? Ich: Ja!. Dementsprechend

⁴⁷ Die Heimwehren hatten damals in Österreich eine starke Position und übten im Hinblick auf eine Verfassungsänderung Druck aus. Die führenden christlich-sozialen Politiker, Prälat Seipel und Johannes Schober, sahen in ihnen ein wertvolles Gegengewicht zu den Sozialisten. Seipel, bis zum Frühjahr 1929 Kanzler, hatte sich bereit erklärt, die Heimwehr im Fall von Zusammenstößen mit der Linken zu unterstützen; Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1978, S. 117 ff.

warnet er Montagnachmittag Schiele durch ein Gespräch mit Westarp. – Die Sitzung wenig ergiebig. Morozowicz will Stahlhelm zum Haupt- und Mittelpunkt machen. Aus der Versammlung wird ihm die Unmöglichkeit gezeigt. Ich betone in dem Parteiausschuß Montag das vom Präsidium angenommene Prinzip: *In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas*. Wir müssen unsere Organisation und Geld fest in der Hand behalten, wie die andern auch. Im übrigen Besprechung der Lage und der Angriffe. Daß meine Leitung den Leuten zusagt, zeigt der wachsende Besuch. Heute außer der Geschäftsstelle und Berndt, Feßmann, Bacmeister, Harnisch, Mejer, Reichert, Schwendy („Deutsche Zeitung“), Foertsch („Kreuzzeitung“), Medem („Tag“) Baer. Sonntagnachmittag: Feldmann sehr lange zum Tee; Gespräch über die frondierenden Altherren, Schiele, Landbundfronde, Reichswehr usw. Die jungen Offiziere gegen die Bendlerstraße. Montagnachmittag mehrfach bei Hugenberg. Den ganzen Tag in der Geschäftsstelle. Er ist nun mit meiner allgemeinen Begründung einverstanden. Es kam ihm doch etwas schwer an, die Umarbeitung der von ihm, Claß, Bang, Graf Brockdorff seinerzeit gemachten Sache zu genehmigen. Claß war schriftlich einverstanden. Dann gab er mir auch die spezielle Begründung zur Umarbeitung. Er sieht doch wohl nun, daß meine weichere Hand ihm vieles erleichtert, gerade weil seine Linie im großen ganz die meine ist. Da ich nicht selbst so in dem Kampfe gegen Intrigen, Fallstricke, Schmutzkübel stehe, sehe ich manches auch klarer. In Wirklichkeit ist der Kampf gegen Hugenberg ein Kampf für Stresemann und die Erfüllungspolitik. Seltsame Bundesgenossen finden sich hier: Schleicher und die Pazifisten. Die volksparteiliche Wirtschaft (Moto: „Lieber zwei Milliarden Tribut als vier Milliarden Sozialpolitik“) mit den Marxisten. Die ganze Schmach dieses Säkulums! – Vormittags noch General v. d. Lippe: War in Paris: Painlevé, Tyrell, [Reynaud?] und viele andere, immer eingeführt durch Rechberg⁴⁸! Vorher bei Heye. Dieser stimmte der Reise zu! Schleicher hat Schubert informiert! In Paris hat Lippe den Botschafter Hoesch informiert. Nach Rückkehr [Reynaud?] hier bei Lippe. Vor der Reise der französische Militär-Attaché. Der gute Lippe hat sich durch das Beispiel des toten Ober-Ost-Hoffmann einseifen lassen⁴⁹. Hält heute noch Rechberg für eine *anima candida*! War heute bei Westarp, dem er vorher auch unverbindlich Mitteilung machte: Westarp wollte sich an nichts mehr erinnern. – jetzt hängt „Nationalliberale Correspondenz“ die Sache an die große Glocke! Stresemann gegen Heye und

⁴⁸ Arnold Rechberg hatte am 28. 9. 1929 dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré seinen Plan eines deutsch-französischen Militärbündnisses vorgetragen. Rechberg war auf Empfehlung des französischen Militärattachés in Berlin auch vom französischen Kriegsminister Painlevé zusammen mit dem General von der Lippe empfangen worden, den Poincaré nicht hatte treffen wollen. Beide hatten auch diesem den Bündnisplan vorgetragen und bemerkt, daß der Gedanke eines deutsch-französischen Bündnisses auch in der Reichswehr zahlreiche Anhänger habe. Von der Lippe sprach auch mit dem Senatspräsidenten Doumer, mit französischen Industrieführern, Parlamentariern und Generälen und dem britischen Botschafter Tyrell über die Bündnispläne. Schleicher hielt die Vorstellungen Rechbergs und von der Lippes, die dieser auch dem Chef der Heeresleitung, General Heye, unterbreitet hatte, für „absolute Phantastereien“. Rechberg und von der Lippe behaupteten, Heye habe ihre Ideen geteilt und den Empfang bei Poincaré vermittelt, was Heye bestritt; ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 214–217, 228–232, 240 f., 381–384; Eberhard von Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg, Koblenz 1958, S. 112 ff., 117 f.

⁴⁹ Botschafter von Hoesch zufolge hatte Rechberg den Gedanken der Notwendigkeit des Zusammenschlusses und einer gemeinsamen Aktion der Westmächte gegen die Sowjetunion dem General a. D. Max Hoffmann entlehnt; zu Hoffmanns Vorstellungen vgl. Otto-Ernst Schüddekopf, Nationalbolshewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt a. M. 1972, rev. Neuausgabe 1973, S. 47.

Schleicher! Oder will er Groener schaden? Nach Rückkehr war Lippe bei Schubert und Schleicher. Ich (Brosius und Nagel dabei) sage Lippe zusammenfassend unter seiner Zustimmung: a) Ihre Aktion unabhängig von der Klönnes⁵⁰? b) Sie haben als Privatmann und Soldat unabhängig von der Partei und ohne Rücksicht auf diese gehandelt. Dabei haben Sie nach besten Kräften die zuständigen Stellen (Reichswehr und Auswärtiges Amt) informiert. c) Die Partei wird, nach meiner rein persönlichen Ansicht, erklären, sie habe mit Ihrer Aktion nichts zu tun, gegebenenfalls desavouieren. – Interessant war folgende Erzählung: Am Mittwoch des Kapp-Putsches geht Lippe, damals aktiv, zu Lüttwitz, um diesem zu melden: Nach seiner Überzeugung müsse Lüttwitz das Kommando abgeben. Bei Lüttwitz findet er Stresemann in der Rolle eines politischen Beraters⁵¹. Stresemann billigt erst Ansicht Lippes. Als dieser von anderen widersprochen wird, fällt er sofort um und hält eine glänzende Rede des Inhalts, Lüttwitz müsse bleiben. – Nachmittags u. a. Westarp bei Hugenberg. Wir besprechen den Antrag betreffend Tributplan und die Taktik in der kurzen Reichstagsession. Dann Rundfunk. Westarp ärgerlich, daß Lindeiner ihm die politische Diskussion mit Breitscheid zugeschoben habe⁵². Ich erinnere an sein Versagen bei der letzten außenpolitischen Debatte. Dann Fall Lippe und Klönne. Ich: Wenn wir warten, dann bestreitet Stresemann die außenpolitische Debatte mit Klönne. Dann müssen Sie – Westarp – Klönne vor versammeltem Kriegsvolk abschütteln. Jetzt jedenfalls, beziehungsweise vorher⁵³ ist es schmerzloser. Hugenberg und Westarp stimmen zu.

24. September

Nachmittags bei Hugenberg. Durchsprache der von mir neu entworfenen Gesetzesbegründung, der Hugenberg zustimmt. Lage im Landbund. – Abends im Sportpalast mit L[otte] zur Riesenkundgebung, in der Hugenberg und Seldte mit Lautsprecher sprechen. – Dann nach Gleiwitz.

25. September

[...] Lese Lilienthals Steuerreformpläne⁵⁴. Das Volksbegehren ist absolut der Mittelpunkt des öffentlichen Interesses geworden. Die nationale Opposition ist nun wieder in die Offensive gekommen und gewinnt Achtung. Gutes Zeugnis ist das Geschnatter der republikanischen Capitulgänse.

⁵⁰ Auch der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Eisenindustrielle Moritz Klönne hatte in Paris zusammen mit Rechberg dem französischen rechtsstehenden Abgeordneten Paul Reynaud ein Militärbündnis zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen, was die Nationalliberale Correspondenz enthüllte; Carl von Ossietzky, Gebrochene Beine, in: Die Weltbühne, 24. 9. 1929, S. 462 f.; Vietsch, Rechberg, S. 124; ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 449 ff.

⁵¹ Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967, S. 274–278; Henry Ashby Turner Jr., Stresemann. Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968, S. 66 ff. Zu dem angeblichen Umfall Stresemanns zugunsten einer Diktatur von Lüttwitz gibt es in der wissenschaftlichen Spezialliteratur keinen Hinweis.

⁵² Die Diskussion Westarps mit Breitscheid kam nicht zustande; Friedenthal, Volksbegehren, S. 84 f.

⁵³ Original: „Jetzt bez. jedenfalls vorher . . .“

⁵⁴ Franz von Lilienthal, Steuerreform als wirtschaftliche Nothilfe, Berlin 1928. Lilienthals Vorstellungen stimmten weitgehend mit denen von Quatz überein.

26. September

Propagandausschuß. Film für Volksbegehren⁵⁵. Finanznöte. Bin dafür, das Notwendige auch ohne Deckung herauszugeben. Wirkung geht vor Deckung. – Klassenhaß, Standesdünkel, Kastengeist im Grunde nur eine Generationsfrage.

27. September

Vormittags Büro. „Vorwärts“ hat mich wegen Frankfurter Rede wütend angegriffen. Meißner. Betont wieder, der Reichspräsident werde sich völlig neutral verhalten und erst dann Stellung nehmen, wenn er verfassungsmäßig entscheiden müsse, z. B. also, wenn Minderheit im Reichstag Aussetzung der Verkündung verlange. – Nachmittags wieder in der Hauptgeschäftsstelle. Propagandasachen, Film usw. – Abends Theater. Fertigstellung meines Referats für den Ostausschuß.

28. September

Büro. Zahnarzt, Arzt. – Nachmittags nach Lichtenrade. – Die Pressestimmen zur großen Sportpalastkundgebung zeigen eines mit furchtbarer Deutlichkeit: Republik und Erfüllungspolitik sind eins. Mit fanatischer Wut wird jedes Wort gegen die Tribute als Angriff auf die Republik aufgefaßt.

Oktober 1929⁵⁶

[. . .] Mehrfache Telegramme Hugenbergs, der mich zur Fraktionssitzung zurückhaben wollte. Ich sollte mich gegen Klönne und Bruhn einsetzen. Bang hält sich – wohl nach allgemeiner Verständigung mit Hugenberg – zurück. Den kleinen Dieb, B.[ruhn], hat man dann auch gehängt. Die „großzügige“ Geschäftspolitik Klönnes wird „anerkannt“. Ich sah das voraus und schrieb den umstehend aufbewahrten Brief. Hugenberg hat ihn nach meiner Rückkehr am 22. 10. mit mir gesprochen [sic!]: Die Fraktionsmehrheit habe K[lönne] nicht fallen lassen wollen. Er werde die Kl[önne]-Franzosenpolitik auf dem Parteitag abschütteln. Gegen die Mehrheit der Fraktion werde er den Kampf weiterführen. Ich ging auf seine Haltung früher zu Klönne, Haßlacher pp. nicht ein, weil die drei Musketiere (Nagel, Schmidt, Brosius) an der Besprechung teilnahmen. Allgemeine Lage, die ich vorfand: Die Anhänger der Staatspartei⁵⁷ würden die Stellungnahme Hindenburgs gegen das Volksbegehren zu einem konzentrischen Angriff gegen ihn benutzen. Hierzu könnten sie unter dem Einfluß Brauweilers auch den Stahlhelm bringen. Die Hitlerleute würden das nicht mitmachen. Ich: schwere Lage, namentlich wenn Volksbegehren durchfiele. Dann werde Kampf in der Partei entbrennen. Man müsse die Entscheidung in Parteivertretung und Parteitag legen und bis zum letzten kämpfen. Gegner seien nicht einheitlich. Schleichers Stellung sei nicht sicher, Luther vielfach verhaßt. Schiele werde sich kaum einem andern fügen. Letzten Endes entscheide ein fester Wille. – Hugenberg verhält sich bei diesen Besprechungen so, als ob er meinem Votum entscheidendes Gewicht beimesse. Die drei Musketiere lebhaft meiner Ansicht. – Überraschendes Ergebnis: Seldte, Schiele usw. erscheinen und erklären: nun erst recht. Wir folgen unent-

⁵⁵ Hugenbergs Propagandafilm zeigte die leitenden Personen des Reichsausschusses für das Volksbegehren (Hugenberg, Hitler und Seldte) zusammen mit Hindenburg und gab die Parole aus, wer Hindenburg gewählt habe, müsse sich in die Listen für das Volksbegehren einschreiben.

⁵⁶ Nachstehendes wurde nach Hugenbergs Rückkehr am 22. 10. 1929 geschrieben; unter dem 22. 10. selbst vermerkt Quaatz nur: „Nachmittags lange bei Hugenberg“.

⁵⁷ Gemeint ist der gouvernementale Flügel der DNVP.

wegt. – Wie's nach dem 29. wird, andere Frage. – Hindenburg am 14. neutral, am 16. verurteilt er den § 4 des „Freiheitsgesetzes“ öffentlich, am 22. erklärt er, damit wolle er seine Neutralität nicht aufgeben⁵⁸. Er wird krampfhaft von der Linken reklamiert, was ihm peinlich ist. Seine Haltung schadet natürlich dem Volksbegehren sehr, darüber hinaus der gesamten Aktion der nationalen Opposition.

[Brief Quaatz an Hugenberg vom 13. 10. 1929:]

Meran *D. Eilbote* Samstag 13. 10. morgen.

Sehr verehrter Herr Geheimrat! Soeben erhielt ich Ihr Telegramm, nach dem Sie meine Anwesenheit bei der Fraktionssitzung am Dienstag wünschen. Leider ist mir das aber nicht möglich: meine Frau ist augenblicklich nicht reisefähig und für mich wäre die Abreise mit großen Schwierigkeiten verbunden, da ich seit meiner Ankunft [hier?] wegen eines langwierigen Zahnleidens in Behandlung bin, die am Dienstag (hoffentlich) abgeschlossen werden soll. Ich telegrafiere Ihnen deshalb gleichzeitig und gebe diesen Brief einer Bekannten nach München mit, so daß er Sie hoffentlich noch am Montag erreicht. – Nicht verhehlen möchte ich, daß ich von meiner Teilnahme an der Fraktionssitzung keinen Nutzen erwarte. Wichtiger als die Jämmerlichkeiten um Sklarek⁵⁹ ist m. E. auf lange Sicht die Tatsache, daß die Fraktion der Sonderpolitik des kleinen aber mächtigen Kreises um Klönne nicht Herr wird. Das geht aus den einander widersprechenden Erklärungen von Partei und Fraktion hervor, die ich im „Tag“ las. Herr Schmidt hat mir auf meine Bitte dazu einen Brief geschrieben, der keine meiner Befürchtungen [be]heben konnte. Diese gehen dahin: Früher oder später wird der Zwiespalt der deutschnationalen Außenpolitik an das allgemeine Bewußtsein treten. Wie im Jahre 1924 wird man den Zwiespalt als „beabsichtigtes Manöver“ deuten der Art etwa: „Die Deutschnationalen machen mit großen Worten Freiheitspolitik. Unter der Hand bereiten sie ein internationales Industriebündnis vor, das die Knochen deutscher Soldaten für seine Kriegspolitik gegen Rußland braucht“. Wir sind dann in der gleichen oder viel schlimmeren Defensive wie von 1924 bis 1928. Damit entsteht eine akute Gefahr für das Volksbegehren. Man sieht diese Dinge manchmal viel klarer von außen her. Mir wurde z. B. hier von Dr. Fresenius bereits gesagt, daß in Wiesbaden die Klönnesache einen Sturm erregt habe, den er nur durch Einsatz seines persönlichen Ansehens beschwören konnte. Solche Beschwichtigungserfolge täuschen. Die „Opponenten“ lassen sich durch Raz[z]ia mundtot machen, aber sie verschwinden damit auch aus der gemeinsamen Front. – Nachdem die Fraktion mit Ihrer Zustimmung gesprochen hat, wäre ein Versuch, diese meine Besorgnisse durch Wiederaufrollung

⁵⁸ Hindenburg richtete am 16. 10. 1929 einen offenen Brief an Reichskanzler Müller, in dem er sich dagegen verwahrte, als Freund oder als Gegner des Volksbegehrens hingestellt zu werden. Hugenberg zog daraufhin auch seinen Propagandafilm zurück. Am 18. 10. verurteilte Hindenburg gegenüber dem Reichskanzler den § 4 des Volksbegehrens dann als einen unsachlichen und persönlichen politischen Angriff. Diese Äußerungen wurden zum Verdruß der DNVP amtlich bekanntgegeben; Das Kabinett Müller II, Bd. II, S. 1043 f.; Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin, Frankfurt a. M. 1966, S. 156; Eyck, Weimarer Republik, Bd. 2, S. 282; Friedenthal, Volksbegehren, S. 78 ff.; Walker, Hugenberg, S. 388.

⁵⁹ Die Brüder Sklarek, die eine Kleiderfabrik besaßen und die Berliner Stadtverwaltung mit Uniformen belieferten, hatten Zahlungen für nicht erfolgte Lieferungen kassiert. Die Untersuchung ergab, daß sie an städtische Beamte und kommunale Politiker Zuwendungen gemacht hatten. Der Fall wurde von der politischen Rechten für die ständige Agitation gegen die Republik systematisch ausgeschlachtet; Eyck, Weimarer Republik, Bd. 2, S. 316 ff.

einer durch ein mühsames Kompromiß geschlossenen Frage erneut zu Gehör zu bringen, aussichtslos und würde mich voraussichtlich in verschärfter Form wieder in eine Situation bringen wie in der Parteivorstandssitzung, als ich in einer vielleicht in der Tat zu entschiedenen Form für den sogenannten Antrag Winterfeld eintrat. Mitmachen aber kann ich nicht und fühle auch nach dem ganzen Verhältnis, in dem ich zu Ihnen stehe, die Pflicht, Ihnen das offen zu sagen. Ich habe in den entscheidenden Momenten mich so ohne jede Rücksicht auf mich selbst für Ihre Führung eingesetzt, daß ich dazu auch das Recht habe. – Ende dieser Woche hoffen wir reisefähig zu sein. Ich wäre sehr dankbar für eine Nachricht, wo und wann ich Sie sehen kann. Vielleicht bringt mich diese Unterredung zur Klarheit. Zur Zeit weiß ich nicht, ob es richtig ist, wenn ich die von mir an verschiedenen Orten, z. B. in Berlin und in Bielefeld, übernommenen Vorträge halte. Ihnen würde jetzt die nötige Wärme und Überzeugungskraft fehlen. Auch könnte ich in Versammlungen in die unbequeme Lage gedrängt werden, die hier skizzierten Ansichten öffentlich auszusprechen und damit den Vorwurf der Störung des inneren Friedens in der Partei auf mich zu laden. Mit den besten Empfehlungen Ihr ergebenster [Quaatz]

[. . .]

24. Oktober

Bei Stegerwald eineinhalb Stunden. Er redet nach dem Munde. Gibt zu, daß das neue Eisenbahngesetz nur diktiert wird. Hat nach meinem Vorschlag Entlastung der Eisenbahn durch Verringerung der Beförderungssteuer verlangt.⁶⁰

[. . .]

30. Oktober

Gallenanfall, Haushaltsausschuß. Steuertermine Lichtenrade. Zum Tee Oberföhren. Bestätigt, daß die Fronde neue Angriffe gegen Hugenberg vorbereitet.

[. . .]

31. Oktober

Haushaltsausschuß. Mit Hertz (SPD) bei v. d. Porten. Ich rate nochmals, daß wir Deutsche Werke Kiel lebensfähig halten durch Bau einer deutschen Tankdampfer-Tonnage⁶¹. Der Plan erweist sich als einziger Ausweg. Recht gute Verständigung mit Hertz. Mittags mit Hugenberg, Traub, Mann. Nagel hat ein unmögliches Programm für den Parteitag vorgelegt, das Gegner ermutigt, Freunde entmutigt. Ich rate, dem Parteitag ein straffes Gefüge zu geben; der erste Teil müsse in einer großen Rede des Parteiführers gipfeln und die parteipolitischen Ziele herausstellen. Der zweite Teil müsse die Partei als geistige Bewegung darstellen. Schlage als einleitenden Redner Oswald Spengler vor, Thema:

⁶⁰ Tatsächlich schlug Stegerwald nicht vor, die Beförderungssteuer zu senken, sondern aus deren Erträgen Mittel an die Bahn zu geben.

⁶¹ Das Werftunternehmen Deutsche Werke AG, Kiel hatte am 1. 9. 1929 die Hälfte seiner Belegschaft entlassen müssen. Quaatz war Mitglied des Aufsichtsrats dieser in Reichsbesitz befindlichen Firma, die dann in Liquidation ging; Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 966 f.

Marxismus und Kapitalismus, an den dann eine Reihe, fünf bis sechs, Redner anschließen, die die Gegenthesen behandeln: Freiheit, Christentum, Persönlichkeit, Eigenwirtschaft. Traub sekundiert. Ich frage bei Spengler an, ob er Hugenberg in Kreuth besuchen will. – Aufsatz für „Tag“ diktiert: „Politik ohne Zahlen“ contra den Dr. Eisenbart-Hilferding⁶². Dann im Ausschuß Deutschnationale Industrie[llle] zwei lange Klischee-Vorträge Reicherts und Scheibes erduldet. Als ein homo ignotus zu langer Diskussionsrede ausholt, allgemeine Flucht. Propaganda lernen wir anscheinend nicht.

1. November

Kommunalpolitischer Ausschuß. Bei Admiral Raeder wegen der Schaffung einer Tankdampferflotte. [. . .]

2. November

[. . .] Anonymität der heutigen „Regierung“. Wer ist eigentlich verantwortlich? Der Minister? Er ist Wandeldekoration. Die Bürokraten? Wer von ihnen? Die Parteien? Wer ist die Partei? Der Reichspräsident? Einer versteckt sich hinter dem anderen. Verwechselt die Bäumchen!

[. . .]

4. November

[. . .] Der Sieg des Volksbegehrens ist in seinen Auswirkungen noch nicht zu übersehen⁶³. Unsere Propaganda arbeitet in Abwesenheit Hugenbergs mit bewährtem Ungeschick. N[agel] hat nicht viel politischen Instinkt. Statt zu verlangen: „Jetzt sofort Reichstagsentscheidung über das Freiheitsgesetz“, erörtert man „objektiv“ die Wahrscheinlichkeit, daß die Regierung die Entscheidung mit der in der Sache, d. h. über den Young-Plan, verbindet. N[agel] verbaut mir praktisch die Arbeitsmöglichkeit.

5. November

Aufsichtsrat Landkultur. Nachmittags langes Gespräch Major Wagner-Stahlhelm und Freytagh: Polnische Pläne: Anschluß Österreichs gegen Ost-Locarno, d. h. Preisgabe Ostpreußens⁶⁴. Drahtzieher Löbe, Rauscher, auch Curtius. Wagner wird auf meine Anregung im Propagandaausschuß am 12. [November] darüber vortragen. Nützliche Zusammenarbeit. – Abends Freytagh bei uns. Margitzky.

6. November

Hauptausschuß. Dann Propagandaausschuß. Redressiere den törichten Beschluß, der am 5. ohne mich beschloß, die Theorie, es genüge relative Mehrheit für Volksentscheid, vor-

⁶² Finanzpolitik ohne Zahlen, in: Der Tag vom 2. 11. 1929.

⁶³ Hugenberg feierte das Volksbegehren als großen Erfolg. Tatsächlich war das Ergebnis mit einer Eintragung von 10,02% der Stimmberechtigten sehr knapp ausgefallen.

⁶⁴ Im Dezember 1929 erklärte der SPD-Abgeordnete Breitscheid im Reichstagsausschuß, eine Vereinigung von Polen und Litauen könne unter Umständen einen Präzedenzfall für den Anschluß Österreichs darstellen; Christian Hölzje, Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1918–1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919, Würzburg 1958, S. 186.

erst nicht zu propagieren⁶⁵. Auch sonst zufrieden: guter Besuch und Übereinstimmung. Bacmeister, Mejer, Medem, Schwendy, Baer, Lohmann, Bang, Freytagh, Kames u. a. Die Sitzungen scheinen immer wieder zu interessieren. Nagel und Weiß fehlen. Nagel nach Kreuth. Längerer Brief an Hugenberg. Artikel: Wird Young Finanzen sanieren? für den „Tag“.

[...]

11. November

Büro. Nachmittags Haushaltsausschuß. – Abends Ersing zum Abendessen. Gespräch über die Lage. Große Wut über Volksbegehren und Hugenberg. Merkwürdige Verblendung des sonst klugen Menschen: Unsere Handelsstatistik werde aus patriotischen Motiven gefälscht, sei in Wahrheit aktiv! Ich sondiere: Wollt Ihr Young ablehnen, wenn wir Volksbegehren aufgeben und Euch helfen? Er: Das sei unmöglich.

12. November

Haushaltsausschuß. Nachmittags Propagandaausschuß. Vortrag Major Wagner vom Stahlhelm über die polnischen Pläne, Rauscher, Löbe. – Moldenhauers Ernennung zeigt den riesigen Einfluß der Großindustrie⁶⁶: Hinter ihm steht Duisberg, [...?] und Otto Wolff-Schäffer, Curtius, Siemens und P. Klöckner, Silverberg[,] Reichsbahn, Post! – Artikel für „Tag“: Enteignung des Mittelstandes.

[...]

14. November

Entwurf zur Rundfunkrede. Mittags wieder mit Bernhard betr. Young-Plan. Abreise mit Hugenberg nach Rohbraken. Unterwegs eingehende Besprechung der Lage, der angeblich drohenden Rezession. „Frankfurter Zeitung“ u. a. kündigen an, daß 20 Deutschnationale unter Schiele abwandern wollten⁶⁷. Ich bin der Auffassung, daß sich Schiele damit in die Hände der Bauernpartei, namentlich seines Rivalen Gereke, begeben würde. Man werde Hugenberg in der Fraktion am 18. angreifen, aber Bruch vermeiden. Evtl. solle er (Hugenberg) es ruhig darauf ankommen lassen, daß einige gegen den berühmten § 4 des Freiheitsgesetzes stimmten, und nur erklären, er betrachte das als Wiederholung des 29. August 1924. Er stimmt zu. [...] – In Rohbraken Hugenbergs Schwester und Sohn.

⁶⁵ Nach der Weimarer Verfassung benötigte ein erfolgreicher Volksentscheid, der ein verfassungsänderndes Gesetz betraf, die Mehrheit aller Stimmberechtigten; es genügte nicht, wenn die Mehrheit der sich Beteiligten mit Ja stimmte. Hugenberg und Seldte behaupteten dessenungeachtet in einem Schreiben des Reichsausschusses an Reichskanzler Müller vom 7. 1. 1930, daß der Volksentscheid Gültigkeit habe und deshalb die Annahme des Youngplans verfassungswidrig sei; Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1338 f.

⁶⁶ Schacht setzte die Regierung für seine politischen Ziele unter Druck. Er sperrte ihr die Kredite und torpedierte auch die Aufnahme eines amerikanischen Überbrückungskredits. Reichsfinanzminister Hilferding trat deshalb zurück. Sein Nachfolger wurde der bisherige Reichswirtschaftsminister Moldenhauer (DVP), der den IG Farben verbunden war; Eyck, Weimarer Republik, Bd. 2, S. 290–293.

⁶⁷ Entsprechende Hinweise finden sich erst in der Frankfurter Zeitung vom 16. 11. 1929: Vor wichtigen Entscheidungen in der Deutschnationalen Fraktion. Sezession des linken Flügels?

15. November

Der 15. bei miserabilem Wetter verging mit Ortsbesichtigungen der Unfallstelle, die in Hugenbergs Prozeß gegen die Extertal-Bahn eine Rolle spielt. Es gelingt mir, einen Vergleich anzubahnen. Spät abends wieder in B[ückeberg?] nach wiederholter langer Unterhaltung. Es fällt mir wieder auf, daß er nur für politische Fragen, die seine Stellung berühren, und seine Privatangelegenheiten Interesse hat. Alles andere wehrt er durch höfliche Gleichgültigkeit ab.

16. November

Büroarbeit. Mittags mit den drei Musketieren. Arbeit an den Hugenbergschen „Thesen“ für den Parteitag. Dann Konferenz bei ihm eben darüber. Meine Vermutung bestätigt sich: Schiele läßt die Pressemeldungen über seine Sezession als Albernheit dementieren. Genannt werden noch: Keudell, Reichert, Lindeiner, Lejeune, Trevi. Lindeiner läßt dementieren, Trevi nicht. – Interessant, daß Lindeiner sich von Kalle (DVP, IG Farben) 1000 Mark monatlich als Wahlzuschuß versprechen ließ und selbst behauptete, daß dies Geld nur ihm gegeben sei! Landesverband schaltete dann praktisch ihn und Kalle aus. Quelle: Boedeker, Steuer, Jaspert. Trevi sagt mir selbst, daß er aus Kreisen der DVP Wahlgeld erhalte. Seine Pläne, für seinen Bruder Sisalpflanzungen in Ostafrika zu erwerben, vielleicht nicht ohne Bedeutung. – Bei der Besprechung mit Hugenberg spielt der Entwurf seines Briefes an Kaas große Rolle: Noch ist es Zeit, mit uns Young-Plan anzunehmen; nach Annahme werden wir keine Sklaventreiberdienste leisten⁶⁸. Also ganz der Gedankengang meines Artikels: „Marxisten und Kapitalisten“, der leider verpufft ist, da ungeschickt versandt⁶⁹. Ich bin Hugenbergs Meinung, den Brief ganz kurz vor dem Parteitag abzusenden. Er muß Hugenbergs ganz selbständige Meinung festlegen. Wird die Politik des Zentrums erschweren, das den Plan erst scharf kritisieren und dann annehmen will. Wird günstig auf die wirken, die Hugenberg als Desperado ansehen oder doch als zu „stur“: z. B. Ruhr-Industrie. Abends bei Folz. Sage Schiller, daß ich Mandat für Schlenker nicht annehmen möchte.

17. November

Wahltag. Besuch des Elterngrabs. Neuer Entwurf für Rundfunk. Zu Rohbraken. – Schöner Besitz in herrlicher Lage. Ca. 1000 Morgen, davon ziemlich viel Wald. Hoch-intensiv: 80 Haupt Rindvieh, moderne Molkerei, Schweine, Hühnerzucht, Forellenteiche. Haus groß und bequem, aber einfach. Kein Anzeichen für weitreichende geistige Interessen. Allerdings ist Hugenberg dort wenig: Berlin, Kreuth und sein zweites Gut, von dem ich nichts weiter weiß. Er ist staunenswert tätig und anscheinend unermüdlich, in seinem Auftreten jederzeit und überall sehr einfach und höflich.

⁶⁸ Hugenberg wolle Kaas für die Bildung eines antimarxistischen Blocks zur Bekämpfung des Youngplans gewinnen. In seinem Brief vom 20. 11. verwies er auf die wachsende Kritik im Zentrum und der DVP an der Linie der SPD und sprach sich für eine Bürgerblocksregierung im Reich und in Preußen aus. Nach einer Annahme des Youngplans werde eine solche Regierung allerdings nicht mehr möglich sein. Kaas antwortete erst am 7. 1. 1930 und betonte, daß Hugenbergs Sammlungsfront durch den Abfall der wegen des Volksentscheids ausgetretenen Abgeordneten gewichtige Persönlichkeiten verloren habe, während gleichzeitig in seiner verengten Front Kräfte vertreten seien, mit denen eine Zusammenarbeit nicht möglich sei; Briefwechsel Hugenberg-Kaas in: Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 8–11, S. 14 f.

⁶⁹ Marxisten und Kapitalisten; erschien am 6. 11. 1929 nur in der Weichsel-Zeitung und später auch noch in einer anderen Reihe unbedeutender kleiner Provinzzeitungen.

[18. November]

Mittags Zusammenkunft zur Vorbereitung der Fraktion⁷⁰. Fraktion von 16.00–24.00 Uhr. Hugenberg referiert über seine Thesen für den Parteitag. Großer Fehler. Schiele, Lindeiner, Schlange, Trevi, Klönne, Reichert usw. stürzen sich auf ihn. Schmidt, Spahn, Eulenburg sekundieren bis auf diesen letzteren wenig geschickt. Auf Wunsch Hugenberg's rede ich, indem ich den Spieß umdrehe und unter allgemeiner Sensation an Westarp die Frage stelle: „Können Sie dem Parteitag erklären, daß Sie die Fraktion geschlossen und entschlossen in die Abstimmung über das Freiheitsgesetz führen?“ Westarp erklärt, darüber könne er jetzt nichts sagen. Die Fraktion müsse nach dem Parteitag über ihre Abstimmung beschließen!! Goldacker bezeichnet das (sehr höflich) als nicht loyal. Schiele, Lindeiner, Schlange, Klönne, Reichert erklären, sie würden gegen den § 4 stimmen. Bazille will fernbleiben. Dryander läßt unklar, ebenso Hülser. Hergt will für § 4 stimmen, greift aber wie die eben Genannten Hugenberg scharf an. Lindeiner erklärt, es handle sich gar nicht um § 4. Man wolle „konservativ“ sein und gegen die Nazis – mit Zentrum und DVP. Noch deutlicher Schlange: Es handle sich um Führerkrise. Hugenberg sei unfähig. Auch Treviranus gegen Hugenberg. Dieser erklärt, er wolle nun seine Thesen auf Parteitag verkünden. Er sagt nicht, daß er die Kriegserklärung annehme. Meine ihm gegebene Anregung, die Namen der Dissidenten feststellen zu lassen, lehnt er ab, weil vielleicht einige zu bekehren seien. – Ich spreche mit Schiele freundschaftlich: Er lehnt zwar jede Gemeinschaft mit Angriffen wie Schlanges ab, er handle nur als Landbund-Präsident im Interesse der Grünen Front, aber ich habe den Eindruck, als ob er den Kampf weiterführen will. Da ich am nächsten Tage fortfare, bitte ich ihn, nicht alle Brücken abzurechen. – Beim Auseinandergehen mache ich Hugenberg Vorwürfe über seine Zurückhaltung. Es werde ihm schwer werden, aus der Defensive herauszukommen. Da Bang und Schmidt wie immer seine Haltung beloben, ist er böse auf mich. Ich fürchte, daß es auf dem Parteitag eine Panne gibt, wenn er nicht als Cäsar statt als Pompejus auftritt. Stubbendorf, der für Hugenberg eintrat, nachher auch pessimistisch, auch Freytag. Gegner haben ihr taktisches Ziel erreicht.

19. November

Breslau. Landbund: „Bauer und Parlament“. Spreche gegen „Isolierung“, hinein in die Nationale Front. Gegen das System. Die kleinen Mittel der Grünen Front genühten nicht. Für Volksentscheid. Sehr großer Beifall. Frühstück mit Bleul, v.[Schinberg?],

⁷⁰ Von Lindeiner-Wildau trug sich bereits mit dem Gedanken, eine eigene volksservative Fraktion zu begründen, für die er auf eine Beteiligung von bis zu 30 deutschnationalen Abgeordneten rechnete. Am 14. 11. besprach Hugenberg mit Westarp das Programm für den Parteitag. Westarp warnte davor, den Kurs der Partei zu starr festzulegen, und empfahl, den Weg für einen Bürgerblock auch nach einer Annahme des Youngplans freizuhalten. In der Fraktionssitzung vom 18. 11. wurde durch den Antrag von Quaat dann doch die Diskussion ausgelöst, die Graf Westarp hatte vermeiden wollen. Quaat verlangte, daß die Fraktion das durch das Volksbegehren geforderte Freiheitsgesetz einstimmig annehme. Schlange-Schöningen, von Lindeiner-Wildau, von Keudell, Hoetzsch, Klönne und Treviranus widersprachen heftig und lehnten es ab, für den § 4 zu stimmen. Hugenberg nahm die Forderung von Quaat auf. Entscheidungsfreiheit wollte er nur Schiele, der als Präsident des Reichslandbundes nicht gegen seine eigene Organisation stimmen konnte, und dem württembergischen Kultusminister Bazille, der Koalitionsrücksichten nehmen mußte, einräumen. Westarp versuchte, den Konflikt zu entschärfen und ließ über den Antrag von Quaat nicht abstimmen. Er verschob die Entscheidung auf die Zeit nach dem Parteitag; Friedenthal, Volksbegehren, S. 115–118; Walker, Hugenberg, S. 379, 386 f.

v. Lieres u. a. Sie wußten schon über die Fraktionssitzung Bescheid. v. Lieres sagte, außer Schlange mache auch Garnier gegen Hugenberg Intrigen. Auf der Fahrt Ferrero III. Band beendet⁷¹. – Dann energische Auseinandersetzung mit Dr. Feßmann wegen Aufnahme der Lustigschen „Berichtigung“ im „Lokalanzeiger“, ohne Gegenerklärung von mir anzufordern. – Gesamturteil: Mir scheint Hugenberg gegenüber Schiele berechnete politische Hemmungen zu haben, gegenüber Industrie die bekannten „Rücksichten“. Er wird aber bestimmt scheitern, wenn er nicht die Spaltung im Reichstag verhindert oder doch die Partei vorher Trennung vollzieht. – Ich sage ihm Anfang der Fraktionssitzung nach seiner Rede: Wenn wir nicht über die Abstimmung im Plenum über Freiheitsgesetz Klarheit schaffen, den Parteitag nicht informieren und dann *nachher* die Fraktion auseinanderbricht, dann sind Sie ein erledigter Mann. Er wagte aber nicht, selbst die Frage zu stellen, so daß ich mich (ungern) dazu bereit fand. Erstaunlich war nur, daß er die Gefahr der Lage und die ihm von Westarp gestellte Frage gar nicht zu sehen schien.

20. November, Bußtag

Fahrt mit Lotte und Butzi, die nach Marburg fahren, bis nach Kassel. [. . .] Vorbesprechung unter Vorsitz von Dommes im „Ratskeller“.

21. November

Vormittags Spaziergang durch Altstadt, schöne Aussicht pp. – Rede im Beamtenauschuß vor nur ca. 30 Personen. – Dann kam nachmittags die Vorstandssitzung, die sich von 15.30 Uhr bis 21.30 Uhr hinzog. Langer Vortrag Hugenbergs, in dem er auch Trevis Scheiterhaufenbrief vorbrachte⁷². Westarp zweimal scharf gegen ihn – immer im Namen der Fraktion. Ich trete ihm in einer längeren Rede entgegen, die großen Beifall findet – auch nachher viele Glückwünsche. Dann Begrüßungsabend bis 23 Uhr und bei Schirmer bis 1.30 Uhr: Pfarrer Becker-Trier, Brunk, v. Goßler, Graf York usw.

22. November

Vertreterversammlung: Westarp, Winterfeld, Hugenberg. Keine Diskussion, geschlagene Opposition! Mittags mit Freytagh, Dr. Mohr-Kempen, Harnisch. Nachmittags große Rede Hugenbergs vor Parteitag. Dann Veidt ohne Eindruck. – Abfahrt nach Marburg. –

⁷¹ Guglielmo T. Ferrero, Größe und Niedergang Roms, 6 Bde., Stuttgart 1908–1914.

⁷² Treviranus hatte einem Bremer Parteimitglied am 1. 11. 1929 geschrieben, aus Kreisen der Beamten-schaft, der Industrie und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands werde eine Loslösung von der Partei gefordert, weil die DNVP nicht mehr erneuerungsfähig sei. Die Konkordatsabstimmung im preußischen Landtag habe im katholischen Volksteil abgeschreckt. Die psychologische Einstellung Hugenbergs nach der Seite der Nationalsozialisten sei vielen Gutgesinnten eine unerträgliche Belastung. Treviranus betonte, er und seine Freunde hielten für den Fall, daß eine Erneuerung der Parteiführung nicht möglich sei, die Vorbereitung einer neuen Form für erforderlich, in der eine fortschrittliche konservative Politik betrieben werden könne. Das Zentrum warte nur auf eine Klärung innerhalb der Rechten, um sich von der SPD lösen zu können. Nur die Person Hugenbergs und die Tendenz der Alldeutschen gelte beim Zentrum und beim Reichspräsidenten als Hindernis. Hugenberg griff Treviranus wegen dieses Briefes scharf an. Er benutzte die Sitzung des Parteivorstandes, um einen Beschluß durchzubringen, der die Reichstagsfraktion auf die positive Abstimmung zum § 4 verpflichtete; Friedenthal, Volksbegehren, S. 128; Leopold, Hugenberg, S. 69; Walker, Hugenberg, S. 395 ff.; Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, Bd. 4/I, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1980, S. 9, Anm. 2.

Hugenbergs entschiedenes Vorgehen im Vorstand entschied und ersparte ihm alle weiteren Kämpfe. Mein Rat war also richtig. Ich hörte aber von verschiedenen Seiten: Warum hat er das denn nicht in der Fraktion durchgesetzt? Eine durchaus richtige Empfindung. Ich griff sie in meiner Rede pro Hugenberg auf und suchte sie zu widerlegen – anscheinend mit Glück, aber mit gewisser innerer Reserve. Auch fiel mir auf, daß er in seiner Rede die Industriegruppe nicht nannte, während er z. B. Trevi und Schlange namentlich erwähnte. – Unter den sechs, die gegen ein Vertrauensvotum stimmten, auch Leopold! Es ist wohl der Einfluß von IG-Farben.

[. . .]

26. November

Abends bei Busch. Berliner Kapitalistenmilieu: Fehr, Deutsche Bank, Schmidt-Branden, Dresdner [Bank], Ritscher, Reichskredit [Gesellschaft], Teppich-Fischer („Generalkonsul“) u. a. mit ihren Frauen, ferner Frh. v. Richthofen [und] Frau – Rütgers Werke, Bie von [Oberkoks?]; Südekum und Frau. Unterhaltung über die Wirtschaftspolitik, die alle diese Demokraten, Volksparteiler pp. als katastrophal bezeichnen.

26./27. November

Hugenberg wünscht, daß ich im Reichstag zum Freiheitsgesetz spreche. Ich will Oberfohren und Freytagh, damit Oberfohren sich festlegt. Will auch nicht, daß eventuell in der Fraktion Widerspruch gegen mich sich erhebt. In Fraktionssitzung 27. [November] Hugenberg nicht da; „vorläufiger“ Beschluß nach meinem Wunsch. – Opposition: Einige suchen bereits nach ihrem verlorengegangenen Alibi. – v. Körber aus Polen über Polnischen Handelsvertrag. Artikel für „Tag“ entworfen. Desgleichen für „Deutsche Zeitung“: Atticus⁷³. – Abends Rundfunkvortrag über Young-Plan⁷⁴.

28. November

Lange Besprechungen bei Hugenberg. Winterfeld, Steinhoff, Nagel, Schmidt. U. a.: Berlin ist pleite, will den Deutschnationalen die Ordnung der Dinge überlassen: Steiniger als Finanzdirektor, Bracht Oberbürgermeister. Ich rate, nichts zu übereilen. Am 30. wird dann auch neuer [. . .?] in Amerika bekannt. Hugenberg berichtet über Ostbank. Abends „Württembergische Weinstube“ mit u. a. Schiele, mit dem ich mich bis 1.30 Uhr unterhalte.

[29. November]

Am Montagstag der Dawes-Katastrophe eine schlechtweg unglaubliche Fraktionssitzung von 20.00 Uhr bis morgens 2.30 Uhr⁷⁵. Westarp. Schiele, Lindeiner verlangen unter Dro-

⁷³ Atticus, in: Deutsche Zeitung vom 28. 11. 1929.

⁷⁴ Vgl. Anm. 43 zu 1929.

⁷⁵ Hugenberg bestand am 29. 11. 1929 in der Fraktion darauf, daß die Zahl seiner Gegner festgestellt werde. Schiele und von Lindeiner-Wildau verlangten, die Namen öffentlich zu nennen. Darauf ging Hugenberg nicht ein. Es war aber klar, daß mit einer geschlossenen Abstimmung nicht mehr zu rechnen war. Zu einer unerwarteten Wendung kam es, als über die Festlegung der Redner für die zweite Lesung des Freiheitsgesetzes diskutiert wurde, für die Quaatz vorgesehen war. Er lehnte es ab, eine in sich gesplante Fraktion zu vertreten und warf Westarp Führungsschwäche vor. Die Erbitterung gegen die Abweichler steigerte sich nun aufs höchste. Hugenberg stellte sie vor die Alternative der

hungen mit Spaltung getrennte Abstimmung, mindestens gesonderte Erklärung gegen § 4 des Freiheitsgesetzes. Erst spät nachts gelingt es, aus Westarp die Namen der Deklaranten herauszubekommen: Schiele, Lindeiner, Keudell, Lejeune, Reichert, Klönne, Hülser, Lambach, Hartwig, Rademacher, Fromm, Mönke, Schlange, Mumm, Treviranus, Mentzel. Nicht genannt wurden die abwesenden Hoetzsch, Wallraf, Schmidt-Stettin, Jandrey. Also die Industrie, die extremen Gewerkschaftler, ganze drei Bauern und die Granden. – Erklärung wird rundweg abgelehnt und nur Fernbleiben von der Abstimmung konzediert. In letzter Minute Unterwerfung, sobald wir mit Fraktionszwang drohen. – Eulenburg und ich halten Westarp den Zusammenbruch der Fraktionsführung vor.

30. November

Abgesang der Reichstagsdebatte. Nachdem unsere beiden Hauptredner gestern gesprochen, fallen Severing, Kardorff, Breitscheid über uns her⁷⁶. Fraktion bietet ein Jammerbild. – Abends Diner bei Schiele. Lotte: Graf Kalckreuth. Ich: Tochter Schiele (Wenzel). Lange Unterhaltung mit Kalckreuth und Bethge über Hugenberg-Schiele. Dann mit Schiele: m. E. solle er sich aus Parteikampf zurückhalten und auf Landbund zurückziehen. Er eifrig: sei ganz derselben Meinung. Er werde auch am 3. nicht auf Parteivorstand erscheinen und ermächtige mich zu erklären, daß er dem Pronunziamento Hartwig, Hülser, Lambach fernstehe und nichts damit zu tun haben wolle⁷⁷. Dasselbe sagte er auch vor seiner Revolte am 29.! – Rundfunkrede hat sehr großes Echo gefunden, sehr viele Zuschriften. Man sieht, was es bedeutet, daß die Tributfront dieses Machtmittel in der Hand hat. – Artikel im „Tag“: „Dem Ost-Locarno entgegen“⁷⁸. Der Titel nicht von mir. – Übrigens: Warum werden bei Ernennungen die wirklichen Machtgeber heute verschwiegen? Warum wird nicht bekanntgegeben: Se. Majestät die I. G. Farben-Industrie haben allergnädigst geruht, den Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Moldenhauer unter Entbindung von seinen Geschäften als Aufsichtsrat in folgenden Gesellschaften . . . und unter Belassung in seinem Mandat im Reichstag zum Reichswirtschaftsminister zu ernennen??

[. . .]

2. Dezember

Eisenbahnartikel für „Deutsche Zeitung“⁷⁹ und „Hamburger Nachrichten“. Mehrfache Besprechungen mit Hugenberg und Lindeiner. Während Westarp damit bluffen soll, daß sich 34 Abgeordnete mit Trevi solidarisch erklären sollen, spielt Lindeiner billiger: will Sicherheit für die Deklaranten incl. Trevi. Ich rate Hugenberg: Trevi herauslassen, ebenso die Deklaranten. Versuch weiterer Zusammenarbeit machen. In der Vorstandssit-

Unterwerfung oder des Fernbleibens ohne Abgabe einer Erklärung. Von Lindeiner-Wildau erklärte schließlich als Führer der gegnerischen Kräfte den Verzicht auf die Erklärung; Friedenthal, Volksbegehren, S. 121–124; Walker, Hugenberg S. 400 f.

⁷⁶ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, 3329–3342. Der Abstimmung über den § 4 blieben 19 Abgeordnete der DNVP fern.

⁷⁷ Die Reichstagsabgeordneten Hartwig, Lambach und Hülser vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gaben entgegen dem Parteibeschluss eine öffentliche Erklärung ab, worin sie sich mit Treviranus solidarisch erklärten, was den Bruch mit Hugenberg und ihren Austritt aus der Partei bedeutete; Friedenthal, Volksbegehren, S. 124 ff.

⁷⁸ Dem Ostlocarno entgegen?, in: Der Tag vom 30. 11. 1929.

⁷⁹ Das Schicksal der Reichsbahn, in: Deutsche Zeitung vom 5. 12. 1929.

zung keine Konzessionen. Bei Trevi Voraussetzung, daß er Loyalitätserklärung ohne Hörner und Zähne abgibt. Dementsprechend äußere ich mich zu Lindeiner. Wenn die Deklaranten das als Schwäche auffassen und vorstoßen, werden sie hoffentlich entscheidende Niederlage erleben. – Gesamtlage: Parlamentarisch völlige Niederlage, da auch unsere Fraktion nur zu 50% (höchstens) wirklich Kampftruppe ist und Nazis praktisch ohne Belang sind. Weiterführung des Kampfes draußen durch Geldmangel aufs äußerste erschwert. Dabei steigende Katastrophenstimmung im Lande. Jederzeit Überraschungen möglich. Homogene Durchbildung der Partei Voraussetzung für weiteres Handeln. Westarp als Führer nach allgemeiner Ansicht unmöglich.

3. Dezember

Sitzung des Parteivorstandes. Ausschluß von Hartwig, Lambach und Hülser mit 69 gegen 9 Stimmen und 3 Enthaltungen⁸⁰. Für die drei nur ein Landesvorsitzender: Waldow-Neustrelitz. Allgemein scharfe Stimmung. Auf dringenden Wunsch Hugenbergs spreche ich kurz, indem ich auf die Notwendigkeit hinweise, die Reichstagsfraktion in die Linie der Partei einzustellen. Ich schließe: das werde Kampf kosten, aber wir würden das durchsetzen. – Gegen die drei sprechen u. a. auch Goßler und Lüttichau. Sehr scharf Quester-Köln und Hell-Königsberg. – Abends Zusammenkunft im Flugverbandshaus. Eulenburg, Hell, Carlsen; Eulenburgs stramme Haltung entspricht der ostpreußischen Haltung. Vorher Fraktionssitzung mit nochmaligen scharfen Angriffen, namentlich von Klönne. Nachts erklärt dieser, Lejeune und Trevi ihren Austritt.

4. Dezember

Es folgen in Gruppen zu drei: Mumm, Behrens (dessen Austritt zu bedauern ist und seiner Erklärung im Parlament widerspricht), Hoetzsch. Dann Schlange, Lindeiner, Keudell, die in der Partei bleiben wollen und nur aus Fraktion austreten⁸¹. – Nachmittags Propagandaausschuß. Ruhige Fraktionssitzung. Westarp tritt vom Vorsitz zurück⁸². Abends Ball bei Hugenberg. Gespräche wenig bemerkenswert. Zu Tisch Frau v. Stiegel.

5. Dezember

Artikel: Wille und Währung⁸³. Nachmittags und abends Spahn lange bei uns. Er möchte

⁸⁰ Vgl. Anm. 77 zu 1929. Hugenberg hatte den Ausschluß beantragt; Westarps Vermittlungsversuch vom Tag zuvor hatte nicht gefruchtet. Die darauffolgende Fraktionssitzung, in der die drei ihrerseits ihren Austritt erklärten, wurde abgebrochen. Danach gaben auch Klönne, Lejeune-Jung und Trevi-ranus ihren Austritt aus der DNVP bekannt; Friedenthal, Volksbegehren, S. 125 ff., 129 f.; Walker, Hugenberg, S. 402 ff.

⁸¹ Der bayerische Reichstagsabgeordnete Strathmann schrieb im Zusammenhang mit dieser Entwicklung am 7. 12. 1929 an Hilpert, er finde den Zustand der Fraktion kaum noch erträglich. Vor allem sei es Quaatz gewesen, der keine Gelegenheit habe vorübergehen lassen, um Unfrieden aufzuwühlen und durch „die Dunkelhaftigkeit seines Wesens und die Ausbrüche seines Hasses eine solche Atmosphäre des Mißtrauens erzeugt habe, daß auch von allen grundsätzlichen Fragen abgesehen, es für manchen unerträglich sei, einer Fraktion anzugehören, in der er das große Wort führe. Diese seine Stellung sei nur durch seinen Rückhalt in der heutigen Führung möglich. Quaatz habe ihn jetzt auch als einen derjenigen bezeichnet, die er beseitigt zu sehen wünsche. Er sei aber kein geeignetes Objekt für Unterdrückungsversuche“; Hans Hilpert, Meinungen und Kämpfe. Meine politischen Erinnerungen, unveröffentlichtes Manuskript, Bd. 20, S. 4030 f.

⁸² Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 131 ff.

⁸³ Wille und Währung, in: Der Tag vom 14. 12. 1929. Quaatz behauptete darin, der Youngplan werde das Währungschaos bringen.

Aktion im Westen gegen Dryander, deutliche Mandatssorgen. Universitäts- und Studentenfragen.

6. Dezember

Exposé für die Landesverbände: „Der Weg des Nationalismus“⁸⁴. Nachmittags Spahn und einige Ukrainer. Ich hole Schiller dazu. – Allgemeiner Pressesturm gegen Hugenberg. Allgemein wird der Zerfall der Partei prophezeit. Die Ausgetretenen bzw. Ausgeschlossenen werden als die „Köpfe“ gefeiert. Der Rest sei dumm und abhängig. Die Partei wird ignoriert und nur vom „bezahlten Partei-Apparat“ gesprochen! (Nebenbei: größte Kassen-Ebbe.) Das Zentrum ist wieder am klügsten und hält sich ziemlich zurück. Ich glaube nunmehr bestimmt, daß man nach Annahme des Young-Plans Wahlen machen wird mit der Parole: Gegen Hugenberg und Hitler! Dieser Kampf wird die Partei vielleicht noch Mandate kosten, aber ihren Aufstieg vorbereiten. – Scharfes Memorandum Schachts gegen die Reichsregierung: Young-Plan sei herrlich, aber die Regierung verschlechtere ihn!⁸⁵ Regierung sehr verlegen. Schacht sucht ebenso wie das Zentrum sein Alibi. Sie wollen die Verantwortung für Young-Plan der DVP und SPD zuschieben.

[. . .]

9. Dezember

[. . .] Oberfohren bittet, daß ich am Donnerstag zur Regierungserklärung rede. Abends Gesellschaft der Freunde der „Sozialistischen Monatshefte“. Youngplan. Einladung hängt wohl mit Schachts Vorstoß zusammen. Reichsausschuß beschließt energische Fortführung des Volksentscheids. Er kann nur Erfolg haben, wenn die Nazis besser arbeiten, außerdem wenigstens etwas Geld in die leeren Kassen fließt. – D'Abernon: „Eine katastrophale Selbstmordpolitik liegt immer im Rahmen der Möglichkeiten des deutschen Geistes“. sagt er bei Betrachtung des einmütigen Ruhrwiderstands: Kenner sagen aber, „daß diese Stimmung plötzlich umschlagen könne“. Derselbe Mann, der dann mit und durch Stresemann Cuno stürzte, Ruhrwiderstand brach und Dawes-Plan vorbereitete.

⁸⁴ Der Weg des Nationalismus, in: Deutschlands Erneuerung, Heft 2, (1930), S. 65–72. Der Aufsatz enthielt den Ansatz zu einer Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Gegen das von der Gunst des Auslands abhängige System der Herrschaft von DVP und SPD sei eine Bewegung entstanden, die aus der Tiefe komme. Ihren stärksten Ausdruck habe sie im Nationalsozialismus erlangt. Dieser könne nicht als reine Demagogie angesehen werden. Sein tieferer Grund sei das Aufbäumen der Jugend gegen das ihr von den herrschenden Machthabern zuge dachte Los. Der Nationalsozialismus dürfe auch nicht einfach als eine Spielart des Marxismus angesehen werden. Die sozialistisch-kommunistischen Ideale, die innerhalb der nationalsozialistischen Kreise spukten, erklärten sich aus der zunehmenden Konzentrationen der Produktionsmittel und Kapitalkräfte in immer weniger und mächtigeren Unternehmungen. Damit würden die persönlichen Aussichten jedes Einzelnen in der Jugend zerstört. Die nationalistische Reaktion in der DNVP sei ebenfalls eine aus der Tiefe kommende Bewegung. Damit eröffne sich die Möglichkeit der Versöhnung der Generationen.

⁸⁵ Schacht hatte sein Memorandum, in dem er sich gegen das Volksbegehren aber auch gegen die Regierung wandte, die unnötige Verschlechterungen des Youngplans zugelassen habe, in provozierender Weise ohne vorherige Verständigung mit der Reichsregierung publiziert; Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1219–1229.

10. Dezember

Deutsche Werke Kiel Aufsichtsrat. Bankerott steht vor der Tür bzw. Eingeständnis, daß das Werk kaufmännisch nicht haltbar ist, wenn es nicht nach meinem Vorschlag Tank-Schiffe bekommt. – Gespräch mit Schifferer über drei Fährschiffe für Kiel-Korsör für Rechnung des Reiches. Der Blinde hilft dem Lahmen. Abends bei Winterfeld: Dommès, Bodo [Ehrhardt?], Marezky, Deerberg, Plehwe. Ca. 40–50 Personen. Glanzvolle Dienstwohnung. Deerberg warnt davor, daß Hugenberg etwa „Versöhnungs-Politik“ gegenüber seinen Gegnern treibe.

11. Dezember

Koalitionskrise im vollen Gange. Narrenspiel im Reichstag über das Finanzprogramm.

12. Dezember

Müllers Exposé. 1850 Millionen Defizit⁸⁶. Betretenes Schweigen.

13. Dezember

Debatte. Für uns spreche ich, dann Oberfohren. In 30 Minuten Redezeit! In dieser Lage! Beide sehr scharf, besonders ich gegen Hilferding und Curtius⁸⁷. Regierungsparteien geben „formulierte Erklärungen“ ab. – Abends Beichte Freytaghs.

14. Dezember

Nachtgefecht im Reichstag. Koalition mit 50 Stimmen gerettet. DVP gespalten. Artikel: „Wille und Währung“ im „Tag“⁸⁸. Sehr abgespannt. – Schiele tobt über unsere „Ideenpolitik“. Es gebe nur Tagespolitik. Sucht die Bauern aufzuhetzen, bei denen er aber sehr an Einfluß verloren hat.

15. Dezember, Sonntag

Deutschnationale Hochschullehrertagung. Wohl auf Anregung Strathmanns war Treviranus erschienen, verließ aber die Versammlung, während wir draußen über diese Überraschung berieten. Glänzende Rede Hugenbergs, wohl die beste, die ich hörte. Guter Eindruck. Seeberg sagte sehr Schönes über die drei Generationen. Wilamowitz war eifriger Zuhörer. Auf Wunsch Hugenbergs sprach ich über die Sezessionisten, sehr schonend, die Grundgedanken meines Kasseler Vortrags variierend. Aus Strathmanns und einiger Gesinnungsgenossen Reden war zu entnehmen, daß die Sezessionisten den animus revertendi haben! So schwach ist die Position. Bei Pfuhl Mittag mit L[otte], Stahlberg, Steinberg-Halle und einem Professor v.?-Halle. Intima. – Abends Adventsstimmung.

⁸⁶ Müller sprach in seiner Reichstagsrede von 1700 Millionen Kassendefizit für 1929, wozu wahrscheinlich noch 150 Millionen für die Arbeitslosenversicherung im ersten Vierteljahr 1930 kommen würden; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, S. 3540.

⁸⁷ Quaatz legte in dieser Rede eine besonders aggressiv-agitatorische Haltung an den Tag. Als er sich verteidigte, weil er im Krieg nicht Frontkämpfer gewesen war und durch Zurufe des Abgeordneten Gerlach unterbrochen wurde, rief er diesem seinerseits zu: „Hoffentlich ist nur Ihr Körper beschädigt, verehrter Herr Kollege.“ Dies trug ihm einen Ordnungsruf ein. Kurz darauf erhielt er einen zweiten Ordnungsruf für den Satz: „Herr Reichsaußenminister Dr. Curtius, was Sie aus Liebe zu Polen an dem deutschen Osten sündigen, das werden spätere Geschlechter als schwarzes Blatt in der deutschen Geschichte bezeichnen.“; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, S. 3553–3557.

⁸⁸ Vgl. Anm. 83 zu 1929.

18. Dezember

Die drei Tage vergingen im ständigen Wachtdienst im Reichstag. Fraktion-Plenum-Besuche. Zollfragen. Republikenschutzgesetz. – Dazu Montagabend Fraktions-Weihnachten. Nach der Reinigung ein wirklich gemütliches Fest. Herrliche Rede von Wienbeck, voller Spitzen. Hübsche Verse von Eulenburg. Blieben (mit L[otte]) bis gegen 3.00 Uhr. Dienstag: Landwirt-Abend von Hugenberg im „Rheingold“. Schieles Front („grüne Front“) versagt natürlich bei der ersten Probe – wie jeder verständige Mensch ihm vorausgesagt hat. Er tobt: Unsere „radikale“ Politik habe ihn um die Früchte seiner Weisheit gebracht. In Wirklichkeit halte ich ihn für einen politisch toten Mann und den Reichslandbund für schwer gefährdet. Die Bauern – voller Verzweiflung – haben gar kein Verständnis für sein Nachlaufen hinter Regierung und Zentrum. Diese machen mit der Ermächtigung der Zollfestsetzung durch die Regierung wieder einen neuen Weg für ungeheuerere Schiebergeschäfte⁸⁹. Der Scheuerkonzern wird ungeheuerere Gewinne machen⁹⁰. – Die Fraktion stimmt nun wegen meiner zwei Ordnungsrufe endlich *gegen* die Diktaturvollmachten, die Löbe haben möchte. Opponent vor allem Herr Strathmann!

19./20. Dezember

Zollvorlage, Steuervorlagen usw. Krisenstimmung in Permanenz. Die Schleicher-Lösung spukt⁹¹, Medem wild dafür. Am 20. mittags mit Hugenberg, Goldacker, Stubbendorf darüber. Ich sehe mit Oberfohren die Sache skeptisch an. Schleicher wird das jetzt nicht fertig bringen. Koalition wird geleimt. [. . .]

⁸⁹ Durch ein Ermächtigungsgesetz hatte die Regierung das Recht zu Zollerhöhungen für Getreide erhalten. Mit dem Argument, daß von der Zollerhöhung Kartoffel, Mehl und Kleie ausgeschlossen blieben, die Zollerhöhungen für Vieh und Fleisch zu niedrig seien und die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft nicht in die Zollermächtigung einbezogen sei, lehnte die DNVP auf Drängen Hugenbergs die Zollerhöhungen im Reichstag ab, obwohl sie den Forderungen des Reichslandbunds weit entgegenkamen; Gessner, Agrarverbände, S. 175 f.

⁹⁰ Der Mainzer Kaufmann Karl Scheuer hatte 1925 eine günstige Gelegenheit zu großen Roggengeschäften erhalten. Als die aus der Kriegswirtschaft herstammende Reichsgetreidestelle ihre Bestände liquidieren wollte, erhielt Scheuer durch einen Freund, den Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Hagedorn, den Auftrag zum Verkauf dieser Roggenvorräte. Scheuer reorganisierte schließlich 1927 im Auftrag eines Bankenkonsortiums die bankrotte Getreidekommission-Aktiengesellschaft, einen Mühlenkonzern, und kaufte zu der nun als „Scheuerkonzern“ bekannten Getreide-Industrie und Comission weitere Mühlen hinzu. 1928 wurden Aktienpakete dieses Unternehmens teuer an die Preußenkasse und die Rentenbank-Kreditanstalt verkauft. Im Aufsichtsrat der letzteren saß Hagedorn, der inzwischen Aufsichtsratsvorsitzender des Scheuerkonzerns geworden war. Der Präsident der Preußenkasse, Klepper, hoffte damit, den von der Preußenkasse abhängigen Agrarge nossenschaften einen ausreichenden Absatz zu sichern und ein staatliches Getreidemonopol aufbauen zu können; Morus, Scheuer und Hagedorn, in: *Die Weltbühne* vom 29. 7. 1928, S. 141 ff.; Agricola. Holt die Scheuerfrauen!, in: *Die Weltbühne* vom 7. 8. 1928, S. 216 ff.; Franz Ziegel Müller, Scheuer-Konzern, in: *Die Weltbühne* vom 3. 3. 1931, S. 307–310; ders., Schiele, Baade und Andre, in: *Die Weltbühne* vom 7. 7. 1931, S. 9–13.

⁹¹ Schleicher hatte Brüning schon Ostern 1929 mitgeteilt, daß Hindenburg bereit sei, zur Durchführung notwendiger innen- und außenpolitischer Reformen das Parlament aufzulösen und dann eine Regierung mit Hilfe des Artikels 48 walten zu lassen. Auch von einer möglichen Wiedereinführung der Monarchie beim Tod Hindenburgs war die Rede; Brüning, *Memoiren*, S. 145 ff.; Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen⁵ 1971, S. 273.

21. Dezember

Schluß im Reichstag. Gesetz betr. Schuldentilgungsfonds, das Schacht diktiert hat. Zollgesetze, werden mit der SPD angenommen. Wir enthalten uns, ebenso die Bauernpartei, während deren neue Fraktionsfreunde, die 12 Sezessionisten, mit ja stimmen. Lindeiner und Schlange halten kleine Kandidatenreden. Nachsitzung. Hilferding und Popitz treten zurück. Nach Schacht gaben ihnen unsere Angriffe wohl den Rest.

[. . .]

23. Dezember

[. . .] Volksentscheid bringt trotz des wütenden Kampfes der „Regierung“ und ihrer Parteien, der mit großen Geldmitteln und jeder Art Einschüchterung geführt worden ist, über 5.8 Millionen Stimmen, also 1.7 Millionen mehr als das Volksbegehren. Dabei war die Stimmabgabe so gut wie öffentlich, ferner möglichst erschwert und auf den „Goldenen Sonntag“ gelegt! Das Jahresende läßt uns getroster in die Zukunft blicken. Der nationale Wille ist wieder erwacht und das wiegt schwerer als die Finanzmisere und die Wirtschaftskrise. Im Anfang war der Wille, der allein uns aus dem „nec vitia nostra nec remedia pati possumus“ herausführen kann.

[. . .]

28. Dezember

Abreisevorbereitungen. Schacht geht nicht mit nach Paris! Deutlicher kann eigentlich dem deutschen Volke nicht gezeigt werden, wie unglaublich die Politik des Kabinetts ist. Am schlimmsten scheinen die Volksparteiler zu sein. Die Sozis schicken nur den gänzlich bedeutungslosen Bobby Schmidt. Nur Curtius und Moldenhauer drängen sich zur Unterschrift. [. . .]

[[Januar]

[...] Fast täglich, oft zweimal, mit dem neuen Führer der DVP, Scholz, und Frau zusammen. Allmählich viel Politik: Er entsetzt über Haag und Curtius, oft bitter¹. Scil.[icet = nämlich], daß er trotzdem annehmen wird. Er treibt für seine Person dieselbe Alibi-Politik wie das Zentrum. Kritik und dann Umfall. Bemerkenswert seine betonte Herzlichkeit. Mehrfach Zusammensein mit Wallraf, dessen Frau an Elephantiasis darniederliegt. Dryander verläßt nach zwei Tagen fluchtartig (vor mir?) Oberstorf. [...] In München Nebel und Bier.

20. Januar

Riemerschmid und Oberst v. Lenz-Stahlhelm.

21. Januar

Konferenz mit Stauß und Bayerische Motoren². Nachmittags bei Ritters und bei Spengler. – Abends Hugenberg, Dziembowski, Lenz. Vorher Gürtner, Baerwolff, Traub. Gürtner flau.

22. Januar

Besichtigung der BMW mit Generaldirektor Popp. Sehr moderne und schöne Anlagen. Dann Traub. Dann Würstfrühstück mit Ritters. Abends Dziembowski. Dann Abendvortrag im Jungakademischen Klub³. Viel Prominente. Sehr großer Beifall. Diskussion: gegen mich Präsident Wappes und Professor Kaup (Demokr.), für mich Traub und Professor Lent. Edgar Jung schwieg trotz Herausforderung.

[...]

24. Januar

Büro. Abends bei Kreth Herrenabend im Nationalen Klub: Bei Tisch: v. Korn[-]Rudelsdorf (früherer Abgeordneter), Professor [Heidack?]-Spiritus, Kartoffel-Jany usw. Nach-

¹ Ernst Scholz, der Nachfolger Stresemanns als Parteivorsitzender, steuerte auf eine bürgerliche Koalition zu und wollte eine bürgerliche Sammlungspartei schaffen, die unter der Führung der DVP von den Demokraten über die Wirtschaftspartei bis zur Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft reichen sollte.

² Quaatz war Prozeßvertreter der Firma BMW.

³ Der Jung-Akademische Klub in München war 1926 von Edgar Julius Jung als rechtsintellektuelles Forum gegründet worden. Quaatz sprach dort zum Thema Deutsche Zukunftsfragen; Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934, unveröffentl. Diss., München 1988, S. 448 f.

her Gereke und Sybel: Gegen Young-Plan, auch nachher nicht in die Regierung! Na, na. Längeres Gespräch mit Prinz Oskar, der sehr für Hugenberg ist.

[...]

30. Januar

Artikel für Pressestelle über die Rolle der DVP. Abends Fest der Auswärtigen Presse. Moldenhauers leere Ansprache, die ich am 31. im „Tag“ glossiere. – Bacmeister und der Vertreter des Völkerbunds hier, ein Zentrumsmann (Heiß). Eingehendes Gespräch über die inneren Verhältnisse des Zentrums.

31. Januar

Artikel für „Tag“: „Auf der schiefen Ebene“⁴. – Hugenberg, nachher Schmidt. Beim Essen. Hugenberg bespricht seinen nachher folgenden Besuch bei Schacht. – Lage: Zentrum sucht Alibi gegenüber Young-Plan, kritisiert pp. und will folgenden Effekt erreichen: Wenn Plan angenommen, sagt es seinen Wählern: Wir haben alles zur Verbesserung getan. Annehmen mußten wir; denn mit dem sturen Hugenberg konnten wir keine Regierung bilden. Also haben die Nationalisten schuld, im übrigen auch die Ungeschicklichkeit von Curtius. Auch Sozis halten sich zurück, lehnen schon jetzt jeden Erfüllungsdruck auf die Massen ab, haben auch nur den nichtsbedeutenden Robert Schmidt nach dem Haag geschickt. – Ganz dumm hat die DVP taktiert (was Scholz in Oberstorf einsah). Ich halte ihnen vor: Ihr habt beide verantwortliche Ministerien besetzt, Auswärtiges und Finanzen. Ihr seid in erster Linie die Verantwortlichen. Die Macht aber (Preußen, Inneres) überlaßt Ihr den Sozi. Sogar das Finanzministerium unter Moldenhauer ist in der Hand eines Sozi, des sehr klugen Schäffer. (Dieser wird Moldenhauer genauso einwickeln, wie er Curtius eingewickelt hat.)

1. Februar

Günther Stein propagiert im „Berliner Tageblatt“ bereits die Zwangsanleihe⁵. An mehreren Stellen bereits Kommunistenunruhen. Sturmzeichen. – Vormittag Hochschule für Politik⁶. Kuratorium. – Mittag mit Hugenberg, Brosius, Schmidt. – Mir scheint fast, als ob Hugenberg Alleinsein mit mir vermeide. Jedenfalls erschwert er mir die Aufgabe, ihm die Lage zu zeichnen, wie ich sie zu sehen glaube. Im ganzen aber einer Meinung. Auch er glaubt, daß Zentrum vielleicht ein Hindenburg-Kabinett wünscht, das ihm Verantwortung für Young-Plan annimmt. Durchaus möglich, daß Hindenburg darauf hineinfällt, wenn Brüning, Müller, Groener, Schleicher, der Kreis der Abtrünnigen pp. es ihm raten. – Nachmittags zwei langweilige Stunden in Anwaltskammer, um das Milieu zu studieren. D'Abernons Memoiren wieder vorgenommen. Notizen für Hugenberg für die Rede im Reichstag, die zum Young-Plan steigen soll. Ich soll sekundieren.

⁴ Auf der schiefen Ebene, in: Der Tag vom 1. 2. 1930.

⁵ Günther Stein, Ein Ausweg. Vorschlag für eine sofortige Linderung der Steuerlast – trotz Sanierung der Kassenlage, in: Berliner Tageblatt vom 31. 1. 1930. Zur Beseitigung des Haushaltsdefizits schlug Stein vor, den Steuerzahlern statt der Steuerquittung ein Anleihezertifikat zu geben und so die Kapitalbildung anzuregen; vgl. dazu den Artikel von Quaat, Zwangsanleihe, in: Der Tag vom 8. 2. 1930.

⁶ Die Deutsche Hochschule für Politik war am 5. 10. 1927 in das von der DNVP beeinflusste Politische Kolleg eingegliedert worden. Quaat war Mitglied des Verwaltungsrats des Politischen Kollegs, Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Berlin (Ost), Köln 1978, S. 120, 166.

[...]

11. Februar

Hugenberg redet überraschend im Reichstag⁷. Sehr guter Erfolg. Erst Gebrüll, dann gespannte Aufmerksamkeit, ganz nach Vorausberechnung. Abends mit L[otte] im Nationalen Klub, Diner der Frau v. Watter. Bei Tisch Frll. v. Lindequist, Frau v. Winterfeld. Nachher besonders Staatssekretär a. D. Kempner, Deerberg. Dr. Koepfel verspricht mir M[ark] für Partei.

12. Februar

Meine große Rede gegen Wirth und Curtius⁸. Außer Schiele und Hergt glückwünscht alles, sogar Wallraf. Kriegk berichtet abends, daß Darstellung der Lage der DVP so ins Schwarze getroffen habe, daß DVP sich das nur durch Indiskretionen erklären könne. Goldacker sucht Rat wegen seiner finanziellen Lage.

13. Februar

Hauptausschuß. Ministergesetz. Kann Reichspräsident Reichskanzler ohne Gegenzeichnung des Abtretenden ernennen? Vorstoß der SPD gegen dies Recht abgewiesen. Presse-notiz. Mittag mit Freytag. Seine Finanzverhältnisse. Auswärtigen Etat durchgesprochen. Mit Goldacker zu Inay wegen Kredit. – Morgen beginnt der Kampf im großen Ausschuß. – Aufsatz für Deutschlands Erneuerung fertiggestellt: Politische Möglichkeiten und politische Ziele. Dies Thema muß noch geändert werden. Aufnahme der ziemlich langen Rede in der Fraktion sehr günstig. Nur Schiele – ich sei ebensolch Demagoge wie Wirth – und Hergt ablehnend. SPD wütend. Mittelparteien vorsichtig. Kritik milde. Merkwürdig, daß aus der Volkspartei gar kein Widerspruch kam. – Nach der Unterhaltung im Hauptausschuß mit Ersing, Klöckner, Schlack scheint auch das Zentrum meine Angriffe sachlich aufzufassen. – Daß sowohl im Zentrum wie in der DVP Hauptthema

⁷ Als der SPD-Abgeordnete Wels Hugenberg in einem Zuruf vorhielt, an der Besetzung des Ruhrgebiets verdient zu haben, löste dies starke Erregung bei der DNVP aus. Besonders Quaatz machte wegen des Angriffs auf Hugenberg erregte Zurufe. Hugenberg betonte im weiteren, auf eine Auseinandersetzung mit den Reden des Außenministers Curtius und des Sozialdemokraten Breitscheid verzichten zu wollen, weil dies sein „Freund Quaatz“ tun werde; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, S. 3916–3921.

⁸ Quaatz wurde bereits, bevor er mit seiner Rede beginnen konnte, von der SPD mit den Zurufen „Was macht die Tante Sarah? – Zurück! Du rettest den Freund nicht mehr!“ empfangen. Er warf dem Reichsminister für die besetzten Gebiete, Wirth, vor, die Sanktionsklausel des Youngplans bagatellisiert zu haben. Gegenüber Reichsaußenminister Curtius, der von der Wiederherstellung der Souveränität und der Beseitigung der Sanktionen gesprochen hatte, berief sich Quaatz auf Brüning, der genau das Gegenteil konstatiert habe. Vor allem die Bestimmung, daß künftig in Devisen zu bezahlen sei, sah Quaatz als eine Bedrohung für die Währung an. In der DVP sei das Großbürgertum führend, das die Verwaltung der Produktionsmittel und das Eigentum an ihnen in Händen habe. Je mehr sich die Partei zum „Fanatiker der Erfüllung“ ausbilde, um so mehr erscheine sie der Jugend, den Besitzlosen als die Vertreterin der ausländischen Interessen. Dies werde einen Graben zwischen Jugend und Alter, zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden aufwerfen. Der Verlust an Widerstandskraft, den die DVP dadurch erleide, sei eine nationale und soziale Gefahr. Im weiteren führte Quaatz aus, die Ursache für die Misere Deutschlands sei, daß Curtius die Politik Stresemanns einer festen Verbindung mit der Sozialdemokratie fortsetze. Von der SPD kamen daraufhin Zurufe, Quaatz habe sich einst selbst als Mitarbeiter der SPD bei der Rheinischen Zeitung angeboten. Dies bezeichnete Quaatz als eine alberne und unverschämte Lüge; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, S. 3982–3990.

ist: Wie kommen wir an die Deutschnationalen heran? und zwar ohne den andern – bezeichnet die großen taktischen Erfolge unserer, d. h. der Hugenberg-Politik. Hoffentlich operieren wir weiter richtig. Jetzt heißt es gewisse Vorsicht üben! – Abends Nationaler Klub. Vortrag Traub. – Koeppel (Berliner Handelsgesellschaft) teilt mir mit, das Zentrum sei noch bezüglich des Polenabkommens noch nicht entschieden und werde vielleicht ablehnen. Ich halte das leider für völlig ausgeschlossen. Was Frankreich will, wird in Berlin ausgeführt. So wird auch der polnische Milliarden Diebstahl legalisiert werden – freiwillig!⁹ Weil Curtius – wie er den polnischen Deutschen ins Gesicht gesagt hat – es als für uns wichtig ansieht, „Polen stark zu machen“! Hoffentlich kommt einmal eine Zeit, die fassungslos fragen wird: „Wie haben Deutsche jemals so denken können?“

14. Februar

Großer Ausschuß Young-Plan. Mittags langes Gespräch mit Hugenberg. Vermittle dann eine Unterhaltung Hugenberg-Scholz für morgen. – Abends Diner bei Senatspräsident Deerberg (Landtag). – Scholz: Vielleicht war Hugenbergs Parteipolitik richtiger. Nur mit Macht kann man etwas erreichen.

15. Februar

Großer Ausschuß (Auswärtiger + Haushalt). Ich halte eine lange Rede gegen Curtius und Dernburg. Artikel contra Curtius für „Deutsche Zeitung“¹⁰. Mittag mit Freytagh. Abends Herrenessen bei Berckemeyer. Recht interessant. Minister Albert: „Curtius eine allgemeine Enttäuschung. Kein Open mind“. Müller von der Olex, Sintenis (Berliner Handelsgesellschaft), v. Flemming (Pommern), der einen ziemlich verheerenden Eindruck machte, Dr. Petscheck (der geschiedene Schwiegersohn Caros), der mir mit einer Huldigung nahe (anscheinend harmlos). Tributbegeisterung bei den Kaufleuten recht gering. „Reaktion“¹¹.

16. Februar, Sonntag

Ferngespräch mit Popp-München. Aufsatz „Parteiendämmerung“ für Deutschlands Erneuerung¹² und Korrektur der Parteibroschüre mit Hugenbergs und meiner Rede beendet.

17. Februar

Großer Ausschuß: Revision, Moratorium¹³. Pressebesprechung. – Abends sehr lustiges Diner bei uns: Frau Spahn, Berndts, Bangs, Brosius', Nagels, Marezkys, v. Troilo, Thomsens, Henius'.

⁹ In seiner Reichstagsrede vom Vortrag hatte Quaatz behauptet, durch das deutsch-polnische Liquidationsabkommen würde auf Privatansprüche in Höhe von einigen hundert Millionen und auf Staatsansprüche in Höhe von drei Milliarden verzichtet; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, S. 3988.

¹⁰ Deutsche Zeitung vom 16. 2. 1930.

¹¹ Hier folgt ein Danktelegramm vom 13. Februar 1930, das Quaatz für seine Geburtstagsglückwünsche von Kaiser Wilhelm II. erhalten hatte.

¹² Parteiendämmerung, in: Deutschlands Erneuerung, Heft 4 (1930), S. 194–203.

¹³ Quaatz stellte am 18. 2. 1930 im Haushaltsausschuß des Reichstags fest, daß eine Revisionsmöglichkeit des Youngplans mit Hilfe des Schiedsgerichts nicht bestehe; in: Der Tag vom 19. 2. 1930.

18. Februar

Großer Ausschuß. v. Oppen-Tornow. Pressebesprechung. – General v. Dommes bringt mir das Bild des Kaisers mit eigenhändiger Unterschrift in hübschem Rahmen. S. M. interessiere sich sehr für meine Aufsätze und Reden und studiere sie mit großem Eifer. Ich freue mich natürlich sehr; es ist sehr nett von Dommes, daß er mir das verschafft hat.

19. Februar

Großer Ausschuß. Eisenbahngesellschaft. Halte wieder lange Rede¹⁴. Jetzt ist es doch so, daß ich lautlos und aufmerksam angehört werde. Krach zwischen Wirth – anscheinend stark gefrühstückt – und Freytag¹⁵. Pressebesprechungen, Artikel etc. etc. Mittags mit Hugenberg: Die Kreuzzug-Idee gegen Rußland, geschürt von England und dem Päpstlichen Stuhl. – Abends sehr müde zu Hause.

23. Februar, Sonntag

[. . .] Die Woche war ausgefüllt durch den Young-Ausschuß. Bemerkenswert die fabelhafte Engstirnigkeit und Anmaßung von Curtius. Diktion: „Die Regierung lehnt es ab, mit der Opposition zu paktieren.“ „Die Regierung lehnt die Anhörung Schachts ab. Sie ist selbst sachverständig“. – In weitesten Kreisen wird seine Unfähigkeit eingesehen. Aber der SPD ist er recht, weil er französische Politik treibt. Zentrum und DVP wollen ihm die Verantwortung nicht abnehmen. Kritisiert wird er scharf: *Kaas*: Jetzt können wir die Saarfrage nicht mehr mit dem Plan verbinden. Unverständlich aber, daß die Regierung das nicht im Haag getan habe. Curtius: Er hätte „flüchtig“ darüber mit Tardieu gesprochen. Man sei aber etwas abgekommen. Er halte die Frage nicht für dringlich: Die Franzosen seien „positiv eingestellt“! Ulitzka: Deutschland dürfe sein Recht auf die verlorenen Ostgebiete nicht aufgeben. Es gäbe nur vorwärts oder zurück. Polen verlange die Oderlinie. Durch das Polenabkommen erhalte Polen ein Milliarden Geschenk und werde gestärkt. Seine Partei werde schwerlich zustimmen. – Gewiß, das ist alles Manöver. Zentrum fällt bestimmt um. Aber daß solche Hansnarren Deutschland vertreten! Man kann auch nicht sagen: Traurig, daß das vertraulich verhandelt wird. Curtius sagt auch öffentlich die aufreizendsten Idiotien; aber das peitscht in Deutschland niemand auf. *Er ist Bethmann Hollweg in Duodez*¹⁶. [. . .]

24. Februar

Mittags drei Stunden mit Hugenberg, Winterfeld, Schmidt, Goldacker über Hindenburg und seine Haltung¹⁷. Möglichkeiten erörtert. Meine Ratschläge, gegenüber Hindenburg

¹⁴ Quaaatz begründete im Ausschuß die deutschnationalen Anträge zum Reichsbahngesetz. Sie sollten seinen verfassungsändernden Charakter feststellen, um den Vorrang der Reparationen vor den für die Sicherheit erforderlichen Sachausgaben aufheben zu können; Deutsche Zeitung vom 19. 2. 1930.

¹⁵ Zwischen Wirth und Freytag-Loringhoven kam es am Schluß der Vormittagssitzung beinahe zu einer Prügelei; doch wurden sie von anderen Abgeordneten getrennt; 8 Uhr-Abendblatt vom 19. 2. 1930.

¹⁶ Gegen den Reichskanzler von Bethmann Hollweg hatte sich im Ersten Weltkrieg eine Kanzlersturz-bewegung gebildet, weil er auch die SPD in seine Politik einbezog und das Kriegszielprogramm der Alldeutschen und Schwerindustriellen nicht voll teilte.

¹⁷ Anfang Januar 1930 war Hugenberg bei Hindenburg gewesen. Hugenberg hatte geäußert, die SPD dürfe nicht aus ihrer Verantwortung für die Folgen des Youngplans entlassen werden. Auch könne ohne eine Änderung der Machtverhältnisse in Preußen im Reich nicht erfolgreich regiert werden. Er

fest, aber diplomatisch zu sein, von den drei andern unterstützt. Schließlich schien Hugenberg mit mir einverstanden. Vormittags lange in der Reichsbank bei Dreyse und Vocke betr. Schachts Brief an mich. – Vaterländischer Abend bei Trotha wieder im Nationalen Klub. Besonders interessant und sympathisch v. Kleist-Schmenzin, der neue Führer der Konservativen.

25. Februar

Wie üblich großer Ausschuß. Niveau mäßig. Artikel für „Tag“ Bethmann-Curtius¹⁸. Behandelt Polenabkommen, das jetzt im Mittelpunkt steht. – Curtius droht im Ausschuß offen mit den Franzosen, wenn Polenabkommen nicht junctim angenommen wird. Damit wird er m. E. durchdringen. Dieser Kerl ist in seiner Dummheit und Anmaßung schlimmer als Erzberger. Auch in der Volkspartei (Hugo, sogar Hoff) ist die Wut gegen ihn groß. Am schmerzlichsten ist der DVP aber, daß sie jetzt die ungeheuren neuen Steuern bewilligen muß. Darin ist auch der deutsche Bürger empfindlich. „Der Deutsche“ veröffentlicht vernichtendes Gutachten über Sanktionsformel „Schlimmer als Versailles!“ Wirth tobt. Augenscheinlich wieder ein Kampf Stegerwald gegen Wirth. [. . .]

[. . .]

27. Februar

[. . .] Frühstück mit Kapitän Lohmann, der lange in Italien war. Betreibt großes Projekt: Luftschiffe für Italien in Staaken bauen. Will Schütte mit Eckener zusammenbringen. Geld? Angeblich wollen Amerikaner Geld geben. Die juristische Arbeit neben der parlamentarischen und journalistischen manchmal doch etwas drückend, wenn ich auch die Beschäftigung mit exakten Dingen wieder sehr angenehm empfinde. – Großer Streit Stegerwald–Wirth. Heute scharfer Artikel im „Deutschen“ gegen Wirth, der als leichtsinniger Urheber der Sanktionsklausel hingestellt wird. Anscheinend sind Curtius und Wirth foro interno erledigt.

28. Februar

Plenum. Abends Vortrag über Tributplan und Finanzreform im Ausschuß Deutschnationaler Industrieller¹⁹. Sehr gut besucht, viel bekannte Leute. Reichswehr durch General v. Hammerstein incognito vertreten! Ungewöhnlicher Beifall. Nachher kleines Essen.

[1. März]²⁰

Rembrandtausstellung. Dann Frühstück des Politischen Kollegs (sogen. Carnegie-Essen). Bei Tisch: Ministerialdirektor Schneider (Auswärtiges Amt), Haentzschel (Reichsministerium des Innern), Generaldirektor Krüss (Staatsbibliothek), Exzellenz Schmidt-Ott (Notgemeinschaft). Angeregte Unterhaltung. Nachher zieht mich Terdenge (Auswärtiges

hatte von Hindenburg verlangt, eine Rechtsregierung zu bilden und deren Bedingungen anzunehmen. Eine Beteiligung an einem anderen Kabinett lehnte Hugenberg schroff ab; Friedenthal, Volksbegehren, S. 147; Walker, Hugenberg, S. 427 f.

¹⁸ Bethmann-Curtius, in: Der Tag vom 26. 2. 1930. Der Artikel zog eine Parallele hinsichtlich der Polenpolitik: Bethmann Hollweg sei der Gründer Polens gewesen. Curtius wolle Polen stärken.

¹⁹ Die Haager Konferenz. Der Steuerplan und seine Auswirkungen, in: Deutscher Schnelldienst vom 3. 3. 1930.

²⁰ Der folgende Text steht im Original unter dem Datum des 29. Februars, den es 1930 nicht gab.

Amt, Kulturfonds) ins Gespräch. Er ist Neffe des Prälaten Schreiber-Zentrum. Ich gehe offensiv vor und sage ihm: Wir müßten wissen, wie die Fonds des Auswärtigen Amtes verwaltet werden. Er zeigt überraschendes Entgegenkommen: Lindeiner sei kein politischer Exponent, sondern Angestellter (Geschäftsführer) mit 4000 Mark monatlich. Wir müßten Vertrauensmann bekommen. Als bald schlängelt sich Schneider (dessen Tisch wackelt) heran. Beim Abschied spreche ich auch mit ihm. Auch er bittet dringend um meinen Besuch behufs Verständigung. Inzwischen hatte mich Terdenge zu dem Vortragenden Legationsrat v. [Barteneck?](?) geführt, der ebenfalls sehr entgegenkam. Respekt ist da, das ist das wichtigste.

[. . .]

4. März

Goßler-Kreis. Vormittags Pauly, der die Landvolkbewegung als Agens und Stütze der nationalen Faktoren, incl. des Landbundes, hinstellte. Aufnahme geteilt. – Nach dem Frühstück mein Vortrag über Ostpolitik und Freiheitskampf. Sehr großer Beifall. [Anzapfung?] v. Stegmanns, eines Antisemiten ziemlich trauriger Art, scharf zurückgewiesen, so daß er mangels jedes Widerhalls das Lokal verließ. Kreis im wesentlichen Landadel. Niveau recht bemerkenswert. Meist Führer oder Leute von Erfahrung und persönlichem Urteil. Große Offenheit. Sympathisch. [. . .]

5. März

[. . .] Die Koalitionssünder haben sich wieder zusammengerauft, wie ich es erwartete unter dem Motto: Tributplan über alles. Vorläufig ist es mit den Ministerträumen (Botschafterträumen) der Herren Schiele, Hergt, Lindeiner, Schleicher e tutti quanti also nichts. Nach dem Young-Plan wird man die Krise in alter Frische weiter betreiben. – Jammervolle Rolle Hindenburgs, der abgerüffelt wurde, als er zu Gunsten des „Notopfers“ mit einer sentimentalischen Phrase sich in den Koalitionssunk einmengen wollte²¹.

6. März

Fraktion. Westarp gegen jeden Appell an Hindenburg. Fällt ganz ab. – Zweite Lesung des Tributplans. Für uns spricht Reichert. Unglaubliche Rede von Curtius. Langes Gespräch mit Hugenberg, Oberfohren, Stubbendorff über Agrarpolitik und Schieles zweideutige Haltung. Tirpitz gestorben. Kein Nachruf im Reichstag.

[. . .]

8. März

Bangs Rede 1. Teil sehr gut, nachher ohne rechte Wirkung. Wieder Zusammenstoß mit Löbe, dessen freche Parteilichkeit immer herausfordernder wird²². [. . .]

²¹ Am 28. 2. 1930 hatte Staatssekretär Meißner dem Kabinett erklärt, Hindenburg stehe dem Gedanken eines Notopfers der Festbesoldeten sympathisch gegenüber. Der wirtschaftlich gesicherte müsse dem in Not geratenen Volksteil beispringen. Finanzminister Moldenhauer antwortete jedoch, daß er den Gedanken in seiner Fraktion nicht für durchsetzbar halte; Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1514f.

²² Anlaß für die Auseinandersetzung, die Quaatz mit Löbe hatte, war eine Rede des demokratischen Abgeordneten Dernburg, der Quaatz vorwarf, eine Äußerung von ihm verdreht zu haben. Quaatz

[. . .]

12. März

Propagandaausschuß. Stubbendorffs Agrarprogramm mit Hugenberg. Fraktion – Abends Diner bei Hugenberg. L[otte]-Klitzsch. Ich zwischen Fr[au] Brunk und Frau v. Dommes.

13. März

[. . .] Stalldienst im Reichstag. Hindenburg unterzeichnet den Schmachvertrag. Welch Abstieg! [. . .]

[. . .]

16. März

[. . .] Oberfohren erzählt mir von den Versuchen Brünings, ihn von Hugenberg zu trennen. Brüning wird seine Eitelkeit sehr gefährlich.

[. . .]

18. März

Hannover. Provinzial-Landbund. Erweiterte Vertreterversammlung. Mein Vortrag sehr gut aufgenommen, obwohl recht scharf und Landbund dort politisch sehr gemischt: Deutschnationale, Bauern, Welfen, Zentrum, sogar Volkspartei. Nachher fröhliches Essen mit C. Cordes, Hammerstein und ihrem Stabe. Auch hier hat Hindenburg augenscheinlich gar keine Resonanz.

19. März

Plenum. Abends Galadiner der Anwaltschaft. Recht nett. Dürftige Rede des neuen amerikanischen Botschafters Sackett. Nachher sehr lange mit Winterfeld, J[ustiz]R[at] Hohn, Oberfohren, Dr. Wegener, Dr. Horn.

20. März

Büro. Nachmittags Konferenz Deutsche Bank in Sachen BMW. Langes Gespräch mit Hugenberg und Schiele-Naumburg über die drohende Deflation.

[. . .]

22. März

Propagandaausschuß. Wie meist, sehr gut von den „Prominenten“ der Presse besucht: Mejer, Medem, Harnisch, Fell, Schwendy, Brosius, Scheibe, Nagel, Weiß, Bang, Loh-

unterbrach Dernburg mehrmals und wurde von Löbe jedesmal um Ruhe und um Unterlassung seiner Zwischenrufe ersucht. Der SPD-Abgeordnete Hünlich rief, Quaatz sei „Ein ganz gewöhnlicher Lump“. Löbe rief nicht nur ihn, sondern auch Quaatz wegen fortwährender Störung zur Ordnung. Als Quaatz mehrmals erregt widersprach und Löbes Warnungen nicht beachtete, wies ihn dieser unter dem Beifall der Linken aus dem Saal; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 427, S. 4257 f.

mann. Ergebnis: Hindenburgs Aktion ohne große Resonanz²³. Nicht angreifen. Im Mittelpunkt des Interesses: die „Diktatur“. Der schlaue Brüning rechnet mit Versagen der Koalition. Nach rechts will er nicht. Weimarer Koalition auch nicht. Auskunft: Hindenburg-„Diktatur“. Vorbereitung des Buch von Schmitt über Diktatur als organischer Bestandteil einer republikanischen Verfassung²⁴. Diese „Diktatur“ soll Tributplan durchführen und Unruhen dämpfen. Natürlich nicht gegen Braun-Preußen kämpfen; das kann sie nicht. Parole: Abwarten, darauf hinweisen, daß „Diktatur“ an Preußen nicht vorbeigehen kann, sonst nur „Erfüllungsdiktatur“ gegen die Wirtschaft. Mittelparteien als Schrittmacher der SPD angreifen. Besprechung wie stets in ca. eineinhalb Stunden beendet. [...]

[...]

24. März

Fraktion. Agrarprogramm. Schieles Schwenkung, jetzt für große Aktivität. Höchste Zeit freilich. Nachmittags im Plenum Agraranträge der Koalition. Schieles weitergehende Anträge sämtlich abgelehnt. Völliger Bankrott der „Grünen Front“. Meißner ruft an: Koalition am Bruch! Bluff! [...]

[...]

31. März

[...] Nachmittags Besprechung Oberföhren, Hugenberg, Westarp, Hergt, Wallraf, Schultz, Freytagh, Berndt, Schmidt. Haltung zum Mißtrauensvotum. Der alte Flügel sehr deprimiert. – Ebenso anscheinend Linkspresse. Mit der erhofften Sezession der Bauern unter Schiele ist es vorläufig nichts²⁵. – Ich glaube noch nicht an Neuwahlen, was die ändern anscheinend verblüfft. Weder Brüning, noch Scholz, noch die SPD wollen sie. Brüning will nur bluffen und weiter spalten. – Noch kein fester Entschluß, nur das ist sicher, daß wir nicht pro Kabinett stimmen. Sybel sagt mir dasselbe von den Bauern (Christlich-Nationalen). Bisher scheint alles so einzutreffen, was ich Schiele mehrfach vorausgesagt habe, nämlich daß er sich zwischen alle vorhandenen Stühle setzen werde. Allerdings bleiben Bachmann und seine Gruppe, die im Banne Schieles sind, bedenklicher Faktor. – Hitler bei Hugenberg zur Aussprache.

²³ Am 18. 3. 1930 hatte Hindenburg nach der Unterzeichnung der Gesetze zum Youngplan einen Aufruf erlassen, in dem er den Youngplan gegenüber dem Dawesplan als eine Besserung und Entlastung darstellte, die politisch und wirtschaftlich einen Fortschritt bedeute, und einen Appell zur Einigkeit an die Deutschen richtete; Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 300 f.

²⁴ 1928 erschien in München in zweiter Auflage das Buch von Carl Schmitt, Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf, mit einem Anhang „Die Diktatur des Reichspräsidenten nach dem Art. 48 der Weimarer Verfassung“. Zu den Plänen, Brüning zum Kanzler einer Präsidialregierung zu machen: Bracher, Auflösung, S. 273 f.; Brüning, Memoiren, S. 145–148, 150 ff., 161 f.; Friedenthal, Volksbegehren, S. 167–169; Leopold, Hugenberg, S. 74.

²⁵ Zu Schieles Beitritt zur Regierung und der positiven Reaktion der Agrarverbände: Gessner, Agrarverbände, S. 188 ff.

1. April

Zweimal Fraktion. Nach der dürrtigen Regierungserklärung Vorstoß der Schiele-Gruppe pro Regierung. Nach fünf Stunden vorläufiger Sieg: Mißtrauen, wenn Regierung nicht sofort Agrarprogramme vorlegt. Zu den Schielisten gesellten sich Winterfeld, Rohr usw. Eine Zeit lang waren wir in der Minderheit. Eine recht jämmerliche Truppe. Hemeter: Der Bauer geht nur nach Roggenpreis oder Schweinepreis. Daneben bei Westarp, Reichert, Strathmann die Wut auf Hugenberg. Ehrlich die Angst vor Neuwahlen!! Brüning kennt seine Pappenheimer. Deutschland hat keine eigentliche Oberschicht, nur Interessenten. Darum nennen wir uns Idealisten. Tragikomisch, wie diese Männchen nur ihre Nöte, nie die Schwächen des Gegners sehen. – Morgens Dommess voll berechtigter Sorgen bei mir.

2. April

[...] Plenum. Fraktion²⁶. 28 für Hugenberg, 18 für Regierung bei mehreren Enthaltungen. Sechs von den Schielisten wollen sich fügen. Abends spät läßt mich Hugenberg bitten zur Besprechung der Lage. Ich rate: Abschwenken, falls es Oberfohren gelingt, Kanzler zum Versprechen sofortigen Agrarprogramms (vor Ostern also) zu bringen; dann nach [anderwertem?] Vorschlag Ablehnung des Sozi-Mißtrauensvotums bei gleichzeitiger scharfer Kritik durch Hugenberg. Kampf gegen Landbund heute zu schwierig. Neue Krise werde sehr bald kommen, vielleicht vor Ostern. Hugenberg einverstanden, schien dasselbe gewollt zu haben, braucht Bestätigung.

3. April

Neue Fraktionssitzung²⁷. Große Überraschung. Kanzler hat zugesagt, Hugenbergs Erklärung ohne Debatte genehmigt. Rede Hugenbergs unter wüstem Toben der Linken²⁸. Nachmittags Propagandausschuß. Richtigkeit der Taktik zeigt sich bereits. Gegner verwirrt. [Rote?] Karikatur. Kabinett wütend. Wirth bezeichnet im Wandelgang laut den Kanzler als unfähigen Menschen. – Abends G[arde]Kav[allerie]-Verein Ein-

²⁶ In der Fraktionssitzung vom 28. 3. hatte Hugenberg noch den Standpunkt einer rigorosen Opposition auch gegen das neue Kabinett vertreten. Am 30. 3. hatte ihn dann Schiele darüber informiert, daß das als Bedingung für seinen Eintritt ins Kabinett verlangte Agrarprogramm von der Regierung akzeptiert worden sei. Westarp wollte ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning verhindern. Bei der Abstimmung am Ende des Fraktionstreffens am 2. 4. 1930 ergab sich aber ein Stimmenverhältnis von 28 zu 18 für Hugenbergs Forderung nach Unterstützung des Mißtrauensvotums der SPD. Sondierungen Oberfohrens, der eine Verschiebung der Abstimmung über das Mißtrauensvotum um 12 Tage erreichen wollte, hatten bei Brüning nicht das gewünschte Ergebnis. Brüning erklärte sich nur nochmals bereit, Schieles Agrarprogramm zu unterstützen, worauf Oberfohren für diesen Fall die Unterstützung der Regierung durch seine Fraktion erkennen ließ; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 108 ff.; Walker, Hugenberg, S. 431–436; Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei – Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 47 f.

²⁷ In der Fraktionssitzung am 3. 4. 1930 stellte Oberfohren es so dar, als ob Brüning das Agrarprogramm nur auf den Druck der DNVP hin akzeptiert habe. Deshalb werde die Fraktion gegen den Mißtrauensantrag gegen die Regierung stimmen; dies löste allgemein Überraschung aus. Hugenberg verlangte für die Abstimmung in diesem Sinn Fraktionszwang, wogegen sich kein Widerspruch erhob; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 112 ff., 126 f.; Walker, Hugenberg, S. 437.

²⁸ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 427, S. 4769–4772.

²⁹ An dieser Stelle ist im Tgb. eine Karikatur aus dem „Vorwärts“ vom 4. 4. 1930 eingelegt. Sie zeigt Brüning beim Aufhängen eines Hugenberg-Bildes mit der Schleife „Unser Retter“; am Boden liegt ein abgehängtes, zerbrochenes Bild von Hindenburg.

ladung: Eulenburg, Freytag, Schmidt. Längeres Gespräch Eulenburg, Arnim-Zusedom über Versagen des Großgrundbesitzes.

[...]

5. April

[...] Brüning macht den von mir in der Fraktion mehrfach prophezeiten Schachzug³⁰. Er schiebt die Steuervorlage vor das Agrarprogramm, um uns zu zwingen, die Tributsteuer zu bewilligen. Unsere Speckpolitiker werden das unter Führung Schieles (Fernlenkung) zu erzwingen suchen. Hugenberg will mich morgen sprechen. Werde ihm vorschlagen, jetzt mit Hilfe des Parteivorstands und Oberfohrens, der ausgezeichnet taktiert hat, die Entscheidung à tout prix zu suchen. Auflösung vor Ostern ziemlich sicher. Auch die Regierungsparteien wollen nicht an die Steuern. Besonders schwierig Wirtschaftspartei, die mit uns schon Fühlung sucht, und die Bayern (Biersteuer!). Speck und Bier bilden jetzt das Pivot der deutschen Politik.

[...]

8. April

Parteivorstand³¹. Endlose Rederei, die bei besserer Regie nicht nötig gewesen wäre. Endlich Beschluß im Sinne Hugenbergs.

9. April

Parteivertretung, gute Stimmung für Hugenberg³². v. Weiß-Ostpreußen und v. Bredow-[Stechow?] betonen: Keine politischen Grundsatzopfer, um Agrarvorlage durchzubringen. Ich rede gegen Major Bauer vom Schlesischen Landbund.

10. April

Wie immer – regt sich die Opposition in der Fraktion, die sich in den Partei-Instanzen überhaupt nicht hervorgewagt hatte. Lange Fraktionssitzung³³. Dazwischen Verhandlungen mit Regierung, der Oberfohren mit großer Selbstbeherrschung die kalte Schulter zeigt. Allgemeine Verwirrung.

³⁰ Den Vorschlag eines Junktims zwischen Agrarprogramm und Steuerprogramm hatte Reichsfinanzminister Moldenhauer am 3. 4. 1930 gemacht; Walker, Hugenberg, S. 436.

³¹ Am 8. 4. 1930 verabschiedete der Parteivorstand einen Beschluß gegen das Junktim der Regierung und gab eine Vertrauenserklärung für Hugenberg und für Oberfohren als Vorsitzenden der Reichstagsfraktion ab. Auch einem eventuellen Beschluß auf Fraktionszwang wurde zugestimmt. Die Agrarmaßnahmen sollten unterstützt, die Steuerforderungen abgelehnt werden; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 116 f., 130; Walker, Hugenberg, S. 442.

³² Die Parteivertretung billigte am 9. 4. 1930 den Beschluß des Parteivorstands und sprach Hugenberg und Oberfohren ebenfalls ihr Vertrauen aus. Nur Major Bauer aus Breslau hatte bedingungslos für die Annahme des Steuerprogramms der Regierung gestimmt; Politik und Wirtschaft 1920–1932, 4/I, S. 130.

³³ Hugenberg betonte am 10. 4. 1930, es sei notwendig, das Agrarprogramm ohne die Steuergesetze durchzubringen. Er behauptete: „Die Regierung stehe hilflos unter unserem Druck“ und mahnte zur Geschlossenheit. Es ergab sich bereits Widerspruch Rademachers und Linds vom Reichslandbund, die es ablehnten, die Regierung wegen der Agrargesetze, auch wenn sie mit den Steuergesetzen gekoppelt waren, zu Fall zu bringen; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 130 f.; Walker, Hugenberg, S. 443 f.

11. April

Die Krisis. Abstimmung in der Fraktion³⁴. 27:25 oder 26:26 für Steuergesetze gegen Hugenberg. Verwirrung hüben und drüben. Regierung wagt noch immer nicht die Auflösung. Artikel für Hugenberg, in dem ich die Lage skizziere. Abends: Graef, Bang, Goldacker, Freytag und ich bei Hugenberg. Dieser entschlossen, den Bruch und die Auflösung zu wagen. Oberfohren pessimistisch. Allgemeine Depression. Mandatsangst allerorten. – Wortführer gegen Hugenberg: Bazille, Strathmann, Lind – Westarp und Hergt laurig.

12. April

Bei der Abstimmung bricht die Fraktion auseinander – ohne große Sensation, die ich erwartete³⁵. 31 für Schiele-Kabinet, 23 dagegen. 6 + 1 enthalten sich. 3 fehlen. Die Nichtstimmenden außer Hergt kann man für Hugenberg rechnen, so daß genau ½:½. Allerdings sind von den Jasagern Gerns, Ohler, Haag u. a. durchaus Hugenbergianer. – Hugenberg will Parteivorstand nach Ostern berufen. Ausschluß wird nicht möglich sein. Oberfohren erzählt mir, daß die Jasager seit längerem eigene Fraktionssitzungen, auch bei Schiele abhalten³⁶. Reichert sagt Freytag, Trennung sei unumgänglich. Es ist ein planmäßiges Vorgehen zur Spaltung der Partei gegen Hugenberg, bei dem zusammenwirken: Das Zentrum, hinter dem hier Rom steht, Schiele-Kriegsheim und Schleicher-Kriegsheim.

[. . .]

³⁴ Oberfohren stellte am 11. 4. 1930 vor der Fraktion fest, daß die Regierung sich jetzt stark fühle, weil sie von der Opposition in der Fraktion vom Vortag erfahren habe. Quaatz behauptete, die Regierung würde am Vortag schon nachgegeben haben, wenn die Fraktion nicht gespalten gewesen wäre. Zur Verwirklichung des Agrarprogramms genüge allein schon der Druck des Reichspräsidenten, der seine Ehre dafür verpfändet habe. Hugenberg betonte, auch wenn man die Steuerpläne ablehne, seien Regierung und Reichspräsident nicht in der Lage, das Agrarprogramm fallenzulassen. Ein Antrag Hugenbergs, die Steuerpläne der Regierung abzulehnen, wurde von Lind und Westarp abgelehnt, da man damit auch das Agrarprogramm gefährde. Hugenberg hatte 27 Stimmen bei 25 Gegenstimmen auf seiner Seite; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 132–135; Walker, Hugenberg, S. 444.

³⁵ Oberfohren machte am 12. 4. 1930 der Fraktion klar, daß Brüning bei der zweiten Lesung der Junktim-Gesetze auf einer entscheidenden Abstimmung zu seiner Unterstützung bestehen werde. Er habe gedroht, andernfalls den Reichstag schon in zweiter Lesung aufzulösen. Er steigere seine Forderungen, da ihm die Gespaltenheit der Fraktion bekannt sei. Angesichts dieser Drohung verlange es schon die Ehre der Partei, gegen die Regierung zu stimmen. Quaatz sprach von einem lang angelegten Kampf des Reichslandbunds gegen die Partei. Annahme der Steuern bedeute Preisgabe der Partei. In der Abstimmung in der Fraktion über die Annahme des Junktims ergab sich jetzt eine Mehrheit von 28:22 gegen Hugenberg. Bei der zweiten Lesung im Reichstag stimmten 31 Mitglieder der Fraktion für das Junktim, 23, darunter Quaatz, dagegen; Brüning, Memoiren, S. 169; Leopold, Hugenberg, S. 75; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 135–138; Pünder, Politik, S. 49 f; Walker, Hugenberg, S. 445.

³⁶ Oberfohren behauptete auch später in der Parteivorstandssitzung vom 24. 7. 1930, Hugenbergs Gegner hätten eigene Fraktionssitzungen abgehalten; Politik und Wirtschaft 1920–1932, 4/I, S. 320.

14. April

Dritte Lesung des „Junctim“ und Schluß vor Ostern³⁷. – Als ich morgens erschien, völliges Disaster. Hugenberg und Oberfohren fast verlassen. Im Zimmer Graef etwa zwölf völlig verstörte Anhänger. Goldacker und Graef zu Hause geblieben. Für Hugenberg und Oberfohren noch Schmidt, Frau Lehmann, Bang und neuerdings wieder Stubben-dorff, ferner Berndt, Laverrenz. Freytagh will auch nicht mehr. Eulenburg und Steiniger wollen mich herumkriegen, letzterer wütend, als ich entschieden ablehne. Schließlich sammeln sich wieder etwa 18 um Hugenberg. Gegner tun wie auf Verabredung so, als ob sie die Spaltung nicht bemerkten. Die Journalisten sagen, Hugenberg habe eine große Intrige gemacht: Er lasse die Agrarvorlage mit knappster Mehrheit annehmen, schone aber dabei die ihm nahestehende Gruppe. Damit schlage er zwei Fliegen pp. Im übrigen am letzten Ende nicht so ganz unrichtig. – Kabinett in höchsten Nöten. Zweimal ist Prälat Schreiber bei mir: Wir möchten „noch einige abkommandieren“. Wir unterhalten uns mephistophelisch: Ich: Unsere Leute seien zu gesinnungsmäßig eingestellt. Ich müsse da sehr behutsam vorgehen. Der liebe Gott aber werde schon seine Hand über dem Kabinett halten usw. Langes Gespräch über Preußen, Rechtsschwenkung des Zentrums, Rauscher, Treviranus, v. Hoesch. Er: Nadolny werde Schuberts Nachfolger werden³⁸. Ich fröhlich: Ihr rechnet falsch, wenn Ihr um Hugenberg herumkommen wollt. Er: Leider scheine das richtig. Gespräch mit Sachsenberg: Für uns erfreulich, daß Wirtschaftspartei einen Zwölf-Milliarden-Etat zu vertreten habe. Er: Man müsse im Juni neu wählen. Ich: Da fragen Sie erst mal Bredt usw.! Kurzes Gespräch mit Brüning, der sehr erschöpft und nervös klagt. Er fürchtet, Sozi würden ihn beim Etat kürzen. Ich: Falsch taktiert, Ihr wolltet uns in die Ecke drücken. Auch zu früh. Letzteres greift er auf, (während er ersteres nicht bestreitet) ja, Ausbruch der SPD sei ihm überraschend gekommen³⁹. Man müsse allmählich nach rechts. Er werde zu wenig verstanden. Ich deute auf Preußen hin. Er weicht aus, darüber möchte er nach Ostern mit mir sprechen. – Ähnlich mit dem Welfen v. Hammerstein. Kurz: Alle ignorieren unsere Spaltung. – Wirkliche Lage: Auf dem Seile! Mit dem eigenen meuterischen und böswilligen – durch biedere Agrarier verstärkten – linken Flügel regieren wir das Kabinett. Geht es nach links, so setzt es unsern Schiele-Flügel ins Unrecht und stärkt Hugenbergs Position in der Partei. Stärkt es den Schiele-Flügel durch Rechts-Maßnahmen, so rebellieren Wirth, Dessauer, Stegerwald, Schlack usw. – üble Folgen: Der Zwiespalt zerstört uns die Partei. Auch Parteivorstand kann und wird die Krise nicht lösen. Friedrich der Große nach Hochkirch⁴⁰. Gegner wagen nicht zu verfolgen; die Lage ist aber hochgefährlich. Lange Propagandasitzung,

³⁷ Bei der Abstimmung im Reichstag stand das Ergebnis 32:20 zu ungunsten Hugenbergs. In der Parteivorstandssitzung vom 25. 4. erhielt Hugenberg dann aber erneut eine Mehrheit von vier Fünfteln der Teilnehmer. Am 2. 5. nahmen 28 Fraktionsmitglieder volle Handlungsfreiheit für sich in Anspruch. Hugenberg verzichtete auf den Ausschluß, um die Schwächung der Partei hinauszuzögern. Quaatz warf den Gegnern Hugenbergs in der Fraktion im „Tag“ Angst um ihre Mandate als Motiv für ihr Handeln vor, wogegen sich Westarp in der Fraktionssitzung vom 10. 7. 1930 scharf verwahrte; Friedenthal, Volksbegehren, S. 175; Hiller, DNVP, S. 551; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 138–150, 279.

³⁸ Tatsächlich wurde Bernhard von Bülow Nachfolger Carl von Schuberts als Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

³⁹ Vgl. Brüning, Memoiren, S. 175 f., 178.

⁴⁰ Nach der Niederlage in der Schlacht bei Hochkirch in der Nacht vom 13. zum 14. 10. 1758 war Preußen nicht mehr in der Lage seine Offensivpolitik fortzusetzen und mußte zur Politik der strategischen Defensive übergehen.

in der ich munter zum Angriff blase. Währenddessen Seldte, Duesterberg, nachher Hitler bei Hugenberg. Sehr töricht, daß die Nazis auch gegen die Agrargesetze gestimmt haben. Das wird Frick in Thüringen spüren⁴¹. – Unser Schiele-Flügel bildet im stillen schon eine Fraktion!

16. April

Vor- und nachmittags Konferenzen in Sachen BMW. Mittags mit Hugenberg und Schmidt. Stahlhelm butterweich⁴². Hitler im Banne seiner Gefolgsmannen. Meine Auffassung: Alle tanzen auf dem Seile: a) SPD muß scharfe Opposition machen, der kommenden Wahlen wegen, darf keine Opposition machen wegen Preußen; b) Brüning muß rechts regieren, um unseren Schiele-Flügel gegen Hugenberg zu stärken, verärgert damit aber Demokraten und Gewerkschaften; c) wir können Brüning durch Abwarten also völlig zermürben, inzwischen aber unterwühlen Westarp, Schiele pp. die Partei; usw. ad⁴³ infinitum. Allgemeine Zermürbung. Hugenberg sehr ruhig. Ich sage: Man darf z. Zt. niemanden fürchten und auf niemanden hoffen [. . .]

[. . .]

9. Mai

[. . .] Abends mit Hugenberg und Spahn bei Lautzsch. Besprechung der Lage. Hugenberg sehr munter und frisch.

10. Mai

Büro. Artikel „Reparationsinsel“ für „Tag“⁴⁴. Schreiben an Berckemeyer, der mich in sehr ungehörig drohender Weise im Sinne der Separatisten zu beeinflussen sucht. [. . .] – Der von uns vorausgesagte Bankerott der Schiele-Politik für den Osten wird deutlich. „Deutsche Tageszeitung“ vertröstet auf das nächste Jahr! Sofortpolitik! Roggenpreis unter Vorjahr. Kartoffeln und Milch nach wie vor schlecht. Schweinepreise sinken. Vorteil haben die Zentrumsbauern im Westen und Baade mit seiner Getreidegesellschaft, die ihre Bestände rechtzeitig abgestoßen haben⁴⁵. Der Landwirt hat – wie ich ihnen immer prophezeite – zu spät verkauft. Osthilfe zersplittert und zur Wirkungslosigkeit verurteilt. 100 Millionen jährlich für den Osten bei Jahresverlusten, die allein für Ostpreußen auf eine runde Milliarde berechnet werden. Der Landwirt bleibt das Opfer der Tributpolitik! Es ist nicht nur schändlich, sondern saumäßig dumm, wenn man dem Bauern jetzt vom Landbund predigt: „Was geht Dich Vaterlandspolitik an!“ Die Speckzollpolitik wird sich namentlich an den armen Bauern im Osten bitter rächen.

[. . .]

⁴¹ Der Nationalsozialist Wilhelm Frick war dort seit Januar 1930 Innen- und Schulminister in einer Rechtskoalition.

⁴² Seldte hatte am 6. 4. gefordert, Brüning eine Chance zu geben; Walker, Hugenberg, S. 441.

⁴³ Original: im.

⁴⁴ Reparationsinsel. Eine Warnung, in: Der Tag vom 11. 5. 1930.

⁴⁵ Anfang November 1929 war ein Reichskommissariat für die Roggenwirtschaft geschaffen worden, das der Sozialdemokrat Baade innehatte, der auf eine monopolartige Bewirtschaftung der Ein- und Ausfuhr von Getreide hinarbeitete; Gessner, Agrarverbände, S. 204.

13. Mai

Duisburg. Große Landesverbandssitzung. Spreche gegen Dryander. Resolution mit 36:8 gegen ihn. Er dürfte dort erledigt sein. Hugenberg sehr populär, gerade beim kleinen Mann. Hin- und Rückfahrt mit Deerberg.

[. . .]

17./18. Mai

Nach Bielefeld (unterwegs v. Rohr). Salzuflen mit seinem schönen Kurpark. Lage. Landesvorstand von Lippe. Mehrere Treviranus-Freunde. Überwiegend Landwirte. Anfänglich etwas schwankend (Landbundführer der alte Meyer zu Dörentrup.) Dann aber alle einstimmig für Hugenberg. Starke Stimmung gegen Schiele, Kriegsheim und Landvolkpartei. – Hübsche Autofahrt durch das stille Lippeland über Lemgo nach Hameln. Dort „parlamentarischer Abend“ mit Essen. Ca. 50–60 Teilnehmer, aber gut gemischt: Volkspartei, Welfen, Landbund, Stahlhelm. Lebhaftige Diskussion bis gegen 1.00 Uhr. Konnte zum Schluß scharf die Notwendigkeit der Diktatur herausstellen. [. . .]

19. Mai

Nach Wittenberge, Kreislandbund Westprieignitz, um Stubbendorff beizustehen. Erwies sich als unnötig, da die 1000 Mann scharfe Resolution für ihn fassen und Gegner schweigen. Morgen dagegen scharfer Kampf im Vorstand Brandenburgischer Landbund gegen ihn zu erwarten. – Entwurf von zwölf Sätzen über Landwirtschaft für Hugenberg. – Gestern Alddeutscher Verband in Potsdam. Natürlich für Hugenberg. Es erscheint sicher, daß man im Lande allgemein für Hugenberg ist. Landbund uneinheitlich. Man muß eine feste Sprache führen. Wenn nur bald Neuwahlen kämen.

20. Mai

Reichstag. Fraktion Besprechungen. – Aufsatz Diktatur für Deutschenspiegel fertig.

21. Mai

[. . .] Besprechung im Reichstag. Nachmittags zwei Stunden bei Hugenberg. Ich bringe ihm den Entwurf eines Pronunziamento betr. Agrarprogramm in zwölf Sätzen⁴⁶. Anschließend Gespräch über die Lage: Sachsen, Rheinland, Westfalen-Ost usw. Fragt, ob ich in einem Wahlkreis aufgestellt werden möchte. Ich: Nein. Erfahrungen in Dresden. Lieber gar nicht. Hugenberg: Das möchte ich keinesfalls. Ablenkung: andere Kandidaturen. Notwendigkeit frischen Bluts. Ich deute an, daß ich auf die 4. Stelle der Reichsliste Anspruch erhebe.

[. . .]

⁴⁶ Das Agrarprogramm enthielt im wesentlichen eine Wiederholung der Forderungen des Parteivorstands vom 15. 4. 1929. Hugenberg forderte grundsätzliche Maßnahmen ohne Hinweis auf die Möglichkeit ihrer Verwirklichung. Neben den Forderungen nach Umwandlung der Rentenbank-Kreditanstalt in ein landwirtschaftliches Selbstverwaltungsunternehmen sowie der Beseitigung des Einflusses der Preußenkasse bei der Vergabe landwirtschaftlicher Kredite standen die nach einer Steuersenkung für die Landwirtschaft und eines allgemeinen Zinsenmatoriums. Dazu kam eine Fülle politischer Forderungen, vor allem die nach Ablösung der preußischen Regierung; Warum leidet der Bauer Not? Zwölf Sätze Dr. Hugenbergs, in: Deutscher Schnelldienst vom 28. 5. 1930.

23. Mai

[. . .] Abends Schultz-Bromberg 70. Geburtstag. Lange Unterhaltung mit Annagrete Lehmann. Schiele erscheint. Gegen Morgen offenerherzige Debatte mit ihm. Ich benutze die Gelegenheit, ihn coram publico abzukanzeln.

24. Mai

Prenzlau. Interessante Kirchen. Frühstück und Vortrag im kleinen Kreise, namentlich Auseinandersetzung mit Landbund. Arnim-Kröchlendorf sekundiert mir.

26./27. Mai

Hamburg. Hinfahrt mit Gok, Rückfahrt mit Hugo Stinnes. Vortrag im geladenen Kreise im „Atlantic“. Gastgeber Lienau. Nach den vielen persönlichen Ansprachen hinterher anscheinend guter Erfolg, auch bei der Bürgerschaftsfraktion, die fast vollzählig da war, und anderen Gegnern. „Hamburger Nachrichten“ loben im Bericht die „feine taktvolle Form“. Sachlich sehr scharf gegen Westarp, der [vor] einige[n] Wochen im Nationalen Klub gesprochen hatte.

[. . .]

12. Juni

Büro. Aussprache mit Terdenge im Auswärtigen Amt über dessen Kulturpolitik und Kulturfonds. Lindeiner soll bei Ossa ausgeschifft sein.⁴⁷ [. . .]

18. Juni

[. . .] Gespräch mit Oberfohren, der m. E. sehr geschickt auf beiden Achseln trägt. Sein Verhältnis zu den Jasagern ist das denkbar beste. Schiebt Schulz und Hergt in die Geheimorganisationen des Auswärtigen Amts, wo sie natürlich personae gratae sind. – Hugenbergs lange Abwesenheit während seiner vielen Vorträge im Lande läßt hier natürlich viele Lücken. Dazu Schmidts und Bangs Krankheit. Freytag ganz okkupiert von seinem neuen Amt als Referent für Auswärtiges Amt.

[. . .]

23. Juni

Reichstag [mittags?]⁴⁸ langes Gespräch mit Hugenberg: Er versichert, daß er Haßlachers und [. . .?] Wiederwahl verhindern werde.

[. . .]

⁴⁷ Im Zusammenhang mit der Stützungs politik des Reichs erhielten die deutschen Minderheiten in den jetzt polnischen bzw. belgischen und dänischen Gebieten und darüber hinaus im Baltikum, der Tschechoslowakei und Siebenbürgen und Rußland durch geheime Kanäle Zuschüsse und Kredite. Die im April 1926 gegründete Ossa Vermittlungs- und Handelsgesellschaft m. b. H. war eine Dachgesellschaft für die verschiedenen Kreditunternehmungen. Als Begutachter für Kreditanträge im Südostraum war in der Geschäftsführung von Lindeiner-Wildau vertreten; Norbert Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933, Stuttgart 1973, S. 89–96.

⁴⁸ Original: m. s.

7. Juli

[. . .] Fraktion stille Arbeit des Westarp-Flügels gegen Hugenberg. Vorläufig will dieser Flügel aber die Steuergesetze ablehnen. Dabei kann die Regierung bestehen: für Notopfer pp. Mehrheit mit SPD, für die Reform (recht dürftige) der Sozialversicherung, namentlich der Erwerbslosenversicherung, mit rechts. Die Neuwahlen werden vermieden – das ist die Hauptsache! Hugenberg ist sehr zaudernd, anscheinend fürchtet er die Industriebeamten (Reichert, Haßlacher, Rademacher, Leopold pp.), was seinem Ansehen sehr schadet. – Denkschrift und Debatten über Hugenbergs Tributabgabe⁴⁹. [. . .]

13. Juli, Sonntag

Denkschrift zur Hugenbergschen Tributabgabe dort [Lichtenrade] fertiggestellt. – Die stille Krise in der Fraktion dauert an. Sie wird in der nächsten Woche zum Ausdruck kommen, wenn es zur Abstimmung über die Steuergesetze des Herrn Dietrich kommt. Moldenhauer verschwand, aber man moldenhauert weiter. Die Dissidenten werden nach wie vor von Westarp geführt; dieser will aber nicht freiwillig gehen, sondern sich ausschließen lassen. Im übrigen scheint im Lager Westarp-Schiele große Verwirrung zu herrschen. Die Zahl der Absplitternden schätze ich auf 12–15. – Die Finanzkatastrophe kommt immer näher. Meine Schätzung von 2 Milliarden organischem Defizit erregt viel Aufsehen, wird aber von der Wirklichkeit vielleicht übertroffen werden. Der Steuerdruck überschreitet alle Grenzen. Dabei zunehmende Verschuldung: in eineinhalb Jahren bis Ende 1930 6,5 Milliarden *mehr* in Reich, Ländern, Gemeinden.

[18?.] Juli

Auflösung⁵⁰. Westarp mit ca. 22 Mann ausgetreten, endlich Klarheit geschaffen. Reichstag gesprengt. Regierung auf den Weg in die Diktatur gedrängt. Sogar Staatsstreich

⁴⁹ Nach dem Vorschlag Hugenbergs sollte für alle nach Deutschland importierten Waren ein Sonderzoll von etwa 15% vom ausländischen Lieferanten gezahlt werden, um so die Deutschland aufgeworbenen Reparationslasten auf die Reparationsgläubiger selbst abzuwälzen. Die Aufnahme dieses Vorschlags in der Fachwelt war ganz und gar negativ; Walker, Hugenberg, S. 455 f.; Wolfgang J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932, Berlin 1962, S. 14 f.

⁵⁰ Nachdem SPD und KPD die Aufhebung der von Brüning erlassenen Notverordnung mit seinem Finanzprogramm gefordert hatten, versuchte Brüning in einer von Hugenberg herbeigeführten Unterredung am 17. 7. 1930 zu einem Arrangement mit der DNVP zu gelangen. Hugenberg forderte dabei, daß die Fraktion sein Verhandlungsergebnis von vornherein akzeptieren müsse. Er verlangte für eine Unterstützung Brünnings, daß das Zentrum aus der Koalition in Preußen ausscheiden solle. Bis dahin sollte die Abstimmung um drei Monate vertagt werden. Brüning war zwar bereit, mit ihm über eine Koalition in Preußen zu verhandeln und sie bis zum Herbst herbeizuführen, erklärte aber angesichts der Kassenlage des Reichs eine Verschiebung der Abstimmung für unmöglich. In der Fraktionssitzung nach den ergebnislosen Verhandlungen Hugenbergs äußerte Quatz, der DVP-Vorsitzende Scholz habe ihm bestätigt, daß Verhandlungen der Deutschnationalen mit der Regierung zwecklos seien. Die Politik Brünnings gehe nach wie vor auf die Zerschlagung der Partei und gründe sich auf die Hoffnung, dafür in der Fraktion genug Hilfskräfte zu finden. Bei der Abstimmung im Reichstag am 18. 7. 1930 stimmten 32 Deutschnationale mit Hugenberg gegen die Regierung, 25 für Brüning bei 5 Enthaltungen. Westarp und mit ihm 24 Abgeordnete verließen die Partei und schlossen sich mit einem Teil der schon 1929 abgefallenen Deutschnationalen zur Konservativen Volkspartei zusammen; Brüning, Memoiren, S. 179–181; Friedenthal, Volksbegehren, S. 176 ff.; Hiller, DNVP, S. 551 f.; Leopold, Hugenberg, S. 78 f.; Politik und Wirtschaft 4/I 1930–1932, S. 286–300, 314–324; Walker, Hugenberg, S. 460–473.

nötig, weil aufgehobene Verordnung erlassen werden muß. Allgemeine Empfindung: ein Stoß ins Herz des Parlamentarismus.

31. Juli

Phantastisch viel Wahlarbeit. Stundenlange Konferenzen mit Hugenberg über die Wahl Listen. In seinem Auftrage nach Breslau, um Freytagh durchzudrücken. Mit Erfolg, aber Perfidie Goßlers und seines Geschäftsführers. Magdeburg wegen Kandidaturen. Professor Meyer sehr fügsam. Artikelserie für „Tag“⁵¹. Propagandaausschuß. Wahlzeitung. Wahlkorrespondenz usw. usw. [. . .] Überall in der Partei glänzende Stimmung. Führerschaft verkalkt. Erneuerung nötig. M. E. erfolgt z. Zt. geradezu eine Wiedergeburt der Partei.

15. August

Oberfohren bei mir, anscheinend neugierig wegen meines Verhältnisses zu Hugenberg. Dies etwas gespannt, weil er anscheinend wieder eine Art Honoratiorenschicht in der Partei durch „Ehrenplätze“ auf der Reichsliste schaffen will, was für ihn wie die Partei verderblich würde. Auch meine Stellung dadurch berührt. Die sonst sehr freundschaftliche Aussprache vom 1. August endete daher mit starker Entfremdung, zumal ich mich seines wenig loyalen Verhaltens bei der Wahl 1928 entsann. Ich habe meine äußerst rege Pressetätigkeit weitergeführt: Große Artikelserie im „Tag“, ferner „Lokalanzeiger“, „Deutsche Zeitung“, Provinzpresse, Parteizeitungen, endlich die große Denkschrift über die Tributabgabe fertiggestellt, im übrigen aber den Verkehr mit Hugenberg nur schriftlich weitergeführt und die aufreibende Arbeit in der Geschäftsstelle selbst (Konferenzen pp.) eingestellt. Bang und Schmidt gegenüber habe ich mich offen ausgesprochen, als diese anriefen. Oberfohren gegenüber, der mich direkt fragte, habe ich nichts merken lassen. Morgen Parteivorstand, in der Hugenberg seine Listenpläne vorlegen will. – Meine Artikel erregen heftigen Widerhall, namentlich bei der Regierung. Das Defizit von 4 Milliarden, das ich angekündigt habe, scheint noch zu klein zu sein. Die Katastrophe naht. Wir verschulden uns bei Frankreich!

16. August

Parteivorstand. Kandidatenlisten. Dauerte dieses Mal dank der Vorbereitung „nur“ etwa sechs Stunden – früher mehrere Sitzungen! Ich wurde an der von mir gewünschten 4. Stelle hinter Hugenberg, Frau Müller-Otfried, Weilnböck aufgeführt. Muß die treugebliebenen Reichstagsabgeordneten, besonders Graef, entschieden gegen den Ansturm der Landtagsabgeordneten in Schutz nehmen. Ernster Widerstand gegen Hugenberg trat nicht hervor. Verhandlung verlief würdig. [. . .]

17. August

Sonntag bis nachmittags in Lichtenrade. Strömender Regen wie seit einer Woche. Artikel für „Tag“: „Schuld oder Schicksal“ beendet. Zweiten begonnen, in dem ich die ruchlose Pumperei bei den Franzosen und die riesige schwebende Schuld beleuchten will. – In der

⁵¹ Freiheitspolitik oder Tributpolitik, in: Der Tag vom 31. 7. 1930; Sinkende Wirtschaft, in: Der Tag vom 3. 8. 1930; Bilanz der Demokratie, in: Der Tag vom 8. 8. 30; Staatsreform, in: Der Tag vom 14. 8. 1930; Schuldkonto und Kapitalkonto, in: der Tag vom 20. 8. 30, S. 198.

„Deutschen Zeitung“ erscheint ein Rückblick auf die verhängnisvolle Rolle der Mittelparteien–Stresemann–Zentrum–Reichslandbund[:] „Nationalpolitik und Mittelparteien“.
[...]

[...]

15. September

Wahlergebnis: Gewaltige neue Welle des Nationalismus, die dritte seit 1920⁵². Wir haben uns von 36 nur auf 41 heben können, da auf uns die ganze Last des Wahlkampfes lag und der Verrat der Fraktionsmehrheit ein starkes Mitreißen der Masse unmöglich machte. Dafür haben die Nazis die ungeheure Zahl von 107 erreicht. Das Verhältnis von 1924 ist umgekehrt. Nostra culpa, d. h. die Schuld der Schicht Westarp u. Co. Vergeltung ist die furchtbare Niederlage der „Konservativen“, von denen trotz ihres großen Geldaufwandes so gut wie nichts übrig ist. Wahrscheinlich kommen nur Westarp und Trevi auf der Reichsliste des Landvolkes durch. Große Sorge, ob die Führung der Nazis der Lage gewachsen sein wird oder so versagen, wie die Führung der DNVP 1924. – Wahlreisen. [...] Dazu eine Menge Zeitungsartikel, die der Regierung, namentlich Herrn Brüning, schwer auf die Nieren gingen. Im Sportpalast bei der großen Kundgebung griff Brüning mich persönlich an. – Was die Partei betrifft, außer in Gießen, sehr günstige Eindrücke, was Geschlossenheit und Mut betrifft. – Die große Geschwulstoperation, die uns von den Stellenjägern und Geschäftemachern befreite, war ein Segen für die Partei wie für das Ganze. [...]

[...]

20. September

[...] Schiele dekuviert sich. Die Roggenstützungsaktion sofort nach der Wahl abgebrochen. Diese Wahl hat damit mindestens 20 Millionen bar und ca. das doppelte an Reichskrediten gekostet. Umsonst: Das Landvolk gerät jetzt um so mehr in Aufruhr. So aber wird in Deutschland Politik gemacht!

25. Oktober

Es hat sich manches geändert. Schiele hat im Landbund zurücktreten müssen⁵³. Kalck-

⁵² Die DNVP verlor 32 Sitze und besaß nun 41. Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei und der Landbund hatten zusammengerechnet 22 statt vorher 13 Sitze, die Konservative Volkspartei nur 4. Die NSDAP besaß nun 107 statt 12 Sitze, die SPD 143 statt 153, das Zentrum 68 statt 62, die DVP 30 statt 45, die DDP (bzw. Deutsche Staatspartei) 20 statt 25. Die KPD hatte von 54 auf 77 zugenommen. In einem Aufsatz betonte Quaat, Ergebnis der Wahlen sei es, daß das Zentrum kein Doppelspiel mehr mit links oder rechts treiben könne und sich entscheiden müsse. Die Volkskonservative Partei habe aufgehört zu bestehen. Der Versuch des Reichslandbunds, die Landwirte als Partei zu organisieren, sei fehlgeschlagen. Die nationale Opposition sei nun stärker als die Sozialdemokratie. Das System der Mitte sei zerstört und man könne sich nun gegen sie als Hauptfeind richten. Hugenberg sei sowohl die Reorganisation der Partei als nationaler Widerstandsblock und die Zerschlagung des Systems der Mitte gelungen. Nun stehe der Entscheidungskampf bevor. Die NSDAP müsse noch zu einer klaren Wirtschafts- und Finanzpolitik finden; Quaat, Der vierzehnte September 1930, in: Deutschlands Erneuerung, Heft 10, (1930), S. 626–629.

⁵³ Der Reichslandbund versuchte, die Niederlage der Landvolkpartei durch einen scharfen Rechtskurs wiedergutzumachen. Auf massiven Druck hin gab Schiele seine Stellung als geschäftsführender Direktor auf, die er formal noch innehatte. Hugenbergs Anhänger Graf Kalckreuth wurde an seiner

reuth gewählt. Hepp tritt zurück. Bauernpartei will augenscheinlich Herrschaft in der Dessauer Straße oder Spaltung. Die „Bonzen“ haben die Krise herbeigeführt, wie ich in dem Aufsatz: „Heimatloses Landvolk“ voraussagte⁵⁴. Auch an Schiele vollzieht sich, was ich ihm voraussagte. – In der vorigen Woche große Debatten im Reichstag. Oberfohren liest programmatische Erklärung. Ich und Bang zerzausen die Finanzpolitik⁵⁵. Oldenburg und Schmidt gegen Groener. Stubbendorff Landw.[irtschaftspolitik?]. Unser Auftreten war geschlossen und wirksam. Wir 40 Mann duellierten mit der Regierung. Sozi pöpelhaft und *ohne jeden Versuch* sachlicher Debatte. Nazis nur in Straßers Rede glücklich, aber wenig zur Sache vertreten. Die Finanzkatastrophe ist nicht mehr aufzuhalten. Von hier aus wird sich die Lage aufrollen. Es gelingt mir, über 90 000 Mark für die Partei zusammenzubekommen. Gesundheit schlecht: Herzerweiterung. Gefäßkrankheit. Gehen behindert. [. . .]

29. Oktober

Auswärtiger Ausschuß⁵⁶. Abrüstung. Tribut-Revision. Außer Curtius Dietrich [und] Bredt anwesend. Nazis versagen sowohl in der Debatte wie im Vorsitz. Debatte dreht

Stelle gewählt und Schieles Anhänger im Vorstand in der Folgezeit entmachtet; Gessner, Agrarverbände, S. 239 ff.

⁵⁴ In dem Artikel „Heimatloses Landvolk?“, in: Der Tag vom 29. 8. 1930, hatte Quaatz betont, politische Isolierung gegenüber der nationalen Rechten bedeute für die deutsche Landwirtschaft Lebensgefahr. Die Politik der Grünen Front habe jahrelang den Abmarsch zur Mitte und zum Zentrum vorbereitet. Hermes, der seinerseits auf den beherrschenden Einfluß des Gewerkschaftsflügels habe Rücksicht nehmen müssen, habe alle Aktionen der Deutschnationalen zensiert. Diese hätten das Zentrum damit nicht mehr agrarpolitisch unter Druck setzen können. Wenn Bauern und Junker die nationale Front verließen, würden sie heimatlos. Quaatz kommentierte in einem handschriftlichen Vermerk „Das war wohl mein bester Zeitungsaufsatz. Er schlug im R[eichs]landbund sehr stark ein“; in: BA, NL Quaatz 11.

⁵⁵ In seiner Reichstagsrede wies Quaatz darauf hin, daß die Banken für das, was sie dem Reich geborgt hätten, ihrerseits bei der Reichsbank Rückendeckung hätten nehmen müssen. Das Kabinett Brüning habe eine Mehrbelastung von 5 Milliarden gebracht. Es beginne jetzt „die Epoche der Erfüllung“, von der die Massen betroffen seien: „Für niemanden ist die Vaterlandslosigkeit so unrentabel wie für den kleinen Mann“. Die Steuererhöhungen nützten nichts mehr, die Wirtschaft versage. Man könne nicht den Lebensstandard des deutschen Volkes aufrechterhalten und gleichzeitig den französischen Militarismus finanzieren. Das, was geschehe, sei nicht Ausfluß einer Weltwirtschaftskrise. Frankreich kenne weder Weltwirtschaftskrise noch Arbeitslosigkeit; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 444, S. 34 ff. Am folgenden Tag sprach er nochmals zu Details des Haushalts, danach hielt er keine Reichstagsreden mehr.

⁵⁶ Außenminister Curtius wollte sich im Ausschuß gegen die Beantragung des im Youngplan vorgesehenen Moratoriums wenden, da er die Möglichkeit einer Revision zum damaligen Zeitpunkt nicht für günstig hielt. Alle entsprechenden Anträge wurden dann abgelehnt. Die Nationalsozialisten forderten Aufhebung des Versailler Vertrags und der Reparationsverträge. Finanzminister Dietrich wandte sich gegen den Hugenbergschen Plan einer Reparationsabgabe, den er als undurchführbar bezeichnete. Der Zentrumsabgeordnete Ulitzka trat für eine aktivere Außenpolitik ein. Alle von der Rechten gestellten Anträge bezeichnete er als verfehlt, da ihnen nur mehr oder weniger parteipolitisch agitatorische Bedeutung zukomme. Quaatz forderte, Curtius selbst solle noch vor Beginn der allgemeinen Debatte zu den Anträgen Stellung nehmen, was dieser sofort tat. Quaatz betonte, die Darlegungen von Dietrich und Curtius hätten klar und deutlich ergeben, daß im Young-Plan kein geeignetes Mittel für die Herbeiführung einer Revision gegeben sei. Es sei nicht klug, wenn Deutschland jetzt zunächst seine Finanzverhältnisse in Ordnung bringen wolle und dann einen Schuldennachlaß anstrebe. Einem sanierten Schuldner entgegenzukommen, dazu hätten die Gläubiger im allgemeinen weder Lust noch Anlaß. Die Tributfrage müsse in ihren Grundlagen angefaßt werden. Der Kampf ginge um den Versailler Vertrag, um die deutsche Ehre und um die deutsche Reinigung von der Kriegsschuldflüge. Das Versagen der Nationalsozialisten in der Debatte mochte sich für Quaatz

sich im wesentlichen um meine Ausführungen, die diesmal mit größter Aufmerksamkeit angehört werden. Stellung der Regierung und Regierungsparteien faßt der oberschlesische Prälat Ulitzka in das herrliche Wort zusammen: „Nur nichts Positives!“, was ich zu seiner Wut festnagele. Beschluß natürlich im Sinne Ulitzkas. Abends dann noch Vortrag Lankritz.

30. Oktober

Bei Claß. Vortrag Claß vor ca. 20 Herren über Österreich. Versagen Starhemberts⁵⁷. Politische Kopflosigkeit der Heimwehren. Überlegenheit der klerikalen Taktik. – Ich weise darauf hin, daß auch unseren Nazis die Gefahr droht, in die Netze des Zentrums zu fallen. – Nachmittags wie immer Rechnungsausschuß. Parlamentarischer Kommiß. Bei Flick, den ich zu Hugenberg und uns zu bekehren suche – nicht ohne Erfolg⁵⁸. Auch Flick rechnet mit schwerster Krise im Winter. – Artikel für „Tag“: „Nur nichts Positives“⁵⁹. Aufsatz für die neue Zeitschrift „Das Freie Deutschland“ über das Problem der Reichsfinanzen⁶⁰.

31. Oktober

Frühstück bei Kroll, gegeben von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft⁶¹. Gespräch mit Professor Franke und Dr. Wildenhagen über die Wühlarbeit des Zentrums. Darauf Direktiven in der Geschäftsstelle. Konferenz über Lage: Unsere Stimmenthaltung zum Abrüstungsantrag im Auswärtigen Ausschuß erweist sich als eine Art politische Tat. Die Nazis haben sich schwer blamiert und vertuschen die Blamage durch Siegesgeschrei. Oder sie [hängen?] schon mit dem Zentrum, wie Starhemberg in Wien! Langer Brief an Hugenberg. – Gerade in der Oberschicht ist man sich wieder nicht klar, vor welchen Gefahren wir stehen. Genau wie 1913/14 und 1922/23! Die Arbeitslosigkeit ist nicht mehr zu dämmen. Das Reich pumpt etwa 20% seines Jahresbedarfs, dazu noch im Ausland. Aber geredet wird wundervoll.

daraus ergeben, daß Graf Reventlow einer Verständigungspolitik das Wort redete und betonte, die Nationalsozialisten wollten keine Aufrüstung; Die Kabinette Brüning I u. II. 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931. 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932, Bd. 1, 30. März 1930 bis 28. Februar 1931, bearb. von Tilman Koops, Boppard am Rhein 1982, S. 576–579; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/I, S. 446–456.

⁵⁷ Der österreichische Heimwehrführer Fürst Starhemberg griff Anfang September 1930 die Spitze der Heimwehr scharf an und forderte, die Führung einem „Fanatiker der Tat“ zu übertragen. Es gelang ihm zwar, selbst zum Führer der Heimwehr gewählt zu werden, doch war er nicht erfolgreicher als die bisherige Führung. Ein Wahlbündnis mit den Nationalsozialisten kam nicht zustande, da Hitler Parität mit der Heimwehr verlangte; Carsten, Faschismus, S. 167.

⁵⁸ Flick gab aber wohl erst 1932 an Hugenberg Gelder für die DNVP; siehe Günter Ogger, Friedrich Flick der Große, Bern, München, Wien 1971, S. 116, 130; Henry A. Turner, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 311.

⁵⁹ Nur nichts Positives!, in: Der Tag vom 1. 11. 1930.

⁶⁰ Das Problem der Reichsfinanzen, in: Das Freie Deutschland, 11. November 1930, Heft 8, S. 204–211.

⁶¹ Bei der Gründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Jahr 1920 schlossen sich alle deutschen wissenschaftlichen Körperschaften zusammen, um den Zusammenbruch der Forschung abzuwenden. Geldgeber waren das Reich, deutsche Wirtschaftskreise und ausländische Spender. Die Notgemeinschaft versorgte wissenschaftliche Bibliotheken mit ausländischen Zeitschriften und beschaffte im Ausland erscheinende wissenschaftliche Standardwerke. Sie subventionierte auch den Druck wissenschaftlicher Werke und vergab Forschungsstipendien; Alher, I. G. Wissenschaft, in: Die Weltbühne vom 12. 6. 1928, S. 907–911.

4. November

[. . .] Brüning legt im Reichsrat wieder 28 neue Finanzgesetze vor⁶². In diesem Jahre nun schon die 5. Steuerwelle. Den Reichstag scheint [er] (unter Duldung der SPD) möglichst ausschalten zu wollen. Die Reden machen den Eindruck tödlicher Verlegenheit. In der SPD wiederholt Stimmen: Die Verherrlichung des Young-Plans war ein Fehler. Die Tributpolitik geht den eigenen Wählern an die Nieren. Darum jetzt Vorsicht! Der Winter 1930/31 wird ein Krisenwinter ersten Ranges. [. . .]

4. Dezember

Lange Beratung mit Hugenberg, Winterfeld, Schiele-Naumburg, Bismarck, Oldenburg, Stubbendorff u. a. betr. Moratorium für den Osten. Abends Stimming bei uns. Gespräch über Politik: Bestätigte: Curtius muß fort. – Umbildung des Kabinetts nach Weihnachten mit Schacht geplant. [. . .]

[. . .]

6. Dezember

Den ganzen Tag Parteiausschuß betr. Entschuldung der Landwirtschaft im Osten: Hugenberg, Winterfeld, Schiele, mehrere Herren aus Ostpreußen und Pommern⁶³. Es gelingt mir, wenigstens den Entwurf einer Verordnung über ein Moratorium („Vollstreckungsschutz“) durchzubringen. Im übrigen will Hugenberg Entschuldung durch Landabgabe, Winterfeld Zuschüsse zu Landschaftszinsen, ebenso Ostpreußen, während Pommern zinslose Amortisation der schwebenden Schulden will. Ich entwerfe abends einen Entwurf betr. Entschuldungsverfahren, der Einigung ermöglichen soll.

7. Dezember, Sonntag

[. . .] Regierung hat ihre Dezember-Verordnung unter Dach⁶⁴. Es wird ihr aber nicht gelingen, die SPD bei der Stange zu halten. Die Not wächst zu stark. Die SPD ist in der Zange. Artikel in der „Deutschen Zeitung“: Ein System stirbt⁶⁵.

[. . .]

14. Dezember

Die ganze Woche Ausschüsse, Plenum Abstimmungen. Zeitungsartikel. Brünings Mehrheit wird immer schwächer, die Ansprüche der SPD werden größer. Für Februar erwartet man Curtius Entlassung. Brüning soll auf Schacht hoffen. Das Kabinett ist nach dem Ausscheiden Bredts⁶⁶ ein reines Zentrumskabinett. Schiele und Treviranus haben nichts

⁶² Vgl. Brüning, Memoiren, S. 209.

⁶³ Im Dezember 1930 veröffentlichte die DNVP den „Hugenberg-Plan“ zur Entschuldung des östlichen Deutschlands. Hugenberg schwebte eine staatsdirigistische Maximallösung vor; Entschuldung der Landwirtschaft! Das Hugenberg-Programm. Gesetzentwurf und erläuternde Aufsätze, Berlin 1931 (Quaatz schrieb dort auf S. 6 f. die Erläuterungen zum Thema „Vollstreckungsschutz“); Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930 bis 1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 126 ff.

⁶⁴ Vgl. Brüning, Memoiren, S. 211 f.

⁶⁵ Ein System stirbt, in: Deutsche Zeitung vom 7. 12. 30.

⁶⁶ Zum Ausscheiden Bredts: Brüning, Memoiren, S. 210; Martin Schumacher, Mittelstandsfront und

hinter sich. Der Haushalt ist nicht saniert, eine Reihe von Gemeinden zahlungsunfähig. Die Landwirtschaft im Osten am Rande der Verzweiflung. – Hugenberg's großer Entschuldungsplan zeigt den Weg zur Rettung, braucht aber ein Opfer des Reichs von jährlich 200–300 Millionen. Dafür ist kein Geld da, selbst die dürftige „Osthilfe“ ist gestoppt. [. . .] Die Fraktion hat bei der Reichstagsdebatte sehr gut abgeschnitten. Neue Kräfte: Kleiner und Doehring. Aber alle geistige Führung hilft zur Zeit noch nichts. Alles läuft zu den Nazis: „denkbar stärkster Ausdruck der Unzufriedenheit“. Aber unsere Politik seit 1928 erweist sich auch im Spiegel der Auslandspresse als die überlegene. Das System der Mitte ist faktisch schon überwunden. Jetzt gilt es, das scheußliche „Bürgertum“ zum Kampf gegen den Marxismus zu zwingen.

20. Dezember

Viel Arbeit mit dem Entschuldungsprogramm. [. . .] Wirtschaftslage wird immer bedrohlicher. Augenscheinlich steht ein Bankkrach bevor. Jeder wartet darauf, daß ihm ein Ziegelstein auf den Kopf fällt. Zu 60% der Bankguthaben sind Auslandsgeld – obwohl schon viel zurückgezogen ist. Arbeitslosigkeit wächst. Überall Abbau. – Langer Aufsatz im „Freien Deutschland“ über die Umschichtung in unserem Parteiwesen⁶⁷. – Arbeit am Buch. Soll vor dem Fest in Druck gehen.

[. . .]

Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972, S. 149 ff.

⁶⁷ Die Krise im deutschen Parteiensystem, in: Das Freie Deutschland, Heft 12–13, 24. 12. 1930, S. 452–457, 490–494.

1931

11. Februar

Mit Hugenberg zum Frühstück in der Deutschen Bank mit Wassermann und Stauß. Von 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr. Stauß ging früher. Besonders bemerkenswert aus Wassermanns sehr klugen Ansichten: Für den Fall einer Krise – deren notwendigen Eintritt er nicht zugibt – brauchen wir eine Hilfskonstruktion für die Währung. Er sieht sie in einfacher Wiederbelebung der Rentenmark. Aber man dürfte damit nicht drohen. Hugenbergs Andeutung über „Helfferich-Mark“ sei nicht bedenklich¹. Zweitens: Unser halbmarxistisches Regiment sei schlimmer als ein rein marxistisches. Wir müssen dem Ausland unsere Bücher offenlegen und einen *politischen* Kampf um die Tribute nicht scheuen. Der verhinderte Zufluß von Krediten sei zu begrüßen. Wir müßten unsere Schulden konsolidieren. Von einem Moratorium dürfte man nie sprechen, bevor man es mache. Im übrigen sei heute nicht zu sagen, warum und in welchem Umfange es nötig sein werde. NB: daß er zuerst das Wort gebrauchte für den gedachten Fall, daß „eine Bank“ in Schwierigkeiten kommt, ferner, daß er meine Ansicht bestätigte, daß ein Moratorium stets ein generelles sein müsse (wegen der Rückwirkungen). Die Abzahlung der kurzfristigen Kredite, die Wassermann behauptet, sei allerdings „auf Kosten der Liquidität“ erfolgt. (Also Gefahr unvermindert![]) Wassermann und Stauß behaupten, französische kurzfristige Kredite spielten heute bei uns keine Rolle². Ich glaube das umso weniger, als Schacht bei seinem neulichen langen Besuch bei mir das Gegenteil behauptete. Wassermann sagt: „Wir sollten mit Schacht sprechen. Luther sei noch nicht hinreichend eingearbeitet“. (Daher ist Luther Reichsbankpräsident in schwieriger Zeit!) – Nachmittags Besuch Mondorf. – Die ganze Öffentlichkeit steht unter dem Eindruck des Exodus³. Landvolk,

¹ Am 27. 1. 1931 sprach Hugenberg im Berliner Sportpalast und ging auch auf das Problem der Wirtschaftskrise ein: „Bis zur Helfferich-Mark zerstämpfte und zerfledderte uns die Inflation, das Ergebnis marxistischer Wahnsinnspolitik. Sie wirkte sich in unsinniger Vermehrung des Papiergeldes und in der Vernichtung seiner Kaufkraft aus. Heute kommt das Gespenst von der anderen Seite her. Man nennt es Deflation. Sie ist im Grunde noch schlimmer. . . Deflation und Inflation ist im Endergebnis dasselbe: Es ist Vernichtung jeder Wirtschaft und jedes Volkstums . . . Aber es gibt einen Weg, der unser Volk aus dem Elend herausführen kann . . . Kurz könnte man ihn mit dem Worte kennzeichnen: Zurück zur Helfferichmark. Zurück zu einem inländischen Umlaufmittel, das unserer Wirtschaft eine unabhängige Grundlage der Entwicklung gibt.“; in: München-Augsburger Abendzeitung vom 28. 1. 1931.

² Dies traf zu, wie neuere Forschungsergebnisse zeigen; Karl-Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967, S. 18, 138.

³ Brüning setzte eine Reform der Geschäftsordnung des Reichstags durch, um die Agitationsanträge von DNVP und NSDAP zu erschweren. Vorschläge zur Änderung des Haushalts konnten nur noch eingebracht werden, wenn sie mit entsprechenden Deckungsvorschlägen verbunden waren. Daraufhin verließen NSDAP und KPD bei der Beschlußfassung über die Geschäftsordnungsreform am 10. 2. 1931 demonstrativ den Reichstag und blieben seinen Sitzungen fern. Die DNVP schloß sich an. Die KPD kehrte als einzige am nächsten Tag wieder zurück; Bracher, Auflösung, S. 342 f.; Brüning, Memoiren, S. 256 ff.; Hiller, DNVP, S. 554; Leopold, Hugenberg, S. 87.

Wirtschaftspartei in schwerer Auseinandersetzung. Volkspartei zankt um Curtius. Mittelparteiliche Presse sehr kleinlaut. Regierung fürchtet für ausländischen Kredit, den es[sic!] von Frankreich bekommen will. – Lebensangst. Einer fürchtet den andern. Wer sich etwas weniger fürchtet, ist Sieger. (Eindruck aus Reichstag.) – Was wir an Menschen lieben, ist das, was wir an ihm tun. Tun wir ihm Gutes, lieben wir ihn. Tun wir ihm Böses, so hassen wir an ihm das Unrecht, das wir ihm antaten. Liebe und Haß sind nur Versuche, uns selbst zu rechtfertigen.

[. . .]

20. Februar

Fraktionssitzung, die recht geschlossen verlief. Die Abgeordneten stehen unter dem Eindruck der Stimmung im Lande: immer feste! Lange Beratung mit Hugenberg, Schmidt und Nagel. – Hugenberg hat mir auf Briefe und Entwürfe mitgeteilt, nach denen er mit Brüning in Verbindung steht. Zum Beispiel: Brüning bittet, mit Rücksicht auf spätere Zusammenarbeit Angriffe zu unterlassen. Tatsächlich – glaube ich – will das Zentrum mit Links so lange zusammenbleiben, bis die preußischen Neuwahlen klar gegen die Sozis entschieden haben⁴. – Nachmittags Präsident Kleefeld zwei Stunden bei mir (Hohenlohe-[Werke?]). Ziel: Osthilfe werde den ostdeutschen Großbesitz unter die Fuchtel der westlichen Industrie bringen. Namentlich fürchtet er Silverberg. Zweitens. Wir müssen uns mit Frankreich verständigen, indem wir Rußland absagen. Fürst Hohenlohe habe sich mit Hugenberg wegen einer kleinen Zeitungssache veruneinigt. Scharfe Kritik am Niveau der Magnaten. Kleefeld erzählt auch, daß die DeDiBank die Zeitung der Nazis (also doch wohl den „Völkischen Beobachter“) finanziere⁵.

[. . .]

23. Februar

[. . .] Nachmittags [. . .] bei Hugenberg: Winterfeld, Bang, Nagel, Schiele, Bismarck, Stubbendorff, Hergt: Osthilfe, Gesetz Hugenberg, Regierungsvorlage. Zum Schluß kommt Hugenberg auf die Hilfswährung. Schiele: Man muß den Dingen den Lauf lassen, d. h. erst Absinken, dann Stabilisierung. Gegengründe durch Hugenberg und mich.

24. Februar

Bei aller Not verhandelt Hermes im Auftrage von Curtius in Paris über Hilfsmaßnahmen für den Balkan. Wir sollen den Raubstaaten Getreide abnehmen⁶. Der Herrgott hat uns

⁴ Quaatz rechnete wahrscheinlich mit baldigen Neuwahlen. Am 24. 12. 1930 hatte der Stahlhelm ein Volksbegehren für eine vorzeitige Auflösung des preußischen Landtags und anschließende Wahlen angekündigt. DNVP und NSDAP, die Wirtschaftspartei und auch die DVP unterstützten das Volksbegehren. Am 4. 2. 1931 war der offizielle Antrag erfolgt; Bracher, *Auflösung*, S. 341 f.; Leopold, Hugenberg, S. 92 f.; Pleyer, *Werbung*, S. 37–51; Schulze, *Otto Braun*, S. 661 ff.

⁵ Der Direktor der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Emil Georg von Stauß, nahm 1930 Kontakte zu den Nationalsozialisten auf und vermittelte der NSDAP Gelder; Turner, *Großunternehmen*, S. 174 f., 180.

⁶ Im europäischen Studienkomitee des Völkerbundes wurde über Zollpräferenzen, Agrarkredit und andere Maßnahmen zur Hilfe für die südeuropäischen Staaten verhandelt. Der ehemalige Minister Hermes sollte in die Verhandlungen eines der Unterkomitees dieses Ausschusses, der Mittel zum

in der Oberschicht mit völliger Verblödung geschlagen. Unsere Zeit wird der nächsten Generation etwa so irrsinnig erscheinen, wie uns die Wiedertäufer. Nachmittags [. . .] Besuch meines Schulfreundes Major Rehbein-[Züllichau?]. – Hugenberg Aufruf gegen Kulturkampf⁷. Ich bin äußerst skeptisch. Wenn er auch das Wort „Parität“ auf meine Warnung herausgelassen hat, bleibt der Eindruck einer Friedensresolution an das Zentrum. Ich fürchte, daß er der Dinge nicht Herr bleibt. Für ihn spricht die rasend zunehmende Zerrüttung der Finanzen und der Wirtschaft. Über fünf Millionen Arbeitslose. – Inflation und Arbeitslosigkeit in Australien. In England erörtert man die Nützlichkeit einer Inflation. Große Schwierigkeiten und Erbitterung in USA. Selbst Frankreich beginnt in Schwierigkeiten zu kommen.

25. Februar

Abends bei Oberst v. Giese auf Wunsch der Kaiserin. Ziemlich große Gesellschaft nach Tisch. Kleiner Vortrag v. Medem über Presse. Nachher etwas längere Unterhaltung mit Ihrer Majestät. Sie machte diesmal einen anderen Eindruck als bei Dommes, ging sofort auf politische Fragen sehr offen ein. Beurteilt unsere Chancen nicht besonders. Hindenburg 1918 und jetzt. Zentrumspolitik. Grund zur Heranziehung war wohl die Frage: Ob Hugenberg Monarchist sei⁸. Ich bejahe das, warne vor dem monarchistischen Pathos. Diktatur sei zur Vorbereitung nötig. Das gefiel Ihrer Majestät augenscheinlich nicht sehr. Dann über politischen Blick des Kaisers, den ich auf Grund der Einsicht der „Aktenstücke“ des Auswärtigen Amtes mit gutem Gewissen loben konnte, so daß ich guten Abgang hatte. Stauß in größter Aufmachung: wir müßten wieder in den Reichstag – natürlich in unserem Interesse! Medem erzählt, daß Nazis Stauß als Finanzminister präsentieren wollen. Stimmt mit Kleefelds Nachricht, daß DeDiBank die Nazi-Presse bezahle. Rückfahrt mit Frau v. Dircksen, die uns für ihren Salon keilt. Wir werden Karten senden und absagen.

[. . .]

2. März

Nachmittags lange, ziemlich nutzlose Besprechung bei Hugenberg über Parteizentrale.

Absatz der vorhandenen Getreideüberschüsse der mittel- und osteuropäischen Staaten ausfindig machen sollte, einbezogen werden; ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 461, 508; Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, S. 896, Anm. 19.

⁷ Vor den Landeskatholikenausschüssen der DNVP verwarnte sich Hugenberg gegen Vorwürfe des Zentrums, Teile der DNVP steuerten auf einen neuen Kulturkampf zu. Der Grundsatz der ehrlichen Verteilung der Ämter nach dem Verhältnis der Konfessionen sei für ihn eine gegebene Formel der Verständigung. Zwar gehe durch die Reihen des evangelischen Deutschtums eine Bewegung, die es sich wieder mehr seines evangelischen Wesens bewußt sein lasse. Doch sei diese Bewegung aus dem Protest gegen die Verschüttung der Kulturgrundlagen durch die seichte Ungeistigkeit des Sozialismus und der Wirtschaftswelt geboren, nicht aus dem Protest gegen Rom; in: München-Augsburger Abendzeitung vom 24. 2. 1931.

⁸ Hugenberg engagierte sich nicht für eine Wiederherstellung der Monarchie und zeigte an diesem Problem kein Interesse; Jens Flemming, Konservatismus als nationalrevolutionäre Bewegung⁴. Konservative Kritik an der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1933, in: Dirk Stegmann, Bernd J. Wendt und Peter Ch. Witt (Hrsg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum, Bonn 1983, S. 331, Anm. 196.

Er will alles in der Hand behalten und andere sollen reformieren! Mit Dommes und Bang über die Kaiserin. – Abends Bang bei uns.

[. . .]

6. März

Abends „Kaiserhof“ Diner Hugenberg. Zwischen Frau Klitzsch und Frau v. Winterfeld. Gespräch Winterfeld und Dommes über den Kaiser und Kaiserin Hermine⁹.

[. . .]

9. März

[. . .] Abends in Bonn Beethoven-Halle öffentlicher Vortrag. Besuch ganz gut: gegen 400.

10. März

Mit L[otte] nach Kaiserswerth. Abends in Duisburg, „Duisburger Hof“ Rede vor ausgewähltem Kreis von Industriellen mit sehr gutem Erfolg trotz scharfer Wahrheiten. Beim Essen zwischen Pferdenges (Mönchen-Gladbach) und Leyen-Haus Meer. Rückfahrt nach Düsseldorf mit Pferdenges. Ein sehr interessanter und interessierter Mann.

[. . .]

12. März

Besprechung Hugenberg, Winckler, Schmidt (gegen Schiele, Westarp). [. . .]

13. März

Wieder Hugenberg, Winckler. Dann ziemlich lange bei Hugenberg, dem ich die Bürokratisierung der Geschäftsstelle vorhalte. Er ziemlich bewegt, weil er wohl fühlt, daß ich etwas entfremdet. – Artikel gegen Luther „Irgendwie“ für „Tag“¹⁰. – Mein Buch „Vor dem Sturm“ ist erschienen. Widerhall trotz einiger sehr guter Kritiken vorerst gering. – Aufsatz für Deutschlands Erneuerung „Quadratur des Zirkels“ gegen Zentrum¹¹. Zur Lage: Hugenberg hält immer noch für möglich, daß er in diesem Jahr zur Regierung kommt. Borck erzähl[e] gestern, Severing habe erklärt: Mai 32 werde gewählt¹². Sozi würden sich nach Borcks Ansicht ruhig zurückziehen, da sie nach ein paar Jahren doch wieder kämen. Tatsächlich sind sie z. Zt. der zersplitterten Rechten noch überlegen. Hermann Müller schwer krank. In ihm würde Brauns Politik einen selbstlosen Helfer verlie-

⁹ Hier folgt ein Brief von General von Dommes an Quaat vom 20. 3. 1931. Kaiser Wilhelm II., so hieß es dort, empfände es als Freundlichkeit von Quaat, dessen jüngste Schrift zu erhalten; die Kaiserin interessiere sich für alles, was Quaat schreibe.

¹⁰ Irgendwie, in: Der Tag vom 13. 3. 1931. Der Artikel war Teil eines öffentlichen Disputs Quaatzens mit Luther. Quaat griff Luthers Bemühungen an, der Regierung Kredite zu verschaffen.

¹¹ In der Zeitschrift erschien dann aber nur ein Artikel mit dem Titel „Auf des Messers Schneide“, Deutschlands Erneuerung (1931), S. 226–230.

¹² Severing zufolge konnte eine Vordatierung der Wahlen, wie sie das Volksbegehren verlangte, nur „den Interessen der Katastrophenpolitiker dienen“. Die preußische Regierung hatte deshalb großes Interesse daran, daß die Wahlen zum regulären Termin im Frühjahr 1932 stattfanden; Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950, S. 276.

ren. Sozi lassen Wehretat passieren. Sie spielen die Rolle wie wir 1927¹³. Rache für Sadowa.

14. März

Claß referiert über Österreich. Zusammenbruch der Heimwehren, Besuch Hubers bei Hitler und sein böser Eindruck: Demagoge und hysterisch. [..]

15. März, Sonntag

Schachts Buch absolut deutschnational; aber weshalb er den Dawes-Plan gefördert und Young unterschrieben, gelingt ihm zu begründen nicht¹⁴. [..]

[..]

17. März

[..] Nachher Medem und Nehring über Schiele, der jetzt uns attackiert: Er hätte Locarno geschmissen, wenn wir nicht desertiert wären¹⁵. Beratungen darüber mit Schmidt. Ich liefere Pointen.

18. März

[..] Abends bei Brosius zu einer Art Empfang mit L[otte]. Zwischen Frau Eisenlohr (Schwester Frau Hugenberg) und Frau v. Kries, gegenüber Prinz Eitel Friedrich. Einfacher, verständiger Mensch, über dessen „schlechte“ Manieren Klatschweiber Lügen verbreiten.

[..]

20. März

Finanzprogramm mit Bang und Lilienthal besprochen. Bang rechnet anscheinend bestimmt mit Hugenberg als Reichskanzler, und sich als Finanzminister, fürchtet Oberfohren als Rivalen. Bang hat zweifellos manche Eigenschaften für einen Minister: Ruhe, Wissen, Geschick im Verkehr mit Bürokraten. Auch ihm gegenüber scheint Hugenberg seine Absichten zu sekretieren.

[Nachtrag, nach 21. 3. geschrieben:]

[..] Unsere Politik trägt Früchte. Die ersten Risse im Turm der SPD zeigen sich, wie von mir in der Presse angekündigt¹⁶. Zufällig zerfielen sie am Tage, als ich es in der

¹³ 1927 mußten die Deutschnationalen als Koalitionskompromiß gegen ihre Überzeugung das Republikschutzgesetz, das Arbeitszeitnotgesetz und die Völkerbundpolitik mittragen; Dörr, DNVP, S. 297–319; Walker, Hugenberg, S. 159–169.

¹⁴ Hjalmar Schacht, Das Ende der Reparationen, Oldenburg i. O. 1931.

¹⁵ Zur Haltung Schieles als Minister während der Zeit des Kabinetts Luther, seiner Übergangung durch Luther und Stresemann bei dem Abschluß der Locarno-Verträge und seinem unfreiwilligen Rücktritt auf Druck der Partei: Dörr, DNVP, S. 106 f., 139, 144, 151 f., 164–180; Luther, Politiker, S. 387 ff.

¹⁶ Die SPD-Fraktion hatte sich am 11. 3. 1930 bei der Abstimmung über den Bau des Panzerkreuzers B der Stimme enthalten und diesen so ermöglicht. Zwei Tage später erhob der Reichsrat Einspruch gegen die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents und beseitigte damit eine der Kompensationen, die Brüning der SPD für ihre Haltung zugebracht hatte. Breitscheid stellte am 17. 3. 1930 gegenüber Brüning fest, daß sich damit die Situation in seiner Partei erheblich verschärft habe. Bei der endgültigen Abstimmung über den Panzerkreuzer B im Plenum stimmten 9 SPD-

„Deutschen Zeitung“ ankündigte. – Im übrigen habe ich die Empfindung, als ob sich niemand in der Partei für meine Pressearbeit interessiert. Hugenberg hat wenig Verständnis. Die Journalisten von Scherl urteilen nach der Wirkung auf das breite Publikum. Nur die Gegner verstehen meine Politik und vergelten sie, wo sie können. So erzählt Kriegk: Unter den kommenden Ministern dürfte nach den Mitteilungen aus Kreisen um Brüning keinesfalls ich sein. Ich nahm es humoristisch auf; tatsächlich wird das Zentrum mich mit Erfolg fernhalten. Meine Art ist den eigenen Leuten nicht gemäß. Dazu kommen die antisemitischen Vorurteile, die in „reaktionären“ Zeiten die Konservativen nicht hinderte[n], den Grafen Limburg-Styrum zum Führer zu haben. Zum Glück stört das meine Lebenspläne nicht mehr. Ich fürchte zudem, es wird sehr schwer sein, in dem vielleicht kommenden Rechtssystem eine Verantwortung zu tragen. Wir hängen an Vorurteilen, greifen übermütig weit in Plänen, sind halb in Taten. Die Zeiten von Hergt („Jetzt wird Tirpitz Kanzler!“), der in vielem Wilhelm II. gleicht, sind noch nicht vorüber. Nur die Nazis? Ich sehe da die Männer nicht, die im Sturme führen können. Auf der Gegenseite die heute noch große Masse der Gewerkschaften, die alljüdische Presse, die hohe Bürokratie (bis wir Erfolg gehabt haben – bis dahin bekämpft sie uns, während wir sie kajolieren) und das gesamte Ausland außer vielleicht Mussolini. Das Ausland paktiert erst mit uns, wenn wir im Innern gesiegt haben. Endlich und vor allem der Spieß, seine Majestät der Spieß eujus pars magna sumus. Ein Trost ist die in den Massen rapide wachsende nationale Stimmung. Sie vom Umschlag ins Bolschewistische zu bewahren, wäre unsere Mission.

21. März

Aufsatz für „Montag“, in dem ich wieder Luther affichiere als den Mann, der die Schuldenwirtschaft bremsen mußte, sie aber fördert, der schon 1923 eine ähnliche Rolle spielte¹⁷. Ich tue das deshalb, weil Luther bei der teilweise idiotischen Wirtschaft (die eine perverse Neigung für ihre Henker hat) und bei Hindenburg große Steine im Brett hat. Ich kontrastiere mit ihm Schacht, dem ich aber wieder die Unterschrift 1929 vorhalte.

[. . .]

24. März

Büroarbeit. Sehr netter Brief vom Prinzen August Wilhelm¹⁸.

25. März

Abends bei Schmidt-Hannover. Rechts Hausfrau, links Frau Eisenlohr.

Abgeordnete mit Nein, 24 blieben der Abstimmung fern; Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Bonn 1987, S. 290–295.

¹⁷ Das Kartenhaus, in: *Der Montag vom 21. 3. 1931*.

¹⁸ Der Brief August Wilhelms an Quaatz vom 23. 3. 1931 liegt bei. Am 22. 3. 1931 war es auf dem Bahnhof in Königsberg zu einem Zusammenstoß von Nationalsozialisten und Polizei gekommen. Der dabei anwesende August Wilhelm, der NSDAP-Mitglied war, erhielt ebenso wie Goebbels Schläge mit dem Gummiknüppel. In dem Brief nimmt er auf das Ereignis Bezug und beklagt sich über die Darstellung im Rundfunk; vgl. *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente*, hrsg. von Elke Fröhlich. Im Auftrag des IfZ und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Teil I, Aufzeichnungen 1924–1931, Bd. 2, München 1987, S. 36 f.

[. . .]

27. März

Nachmittags mit Bang bei Claß. Über Hugenbergs Arbeitsmethoden, über die alle klagen. Claß schildert Hugenberg anschaulich, den früheren „Dionysiker“, der sich mit eisernem Willen zum Pflichtmenschen umgeschaffen. Interessante Aufschlüsse über die Vorgänge 1923 (*gegen Seeckt*)¹⁹ und 1926 („Hochverrats“-Verfahren gegen Claß, Hugenberg pp., um nationale Regierung zu verhindern)²⁰. Hugenberg erscheint mir in etwas anderem Licht. – Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden. Claß über Hugenberg: Erwartet keine Dankbarkeit und gibt keine Dankbarkeit.

[. . .]

29. März

Nach Nürnberg mit Berndt. Landesparteitag. Referat in der Wirtschaftskundgebung, die den Abschluß bildete²¹. Sehr starker Besuch und sehr dicker Beifall. Selbst hier in Bayern zeigt sich starker Auftrieb. Anwesend u. a.: Geheimrat Böhringer, Präsident Kleiber (Staatswerke), Dr. Haniel (MAN). Nachsitzung bis Nachtzug in der Mauthalle. Lebhaftige Unterhaltung mit Böhringer: Vögler-Flick-Hugenberg u. a. Erzählt drollig seine Begegnung mit Vera Guttmann, der Freundin Otto Wolffs. Dessen drei Organe: Vera, Schäffer, Weismann. Zu der Besprechung mit Nazi war weder Stahlhelm noch Hitler erschienen. Infolge dessen oder Krankheit reiste Hugenberg vorher ab. Ergebnis: Kundgebung gegen Notverordnung²². – Auf der Hinfahrt suchen uns erst Sybel, dann Wendhausen auf. Sybel sagt: die drei würden keinesfalls zu den Nazi gehen (?).

¹⁹ Ende Februar 1923 traf Claß mit General von Seeckt zusammen. Nach dem Einmarsch der Franzosen rechnete Claß mit einem Krieg mit Frankreich und der Möglichkeit der Errichtung einer Militärdiktatur in Deutschland. Er bot für diesen Fall die Hilfe des Alldeutschen Verbandes an und sprach von der Möglichkeit, eine Truppe aus Freikorps und Selbstschutzformationen zur Absicherung dieser Diktatur zu bilden. Seeckt zeigte angeblich Sympathie für die Vorstellungen von Claß. Claß bot Seeckt, den er zuletzt am 23. 9. 1923 traf, auch an, über Verbindungen im neutralen Ausland Informationen über die Stärke des französischen Heeres einzuholen. 1924 wurde Claß beschuldigt, in ein Mordkomplott gegen Seeckt verwickelt gewesen zu sein. In dem Prozeß sagte Seeckt aus, Claß habe bei ihm einen Umsturz der Regierung und die Errichtung einer nationalen Diktatur gefordert. Das Verfahren endete mit dem Freispruch von Claß; Claß, Strom II, S. 544–561, 579–583, 653–681; Chamberlin, Alldeutscher Verband, S. 312–334.

²⁰ Vgl. Anm. 18 zu 1928.

²¹ Im Rahmen des Deutschnationalen Parteitags veranstaltete am 28. 3. 1931 der Arbeitsausschuß Deutschnationaler Industrieller zusammen mit dem Ausschuß für Mittelstand und Gewerbe eine Wirtschaftstagung, in der Quaatz über „Die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und die politischen Wege zu ihrer Behebung“ einen Vortrag hielt; in München-Augsburger Abendzeitung vom 30. 3. 1931.

²² Parallel zur Tagung der DNVP in Bayern fand eine Kundgebung der „nationalen Opposition“ in Nürnberg statt. Die Teilnehmer faßten eine Entschließung gegen die neue Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, gegen die der Parteitag am 29. 3. 1931 schon eine Resolution erlassen hatte. Die Notverordnung erleichterte Verbote von Versammlungen und Publikationen. In der Kundgebung vom 30. 3. 1931 wurde die Forderung nach Einberufung des bis zum Herbst vertagten Reichstags angekündigt. Man sah in der Notverordnung insbesondere die Absicht, die Propaganda gegen das Volksbegehren des Stahlhelm zur Auflösung des preußischen Landtags zu erschweren.

30. März

Besprechung mit Köster-Potsdam. – Nachher Schliephacke-Gerlachsheim. Berichtet über die Spaltung bei den Nazi²³. Rom will Hitler zum Nachgeben zwingen, wozu auch die Preisgabe Rosenbergs gehört. In Nazi-Kreisen weitgehende Besorgnisse wegen der katholischen Führung. – Schliephacke selbst 1924 ausgetreten. Später bis 1928 Abgeordneter der Freiheitspartei.

[. . .]

2. April

[. . .] Spaltung bei den Nazis wird deutlich. Ausschluß Stennes. In der Presse weist niemand auf den Einfluß der Kurie hin. Scherl wieder auf der falschen Seite, ganz pro Hitler. Rom regiert wieder einmal die blinden Deutschen. In den Massen ahnt man etwas. Die Oberschicht ist blind und taub. [. . .]

[. . .]

4. April

Pressebesprechung: Die Notverordnung wirke für uns. Der österreichische (Zollunions-)Vertrag sei ganz in unserer Linie gedacht: der Beitritt anderer Staaten sei nach amtlichem Rundschreiben, das Kriegk eingesehen haben will, nur pro forma vorgesehen²⁴. Die Notverordnung sei eine Vorleistung, der der erhoffte Auslandskredit für das Reich nicht folgen werde. Dietrich habe das bestimmt erklärt. Ich sah die Dinge ganz anders, hielt mich aber zurück, da ich damit rechnen muß, daß Kriegk manches weiter trägt: österreichischer Vertrag werde uns in den Weg von Pan-Europa führen. Kredit werde in schmalster Portion zugeteilt werden. – Dann über Hitler-Streit. Stennes scheint erledigt zu sein. Nachher unterhielt ich mich allein mit Kames über Rom-Hitler. Rom verlangt danach in der Tat Unterwerfung und als Symbol den Kopf Rosenbergs. Brüning wolle mit der Kurie gehen (über Kaas-Pacelli). Pacelli sei Jesuit und mache jesuitische Politik. Hinderlich sei ihm, daß er wie Kahr seit 1923 mit Hitler persönlich feind sei. Ich sagte ihm: Wir müßten am Zentrum vorbei mit der Kurie Politik machen. Das gefiel ihm sehr: Hindernis der Rechtsschwenkung sei der auch heute noch ausschlaggebende Einfluß der christlichen Gewerkschaften. Für diese gälten nur Konkurrenz-Rücksichten. – Kriegk und Harnisch bestätigten: Die Notverordnung sei in der Pressebesprechung u. a. auch mit meinem letzten „Tag“-Artikel begründet worden, der die Währung gefährde²⁵! Will

²³ Ende März 1932 brach die als „Stennes-Revolution“ bekanntgewordene Meuterei der Berliner SA-Führung gegen die Parteileitung aus, die Hitler zu einer umfassenden Säuberungsaktion nötigte. Gegenüber Hitlers Legalitätskurs trat Stennes für eine revolutionäre Linie ein. Hitler setzte Stennes am 1. 4. 1931 ab und ließ seine Anhänger aus der Partei entfernen; Wolfgang Horn, *Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP 1919–1933*, Düsseldorf 1972, S. 332 f., 408–411.

²⁴ Am 23. 3. 1931 wurde der Inhalt eines zwischen Deutschland und Österreich ausgehandelten Zollunionsvertrags bekannt. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard von Bülow, hoffte auf einen Beitritt der Tschechoslowakei und Ungarns, um diese Staaten in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringen zu können. Ähnliche Pläne hegte Finanzminister Dietrich; Brüning, *Memoiren*, S. 263, 382, 476; Edward W. Bennett, *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931*, Cambridge 1962, S. 79 f.

²⁵ Vermutlich handelt es sich um den Artikel vom 28. 3. 1931 mit dem Titel „Warum machen wir es uns so unnötig schwer?“. Quaatz hatte dort einen Fehlbetrag des Reichs von vier Milliarden errechnet. In einem amtlichen Artikel (Wolffsches Telegraphen Bureau) hieß es, diese Annahmen enthielten Unrichtigkeiten und Übertreibungen schlimmster Art. Die Schulden des Reiches hätten sich nur um 585 Millionen erhöht, nicht um 2 Milliarden; in: *Kölnische Zeitung* vom 30. 3. 31.

Scherl unter solchem Vorwand von mir abrücken? Ich äußerte nur: Verbote wegen Finanzkritik seien zu dumm, auch für diese Regierung. – Augenscheinlich aber alle unter Druck. Zensur war nicht so kritisch für die Zeitungen! Dabei fällt mir die Ansicht Räumers ein: Brüning's Kabinett sei numerisch und qualitativ kümmerlich, nicht weil Brüning – den er sehr lobte – diktatorisch regieren wolle, sondern weil jede Neubesetzung eine politische Lage schaffe, die das ganze Kabinett gefährde! – Sehr übel ist, daß wir in der Opposition ohne Führung sind. Die Fraktionen sind zerstreut, bei den Nazis innerer Hader. Hugenberg krank und überarbeitet, regiert „aus dem Kabinett“ mit seinen drei Musketieren, zu denen jetzt noch Steuer kommt – ist m. E. in Abhängigkeit von der Industrie (Geld!). Er ist eigentlich immer in einen kleinen Kreis gebannt gewesen, jetzt sieht man ihn gar nicht. Augenscheinlich ist er mehrfach vor Quaat, Bang pp. gewarnt worden und hat sich auch deswegen verschlossen. In der Auffrischung der Parteiorganisation geschieht nichts, Nagel ist der Bethmann der Partei. Dabei ist draußen ein starker Auftrieb unverkennbar; aber er bleibt ungenutzt. Gerade jetzt wäre nächste Fühlung mit der Presse in Berlin und organisatorische Aufmöbelung der Partei das wichtigste. Beides hat Hugenberg bisher versäumt, weil er glaubte, sich auf die Übernahme der Verantwortung vorbereiten zu müssen. Ob er den hier liegenden Irrtum jetzt eingesehen hat: Ich fürchte nach allen meinen Erfahrungen, daß so ähnliche Empfindungen, wie ich sie haben, auch draußen wach werden. Wahrscheinlich werde ich Hugenberg demnächst eine längere Epistel auf den Hals schicken, die meine mündlichen Warnungen fortsetzt, obwohl ich mir weder über den Erfolg noch über die Stimmung, die solche auslöst, Illusionen mache. Wer kann einen an sich sturen Mann von 66 Jahren ändern, wenn man nur durch Deduktionen wirken kann? [. .]

Ostern 1931 [5.16. April]

Osterdienstag mit Bang auf dem Flughafen und abends bei ihm. Bang erzählt mir weiter ausführlich von früher: seine Beteiligung am Kapp-Putsch²⁶. Versuch Kapps, mit den Sozis zu paktieren. 1923 Alldeutscher Verband gegen Seeckt. Hitlers Vorpellen. Scheint in allem auch heute noch weit mehr mit Claß als mit Hugenberg zu gehen. Reizende Familie.

8. April

[. .] Neuer Finanzartikel für „Täg“. Rechne nochmals das Defizit der vier Milliarden vor. Dietrich ist nach allen seinen Äußerungen ziemlich verzweifelt; aber eine Abkehr von Tributpolitik und Marxismus will man nicht, solange Hindenburg und Reichswehr die Zentrums(i. e. Jesuiten)-Herrschaft stützt. Man hilft sich mit Borgen. Es wird nicht lange dauern, dann sind Reichsbahn, Post und Viag verpfändet. In der Wirtschaft regt sich wieder „Optimismus“²⁷.

[. .]

²⁶ Bang war von Kapp als Finanzminister vorgesehen; Erger, Kapp-Putsch, S. 94, 96, 129; zu der Bemühung Kapps um den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, ebenda, S. 204.

²⁷ Hier folgt ein Brief von Hugenberg an Quaat vom 2. 4. 1931. Hugenberg bedankt sich für Mitteilungen zum Kohlenzoll und prophezeit wegen Österreich „neues großes Unglück für Deutschland“. (Randnotiz von Quaat: „Das erste beachtliche Lebenszeichen seit Wochen!“).

25. April

[. . .] In Plauen alles pro Nazi²⁸. Wir gewinnen dafür anscheinend Boden in der Industrie. – In Dresden kam die Nachricht von dem schönen Erfolg des preußischen Volksbegehrens (22. 4.)²⁹. Sechs Millionen Stimmen, also in Preußen allein bei Volksbegehren so viel wie 1929 beim Volksentscheid in ganz Deutschland. Dabei sind die Nazi lange beiseite gewesen. Volkspartei und Wirtschaftspartei machen nur zum Schein mit. Allgemeine Entrüstung über Hindenburgs Presseordonanzen, die Severings unglaubliche Gewaltakte deckt³⁰. – Tief verstimmte Briefe von Hugenberg, der von Rücktritt (sehr unklug) schreibt³¹. Er hat sich mit seiner Bürokratie festgefahren. [. . .]

[. . .]

27. [April]

Lange Antwortschr[ift] an Hugenberg. Nachmittags bei Claß über dies Thema.

[Schreiben Quaatz an Hugenberg vom 27. 4. 1931]

[. . .]

Sehr verehrter Herr Geheimrat!

[. . .] Was den Finanz-Ausschuß betrifft, so habe ich ihn mir als Geldbeschaffungsausschuß gedacht. Auf den Spar-Ausschuß und seine Erfolge darf ich nachher noch weiter eingehen. Ich würde vorschlagen, in den Finanzausschuß diejenigen Herren zu berufen, die in der Geldbeschaffung eine praktische Erfahrung haben. Dazu müßten aber aus den Kreisen der Wirtschaft Herren hinzutreten, und zwar solche, von denen ein praktische Betätigung zu erwarten ist. Mit Herrn Geheimrat Böhringer von der Maxhütte habe ich über den Plan eines solchen Ausschusses gesprochen und bei ihm Interesse gefunden. Ferner käme m. E. v. Löwenstein, Essen, in Frage, vielleicht auch Herr Pferdenges in Giesenkirchen [. . .]. Sie erwähnen bei Gelegenheit des Finanzausschusses unsere Position in der Ruhr, die nach meinen Feststellungen in Duisburg in der Tat sehr viel besser geworden ist; ein Erfolg, zu dem wohl Herr Bang viel beigetragen hat. Ich glaube, wir könnten hier durch konzentrisches Einsetzen der geeigneten Kräfte stark nacharbeiten. An einem solchen konzentrischen Einsetzen der verfügbaren Kräfte fehlt es leider bei uns oft. Das hat sich m. E. wieder bei den oldenburgischen Landtagswahlen gezeigt. Es ist mir unverständlich, weshalb nicht zum erstmöglichen Zeitpunkt die rednerischen Kräfte dorthin berufen worden sind. Ich persönlich habe im letzten Moment zu einem unmöglichen Termin eine Aufforderung bekommen, als ich längst meine Dispositionen getroffen hatte. – Ich bitte zu entschuldigen,

²⁸ Quaatz sprach am 23. 4. 1931 in Plauen auf einer von der DNVP veranstalteten Industriellenversammlung; in: Vogtländischer Anzeiger u. Tageblatt vom 24. 4. 1931.

²⁹ Hagen Schulze stellt fest, im Lager der Rechten habe das Ergebnis, das keineswegs die Zahl von 6 Millionen erreichte, allgemeine Enttäuschung hervorgerufen. Es sei weit hinter dem Stimmenanteil der Parteien des Volksbegehrens von den Reichstagswahlen des September 1930 zurückgeblieben; Schulze, Otto Braun, S. 663.

³⁰ Es handelte sich um Presseverbote nach der Notverordnung vom 23. 2. 1931. Tatsächlich zeigte sich die preußische Regierung, als Hindenburg z. B. gegen das Verbot des Bundesorgans des Stahlhelm vom 9. 4. 1931 bei ihr intervenieren ließ, sofort nachgiebig; Schulze, Otto Braun, S. 662.

³¹ Hugenberg drohte wegen der schlechten Finanzlage der Partei mit Rücktritt; Leopold, Hugenberg, S. 93.

wenn dieser Brief sehr lang wird, auch einiges von dem wiederholt, was ich vor sechs Wochen Ihnen mündlich sagen durfte; aber ich habe abgesehen von dieser Unterredung seit vielen Monaten nicht die Möglichkeit gehabt, Ihnen meine Auffassungen vorzutragen. Ich werde dazu veranlaßt durch die Resignation, die Sie bezüglich der Lösung der organisatorischen Aufgaben bekunden, eine Resignation, zu der m. E. ein tieferer Anlaß nicht vorliegt. Die Grundlage für jede Organisation ist der innere Auftrieb in der Partei. Diesen aber kann man fast überall feststellen. Namentlich die aktiveren und jugendlichen Kräfte haben ein immer stärkeres Interesse an der Partei, ihrem Ideengehalt und namentlich auch an Ihrer Persönlichkeit als Führer gewonnen. Dieses große moralische und ideelle Guthaben auszunutzen, das ist die Aufgabe, für die m. E. auch die Kräfte vorhanden sind oder gefunden werden können. Allerdings wird es nötig sein, in einigen entscheidenden Punkten auch mit starker Hand durchzugreifen. Ich denke hierbei an die bekannten Persönlichkeiten in Rheinland, Schlesien u. a., die für wirkliche Aktionen nicht mehr in Frage kommen. Ich halte es für sehr glücklich, daß Sie die jüngeren Elemente in der Geltendmachung ihrer Auffassungen ermutigen. Allerdings habe ich Ihnen bereits mündlich vortragen dürfen, daß ich in einem Punkte sehr starke Bedenken habe, die ich hier noch einmal wiederholen muß. Keine Partei wird sich durchsetzen ohne die Mitwirkung einer größeren Zahl innerlich gewonnener Persönlichkeiten, die nicht in der Organisation selbst als Beamte stehen. Ich schätze die Fähigkeiten und den Eifer der Herren in der Parteizentrale m. E. durchaus richtig ein, sehe aber mit großem Bedenken, daß sich die politische Arbeit mehr und mehr dort konzentriert. Ich bin von einer Überschätzung der Parlamentarier sicher frei, aber schließlich sind es doch Menschen, die von dem Vertrauen der Partei ausgesucht worden sind, und ein Teil von ihnen kann auf eine nicht unbeträchtliche politische Arbeit zurückblicken. Würden diese Kräfte, die heute infolge der parlamentarischen Abstinenz nicht voll ausgenutzt sind, stärker zu den politischen Arbeiten herangezogen werden, so würden m. E. sehr beachtliche Vorteile sich sehr bald herausstellen. – Bei den betreffenden Herren würde neuer Eifer geweckt und das Gefühl beseitigt werden, daß ihre politische Arbeit und ihre Arbeitskraft keine hinreichende Würdigung erfährt. Sie selbst würden dadurch stark entlastet werden, daß Sie die Aufgaben, die Sie je nach der Zeitlage in Angriff zu nehmen wünschen, sich je nach Fähigkeit und Erfahrung des einzelnen vorarbeiten lassen. Die Parteizentrale würde sehr stark entlastet und ihren eigentlichen Aufgaben der Organisation und Propaganda zurückgegeben werden. – Diese Arbeitsweise würde durchaus den Grundsätzen der Partei, wie sie im Jahre 1928 aufgestellt worden sind, entsprechen. Wir alle haben damals gewollt und wollen auch heute noch eine straffe und einheitlich geleitete Partei. Damit sind den Möglichkeiten für den Einzelnen, sich selbst einen eigenen Geltungsbereich zu schaffen, der nur von seinem Willen und seinen Kräften begrenzt wird, starke Schranken gesetzt. Die Arbeit des Einzelnen soll durch den Führer geregelt werden. Daß die erforderlichen Kräfte hierfür sich finden werden, ja daß sie geradezu bereitstehen, ist mir völlig zweifellos. Auf welche Erfahrungen Sie Ihren Pessimismus in diesem Punkte gründen, vermag ich aus der Entfernung nicht zu beurteilen. In Ihrem Briefe scheinen Sie vorauszusetzen, daß ich die Pläne, die bezüglich Berlin verfolgt werden, kenne. Das ist nicht der Fall. Ich habe nur früher einmal gelegentlich gehört, daß die Parteizentrale beabsichtige, zwei oder drei Berliner Wahlkreise sich gewissermaßen als Hausmacht anzugliedern. Aus den eben dargelegten Gründen könnte ich von einem solchen Plan nur abraten. Die Parteizentrale hat heute viel zu

viel Aufgaben und ist viel zu wenig einheitlich, infolgedessen auch viel zu kostspielig, als daß es mir geraten scheint, jetzt ihr neue weitreichende Aufgaben zu übertragen. Ich habe mit keinem der Herren gesprochen, weiß also auch nicht, ob die maßgebenden Berliner Herren einem solchen Plane ohne starken Kampf geneigt zu machen wären. Auch die Aufgabe, die Herrn Scheibe zugeordnet ist, vermag ich mir nicht vorzustellen. Über seine bisherigen Erfahrungen und Erfolge bin ich nicht hinreichend informiert, da er mich aus den Arbeiten des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller seit längerer Zeit vollkommen ausgeschaltet hat. Soviel mir bekannt, hat er aber das bereits in der Hand, was Sie als die „Finanzwirtschaft von Groß-Berlin“ bezeichnen. Ihm darüber hinaus auch eine politische Stellung zu übertragen, würde ich ohne nähere Kenntnis der Dinge allerdings für höchst bedenklich ansehen. – [. . .] Sie erwähnen den Spar-Ausschuß, in den ich berufen worden war. Er konnte m. E. einen durchgreifenden Erfolg nicht erzielen, weil die Ausweitung des Berliner Parteiapparates mehr eine Frage des Systems als der Personen ist. Je mehr die politische Arbeit hier konzentriert wird, desto mehr Personen müssen beschäftigt werden, desto mehr Ausgaben müssen entstehen. Allerdings fehlt es nach meinen Beobachtungen an einer straffen und einheitlichen Beaufsichtigung und Leitung, die m. E. zweckmäßigerweise unter der Oberleitung des Parteiführers durch einen geeigneten Politiker zu erfolgen hätte. Ich habe diese Auffassung Ihnen mündlich vorgetragen, da Sie jedoch eine systematische Änderung nicht wünschten, konnte und mußte die Sparsamkeitsaktion sich auf Einzelmaßnahmen beschränken, die m. E. nur von innen heraus durch den geschäftlichen Leiter erfolgen konnten. Eine schärfere Kontrolle, wie ich sie durch Kontrolle der Bücher auszuüben vorgeschlagen hatte, lag, wie ich erinnern darf, ebenfalls nicht in Ihrer Absicht. Persönlich konnte ich mich leider auch an den Detailarbeiten nicht stärker beteiligen, da die tatsächliche Führung des Ausschusses merkwürdigerweise wieder in den Händen der Parteizentrale lag, die bei der Ansetzung der Termine auf die mir gegebenen Möglichkeiten Rücksicht zu nehmen anscheinend außer Stande war. – Ähnlich waren meine Erfahrungen beim sogenannten Propaganda-Ausschuß. Man kann einen solchen m. E. für die Partei nur dann leiten, wenn man fortlaufend über die Absichten der Parteileitung informiert ist, was seit längerer Zeit bei mir nicht mehr der Fall war. Hierzu kam der Widerspruch der Parteizentrale, der sich sogar bis zu einer in offener Sitzung und in der Form äußerst rücksichtslosen Bezweifelung meiner Zuständigkeiten steigerte, wenn dieser formelle Widerstand auch durch Ihr Eingreifen beseitigt worden ist, sowie das unqualifizierte Verhalten des Leiters der Propagandaabteilung, mit der schließlich der Propagandaausschuß zusammenarbeiten muß. – Dazu kam weiter die Tatsache, daß Sie sich durch Herrn Nagel, nicht durch mich, über die Arbeiten des Ausschusses berichten ließen. Ich habe die m. E. irrigen Informationen einmal schriftlich richtigstellen können, ohne daß es mir aber gelungen wäre, die Voraussetzungen für eine fruchtbare Arbeit des Ausschusses wieder herzustellen. Daß hieraus bei mir eine persönliche Verstimmung nicht entstanden ist, ich auch durch beamtliche Widerstände mich nicht beirren lasse, wollen Sie daraus entnehmen, daß ich erst kürzlich den Ausschuß wieder zusammenberufen habe, nachdem ich durch Herrn Schmidt über Ihre Auffassungen unterrichtet worden war. [. . .] Wenn ich nun auf die augenblickliche politische Lage zurückkommen darf, so erscheint mir das Ergebnis des Volksbegehrens zwar nicht überraschend glänzend, aber doch durchaus ermutigend. In offener Abstimmung haben beinahe so viel Menschen in Preußen gegen das heutige System demonstriert, wie bei dem allerdings der Masse weniger ver-

ständlichen Freiheitsgesetz in ganz Deutschland beim Volksentscheid von 1929. Das Gefahrmoment für die nationale Opposition liegt m. E. in den inneren Verhältnissen bei den Nationalsozialisten. Im übrigen arbeitet die Zeit für uns, wenn wir nicht vorzeitig die Nerven verlieren. [. . .] Ich weiß nicht, welche Absichten Sie bei dem Herausgehen aus dem Reichstag hatten. Meine Rede in der Fraktion, die dafür eintrat und die, wie ich nachher hörte, viele überzeugt hat, mußte ich aufs Geratewohl halten. Bei der Unterredung, die ich dann später mit Ihnen und Herrn Oberfohren hatte, glaubte ich davor warnen zu müssen, von einer solchen Aktion einen sofortigen durchgreifenden Erfolg im Sinne der Regierungsumbildung zu erwarten. Herr Oberfohren hielt es für geschickt, der Unterredung eine Wendung zu geben, als ob meine politische Zuverlässigkeit geprüft werden solle. Dadurch ist natürlich eine fruchtbringende und erschöpfende Aussprache erschwert. – Wir werden nunmehr bald und gründlich die politische Kampagne für den Winter vorbereiten müssen, und ich darf die Bitte an Sie richten, hierbei die Abgeordneten, die schließlich ihren Anteil an der politischen Verantwortung und am politischen Kampfe haben, nicht zu übergehen. [. . .] Mit den besten Empfehlungen, Ihr sehr ergebener [Quaatz].

[. . .]

1. Mai

Blutige Straßendemonstrationen³². – Die Stoßkraft des Kommunismus wächst, einmal infolge der langen Regierung der Sozi in Preußen, sodann infolge der stillen Duldung, ja Begünstigung durch diese. Die Sozi verlieren nie die Zukunft aus dem Auge, in der sie mit den Kommunisten in einer Front stehen werden. – Nachmittags v. Dommess lange bei mir. Erzählt von Doorn, betont, daß der Kaiser mein Buch mit größtem Interesse gelesen hätte. [Hält] Hugenbergs Auffassung, es könne uns mit Hindenburgs Hilfe in diesem Jahre gelingen, zur Macht zu kommen, für irrig. Hindenburg hätte nie, auch 1926 nicht, die Absicht gehabt, ein Rechtsregiment zu etablieren. Höchst bezeichnend für zynische Schlauheit die Mitteilung Meißners an Wagner: Hindenburg werden nicht wieder kandidieren³³. Einmal habe er sich von rechts wählen lassen, um Links-Politik zu machen. Das könne er nicht zum zweitenmal. Als Linkskandidat aber würde er sich gar nicht fühlen. Dabei ist es [mir?] sicher, daß Braun und Brüning Hindenburg wieder aufstellen werden. Ich erinnere mich an Meißners Beteuerung mir gegenüber in Schillers Arbeitszimmer, daß wir in die Regierung müßten. Trevi sei kein Hindernis. Es sei unwahr, daß Hindenburg ihn liebe; er kenne ihn kaum. – Dann Gespräch über die Berliner Zustände. Plan einer Zusammenfassung. Dommess ist für Zusammenfassung a) von Groß-Berlin, b) von Brandenburg, aber ohne zu große Zentralisation. In der Tat ist unsere Kleinarbeit miserabel. Großes Finanz-Exposé für Hugenberg fertiggestellt: Es schließt ab mit 6,75 Milliarden Soll (Defizit, Mehrausgaben, Steuerermäßigungen) und mit 8,75 Milliarden Haben (Ersparnisse, neue Steuern und Abgaben). Etwas Fruchtbringendes verspreche ich mir von solchen Arbeiten nicht. Wir sind noch lange nicht so weit, die Hand ans Ruder

³² Am 1. 5. war nach Zeitungsmeldungen ein Polizist in Berlin durch Kommunisten lebensgefährlich verletzt worden; Berliner Tageblatt vom 2. 5. 1931.

³³ Nach der Darstellung Berghahns hatte der Bundeskanzler des Stahlhelm, Wagner, erst am 5. 5. 1931 eine Unterredung mit Meißner, bei der ihm dieser mitteilte, daß Hindenburg den Gedanken an eine Weiterführung des Amtes fallengelassen habe; Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966, S. 181.

zu legen. Und wenn es so weit ist, werden wir genau wie früher aus lauter schiefen Erwägungen untaugliche Menschen herausstellen und schwächlich handeln. „Nach dem Gesetz, nach dem wir angetreten . . .“ Heute kann man nicht mit Honoratioren und Opportunisten regieren.

Finanz-Exposé vom 1. 5. übersandt.

| Soll | | Haben | |
|------------------------|------|--|------|
| Vorhandene Fehlbeträge | 2550 | [Einbringer?]steuer | 650 |
| Entschuldung | 200 | Umsatzsteuer u. Kleinhandelssteuer als Tributsteuer | 2875 |
| Steuerermäßigungen | 4000 | Zölle | 300 |
| | — | Ersparnisse (Stand 1926/27) | 4900 |
| | 6750 | | 8750 |

Bei Wegfall des Tributs Ausgleich. Mehrbelastung nur im Anlauf möglich.

[. . .]

2. Mai

Steinhoff bei mir: ob ich nicht Verkehrsstadtrat (für Reuter, den die SPD als Oberbürgermeister nach Magdeburg geholt hat) werden möchte. „Mein Name würde alle inneren Streitigkeiten beseitigen“. Ich: Man müsste aus der Politik ausscheiden. Gegen Sahm, Elsas, [Asch?], Brolat etc. werde man die nötigen Reformen in der BVG nicht durchdrücken, zumal diese durch Schuld der Stadt überkapitalisiert sei³⁴. Auch fehlte der politische Rückhalt. Die Dinge lägen anders, wenn er (Steinhoff) Bürgermeister oder gar Oberbürgermeister geworden wäre. Er möchte sich doch für Laverrenz einsetzen, der es sicher gern mache; dann sei auch die [Zusammenfassung?] von Groß-Berlin leichter. Lange Unterhaltung darüber. Er schien mit Dommies einig. Dann zu Hugenberg. Er schien gegen seine Gewohnheit aufgeregt und befangen. Augenscheinlich fürchtet er nach meinem Briefe ein scharfe Auseinandersetzung. Ich hatte den Brief aber gerade geschrieben, um nicht mündlich scharf werden zu müssen und leitete das Gespräch mit Erholungsurlaub u. a. ein, erzählte von Steinhoff. Als ich sagte: Meine Antwort sei doch in diesem Sinne, wich er fast ängstlich aus, sagte dann aber: Ja, jetzt wäre es für Sie zu früh. Sie müssen sich für unsere großen Aufgaben, wenn wir die Regierung übernehmen, reservieren. Nach der Einleitung hielt er mir einen längeren Vortrag, in dem er immer erregter wurde: Die Partei sei mit ihren Finanzen am Ende. Er bzw. seine Unternehmungen könnten nicht mehr helfen. Er habe früher nationale Dinge außer Partei mit Hunderttausenden jährlich (600 000) unterstützt³⁵. Das werde stark eingeschränkt. Seine

³⁴ Seit Ende 1929 war die Stadt Berlin in akuten finanziellen Schwierigkeiten. Die Stadt war zugunsten von nicht mehr zu verantwortenden Verpflichtungen der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hoch belastet. Die BVG hatte in großem Maße Grundstückskäufe für U-Bahnbauten getätigt und sich wegen der Anschaffung von Vorratsmaterial für künftige Erweiterungen übernommen, so daß es insgesamt zu Aufwendungen von nahezu 600 Millionen Mark gekommen war; Otto Büsch, Wolfgang Haus, Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933, Berlin 1987, S. 226 ff., 236–241.

³⁵ Hugenberg hatte bis dahin jährlich 600 000 RM für politische Zwecke zur Verfügung gehabt. 1931 gingen die Gewinne des Hugenberg-Konzerns erheblich zurück. Für politische Zwecke waren nur noch Erträge in Höhe von 270 000 RM vorhanden. Der Konzern geriet in eine schwierige finanzielle Lage, in der er nur durch die Aufnahme eines Dollarkredits bei der Darmstädter und Nationalbank

Unternehmungen müßten umschulden und brauchten eventuell das Ausland dazu. Sollte er etwa die Ufa verkaufen? Dafür käme nur USA in Frage. Dann müsse er Parteivorsitz niederlegen! Die Partei müsse sich selbst helfen usw., ähnlich wie in den Briefen. – Ich blieb sehr ruhig und höflich. Schmidt habe mir gesagt, Ufa habe sieben Millionen flüssige Mittel. Augenscheinlich wollte er seine Zurückhaltung namentlich mir, Bang usw. gegenüber begründen. Die große Kreditaktion für Ufa-Scherl steht jetzt voll für ihn im Vordergrund. Ich sagte etwa: Wenn Ufa ins Ausland ginge, wäre das kein Grund, daß er zurücktrete, ebenso wenig die Finanzmisere. Ohne ihn ginge es nicht. Das wollte er augenscheinlich hören; denn er wurde plötzlich ruhiger, als ich das dahin prononzierte: „Besser eine bankerotte Partei als gar keine!“ Dann ging ich zum Angriff über: Auch bei den Finanzen zeigten sich die in meinem Brief dargelegten Fehler: Bürokratisieren, Zentralisieren. Er ging mit mir den Text meines Briefes durch, ohne aber Zugeständnisse zu machen. Ich wiederholte Punkt für Punkt, stets hervorhebend, wie stark ich und seine Freunde von 1928/9 ausgeschaltet seien. Er wich aus, bemäntelt[e], sagte z. B.: Ja, er hätte mich doch wohl zu stark in Anspruch genommen, worauf ich lächelnd auf meinen Brief verwies. Bang – sagte Hugenberg – habe ihn ein paarmal im Stich gelassen usf. – Dann behandelten wir Verhältnisse am Rhein, in Sachsen – wo nach Hugenberg starker Krieg Wöllwarth-Guratzsch contra v. Lüttichau-v. Falkenhausen sowie Krach in Leipzig herrscht, endlich Berlin. Ich warnte nochmals vor Bürokratisierung. Er: Was ich dazu meinte, wenn er Steuer in die Kommunalpolitik brächte. Ich: Ja. Wir brauchen Hecht im Karpfenteich. Zudem gehe der Wahlkreis aus den Fugen, wenn Steuer nicht wenigstens in einem Mandat ersetzt werde. Hugenberg: Er wolle das auch. Fraktionssitzung solle im Sommer abgehalten werden. – Im ganzen war ich wenig befriedigt. Augenscheinlich bleibt alles beim alten. Die Unterredung dauerte über eineinhalb Stunden, da er seinerseits immer mehr Punkte heranzog.

[. . .]

5. Mai

Nagel ruft an [. . .] Wie ich zu Steuer dächte. Ich: Politisch würde er nicht viel wirken können, wenn er das Verkehrsproblem Groß-Berlin meistern wolle. Aber nicht dagegen. – Ich denke mir, Hugenberg will Steuer versorgen. – Im Tiergarten Gespräch mit Dr. Haniel-Nürnberg über Wirtschaftslage, Bankkrach in New York usw.

[. . .]

10. Mai bis 7. Juni

Vom 10. Mai bis 7. Juni waren wir in Kissingen, Sanatorium Uibelesen [. . .]. Lange und interessante Gespräche mit Claß: eigentlich eine tragische Figur. Er hat 30 Jahre oder länger die Rolle des Chores in der antiken Tragödie gespielt: erkennend, warnend, ohne selbst agieren zu können – gleichmäßig gehaßt von der Linken, den wilhelminischen

im Mai 1931 über Wasser gehalten werden konnte. Vor allem die defizitären Provinzzeitungen verschlangen große Summen. Mit Hilfe des Kredits und der Erträge der Ufa konnte das Unternehmen sich am Leben erhalten; Hoser, Hintergründe, S. 1174, Anm. 205, S. 1175, Anm. 212; Leopold, Reichstag, S. 95 f.

Machthabern und dem heutigen System. Fabelhaft sein Gedächtnis: Als Dr. Oestreich sich ihm vorstellt, sagt er sofort: Haben wir nicht 1905 einmal in Dresden miteinander gesprochen?! Lange Unterhaltungen mit Dr. Feßmann-Scherl [. . .]

[. . .]

15. Juni

Erweiterte Fraktionssitzung mit Landtag und Landesvorsitzenden. Guter Besuch. Mißstimmung über die Regie und Oberfohrens Manier. Ende aber gut. Meine Ausführungen über Taktik, Propaganda und Zentrum bekamen unverdient starken Beifall. – Abends große Bowle im GK-Verein. Wenig ergiebig. Oldenburg recht mümmelig.

[. . .]

18. Juni

[. . .] Abends Oberfohren bei uns, der stundenlang über Nagels Unfähigkeit und Anmaßung schimpfte und augenscheinlich mit Hergt auch gegen Hugenberg Stimmung macht.

19. Juni

Frühstück mit Viag. Bedenkliche Lage der Banken selbst von dem regierungsfremden Lenzmann anerkannt. Zugesagter Kredit ist der Viag jetzt annulliert worden. Goldabgaben seit 1. 6. etwa 1100 Millionen³⁶. Die von mir prophezeite, von Luther noch vor wenigen Wochen unter Schimpfworten abgeleugnete Währungskrise ist da³⁷. Frage, ob Kabinett sie zur Kündigung der Tribute ausnutzen oder wie 1928/9 sich unterwerfen wird. – Nachtrag: Am 17. wurde ich zu Hugenberg gerufen, und erörterte mit ihm und Oberfohren die Lage. Beide waren kurz vorher bei Brüning³⁸. Lage katastrophal, Regierung

³⁶ Nach Born, Bankenkrise (S. 74), mußte die Reichsbank vom 1. 6. bis zum 17. 6. für 1,4 Milliarden Mark Gold und Devisen abgeben.

³⁷ Vgl. dazu den Artikel „Irgendwie“ in: Der Tag vom 13. 3. 1931 und den Artikel „Auf des Messers Schneide“, in: Deutschlands Erneuerung, 1931, S. 226–230.

³⁸ Bis zu dem Tag, an dem Brüning im Beisein Luthers, Groeners und Dietrichs Hugenberg und Oberfohren empfing, hatte sich die Wirtschaftskrise erheblich verschärft. Brünings Aufruf vom 6. 6. 1931, der zusammen mit einer neuen Notverordnung erschien und betonte, daß nunmehr die Grenze der Opfer erreicht sei, sowie der Vorstoß der Deutschnationalen und anderer Parteien zu einer vorzeitigen Einberufung des Reichstags hatten im Ausland zu Beunruhigung geführt und vermehrte Kreditabzüge und Devisenverluste bewirkt. Die Notverordnung war nach Brünings Auffassung die Voraussetzung dafür, die Revision der Reparationen, zunächst noch in dem vom Youngplan vorgesehenen Rahmen, anzugehen. Luther mußte zugeben, daß die Reserve der Reichsbank nicht mehr ausreichte, um den Deckungsvorschriften genügen zu können. Er rechtfertigte die Notverordnung, da nur bei einem ausgeglichenen Haushalt die Möglichkeit einer Beruhigung bei den Devisenabzügen bestehe. Eine Einberufung des Reichstags werde zu weiterer Beunruhigung führen, da dann die Notverordnung aufgehoben werden könne. Oberfohren äußerte die Auffassung, daß der Etat mit der Notverordnung nicht ausgeglichen werden könne. Hugenberg stellte fest, daß damit klar sei, daß das Reich in eine gewisse Abhängigkeit vom Ausland geraten sei. Auch er war der Ansicht, daß die Finanzfrage durch die von der Reichsregierung eingeschlagene Taktik nicht zu lösen sei. Er erklärte, seine Fraktion habe den kritischen Zustand seit langem erwartet und würde unter keinen Umständen auf einen Zusammentritt des Reichstags bzw. eines Ausschusses zur Abänderung der Notverordnung vom 6. 6. 1931 verzichten. Brüning gelang es aber, mit Hilfe der DVP im Ältestenrat des Reichstags eine Mehrheit gegen die vorzeitige Einberufung des Parlaments oder des Haushaltsausschusses zu bekommen; Brüning, Memoiren, S. 287–289; Bennett, Diplomacy, S. 222; Born, Ban-

verzweifelt. Hugenberg rechnet mit der Möglichkeit, daß man plötzlich ihn beruft, aber ohne Preußen und ohne Auflösungsorder³⁹. Zentrum will Rechte diskreditieren. Ich: Wir können uns keinesfalls versagen, aber Hindenburg muß selbstverständlich Hugenberg mindestens die gleichen Vollmachten geben wie Brüning, da Lage verzweifelter denn je. Tut das Hindenburg nicht, dann ist er auf schwerste bloßgestellt. Hugenberg fragt: Preußen? Ich: keinesfalls mit Zentrum darüber verhandeln. Ihr Kontrahent ist lediglich der Reichspräsident. Er muß notfalls durch Notverordnung preußischen Landtag auflösen und das Volk sprechen lassen. Das ist durchaus verfassungsmäßig und demokratisch. Frage: Sollen wir für Haushaltsausschuß stimmen (entgegen unserer grundsätzlichen Einstellung) und damit evtl. Vorwand zum Rücktritt schaffen? Ich: Unbedingt! Nur nicht ausweichen. – So wurde beschlossen, und wie ich voraussagte: DVP fiel um und rettete Brüning. Das ist ihr politischer Tod. – Mit dieser Unterredung hängt die vom 19. mit Claß im Tiergarten zusammen. Claß meint, Hugenberg wolle über Preußen mit Zentrum verhandeln und beschwört mich, Hugenberg davon abzubringen. Ich referiere über den 17., Claß nicht beruhigt. Er will Staatskommissar für Preußen. Ich dagegen: Auflösung besser. Staatskommissar bleibt immer noch. Im übrigen glaube ich nicht an Umschwung bei Hindenburg (trotz Eulenburg-Prassen und Oldenburg).

20. Juni

Artikel „Tag“: „Selbstmord der Wirtschaft“ gegen Hamm, der Petroleum-Monopol vorschlägt⁴⁰. – Langer Brief an Hugenberg, in dem ich auch wieder die Mißstände in der Zentrale berühre. [. . .]

21. Juni

[. . .] Dann zu Spahn, um für Hugenberg mit ihm über seine immer dringlicheren Quereilen zu reden. Der Vogel war aber trotz genauer Verabredung ausgeflogen. Er nimmt zentrümliche Methoden an. Wir werden mit ihm Überraschungen erleben. [. . .]

22. Juni

Nachmittags Professor Coar⁴¹ wieder einmal hier. Ich zog Bang hinzu. Er will Hugenberg sprechen. Steht wieder mit allen möglichen Leuten in Verbindung: Kehl, Schacht, Gleichen (Bernstiel?), auch Regierung. Wir sollten nicht zu viel auf Hoover geben⁴².

kenkrise, S. 87; Das Kabinett Brüning, Bd. 1, S. 1207–1211; Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur Deutschen Geschichte 1930–1932, Stuttgart 1962, S. 124.

³⁹ Für den Fall eines Rücktritts Brünings war bei einer Besprechung Hindenburgs mit dem Kanzler die Betrauung Hugenbergs mit der Kabinettsbildung ins Auge gefaßt worden. Es sollte allerdings die Bedingung damit verbunden sein, eine Mehrheitsregierung zu bilden. Deshalb wurde mit der Ablehnung Hugenbergs gerechnet. Danach sollte Breitscheid einen Versuch machen. Da mit seinem Erfolg ebenfalls nicht gerechnet wurde, sollte danach eine Minderheitsregierung unter Brüning gebildet werden; Winkler, Katastrophe, S. 350.

⁴⁰ Der Selbstmord der Wirtschaft, In: Der Tag vom 20. 6. 1931. Zu Hamms Vorschlag, als Maßnahme zur Besserung des Finanzsituation ein Reichspetroleummonopol einzuführen, schrieb Quaatz: „Was hier von Wirtschaftsführern vorgeschlagen und propagiert wird, ist schlimmer als Kapitalzerstörung, es ist Versklavung.“

⁴¹ Die Arbeiten von Professor I. F. Coar, der für das Ende der Reparationen eintrat und ein Freund Owen Youngs war, wurden von Hugenberg finanziell gefördert; Leopold, Hugenberg, S. 95.

⁴² Am 20. 6. 1931 hatte der amerikanische Präsident Hoover den Vorschlag eines einjährigen Moratoriums aller Reparations- und staatlichen Schuldentzahlungen gemacht; vgl. den Artikel von Quaatz zum Hoover Moratorium in: Deutsche Zeitung vom 22. 6. 1931.

Wahltaktik, ut aliquid fiat usw. Es war wie immer ganz interessant. Wir beide soufflierten ihm immer wieder: Die Tribute gefährden die kommerziellen Schuldforderungen, ebenso aber auch jede neue Anleihe: USA finanziert den Bolschewismus via Sozialismus. Coar: Stimmung drüben umgeschlagen, deutschfreundlich. Gegen Frankreich? 1929 habe er nicht gewagt, zu Hugenberg zu gehen und auch mich lieber gemieden. Anleihe würden wir nicht bekommen, da nicht unterzubringen, aber Reichsbank würde gestützt werden gegen Abruf kurzfristiger Kredite. (N. B.: Dann pumpt Luther sofort via Großbanken dem Kabinett Brüning.) – Ich empfehle Coar an Feßmann und schreibe an Hugenberg zugleich über anderes.

23. Juni

Besprechung Stubbendorff und Hanemann über Stubbendorffs Rede im Roggenauschuß. Hugenberg ist in Ostpreußen (ob auch in Neudeck?). – Maretzky hat mit Meißner gesprochen: Annäherung Meißners. Ich bin ihm augenscheinlich zu skeptisch. – Kleines Sammelbändchen fertig: Deutschland, Europa und die Kriegstribute⁴³. – Abends nach Aachen.

24. Juni

In Aachen große und riesig stimmungsvolle Versammlung. Wut gegen das Zentrum, sogar in der Geistlichkeit. Ein Kaplan hat (nach Direktor Jansen) gepredigt: Am jüngsten Tage möchte ich nicht in der Haut derer stecken, welche die Verantwortung für die Erfüllungspolitik tragen. [. . .]

[. . .]

28. Juni, Sonntag

Mit Bang bei Hugenberg wegen bevorstehender Entrevue mit Hitler. Dann am Krankbett Schmidt. Selbst sehr abgespannt.

29. Juni

Abends kleine Gesellschaft: Kalckreuths, Bangs, Berndts, Doehring, Krebse und Erdbeerbowle.

[. . .]

1. Juli

[. . .] Oberfohren legt wegen der Mißhelligkeiten mit Nagel den Fraktionsvorsitz nieder⁴⁴. Telefongespräch mit ihm.

[3.–10. Juli siehe 15. Juli]

13./14. Juli.

Zur großen Osttagung in Stettin. Kurze Rede. Von 200 eingeladenen Führern 190 erschienen. Sehr gute Stimmung. Gegnerschaft Rohr gegen [Zitzewitz?].

⁴³ Deutschland, Europa und die Kriegstribute, Sonderdruck aus der Zeitschrift „Das Freie Deutschland“, Juli 1931.

⁴⁴ Oberfohren blieb Fraktionsvorsitzender.

15. Juli

Viel Arbeit, da Schmidt krank und Hugenberg häufig abwesend. Vom 3. [Juli] abends bis 7. [Juli] früh bei ihm in Rohbraken. Am 9. [Juli] den ganzen Tag Lokaltermine in seinen Bahnprozessen. Ich entwerfe umfassende Instruktionen in allen drei Prozessen, rate ihm aber, seine Kräfte nicht in solchen Sachen zu verschwenden, was er auch einsieht. Gespräch über die Lage. Entwerfe Interview, das viel Beachtung findet. Versuche immer wieder, ihn auf grundlegende Ideen für evtl. Regierung zu bringen, auch die wichtigsten Personalien vorzubereiten. Rate für letzteres Claß einzuspannen. Er ist schwer beweglich, auch mißtrauisch und hängt leicht an Einzelheiten. Dabei freue ich mich wieder über die stete Klarheit seines Blickes in die Dinge. [. . .] Am 9. [Juli] Sitzung mit Nazis und [Bauern?]gruppe. Nachher Intima zu viert: Hugenberg, Hitler, Göring und ich. Feierliche Versicherung: stets Zusammengehen, keine Trennung durch Brüning. – Am 10. [Juli] lange Besprechung mit Meißner: Regierung wolle nach rechts, ebenso Bendlerstraße. Luther sei aufgegeben. Gespräch berührt Schleicher, Groener, Brüning usw. Vormittags bei Claß engerer Kreis. Instruktion für einen Besuch bei Hugenberg, der am 19. stattfinden soll. Wird nicht viel nützen. Zentrum schlägt lauter Finten. – Nachmittags Kleist-Schmenzin bei mir: Versagen der Parteizentrale, Nationalisierung der Kommunalpolitik, Personalia.

16. Juli

Der bekannte Inflationsfilm rollt ab: Gestern hat die Rentenbank Ermächtigung zur Ausgabe von Rentenmark abgelehnt, nachdem kurz zuvor Notverordnung mit Herabsetzung der Deckungsgrenze – bedeutet eine Milliarde mehr Noten – herausgekommen war (Hillger ist Mitglied)⁴⁵. Heute Devisenverordnung mit Zwangskurs⁴⁶. Augenscheinlich wird die Mark im Ausland z. Zt. gar nicht notiert. Scherl-Presse tutet in das Regierungshorn: Nur Deflation, von Inflation keine Rede! „Seid ruhig, von Diphtheritis keine Rede. Ihr habt nur Typhus!“ Die Schieberzeit beginnt⁴⁷. [. . .]

17. Juli

[. . .] Ältestenrat, wo ich Löbe wegen Verletzung der Art 24 RV scharf angreife⁴⁸. Mehrheit sehr kaduk. Nachmittags Pressekonferenz. Brüning will nach Canossa (Paris), wo er

⁴⁵ Vgl. die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 2, S. 1357 f., 1364 f.

⁴⁶ Vgl. Born, Bankenkrise, S. 120 f.

⁴⁷ Hier folgt eine Notiz von Quaatz vom Juli 1931: Basierend auf Unterhaltungen des früheren Parteivorsitzenden Winckler mit Hergt und Hugenberg sei festzuhalten, daß Hindenburg schon vor Unterzeichnung des Locarno-Vertrages von Winckler auf die ablehnende Haltung der DNVP und die Gefährdung der Koalition bei Unterzeichnung des Vertrags hingewiesen worden sei. Diese Haltung wurde gegenüber Hindenburg und Luther am 21. 10. 1925 von einer Parteidelegation bekräftigt.

⁴⁸ Über den Parlamentsdienst der Telegraphen-Union kam über die Ältestenratssitzung ein Bericht heraus, der aber die Ausführungen von Quaatz nicht enthielt, der Löbe vorgehalten hatte, daß er als Präsident des Reichstags verpflichtet sei, auf Grund des im Art. 24 der Reichsverfassung enthaltenen Rechts der Minderheit den Reichstag einzuberufen und daß die Unterlassung eine Verfassungsverletzung sei. Quaatz warf Löbe schließlich in einem offenen Brief vor, mit der Unterdrückung seiner Ausführungen eine Irreführung der öffentlichen Meinung begangen zu haben. Löbe habe persönlich den Pressebericht gegeben und bewußt die Ausführungen von Quaatz nicht erwähnt, in: Münchener Abendzeitung vom 22./23. 8. 1931; vgl. die Stellungnahme von Quaatz in: Der Tag vom 18. 7. 1931.

sicher das Diktat unterschreibt⁴⁹; neue schärfste Presseordonnanzen erlassen, um jede Opposition mundtot zu machen⁵⁰. „Tag“ und „Deutsche Zeitung“ sind schon kopfscheu. *Ägyptisierung Deutschlands*. Aber die Jesuiten und Juden werden sich doch verrechnen. Europa wird immer mehr antiklerikal. – In Frankreich und Italien herrscht der Satz: Notre religion à nous c'est le patriotisme. Ich werde für nächste Woche Fraktion einberufen. Diese Führerlosigkeit wird überall empfunden.

[19. Juli?]

Abends Sonntag. Langes Gespräch bei Hugenberg in Dahlem mit Mann über Presse-Ordonnanzen, Parteiverhältnisse usw. – In Paris natürlich gänzliche Erfolglosigkeit. Ebenso natürlich, daß Curtius überaus zufrieden ist. Brüning hat zwei Komponenten: a) den Gewerkschaftsgeist. Konkurrenz mit Stegerwald. Angst vor dem Bruderkampf mit den roten Gewerkschaften. b) Klerikal: Rom braucht Frankreich gegen Italien. Daher hat Rom diesselbe französische Linie wie die Sozi.

23. Juli

Die letzten Tage waren ausgefüllt mit einander jagenden Besprechungen: Zunächst immer wieder bei Hugenberg, der mich immer wieder zu allen Sachen heranzieht, dabei immer bemüht, das zu kaschieren. Besprechung Hugenberg – Hindenburg durch mich eingeleitet. V. d. Porten über Banken und Reichsbank: Er verwirft Schacht und hält Reinhart für geeignet, denkt wohl auch an sich selbst. Der Amerikaner Coff, Vizepräsident eines großen Investment-Trust. [Döbrich?] und Bauer über Anschluß der Landvolkpartei an die Nationale Opposition. – Hindenburg scheint allen Wegen nachzugehen, um Hugenberg zu vermeiden. Neuerdings ist von v. d. Osten die Rede, der gute Beziehungen zum Hof (d. h. des Reichspräsidenten) hat. Schacht scheint sich für den Reichspräsidenten aufzusparen. – Die Währung ist m. E. nicht zu halten. Von Deflation keine Rede. Anschein trügt, weil das Geld gehamstert wird. Bankerott kommt vom Ausland. „Kölnische Zeitung“ sogar verlangt Auslandsmoratorium. Gefährlich: Beschlagnahmen des Auslandsvermögens. Zweite Gefahrenquelle: Reichs- und Gemeindefinanzen. 14tägige Gehaltszahlung, d. h. Streichung eines halben Monatsgehalts, zeigt, wie lügnerisch das Gerede von Sanierung ist. Dresdner Bank schwer gefährdet⁵¹. Das Banken-Moratorium bringt die schaffenden Stände in schwerste Gefahr. – „Tag“ ist zu feige, meine Aufsätze weiter abzudrucken! – Ich gebe mit Hillger sog. Handzettel heraus, zunächst eine Serie von acht Stück. Hugenberg will sie anscheinend nachmachen lassen. – Abends mit Bang im Zoo.

27. Juli

Frühstück mit Lenzmann und Landauer, ähnlich wie neulich mit v. d. Porten. Deutlich das Bestreben, mit vielleicht kommenden Kräften in Fühlung zu bleiben. Schacht wird auch von Lenzmann und Landauer als ganz unzuverlässig bezeichnet, Luther als völlig unmöglich. Von der ganzen Regierung könne nur Brüning etwas. Eingehender das

⁴⁹ Brüning verhandelte am 18. 7. 1931 in Paris über die Möglichkeit eines Kredits, lehnte aber wegen der ihm dafür gestellten politischen Bedingungen ab; Brüning, Memoiren, S. 329 f.; Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 2, S. 1390–1393, 1421 f.

⁵⁰ Am 17. 7. 1931 war eine weitere Notverordnung herausgekommen, die den Behörden gegenüber der Presse ein besonders Entgegnungs- und Kundgebungsrecht ermöglichte.

⁵¹ Vgl. dazu Born, Bankenkrise, S. 105 f.

Finanzministerium erörtert, das ich als Pivot ansehe. Als bester Mann wurde Wachsmann bezeichnet. Zarden unzuverlässig, Krosigk zu schwach. – Das kleine Propaganda-Unternehmen mit Hillger scheint zu florieren. Hugenberg läßt es empfehlen. – Besuch von Hertzberg, Möllers und einem Fremdling, der behauptete, Reusch habe Konstruktion der Urform für Panzerschiff an USA (Staatssekretär Adams) verkaufen wollen und die für U-Boot tatsächlich an Sowjets verkauft. – Dresdner Bank scheint bankerott zu sein.

[. . .]

30. Juli

Generalversammlung Landkultur. – Längere Besprechung mit Reinhart-Kommerzbank. Vernichtende Kritik Luthers. London völliger Fehlschlag⁵². Wir haben noch acht bis neun Milliarden kurzfristige Auslandsschulden.

31. Juli

Vor- und Nachmittag bei Hugenberg. Telefon mit Meißner, [extrahiere?] Hindenburgs Wunsch, Hugenberg zu sehen⁵³. Vormittags mit Hugenberg Eventualitäten des Gesprächs mit Hindenburg durchgesprochen⁵⁴. Rate ihm, eventuellen Abbruch möglichst in Besprechung mit Brüning zu verlegen. – Nachmittags ziemlich nutzlose Debatte Hugenberg, Oberfohren, Nagel und ich über die Partei. Oberfohren hat nur Prestige-Bedürfnis. Nagel ist unbelehrbar.

[. . .]

6. August

Vortrag in Oppeln. Preußische Regierung und Demopresse⁵⁵ mit allen Mitteln gegen Volksentscheid⁵⁶. Oberfohren will erneut wegen Konflikt mit Nagel Fraktionsvorsitz niederlegen. Ich suche zu vermitteln.

⁵² Auch England konnte Brüning die erhofften Kredite nicht geben. Die Londoner Konferenz empfahl aber allen privaten Gläubigern, für eine gewisse Zeit auf die Rückzahlung ihrer Schulden zu verzichten, was dann die Stillhalte-Abkommen ermöglichte, die zunächst für die Dauer von sechs Monaten abgeschlossen wurden; Bennett, *Diplomacy*, S. 274–285; Born, *Bankenkrise*, S. 138 ff.; Brüning, *Memoiren*, S. 337 f.; *Die Kabinette Brüning I u. II*, Bd. 2, S. 1422 f.

⁵³ Die folgenden Sätze dieses Tageseintrags sind unter dem 30. Juli eingetragen. Quatz hat aber durch einen Nachtrag zum 30. Juli die Reihenfolge der Eintragungen durcheinandergebracht.

⁵⁴ Das Gespräch mit Hindenburg fand am nächsten Tag statt. Auf den Appell Hindenburgs zur Zusammenarbeit mit Brüning vermied Hugenberg eine klare Festlegung. Er forderte als Voraussetzung klare Verhältnisse in Preußen. Auf Hindenburgs Vorwurf, daß die DNVP mit den Nationalsozialisten zusammenginge, antwortete Hugenberg, er arbeite gerade mit ihnen zusammen, um ihr Abgleiten in den Sozialismus oder Kommunismus zu verhüten. Er glaube, daß die Nationalsozialisten dadurch bereits politisch erzogen worden seien; Dorpalen, *Hindenburg*, S. 219 f.; Hiller, *DNVP*, S. 623 ff.

⁵⁵ D. h. *Demokratenpresse*. Gemeint sind die Zeitungen, die die Demokratie der Weimarer Republik bejahten.

⁵⁶ Auf Grund der Notverordnung vom 17. 7. ersuchte die preußische Regierung alle Zeitungen in ihrem Zuständigkeitsbereich, am 6. 8. 1931 einen Aufruf an die preußischen Wähler zu veröffentlichen, der sich gegen den Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtags wandte; Bracher, *Auflösung*, S. 342.

9. August

Volksentscheid fällt mäßig aus, etwa 9.8 Millionen Stimmen⁵⁷. Beteiligung der Kommunisten auch nach Linksprelle („Tageblatt“, „Kölnische“ etc.) gering⁵⁸. War dem Erfolg schädlich. Rechnet man neun Millionen für die Rechte, so ergibt das *mindestens* die gleiche Wählerzahl oder 225 Abgeordnete zum preußischen Landtag, der 449 Mitglieder hat. Jetzt ist freilich Wählerzahl allgemein gestiegen, so daß 225 nicht mehr die Mehrheit bilden. Aber auch Weimarer Koalition sicher nicht mehr möglich. Im Ausland ist – wenigstens in Frankreich – die Wirkung ziemlich ungünstig, Presse wird noch frecher. Franzosen und Polen achten nur eins: Macht und Willen. Nebenstehender Brief illustriert die Lage. Mein Besuch bei Meißner hat den Besuch Hugenbergs bei Hindenburg herbeigeführt. In seiner Antwort (die ich Hugenberg nach Rohbraken sende) betont Meißner, daß der Besuch günstig gewirkt habe und Hindenburg jetzt auf Verbindung Brüning mit Hugenberg dringe. Ich zweifle sehr, daß wir mit Brüning zusammengehen können; jedenfalls kann er nicht Kanzler sein. Am ersten ginge er noch als Außenminister, was Hugenberg merkwürdigerweise nicht will. Brüning wieder will natürlich das Heft in der Hand behalten und uns an die Leine nehmen. Hitler mit Hugenberg sehr einig. Stahlhelm wird anscheinend auch verständiger. – Es ist mir gelungen, in stundenlangen Vorbesprechungen Hugenberg darauf einzustellen, etwas „bequem-gefällig“ gegenüber dem alten Herrn zu sein und diesem nicht zu viel zuzumuten. Das scheint sehr günstig gewirkt zu haben. Wenigstens ist nun die Bahn bei dem Reichspräsidenten frei, dessen Stellung in Deutschland – sobald sie von einer aktiven Kraft besetzt wird – schlechtweg entscheidend sein wird⁵⁹.

[nach 11. August]

Am 12. war wieder Professor Coar zweieinhalb Stunden bei mir. Erzählte fast ununterbrochen und sehr interessant. Seine Charakteristiken Luthers, Schachts, Treviranus' recht interessant. Letzteren nennt er einen „Hampelmann“, Luther ungeeignet für Amerikaner, Schacht eitel und unzuverlässig. Hugenberg und unser Kreis sei noch 1929 isoliert und in Amerika unmöglich gewesen. Jetzt sei das wenigstens in Deutschland ganz anders. Selbst die Gegner sprächen mit großer Achtung: Es sei wunderlich, wie sehr das von dem Gezänk der Zeitungen abstäche. Die nicht-sozialistischen Kräfte in Deutschland müßten sich zusammenschließen. Die Tribute müßten während des Hoover-Jahres grundsätzlich beseitigt werden. Hoover wolle das, zögere aber mit Rücksicht auf seine Partei. Schacht tue gar nichts, habe ihm (Coar) gesagt, er kabele nur das an Hoover, was dieser ihm vorher herübergegeben habe, mache also nur bestellte Arbeit. Sackett wolle später Begegnung mit Hugenberg in kleinem Kreise. Wichtig sei Sacketts Privatsekretär Anderson. Ich regte an, diesen mit Brosius zusammenzubringen. Coar nahm das lebhaft auf und sagte: Ich müsse mit dem sehr intelligenten amerikanischen Generalkonsul, der alle deutschen Konsulate unter sich habe, zusammengebracht werden, wozu ich gerne ja sagte. Im übrigen war ich eigentlich nur gesprächsfördernder Zuhörer. – Hierbei wünschte er Wiederaufnahme der Beziehungen mit Gleichen: dieser sei im Begriff, seine bedenkli-

⁵⁷ Der Volksentscheid scheiterte, war allerdings ein psychologischer Erfolg; ebenda, S. 342.

⁵⁸ Vgl. dazu Winkler, Katastrophe, S. 390.

⁵⁹ Hier folgt ein Brief von Quaat an Staatssekretär Meißner vom 12. 8. 1931: Quaat fragt in Hugenbergs Auftrag nach dem Termin für eine Unterredung Brüning mit Hugenberg, der im Gespräch Hindenburgs mit Hugenberg vom 1. 8. 1931 vorvereinbart, aber nicht weiter verfolgt worden sei. (Die Unterredung fand am 27. August in Anwesenheit von Kaas und Quaat statt.)

chen Beziehungen zu Rechberg zu lösen, die auf finanzieller Basis beruht hätten, und sähe seine Fehler ein⁶⁰. Er sei unzuverlässig, aber doch brauchbar. Coar bat um Äußerung. Ich: Die Persönlichkeit habe er richtig geschildert. Einer persönlichen Berührung mit mir ständen drei Punkte entgegen: 1) häßliche Undankbarkeit gegen Hugenberg; 2) nur erzwungene Abbitte seiner Verleumdung gegen mich; 3) Abhängigkeit von Rechberg. – Coar: Kann ich Gleichen das sagen? Ich: Ja.

14. August

Zweiter Brief Meißners: Brüning bedauert und bittet um Nachricht, wann Hugenberg disponibel. Nach Rohbraken gesandt. – Frühstück mit Oberfohren. Langes Gespräch über die Lage. [. . .]

15. August

[. . .] Ich habe den Eindruck, als ob der deutsche Spießler sich schon wieder beruhigt. Dabei sind wir bereits in der Inflation. Die bekannten Ausländertypen. Andrang in Möbel- und Wäscheläden. – Traurig der Abstand von England, wo man die Gefahr für die englische Währung ganz klar erkennt. Das Kabinett MacDonald verheimlicht nichts, sondern bekennt klar und offen: 2400 Millionen Defizit. Bei uns ist es schwer, sachliche Aufklärung über die Finanzkatastrophe auch nur in die Rechtspresse zu bringen. Scherl vollkommen im Regierungslager (wegen der großen Kredite bei der Danat-Bank)⁶¹.

[. . .]

21. August

Vereinbare mit v. Hagenow (Ministerialdirektor in Reichskanzlei) Besprechung zwischen Hugenberg und Brüning. – Feßmann schleppt Auseinandersetzung in ungezogener Weise hin. Hugenberg duldet das. Scherl ist anscheinend ein noli me tangere, für uns ein désastre.

[. . .]

27. August

Heute nachmittag mit Hugenberg dreieinhalb Stunden bei Brüning mit Kaas⁶². Durchsprechung der Lage. Brüning bemüht, seine Leistungen ins helle Licht zu stellen. Er –

⁶⁰ Rechberg war Mitarbeiter von Gleichens „Ring“, für dessen Unterstützung er seit 1930 ständig größere Summen spendete. Die finanzielle Hilfe Rechbergs war das Hauptmotiv für Gleichen, da ihm Rechbergs politische Einstellung zu radikal war; Vietsch, Rechberg, S. 129 f.

⁶¹ Vgl. Anm. 35 zu 1931. Der Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank im Juli 1931 schien auch für den bei ihr hoch verschuldeten Hugenberg-Konzern bedrohlich zu werden. Man fürchtete, der Kredit könne von der nun unter der Kontrolle des Reichs stehenden Bank zurückgefordert werden. Brüning machte noch im Oktober 1931 in einer Rede im Reichstag angesichts der Agitation der Harzburger Front auf Zwischenrufe von Quaat hin eine entsprechende Andeutung; Brüning, Memoiren, S. 428 f.; Hoser, Hintergründe, S. 1175 f.; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/II, S. 1046.

⁶² Die Unterredung dauerte rund 3½ Stunden. Brüning bot nach eigener Darstellung die Bildung einer Rechtsregierung für den Zeitpunkt nach Streichung der Reparationen und nach der Abrüstungskonferenz an; Brüning, Memoiren, S. 375–380, 384; Hiller, DNVP, S. 625; Leopold, Hugenberg, S. 97 f., 227; Vogelsang, Reichswehr, S. 125.

nicht Hoover – habe Tributfrage ins Rollen gebracht. Innere Aussichten müßten er wie Kaas als sehr trübe zugeben. Im übrigen ausschließlich bestrebt, es so darzustellen: Regierung unparteiisch. Wir demagogisch. SPD ungefährlich. Ausland wolle keine nationale Regierung. Dem Reichspräsidenten wird man sagen: Wir haben auch keine erlösenden Ideen gebracht, sind nur negativ usw. Also Zweck das berühmte Alibi. Wir sollen bis Frühjahr warten, dann könne man der SPD den Laufpaß geben. Besonders rabulistisch Brüning. Kaas etwas loyaler und auch großzügiger. Brüning meist kleinlich. Scharf betonte er, er wolle keine Anleihe. Sie werde doch politisch belastet. Versuchte es so zu drehen, als ob wir Lohndruck förderten. Ich lehne das scharf ab und hebe die Ungleichheit und Ungerechtigkeit unserer Lohnverhältnisse hervor. Wir wollten keine chinesischen Löhne, aber sie seien die Folge der bisherigen Wirtschaft. Wir verweisen auf den Verfall der Landwirtschaft und die Gefahr für den Osten, auf unsere eingehenden Vorschläge, Klepper-Mißwirtschaft⁶³. Hierbei spreche ich nach etwas doktrinären Ausführungen Hugenbergs in der Debatte für uns. Brüning leugnet jeden Einfluß der Preußenkasse, nur Industriebank leite. Ich solle ihm alle Eingriffe der Preußenkasse bzw. Kleppers mitteilen. Der zweite Teil der Unterhaltung politisch, den hauptsächlich Hugenberg bestreitet. Brüning versucht die alte Lüge vorzubringen, daß wir uns einer Koalition versagt hätten, muß aber Hugenberg zugeben, daß hier vielleicht „sein Gedächtnis ihn täusche“. Nationalsozialismus. Brüning teilt mit, daß er auch mit Hitler gesprochen habe⁶⁴. Augenscheinlich fürchtet das Zentrum das Bündnis der Sozis und Kommunisten mehr als die Rechten. Will Reichspräsidenten im Herbst wählen lassen. Brüning erklärt mit großer Bestimmtheit, daß die Notverordnung nicht zur Verlängerung des Preußischen Landtags angewendet werde. Im Frühjahr müsse gewählt werden. Kaas sagt auf meine Frage, wie er sich eine Mehrheit für Hindenburg vorstelle bei steigender Not und dem blutigen Terror der Preußenregierung, die sich mit Hindenburgs Namen decke, Kaas: Zweidrittelmehrheit im Reichstag. Hugenberg: Das sollen die Nazis mitmachen, die jetzt totgeschlagen werden? Ich: Nur der Stahlhelm, d. h. meist unsere Leute? Ich setze hinzu: Die Zeitfolge sei falsch gedacht. – Brüning bittet mich, ihm alle Terrorakte sowie alle Zeitungsverbote gegen rechts mitzuteilen⁶⁵. – Hugenberg erklärt ausdrücklich: er sei nicht töricht genug, sich von den Nazi zu trennen. Über Präsidentenwahl könne er sich jetzt nicht äußern. Auch müsse er der Rechten trotz aller Fühlungnahme volle Freiheit vorbehalten. So lange die Preußenwirtschaft dauere, sei scharfe Opposition geboten. Ich hebe zum Schluß scharf die erbitterte, ja verzweifelte Stimmung auf die Rechten hervor. – Im übrigen alles sehr freundschaftlich. Kaas betont, daß der Marxismus der größte Feind

⁶³ Eine der ständigen Forderungen des Reichslandbunds und der DNVP war die Ausschaltung des Einflusses der preußischen Regierung auf die preußische Zentralgenossenschaftskasse unter ihrem Präsidenten Klepper. Das Institut konnte seit Herbst 1930 wegen der rapiden Verschlechterung der Lage auf dem Kreditmarkt eine Beteiligung an der Osthilfe auf unbestimmte Dauer nicht mehr verbindlich zusagen. Auch Hindenburg hatte mehrmals versucht, Brüning zur Ausschaltung der Preußenkasse aus der Osthilfe zu bewegen. An der Besetzung des Aufsichtsrats der Industriebank, die für das Reich die Finanzierung der Osthilfe übernehmen wollte und an der Abfassung ihrer Satzungen hatte Brüning die preußische Regierung entgegen bindender Zusagen nicht beteiligt; Schulze, Otto Braun, S. 683 ff.

⁶⁴ Bekannt ist bisher nur das Gespräch Brünings mit Hitler vom 6. 10. 1930 in Anwesenheit von Frick, Gregor Straßer und Treviranus; Brüning, Memoiren, S. 191–196.

⁶⁵ Quaatz teilte Brüning Verbote rechtsstehender Zeitungen mit und gab ihm u. a. die falsche Information, daß die München-Augsburger Abendzeitung dreimal verboten gewesen sei; Wegener an Traub 8. 9. 1931, in: BA, Nachlaß Wegener 25, fol. 96.

seiner Weltanschauung sei, aber *rebus sic stantibus* usw. Höchst interessant die römische glatte Verhandlungstaktik mit einer für unseren Geschmack unerträglichen Verwendung ethischer Vokabeln und Vindizierung aller ethischen Motive an sich selbst. Durchleuchtend starke Unsicherheit. Kaas anscheinend auch etwas mehr nach rechts tendierend, wogegen Brüning, der alte Gewerkschaftsmann, voller Resentiments. Haß und Verachtung gegen das Unternehmertum durchleuchtend. – Auch die Notverordnungen, ihr System wie Mißbrauch von uns scharf kritisiert. Interessant die ruhige Ironie, mit der Hugenberg immer wieder die rückschauende Betrachtung durchblicken ließ: So wie mit den Herren von 1927 könnt Ihr mit uns nicht spielen. Bezeichnend für Brüning eine Äußerung: „1925 fehlte es Euch an geeigneten Ministern im Kabinett. Keiner (d. h. Schiele!) schlug gegen Stresemann und Luther auf den Tisch“. Worauf ich trocken erwiderte: *à qui le dites vous?* Schacht von beiden aufs schärfste kritisiert. Alles in allem hochinteressant, schade, daß mein Gedächtnis nicht besser. Brüning hatte mit mir verabredet, daß nichts in die Presse käme. Aus nachträglichen Notizen ergibt sich, daß doch wenigstens formale Notizen ausgegeben sind⁶⁶. NB!⁶⁷.

28. August

Schon gestern tobten die Blätter über den Besuch. Ich bin auf die heutige Presse gespannt. Quelle *bruit pour une omelette!* – Weitere Details aus der Unterredung vom 27., die einmal interessant sein können⁶⁸: Brüning sagte, die Regierung mache bewußt Deflationspolitik trotz ungünstiger Wirkung auf Arbeitsmarkt. Ich: Die Diskontierung der Wechsel der Garantiebank, d. h. reiner Finanzwechsel, ist Inflation. Währung muß elastisch sein. Wohin aber Wechselreiterei führt, weiß niemand. – Brüning wünschte regelmäßige Besprechungen mit Hugenberg über Außenpolitik, ohne Bindung. Auch Sozi gegenüber sei er nicht gebunden. Aber Fühlung auf beiden Seiten nötig. Zugesagt; Hugenberg betont, daß unsere Haltung dadurch nicht beeinflusst werde. – Widerspruchsvolle und intrigante Gesprächsmethoden: DNVP außenpolitisch nicht tragbar, 1925 und 1927 in der Regierung zu schlapp! Beide geben zu, daß die Richtlinienpolitik verfehlt war. Brüning leugnet, daß er jemals auf Spaltung der DNVP hingearbeitet habe. Die Nazis werden einmal als tolle Leute hingestellt, dann Hitler wieder als loyal. Sie seien im Zerfall, dann wieder übermächtig (Kaas: auf der Lokomotive). Alles zu dem Zweck, zu reizen und abzulenken. Hugenberg zum Schluß sehr geschickt. Freundlich lächelnd sagt er: „Wäre es nicht sehr dumm von mir, wenn ich mich von den Nazi trennen ließe?“ Damit zerrubelte er plötzlich alle Finten. – Berührt wurde auch die angebliche „Bitte“ um den Besuch. Brüning tat so, als ob er von der Unterredung mit Hindenburg nichts gehört habe, da er abwesend gewesen sei. Ich: Mit Herrn Meißner habe ich den Termin so gelegt, daß der Besuch bei Hindenburg während Ihrer Anwesenheit in Berlin

⁶⁶ Kaas sollte für Brüning eine Darstellung des Gesprächs aufzeichnen, die dieser Hindenburg vorlegen wollte. Kaas verzögerte diese Aufzeichnung. Brüning fürchtete, Hindenburg könne vor seiner Unterrichtung durch ihn bereits von Hugenberg nahestehenden Personen eine Darstellung im Sinne Hugenbergs erhalten. Erst am 5. 9. 1931 erhielt er die Aufzeichnungen von Kaas, die nach seiner Auffassung unzutreffend waren, so daß er selbst eine Aufzeichnung entwerfen mußte, wobei er nach seinem eigenen Urteil Hugenberg zu sehr schonte; Brüning, *Memoiren*, S. 379 ff., 384.

⁶⁷ Es folgt ein Ausschnitt aus der Kölnischen Zeitung vom 28. 8. 1931 mit einer Nachricht über die mehrstündige Aussprache zwischen Brüning und Hugenberg.

⁶⁸ Quatz fielen zum Gespräch Brünings mit Hugenberg noch so viele Einzelheiten ein, daß er unter dem 28. 8. 1931 insgesamt drei Eintragungen vornahm.

stattfand, damit nicht es heiße: hinter dem Rücken des Kanzlers. Von dem Ergebnis wurden Sie durch Herrn Meißner unterrichtet und bestimmte Tage in Aussicht genommen für die von Hindenburg gewünschte Besprechung zwischen Ihnen und Hugenberg. Ich verwies freundlich auf die vorliegenden Briefe. Kaas horchte auf. Brüning gab meine Darstellung zu. – Brüning betonte immer, daß „sein Kabinett nicht parteigebunden“ sei. Wenn wir ihm nicht Ermächtigungsgesetz verweigert hätten, brauchte er keine Notverordnung⁶⁹. – Hugenberg: Sie sind doch ein Zentrumskabinett, also auch Parteikabinett. Quaat: Was der Kanzler sagt, differiert von Kaas. Dieser sprach von Umstellung von einer Koalition auf andere: Der Kanzler verlangt Vollmacht, ohne daß wir auf Ausführung dann Einfluß haben sollen. Verlegenheit. Ablenkung. [Nachtrag:] Der Kampf der Indiskretion beginnt. Ich muß schon an Brüning schreiben, weil offizises Telegramm der „Frankfurter“ die alten Lgen aufwrmt⁷⁰. – Hugenberg: Unterordnung könnte sogar zur Lebensverlängerung [des] Preußischen Landtags benutzt werden. Brüning mit größter Bestimmtheit: Ausgeschlossen, im Frühjahr wird gewählt. *Kaas bestätigt. Er habe auch das preußische Zentrum in der Hand. Gewisse Fehler der Handhabung der Presseverordnung habe er mißbilligt.* Dagegen zu erwägen, ob *wir uns das große Aktivum Hindenburg nicht durch Neuwahl im Herbst schon erhalten.* – Quaat: Brüning und Kaas hätten gesagt, das Volk sei zu aufgereggt für Wahlen. Wolle man nun Hindenburg zum Zentrum des erbitterten Wahlkampfes machen? Er habe dann persönlich die Last der Verantwortung für Notverordnungen, deren Mißbrauch durch Preußen, für die Terrormorde, für Arbeitslosigkeit zu tragen. Wie denke man sich die Mehrheit? – Kaas: Der Reichstag könne mit Zweidrittelmehrheit verlängern. Hugenberg: Glaube man, die Nazis dafür gewinnen zu können? Brüning leugnet Verständigung Polen-Ruland⁷¹. Der russisch-französische Nichtangriffspakt habe keine Bedeutung. Näheres sei Geheimnis. Quaat weist auf Steigen der Lebensmittel- und Sinken der Rohstoffeinfuhr hin. Verdorren der Produktion. Brüning: Er wolle Privileg der Umsatzsteuer für Einfuhrwaren beseitigen. Die Devisenzwangswirtschaft werde zur Drosselung der Einfuhr benutzt. Brüning sehr scharf über die verfehlte Beschaffungspolitik der Reichsbahn. Bestelle in guten Zeiten zu teuren Preisen und verschlechtere Tiefkonjunktur, weil sie dann nicht bestellen könne. Quaat stimmt zu. – Gesamteindruck: Zentrum sieht die steigende Krisis, schwankt zwischen Inflation und Arrangement mit Frankreich (internationale Verflechtung). Brüning kann nicht mit SPD brechen, weil er die Gewerkschaften und Stegerwald fürchtet. Fühlbare Dissonanz mit Kaas. Man will noch einmal Hindenburg ausspielen, um bis Frühjahr

⁶⁹ Brüning hoffte schon 1930 auf ein Ermächtigungsgesetz zur Durchführung seines Programms mit Unterstützung durch die DNVP; Brüning, Memoiren, S. 206, 209 f.

⁷⁰ Das offiziöse Telegramm vom 27. 8. 1931 stellte fest, Hugenberg habe nach Mitteilung der Regierung um die Aussprache gebeten und widersprach damit einer gegensätzlichen Darstellung des Tag vom 23. 8. 1931; Frankfurter Zeitung vom 27. 8. 1931.

⁷¹ Die Sowjetunion hatte 1927 Frankreich schon einen Nichtangriffspakt angeboten; 1931 bot ihr Frankreich seinerseits diesen Pakt an. Die negative Haltung großer Teile der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber der Sowjetunion hatte der sowjetrussischen Seite gezeigt, daß die deutsche Freundschaft ein unsicherer Faktor war. Bis August 1931 wurden die Verhandlungen nur zwischen Frankreich und der Sowjetunion geführt, doch schien sich bereits auch die Möglichkeit einer russisch-polnischen Verständigung abzuzeichnen. Im Oktober 1932 stimmte schließlich auch Polen Verhandlungen mit Rußland zu. Der Nichtangriffspakt zwischen Frankreich und Rußland kam 1932 ebenso wie die Verständigung mit Polen zustande; Harvey Leonard Dyck, *Weimar Germany and Soviet Russia 1926–1933*, London 1966, S. 236–242; Josef Korbel, *Poland between East and West*, Princeton, New Jersey 1963, S. 267 f.

durchzukommen. Dann kann man Spiel wechseln: In Preußen mit der Rechten, im Reich mit der Linken. Rechte kann dann Reichsregierung aus denselben Gründen nicht stürzen, wie jetzt SPD. – Hugenberg erklärt zum Schluß nachdrücklich: Wir sind dankbar für jede Information, behalten aber absolut freie Hand. – Intermezzo Doehring⁷². Ich: habe Predigt gelesen, kein persönlicher Angriff. Nur Schluß (Synthese) überhaupt auf Kanzler gemünzt. Grenzen staatspolitischer Betrachtung auf Kanzel flüssig. Gar kein Vergleich mit Ausschreitungen auf Kanzler von anderer Seite. (Spörri nicht genannt mit Kinderhänden.) Kaas: Man muß bedeutenden Doehring nicht mit anderem Maße messen. Ich: natürlich. – Gespräch mit Claß und Bang über Brüning, Siegfried Gildemeister. Ostasiatischer Handel auf Silberbasis.

29. August

Vormittags Gespräch mit Winterfeld über Kanzlerbesuch. Dieser hat viel Spektakel in der Presse verursacht. – In dem nachfolgenden Brief an Hugenberg sind einige Betrachtungen niedergelegt. Am 28. waren Dingeldey und Stauß bei Hugenberg. Wenn die DVP sich gegen Brüning stellt, verliert er die Vertagungsmehrheit im Reichstag. Ich glaube aber, daß er sich diese wieder sichern wird. – Die Landtagsfraktion will Klage gegen die Verordnung vom 24. 8. beim Staatsgerichtshof erheben⁷³. Oldenburg-Januschau schreibt einen von mir entworfenen Brief an Hindenburg. Verordnung widerspricht Verfassung. Reichspräsident kann Vollmachten aus Artikel 48 so wenig übertragen, wie früher der Kaiser. Macht Braun damit zum Diktator in Preußen usw. Brüning erklärt übrigens bei der Unterredung, er wolle im Reichstag stehen⁷⁴. [. . .]

[Brief Quaatz an Hugenberg vom 29. 8. 1931:]

Sehr verehrter Herr Geheimrat Hugenberg! In der Anlage übersende ich Abschrift meiner Briefe [an] Brüning, Meißner und Oldenburg. – Ich möchte ein paar Worte über die Absichten des Zentrums hinzufügen, wie ich sie sehe. Das Zentrum sieht wie wir das Anwachsen der nationalen Bewegung. Es war interessant, daß Kaas als Zei-

⁷² Das Zentrum fühlte sich von einer Predigt des ehemaligen Hofpredigers und deutschnationalen Abgeordneten Doehring im Berliner Dom beleidigt. Angeblich hatte er die Notverordnungen der Regierung Brüning angegriffen und auf Johannes den Täufer verwiesen, der im Unterschied zu anderen den Mut gehabt habe, unpopulär zu sein; München-Augsburger Abendzeitung vom 21. 8. 1931.

⁷³ Es handelt sich um die sogenannte Dietramszeller Notverordnung, durch die der Reichspräsident die Länderregierungen ermächtigte, ihre Haushalte ohne die Mitwirkung der Parlamente auf dem Verordnungsweg zu beschließen. Brüning wollte auf diese Weise die Länder unter Druck setzen, um sie für eine zentralistische Reichsreform reif zumachen; Brüning, Memoiren, S. 371 f.; Schulze, Otto Braun, S. 700.

⁷⁴ Hier folgt ein Brief Quaatzens an Reichskanzler Brüning vom 28. August 1931. Quaatz beschwert sich, daß Pressemeldungen über das Zusammentreffen Hugenbergs mit Brüning am 27. August erschienen, trotz der Vereinbarung, davon nichts an die Presse verlauten zu lassen. Des weiteren folgt ein Brief von Quaatz an Staatssekretär Meißner vom 28. August 1931 mit der Bitte um Aussprache über das Treffen Brüning-Hugenberg vom Vortage. Hinweis auf bewußte Indiskretionen darüber in der Presse und Übersendung des Beschwerdebriefes an den Reichskanzler in dieser Sache. Anschließend folgt der Pressebericht Nr. 198 des Pressearchivs der DNVP vom 28. August 1931 mit Pressespiegel zur Unterredung Brüning-Hugenberg. Außerdem gehört hierzu noch ein Schreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Pünder, an Quaatz vom 8. 9. 1931 mit der Entschuldigung, daß durch Aushilfsbeamte Informationen über das Treffen Hugenbergs und Brünings an die Presse gelangt seien. (Dieses Schreiben steht im Original nach dem Brief Oldenburgs an Quaatz vom 16. 9. 1931, s. u. Anm. 78).

chen hierfür auch den Volksentscheid selbst anführte. Dieser Bewegung gegenüber will man temporisieren und hofft, daß im Laufe des Winters durch Not, Terror und amtlichen Druck die nationale Bewegung geschwächt wird. Eine Abwanderung von den Nationalsozialisten zu den Kommunisten nimmt man hierbei in Kauf. Als besonderen Vorteil bucht man, daß die Sozialdemokratie durch die Preußenregierung verhindert bleibt, mit den Kommunisten zusammen auf die Straße zu gehen. Für Brüning besonders kommt hinzu, daß ihn die Aussicht auf einen Kampf zwischen den christlichen und roten Gewerkschaften mit Schrecken erfüllt. Für diesen Fall sieht er schon hinter sich seinen intimen Gegner Stegerwald auftauchen, der dann seinen Kopf fordert. Etwas anderes sieht Kaas, der Klarheit hierüber haben wird, wie sehr die Zentrumsmasse durch das Bündnis mit den Gottlosen zersetzt wird. Ich glaube überhaupt, daß er sich über die Mängel des Charakters des Kanzlers ziemlich klar ist. – Einig sind beide in der Taktik. Ich glaube, daß die feierliche Versicherung des Kanzlers, daß die Preußenwahlen stattfinden sollen, rebus sic stantibus echt war. Man rechnet auch damit, daß trotz der Schwächung der nationalen Bewegung die Weimarer Koalition im preußischen Landtag nicht mehr möglich sein wird und daß eine Koalition mit der Rechten oder einem Teil der Rechten dann unvermeidlich ist. Das bedeutet dann aber keineswegs eine Option für die nationale Bewegung; denn man will dann die Sozialdemokratie im Reiche in die Regierung offiziell und inoffiziell aufnehmen und damit als Gegengewicht konservieren. Damit ist zugleich die „Stetigkeit der Außenpolitik“ im Sinne des französischen Kurses gesichert. Die Rechte, soweit sie in Preußen in der Regierung sitzt, würde gegenüber dem Zentrumsregiment im Reiche genau so gehandicapt sein wie heute die Sozialdemokratie. – Um dieses Spiel durchhalten zu können, muß der Herr Reichspräsident und seine Autorität bis zum letzten Rest verbraucht werden. Darum will man ihn einer Wiederwahl-Bewegung mitten in der höchsten Volksnot und Volkserregung aussetzen und nimmt an, daß er dann wie bisher das Doppelspiel des Zentrums für ein unparteiisches Kabinett des Reichspräsidenten ansehen und im Sattel halten wird. – In dieses Bild paßt auch hinein, daß Wahlen zum Reichstag strikte abgelehnt werden. Es ist im Sinne Brünings selbstverständlich auch nötig, daß der Reichstag das Spiel der Vertagung weiter betreibt. Mißglückt das und kommt eine Mehrheit im Reichstag gegen das Kabinett zusammen, so ist der Kanzler zunächst matt gesetzt. Ich darf hervorheben, wie wichtig im nationalen Kampf also die parlamentarische Position ist. Sie ist sogar m. E. heute die wichtigste, und ich bedaure immer wieder, daß die Rechte alles getan hat, um diesen parlamentarischen Kampf als einen Frosch-Mäuse-Krieg dem Volke zu vereiteln. Es ist gerade so, als ob jemand einem anderen, der in einem Revolverkampf steht, den Revolver aus der Hand schlägt, weil er die Waffe von Banditen sei. – Was die Parteiorganisation betrifft, so ist es m. E. wirklich notwendig, daß wir unsere Aktion neu organisieren. Ich darf meinen Vorschlag wiederholen, unsere schwachen Kräfte systematisch auf bestimmte Gebiete zu konzentrieren, glaube aber, daß diese für die Zukunft der Partei schlechtweg entscheidenden Fragen nur gelöst werden können, wenn man die lebendigen Kräfte der Partei ohne Unterschied ihrer Organisationsstellung, namentlich aber auch jüngere Kräfte heranzieht. [...] Ihr stets ergebener [Quaatz].

30. August, Sonntag

Abends in Potsdam mit Dommes bei Prinz Oskar. Stilvolle Häuslichkeit. Drei Söhne, eine nette kleine Tochter. Gespräch über Hindenburg, Präsidentenwahl, Zentrumspolitik.

Der Prinz geradlinig und voll ausgeprägtem gesunden Menschenverstand. Wohltuende Atmosphäre. Nachher langer und nächtlicher Spaziergang mit Dommess.

31. August

Vormittags bei Klitzsch, der mich versöhnen will. Einigung in meinem Sinne. Lange Unterhaltung über die Scherl-Presse. Es war klar, daß Hugenberg den Konflikt benützt hatte, um ihm die Wahrheit zu sagen. Betonte besonders: Man sage ja sogar, daß er Hugenbergs Politik nicht mitmache – worauf ich ihm trocken sagte: „Ja, so sagen viele“. Er will sich wieder näher an die Politik attachieren. Der Brüning-Besuch war anscheinend dabei mitbestimmend! – Nachher bei Schäffer: Man will Tributausschuß reaktivieren⁷⁵. Abends Meißners Vertreter Doehle bei mir: Hindenburg will orientiert sein über Kanzlerbesuch. Traut also dem Zentrum nicht mehr ganz. Ich informiere Doehle über den Vorschlag des Zentrums: Preußischen Landtag bestehen lassen, aber noch im Herbst Reichspräsidenten neu wählen oder durch Zweidrittelmehrheit des Reichstages verlängern zu lassen. Doehle entsetzt: Das muß ich sofort berichten; dann wäre er ja Friedrich der Vorläufige (Ebert)! Langen Brief an Hugenberg geschrieben. Ich gebe Doehle streng vertraulich Kenntnis von der letzten Seite des Hugenbergschen Briefes vom 29. 8. (umstehend), worauf Doehle sagt: Den soll Oldenburg doch sofort dem Reichspräsidenten senden! – Am kommenden Sonntag fährt Brüning nach Dietramszell, er fürchtet anscheinend, daß der alte Herr beginnt, die Situation zu durchschauen. Doehle sagte u. a.: Der Reichspräsident empfindet mehr und mehr, daß seine Person zu sehr in den Vordergrund geschoben wird – nachdem ich den Mangel großer Gedanken in den 100 Notverordnungen hervorgehoben hatte. – Telefon nach Kreuth leider erst morgen praktikabel.

[. . .]

[Brief Hugenberg an Oldenburg-Januschau:]

Dorf Kreuth bei Tegernsee, den 29. August 1931. Sehr verehrter Herr v. Oldenburg! Vielen Dank für Ihren Brief vom 27. d. M. Sie werden inzwischen in Januschau mein Telegramm vom gleichen Tage vorgefunden haben. Es meldete Ihnen den negativen Ausgang der Verhandlung. Die Erklärungen, durch die sich der Reichskanzler unmittelbar vorher gelegentlich der Zentrumstagung öffentlich festgelegt hatte, ließen von vornherein ein anderes Ergebnis ausgeschlossen erscheinen. Ich habe selbstverständlich trotzdem in ausführlicher und ernster Weise auf die vielen heraufziehenden Gefahren hingewiesen. Es war infolge der Zuziehung des Parteivorsitzenden des Centrums, der ich nicht widersprechen konnte und die mich zur Zuziehung von Geheimrat Quaatz veranlaßte, nicht die vom Herrn Reichspräsidenten gewünschte persönliche Besprechung mit dem Reichskanzler, sondern eine Verhandlung mit der Zentrumspartei. Nebenbei bemerkt habe ich, um endlich einmal diese Ente totzuschlagen, die ausdrückliche Frage an den Reichskanzler gerichtet, ob er die in den offiziellen Zeitungen

⁷⁵ Gemeint ist der beratende Sonderausschuß der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Am 16. 8. 1931 beantragte die Regierung die Einsetzung dieses Ausschusses, der anerkannte, daß der Youngplan zur Lösung der bestehenden Probleme unzulänglich war und weitere Verhandlungen nahelegte; Brüning, Memoiren, S. 437 f.; Helbich, Reparationen, S. 85–88.

und in Berichten an den Herrn Reichspräsidenten aufgestellten Behauptungen mir persönlich gegenüber, also von Mensch zu Mensch aufrechterhalten könne, daß er von sich aus – im Gegensatz zu *meiner* von ihm abgewiesenen Anregung vom Juli 1930 – jemals oder gar wiederholt mir oder der DNVP gegenüber irgendeinen Versuch einer Erweiterung des Kabinetts nach rechts gemacht habe. Er konnte diese Behauptung nicht vertreten. Die Art, wie er versuchte, darüber hinwegzuleiten, hat mir sehr mißfallen. Unsere Beschwerde über die systematische Sabotage der Anregung des Herrn Reichspräsidenten durch die Presse (Veröffentlichung meines Besuches beim Reichspräsidenten auf Grund angeblicher „Indiskretionen eines Diplomaten“ – Mitteilung des vereinbarten Termins durch die M. N. N. innerhalb zwölf Stunden nach der Vereinbarung⁷⁶ – Charakterisierung der Besprechung als einer von mir „nachgesuchten“ usw.) stimmte der Reichskanzler völlig zu. Trotz mannigfacher ähnlicher Vorgänge beseitigt er aber die einst uns, jetzt ihm nahestehende wahrscheinliche Quelle solcher Indiskretionen nicht. – Was nun den sachlichen Inhalt des dreieinhalbstündigen Gesprächs angeht, so blieb der Reichskanzler von sich aus etwa eine Stunde lang bei mehr oder weniger nebensächlichen Einzelfragen. Ich mußte meinerseits darlegen, daß Brüning vor einer unausweichlichen Entscheidung steht, zu welchen weiteren Gefahren und Krisen seine jetzige Politik unausweichlich führen müsse und daß ihm jetzt noch einmal die Gelegenheit zur Abschüttlung des sozialdemokratischen Einflusses und zu einer Wendung des Steuers nach rechts gegeben sei. Ich habe ihm vor Augen geführt, daß in diesem Falle die Geschichte ihm das Zeugnis geben werde, daß er mit uns zusammen so lange ein kluges Spiel mit verteilten Rollen zur Belastung der Sozialdemokratie mit der Verantwortung für die Folgen ihrer verderblichen Politik und zur Ansammlung aller Macht in der Hand des Reichspräsidenten gespielt, daß er aber in dem Augenblick, in dem dieses Ziel erreicht war, die Schwenkung nach rechts vorgenommen und damit die Rettung Deutschlands angebahnt habe. Versäume er jetzt diesen Augenblick, so werde er und das Zentrum die volle, ihnen nicht mehr abzunehmende Verantwortung für das tragen, was in diesem Winter komme und was daraus an Elend und Zusammenbruch für das deutsche Volk entstehe. *Jetzt* sei der Augenblick zum Handeln – ehe die Arbeitslosigkeit auf sieben oder mehr Millionen gestiegen und Ordnung schließlich nur zu halten sei, wenn man auf Frauen und Kinder schießen wolle. Die Antwort des Reichskanzlers – selbstverständlich vollzog sich Rede und Gegenrede nicht zusammenhängend, sondern mit gegenseitigen Unterbrechungen und unter Mitbeteiligung der Herren Kaas und Quatz – war völlig ablehnend. Ich kann sie am kürzesten charakterisieren, wenn ich seine Bezugnahme auf eine Unterhaltung mit Herrn Hitler erwähne: In dieser habe er Hitler, der dafür ein volles und loyales Verständnis bewiesen habe, dargelegt, daß die Rechte sich für einen späteren Augenblick aufsparen müsse. Was der Reichskanzler ausführte, lief in allerdings sehr viel freundlicheren und recht geschickten Worten darauf hinaus: Bis auf weiteres und so lange der Herr Reichspräsident mir sein Vertrauen schenkt, machen *wir* in Deutschland die Politik und sind selbstverständlich sehr gern bereit, der Opposition, wenn sie Wert darauf legt (das klang ungefähr wie „wenn sie recht artig ist“), vertraulich – unsere Absichten mitzuteilen, insbesondere auf dem Gebiet der auswärtigen Politik – aber im übrigen brauchen wir Euch nicht. – Was der Reichskanzler dabei

⁷⁶ Zur im Brief Hugenbergs an Oldenburg vom 29. 8. 1931 erwähnten Indiskretion der Münchner Neuesten Nachrichten über das Treffen Brünings mit Hugenberg: Hoser, Hintergründe, S. 399.

über die von ihm beabsichtigte Politik ausführte, konnte bei uns nur lebhaft Besorgnisse in Bezug auf seine Beurteilung der äußeren und inneren Lage auslösen, insbesondere wegen seiner ganz schiefen Auffassung der wirtschaftlichen Dinge, wobei er offensichtlich die alten Einflüsse der Gewerkschaften nicht überwinden kann. Er vermag seinen alten Irrtum nicht zu berichtigen, daß unsere Notlage nicht durch die Weltwirtschaftskrise, die uns vielmehr hätte fördern müssen, sondern aus unserer falschen Politik und dem Young-Plan entstanden ist. Für letzteren will er – sowie vor allem Kaas – jetzt alle Schuld Schacht zuschieben, sogar die Schuld für die Stellungnahme des Zentrums selbst, das durch Schacht in die Annahme des Young-Planes hineingetrieben sei. Dadurch, daß Brüning die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise für Deutschland und damit die ganzen außenwirtschaftlichen Beziehungen falsch sieht, kommt er zu einer schiefen Beurteilung der Gesamtlage, die ihn anscheinend den besten Augenblick zur Aufwerfung der Revisionsfrage schon hat vergessen lassen. Er will nach wie vor Gift nehmen, d. h. ausländischen Kredit, und zwar angelsächsischen, nicht französischen (vgl. die Vorgänge der letzten Tage). Den Hoover-Plan betrachtete er im Grunde als sein Werk, anstatt ihn aus der Lage Amerikas heraus zu sehen. Den Fehler, der in seinem Appell an Frankreich nach dem Bekanntwerden des Hoover-Planes lag, sieht er nach seinen Ausführungen über die von ihm geführten französischen Verhandlungen offenbar nicht. Innenpolitisch sieht er seine Aufgabe – und das war mir besonders erschreckend – in einer klaren Fortführung der „Deflation“ durch diesen Winter hindurch, also in der Bestrafung der Wirtschaft, der Beamtenschaft und der Arbeiterschaft für die furchtbare Politik der vergangenen Jahre. Mit ganz ungenügenden Mitteln will er *Arbeit* schaffen und verläßt sich gegenüber unseren Besorgnissen auf die Ruhe und Disziplin des deutschen Volkes. Die volle Trostlosigkeit der Lage in der Landwirtschaft empfindet er nicht. – Da ich sah, daß er stur seinen Weg weiter gehen will, habe ich schließlich nur noch versucht – in Erinnerung an das englische Vorbild der letzten Tage –, die Frage zu erörtern, ob eine Teilverständigung zwischen Regierung und Opposition möglich sei. Zu dem Zweck habe ich die Frage an die Herren gerichtet, ob eine Annäherung auf der Grundlage möglich sei, daß unter Zurückstellung der sonstigen Meinungsverschiedenheiten und aller Folgerungen zunächst mit tunlichster Beschleunigung der preußische Landtag neu gewählt werde. Ich habe darauf hingewiesen, daß Brüning sich mit der Neuwahl des Landtages überhaupt erst die *Grundlage* für die von ihm schon immer behauptete Unabhängigkeit von der Sozialdemokratie schaffen würde. Bezugnehmend auf angebliche Äußerungen Brauns – der übrigens von Brüning, was ich diesem natürlich *nicht* erzählt habe, als von dem „geweihten Mißverständnis“ sprechen soll – habe ich auf den ständigen Druckpunkt Brauns gegenüber Brüning hingewiesen: Braun und Severing sagen: „Wir halten mit der Schupo die Kommunisten nieder - wenn im Reiche etwas geschieht, was uns nicht paßt, so werden alle Arbeiter (also Brauns Leute) mit den Kommunisten auf die Straße gehen, und dann muß die Reichsregierung klein beigeben“, d. h. mit anderen Worten (das wird natürlich nicht gesagt, sondern gedacht): dann versagt unsere Schupo – oder mit noch anderen Worten: Im Grunde seid Ihr wegen der preußischen Schupo alle von uns abhängig. Das ist richtig, und schon deshalb kann Brüning keine von der Sozialdemokratie unabhängige Politik – Ostpolitik (Ostpreußen!), Agrarpolitik, Wehrpolitik – treiben. Er *will* das aber auch gar nicht. Sonst hätte er schon längst den preußischen Landtag aufgelöst. Damit würde er *sofort* eine von der Sozialdemokratie unabhängige Mehrheit im Landtage und damit eine vom Marxismus freie preußische Verwaltung

schaffen. Das will er aber offenbar nicht, weil es dem Zentrum nicht in den Parteikram paßt. Brüning gab zu, daß er vor einigen Monaten beabsichtigt habe, im Herbst einen neuen Landtag wählen zu lassen. Aber jetzt – nach dem Volksentscheid – gehe das nicht. Kaas erklärte auf meine an ihn gerichteten Ausführungen, daß *wenn* er sich für die Auflösung einsetze, wohl damit zu rechnen sei, daß er dafür die Gefolgschaft des preußischen Zentrums finden werde. Aber er sei aus verschiedenen Gründen der Meinung, daß erst im Frühjahr zu wählen sei. Nach meinem neulichen Besuch beim Herrn Reichspräsidenten hatte ich noch einige Worte mit Herrn Staatssekretär Meißner gesprochen und als seine Meinung verstanden, daß im Falle einer Kabinettsumbildung wohl keine Bedenken gegen die von mir befürwortete schleunige Neuwahl des Landtages und auch des Reichstages vorliegen würden. Um so auffallender war mir die vollständige Ablehnung einer solchen Entwicklung durch die beiden Herren des Zentrums. Der Reichstag – meinten sie – könne ruhig in seiner jetzigen Gestalt bis zum Ende der Wahlperiode bestehen bleiben. – In diesem Zusammenhange kam nun eine ganz interessante Wendung von der anderen Seite – eigentlich die einzige positive Anregung, die von den anderen Herren gegeben wurde, und zwar mit dem Bemerkens, daß darüber nach anderer Seite noch nicht gesprochen sei: Wir möchten uns doch mit der *baldigen* (noch in diesem Herbst, in dem angeblich für eine *Landtagswahl* die Bevölkerung zu erregt sein soll) Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten oder auch mit der (einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages bedürftigen) Verlängerung seiner Wahlperiode durch den Reichstag einverstanden erklären. Ich will hier zunächst ganz nüchtern weiterberichten. Wahrheitsgemäß erklärte ich, diese Frage sei für uns ganz neu, so daß ich dazu nicht Stellung nehmen könne. Um den unwahren und intrigenhaften Hintergrund der Frage festzunageln, stellte ich aber gleich die – *meinerseits* in der erwähnten Unterhaltung mit Herrn Meißner bereits kurz angeschnittene – Frage, ob die Herren denn nicht ein gleichzeitiges Stattfinden der Landtags-, Reichstags- und Reichspräsidentenwahl noch in diesem Herbst für möglich hielten? *Sie erklärten dies prompt für ausgeschlossen*. Ich fragte weiter, wie man sich denn eigentlich die zahlenmäßige Möglichkeit dieser Abstimmung vorstelle und ob man dabei auf die Nationalsozialisten rechne. Leider kam es nicht zu einer Klarstellung dieser Fragen, insbesondere auch der Frage, ob bei der Reichstagsabstimmung auch auf die Stimmen der Sozialdemokratie gerechnet wurde. Ich bitte Sie, mein sehr verehrter Herr von Oldenburg, sich vorzustellen: Unser ehrwürdiger Generalfeldmarschall von den Sozialdemokraten gewählt oder mitgewählt! – Hierbei entspann sich auch eine Erörterung über die Nationalsozialisten. Ich mußte den Herren sagen – mit etwas anderen Worten – sie möchten mich nicht für so dumm halten, daß sie mich mit Herrn Hitler auseinandermanövrieren könnten, sie möchten vielmehr durchaus damit rechnen, daß wir uns – und zwar *um der nationalen Sache willen*, und *ich* sei nicht Parteimensch, sonst hätte ich 1930 meine Partei nicht aufs Spiel gesetzt⁷⁷ – durch Dritte nicht trennen lassen, und ich müsse ihnen sagen, daß wenn sie in irgendeinem Punkte die Hilfe der Nationalsozialisten haben wollten, sie doch vorerst dafür sorgen müßten, daß mit dem Mißbrauch des Namens und der Autorität des Reichspräsidenten aufgeräumt würde, wie er jetzt in der rücksichtslosen Verfolgung und Wehrlosmachung der nationalen Bewegung aller Schattierungen gegenüber Mord und Totschlag der Kommunisten und

⁷⁷ Hugenberg spielt hier auf den Austritt des gouvernementalen Flügels der DNVP im Juli 1930 an; s. o. Anm. 50 zu 1930.

des Reichsbanners zu Tage trete. Das führte dann noch zu einer Erörterung des herrschenden Willkürregiments in Bezug auf Presse und Versammlung pp. – Ich mußte einmal, als Kaas von der nicht an Parteien gebundenen Haltung des Brüningkabinetts sprach, einwenden, daß wir ganz anderer Ansicht seien und vielmehr dies Kabinett einfach für ein Zentrumskabinett hielten. In gleichem Sinne muß ich zu dem Thema Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten erst recht sagen: Dieser Mißbrauch *jedes* möglichen Mittels für Zentrumsinteressen übersteigt eigentlich alle bisherigen Vorstellungen. Erst entfremdet man künstlich den Reichspräsidenten seinen Wählern, nachdem man vor sechs Jahren seine Wahl auf das schärfste bekämpft hat, – dann hält man durch Hinausschiebung der preußischen Landtagswahl den *Druck der Sozialdemokratie* auf die Reichsgeschäfte *und den Reichspräsidenten künstlich aufrecht* – dann mißbraucht man seine Person zu dem Versuche, Spaltungen und Mißtrauen in die nationale Opposition hineinzutragen, indem man, seines Vertrauens sicher, die unter parteimäßiger Ausnutzung seiner Machtvollkommenheiten *mißhandelte* Rechte einfach vor die Frage seiner Wiederwahl stellt – lehnt im gleichen Atem ohne Rücksicht auf den Reichspräsidenten meinen Gedanken der Verbindung der Wahlen ab – und denkt dann später vielleicht dieselbe Rechte bei der Landtagswahl *gegen* die Sozialdemokratie auszunutzen – kurz, vor allem anderen muß die Schlüsselstellung des Zentrums zwischen rechts und links, also die Herrschaft des Zentrums im Reich aufrechterhalten werden, auch auf die Gefahr hin, daß *alles* in die Brüche geht. Ich möchte wünschen, daß ich später noch einmal Gelegenheit hätte, mit dem Herrn Reichspräsidenten die Frage seiner Wiederwahl in einem für ihn sehr viel ehrenvolleren Sinne zu erörtern. – [...] In alter Verehrung mit herzlichen Grüßen, Ihr ganz ergebener H[u]genberg⁷⁸.

16. September

Oldenburg eineinhalb Stunden bei mir. Hindenburg hat ihm einen sehr liebenswürdigen, aber ablehnenden Brief am 5. 9. geschrieben, und zwar als Antwort auf zwei Briefe: einen sehr wackeren und eindringlichen vom 27. 8., zu dem er meinen Entwurf, der viel kürzer war, als staatsrechtliche Betrachtung benutzt hat, und einen ganz kurzen zweiten Begleitbrief, mit dem er dem Reichspräsidenten den ausführlich über den Kanzlerbesuch berichtenden Brief Hugenbergs gesandt hat. Ich verstehe die Ablehnung allerdings mehr als eine formale. – Kaas greift in der „Germania“ gestern den Aufrüstungsgedanken als „Verbrechen gegen den christlichen Gedanken“ an, zugleich auch Hugenberg und Hitler⁷⁹: Mit diesen Männern hätte man den „Erfolg“ des Hooverplans nicht erzielen können! Hugenberg wird auf dem Parteitag antworten müssen. – Prächtige Anekdoten Oldenburgs: Wie er dem neu antretenden Minister Clemens Delbrück, von dem als Minister er nichts erwartet, sagt: „Ihren Eingang segne Gott, Ihren Ausgang gleichermaßen!“ Ein fabelhafter Erzähler, aber auch voll gesunden Menschenverstandes – und

⁷⁸ Hugenberg übersandte Quaatz mit Begleitschreiben vom 31. 8. 1931 eine dreiseitige Änderung zu seinem Brief an Oldenburg vom 29. August. Die alte Fassung mußte Quaatz vernichten. Quaatz schickte die 2. Fassung des Hugenberg-Briefes mit Begleitschreiben vom 1. 9. 1931 an Oldenburg, der den Hugenberg-Brief an Hindenburg weiterleiten sollte, und legte für Oldenburg einen Briefentwurf für ein Begleitschreiben an den Reichspräsidenten bei. – Anschließend Brief Oldenburgs an Quaatz vom 16. 9. 1931; vgl. Tagebuch vom 16. 9. 1931.

⁷⁹ Germania vom 16. 9. 1931.

Egoismus, wie fast alle „bequem-geselligen“ Naturen. Heydebrand tritt doch auch in diesen Erzählungen als staatsmännische Persönlichkeit hervor.

[...]

19./20. September

Parteitag Stettin. Beteiligung über alle Erwartungen. Am Sonntag in der Messehalle unvergeßlicher Eindruck eines fast feierlich zu nennenden Vertrauens der Massen zu Hugenberg⁸⁰.

21. September

In der Presse hat der Parteitag gewaltiges Aufsehen erregt⁸¹. Niemand erwartete diesen Auftrieb. Hugenbergs Warnungen werden unterstrichen durch die Schließung der Londoner Börse, welche am nächsten Morgen in den Montagsblättern stand, und die Absage der englischen Regierung an die Goldwährung. – Ich werte letzteres als Drohung gegen Frankreich. England will um jeden Preis aus der französischen Schlinge. – Welche Chance für eine bewußte Politik!! Aber Brüning krank wie Bethmann an der Angst vor links. – Besuch Bang: Währungsfragen. Erzählt von einem trostlosen Brief aus Doorn. – Besuch Leisler-Kieps und v. Meiboms von der Hapag. Nur politisches Gespräch über Brüning. Meibom unterstützt meine These: Brüning kann nicht nach rechts, weil er der Gefangene der Gewerkschaft ist. – Überlege, ob ich nicht einen Aufsatz „Bethmanns Geist“ schreibe. Hugenberg begrüßt telefonisch sehr meinen Entschluß, nach Rom zu fahren⁸². Es sei der richtige Moment.

22. September

Oldenburg bei mir wegen des törichten Aufrufs Hindenburgs gegen Hugenberg. Zusammen bei Hugenberg Beratung der Antwort.

⁸⁰ Hugenberg hielt auf dem Parteitag am 19. 9. 1931 eine Rede zur Außenpolitik, in der er u. a. erklärte, die Übertragung kolonialwirtschaftlicher Methoden auf das Verhältnis zwischen freien Völkern sei der Hauptgrund der Weltwirtschaftskrise; Rede, gehalten auf dem 10. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei am 19. September 1931 in Stettin, 3. Auflage, Berlin o. J.

In seiner innenpolitischen Rede vom nächsten Tag reagierte Hugenberg auch auf die Ausführungen von Kaas vom 13. 9. Bei der Befolgung der Ratschläge der Rechten wäre es nach Hugenbergs Auffassung nicht zur Katastrophe gekommen. Im Gegensatz zu Kaas, der sich gegen Aufrüstung ausgesprochen hatte, bekannte sich Hugenberg zum Gedanken der Wehrhaftigkeit; Hugenbergs innenpolitisches Programm; Rede, gehalten auf dem 10. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei am 20. September in der Messehalle in Stettin, 3. Aufl., Berlin o. J.

⁸¹ Insbesondere die Zentrumszeitung Germania reagierte auf Hugenbergs Ausführungen negativ, wobei sie angeblich die volle Unterstützung Brünnings hatte; Bericht der Dienatag-Korrespondenz; in: BA, ZSg 101/24 21. 9. 1931, fol. 82.

⁸² Vom 24. 9. bis 8. 10. 1931 hielt sich Quaatz mit seiner Frau in Italien auf. Beim Besuch Roms (29. 9.–8. 10.) traf er sich mit prominenten faschistischen Politikern, darunter Guiseppa Bottai und den Ministern Giovanni Giurati und Rocco. Über Inhalt und Zweck seiner Gespräche macht Quaatz keine Angaben. In der italienischen Zeitschrift „Antieuropa“ erschien ein Interview des Prinzen Karl Anton Rohan mit Quaatz, der eine Verwandtschaft von Nationalsozialismus und italienischem Faschismus konstatierte und in Mussolinis Diktatur ein Vorbild sah; BA, NL Renzetti, Nr. 10, Berichte 1931, Bericht vom 15. 10. 1931; Bericht Gustav Glaesers in Antieuropa, 3/1931, Nr. 10/11, S. 2152 ff.

23. September

Vormittags desgleichen mit Hugenberg. Auf Anfrage bei Meißner nach Aufenthalt Hindenburgs bittet Meißner um meinen Besuch. Bericht hierüber an Hugenberg abends 23. 9.:

Besprechung mit Staatssekretär Meißner am 23. September 1931.

Nach einer kurzen Skizze des Gesprächs mit Brüning, die ich gab, sagte Meißner: „Der Reichspräsident habe das negative Ergebnis sehr bedauert. Er habe Brüning seine Auffassung dahin mitgeteilt, daß das Reichskabinett als Zwischenlösung bis zur Preußenwahl eine Umbildung erfahren müsse. Gedacht gewesen sei an Ersatz Curtius durch Neurath, Wirth durch Geßler oder einen anderen der Rechten genehmen Mann, ferner an Neubesetzung des Wirtschafts-, Justiz- und Verkehrsministeriums. Das Kabinett müsse personell so zusammengesetzt sein, daß es der Rechten das Mitgehen ermögliche. Eine endgültige Regelung müsse im Frühjahr erfolgen, da das Zentrum frühere Preußenwahlen für unmöglich erkläre. Der Reichspräsident habe es schon unwillig aufgenommen, daß Brüning an diese Lösung nur zögernd und mit Einwendungen herangegangen sei. Daß er diesen Vorschlag in dem Gespräch mit uns überhaupt nicht zur Erörterung gestellt habe, sei ganz und gar gegen seine Absichten. – Weitere Äußerungen Meißners: Der Reichspräsident halte eine Klärung der Streitfrage für wichtig, ob im Oktober im Gespräch mit Oberfohren und Winterfeld eine Beteiligung an der Regierung angeboten worden sei. Der Reichskanzler habe das auf das entschiedenste behauptet, und zwar auch in einem schriftlichen Bericht. – Ich habe darauf ihm mitgeteilt, daß der Kanzler in meiner Gegenwart diese Behauptung Ihnen gegenüber habe zurücknehmen müssen und daß Sie genötigt seien, in Hamburg öffentlich auf die Frage zurückzukommen. Meißner: Anfang Juli habe Luther vorgeschlagen, zur Abwehr der Schwierigkeiten die große Koalition zu bilden. In der Besprechung zwischen Brüning, Luther, Kaas, Schleicher und Meißner habe er, Meißner, erklärt, daß der Reichspräsident das unter keinen Umständen mitmache. Im gleichen Sinne hatte sich Schleicher geäußert. Auch Kaas habe eine Erweiterung nur nach rechts für möglich gehalten! – Der Reichspräsident sei sehr verstimmt über die Wendung „Festhalten“ in Stettin. Meißner und der Sohn Hindenburg hätten sofort erklärt, daß keinerlei Beleidigung vorliege. Der alte Herr betrachte es aber als Ehrensache, und er, Meißner, empfehle eine entgegenkommende Erklärung. Die Auffassung mit dem Portepée teilte auch er vollständig. Auch eine anschließende Vorstellung über die Gefahren der Lage, die ich in Aussicht stellte, beanstandete er nicht. Im übrigen sei der alte Herr schon wieder ganz guter Stimmung. Über die Geheimhaltung des Briefes werde er mit dem Oberstleutnant v. H. sprechen. Sie sei selbstverständlich, da der Reichspräsident die Sache als Ehrensache ansehe. – Der Vorschlag, den Reichspräsidenten jetzt zur Neuwahl zu stellen oder gar ihn durch Parlamentsmehrheit verlängern zu lassen, sei ganz und gar gegen die Absichten des Reichspräsidenten. Dieser würde es auch für verfassungswidrig halten, sich selbst durch Notverordnung zu verlängern. – Das alte Vertrauen zum Kanzler sei erschüttert. Er (Meißner) halte es durchaus für möglich, daß sich diese Stimmung in der nächsten Zeit noch stark verschärfe, ja, daß es vielleicht zum Bruche käme. – Ich bitte, diese Auffassungen von Meißner bei der endgültigen Formulierung des Briefes, die ich nicht mehr für so dringlich halte, zu berücksichtigen, allerdings empfehle ich die übliche dreitägige Frist einigermaßen zu wahren, da der alte Herr an dieser Auffassung der Sache festhält. Auf gegenteilige Vorstellungen von Meißner hat er ihm gesagt: „Ihr vom Zivil habt merkwürdige Ansichten“.

[. . .]

10. Oktober

Große nationale Tagung in Harzburg⁸³.

13. Oktober

Reichstagsbeginn. Brüning hält die Antrittsrede für sein zweites Kabinett, in Wahrheit ist es wahrscheinlich sein Schwanengesang; denn er wird wohl eine kleine Mehrheit behalten, aber im November wieder vor der Krise stehen.

15. Oktober

Hugenberg will durchaus, daß ich zum Schluß rede. Ich lehne aus verschiedenen Gründen ab, vor allem, weil die Fraktion in der Mehrheit nicht dafür ist und Hugenberg sich seit meiner Reise von mir distanziert. – Vormittags bei Meißner: Reichspräsident wolle Auflösungs-Order an Brüning nicht mehr geben. Er wolle wissen, ob nationale Opposition geschlossen und wen sie als Kanzler vorschlage. Göring habe Geßler oder Jarres vorgeschlagen! Man müsse mit Schleicher gehen, wolle mich mit ihm einladen. – Hugenberg verhandelt heute mit Hitler. Allseits große Spannung. Es ist gut, daß wir voraussichtlich ein bis zwei Monate Zeit haben.

18. Oktober, Sonntag

In Lichtenrade. – Endlich ist der Reichstagstrubel vorüber. Wie vorausszusehen, hat Brüning seine Mehrheit bekommen (25 Stimmen). Es hat 60 Millionen gekostet für die Mittelstandsbanken. Dafür fiel die Wirtschaftspartei prompt um⁸⁴. Die Volkspartei blieb (bis auf den IG-Farben-Flügel) stramm, da ja Brüning nicht mit der Auflösung drohen konnte. – Hitler [. . .?]. Hugenberg hat Frick, Straßer und Göring den Ernst der Situation klar gemacht. Ich fürchte, daß Hitler heute in Braunschweig (Rache für Sadowa) Dinge sagt, welche die eben gewonnene Einigkeit aufheben werden⁸⁵. – Es zeigt sich, daß es wenig glücklich war, Harzburg so kurz vor die Entscheidung im Reichstag zu legen. Augenscheinlich war auch die Vorbereitung wenig weitsichtig. Schmidt tat sich zuviel darauf zugute, bei der Verteilung der Einladungen besonders klug gewesen zu sein. Vor allem aber bewahrheitete es sich, daß mit hohen Herren schlecht Kirschen essen ist. Wir bekommen jetzt die Kerne ins Gesicht. – Meißner lädt mich für Dienstag mit Schleicher ein. Beide werden wohl triumphieren. Ich werde ihnen die Schuld

⁸³ Am 11. 10. 1931 versammelte sich in Bad Harzburg die „nationale Opposition“ zu einer Großkundgebung. Neben den Spitzenfunktionären der NSDAP, der DNVP, des Alldeutschen Verbandes und des Stahlhelm waren Angehörige ehemaliger regierender Häuser, prominente frühere Generäle, Vertreter der Wirtschafts- und Finanzwelt und des Reichslandbunds anwesend; Berghahn, Stahlhelm, S. 179–186; Brüning, Memoiren, S. 391 f.; Leopold, Hugenberg, S. 99–102; Turner, Großunternehmer, S. 217–221; Vogelsang, Reichswehr, S. 142 f.; Otto Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie. Männer-Schicksale-Lehren, Göttingen 1959, S. 280–285.

⁸⁴ Brüning konnte die Wirtschaftspartei wiederum für die Unterstützung seiner Regierung gewinnen, da er der dieser eng verbundenen Wirtschaftsbank die Stützung durch das Reich sicherte, und bekam eine Mehrheit von 25 Stimmen; Brüning, Memoiren, S. 428 f.; Winkler, Katastrophe, S. 434 ff.

⁸⁵ Am 18. 10. veranstaltete Hitler eine Großdemonstration der SA in Braunschweig, um seine Stärke innerhalb der Rechten offenkundig zu machen. Die Demonstration war bereits vor dem Harzburger Treffen geplant; Horn, Führerideologie, S. 339; Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919–1933, Bd. I, Pittsburgh 1969, S. 235 f.

zuschieben, was ungefähr das Richtige treffen wird. Analogie zu 1806⁸⁶. – Im übrigen werden die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Brüning bald über den Kopf wachsen. Die Linkspresse hat recht: Noch einmal hat ihn eine geschlossene Gewerkschaftsfront von Baltrusch bis Hilferding gerettet.

19. Oktober

Langes Gespräch mit Hugenberg. Er gibt jetzt klar zu, daß er unter allen Umständen Kanzler werden will – was wohl auch für rechts die einzige praktische Möglichkeit ist. Spannung mit Hitler doch sehr stark. Ich deute ihm an, daß ich stets Bedenken gegen eine Schaustellung à la Harzburg gehabt hätte, deswegen auch gegen Coburg gesprochen hätte, als wir mit Hitler, Frick usw. darüber im Sommer verhandelten⁸⁷. Eine Verhandlung hinter verschlossenen Türen wäre wirksamer nach außen gewesen und hätte die Eitelkeiten nicht so stark gereizt. Hugenberg scheint das jetzt einzusehen. (Parallele mit Berliner Kongreß.) Hugenberg fürchtet ein Zusammengehen des Zentrums mit Nazi. Diese würden dadurch geschwächt, vielleicht vernichtet, die nationale Bewegung auf viele Jahre zurückgeworfen. Er sei enttäuscht und mißtrauisch. Man müsse sich stark von den Nazi absetzen. Ich: Noch ist ein endgültiges Urteil zu früh. Hitler könne nicht blind sein gegenüber den Gefahren, die vom Zentrum drohen. Freilich müsse man damit rechnen, daß Schleicher uns von den Nazi trennen wolle. Hugenberg beurteilt Schleichers Haltung jetzt günstiger. Eingehende Unterhaltung hierüber. Hugenberg ziemlich abgepannt. – Abends Stubbendorff, der Anschluß sucht: Agrarpolitik, Siedlung, Arbeitsproblem. Stubbendorff denkt merkwürdig liberalistisch: Freies Spiel der Kräfte – Goldwährung: das seien die Allheilmittel.

20. Oktober

Viel Büroarbeit. Nachmittags: Ausschuß betr. Arbeitsproblem und dann Arbeitsgemeinschaft junger Deutschnationaler (von mir gegründet) im Klub. Abends waren wir bei Meißners mit Schleicher, Frau v. Schleicher und Schiller. Lebhaftige politische Debatte, vorwiegend à part zwischen Schleicher und mir. Schleicher führte das Gespräch so, als ob Hugenberg sein Mann sei. Erörterte Schwierigkeiten mit Nazi, die Harzburger Spannung usw. Ich leugnete diese nicht, sagte aber, ich glaubte, daß er, Schleicher, dabei die Hand im Spiele habe, weil er den nationalen Block sprengen wolle. Das leugnete er wie Meißner: Die Nazi hätten selbst politische Führung verlangt. Ich: Erst nach der langen Unterredung beim Reichspräsidenten⁸⁸. Vorher ganz anders. Nochmalige Ablehnung, das müsse sich übrigens zurechtziehen. Schleicher charakterisierte Hitler scharfumrissen als Phantasten und labilen Charakter, wenn auch voll patriotischen Willens, Frick subaltern, Göring Morphinist und moralisch minderwertig, der beste sei Straßer, aber in

⁸⁶ Nach Ausbruch des Krieges mit Frankreich entwarf der Freiherr vom Stein eine Denkschrift, in der er das System der Kabinettsregierung aufs schärfste angriff. Eine mildere, ebenfalls von Stein mitunterzeichnete Denkschrift wurde dem preußischen König vorgelegt, der ungnädig mit Verweisen für die Unterzeichner reagierte.

⁸⁷ Möglicherweise war Coburg statt Harzburg für die Demonstration der Rechten ins Auge gefaßt worden. Coburg war seit 1929 von den Nationalsozialisten beherrscht; Rainer Hambrecht, *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933)*, Nürnberg 1976, S. 348–353.

⁸⁸ Brüning hatte durchgesetzt, daß Hindenburg am 10. 10. Hitler und Göring empfing und hatte so die Geschlossenheit der Harzburger Front von vornherein untergraben, Brüning, *Memoiren*, S. 430; Schmidt-Hannover, *Umdenken*, S. 285 f.

Ungnade, ferner Röhm, der braver Soldat sei. Er wie Groener (der gefährlich erkrankt ist) seien für Anerkennung und Legalisierung der Nazi, politisch führen könnten sie nicht. Ich: Wolle nicht Zentrum mit Nazi paktieren, um uns zu isolieren? Schleicher und Meißner glaubten das nicht. Lange Erörterung über Pacelli, Brüning, Kaas. Schleicher lobt Brünings Charakter, im übrigen charakterisiert er ihn als cunctator, kein Führer in Krisen. Ich erzähle von Brünings Bekenntnis bei unserer Unterredung, daß er uns nicht in der Regierung haben wolle und könne, daß Kaas sich fühlbar distanziert habe. Schleicher aufs höchste interessiert: Dann habe Brüning ja den Reichspräsidenten und die Reichswehr belogen, er habe immer behauptet, die Rechte versage sich. In der Tat verfolge Kaas eine andere Politik als Brüning, den er – Schleicher – darin nicht verstehe. Ich verweise auf die gewerkschaftlichen Bedingungen Brünings, von denen Kaas frei sei. Schleicher: Ja, das sei wohl des Rätsels Lösung. Reichspräsident sei unzufrieden, daß Brüning nicht das Rechtskabinett gebracht habe. Dann Spötteleien über Geßler. Dann seine Politik: SPD müsse gehorchen, er habe Severing und Abegg gedroht, Preußen die Polizei zu nehmen. Abegg wütend, Severing würde auch das zugestehen. Er lege auf seine Polizei keinen großen Wert. Abegg schuft. Schäffer gefährlicher Intrigant. Zweigert ein Nüßchen. Luther Versager. Pünder fanatischer Linksmann. Schacht gefährlich, aber kein Staatsmann. Schreiber und Terdenge gefährliche Intriganten. Kurz, sehr viele bekamen ihr Teil, Hugenberg gemessenes Lob, vor allem, weil er die Nazi entdeckt und [kulanz?]fähig⁸⁹ gemacht habe. – Mehr zum Schlusse kam folgendes heraus: Man will den Reichspräsidenten nun doch mit Zweidrittelmehrheit im Parlament (siehe Österreich) verlängern, aber nur mit der Rechten⁹⁰! Dazu würde man uns brauchen. Anders läge es bei Volkswahl: Da hätte Hindenburg wahrscheinlich auch ohne uns eine Mehrheit. Es kommt also darauf an, ob die Kamarilla mit dem Zentrum und den Nazi, aber ohne uns operieren und damit die Nazis kaputt machen will oder ob sie (wie Schleicher und Meißner behaupten) wirklich ein Rechtsregiment will. Ich neige zu letzterer Auffassung, wenn wir Schleicher als Kanzler oder mindestens an sehr hervorragender Stelle akzeptieren. – Schleicher selbst betonte den ganzen Abend, der bis 1.00 Uhr nachts dauerte, geflissentlich, wie sehr er mit mir übereinstimme, auch in Fragen des täglichen Lebens usw. – Sehr interessant, daß ich erst von Schleicher erfuhr, daß er sich mit Hugenberg bereits ausgesprochen hatte! Das hat mir Hugenberg in der langen Vorbesprechung nicht gesagt! Claß, der ihn am folgenden Tage (21. 10.) eingehend sprach, erzählt, daß Hugenberg mit Schleicher bei Professor Ludwig Bernhard zusammengewesen sei. Von Claß erfuhr ich auch, daß Hugenberg bei der Besprechung mit den drei Myrmidonen Straßer, Frick, Göring leider auch seinen Brief aus Kreuth an Hitler verlesen hat, der Hitler zurückweist⁹¹. Meines Erachtens sehr unglücklich. Es wird schwer sein, den grollenden Achilles zu versöhnen. Hugenberg war auch am 19. recht pessimistisch.

⁸⁹ Original: koulantsfähig.

⁹⁰ In Österreich wurde der Bundespräsident verfassungsmäßig nicht vom Volk, sondern von der Bundesversammlung gewählt; Hans Leo Mikoletzky, Österreichische Zeitgeschichte. Vom Ende der Monarchie bis zur Gegenwart, Wien ³1969, S. 87.

⁹¹ Dieser Brief Hugenbergs an Hitler, der einen Bruch ankündigte, ist in der Forschung bisher nicht bekannt. Zumindest in der Öffentlichkeit versuchte Hugenberg nach wie vor den Eindruck einer einigen Harzburger Front hervorzurufen. Nach Schmidt-Hannover, Umdenken (S. 285), drückte sich Hitler in dieser Zeit vor einer direkten Aussprache mit Hugenberg. Über das Ausweichen Hitlers vor einer Begegnung mit Hugenberg und die Spannungen mit den Nationalsozialisten vgl. den Dienstag-Bericht vom 27. 11. 1931, in: BA, ZSg 101/24, fol. 125 ff.

22. Oktober

Entwurf einer Denkschrift, die Fürst Salm dem Reichspräsidenten übergeben soll. Ich habe den Versuch [gemacht], in wenige Seiten einen Überblick über die Grundursachen des deutschen Elends zusammenzupressen. Ich glaube, daß der Reichspräsident jetzt guten Willens ist, weil er sieht, daß er nur mit der Rechten nochmals Präsident werden kann. Ich fürchte nur, daß man in der Bendlerstraße gegenüber der Rechten an der Devise festhält: Divide et impera. Das mußte immer wieder zur Zusammenarbeit mit dem Zentrum führen. – Nachholend: Gestern wieder eine Stunde bei Hugenberg, um ihm zu berichten. Seine Besprechung mit Schleicher sei streng geheim gewesen. Deshalb habe er mir nur den Inhalt mitgeteilt. Übrigens habe sie zu keinem Ergebnis geführt. Er teilt meine Auffassung, daß Schleicher sehr klug, aber ein Zyniker ohne starken Willen sei, der mit den Dingen und Menschen spiele. [. . .] – Denkschrift über Arbeitsprobleme entworfen für Hugenberg, da der Ausschuß damit nie zu Ende kommen wird. Sie wächst sich wahrscheinlich zu einer Art wirtschaftlichem Regierungsprogramm aus.

[. . .]

29. Oktober

[. . .] Es wird immer deutlicher, daß die Nazis zum Angriff gegen uns übergehen wollen. Frick leugnet das in einer Rede⁹². Aber ich fürchte, daß Hitler – wohl unter römischem Einfluß – seine Rache für Sadowa (Harzburg) haben will. Ergebnis zunächst nachfolgender Brief Hindenburgs an den Fürsten Salm:

[unvollständige Abschrift des Briefs Hindenburgs an Fürst Salm v. 24. 10. 1931:]⁹³

Vertraulich. Berlin, den 24. Oktober 1931. Euer Durchlaucht beehre ich mich, den Empfang des Schreibens vom 20. Oktober und der diesem beigefügten Zuschrift des Herrn Forthmann sehr ergebenst zu bestätigen. Ich habe von dieser Anlage wie von dem Bericht Euer Durchlaucht über die Harzburger Tagung mit Interesse Kenntnis genommen. Ich kann aber leider die optimistische Auffassung, die Euer Durchlaucht von dieser Tagung und von dem hier versuchten Zusammenschluß der Gruppen der nationalen Opposition haben, nicht teilen, nachdem ich durch Berichte verschiedener Teilnehmer vertraulich über die tatsächliche Einstellung der einzelnen Richtungen unterrichtet worden bin, die eine andere war, als die in der öffentlichen Kundgebung zusammengefaßte. Hiernach sind zwar die in Harzburg zur Tagung versammelt gewesenen Parteien usw. in ihrer Opposition gegen die Reichsregierung einig, es besteht aber *leider* zur Zeit noch keine Gewähr dafür, daß sie sich unter das Programm einer positiven Zusammenarbeit und über eine einheitliche Führung verständigen können. Ohne die Gewähr eines solchen Zusammenschlusses, wäre der Versuch, eine Reichsregierung zu berufen, ein großes Wagnis. Das Scheitern des Versuchs aber könnte gerade in der gegenwärtigen Zeit außerordentlich verhängnisvoll sich auswirken. – Von Ihrem freundlichen Anerbieten, mir in Ergänzung des schriftlichen Berichts auch

⁹² Gerade Frick hatte aber bereits vor der Harzburger Tagung in der Fraktionssitzung der NSDAP für die Öffentlichkeit wahrnehmbar verkündet, daß es sich bei dem Bündnis mit den Rechtskonservativen um einen unangenehmen Mischmasch handle, mit dem man nach dem Vorbild von Mussolini schon fertig würde; Hiller, DNVP, S. 628.

⁹³ Laut Randnotiz wurde der Brief Quatz von Hugenberg zur Kenntnis gebracht, ob in der unvollständigen Form, bleibt unklar.

noch mündlich Vortrag zu halten, möchte ich keinen Gebrauch machen und Sie bitten, zumindest zur Zeit hiervon abzusehen. Nachdem durch die bedauerliche Indiskretion die Tatsache des Briefwechsels zwischen Euer Durchlaucht und mir öffentlich bekannt . . .

Das ist das Schicksal der deutschen Rechten. Uneinigkeit im entscheidenden Augenblick! Dabei ist das Volk draußen geradezu rührend in seinem Aufschwung und seinem Vertrauen zu den Führern. Hugenbergs Fehler liegt darin, daß er alle Fäden allein in der Hand halten will und eigentlich außer Claß und Schmidt niemand über seine Absichten unterrichtet. Dabei ist es ihm nicht immer gegeben, die jeweilige Situation klar und unbefangen zu übersehen. Niemand vermag das, der nicht ein Genie ist, wenn er nicht viele Menschen hört. Dazu fehlt ihm die menschliche Unbefangenheit. Morgen wieder Aussprache mit Claß, der von Österreich zurückgekommen ist und mit Hugenberg sich ausgesprochen hat⁹⁴. Mich meidet Hugenberg wieder aus unbekanntem Gründen - einer seiner Mißtrauensanfälle. Dabei bin ich für seine esoterische und oft sture Art eine m. E. notwendige Ergänzung. Manchmal glaube ich eine weiß Gott in jeder Hinsicht unbegründete und zwecklose Eifersucht zu spüren.

30. Oktober

[. . .] Nachmittags langes Teegespräch mit Claß über die Schwenkung der Nazi und Hugenberg. Auch Claß verstehe ich nicht und tadele seine Arbeitsmethode. Er hält den Bruch mit Hitler für kaum zu reparieren und schildert Hitlers problematische und labile Natur. [. . .]

[. . .]

11. November

[. . .] Nach Dresden. Unterwegs Besprechung mit Hugenberg, namentlich in der Programmfrage. Ich habe das Gefühl, als ob er innerlich unsicher sei. Dann hält mir Wagner (Bundeskanzler Stahlhelm) eineinhalbstündigen Vortrag über Außenpolitik. In Dresden stürmischer Jubel für Hugenberg. Im „Bellevue“ Tee des Stahlhelm. Wagner spricht interessant über Wirtschaft (!). [. . .]

[. . .]

14. November

Büro. Nachmittags lange Sitzung bei Hugenberg: Winterfeld, Hergt, Berndt, Steinhoff. Ich entwickle den Plan eines zusammenfassenden Regierungsprogramms⁹⁵. Die anderen stimmen im wesentlichen zu. Es soll in drei Ausschüssen gearbeitet werden: Arbeitsprogramm incl. politische Gegenwirkung – Finanz-, Arbeits- und Tarifrecht. Hugenberg interessiert, folgt aber langsam und zaudernd. Nachher auf seinen Wunsch mit ihm allein. Finanznöte. [. . .]

⁹⁴ Zu den Verbindungen von Claß zu den österreichischen Alldutschen und der Deutsch-Österreichischen Tageszeitung: Claß, Strom II, S. 776–839, in: BA.

⁹⁵ 1932 kam unter Mitarbeit von Quaat das sogenannte Deutschnationale Freiheitsprogramm heraus, s. u., Tgb. v. 14. 6. 1932.

15. November, Sonntag

Zweistündiger Spaziergang mit Claß im Tiergarten. Besprechung der Position Hugenbergs und der politischen Lage.

[. . .]

17. November

[. . .] Wieder eineinhalb Stunden bei Hugenberg, der sich über meinen Brief vom Sonntag anscheinend gefreut hatte. Kreditrestriktion macht Lage mancher unsrer kleineren Zeitungen unhaltbar. Hoffnung auf Verständigung über DAZ(?)⁹⁶. – Nachmittags bei Meißner: Beschwerde mich über Passivität des Kanzlers in Sachen Stahlhelm. Morde ungesühnt⁹⁷. Meißner bittet Kabinettsitzung von heute abzuwarten. Reichspräsident dränge. Dann wegen Reinhart. Meißner zusagend. Dann Politik; Meißner betont offiziell: Reichspräsident werde sich weder selbst verlängern noch Preußenwahl verhindern. Das könne ich offiziell mitteilen. Dann persönlich: Reichspräsident wolle bis Frühjahr warten. Lange Unterhaltung über Schleicher. Schleicher wolle es mit Nazi allein versuchen, wir müßten dann sowieso mit. Ich: Großer Irrtum. Viel Glück zur Fahrt. Meißner: Er sei ganz dagegen, halte nach wie vor Hugenberg für den gegebenen Mann. Reichspräsident habe Antipathie. – Dann Deck. – Abends Oberfohren: Hugenberg habe lauter Mißerfolge. Er sei sicher, daß man in die Regierung kommen könne, aber nicht mit Hugenberg. Das sage Brüning auch! Hugenberg wolle Kanzler und später Reichspräsident werden. Das sei alles utopisch. Ich verhielt mich abwartend, dämpfte aber durch die Frage: Wem anders er denn zutraue, in dieser Lage als Kanzler noch Deutschland zu retten. Darauf schwenkte Oberfohren sofort um und lobte Hugenberg über die Maßen.

18. November, Bußtag

Vormittags wieder Arôn, Herr und Frau Reil und Dr. Römer. Arôn Mittelpunkt. Sehr kluger Mann. Wollte feststellen: a) bricht in Kürze Bürgerkrieg aus? b) Kann man Nazi zähmen? Dann die Idee wieder: Deutschnationale Volksbewegung, um 20jährigen Aufschub der Tribute zu erreichen. Ich lehnte letzteres nicht ganz ab, wiederholte aber Argumente der Unterredung: Entweder Tribute *oder* Rückzahlung der Kredite. Entweder Frankreich *oder* Gläubigermächte. Kampf darum habt *Ihr* zu führen. – Aufsatz in diesem Sinne an Schwarzer⁹⁸. – Dann Friedhof, Grab der Eltern, und Invalidenfriedhof. – Dann lange Besprechung mit der jungen Arbeitsgemeinschaft. Seziere das Agitationsprogramm der Nazi. Stimmung der Jungen scharf gegen Nazi. [Mulbe?] begleitet mich bis nach Haus, um zu bitten, daß wir Kampf schärfer führen. Wir sollten uns mit dem

⁹⁶ Die von der Ruhrlade finanzierte Deutsche Allgemeine Zeitung machte hohe Verluste. Daher reagierten Springorum und Vögler positiv, als Hugenberg im November 1931 anbot, die Zeitung in seinen Konzern zu übernehmen. Ihr Antrag stieß aber bei Reusch und anderen Gegnern Hugenbergs, die ebenfalls der Ruhrlade angehörten, auf starken Widerstand. Hugenberg selber verlor Anfang 1932 das Interesse, nachdem er die finanzielle Lage der Zeitung überprüft und das Ausmaß der Verluste erkannt hatte; Henry A. Turner Jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, S. 136 f.

⁹⁷ Nach Darstellung der Stahlhelmzeitung waren am Vorabend des Reichsfrontsoldatentages in Breslau vom 31. 5. 1931 ein Stahlhelmer von Kommunisten erschlagen und am 31. 5. ein weiterer auf der Fahrt nach Breslau erschossen worden; Der Stahlhelm, 15. 11. 1931, 1. Beilage, „Die Bewegung“.

⁹⁸ Vermutlich handelt es sich um den Aufsatz „Brief an einen Amerikaner“, in: Der Montag 30. 11. 1931, s. u., Tgb. v. 4. 12. 1931.

Landvolk und Reichswehr verbünden. Agitation der Nazi übertrifft an Bedenkenlosigkeit freilich alles. Sie verbrennen mit dieser Demagogie der Versprechungen alle Schiffe hinter sich. Kommen sie in die Regierung, müssen sie dann Schreckensherrschaft üben – andernfalls droht Bolschewismus. Sehr bedenklich ist die Sorge der Ausländer und die Auffassung unserer Jugend, die sich merkwürdigerweise in puncto Nazigefahr ziemlich decken. – Es wird einer sicheren Hand mehr als je bedürfen. Wir müssen erreichen, daß Hugenberg sich nicht mit seinen Kabinetchefs allein als Berater begnügt. Er sieht dann die Dinge oft schief.

19. November

Reichsschuldenaussschuß⁹⁹. Lange Debatte über die Verfassungswidrigkeit der Kabinetts-ermächtigung durch Notverordnung und Unabhängigkeit der Schuldenverwaltung. Sae-misch vertagt wieder. [. . .] Schnell nach Haus, dann Sportpalast, wo Hugenberg vor 15 000 Menschen geredet hatte und Pschorr mit Laverrenz, Doehring, Bang, Nagel, alle mit Damen. Sehr anstrengender Tag!

20. November

Vormittags Arbeitsproblem-Ausschuß. Mein eineinhalbstündiges Programm genehmigt. Dann Fraktion. Dazwischen 17.00–18.30 Uhr bei Kaiserin Hermine Tee in dem herrlichen Gobelinzimmer: Professor Goldscheider, Kapitän v. Waldeyer-Hartz, der Dichter Ryser. Nachher eine Viertelstunde allein mit der Kaiserin, die starke Schlagseite zu Nazis hat. Gebe an Nazi-Adresse Warnungen. – Fraktionsessen: zwischen Oldenburg-Januschau, Scheibe, Verleger Urban. – Nachher hält Hugenberg Dr. Mosler (Dedi) eine ultimative Standpauke. Mosler passiv, augenscheinlich hilflos. Zum Schluß hält mich Kleist-Schmenzin mit dem Plan v. d. Osten-Warnitz als Kanzler auf. (Er ist der Schwiegersohn v. d. Ostens.)

21. November

Vormittags Kleist in derselben utopischen Sache. Mehr eine Adelssache. Man hat nicht einmal die Reichswehr für sich. Nazi rechnet man als Gegner! Wir allein sollen die Sache halten. Ich ausweichend. – Graf Stillfried ([Moschi?] Ostafrika). Der erzählt, daß die beiden Brüder Treviranus sich drüben unmöglich gemacht haben. Fraktion: Osthilfe. – Frühstück mit Oberfohren, dem augenscheinlich der Plan Osten neu war. Er ist sichtlich betroffen, als ich sage, Brüning sei erledigt. – In der Fraktion fiel mir auf, wie hilflos die Landwirte dem Osthilfe-Problem gegenüber sind. Sie erkennen die springenden Punkte erst auf meine Hinweise. Das wichtigste scheint mir, daß der Antragsteller an politische Stelle sich wenden und dann viele Monate u. U. auf Entscheidung warten muß. Inzwischen bekommt er weder Kredit von Privaten noch Entschuldung. Man schafft furchtbare Gefahrenzone. – Artikel im „Tag“ und im „Freien Deutschland“, ersterer gegen Brüning¹⁰⁰, letzterer über Italien¹⁰¹, erschienen. Immer wieder höre ich doch, daß meine

⁹⁹ Quaatz war nach den Neuwahlen vom September 1930 als Mitglied in den Reichsschuldenaussschuß des Reichstags gewählt worden; Bericht des Reichsschuldenaussschusses für das Jahr 1930, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 451, Anlage Nr. 1225.

¹⁰⁰ Der Weg ins Freie, in: Der Tag vom 19. 11. 1931. Brüning hatte in seiner Reichstagsrede vom 13. 10. 1931 Quaatz vorgehalten, er habe ihm nicht geholfen, die Übertreibungen bei der Beamtenbesoldung zu verhindern. Quaatz hielt ihm in seinem Artikel entgegen, als Gewerkschafter vergesse er, daß die Erhöhung der Beamtgehälter damals eine Folge der unausgesetzten Erhöhung der Arbei-

„Tag“-Aufsätze einen großen Freundeskreis haben. – Gegen Abend v. Dommès. – Zum Essen Familie Claß und Familie Meißner sowie General v. Dommès (pikantes Zusammentreffen). Mir scheint Meißner sich von Schleicher etwas abzusetzen, weil er die Nazi-Chancen etwas anders einschätzt. Hindenburg ist augenscheinlich völlig hilflos. Der Abend verlief alles andere als pikant. Elsässer Geschichten. [. . .]

[. . .]

23. November

Büroarbeit. Brief an Kaiserin Hermine, der wohl kaum auf Verständnis stoßen wird. Entwurf eines Aufsatzes an die Adresse der Nazi usw. Quo vadis?

[. . .]

27. November

Aufsichtsrat der Viag. Trendelenburg auch nicht orientiert und besorgt wegen der ungeheuren Kreditermäßigungen. Trendelenburg bestätigt auch meine Ansicht, daß der deutsche Ausfuhrüberschuß ganz prekär sei und rasch schwinden werde. – Abends bei Borck. – Winterfeld, Admiral Raeder, Steinhoff, Schmidt. – Raeder sucht Fühlung, soll wenig d'accord mit Schleicher sein. Sagt, daß Groener stark an Einfluß gewonnen habe. Meißners Einfluß sei recht gering geworden. Hindenburg wolle nach rechts, stehe aber unter dem Schlagwort: Die Rechte sei ja nicht einig. Borck meint, Raeder wolle noch als aktiver Offizier bei uns kandidieren. Schmidt redet Raeder etwas aufdringlich zu, Raeder solle Hugenberg empfehlen, was Raeder etwas peinlich schien. Mir auch.

28. November

Nachmittags drei Stunden mit Mühlenbrink und Vogel von unserer Deutschnationalen Kampfgemeinschaft sowie [Radecke?] und Knüppel von SS zusammen. [Radecke?] doziert weitschweifig Indexwährung und Schwundgeld, als ob er sie erfunden hätte. Die drei andern lehnen das Schwundgeld verständig ab. Besprechung soll mit Bang und Graf Helldorf weitergeführt werden. [Radecke?] lehnt Wagener und Funk scharf ab¹⁰². Hugenberg, dem ich telefonisch berichte, meinte, die Nazis wollten sich schlau machen. Nicht ganz richtig. [Radecke?] erklärte mir auf Befragen, er habe Autorisation von seinen SS. Die NSDAP wünsche Verständigung im Programm. Meines Erachtens sollte man die Dinge von den Wirtschafts- auf die politischen Fragen herüberspielen, gleichzeitig aber die Defensive in der Öffentlichkeit ruhig weiterführen. Auf die Dauer müssen

terlöhne gewesen sei. Weil Brüning gewerkschaftlich gefesselt sei, wage er auch jetzt keine andere Außenpolitik zu treiben, als die von der Sozialdemokratie geforderte. Deshalb verhandle er weiter über Tribute und unternehme keine durchgreifende Reform der Sozialversicherung, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge; Berliner Lokalanzeiger vom 15. 10. 1931.

¹⁰¹ Italienischer Nationalismus, in: Das Freie Deutschland, Heft 8, 21. 11. 31. S. 242–249. Quaatz zeichnete darin ein positives Bild des italienischen Faschismus.

¹⁰² Zu Wageners Vorstellungen einer Synthese von Wirtschaftsliberalismus und Sozialismus siehe: Hitler aus nächster Nähe, Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, hrsg. von Henry A. Turner Jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 318. Funk formulierte in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 das „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP“, das eher den Vorstellungen des kapitalistischen Unternehmertums entsprach; Paul Oestreich, Walter Funk. Ein Leben für die Wirtschaft, München 1940, S. 81 ff.

uns die Nazi kommen, die durch ihr Techtelmechtel mit Rom sich kompromittieren. Hugenberg äußert übrigens jetzt von sich aus den Wunsch nach einer Beratung mit mir. Übrigens äußerten in der Nachsitzung bei Borck dieser wie Steinhoff, daß Oberfohren und Hergt gegen Hugenberg arbeiteten und wohl Fühlung mit Brüning hätten. – [Radecke?] sagte mir: Schachts Aufnahmegesuch sei von der NSDAP abgelehnt¹⁰³. Er sei ein [Schädling?]. Er – [Radecke?] – würde austreten, wenn Schacht eine Rolle spielen würde.

29. November, Sonntag

Langes Gespräch bei Claß mit Bang und Lucius, dem Neffen Claß'. Einems Besuch. Vorstoß v. d. Osten-Kleist.

30. November

Nachmittags bei Hugenberg. Ich rede ihm die unglaubliche Absicht aus, 24 Stunden die Nachricht von seinem Rücktritt „wirken“ zu lassen und dann Wiederwahl anzunehmen¹⁰⁴. [...]

1. Dezember

Parteivorstand. Hugenbergs „Pressebericht“ allseits bekämpft. Auf vielfaches Drängen schlage ich am Schluß kurzen Bericht vor, der von finanziellen Schwierigkeiten gar nichts sagt. Zurückgestellt, dann in ähnlicher Form abends bei [Huster?] von Hugenberg genehmigt. Sein Diktaturparagraph einstimmig angenommen¹⁰⁵. Aber der Eindruck seiner Taktik ungünstig. Nimbus geschwächt. Bei [Huster?] Gespräch mit Carlsen, Restorff, Kossack über Ostpr[eußen]. Bringe verschiedene Menschen an Hugenberg heran, der in seiner Ecke – von Schmidt bewacht – sitzen bleibt. Nachsitzung im Restaurant. Feldmann und Frh. v. Poremski defätistisch bezüglich Kampf gegen Nazi.

2. Dezember

Parteivertretung. Der Kampf wird von Hugenberg unter Jubel verkündet. Aber viele (außer mir Annagrete Lehmann, Spahn, Gisevius usw.) haben Bedenken gegen Formulierung: „unversöhnlicher Gegensatz“ und ähnliches. Es gelingt mir, Milderungen durchzusetzen. [...]

3. Dezember

Mittags nach Hamburg. Streits Hotel. Diner, dann Besprechung mit über 100 Wirtschaftlern. Kritik des Nazi-Wirtschaftsprogramms. Typ der Konjunkturleute Willink: „Nur

¹⁰³ Schacht war nicht Parteimitglied; Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1949, I, S. 393, V, S. 140, IX, S. 462.

¹⁰⁴ Zu den Rücktrittsdrohungen Hugenbergs wegen der schlechten Finanzlage der Partei: Leopold, Hugenberg, S. 228, Anm. 114.

¹⁰⁵ Der Vorsitzende des Landesverbandes Potsdam I hatte den Antrag gestellt, in die Satzung einen Passus einzufügen, wonach dem Parteivorsitzenden die Vollmacht verliehen werde, in Abweichung von den Satzungen, soweit es im Interesse der Partei und ihrer Ziele erforderlich erscheine, Anordnungen zu treffen, die für alle Organe der Partei verbindlich seien. Hugenberg wurde am 3. 12. 1931 von der Parteivertretung wiedergewählt und die Vollmachten wurden angenommen; München-Augsburger Abendzeitung vom 2. 12. 1931 und 3. 12. 1931.

nichts Trennendes“. Diesselben Leute, die früher keinen Kampf gegen Marxismus wollten. Trotzdem viel Zustimmung.

4. Dezember

Kümmerliche öffentliche Versammlung in Greifswald. Immerhin mehrere Professoren: [Carschmann?], Luther usw. Frh. v. Forstner und die deutschnationale Studentengruppe. Augenscheinlich versäumt, die Korporationen einzuladen. Hübsche Uhr bei Buchhandlung Dallmeyer als Weihnachtssuhr gekauft. Die Akademiker greifen die Anti-Nazi-Parole mit Empressement auf. [. . .] Meine Aufsätze: „Briefe an einen Amerikaner“ im „Montag“¹⁰⁶ und „Rettung durch Kapitalschöpfung“ im „Tag“¹⁰⁷ viel beachtet. – Es wird darauf ankommen, die nationalistische Linie gegen alle innerpolitischen Eskapaden nach der sozialistisch-kommunistischen Seite festzuhalten. Die Nazisozi stehen ihrerseits vor schweren inneren Auseinandersetzungen¹⁰⁸. Diesen wollte Hitler dadurch ausweichen, daß er mit Zentrum in die Regierung ging¹⁰⁹. Das ist ihm mißlungen. Zentrum treibt Zermürbungstaktik, wie uns gegenüber in den Jahren 1927–1930. Hitler begeht den Fehler, im Ausland den Anschein zu erwecken, er werde in Kürze in der Macht sein, will sogar die europäischen Hauptstädte besuchen¹¹⁰. Es wäre das schlimmste, wenn der deutsche Nationalismus durch ihn ridikulisiert würde. In Deutschland selbst ist man gegen diese Gefahr leider unempfindlich. – Ich fürchte sehr, daß wieder ein große Chance verpaßt ist, wenn es nicht gelingt, Hitler und Hugenberg wieder zusammenzubringen.

[. . .]

7. Dezember

Lange Besprechung mit Hugenberg über Zusammenkunft mit Meißner und die Lage. Frick sucht Anschluß an uns, während Hitler die Mittelparteien zu einem Block zusammenschließen will, der eine Regierung Hitler im Februar stützen soll. Brosius teilt mit, daß Meißner an Telegraphen-Union eine Meldung gegeben habe, Kabinett stehe vor Gefahr eines Bruchs mit SPD¹¹¹, Kombination mit Hitler müsse „näher geprüft“ werden. Ist diese Meldung für uns fabriziert?

8. Dezember

Magdeburg Landbund. Über 400 Menschen¹¹². Starker Beifall. Aber meine Auseinander-

¹⁰⁶ Brief an einen Amerikaner, in: Der Montag vom 30. 11. 1931.

¹⁰⁷ Rettung durch Kapitalschöpfung, in: Der Tag vom 1. 12. 1931.

¹⁰⁸ Zu den Spannungen in der NSDAP zwischen Legalitätskurs und revolutionären Tendenzen: Horn, Führerstaat, S. 335.

¹⁰⁹ Zu den Verhandlungen des Zentrums mit Hitler, Brüning, Memoiren, S. 460 f., 464 f.

¹¹⁰ Vgl. dazu die Meldung der München-Augsburger Abendzeitung vom 7. 12. 1931, wonach Hitler einer englischen Zeitung ein Interview gegeben hatte, demzufolge er unmittelbar erwarte, daß man ihn als Kanzler berufe.

¹¹¹ Brünings Andeutungen, daß das Tarifrecht durchbrochen werden könne, führte bei den Gewerkschaften zu Forderungen nach einer Aufgabe der Tolerierungspolitik; Winkler, Katastrophe, S. 438 f.

¹¹² Quaatz hielt zunächst eine Rede im Landbundhaus über das Thema „Wirtschaftspolitische Lage und die Zukunftsaussichten der nationalen Opposition“, in der er die Parole ausgab: „Weg mit diesem System!“ Anschließend wurde noch eine Kundgebung der Deutschnationalen im „Hofjäger“ abgehalten. Über die Nationalsozialisten äußerte er dabei: „Wir wollen nicht hinter der Jugend herlaufen, sondern mit den jungen Kräften im nationalen Lager Hand in Hand zusammenarbeiten.“

setzung mit Nazi, deren Vertreter unglücklich abschnitt, gefiel doch wohl nicht allgemein. Die Leute hören lieber das Hohe Lied von der Einigkeit, die leider nicht da ist. Dagegen schroffe Verurteilung der Landvolkliste begeistert begrüßt. – Nachher noch sehr gut besuchte Parteiversammlung im „Hofjäger“, in der ich aber nur einleitend eine kurze, sehr aggressive Ansprache halten konnte, die sehr gut aufgenommen wurde. Nachher Wienbeck und Borck. Starke Stimmung gegen Meyer. – Alvensleben rückt ganz von Landvolk ab und wünscht Versöhnung mit seinem Herrenklub. [. . .]

[. . .]

11. Dezember

[. . .] Nach Düsseldorf. Mit Dr. Gisevius bei Dr. Hellmuth Poensgen in Vereinigten Stahlwerken. Energischer Mann, ganz für uns. Anscheinend einflußreich. [. . .]

12. Dezember

Vormittags mit Bang und Hartz bei Hugenberg: Plan einer Krankenkasse. Dann mit Hugenberg allein wegen des Abends mit Meißner. Frühstück „Kaiserhof“ mit Professor Bonn und dem Leiter der Deutschen Welle wegen des Zwiegesprächs am Montag (Rundfunk). – Abends Essen mit Hugenberg und Frau und Meißner und Frau. Nach Tisch zweieinhalb Stunden politische Unterhaltung zu dritt. Hauptthema Nazis. Meißner: Hindenburg habe Hitler und am 11. (Vortag also) wieder Göring gesagt: Er bestimme den Kanzler und lasse sich niemand aufdrängen. Nazis erklärten offen: Vor der hessischen Wahl hätten sie sich mit Wehrministerium und Innenministerium „begnügt“¹¹³. Jetzt müßten sie auch den Kanzler haben. Die anderen Rechtsparteien wollten sie beteiligen. Hindenburg werde auch keinen Parteimann zum Wehrminister machen. Als Groeners Nachfolger käme wohl nur Schleicher in Frage. Die Wahl des Reichspräsidenten sei für 13. März in Aussicht genommen. Eine Verlängerung mit zwei Drittel und den Stimmen der Rechten werde Hindenburg annehmen (auf einige Monate). Voraussetzung sei, daß Hoover-Moratorium um ein Jahr verlängert würde. Einen irgendwie gearteten Tributplan werde Hindenburg nie unterschreiben. Wir versuchen, diese These zu erschüttern: Jetzt sei historischer Moment, um von Versailles loszukommen. Wenn Brüning mit irgendeiner Abmachung zurückkomme, werde Hindenburg den Absprung viel schwerer finden¹¹⁴. – Gespräch verlief sehr freundschaftlich und berührte auch Persönliches. Einen Umschwung sehe ich aber nicht. Hindenburg steht in glänzender Position. Alles – von Sozi bis Nazi – wirbt um ihn. Er sieht kaum den Zwang zu einem Systemwechsel.

Unter diesem Gesichtspunkt begrüßen wir das gewaltige Anwachsen unserer Bundesgenossen, der jungen nationalsozialistischen Bewegung. Wir denken aber nicht daran, von der politischen Bühne abzutreten. Wir haben nicht umsonst gekämpft. Wir glauben nicht an die Masse. Nicht die Masse soll herrschen, sondern Männer sollen führen. Wir appellieren nicht an den Menschen, der haben will, sondern an den, der opfern will. Für uns fängt der Staat nicht mit Adolf Hitler an, sondern mit dem Großen Kurfürsten!¹⁴; vgl. die Berichte in: Deutscher Schnelldienst vom 8. 12. 1931 und Magdeburger Tageszeitung vom 10. 12. 1931.

¹¹³ In Hessen hatte die NSDAP am 15. 11. 1931 einen beachtlichen Wahlsieg errungen und war die stärkste Partei geworden; Bracher, *Auflösung*, S. 381; Horn, *Führerstaat*, S. 336.

¹¹⁴ Gemeint sind wohl die bevorstehenden neuen Verhandlungen wegen der Lösung des Reparationsproblems.

13. Dezember, Sonntag

Eine Stunde im Regen mit Claß spaziert. Auch er hört von allen Seiten die Klagen über die Kamarilla in der Friedrich-Ebert-Straße. Beurteilt die politische Lage wie ich. [. . .]

[. . .]

16. Dezember

Meißner ruft an. Er habe über den Abend bei mir Hindenburg eingehend berichtet. Hindenburg: Es sei dankenswert, daß er diese Verbindung halte. Besonders wichtig die angebliche Erklärung Hugenbergs am 6. 1. 1930: Erst müsse Chaos kommen¹¹⁵ – ferner das angebliche Angebot Brünings¹¹⁶. Hindenburg würde Hugenberg gern nach Weihnachten vor Zusammentritt des Reichstags sprechen.

[. . .]

18. Dezember

Industriellensitzung im „Prinz Albrecht“. Langer Vortrag Hugenbergs. Auftreten Thyssens gegen Hugenberg. Auf Wunsch Hugenbergs – der in heiklen Momenten stets mich vorschickt – trete ich Thyssen entgegen. Thyssen vollkommen in Hand Hitlers¹¹⁷. Nach dem Essen Gespräch mit Hugenberg und Middendorf über dies Thema. – Versammlung ganz auf Seiten Hugenbergs. Sehr guter Besuch. Viel Komplimente über meine Entgegnung – natürlich auch von Hugenberg. Vorsitz hatte Ravené.

19. Dezember

[. . .] Nachmittags drei Stunden mit Bang, Mühlenbrink, Vogel und Major Schmidt und [Radecke?] von der SA. Die SA-Leute betonen immer ihren Elite-Charakter. Alle andern seien für sie nicht maßgebend. Aber an Hitler halten sie. Wirtschaftlich im wesentlichen Wiederholung. Politisch äußerte sich Schmidt: Schleicher wolle die SA wie Stahlhelm am Bändel halten. Beide wollten aber der Reichswehr gegenüber gemeinsame Front bilden. (!Von uns sagt er nichts!) Im Ernstfalle müsse man ebenso wie Reichswehr Berlin räumen. Bang gab sich hier Blößen. Besprechungen sollen fortgesetzt werden. [. . .]

[. . .]

26. Dezember

[. . .] Sehr trübe sehe ich auch die außenpolitische Lage. Augenscheinlich arbeitet Brüning unter der Decke mit Paris. Eine Einigung auf der Rechten noch immer problematisch.

¹¹⁵ Vgl. dazu die Niederschrift Brünings über eine Unterredung mit Hindenburg vom 1. 3. 1930. Danach hatte Hindenburg Brüning erklärt, „daß auch Herr Hugenberg keine Neigung zeige, in eine Regierung einzutreten, weil er der Ansicht sei, daß zunächst die Dinge noch weiter bergab gehen müßten, um dem deutschen Volke restlos die Augen über die gegenwärtige Lage zu öffnen.“ Politik und Wirtschaft 1930/32, 4/I, S. 60 f.; vgl. Brüning, Memoiren, S. 155; Leopold, Hugenberg, S. 71; Walker, Hugenberg, S. 427 f.

¹¹⁶ Gemeint ist Brünings angebliches Koalitionsangebot an die Deutschnationalen vom Oktober 1930, das für Hindenburg eine große Rolle spielte; s. o. Tgb. v. 27. 8. 1931 und den für Hindenburg bestimmten Brief Hugenbergs an Oldenburg vom 29. 8. 1931 (nach Tgb.-Eintrag v. 31. 8. 1931).

¹¹⁷ Vgl. Turner, Großunternehmer, passim.

1932

[. . .]

6. Januar

Vormittags bei Claß mit Vietinghoff und Hertzberg. Lage. Antrag gegen Notverordnung¹. Nachmittags Brosius in gleicher Sache. – Mittags mit Dr. [Mulbe?] im Auswärtigen Amt bei Köster. Silberfrage. Regierung scheint in der Währungsfrage ratlos. Köster schilt auf Luther. Wir sollten uns mit Sir Robert Horne in der Silberfrage auseinandersetzen. Er wolle vermitteln. Sein Ratgeber ist Detering. Ich weise auf das starke englische Interesse hin, bleibe sehr freundlich, aber unverbindlich. [Mulbe?] sehr gut orientiert.

7. Januar

[. . .] Heute verhandelt Groener mit Hitler über Verlängerung Hindenburgs². Wahrscheinlich ist auch Brüning dabei. Hitler hat sich aber auch bei Hugenberg angemeldet. Nachmittags bei Claß Besprechung der Lage, zu dritt mit Brosius. Ich habe den Entwurf einer Fraktionserklärung in neun Punkten vorbereitet. Soll einmal Hindenburg zeigen, daß wir nur Notwendiges fordern, dann unsere Isolierung durch Kombination Hitler-Brüning verhindern, endlich Brüning unmöglich machen, zu [temporisieren?] und „bis zur Entscheidung die Unterstützung aller Deutschen zu fordern“. Bei unserer Art wird wohl etwas anderes herauskommen. – Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg ist auf Sonnabend [9. Januar] 15.00 Uhr vorgesehen, so daß Hugenberg mit dem Resultat in die Fraktion kommen kann. Vormittags bin ich und Oberfohren bei Hugenberg. Hugenberg kommt erst – leider – am Sonnabend nach Berlin.

14. Januar

Die Tage bis 12. waren durch die Aktion Brüning und die Gegenaktion in Sachen Ver-

¹ Gemeint ist vermutlich die Notverordnung vom 8. 12. 1931.

² In seinem Gespräch mit Hugenberg und Quaatz vom 27. 8. 1931 hatte Brüning bereits erstmals wegen einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs vorgefühlt. Am 30. 8. 1931 hatten Hitler und Hugenberg über die Frage verhandelt, wobei Hugenberg sich bereits gegen eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs ausgesprochen hatte. Eine Besprechung Groeners und Brünings mit Hitler am 6. 1. 1932 war ergebnislos verlaufen. Brüning hatte dabei den Eindruck gewonnen, daß Hitler seine Zustimmung von einer sofortigen Reichstagsauflösung abhängig machen werde, was er ablehnte. Um zu verhindern, daß die Forderung einer vorherigen Reichstagsauflösung auch von den Deutschnationalen gestellt wurde, orientierte Ministerialrat Doehle von der Präsidentskanzlei Quaatz über den Stand der Angelegenheit, wobei er klarmachte, daß Hindenburg die Forderung nach einer Reichstagsauflösung nicht akzeptieren werde. Quaatz erklärte am 7. 1. 1932 gegenüber Doehle und Pünder, daß er sehr für den Plan einer Verlängerung und daher gegen eine Reichstagsauflösung sei. Dafür wolle er auch Hugenberg gewinnen; Brüning, Memoiren, S. 501; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/II, S. 1208; Pünder, Politik, S. 110f.; Schmidt-Hannover, Umdenken, S. 273f.

längerung Hindenburgs durch den Reichstag ausgefüllt³. Brüning glaubte: Wenn er es durchsetzte, wäre die Zentrumsherrschaft auf lange gesichert. In jedem Falle werde er die Opposition in eine schwere Lage bringen und vielleicht auch spalten. Es scheint auch, daß Hitler vor dem Eintreffen Hugenbergs (er sprach mit ihm erst am 9. Januar) weitgehende Versprechen gegeben hat (Gegenleistung: Anerkennung der Legalität und Preußenwahlen, was beides für die Regierung wenig, für Hitler viel bedeutete.) Von Sonnabend bis Montag [9.–11. Januar] spielte er ein ränkevolles, aber anscheinend nicht zielsicheres Spiel. Er wollte – durch den steigenden Unwillen in seiner Partei gedrängt – aus dem Netze Brünings heraus und versuchte am Montagabend plötzlich mit ganz unzureichenden Mitteln, Hindenburg zur Entlassung Brünings zu zwingen. Gleichzeitig aber wollte er nach außen allein im Vordergrund bleiben und Hugenberg diskreditieren. Ergebnis: ein voller Mißerfolg. Ob es nun dazu kommt, was Hindenburg vorgibt zu wollen, nämlich Brüning nach der Rückkehr von Lausanne zu entlassen, ist zweifelhaft. Brüning wird der stärkere sein. Dann kann Hindenburg nur mit den Stimmen der Linken und der Mitte gewählt werden, wozu wenig Aussicht besteht. Nach allen Anzeichen klebt er am Amte, aus Gründen des Geldes und der Eitelkeit. Der Generaloberst v. Einem erzählt, daß er voller Sorge von der Notwendigkeit sprach, nach seinem Abschied in Neudeck einen Kuhstall bauen zu müssen (die Subventionen haben aufgehört, die ihm noch dauernd zuflossen). Bitter beklagte er sich, daß Hugenberg ihm keinen Neujahrswunsch geschickt habe, während Mahraun ihm als Friedrich dem Großen und Bismarck gratuliert habe. Voller Stolz zeigte er den Glückwunsch des englischen Königs. Der recht kluge Einem war ganz zerbrochen, ähnlich wie Tirpitz zur Zeit des Young-Plans. Aber die perfekte Eigensucht und die unzerstörbare Ruhe dieses Mannes siegt immer wieder. In Deutschland macht passive Ruhe populär, wie bei anderen Völkern Taten. „Objektivität“ ist in diesem Sinne aber nichts anderes als Teilnahmslosigkeit

³ Hitler gab am 9. 1. 1932 in einer Besprechung mit Brüning zu verstehen, er werde eventuell einer Verlängerung um ein bis zwei Jahre zustimmen. Er wollte aber keine Antwort geben, da Hugenberg die deutschnationale Fraktion noch nicht befragt und sich noch nicht festgelegt hatte. Wie aus dem Aide-mémoire von Quatz hervorgeht, trafen sich Hugenberg und von Bismarck bereits an diesem Tag mit Göring und Hitler und waren sich einig, Brünings Plan abzulehnen. Am 10. 1. 1932 besprach sich Brüning mit Hugenberg, der erklärte, er bezweifle, daß Hitler zustimmen werde, was auch seine Zustimmung erschwere. Für den Fall einer Zustimmung verlangte er Neuwahlen im Reich und in Preußen. Quatz informierte gleichzeitig Meißner und teilte ihm mit, daß Hugenberg dem Plan Brünings voraussichtlich nicht zustimmen werde. Meißner hatte nach einem anschließenden Treffen mit Hitler den Eindruck, daß auch dieser nicht dazu bereit sei. Er erklärte daraufhin Brüning und Pünder, die Rechtsopposition lehne nach seinen Informationen Brünings Vorschlag ab, werde sich aber bereit erklären, Hindenburg durch eine Volkswahl ohne Agitation wiederzuwählen. Dieser Vorschlag ging auf Hugenberg zurück, der Hitler überzeugte, daß eine Verlängerung der Amtszeit durch das Parlament für ihn von Nachteil sei. Bedingung für die Unterstützung der Direktwahl Hindenburgs sollte die Entlassung Brünings, die Ernennung einer Rechtsregierung und Neuwahlen im Reich und in Preußen sein. Am 11. 1. 1932 machte Hitler den Vorschlag, Hindenburgs Amtszeit durch einen neu gewählten Reichstag verlängern zu lassen und drohte mit seiner eigenen Kandidatur, falls Hindenburg die Kandidatur eines Linksblocks annehmen werde. Hitler und Hugenberg vereinbarten an diesem Tag schließlich die Ablehnung von Brünings Plan, der damit gescheitert war. Am 12. 1. 1932 erklärten sie beide öffentlich ihre Absage. Am 14. 1. 1932 unterbreitete Brüning Hindenburg den Vorschlag für die Aufstellung eines Wahlkomitees; Bracher, Auflösung, S. 395; Brüning, Memoiren, S. 504–513; Hubatsch, Hindenburg, S. 309 f.; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/II, S. 1209–1216; Dorpalen, Hindenburg, S. 251 f.; Leopold, Hugenberg, S. 107; Vogelsang, Reichswehr, S. 148 f.; Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918–1945, wie ich ihn erlebte, Hamburg 1950, S. 216.

gegenüber dem Geschieke der Nation. Diese spießberhafte deutsche Auffassung von Größe hat Ludendorff zum Narren und Hindenburg zum Heros gemacht. Wie ist Friedrich der Große, Stein und Bismarck, solange sie lebten, gehaßt worden. Hindenburg wird adoriert. – Über den Verlauf der Dinge, soweit ich beteiligt war, orientiert nachfolgendes Aide-mémoire, sowie die Aktennotiz von Brosius.

Abschrift. – Betrifft: Wahl des Reichspräsidenten durch den Reichstag. – Am Freitag, dem 8. Januar 1932, hat in Magdeburg im Hause des Herrn Seldte eine Besprechung der beiden Stahlhelmbundesführer mit Herrn Geheimrat Hugenberg stattgefunden, bei der der Bundeskanzler Wagner und nachmittags Geheimrat Quaatz teilnehmen. In dieser Besprechung wurde die völlige Übereinstimmung in dieser wie in anderen Fragen festgestellt. – Am Sonnabendnachmittag fand in der Wohnung des Herrn Göring eine Besprechung zwischen Herrn Geheimrat Hugenberg und Herrn Adolf Hitler statt, an der von unserer Seite Herr v. Bismarck teilnahm. In dieser Besprechung wurde die Übereinstimmung darin festgestellt, daß die Verlängerung des Reichspräsidenten durch den Reichstag abzulehnen sei. – Am Sonntagnachmittag, dem 10. Januar, 16.30 Uhr, fand eine Besprechung des Geheimrats Quaatz mit dem Staatssekretär Dr. Meißner in dessen Büro statt, die etwa folgendermaßen verlief. Quaatz teilte Herrn Meißner kurz mit, daß die DNVP nicht in der Lage sei, der Zumutung des Kanzlers zu folgen, da die Zustimmung zur Neuwahl des Reichspräsidenten unter Beibehaltung der jetzigen Regierung auf eine Billigung der bisherigen Politik hinauslaufe. Außerdem habe man Bedenken verfassungsrechtlicher Natur. Die DNVP werde sich der Fortsetzung der Zentrumsheerrschaft in Deutschland widersetzen. – Der Staatssekretär äußerte sich dahin, daß auch die Haltung der NSDAP ablehnend sei, und zwar im wesentlichen aus den selben Gründen (er hatte nämlich am gleichen Tage bereits eine Unterredung mit Herrn Adolf Hitler im „Kaiserhof“ gehabt). Die Aktion müsse danach wohl als gescheitert angesehen werden. – Nach einer kurzen Pause äußerte der Staatssekretär den Wunsch, sich mit Quaatz wie bei früheren Besprechungen gewissermaßen außeramtlich weiter zu unterhalten und leitete diesen Teil des Gespräches mit den Worten ein: „Was machen wir nun?“ Quaatz: Die Situation schiene ihm klar. Die Aktion ende entweder mit einer Blamage des Kanzlers oder mit einer Blamage Hindenburgs. Hierbei machte der Staatssekretär die Zwischenbemerkung: „Dann kann die Wahl für mich nicht zweifelhaft sein“. Quaatz: Er könne ganz vertraulich einen Ausweg zeigen, den Hugenberg eronnen habe, damit eine Schädigung des Prestiges des Reichspräsidenten von Hindenburg vermieden werde. Der Reichspräsident könne am nächsten Tage von sich aus erklären, daß er weitere Verhandlungen über die Anregung des Reichskanzlers nicht mehr wünsche. Dann würden Hugenberg und Hitler dem Reichskanzler gar nicht mehr antworten, und die Angelegenheit sei durch ein Eingreifen des Reichspräsidenten erledigt. – Der Staatssekretär bezeichnete diese Anregung als sehr dankenswert, fügte aber hinzu, daß der Reichspräsident den Dingen vielleicht doch ihren Lauf lassen wolle. Darauf Quaatz: Das wäre um so besser für die Oppositionspartei, weil ihnen dann die Gelegenheit nicht entgehe, mit Herrn Brüning abzurechnen. – Der Staatssekretär verpflichtete sich mit seinem Wort, die Anregung Quaatz nicht an den Reichskanzler direkt oder indirekt gelangen zu lassen. Wenn in dem Bericht der NSDAP (Pressestelle) behauptet wird, daß Herr Göring Herrn Meißner gegenüber angeregt habe, „der Reichspräsident solle von sich aus dem Reichskanzler den Wunsch übermitteln, den eingeschlagenen Weg

nicht weiter zu verfolgen“, so steht das damit im direkten Widerspruch. Jedenfalls hat der Staatssekretär mit keinem Wort angedeutet, daß eine gleiche Anregung von irgendeiner anderen Seite bereits an ihn gekommen sei. Auch wäre unsere Unterhaltung am folgenden Tage (siehe unten) über diesen Punkt nicht zu verstehen, wenn diese Behauptung zuträfe. – Sodann lenkte er das Gespräch auf die Reichspräsidentenwahl durch das Volk und erkundigte sich nach unserer Stellung zu einer Kandidatur Hindenburgs. Er teilte mir hierbei mit, daß der Reichspräsident eigenhändig sechs Punkte aufgezeichnet habe, die er zur Voraussetzung der Annahme einer Wiederwahl bzw. einer Verlängerung durch das Parlament mache: 1) Diese Wiederwahl müsse von Nutzen für das Inland und Ausland sein. 2) Die Kandidatur müsse ihm als vollendete Tatsache angetragen werden. Er lehne es ab, Verhandlungen darüber zu führen. 3) Es dürfte keine Wahlkampagne stattfinden. 4) Er wolle nicht Platzhalter sein für irgendeine Partei oder Parteikombination (Herr Meißner erläuterte das dahin, also auch nicht für das Kabinett Brüning); er wolle sein Ausscheiden deswegen selbst bestimmen. 5) Er wolle sich nicht ohne Beteiligung der Rechten wählen lassen. 6) Die Preußenwahlen dürften nicht in Frage gestellt werden. – Ich äußerte darauf etwa folgendes: Auch wir wollten keinen Kuhhandel. Ich erinnerte an das, was ich dem Staatssekretär schon früher immer gesagt hätte, daß nämlich eine Wiederwahl Hindenburgs für uns nur in Frage komme, wenn der Reichspräsident vorher seinen Frieden mit der Rechten gemacht hätte. Wir können es nicht zulassen, daß durch eine Wiederwahl oder Verlängerung Hindenburgs die Zentrumsherrschaft in Deutschland stabilisiert würde. Wenn also nicht rechtzeitig ein Regierungswechsel eintrete, käme eine Kandidatur Hindenburgs für uns nicht in Frage. Der Staatssekretär wiederholte, daß, wie er schon früher gesagt habe, der Reichspräsident jetzt einen Wechsel im Kanzleramt nicht vornehmen wolle, sondern den Zeitpunkt hierfür nach der Rückkehr des Kanzlers von Lausanne für gegeben ansehe. Wir vereinbarten, daß ich den Staatssekretär am Montag, sobald die Herren Hugenberg und Hitler ihre abschließende Besprechung gehabt haben würden, über das Ergebnis sogleich unterrichten sollte. – Am Montag, dem 11. Januar, nachmittags 4 Uhr, fand im Büro des Herrn Geheimrats Hugenberg, Viktoriastraße 30, die vorgesehene Unterredung mit Herrn Hitler statt, an der von unserer Seite Herr von Bismarck beteiligt war. Ich wurde von dem Ergebnis von Herrn Geheimrat Hugenberg telephonisch unterrichtet, und zwar dahin, daß beide Parteien die Verlängerung durch das Parlament ablehnten und das dem Reichskanzler durch je einen besonderen Brief – aber tunlichst gleichzeitig – mitteilen würden. Ich rief sofort Herrn Staatssekretär Meißner an, und dieser bat mich darauf, *umgehend* zu ihm zu kommen. Demgemäß fuhr ich sofort in sein Büro und traf dort etwa gegen 17.30 Uhr ein. Es kann also kaum angenommen werden, daß er vorher bereits informiert war. – Ich teilte dem Staatssekretär das Ergebnis der Konferenz Hugenberg–Hitler mit, worauf sich wieder ein längeres Gespräch anschloß. Der Staatssekretär teilte mir mit: Der Reichspräsident werde, sobald die Briefe der Parteiführer vorlägen, den Reichskanzler zum Vortrag bitten und ihn ersuchen, die Aktion einzustellen. Er werde ihn hierbei ‚rektifizieren‘, und zwar deshalb, weil er diese Aktion unternommen habe, ohne vorher zu sondieren. Der Reichspräsident fühle sich dadurch bloßgestellt. Der Staatssekretär verweilte eine ganze Zeit bei diesem Thema und variierte es in verschiedener Form; z. B. sagte er, daß kein Staatsoberhaupt sich derartiges gefallen lassen könne, und brauchte zum zweiten Male das Wort Rektifikation. Er fügte sodann hinzu, daß der Herr Reichskanzler aus dieser Rektifikation Konsequenzen ziehen werde, glaube

er nicht. Der Reichspräsident werde aus diesem Anlaß auch von sich aus keinen Kanzlerwechsel vornehmen, weil das so aussehen könnte, als ob er hier aus persönlicher Verstimmung handle. Er werde den Zeitpunkt abwarten, den er schon früher immer in Aussicht genommen habe, nämlich die Rückkehr des Kanzlers aus Lausanne. Es sei anzunehmen, daß der Kanzler mit einem Nein zurückkommen werde. Dann werde der Reichspräsident dem Kanzler sagen, daß die Konsequenz dieses „Nein“ die Bildung eines Reichskabinetts sein müsse. Ich äußerte einige Zweifel, ob der Verlauf so sein werde. Der Staatssekretär hielt diese Zweifel für unbegründet. – An diese amtliche Unterhaltung schloß sich auch dieses Mal wieder eine persönliche. Hierbei sagte ich Herrn Staatssekretär Meißner das folgende: Ich wüßte, daß er vor der Besprechung Hugenberg–Hitler zu Hitler in den „Kaiserhof“ gefahren sei und ihm von meinem Vorschlage Mitteilung gemacht habe. Da Herr Meißner bei diesem Satze sichtlich verlegen wurde, setzte ich in freundlichem Tone hinzu: Ich nähme an, daß durch diese Intervention das Gespräch Hugenberg–Hitler vorbereitet werden sollte, und es sei in der Tat durchaus harmonisch und verhältnismäßig rasch vonstatten gegangen. Indessen käme ich nun persönlich in eine eigentümliche Lage. Der Gedanke, bei Beendigung der verunglückten Brüning-Aktion dem Reichspräsidenten den Vortritt zu lassen, sei ureigenstes Erzeugnis Hugenbergs. Es dürfe nun nicht so kommen, daß der Herr Reichspräsident etwa die Auffassung gewinne, daß der Vorschlag von Herrn Hitler stamme, da dieser im Gespräch mit dem Reichspräsidenten sich so überaus entgegenkommend gezeigt habe und Hugenberg wieder als „stur“ verschrien werde. Ich frag[t]e in diesem Zusammenhange Herrn Meißner, ob er die Urheberschaft Hugenbergs dem Reichspräsidenten bei dem Vortrag am gleichen Vormittage mitgeteilt habe. Herr Meißner versuchte der Erörterung wiederholt und in sehr geschickter Form auszuweichen. Da ich aber insistierte, gab er zu, daß er das noch nicht getan habe, und gab mir auf mein mehrfaches Drängen ferner das feste Versprechen, den wirklichen Sachverhalt, daß nämlich der Gedanke von Herrn Hugenberg ausgegangen sei, dem Reichspräsidenten vorzutragen. – Auch aus diesem Gespräch ergibt sich die Behauptung der nationalsozialistischen Pressestelle, daß der Gedanke von Herrn Hitler ausgegangen sei, als nichtig, sonst hätte Herr Meißner es nicht nötig gehabt, in der Situation zu erscheinen, als ob er die Autorschaft Hugenbergs nicht richtig herausgestellt habe. Er hätte mir dann bestimmt gesagt, daß die Autorschaft zum mindesten streitig sei und er sich angesichts dieser Tatsache eines Berichtes über diesen Punkt enthalten müsse. [...] – Im Anschluß an diese Unterredung berichtete ich Herrn Hugenberg. Dann wurde von uns beiden der Bundeskanzler Wagner informiert, der im Büro Hugenberg anwesend war. Sodann fanden sich die Herren Seldte, Hugenberg und Wagner, Quaatz sowie Brosius zu einem Abendessen in einem Sonderzimmer bei Huth zusammen. Hierbei wurde Herr Seldte über die Vorgänge informiert. Es wurde völlige Übereinstimmung festgestellt. Nach 21 Uhr erschien ganz überraschend Herr Göring in Begleitung eines Herrn. Es fand außerhalb des Zimmers eine Besprechung zwischen Herrn Göring und Herrn Hugenberg sowie mir statt. – Inzwischen war um 20 Uhr eine Erklärung an die Presse herausgegangen, die den Beschluß der beiden Parteiführer bekannt gab. Diese Erklärung ist später übrigens auch im Rundfunk am gleichen Abend wiederholt worden. Anscheinend im Anschluß an diese Pressemeldung erklärte Herr Göring in recht erregtem Tone, es könne doch kein Brief herausgegeben werden. Herr Hitler wolle mit dem Reichspräsident[en] noch verhandeln, damit dieser eine dem Wunsch der Parteiführer entsprechende Erklärung herausgebe. Auf den

Hinweis des Herrn Hugenberg, daß die Absendung der Briefe, und zwar durch jede Partei besonders, doch beschlossen sei, erklärte Herr Göring, hier müsse ein Mißverständnis vorliegen. Der Reichspräsident müsse an den Reichskanzler eine zu veröffentlichende Erklärung schicken, daß er sich den verfassungsrechtlichen Bedenken der Opposition anschließe. Hierüber wollte Herr Hitler am nächsten Tage verhandeln. Ich wies darauf hin, daß auch der Staatssekretär Meißner die gleiche Auffassung wie wir von dem Ergebnis der Besprechung gehabt habe, worauf Herr Göring wiederum erklärte, dann müsse auch hier ein Mißverständnis vorliegen. Weitere Hinweise darauf, daß dann doch eine Häufung von Mißverständnissen vorliegen müßte und daß eine Wiederaufnahme der Verhandlungen eine bedenkliche Verzögerung und Unklarheit mit sich bringe, wies Herr Göring recht energisch zurück und erklärte, wenn nicht so verfahren werde, wie Herr Hitler es wünsche, so werde die NSDAP Hindenburg auch in einer Volkswahl nicht wählen. Auch sprach er wiederholt in drohender Form von einer Störung oder einem Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Parteien. Von unserer Seite wurde demgegenüber das Gespräch in der ruhigsten und nüchternsten Form geführt und damit beendet, daß Herr Hugenberg Herrn Göring sagte, er werde ihm noch im Laufe des heutigen Abends nach dem „Kaiserhof“ eine endgültige Mitteilung über unsere Stellungnahme zu den Wünschen der NSDAP machen. – Die Angelegenheit wurde dann gemeinsam mit den Herren vom Stahlhelm noch einmal eingehend durchgesprochen und sodann Herrn Göring durch Herrn Brosius telephonisch mitgeteilt, daß wir bei dem vereinbarten Verfahren blieben, wonach unsere Absage dem Reichskanzler brieflich mitgeteilt werden sollte. Aus Entgegenkommen aber hätten wir die Absendung des Briefes, die für den heutigen Abend vorgesehen sei, auf den nächsten Vormittag 10 Uhr verschoben. Herr Göring erwiderte darauf wörtlich: „Dann habe ich Ihnen im Auftrage meines Chefs mitzuteilen, daß er in Zukunft gemeinsame Verhandlungen mit den Deutschnationalen nicht mehr führen wird“. Der Brief an den Kanzler ist dann zu dem angegebenen Termin abgegeben worden. Herr Staatssekretär Meißner hat gleichzeitig eine Abschrift erhalten.

Aufzeichnung über Besprechungen Dr. Hugenbergs mit Dr. Brüning am 10. Januar 1932. [handschriftlicher Zusatz:] (Von Brosius). – Besuch 12 Uhr. Unterredung begann, nachdem Brüning 18 Minuten hatte warten lassen. Brüning führte zunächst seine Gründe an, warum er die Wiederwahl Hindenburgs durch den Reichstag wünsche. Das Ausland sei beunruhigt über die Stabilität [sic!] der Verhältnisse in Deutschland. Die einmütige Wahl Hindenburgs durch einen einfachen Akt sei ein ausdrückliches Zeichen für die Stabilität. Ferner soll durch diese Wahl gerade kurz vor den außenpolitischen Verhandlungen die Einmütigkeit des deutschen Volkes in der Auffassung über die Notwendigkeit der Außenpolitik gezeigt werden. Am 5. 1. habe er zu seinem Schritt die Zustimmung des Reichspräsidenten erhalten. Er wolle in Lausanne auf eine Endlösung hinaus und die Beseitigung der Reparationszahlungen erreichen. Da er nicht glaube, daß die anderen Staaten dieser Haltung zustimmen würden, so rechne er damit, daß er vor Ostern mit einem „Nein“ zurückkehre und daß die Konferenz auf Juni vertagt würde. In der Abrüstungskonferenz rechne er auf eine monatelange Dauer: In ihr wolle er die Abrüstung der anderen auf unseren Stand fordern, den Gedanken unserer Aufrüstung aber nicht von vornherein bekanntgeben. Da 56 Staaten vertreten seien, die alle sprechen würden, und deren Reden übersetzt werden sollten, so glaube er nicht, daß vor Ostern die eigentlichen Konferenz-Verhandlungen

beginnen würden. An ein Ergebnis der Konferenz glaube er nicht vor November. Bei beiden Konferenzen müsse er vermeiden, durch eine schroffe Haltung die Wahlen in Frankreich ungünstig zu beeinflussen. Auf die Frage, ob er zurücktreten werde, wenn er vor Ostern ohne Erfolg zurückkäme, um durch seinen Rücktritt die außenpolitische Stellung Deutschlands zu stärken, antwortete er mit nein. Solange er das Vertrauen Hindenburgs und des Reichstags habe, bleibe er auf seinem Posten. Es sei möglich, daß die Preußenwahlen, die unbedingt stattfinden würden, einen Umschwung brächten. Bis dahin denke er an keine Entscheidungen. Auch die Frage, ob die schlechte Wirtschaftslage seinen Rücktritt erzwingen könne, beantwortete er mit nein. Er sagte dann, daß die Arbeitslosenziffer[n] jetzt eine völlig gleichmäßige Linie darstellten, seine Ziffer vom vorigen Jahre mit 7 Millionen sei Gott sei Dank nicht erreicht worden. Er mußte aber auf Vorhalten zugeben, daß die Arbeitslosenziffer eine ständig steigende Linie darstelle und daß die Zahl von 7 Millionen, wenn man Kurzarbeit und Feierschichten einrechne, schon mindestens erreicht sei. Brüning sehe es als seine Aufgabe an, sich dem Ausland gegenüber auf eine wirkliche deutsche Not berufen zu können und nicht mit einer fingierten Not zu arbeiten. Auf die Frage, ob nicht auch das eigene Gewissen und das eigene Verantwortlichkeitsgefühl ihm den Rücktritt nahelegen könnten, antwortete er ausweichend. Es bestand jedenfalls vollkommen der Eindruck, daß er sein bisheriges Regime fortsetzen wolle. Auf die Kritik an dem Vorgehen der Regierung in der Frage der Präsidentenwahl antwortete Brüning, daß die Telegraphen-Union schuld daran sei, daß die Frage vorzeitig in die Öffentlichkeit gekommen wäre. – Auf die Frage, wie er über eine Kabinettsumbildung denke, antwortete er, er hätte immer den Wunsch, das Kabinett auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Niemand wäre glücklicher als er, wenn er ein Kabinett von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten bilden könne. Allein dieser Ausspruch, von dem Brüning wissen muß, daß er eine Unmöglichkeit als angeblichen Wunsch nennt, beweist, daß er in Wirklichkeit nicht an eine Umwandlung denkt. – Auf Brünings Frage, ob er bis Montagabend Bescheid erhalten könne, erhielt er die Antwort von Dr. Hugenberg, daß er nichts versprechen könne, aber daß er selbst ein Interesse an einer Beschleunigung der Angelegenheit habe. Er müsse aber erst die Frage mit Herrn Hitler besprechen. Auf den Wunsch Brünings, daß alles, was er als seine Auffassung gesagt habe, vertraulich behandelt werden möge, sagte ihm Dr. Hugenberg Vertraulichkeit zu, allerdings mit der Einschränkung, daß er mit Hitler darüber sprechen müsse, dem wohl ähnliche Eröffnungen gemacht seien, wie ihm. Brüning bejahte das, fügte aber hinzu, daß Hitler nicht so spezialisierte Fragen an ihn gestellt habe.

Nachtrag.

Die Beratung bei Seldte in Magdeburg verlief in dem hübschen Hause in freundschaftlichster Form. Seldte und Duesterberg betonten völlige Übereinstimmung in allen Fragen, proklamierten eine Art enges politisches Bündnis. Seldte sagte mir am Schluß sehr warm: Er habe in Hugenberg den politischen Führer gefunden, dem er sein Lebenswerk, den Stahlhelm, in die Hand geben könne. Es war eigentlich erstaunlich. Auf der Rückfahrt waren Hugenberg und ich natürlich sehr befriedigt, aber nicht ohne Skeptizismus.

15. Januar

Besuch Perreux vom Pariser „Midi“ und Iwanoff-Genf und Brosius. Langes lebhaftes Gespräch. Thema: Ist Verständigung Deutschland–Frankreich möglich. Perreux: Ihr seid viel präziser und klarer in Eurer Erklärung als die Nazis. [. . .]

[. . .]

18. Januar

Nach Erfurt. Festrede auf dem Reichsgründungskommers der Waffenstudenten.

19. Januar

Rückfahrt mit Sybel. – Abends Rundfunkgespräch mit Professor Bonn (vereinbartes Streitgespräch über Wirtschaftspolitik–internationale Arbeitsteilung, Landwirtschaft usw.).

[. . .]

21. Januar

[. . .] Bruch mit Klitzsch. Damit Arbeit im „Tag“ versperrt.

Eine Unterredung mit Quaaatz im „Paris Midi“. TU. Paris, 20. Januar. Der „Paris Midi“ veröffentlicht heute eine Unterredung mit Dr. Quaaatz. Auf die Frage nach der Stellungnahme der Deutschnationalen zum Ostproblem erklärte Dr. Quaaatz, daß die Ostgrenzen unmöglich seien. Darüber sei alle Welt in Deutschland einig. Er verlangte, daß der Korridor Deutschland zurückgegeben werde. Polen könne einen Freihafen in Danzig oder Gdingen bekommen. Gleichzeitig könnten ihm Eisenbahnrechte in Ost- und Westpreußen und die Internationalisierung der Weichsel zugestanden werden. Der Korridor sei ein deutsches Land. Er habe im Augenblick aufgehört, deutsch zu sein, aber nur deshalb, weil die Polen die Deutschen gezwungen hätten, zu fliehen. Quaaatz erklärte wörtlich: „Seien Sie sich darüber im klaren, wenn Sie den Frieden erhalten wollen, müssen die Grenzen geändert werden. Es gibt keine andere Lösung[“]. Schließlich forderte Quaaatz auch die Rückgabe der Kolonien und erinnerte an das Beispiel Bismarcks nach dem Siebziger Krieg. Die Revision des Versailler Vertrags wolle er nicht auf einer großen Konferenz, sondern in einer unmittelbaren Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich erreichen. Er wünschte, daß Deutschland und Frankreich das Ostproblem politisch auffassen. Es sei unmöglich, diese Frage durch Vertragsparagraphen auf Ewigkeit regeln zu wollen. „Eine solche Haltung ist nur möglich, wenn Ihr stark seid und Deutschland schwach bleibt, und das wird wahrscheinlich nicht immer der Fall sein.“ Mit einigen Bemerkungen über das Rüstungsproblem im Sinne der bekannten deutschen These schloß die Unterredung, die den Franzosen den Eindruck vermittelt hat, daß eine Verständigung mit Deutschland schon deshalb nicht möglich sei, weil die beiden Parteien nicht begreifen könnten.

[1. Februar]

Pressegerede über meine angebliche Fronde gegen Hugenberg. Taktlose Berichtigung von Schmidt.

2. Februar

Haushaltsausschuß. Oberfohren über angeblich starke Verstimmung der Landesvorsitzenden gegen Parteizentrale.

[. . .]

6. Februar

Ausschuß Arbeitsbeschaffung. General Faupel referiert. – Fraktion. Hugenberg spricht kurz mit mir: Verschweigt seine zweieinhalbstündige Verhandlung mit Schleicher⁴. Oldenburg für Hindenburg-Wahl. – Hugenberg scheint zu glauben, daß er Hindenburg in der Zwickmühle hat. Abends bei Doehring mit Laverrenz und Frau Lehmann.

[. . .]

8. Februar

Hugenberg. Berichtet „streng vertraulich“ über neues Gespräch mit Schleicher, dem er jetzt merkwürdig viel Vertrauen entgegenbringt. Hindenburg wolle ihn – Hugenberg – nicht. Nazis wollten Hitler aufstellen. – Vorher diversa: Fall Klitzsch, er will nach dessen Rückkehr vermitteln. [. . .] Nachher kam Winterfeld: riet, mit Hindenburg sich zu verständigen. Basis Mehrheit im Kabinett, Hugenberg Vizekanzler und Finanzminister, Auflösungsordre. Hugenberg ziemlich stark dagegen. – Auf dem Nachhauseweg Winterfeld zu mir kritisch über Hugenbergs Unzulänglichkeit, verbreitete sich über Gefahren der Lage. Natürlich müsse Kanzler Hugenberg ergeben sein. Ob ich jemand wisse? Ich: Osten nicht. Er: richtig, aber wen? Ich gebe die sichtlich erwartete Antwort: Ich wüßte niemand außer Ihnen, was er befriedigt akzeptierte. Hinter Winterfeld stehen Leute wie Steinhoff. – Hugenberg bat mich in Gegenwart Winterfelds, an der morgigen Sitzung mit Stahlhelm usw. teilzunehmen, was ich trotz sonstiger Zurückhaltung natürlich zusagte. Auffallend seine etwas primitive Auffassung der Lage und der Menschen. Ziemlich rascher Wechsel im Urteil. Die ausschließliche Beratung mit Schmidt ist spürbar. Mir sagt er sichtlich immer nur einen Teil der Dinge; augenscheinlich will er weniger Rat, als mir zeigen, meine Ansicht werde gehört. – Ich habe immer weniger Zuversicht. Wir werden die Partie gegen Rom schwerlich gewinnen⁵. [. . .]

9. Februar

[. . .] Von 15.00–21.00 Uhr erst bei Ewert, dann Friedrich-Ebert-Straße mit Hugenberg, Schmidt, Seldte, Duesterberg, Morozowicz, Wagner betr. Reichspräsidentenwahl⁶. Die

⁴ Nach Darstellung Groeners und Hammersteins verlangte Hugenberg den Posten des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten für sich. Er wollte auch nicht ohne eine Mitwirkung Hitlers für Hindenburg eintreten. Schleicher bot vermutlich am 6. 2. 1932 Hugenberg die Vizekanzlerschaft und zwei weitere Ministerposten für die DNVP unter einem Kanzler von Lüninck oder Groener mit Brüning als Außenminister an. Hugenberg stellte als Vorbedingung eine Änderung des Systems. Ein neues Kabinett müsse die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags erhalten. Er wollte wiederum vor einer Zusage mit der NSDAP verhandeln und meinte, danach auf das Angebot zurückgreifen zu können, während Schleicher den Vorschlag schon zwei Tage später als erledigt betrachtete. Eine Kanzlerschaft Hugenbergs lehnte Hindenburg ab, ebenso wie eine der Präsidentschaftswahl vorausgehende Reichstagsauflösung. Schleicher hatte Hugenberg versichert, daß Hindenburg ein Kabinett Hitler nicht berufen werde. Hitler seinerseits hatte den Kanzlerposten für sich und für Vertreter seiner Partei das Reichswehr- und das Reichsinnenministerium verlangt, was Hugenberg ablehnte; Dorpalen, Hindenburg, S. 252 f.; Groener-Geyer, General Groener S. 287; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/II, S. 1299 ff., 1422; Vogelsang, Reichswehr, S. 150.

⁵ Gemeint sind Brüning und das Zentrum.

⁶ Hugenberg hatte sich am 8. und am 29. 1. 1932 mit den beiden Bundesführern des Stahlhelm in Verbindung gesetzt, die daraufhin die Kandidatur Hindenburgs nur noch mit seiner Zustimmung unterstützen wollten. Den Stahlhelm hat Hugenberg später über das Angebot Schleichers nicht informiert. Am 10. 2. 1932 waren die beiden Stahlhelmführer bei Hindenburg und baten ihn, mit seiner Kandi-

Stahlhelmer morgen bei Hindenburg. Er soll im ersten Wahlgang nicht kandidieren. Stahlhelmer wollen Seldte, wir Hugenberg. Ich rate Hugenberg nachzugeben und dafür Zusammengehen für zweiten Wahlgang, Preußenwahl usw. einzuhandeln. Er überzeugt sich. Seldte wollte sich nicht festlegen. Wenn morgen der Reichspräsident wittert, daß im zweiten Gang Stahlhelm nicht gegen ihn, dann ade nationale Regierung. Dann macht er keine Konzessionen. Stahlhelmer sehen das sehr unklar, fürchten unter unsere Führung zu kommen. Starker Abstand gegen Emphase in Magdeburg. – Dann Kalckreuth: Seldte sei auf dem Lande nicht zugkräftig. – Als Stahlhelm weg, noch Graf Goltz. Auch er gegen Seldte. Nazi wollen heute abend proklamieren: Wir stellen eigenen Kandidaten auf. Namen werden sie wohl nicht nennen. – Morgen Schacht bei Hugenberg. Morgen werden wir in jedem Falle mit oder ohne Stahlhelm eigene Kandidatur proklamieren. – Mein Dessin – dem Hugenberg nachher zustimmte – war: 1. Wahlgang: Seldte; Verhandlungen mit Hindenburg, Parteien pp. nur Hugenberg. 2. Wahlgang: entweder Hindenburg mit Kabinett Hugenberg oder Hugenberg (oder Sammelkandidat mit Nazi, was sehr unwahrscheinlich). – Preußenwahl: Einschleichen von Stahlhelmkandidaten. – Ich sagte Hugenberg unter vier Augen: mir schiene, daß Winterfeld evtl. gern Kanzler würde, falls Hugenberg nicht. Hugenberg sagte: Schließlich wäre er noch der beste. – Hugenberg rechnet stark auf Schleicher, m. E. zu viel. Er glaubt, Schleicher werde Hindenburg vielleicht doch noch für ihn gewinnen. Ich mache Fragezeichen⁷. – Die ganze Lage ist für alle Teile sehr verworren und voller Spannungen. Für den Stahlhelm ist oberstes Ziel: nur nicht Hitler. Dabei sind gerade ihre Gruppen stark Nazi-durchsetzt. – Das war unsere Fastnacht.

10. Februar

Nach Kassel. Recht gute Wirtschafterversammlung. Vorsitzender ein junger Fabrikant Braun aus Melsungen, Steuer, Bödecker; v. Waldthausen und Koch-Borken, zwei jüngere, verständige Landwirte.

11. Februar

[. . .] Abends Vortrag in den Stadtsälen. Vorsitzender Sonnenschein. Außer mir sprach Bothe. Dicht gefüllt. Große Aufmerksamkeit. Scharfe Abrechnung mit Löpelmann und dem Wirtschaftsprogramm der Nazi. Nachsitzung mit der Studentengruppe.

12. Februar

Vormittags Alldeutscher Verband: Claß, Geschat, Röhm-Stuttgart, Hertzberg usw. Reichspräsidentenwahl. Verhandlungen Hugenberg–Hitler schweben. Seldte und Duesterberg sollen sich – wie ich fürchtete – beim Reichspräsidenten schwer blamiert haben⁸.

atur bis zum zweiten Wahlgang zu warten. Hindenburg lehnte ab. Beim Verlassen des Reichspräsidentenpalais trafen Seldte und Duesterberg auf Schleicher und erfuhren jetzt erst von dessen Angebot an Hugenberg. Seldte und Duesterberg drängten Hugenberg bei einem Treffen am selben Tag, es anzunehmen. Hugenberg lehnte aber ab; Berghahn, Stahlhelm, S. 198–203; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/II, S. 1301; 1421 f.

⁷ Im Original: ??.

⁸ Bei dem Gespräch vom 10. 2. 1932 hatten die Bundesführer des Stahlhelm den Rücktritt Brünings und präzise Erklärungen zu einer Regierungsänderung gefordert. Hindenburg und Meißner nahmen vage auf Schleichers Angebot Bezug und sprachen von „selbstverständlicher Soldatentreue“, durch die Hindenburgs Versicherungen garantiert seien. Als Seldte und Duesterberg sich skeptisch zeigten, schlug Hindenburg wiederholt mit der Faust auf den Tisch und wandte sich zornig gegen

Nachher im Beisein von Schmidt äußerten sie: Da Reichspräsident in jedem Falle wieder kandidieren wolle, müßte Stahlhelm für ihn stimmen. Darauf soll Morozowicz ihnen gesagt haben: dann werde er gegen sie Panier aufwerfen. Horn will auch Hindenburg⁹. Gerade wegen dieser Haltlosigkeit haben wir m. E. starke Schlüsselstellung. Die Männer vom Alldeutschen Verband sind für Hugenberg. Reichspräsident soll ein Kabinett Lüninck-Groener-Brüning-Hugenberg unter Ausschaltung der Nazis und mit tunlichster Beibehaltung der amtierenden Größen wollen!¹⁰ [..]

13. Februar

[..] Dann wurde ich wieder zu Hugenberg gerufen. Dort wieder die vier Stahlhelmer und Schmidt. Stahlhelm glaubt immer noch an Seldte-Kabinett!¹¹ Mittags mit Hugenberg und Schmidt, Brosius. Auch Oldenburg kam und behauptete, Nazi würden Auwi aufstellen. Um 16.00 Uhr dann Stahlhelm und Göring¹². Dieser erklärte Seldte-Idee für „absurd“, er sei von Hitler bevollmächtigt: a) zur Erklärung, daß Nazi, wenn Hindenburg bliebe, den Kanzler, Wehrminister und Außenminister unbedingt forderten; b) zur Sondierung, ob Nationale Front gegen Gegenleistungen Hitler wählen würde. Darauf beredtes Schweigen. Nachher stellte Schmidt große Gegenleistungen in Aussicht! Hindenburg hatte erklärt, er werde am Sonntag sich selbst ausrufen. Ich glaube es nicht. – Harzburger Front heute wieder etwas stärker gefestigt. Hugenberg sieht jetzt wohl ein, daß es Schleicher nur auf das Divide et impera ankommt. – Unsere Leute draußen fast noch schärfer gegen Hitler als gegen Hindenburg. Dafür haben die frechen Anpöbeleien gesorgt. – Es ist wirklich ein Kunststück, in diesem Trara seine nüchternen, aber deshalb oft wohlthuenden Sachen zu fördern.

[..]

jede Anzweiflung seiner vaterländischen Gesinnung. Er lehne es ab, seine Kandidatur für ein politisches Geschäft herzugeben; die Audienz endete mit leichter Verstimmung; Berghahn, Stahlhelm, S. 201 f.

⁹ Zur Festlegung General a. D. von Horns und damit des Kyffhäuserbundes auf Hindenburg: Vogel-sang, Reichswehr, S. 152.

¹⁰ Zum geplanten Kabinett Lüninck s. o. Anm. 4 zu 1932.

¹¹ Am 12. 2. 1932 hatten Seldte und Duesterberg nochmals mit Schleicher verhandelt, wobei Schleicher angeblich äußerte, Hindenburg sei auch bereit, Seldte zum Kanzler zu ernennen. Hugenberg sollte Vizekanzler werden. Die Verhandlungen wurden am 13. 2. 1932 fortgesetzt, wobei Schleicher auch mit Hugenberg sprach. Möglicherweise bot Schleicher auch eine Verschiebung der Präsidentenwahlen auf die Zeit nach den Wahlen in Preußen an. Hitler und Hugenberg waren aber nicht zu gewinnen, so daß der Stahlhelm schließlich auf ihre Linie einschwenkte; Berghahn, Stahlhelm, S. 204; zu den Verhandlungen Schleichers vgl. auch Brüning, Memoiren, S. 525 f.; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/II, S. 1301; 1303.

¹² Hitler lehnte die Einladung Seldtes, Duesterbergs und Hugenbergs zu den Verhandlungen vom 13. 2. 1932 ab und schickte Göring. Die NSDAP verlangte durch Göring den Reichskanzlerposten, das Reichsinnen- und das Reichswehrministerium. Als Außenminister war Neurath im Gespräch. Seldte verlangte dagegen das Reichswehrministerium für den Stahlhelm. Man kam zu keinem Ergebnis. Hinsichtlich der Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen schlug jetzt Hugenberg getrennte Kandidaturen im ersten Wahlgang vor. Göring kündigte daraufhin Hitlers Kandidatur an, der sich dazu wohl schon am 3. 2. 1932 entschlossen hatte; Berghahn, Stahlhelm, S. 205 f.; Brüning, Memoiren, S. 521; Hiller, DNVP, S. 629 f.; Horn, Führerstaat, S. 344; Politik und Wirtschaft 1930/1932, 4/II, S. 1301.

17. Februar

Partei Vorstand¹³. Ziemlich gegenstandslose, lange Erörterung betr. Präsidentenwahl.

18. Februar

Lange Verhandlung den ganzen Tag mit den vier Stahlhelmen¹⁴. Augenscheinlich, daß diese nach dem ersten Wahlgang mit Hindenburg gehen wollen. Hugenberg ungeheuer geduldig und sehr geschickt. Er läßt sie sich stark dekurvieren. Mittags mit Hugenberg eine Viertelstunde mit Vögler. Hugenberg entwirft folgende Stipulation, die nachmittags erörtert wird.

[Hugenbergs Entwurf einer Wahlabsprache zwischen DNVP und Stahlhelm, 18.2. 1932:]

Zwischen dem Stahlhelm und der DNVP ist für den Fall, daß letztere auf eine eigene Kandidatur für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl verzichten sollte, folgendes verabredet: 1) Beide Teile sind darüber einig, daß es grundsätzlich unerwünscht wäre, wenn sich der Stahlhelm zur Partei entwickelte oder die DNVP sich einen eigenen Wehrbund angliederte. (Als Wehrbund gelten nicht: Bismarckjugend, Kampfgemeinschaften und Kampfringe junger Deutschnationaler). Demgemäß wird zunächst für die Zeit der kommenden Länderwahlen ein politisches Zusammengehen auf folgender Grundlage vereinbart. 2) Der Stahlhelm benennt der DNVP eine Anzahl von führenden Stahlhelmkameraden für die in nächster Zeit aufzustellenden Landtagswahllisten, und zwar: a) für Ostpreußen Graf Eulenburg-Wicken (oder, falls er ablehnen sollte, Graf Eulenburg-Gallingen); b) für Berlin und Potsdam II v. Stephani; c) für Potsdam I und Frankfurt-Oder v. Morozowicz; für Breslau, Liegnitz, Oppeln v. Maklowski; e) für Magdeburg, Merseburg, Erfurt unter Vorbehalt entweder Seldte oder Duesterberg; f), g) für die westlichen Landesverbände Mahnken und Stadtler. Die Parteileitung der DNVP wird alles in ihrer Kraft Stehende tun, um diesen Kandidaten oder mindestens vier bis fünf von ihnen einen führenden oder aussichtsreichen Platz auf den Landeswahllisten [zu] verschaffen. – Die Namhaftmachung weiterer geeigneter Stahlhelmkandidaten wird vorbehalten, ohne daß die DNVP eine Verpflichtung hinsichtlich ihrer Aufstellung übernehmen kann. 3) Wenn mindestens vier bis fünf der unter 2) genannten Kandidaten an führenden oder aussichtsreichen Stellen aufgestellt werden, wird der Stahlhelm für die Gesamtheit der deutschnationalen Listen eintreten. Die Listen sollen, soweit möglich, in Klammern den Satz „Preußenblock“ erhalten. 4) Die DNVP setzt ihren Apparat zur Unterstützung der Stahlhelmkandidatur für die Reichspräsidentenwahl ein. 5) Die politische

¹³ Der Parteivorstand begünstigte Hugenbergs Ablehnung des Plans Brünings zur Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs und seine Ablehnung einer Kandidatur Hindenburgs, die durch die demokratischen Kräfte getragen wurde. Man erwartete anscheinend im Vorstand immer noch eine Gemeinschaftskandidatur der Rechten; München–Augsburger Abendzeitung vom 18. 3. 1932.

¹⁴ Gemeint sind vermutlich Seldte, Duesterberg, Wagner, von Morozowicz. Bereits am 14. 2. 1932 hatte der Stahlhelm gegenüber Meißner erklärt, Hindenburg nur zu unterstützen, wenn eine Garantie für einen Machtwechsel gegeben werde. Hindenburg entschloß sich am 15. 2. 1932, auch ohne die Unterstützung des Stahlhelms zu kandidieren. Hugenberg wollte sich bei einem Treffen mit Seldte und Duesterberg am 15. 2. 1932 noch nicht auf eine Stahlhelm-Kandidatur festlegen. Nach den Beratungen im Parteivorstand am 17. 2. 1932 schlossen Stahlhelm und DNVP dann ihr formelles Bündnis, in dem sie sich auf eine Zusammenarbeit für die Präsidentschafts- und die Preußenwahlen verpflichteten; Berghahn, Stahlhelm, S. 208 f.

Verhandlungsführung für den ganzen Ablauf der Reichspräsidentenwahl und der für und durch den zweiten Wahlgang sich ergebenden Maßnahmen liegt ausschließlich in den Händen Hugenberg als Treuhänder der beiden Vertragsschließenden. – Leitender Gesichtspunkt ist die Durchführung der gemeinsamen Harzburger Beschlüsse, d. h. der Ersatz des jetzigen Systems durch ein Regiment der nationalen Opposition mit den erforderlichen Machtmitteln. Das schließt einen Verzicht auf die Kandidatur und eine Überführung der Stimmen auf den Generalfeldmarschall von Hindenburg im zweiten Wahlgang so lange aus, wie nicht beide Teile darüber einig sind, daß der entsprechende Systemwechsel erfolgt ist. Im übrigen wird der Stahlhelm bzw. der aufgestellte Kandidat im zweiten Wahlgang an seiner Kandidatur nicht festhalten, es sei denn, daß die DNVP zustimmte.

Bezeichnend: Während Stahlhelmer vormittags um jeden dieser Punkte feilschten, drängen sie nachmittags auf en-bloc-Annahme. Ich hatte nämlich vor der Pause absichtlich trocken erklärt: also dissensus in den Hauptpunkten. Hugenberg betont nun aber Unverbindlichkeit. – Dann Goltz und Kriegsheim. Diese deutlich: Stahlhelmkandidatur *höchstens* ertragbar, weil Hugenberg dahinter stände! Kriegsheim ausgezeichnet. Tableau! Dann nach Pankow. Gute Versammlung, reichlich 900 Mann.

19. Februar

Erneute Beratung mit Hugenberg und Schmidt: Ich: Stahlhelmsache unmöglich. Falls keine Einigung mit Stahlhelm im Sinne festen politischen Bündnisses unter Verzicht des Stahlhelms auf eigene Politik, Verständigung der Harzburger Front mit *allen* Mitteln versuchen. Ultima ratio: Kandidatur Hugenberg. Taktik müsse zäh sein, wir müssen mit dem letzten Wort warten. Ich habe den bestimmten Eindruck, daß Hugenberg Abmachungen mit Schleicher hat, von denen er mir nichts sagt. Fürchte, daß Schwenkung Hindenburgs jetzt nicht mehr möglich. Mittags nach Braunschweig im Auftrag Hugenberg. Am Bahnhof Minister Küchenthal¹⁵. Unterwegs zum Landesvorstand Besprechung der Lage. Küchenthal will Hitlers Ernennung zum Professor mitmachen trotz Gefahr für Koalition und seine Stellung. Ich billige das. Bundesvorstand ebenso: Baumann, Professor Roloff (Fraktion), Küchenthal erhalten Vollmacht. v. Grone.

[. . .]

21. Februar, Sonntag

Mit Wersches im Grunewald. Telefon mit Hugenberg, der heute mit Hitler verhandelt!¹⁶.

¹⁵ Um Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen, plante die NSDAP, die in Braunschweig einer Koalitionsregierung mit der DNVP angehörte, ihn zum außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernennen zu lassen. Der leitende Staatsminister Küchenthal sträubte sich jedoch dagegen. Die DVP machte dann erfolgreich den Vorschlag, Hitler zum Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zu ernennen. Quatz war an den Verhandlungen darüber beteiligt; Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat, Dokumentation, in: VfZ 8, (1960), S. 432 f.

¹⁶ Dueterberg sandte den beiden Parteiführern ein Telegramm, wonach er einem gemeinsamen Kandidaten von NSDAP und DNVP nicht im Weg stehen wolle. Goebbels zufolge schlug Hugenberg Vögler oder Prinz Oskar von Preußen, der kurz zuvor Vorstandsmitglied der DNVP geworden war, als gemeinsamen Kandidaten vor. Hitler aber wollte sich nur noch auf eine gemeinsame Erklärung für die verschiedenen Kandidaten der Rechten einlassen. Damit mußte auch Hugenberg erkennen,

22. Februar

Spaziergang mit Claß. Von 11.00–19.00 Uhr wieder bei Hugenberg wegen Stahlhelm. Dagegen A[nna]G[rete] Lehmann, Bang, ich und Oberfohren, den ich vorher umgestimmt hatte. Dafür Winterfeld und – leidenschaftlich – Schmidt. – Kurz vor Eröffnung der Nachmittagskonferenz ließ Hugenberg Oberfohren und mich rufen und erklärte: wenn er kandidieren solle und weniger als zweieinhalb Millionen Stimmen erhalte, dann trete er zurück. Ob wir das decken würden. Wir: Nein, dann müsse er eben entscheiden, das werde dann ausgeführt. Zugewen wieder der unvermeidliche Schmidt, der ganz ungehörig presierte. Dann Abmachung mit Nazis. – Abends große Versammlung im „Clou“ (4500 Menschen), Redner Quaat, Lehmann, W[ilhelm] Schmidt, [Schwinning?]. Proklamation Duesterbergs wirkte erkältend. Sonst ausgezeichnete Stimmung. Lange Nachsitzung im „Kaiserhof“.

23. Februar

Fraktionssitzung. Zunächst Rednerfrage. Erst Freytagh. Nach Brüning: ich. Ich bitte um Befreiung. Mittelpunkt sei Präsidentenfrage. Da sei meine Anschauung nicht durchgedungen. Hugenberg verläßt ärgerlich das Lokal. Nach Pause hält er sehr objektiven Vortrag über seine Gründe. Schmidt wieder in glühendem Optimismus. Ich warne. Das Bündnis könne sich als italienisches erweisen¹⁷. Müsse nun rationes dubitandi zeigen. Verweise auf gestrige Erfahrungen in der großen (4500 Mann) Versammlung im „Clou“. – In der gegnerischen Presse wird das Vorschieben Duesterbergs anscheinend als gerisser Schachzug Hugenbergs aufgefaßt.

24. Februar

Fraktion. Plenum mit viel Tumult¹⁸. Unverschämte Parteilichkeit Löbes und Essers. Gute Rede Freytaghs gegen die Außenpolitik, die durchaus ruhig angehört wurde. Morgen wird Brüning reden. Ich soll antworten – contre coeur!

25. Februar

Fraktion, in der ich Vervollständigung meiner Rede vorschlage. – Ungezogenheit Oberfohrens und Gottheiners, die mir trotz wiederholter Besprechung einen Vorderplatz zum Anhören Brünings verweigern. Ich verlasse das Haus nach lebhafter Aussprache mit Hugenberg. Langes Telefon mit ihm, um mich zurückzuholen. Ich muß ablehnen. Herr Oberfohren wird seine Erfahrungen machen. Sollte Hugenberg, der immer mehr an Instinkt verliert, auf seine Seite treten, wird die Sache höchst kritisch. Unglaubliche Spießhaftigkeit in der Fraktion, die sich das kindisch-anmaßende Gebahren dieses reichgewordenen, unfähigen und aufgeblasenen Oberfohren gefallen läßt. Abends ruft erst Freytagh an. Dann Bang und Claß. Wir gehen zu dritt mit den Damen zusammen zur „Traube“. Friedensberatung. Ich schreibe an Oberfohren einen Brief, in dem ich das Verlangen auf Fraktionssitzung mit Rücksicht auf die gespannte Lage zurückziehe und mir ausdrücklich vorbehalte, die Bedenken und Beschwerden gegen die Fraktionsleitung später vorzubringen.

daß eine gemeinsame Kandidatur nicht möglich war. Am 22. 2. 1932 verkündete Goebbels im Sportpalast die Kandidatur Hitlers, Berghahn, Stahlhelm, S. 210; Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 130.

¹⁷ Gemeint ist wohl eine mögliche Faschistenrolle des Stahlhelm unter Zurückdrängung der Konservativen. Auch Mussolini hatte in seinem ersten Kabinett noch Vertreter anderer Parteien gehabt.

¹⁸ Zu den Tumulten im Reichstag und dem Verlauf der Sitzung: Bracher, Auflösung, S. 410ff.

26. Februar

Hugenberg dankt mir lebhaft für mein Entgegenkommen. Wie mir Bang bereits sagte, scheint Fraktion ganz auf meiner Seite. Niemand fragt mich, weshalb ich nicht redete. Jeder drückt aber sein Bedauern aus und ist besonders nett. So Stubbendorff, Freytag, Spahn, Bismarck, die Damen usw. Oberfohren versucht Unbefangenheit. Aussöhnung mit Gottheiner. Oberfohren will ich unter Druck halten. Reichstag tumultös und würdelos. Wie Freytag wird auch Spahn mit Spannung angehört. Abends sehr feuchtes Abschiedsmahl bei Huth: Müller-Otfried, Frau Lehmann, Bismarck, [Kuhnke?], Kleiner, Freytag, Stubbendorff usw. Dauert übel lange.

27. Februar

Büroarbeit. Vormittags Vaterländische Verbände. Präsidentenwahl. Geschickte Rede des Bundeskanzlers Wagner. Feldmarschall v. Mackensen redet ziemlich unbeträchtlich. General Waechter-Deutscher Offiziers-Bund und andere proklamierten Goltz als Einheitskandidaten für zweiten Wahlgang¹⁹. Eine Dame vom Heimarbeiterverband sehr gegen Hitler. Guter Besuch. Anwesend auch Prinz Oskar.

[. . .]

2. März

Büroarbeit. Besuch bei Meißner. Er habe von Brüning absolute Demission verlangt²⁰. Brüning habe sich nur dazu verstanden, in wenig peremptorischer Form seine Demission anzubieten. Das habe Hindenburg dann ablehnen müssen. Brüning sei von Groener und zunächst auch Schleicher unterstützt worden. Jetzt sei Schleicher wieder durchaus für rechts. Das alles sei aber erst nach den Preußenwahlen möglich. Diese müßten und würden stattfinden. Der Wahlkampf müsse – soweit praktisch möglich – ritterlich geführt werden. Hindenburg sei gegen Brüning nach wie vor verstimmt. Die Hitlerleute hätten die Sache durch ihr Verlangen verfahren, das Heft allein in die Hand zu bekommen. Kanzler, Wehr- und Außenpolitik werde weder Hindenburg noch Schleicher den Nazi zugestehen. Ich verhielt mich sehr rezeptiv, verwies auf die durch Brünings Vorschieben Hindenburgs verstärkten Schwierigkeiten. Meißner: Hindenburg würde bestimmt gewählt. Er werde durch seinen Sohn gegen Hugenberg eingenommen. Beide müßten einmal zusammenkommen. Geplauder darüber. – Er scheint jetzt gegenüber den Nazis sehr ernüchert zu sein. Sagte doch: Er werde nicht vor Bildung einer Rechtsregierung – oder nach Scheitern seiner Bemühungen – gehen. Er werde auch dafür sorgen, daß ein der Linken noch weniger genehmer Kandidat genommen werde: v. Hassell.

3. März

Artikel für Deck. Mittags mit Lenzmann und Landauer über Viag-Sachen. Beurteilen „Banksanierung“ wie ich. Erzählung: Caro bei Diplomatenessen bei Meißner trotz

¹⁹ General a. D. Waechter war Nachfolger von General a. D. von der Goltz als 1. Vorsitzender des Nationalverbands Deutscher Offiziere.

²⁰ Brüning hatte am 12. 1. 1932 bereits sein Entlassungsgesuch abgefaßt, um einer möglichen Rechtsregierung den Weg freizumachen, doch setzten sich Schleicher und Groener bei Hindenburg für sein Verbleiben im Amt ein; Brüning, Memoiren, S. 508 f.; zur Verstimmung Hindenburgs gegen Brüning: Bracher, Auflösung, S. 398 und Politik und Wirtschaft, 4/II, 1930–1932, S. 1217 f.

schwebenden Strafverfahrens!²¹ Opfer des Reiches für Banken nach Lenzmann weit über 500 Millionen! Finanzlage katastrophal. Reichskanzler wird sich aus dem neuen Staatsbankenkonzern heraushalten²². Nachmittags eineinhalb Stunden bei Hugenberg: Meißner, Reichspräsidentenwahl usw. Hugenberg meint, vor erstem Wahlgang ließe sich noch nichts übersehen. Quertreibereien Kleist-Schmenzins. Besuch seiner, d. h. Hugenbergs, Versammlungen riesenhaft, in Essen weit über 10 000.

[. . .]

12. März

Abends Stiftungsdiner des Corps. Schwache Beteiligung (22). Weissermel, der demnächst 70 wird, bittet um Unterstützung für Wiederaufstellung zum Landtag. [Schlichting?]-Güstrow erzählt von dem sehr schlechten Eindruck, den Oberfohren wie fast überall auch in Mecklenburg gemacht hat. [. . .]

13. März

Die Iden des März brachten einen Sieg Hindenburgs, wenn er auch ca. 170 000 Stimmen weniger als die absolute Mehrheit hatte. Duesterberg mit über zweieinhalb Millionen wie zu erwarten recht dürrig. Überraschend viel Deutschnationale haben für Hindenburg gestimmt. Gründe: a) Enttäuschung über Zerfall von Harzburg, b) mangelndes Vertrauen zu Hitler (katholisch, Österreicher, ohne Erfahrung), c) Duesterberg black horse. – Hitler zahlenmäßig mit über elf Millionen (gegen sechseinhalb) großer Erfolg, namentlich in Berlin, Pommern, Ostpreußen, Schleswig-Holstein. Kommunisten haben weit weniger als erwartet zugenommen²³. – Wir waren in Potsdam Luftschiffhafen, nachher bei Bangs mit Doehring, Laverrenz, A. G. Lehmann bis 2.00 Uhr!

14. März

11.00–14.00 Uhr bei Hugenberg: Winterfeld, Lehmann, Bang, Schmidt, Berndt, Brosius und ich. Besprechung der Lage. Hugenberg will sich weiter von Hitler absetzen, bereitete Parole „DNVP beteiligt sich nicht“ vor durch Vorschlag: Reichstagsauflösung und Anerkennung Hindenburgs²⁴. Zwei Aufrufe. Erwähnt ein „Protokoll“, das er und Schmidt mit

²¹ Es handelte sich um ein Strafverfahren, das Ernst Petscheck, der Sohn des tschechischen Braunkohleindustriellen Ignaz Petscheck, gegen seinen früheren Schwiegervater, den Stickstoffindustriellen Caro, wegen versuchten Betrugs und falscher eidesstattlicher Aussage angestrengt hatte. Caro habe wahrheitswidrig behauptet, eine Mitgift von 400 000 RM bezahlt und dafür von Ignaz Petscheck eine Quittung erhalten zu haben. Der Prozeß wurde mit riesigem Aufwand geführt. Im Dezember 1932 wurde Caro freigesprochen; Frankfurter Zeitung vom 24. 12. 1932.

²² Die Dresdner Bank AG und die Darmstädter und Nationalbank AG wurden, nachdem sie unter der Kontrolle des Reiches standen, mit Hilfe einer Notverordnung fusioniert; das Reich besaß bei der neuen Bank ebenso wie bei der Commerz- und Privatbank AG die Mehrheit, bei der Deutschen Bank ein Drittel der Aktien; Born, Bankenkrise, S. 167–171.

²³ Vgl. Bracher, Auflösung, S. 419, der eher eine Abwanderung erheblicher Teile der Wählerschaft zu Hitler annimmt; vgl. auch Winkler, Katastrophe, S. 519.

²⁴ Hugenberg schlug zur Vermeidung eines zweiten Wahlgangs vor, der Reichstag solle mit verfassungsändernder Mehrheit beschließen, daß die von Hindenburg im ersten Wahlgang erzielten 49,6% der Stimmen für seine Wiederwahl ausreichen. Statt des zweiten Wahlgangs sollten vorzeitige Reichstagswahlen stattfinden; Dorpalen, Hindenburg, S. 280; Hiller, DNVP, S. 630, Anm. 1; Leopold, Hugenberg, S. 111.

Schleicher aufgesetzt habe, das noch nicht ratifiziert sei²⁵. Da Hitler Einigungskandidatur durch neuen Aufruf bereits abgelehnt hat²⁶, bleibt nichts übrig als Zustimmung. Auch Bang stimmt zu, was Hugenberg ebenso wie bei mir sorgfältig feststellt. Er hat sich anscheinend völlig festgelegt, ich bin nur gespannt, was er dabei für sich erreichen wird. Nachher allein mit ihm. Ich warne in freundlichster und ruhigster Form vor der wachsenden Mißstimmung in den führenden Kreisen der Partei. Er ziemlich heftig ablehnend und anscheinend voller Mißtrauen. – Preußenwahlen nun doch auf 24. 4. festgesetzt.

[. . .]

16. März, Mittwoch

Langer Spaziergang mit Claß. Er erzählt: Schleicher habe bei der letzten Zusammenkunft der Reichswehrkommandeure über die politische Lage berichtet. Dabei habe er Hugenberg die Schuld daran zugeschoben, daß ein Rechtskabinett nicht gekommen sei. Er habe ganz unmögliche Forderungen gestellt und Kanzler und Ministerpräsident werden wollen. (Dasselbe verbreiteten die Hitlerleute zu ihrer Rechtfertigung.) Mir wird immer klarer, daß Schleicher Hugenberg und Schmidt dupiert hat. Industrie platonisch für uns, auch Reusch²⁷. Aber Geld hat sie nur für Hitler. Auf Anregung von Claß fahre ich zu Hugenberg, um zu verhindern, daß er etwa zuläßt, daß Stahlhelm Parole für Hindenburg ausgibt²⁸. Wir sind schnell einig und besprechen die Grundgedanken einer Proklamation, die ich zu Hause ausarbeite. Ziel muß jetzt ausschließlich Preußenwahl sein. Nachmittags lange Verhandlung mit der Stahlhelmführung (Seldte, Düsterberg, Wagner, Morozowicz) über die Lage. Grundzüge eines Aufrufes besprochen. Vorhalt des Auspringens Mehnkens und Eulenburgs Wirken. Stahlhelm wesentlich kleinlauter als früher und geneigter, sich unserer politischen Führung anzubequemen. – Abends mit L[otte] bei Winterfelds. Längere Unterhaltung mit Kalckreuth. Versuche ihm klar zu machen, was Parole für Hitler bezüglich der Zukunft des Landbundes bedeuten würde. Am nächsten Tage wird Kalckreuth und Kriegsheim mit Hugenberg sprechen. Kandidaturen zum Landtag. Leider hat Weissermel wenig Aussicht.

17. März

Vormittags mit Hugenberg, Wagner, Schmidt, Kriegk, Steuer, Brosius. Entwurf eines

²⁵ Vermutlich handelt es sich um das in Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/II, S. 1299–1302, abgedruckte undatierte Dokument „Aufzeichnung des Generalleutnants von Schleicher“ mit Paraphen Hugengebgs.

²⁶ Gemeint ist vermutlich der am 15. 3. 1932 im Völkischen Beobachter abgedruckte Aufruf Hitlers an die Partei, wonach er auch im zweiten Wahlgang kandidieren wolle.

²⁷ Reusch hatte sich bereits an Hitler angenähert. Bei einem Treffen mit Hitler am 19. 3. vereinbarte er als Leiter des Gutehoffnungshütte-Konzerns mit Hitler, daß persönliche Angriffe in den vom Konzern abhängigen Zeitungen unterbleiben sollten; Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972, S. 195. Gegen Hugenberg war Reusch nach wie vor feindlich eingestellt und verlangte dessen Rücktritt vom Parteivorsitz; Leopold, Hugenberg, S. 113.

²⁸ Auf Druck der Landesführer kündigte der Stahlhelm in der Vorstandssitzung vom 19. und 20. 3. 1932 das Abkommen mit der DNVP. Die Abstimmung wurde freigegeben; Berghahn, Stahlhelm, S. 214, 217. Duesterberg riet, für Hindenburg zu stimmen; Dorpalen, Hindenburg, S. 280.

Aufrufes. – Angeblich große Aktion Severings gegen Nazi²⁹. Muß abgewartet werden, bevor wir uns von Nazi absetzen.

[...]

22. März

Hugenberg übersendet Entwurf eines Briefs an Hitler (s. Anlage)³⁰. Ich rate zu einigen Milderungen, z. B. „dilettantisch“ zu deutlich!. Langes Palaver mit Bundesleitung des Stahlhelm. Es ist genau so gekommen, wie ich prophezeite. Die Landesführer wollen kein Bündnis, wollen „überparteilich“ bleiben. Stahlhelm sehr klein, Hugenberg sehr deutlich. Sie versprechen, keine politischen Aktionen wie Stahlhelm-Volksbegehren und Duesterberg-Kandidatur zu machen, ohne uns zu fragen, uns auch überall zu unterstützen. Ihr Aufruf wird besprochen. – Kronprinz und Frau sollen ganz deutschnational sein. Dagegen: Wir hören, daß er am 13. mit Göring die Wahlresolution in dessen Wohnung abgehört habe³¹. – Mein Verschwinden aus den Spalten des „Tag“ scheint doch vielerorts sehr bemerkt zu werden. Wir sind klug, aber wenig aktiv und begeistert. Bin für Preußenwahl nicht optimistisch. Haben uns bei Reichspräsidenten-Wahl in die Ecke manövriert.

23. März

„Deutsche Zeitung“ und Landbund geben Parole für Hitler aus. Spannung zwischen Claß und Hugenberg³². Letzterer schrieb an Claß: „Dolchstoß“. Zwecks Ausgleichs bittet Claß mich um Aufsatz in der „Deutschen Zeitung“. Ich schreibe ihn unter Titel: Der 24. April 1932. Lese ihn Hugenberg telefonisch vor. Claß bei mir und billigt ihn, nimmt ihn zur „Deutschen Zeitung“ mit. Ich sage Hugenberg: Der Aufsatz wird mir einige Schmutzkübel eintragen. Nachstehend der Aufsatz in der „Deutschen Zeitung“ vom 23. 3. 32³³. [...]

24. März, Karfreitag

Nachmittags im überfüllten Dom zur Predigt Doehrings.

²⁹ Bereits am 4. 3. 1932 hatte Otto Braun vom preußischen Innenminister Severing belastendes Material über verfassungswidrige Absichten der NSDAP und Mobilisierungspläne der SA erhalten, an Brüning gesandt und vergeblich ein Einschreiten nahegelegt. Daraufhin ging die preußische Regierung selbständig vor und ließ am 17. 3. 1932 bei sämtlichen Parteigeschäftsstellen der NSDAP Hausdurchsuchungen vornehmen. Das Material über Mobilmachungs- und Putschpläne der SA sandte sie an das Reichswehr- und Reichsinnenministerium. Da die preußische Regierung drohte, notfalls allein vorzugehen, gab Groener ihrem Druck nach und erwirkte am 13. 4. 1932 eine Verordnung Hindenburgs, durch die alle nationalsozialistischen Wehrverbände verboten wurden; Bracher, *Auflösung*, S. 424 f.; Schulze, *Otto Braun*, S. 721 ff.; Winkler, *Katastrophe*, S. 522–526.

³⁰ Bei Quatz trotz Hinweises nicht enthalten. Vermutlich handelt es sich um den Entwurf des bei Hiller, *DNVP*, S. 627–631, abgedruckten Briefs; vgl. dazu *Politik und Wirtschaft 1930 bis 1932*, 4/II, S. 1355 f.

³¹ Der Kronprinz erklärte sich öffentlich für Hitler; Bracher, *Auflösung*, S. 420.

³² Auch der Alldeutsche Verband gab die Parole zur Wahl Hitlers aus, was vermutlich die Spannungen zwischen Claß und Hugenberg auslöste; Leopold, *Hugenberg*, S. 112.

³³ Quatz begründet in dem Artikel in etwas widersprüchlicher Beweisführung die selbständige Politik der DNVP gegenüber der NSDAP bis zur Landtagswahl in Preußen am 24. 4. 1932.

25. März

Büroarbeit. Nachmittags mit Claß, Bang, Möllers bei Habel. Sehr kritische Stimmung gegen Hugenberg. Möllers scheint zu Hitler abzuschwenken. Wir sind in der Partei zwischen Szylla und Charybdis. Doehring, Dommès, Frau [Tewaag?] [sind] pessimistisch und verlangen schleunigst Verbreitung meines Aufsatzes in der „Deutschen Zeitung“. Bitter rächt sich, daß Hugenberg die ganzen vier Jahre wenig für den Wiederaufbau der Partei getan hat, die ihn wenig interessiert. Er war hypnotisiert durch die Möglichkeiten, sich in die Regierung hineinzumanövrieren, zuletzt besonders unter Schleichers Einfluß. Dazu der spießbürgerliche und Honoratioren-Charakter der Partei. Es ist vollkommen aussichtslos, die Parteibürokratie hochbringen zu wollen. Sie hat im entscheidenden Moment stets Hugenberg auf ihrer Seite. Sie ist jetzt auch anscheinend ganz einig mit Schmidt. Es ist wieder ein Beispiel für die „unzerstörbare Solidarität der Mittelmäßigkeiten“. Hugenberg verliert zusehends die Zügel aus der Hand. Dabei ist eine nationale Bürger-Partei heute wichtiger als jemals und könnte gerade in der Jugend Boden gewinnen. Zulauf in den Versammlungen vielfach größer als bei den Nazis.

[. . .]

1. April

[. . .] Hugenberg wegen Parole und Aufruf. Kampf für Weissermel. Fraktion.

2. April

Parteivorstand. Listenaufstellung. Arbeit für Weissermel, Kickhöffel u. a. Mittags Dr. Saenger, Stavenhagen, Petri, Prinz Oskar u. a. Alle gegen Wahlenthaltung. Abends Köster und Frau und Freytagh.

3. April

Telefon mit Hugenberg. Grunewald. [. . .]

4. April

Eberswalde. Wirtschaftsversammlung gut. 250 Menschen. Lebhaftige Diskussion. Abendversammlung, angeblich 5–600 (bei 1700 Mitgliedern!) mäßig, flau. Brosius gibt Hitler-Parole aus!

5. April

Tee des Frauenausschusses Berlin (100). Rede gut aufgenommen. Abends bei Klitzsch auf dessen wiederholte Bitte. Sein Redaktionsstab und Schmidt, den ich schneide. Hugenberg desavouiert auf mein Telegramm Brosius.

6. April

Beschwerde über Schmidt und Brosius. Besuch [Bäßler-Meeram?]. Abreise Oldenburg. Gute Versammlung Nationaler Klub mit lebhafter Nachsitzung.

[. . .]

10. April, Sonntag

Aprilwetter. Abends im gewohnten Kreis bei Laverrenz. Wahlergebnisse: Hindenburg hat

fast 6 Millionen Vorsprung behalten, aber weniger Zuwachs als Hitler. Kommunisten haben ca. 1.3 Millionen Rückgang und zu einem Teile Hitler und auch wohl Hindenburg gewählt. Der Rückgang in den Gesamtstimmen plus Zuwachs für Hindenburg plus Hitler erfordert fast 4 Millionen Stimmen. In verschiedenen Orten ist festgestellt, daß alle Duesterberg-Wähler nicht hinreichen, um den Zuwachs für Hitler zu erklären. Die DNVP hat teils sich enthalten (auch absichtlich ungültige Stimmen abgegeben), der Rest größtenteils Hitler, kleinerenteils Hindenburg gewählt. – Jedenfalls war die Haltung der DNVP für Hitlers Niederlage nicht entscheidend³⁴.

[. . .]

15. April

Büroarbeit. Nachmittags Dommes zu längerem Besuch. Aussprache über meine Spannung mit Kamarilla, Kronprinz usw. Ich glaube nicht, daß ich zu wirklicher Zusammenarbeit mit Hugenberg noch kommen kann. Er gerät immer mehr in Abhängigkeit von der „Parteizentrale“, die sich jetzt auch selbst so nennt.

[. . .]

19. April

Rechnungsausschuß im Reichstag. Konferenz bei Donner, der immer eigensinniger und formalistischer wird. – Nachmittags Rede im Nationalen Klub, Tee des Reichsfrauenausschusses. – Abends werde ich von Dommes zu Hugenberg geholt. Verhandlung mit Graf Helldorf, einem Dewitz und einem Herrn v. Ribbentrop über die komische Idee vom Burgfrieden auf drei Tage! Prinz Oskar hatte vorher Hugenberg dafür bearbeitet. Helldorf anscheinend – wie meine früheren Informationen [zeigen] – tatsächlich bestrebt, Verhältnis zu DNVP zu bessern. Hugenberg wie immer in der Defensive geschickt. Ich greife Frage auf: Zusammenwirken *nach* Preußenwahl, was Helldorf sofort aufgreift. – Hugenberg kommt zu mir stets wie Nikodemus in der Nacht, wenn sein Majordomus nicht da ist. Er ist von seinen Leuten genauso abhängig, wie Hindenburg und Westarp (früher von Trevi).

[. . .]

23. April

Schreibtischarbeit. Im ganzen beurteile ich unsere Wahlaussichten nicht günstig: 40–45 Abgeordnete³⁵. – Abends kleines Fest bei Weissermel: Guestfalia und Palatia. Melior vernichtend über Schiele und Keudell.

24. April, Wahlsonntag

Frühling in Lichtenrade. – Am Rundfunk: Schwund der Mittelparteien. Verluste bei uns. Gewinn des Zentrums. Nazi werden anscheinend stärker als Sozi plus KPD.

³⁴ Vgl. die entsprechenden Wahlanalysen bei Winkler, Katastrophe, S. 528 f.; Alfred Milatz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933, in: Das Ende der Parteien, S. 764.

³⁵ Die DNVP erhielt nur 31 Mandate und hatte damit 51 verloren, die NSDAP erhielt 162 gegenüber 6 im Jahr 1928, die SPD 94 gegenüber 137, das Zentrum 67 gegenüber 68, die DDP 2 gegenüber 21, die DVP 7 gegenüber 40 und die KPD 57 gegenüber 54.

25. April

Das Wahlergebnis hat mich doch sehr deprimiert. Hugenberg bleibt in Rohbraken. Abends lange mit Claß, Bang, Hertzberg. Große Erbitterung gegen Hugenberg, der dem Alldeutschen Verband wegen seines Eintretens pro Hitler beim zweiten Wahlgang sehr zu grollen scheint. Die drei gebrauchten sehr scharfe Ausdrücke. Bei Schlichter sagte dann nach Claß' Weggang Hertzberg: Claß müßte als Reichspräsident lanciert werden.

26. April

Haushaltsausschuß. Sanierung Oberhütten. – Nachher langes Gespräch mit Sybel, darüber nachstehenden Brief an Hugenberg³⁶. Arbeit für Weissermel (Landesliste) Generalversammlung Zoo. Büroarbeit.

27. April

H[aushalts]-Ausschuß. Ablehnung der nachträglichen Genehmigung des Wirthschen Wahlfonds³⁷. Pressewiderhall.

28. April

Mit Winterfeld, Frau Lehmann, Bang, Schmidt, Nagel bei Hugenberg. Hugenberg sehr nett und niedergeschlagen. Gibt längeres Referat und spricht von seinem Rücktritt. Ich: Niederlage klar, Grundlinien der Politik richtig. Fehler – wie Stahlhelm-Bündnis – sekundär. Dürfe nicht abtreten. Alle ebenso. Hugenberg kam auch nicht darauf zurück. – Abends bei Köster. Ziemlich langweilige Gesellschaft. Doehle bestätigt L[otte] gegenüber: Zwischen Zentrum und Hitler würde verhandelt. H[itler] wolle Reichstag auflösen, um 51% zu bekommen. Der intrigante Kaas werde das schon verhindern. Mir sagte er: Gerüchte um Meißner falsch, Meißners Stellung fest. Ich zweifle. Sicher scheint Bruch Schleichers mit Groener³⁸.

[. . .]

5. Mai, Himmelfahrtstag

Lauf im Grunewald. Abends bei Nagel mit Kalckreuths. Kalckreuth hatte lange Unterredung mit Hitler, der ihn gefesselt hat.

6. Mai

Artikel für „Tag“. Bei Meißner (siehe nachstehende Notiz):

³⁶ Im Original nicht enthalten.

³⁷ Es handelte sich um 496 000 RM, die 1930 für Propaganda im Dienst der Reichsregierung verwendet worden waren. Die DNVP forderte im Haushaltsausschuß genaue Auskunft über die Verwendung der Mittel und betonte, eine nachträgliche Genehmigung nicht erteilen zu wollen. Belege über die Verwendung fanden sich nicht vor, sondern nur eine Bescheinigung des damaligen Innenministers Wirth, daß er sich von der ordnungsgemäßen Verwendung überzeugt habe. Die Reichsregierung verweigerte jede nähere Auskunft. Gegen das Zentrum und bei Stimmenthaltung der SPD wurde mit den Stimmen der Kommunisten und eines DVP-Abgeordneten der deutschnationale Antrag angenommen, die nachträgliche Genehmigung zu verweigern; München–Augsburger Abendzeitung vom 29. 4. 1932.

³⁸ Das von Groener erwirkte SA-Verbot (vgl. Anmerkung 29 zu 1932) führte zur Distanzierung Schleichers von ihm; Vogelsang, Reichswehr, S. 170.

[Aufzeichnung Quaatz über sein] *Gespräch mit Meißner am 6. Mai:*

Das Verhältnis zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler ist nach wie vor gespannt. Der Reichskanzler lehnt jeden Gedanken an den Rücktritt des Kabinetts trotz der Warmbold-Krise auf das heftigste ab³⁹. Er rechnet damit, im Sommer aus Lausanne mit einem außenpolitischen Erfolg zurückzukehren. Er lehnt nach wie vor die Fortzahlung der Tribute ab. Nach der großen Konferenz hofft er auf eine starke Mehrheit im Reichstag. Bis dahin will er sich mit der Wirtschaftspartei usw. behelfen. Dem Reichspräsidenten droht er mit der außenpolitischen Verantwortung, wenn jener ihn verabschiede. – In den Kreisen um den Reichspräsidenten wünscht man den Rücktritt des Kabinetts und eine Verständigung mit der Rechten (Nationalsozialisten und Deutschnationalen) unter Einbeziehung des Zentrums, und zwar gleichmäßig in Preussen wie im Reiche. Zu diesem Zwecke ist man auch einer Auflösung des Reichstages nicht abgeneigt. Es gibt hierzu zwei Wege: Entweder lehnt der Reichstag eine Notverordnung des Reichspräsidenten ab und der Reichspräsident löst aus diesem oder einem anderen Grunde, der im Sinne des Kabinetts Brüning liegt, den Reichstag auf – oder aber der Reichspräsident verlangt zur Erzielung einer homogenen Regierung im Reiche und in Preußen die Auflösung des Reichstages und ernennt zu diesem Zwecke, wenn der Kanzler die Gegenzeichnung verweigert, einen anderen Kanzler bzw. ein anderes Kabinett, das die Wahl durchführt und auf etwa vier Jahre sicheren Boden unter den Füßen haben soll. Dieses Kabinett ist als eine Art „Präsidential-Kabinett“ gedacht, in welchem der General v. Schleicher das Wehrministerium (Aspiration auf den Kanzler hat er angeblich nicht) und Brüning das Außenministerium innehaben. Ferner ist an Goerdeler als Wirtschaftsminister oder Arbeitsminister gedacht. Als Kanzler will man keinen Parteiführer, wohl aber einen rechtsgerichteten Mann, der z. B. auf dem Boden der Deutschnationalen Volkspartei stände. Hugenberg werde von beiden Hindenburg, Schleicher, Zentrum und Nazi gleichermaßen abgelehnt. – Großen Wert legt man auf die Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei schon deswegen, weil die Nationalsozialisten fürchten, wenn sie eine Koalition mit dem Zentrum eingehen, daß dann die Deutschnationalen das Auffangbecken für alle Enttäuschten und Mißvergnügten werden könnten. Auf Frage sagte ich: Ich rein persönlich sei dafür, Hindenburg zu unterstützen, wenn er nach rechts wolle. Erfolge die Auflösung gegen uns, würden uns die Nazi an die Wand drücken, und dann sei es besser, wir blieben draußen. – Im Herausgehen stieß ich auf Botschafter Nadolny, der behauptete, im stillen Erfolge zu haben!

[. . .]

8. Mai

Geburtstag bei miserabilem Wetter in Schildhorn mit Wersches und Hermanns. – Ich bin aufs tiefste niedergeschlagen. Auf der Rechten zieht das Hitlertum alles an sich. Hugenberg, den ich morgen sehen werde, war völlig niedergeschlagen, unsicher, mißtrauisch gegen alle. Mir fehlte jede wirkliche Ansprache. Glaube nicht, daß Hitler Deutschland eine nationale Regierung bringen wird. Manchmal scheint mir, als ob hinter ihm Rom

³⁹ Am 6. 5. trat Reichwirtschaftsminister Warmbold zurück. Als Gründe gab er seine Differenzen mit Reichsfinanzminister Dietrich und seinen vergeblichen Widerstand gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an; Bracher, *Auflösung*, S. 444.

steht, das so von beiden Seiten den Vernichtungsfeldzug gegen das protestantische Norddeutschland, gegen Preußen und das Hohenzollern-Kaisertum führt. Aber alles ist blind, anscheinend auch gerade die Hohenzollern, Kronprinz usw. [. . .]

9. Mai

Vormittags bei Hugenberg, dem ich von Meißner erzähle. Er äußert sich nicht. Fraktion. Reichstag.

10. Mai

Fraktion. Hugenberg ohne Grund unfreundlich gegen mich. Rede Bang und Straßer. Frühstück mit Bang. Aussprache. Er erzählt mir, daß Hugenberg mit Hitler bei Kalckreuth zusammenkommen soll. Aussprache mit Bismarck. Schwerer Ärger mit Donner.

11.–12. Mai

Reichstagssitzungen. Es gelingt mir, die Fraktion und auch Hugenberg in die m. E. richtige Linie einzustellen. – Überfall der Nazi auf Klotz⁴⁰. Auswirkungen von mir in die umstehenden Leitsätze zusammengefaßt, die für Fraktion und Partei maßgebend sein sollen⁴¹.

13. Mai

Presse folgt natürlich nicht. Hugenberg spricht sich mit mir darüber aus. Er steckt in Auseinandersetzung mit Klitzsch. Erfolg? Will „Das Freie Deutschland“ übernehmen („Das Freie Deutschland“, die Zeitschrift Decks, mein Sprachrohr).

[. . .]

24. Mai

Auswärtiger Ausschuß.⁴² Aufrüstungsantrag von Nazi durch Enthaltung abgelehnt. Betonung der Presse. Fraktion.

⁴⁰ Der frühere badische SA-Führer Hellmuth Klotz war zur SPD übergewechselt und veröffentlichte im Präsidentschaftswahlkampf Material über die homosexuellen Affären Röhm's. Außerdem stellte er eine Broschüre zusammen, in der Vorstrafen prominenter Naziführer registriert waren. Er war auch Herausgeber der Antifaschistischen Korrespondenz. Am 12. 5. wurde er im Restaurant des Reichstags überfallen und in der Wandelhalle zusammengeschlagen. Die Täter wurden im Reichstag von der Kriminalpolizei festgenommen; Winkler, Katastrophe, S. 563 f.

⁴¹ Hier folgen fünf Leitsätze, die darlegen sollen, daß das Kabinett Brüning, das durch die Angriffe der DNVP- und NSDAP-Abgeordneten im Reichstag bereits ins Wanken gebracht worden war, durch den Überfall auf Klotz gerettet worden sei.

⁴² Als Brüning auf den Weg zur Revision des Young-Plans zu sprechen kam, unterbrach ihn Quaatz mit dem Zuruf, die Vossische Zeitung habe eine Meldung mit der fetten Überschrift „Reichskanzler Brüning befreit Frankreich aus seiner Isolierung“ gebracht. Auf Brünings Antwort, er sei nicht Redakteur dieser Zeitung, rief Quaatz „Es war eine Kennzeichnung ihrer Handlung, wie wir sie aufgefaßt haben.“ Gemeint war die Rede, die Brüning zum Hoover-Moratorium gehalten hatte. Auf einen Zuruf von Quaatz, ob Brüning die Verbindung der Reparationsfrage mit der Frage der interalliierten Kriegsschulden ablehne, bestätigte der Reichskanzler, daß dies die Haltung Deutschlands sei; Politik und Wirtschaft 1930–1932, 4/II, S. 1472–1485; zu der Ausschußsitzung vgl. auch den Dienatag-Bericht vom 24. 5. 1932, in: BA, ZSg 101/25, fol. 123 f.

25. Mai

Brief an Hindenburg nach Neudeck, solle neue Steuerverordnung nicht unterzeichnen⁴³ (im Einverständnis mit Schleicher). Im Haushaltsausschuß Attacke gegen Geldprämienanleihe⁴⁴. General v. Epp sucht mich auf wegen Auswärtigem Ausschuß: Wir sollten uns nicht trennen. Ich offen: Wir werden uns scharf absetzen, wenn das bei Euch so weitergeht. Aussprache sehr freundschaftlich. Epp regte weitere Fühlungnahme an. [. . .]

[. . .]

28. Mai

Zurück nach Berlin. Bei Hugenberg, der Beteiligung an Regierung will⁴⁵. Schiebt Winterfeld als Kanzler vor! Auf seinen Wunsch bei Meißner. Brüning soll fallen⁴⁶. Rechtskabinett: Kanzler? Vielleicht Winterfeld, wenn nicht Ministerpräsident in Preußen. Neurath krank, daher Nadolny oder Hassell. Goerdeler, Schaetzel, Bracht oder Papen. Ich als Verkehrsminister(?). Lüninck Landwirtschaft. Eventuell Westarp⁴⁷. Nazis würden Kabinett unterstützen, selbst bei Neuwahlen (?).

29. Mai

Rede auf dem Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine. – Rückfahrt mit Frau Hertwig (Halle), bisher MdL. Sie erzählt: Sie sei befreundet mit der sächsischen Prinzessin Pia Monica, jetzt Erzherzogin Joseph. Sie sehr deutsch gesinnt. In einem Gespräch über die weitumfassende Politik der römischen Kirche sei man auf Hitler gekommen. Pia Monica habe lächelnd gesagt, es wundere sie, daß man in Norddeutschland gar nicht merke, daß Hitler „auch ein Werkzeug“ sei! – Viel Arbeit mit Aufsätzen und sonstigem scheußlichem Schriftwerk.

30. Mai

Büroarbeit. *Rücktritt des Kabinetts Brüning*. Reichsschuldenausschuß. Abends 21–24 Uhr

⁴³ Die Notverordnung enthielt den Entwurf für ein Siedlungsgesetz, der den Sturz Brünings beschleunigte; Vogelsang, Reichswehr, S. 194.

⁴⁴ Bereits seit Februar 1932 plante Brüning, Mittel für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm freizumachen. Finanzminister Dietrich legte am 11. 4. 1932 ein Programm vor, das Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden RM vorsah. Die Finanzierung sollte vor allem durch eine eigens für diesen Zweck anzulegende Prämienanleihe gedeckt werden. Man hoffte auf diese Weise, Sparer zur Anlage ihrer Gelder bewegen zu können. Bei der konkreten Durchführung zeigten sich dann unüberwindliche Schwierigkeiten. Der Plan wurde im Juni 1932 endgültig aufgegeben; Henning Köhler, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in: VfZ, 17 (1969), S. 282 ff.

⁴⁵ Bei einem Empfang bei Hindenburg am 31. 5. 1932 erklärten Hugenberg und Winterfeld nur ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bei einer Rechtsregierung, wobei diese Mitwirkung natürlich von der Person des neuen Kanzlers abhinge; Hubatsch, Hindenburg, S. 321.

⁴⁶ Am 28. 5. 1932 fragte Meißner Brüning, ob er in einem neuen Kabinett unter Westarp oder von Linderer-Wildau Außenminister werden wolle; Brüning, Memoiren, S. 596; Pünder, Politik, S. 127.

⁴⁷ Westarp erfuhr erst am 29. 5. 1932 durch Treviranus, daß Meißner ihn gegenüber Brüning als möglichen Nachfolger bezeichnet hatte. Am 30. 5. 1932 wurde sein Name auch in der Presse genannt. Treviranus informierte Westarp, es sei ein Kabinett mit Papen als Nachfolger Brünings und Quatz als Verkehrsminister vorgesehen; Bericht Westarps vom 1. 6. 1932, in: Werner Conze, Zum Sturz Brünings, in: VfZ, 1 (1953), S. 288.

bei Hugenberg mit Schmidt. Hugenberg sieht nun, daß ihn Schleicher mit der Zusage des Finanz- und Wirtschaftsministeriums dupiert hat. Er ist auch körperlich sehr runter und denkt an Bruch. Schmidt und ich widerraten. Abends Vortrag Studentenschaft (Thomsen).

31. Mai

Nachmittags bei Claß mit Hugenberg. Hugenberg: wieder, ich sei ja auch für Mitmachen, die Partei könne ja auch nicht anders; aber er wolle zurücktreten. Es war ein klarer Bluff. Ich parierte: Das heiße ja, der Partei das Rückgrat zerbrechen. Natürlich brauche man ja nicht mitzumachen; aber die eigene Presse, auch gerade die „Deutsche Zeitung“, werde uns dann als Verräter an der nationalen Front bekämpfen. Langes Hin und Her. Hugenberg sehr deprimiert, während ich den Standpunkt vertrat, vorläufig ließe sich nichts übersehen. Claß gegen Mitmachen, worauf ich ihn fragte: Wie heißt Ihre Parole? Darauf er: Nicht mit dem Zentrum. Darauf ich: Diese Parole läßt sich hören, bedeutet Opposition auf lange Sicht, ist aber in jedem Falle wertvoll als ultimum refugium bei Verhandlungen. Die Fraktion müsse informiert werden. Mindestens bis Freitag habe man Überlegungsfrist. Das war auch dann die Ansicht von Claß und Hugenberg. Letzterer wünscht, daß noch andere vor Fraktion informiert werden. Er fährt auf meinen Rat zur Erholung nach [Wißmannsdorf?].

1. Juni

[...] Telefonanruf Meißners: Papen gegen ihn, damit auch Eltz-Rübenach an meiner Stelle. Ich bin froh, daß dieser Kelch des Verkehrsministeriums an mir vorüber gegangen ist. Ich traue dem Kabinett nicht. Das Amt reißt mich aus meinem Beruf, ohne jede Sicherheit. Dazu die Intrigen, die von Freund und Feind losgelassen werden. Endlich ist der Verkehrsminister faktisch ein König ohne Land. – Im übrigen gibt nachfolgender Entwurf eine Übersicht über die Lage⁴⁸:

[Entwurf Lagebericht Quatz für Hugenberg vom 1. 6. 1932:]

1. VI. – Sehr verehrter Herr Geheimrat! Ich bestätige mein heutiges Telegramm: „Alle Kombinationen betreffs Übernahme Verkehrsministerium durch mich hinfällig“ und darf folgendes hinzufügen. Vor Übernahme des Kanzleramts durch Papen, als Winterfeld oder eine ähnliche Persönlichkeit in Frage kamen, wurde mit mir betreffend Verkehrsministerium gesprochen. Meine Antwort war: Das sei verfrüht, erst müsse der Kanzler feststehen, der dann Verhandlungen mit uns zu führen habe. Für uns verhandle Dr. Hugenberg. Es bestand völlige Übereinstimmung zwischen Meißner und mir, daß diese Antwort ausreichend und korrekt war. Heute früh rief Meißner nochmals bei mir an. Es bestand wiederum Übereinstimmung zwischen uns darin, daß nunmehr mein Eintritt in das Kabinett nicht mehr in Frage käme. – Durch Telegraphen-Union erfahre ich folgendes: Die Reichstagsauflösung werde im Herbst erfolgen, vielleicht in der Form, daß eine Nationalversammlung berufen würde. Bis dahin soll das Kabinett unverändert bleiben. Freilich sei es möglich, daß im Kanzleramt eine Änderung eintrete. Ferner sei es möglich, daß einzelne Posten dann mit Politikern besetzt würden. – Über meine Meinung befragt, habe ich Herrn Direktor Mejer dasselbe gesagt, was ich dem Staatssekretär Meißner heute früh telephonisch auf die Frage gesagt habe, welche

⁴⁸ Handschriftlicher Zusatz: Nicht abgesandt aus verschiedenen Gründen.

Haltung wir gegenüber dem Kabinett einnehmen würden. Zunächst sei es Sache der Nationalsozialisten, ein Obligo für dieses Kabinett zu übernehmen; denn die Verhandlungen und Vereinbarungen betreffend die Kabinettsbildung seien mit ihnen geführt und getroffen worden, nicht mit uns. Außerdem stelle natürlich die veränderte Besetzung des Kanzleramtes für uns eine wesentliche Erschwerung der Lage dar. Darauf sagte Meißner, ja, wenn die DNVP nicht mitmacht, dann geht die ganze Geschichte nicht, worauf ich ihm wiederholte, daß wir eine objektive und wohlwollende Haltung bewahren, aber doch zunächst die Taten abwarten müßten. – Bemerkenswert ist, daß der Presse gegenüber stark bestont worden ist, daß die Versprechungen Hitlers durchaus einseitige gewesen seien, während die Regierungsseite sich nicht gebunden habe. Diese Version entspricht nicht ganz dem Verhalten Meißners mir gegenüber, als ich ihm auseinandersetzte: Das Kabinett hänge doch einerseits ganz vom Zentrum ab (Preußen), andererseits von dem Versprechen der Nazi. Die Nazi würden im Parlament in Schwierigkeiten kommen, und ein politisches Wort von dieser Seite werde unter ganz veränderter politischer Lage vielleicht nicht die gleiche politische Haltbarkeit haben. Dem schien er zuzustimmen. – Soeben ruft Herr Dr. Deck an und sagt mir folgendes: Die Nazis hätten ihm im „Kaiserhof“ erklärt, sie dächten garnicht daran, sich an das Kabinett zu binden. Ihnen liege lediglich an der Auflösung. Das Kabinett werde Schwierigkeiten von Paris her bekommen und über diesen letzteren Punkt äußerten sich die Nazis erfreut. Ich habe darüber mit Meißner gesprochen, der diese Meldung für Bluff erklärt. Meißner glaubt, daß *Neuwahlen schon im Juni* kommen. Vielleicht ist das Bluff, vielleicht Wahrheit. Mit besten Grüßen, Ihr ergebener [Quatz].

Nachmittags im Landtag. Besprechung mit der Fraktion. Lange Unterhaltung mit Winterfeld. Dieser fürchtet Gayl als Minister des Innern und zugleich Ministerpräsidenten oder Kommissar für Preußen. – (Möglich ist folgende Rechnung der Wilhelmstraße:⁴⁹ Nächster Reichstag als Nationalversammlung. Aufhebung des Artikels 54 (Mißtrauensvotum)). Das muß DNVP mitmachen, weil ihr Programm. Aber auch Nazi, weil sie auf Hitler als Nachfolger Hindenburgs rechnen. Dazu die kleinen Parteien. Einfache Mehrheit genügt. Volk hat Parteierrschaft satt. Lebt Hindenburg länger, geht inzwischen Hitlerbewegung zurück und Schleicher wird Reichspräsident oder bestimmt ihn. Im Landtag bei uns viel Stimmung für Opposition. – Kommt Neurath und nimmt in Genf stramme Haltung⁵⁰, dann müssen wir à tout prix für Kabinett sein. – Ganz schnelle Wahl scheint mir wahrscheinlich, ist vielleicht auch für uns nicht schlechter als Septemberwahlen. – Bin gespannt, wie Hugenberg sich zu meiner Wiederwahl stellt. Stadler sagt: Stahlhelmgruppen neigen jetzt wieder zu uns. Ebenso Studentenschaft. Letzteres kann ich bestätigen.

[. . .]

⁴⁹ Vermutlich ist die Präsidialkanzlei gemeint.

⁵⁰ Gemeint ist die Abrüstungskonferenz in Genf.

3. Juni

Fraktion. Auflösung zum 26. [Juni] oder 3. Juli⁵¹. Meinungsverschiedenheit zwischen Hugenberg und Winterfeld. Letzterer will evtl. Angebot des preußischen Ministerpräsidenten annehmen. Hugenberg dagegen, jedenfalls vor der Wahl nicht. Zwiespalt sehr unerwünscht.

[. . .]

7. Juni

Gespräch mit Magnus, Vogelsang, Timm, Steinhoff über Rundfunk. Mittags mit Landauer. Nachmittags bei Hugenberg mit Schmidt: Preußenfragen. Hugenberg fragt, ob ich Wahlkreis draußen, z. B. Schleswig-Holstein, unter Beibehaltung des Platzes auf der Reichsliste übernehme. Ich: Schleswig-Holstein völlig ruiniert, besser ein Landwirt wie Rohr. Keinesfalls dürfe ich auf Reichsliste zurücksacken, was Hugenberg zusichert. [. . .]

8. Juni

Pressekonferenz⁵². Schwere Grippe.

9. Juni

Muß leider Fraktion versäumen. Entwurf Aufsätze für Wahlen.

10. Juni

Parteivorstand. Verläuft viel befriedigender als der letzte.

[. . .]

14. Juni

Stelle den Entwurf eines „Neuen Aufbau-Programms“ fertig, das ich auf viele Anregungen hin (Zitzewitz, Helfferich, Schmidt, Presse usw.) übernommen habe. – Abends Meißner und Koeppel: Reichsbankpolitik. Gefahren für die Währung. Luthers Verblendung. Meißner redet von „Zusammenschluß“ unter Rücktritt Hugenbergs⁵³. Er scheint

⁵¹ Schleicher hatte den Nationalsozialisten für eine vorläufige Tolerierung des Kabinetts von Papen auch die vorzeitige Reichstagsauflösung zugesagt; Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 184f.

⁵² Auf dieser vertraulichen Pressekonferenz vom 8. 6. 1932 erörterten die Deutschnationalen ihre Haltung im bevorstehenden Wahlkampf für die Reichstagswahlen. Sie waren für eine Tolerierung, wenn nicht sogar Unterstützung der Regierung Papen. Man wollte allerdings der neuen Regierung ständig das Programm der Deutschnationalen in außen-, innen- und wirtschaftspolitischer Hinsicht vor Augen halten. Es wurde bereits angekündigt, daß ein Teil der deutschnationalen Führer (speziell handelte es sich um Quaat und Bang) dabei sei, eine Reihe von Themen dazu in publizistisch wirkungsvoller Form zu verarbeiten und nach und nach der deutschnationalen Presse zugänglich zu machen. Man äußerte die Ansicht, daß es scharfe Differenzen zwischen Luther und Papen gebe, was sich auch in ihrer ersten Besprechung gezeigt habe. Für den Fall eines offenen Konflikts zwischen Preußen und dem Reich rechnete man mit der Möglichkeit einer Einsetzung des preußischen Fraktionsführers der DNYP, von Winterfeld, als Reichskommissar. Der Wahlkampf sollte, wie auf der Pressekonferenz verlautete, durch eine Artikelserie von Quaat im Tag eingeleitet werden, der die grundsätzliche Haltung der Deutschnationalen zu allen aktuellen Fragen darstellen sollte, Dienatag-Bericht vom 8. 6. 1932, in: BA, ZSg 101/25, fol. 144 ff.

⁵³ Nach Informationen des Dienatag-Berichts vom 15. 6. 1932 hatte es in der Partei eine Bewegung zum Sturz Hugenbergs gegeben, die auch erfolgreich gewesen wäre, wenn nicht die Reichstagswahlen gekommen wären. Hugenberg besitze nicht mehr die geistige Beweglichkeit, sich der gegenwär-

nicht nur zu sondieren, sondern unter Schleichers Einfluß tatsächlich jetzt auch gegen Hugenberg eingestellt zu sein. Ich ironisiere diese „Bewegung“.

15. Juni

Vormittags Prüfung der Plakate. – Nachmittags [und] abends mit Bang Prüfung und Ergänzung des Programms. Arbeit mit Bang angenehm.

[. . .]

18. Juni

Nach Neustadt a. Hardt, Industrierversammlung. Viele Volksparteiler. Verschwörersitzung mit DVP bei Helfferich und große Lorbeerbowle. (Erfolg?).

[. . .]

22. Juni

Spaziergang mit Claß, der meine Hilfe wegen der notleidenden „Deutschen Zeitung“ sucht. Ich versuche ihm klarzumachen, daß die „Deutsche Zeitung“ sich zwischen zwei Stühle setzt. [. . .]

23. Juni

Reinhart (Commerzbank) sagt mir Hilfe für „Deutsche Zeitung“ zu. – Pressebesprechung über Programm⁵⁴. Findet guten Anklang. Abends Vortrag über Programm im Ausschuß deutschnationaler Industrieller. Gut besucht. Lebhafter Widerhall. [. . .]

[. . .]

25. Juni

Hugenberg, Winterfeld, Oberföhren und ich bezüglich Listenverbindung mit Volkspartei⁵⁵. Nachher Dingeldey, Hugo, Moldenhauer und Stauß. Machen einen an sich fairen

tigen Situation politisch anzupassen. Die Folge sei, daß er ständig falsche Maßnahmen ergreife. Dazu stehe er unter dem Einfluß Schmidt-Hannovers, der als der böse Geist der Partei gelte. Die Mißstimmung gegen ihn sei allgemein. Bei einem Rücktritt Hugenbergs hatte man gehofft, die zerfallende bürgerliche Mitte für die DNVP sammeln zu können; Dienatag-Bericht vom 15. 6. 1932, in: BA, ZSg 101/25, fol. 157 f.

⁵⁴ In dieser vertraulichen Pressebesprechung vom 23. 6. 1932 gab Quatz den Berliner Journalisten von dem von ihm und Bang erarbeiteten Programm Kenntnis. Hugenberg hatte bis dahin noch keine Stellung dazu genommen. Es sollte in der Mitte der darauffolgenden Woche in rund 100 000 Exemplaren verbreitet werden. Es war weniger für Resonanz in den breiten Schichten des Volkes als im gebildeten Bürgertum gedacht. Eine kämpferische Note und einige zur Debatte gestellte Widersprüche sollten ihm ein entsprechendes Echo in der Presse geben. Das Programm erschien am 20. 7. 1932; Das deutschnationale Freiheitsprogramm, hrsg. von Reinhold Georg Quatz und Paul Bang, Berlin 1932; Dienatag-Bericht vom 23. 6. 1932, in: BA, ZSg 101/25, fol. 170 f.; Hiller, DNVP, S. 563; vgl. auch Leopold, Hugenberg, S. 118 f.

⁵⁵ Die DVP sah ihre einzige Existenzchance bei den kommenden Reichstagswahlen in der Listenverbindung mit den Deutschnationalen, was allerdings zum sofortigen Austritt liberaler Mitglieder und der Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes führte; Hans Booms, Die Deutsche Volkspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 532 f.

Vorschlag. Bei uns aber noch Bedenken. Ich dafür. Mittags mit Hugenberg. Sprechen verschiedene Kandidaturen durch. Ich für Berndt und Doehring. Durchsprache des Programms. Nachher Dommès (Wide[n]mann und Arnim-Kröchlendorff aufgestellt) und Nagel, dem Hugenberg Vorwürfe wegen Vernachlässigung des „Programms“ auf der Führertagung macht. Artikel für „Tag“. Nach Nikolskoe und Wannsee mit Wersches.

26. Juni, Sonntag

Referat auf Reichsverband des Schlossergewerbes. Mit sehr großem Beifall aufgenommen. Wichtig, weil Nazi heftig gegen diesen Vortrag von mir waren und ich scharf *gegen* Nazi sprach. Trotzdem *allseitig* Beifall. Vorsitzender: Francois, Vizepräsident [Handwerkskammer?] Volkmann. Abends unser Teeabend. Bangs, Doering, Frau Lehmann, Laverrenz[ens], Gerhard.

27. Juni

v. Hertzberg: Lage und Ziele der „Deutschen Zeitung“. Ich sage ihm sehr offen meine Meinung. Endlich das Programm druckfertig gemacht. Schon vor Erscheinen gegen 100000 Stück bestellt. Also wirkliches Bedürfnis. Es war aber auch ein Stück Arbeit! Bang hat nach seiner Gewohnheit außer seinem Namen im wesentlichen nur ein Kapitel beigesteuert. – Artikel für „Deutsche Zeitung“ und kleinere entrefilets zum Wahlkampf. Nachmittags im Grunewald. Schöner Siebenschläfertag. – Abends Krebsessen bei Borcks. Wenig ergiebig in Bezug auf Anregung.

[. . .]

29. Juni

Mit Claß bei Reinhart in Sachen „Deutsche Zeitung“. Mit Gok bei Huth. Dann Timm. – Dann lange bei Hugenberg wegen Reichsliste. Besonders eingetreten für Doehring, Dr. E[rich] Schmidt, Gok, Berndt. Empfahl Einheitsliste in Sachsen und Berlin.

[. . .]

2. Juli

Schallplattenaufnahme einer Rede von mir. Korrektur des Freiheitsprogramms. Viele Querelen. Scheußlich viel Büroarbeit.

[. . .]

4. Juli

[. . .] Lange Unterhaltung mit Klitzsch, der mit Familie da ist, über Politik, Film, Scherl, Hugenberg und meinen Zeitschriftenplan; er behauptet, daß er sich jetzt dafür interessiere.

[. . .]

12. Juli

Bremen. Gute Versammlung im Nationalen Klub. Viele Prominente. Bremen ist fast über Nacht in seiner Kaufmannschaft deutschnational geworden. – Furchtbare Hitze dauert an. Rückfahrt mit Botschafter Maltzahn, der von Washington kommt.

[. . .]

15. Juli

Artikel für „Deutsche Zeitung“. – Abends bei Hertzberg mit Minister v. Gayl und Frau. Das Kabinett scheut sich, die Gewalt in Preußen zu übernehmen. C'est la légalite, qui nous tue. Ich sage: schön, nicht nervös zusein, aber zu spät zu schießen, heißt das Spiel verlieren.

[Nachtrag:]

Dieser Abend vom 15. VI. 32 sollte folgenschwer werden. Hertzberg hatte mich mit Gayl zusammen zu Krebs und Bowle gebeten. Zweck: Gayl zum Absprung in der Preußenfrage zu bringen, einen Staatsstreich durch Absetzung von Braun und Severing zu machen und Reichskommissare einzusetzen⁵⁶. – Gayl war unentschlossen, fürchtete Generalstreik⁵⁷. Ich legte dar, daß dieser nicht zu fürchten sei, Preußenregierung abgewirtschaftet habe. Die Existenz der Reichsregierung sei im Spiel. Der oft unbesonnene Hertzberg (Corpsbruder Gayls) sekundierte sehr geschickt. Vor allem aber half uns Frau v. Gayl in taktvoller, ruhiger Form. Schließlich sagte mir Gayl zu, er werde sich wohl entschließen und dem Kabinett den Vorschlag machen. – Ich war zwar erfreut, blieb aber doch skeptisch. Zu Unrecht, wenn auch das juristische Nachspiel vor dem Reichsgericht sehr ungeschickt inszeniert war.

[. . .]

19. Juli

Claß wegen Notlage der „Deutschen Zeitung“. Von Tempelhof mit Farman-Hochdecker Flug nach Köln über Warburg-Elberfeld. Schlechte Luft und furchtbares Geräusch machten den interessanten Flug zur Strapaze. Nach Duisburg. Dort abends mäßig besuchte Versammlung. Anschließend nach Hamborn gut besuchte Versammlung. Lebhaftige Auseinandersetzung mit Kommunisten. Sehr starker Beifall.

20. Juli

Mittags mit v. Ramin bei Schreiber. Überraschende Kunde vom schnellen Entschluß des Kabinetts, Absetzung Brauns und Severings usw. Habe Gayl doch wohl Unrecht getan. Abends gut besuchte Wirtschaferversammlung in Rheydt. Hier wie in Duisburg scharf gegen die Nazi.

⁵⁶ Am 8. 6. 1932 waren der preußische Fraktionsvorsitzende der DNVP, von Winterfeld, und Fraktionsgeschäftsführer Borck beim Staatssekretär in der Reichskanzlei, Planck, erschienen und hatten ein schnelles Eingreifen der Reichsregierung in Preußen noch vor den Wahlen verlangt. Winterfeld forderte dies überdies in einem Schreiben an Papen. Am 9. 7. 1932 waren sich Schleicher und von Gayl über die Notwendigkeit eines Eingreifens einig, am Tag darauf stimmte auch Papen von Gayl zu. In der Kabinettsitzung von 11. 7. 1932 beauftragte man von Gayl und Reichsjustizminister Gürtner mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Verordnung. Als Termin für das Eingreifen sah man im Kabinett schießlich den 18. 7. 1932 vor. Der Reichspräsident billigte am 14. 7. 1932 die Verordnung blanko und überließ das weitere der Regierung. Von Gayl hatte allerdings immer noch juristische Bedenken, da kein entsprechender Rechtsgrund für das Eingreifen gegeben war; Jürgen Gay, *Der Preußenkonflikt 1932/33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik*, Diss., Erlangen/Nürnberg 1965, S. 104–117; *Das Kabinett von Papen*, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, Bd. 1, hrsg. von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1989, S. 190–193.

⁵⁷ Zu den geringen Chancen eines Generalstreiks: Winkler, *Katastrophe*, S. 795 f.

21. Juli

Nach Herford. Mäßig besuchte Versammlung nachmittags. Abends gut besuchte Versammlung in Bünde (ca. 400). Alle die großen Tabakleute seit meiner letzten Rede deutschnational. Auch hier keinerlei Gegenrede der Nazi trotz schärfster Herausforderung. Nachts nach Berlin.

22. Juli

Großes Aufräumen more solito. Artikel für „Tag“ mit Anerkennung für Gayl und Wirtschaftsprogramm. Wahl wird schlecht, weil die Abgeordneten und viele Führer schwächlich und defensiv gegen die Nazi.

[...]

27. Juli

Fahrt durch das pittoreske Pegnitztal nach Nürnberg. Dreieinhalb Stunden Wirtsch[after]versammlung (ca. 120). Dann öffentliche Versammlung (ca. 400–500). Wüster Zusammenstoß mit Nazi, deren Führer Streicher Typ des „Untermenschen“, um in ihrem Jargon zu reden⁵⁸. Nachts nach Haus.

28. Juli

Schreibtisch. Gespräch mit Medem: Börse wettet für Deutschnationale auf 53, Nazi 210–220. Voraussichtliche Abgeordnetenzahl dürfte 580–600 sein⁵⁹. – Im Lande wächst die Wut gegen die bolschewistischen Methoden der Nazi. Wetter mäßig warm. Ernte steht gut.

29. Juli

Halle. Wirtsch[after]versammlung, ca. 100. Abendversammlung ca. 1000. Störungsversuche der Nazi leicht unterdrückt. Nachts nach Jena.

30. Juli

Stiftungsfest Jena. Große Hitze, viel Getränke.

31. Juli

Im FCC geht Beschluß: „In Couleur keine politische Betätigung, auch keinerlei Parteiabzeichen“ gegen drei Stimmen durch. Auch hier höre ich, daß Nazi verbreiten: Hugenberg und Bang seien nicht schlimm, aber ich treibe gegen sie! Gerade die Aktiven aber sehr für mich! – Besonders scharfer Nazi Corpsbruder Rosenbaum!

[1.] August

Wahlausfall: Deutschnationale ziemlich schlecht⁶⁰. Nazi, Zentrum und Linke verstärkt.

⁵⁸ Zur Radikalisierung des politischen Klimas in Nürnberg durch die NSDAP: Hambrecht, Aufstieg S. 224–228.

⁵⁹ Tatsächlich erhielten die NSDAP 230, die DNVP 37 und die DVP 7 Sitze bei einer Gesamtabgeordnetenzahl von 608. Die SPD hatte 133, die KPD 89, die DDP 4, das Zentrum 75. Der Rest entfiel auf andere Parteien.

⁶⁰ Vgl. Bracher, Auflösung, S. 534 f.; Winkler, Katastrophe, S. 684–692. Die Harzburger Front besaß immer noch keine Mehrheit.

Mitte völlig zerstört. Nur eine parlamentarische Mehrheit Zentrum-Nazi möglich, aber für beide sehr schwierig. Terrorakte der Nazi. – Nur Diktatur denkbar, sonst nicht nur Ordnung, sondern auch Einheit gefährdet. – Abends mit L[otte], Claß und Fräulein Claß im Zoo. Während die „Deutsche Zeitung“ für Hitler Propaganda macht, erklärt Claß ihn für den größten Schurken in Deutschland⁶¹. Behauptet starke Gärung in der Partei gegen Hitler. Nous verrons.

[. . .]

4. August

Besuch von Meißner, der mit Familie Villa Bleichröder in Heringsdorf bewohnt. Er sagt, Reichspräsident und Kabinett würden Preußen nicht wieder freigeben. Über ein Wirtschaftsprogramm scheint sich Kabinett weniger klar zu sein, indessen betont Meißner: Der Arbeitsminister Schäffer sei scharfer Gegner der Gewerkschaften und Grieser habe völlig umgelernt (!)⁶². Schleicher wolle die Macht ausnützen, aber man müsse doch an später denken! Gayl hält Meißner für übervorsichtig. Zentrum wolle die Nazi in die Regierung hineinnehmen, um sie zu enervieren. Meißner fragt: Wie steht Ihr zu einer Koalition zu dritt? Ich: Das jetzige „Präsidial“-Kabinett ist ja gut, wozu ändern? Ein parlamentarisches Kabinett würde die großen Aufgaben: Preußen, Wirtschaft pp. kaum lösen können. Das schien Meißner gern zu hören. War wieder recht affabel. Zurück nach Berlin. [. . .]

5. August

[. . .] Nachmittags wegen Gelsenkirchen bei v. d. Porten⁶³. Er singt das Lob meines Freiheitsprogramms, das über allem stehe, was jetzt geschrieben sei, namentlich auch Schachts neuem Buch! – Bei Reinhart wegen „Deutscher Zeitung“ und Ilse; in letzterer Sache möchte ich gerne vermitteln. Reinhart erst auf hohem Pferd, dann einsichtig. – Claß meint, in München würden an die SA Waffen verteilt. Kommt Revolte, dann hat Hitler verspielt und Schleicher gewonnen. – Meines Erachtens muß Hitler daran scheitern, daß er seine Leute zur Revolution erzogen und dann zur Legalität gezwungen hat. Die Idee, „durch Mehrheit zur Diktatur“ scheint mir Widerspruch an sich.

⁶¹ Öffentlich distanzierte sich der Alldeutsche Verband von den Nationalsozialisten erst nach deren Vorstoß gegen Papen anlässlich der Reichstagsauflösung vom 12. 9. 1932; Kruck, Geschichte, S. 204 f.

⁶² Vgl. dazu Winkler, Katastrophe (S. 726), wonach der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 7. 9. 1932 beschloß, ein für den folgenden Tag vorgesehenes Gespräch mit Schäffer zu einem Protest gegen die „ungeheuerlichen arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Reichsregierung“ zu nutzen.

⁶³ Am 19. 6. 1932 wurde in der Presse bekannt, daß das Reich Friedrich Flick ein Aktienpaket der Gelsenkirchener Bergwerks AG im Nennwert von 100 Millionen RM (38,02 % des Gesamtkapitals) zu einem weit überhöhten Kurs abgekauft hatte. Die Regierung Papen ordnete am 25. 6. die Einsetzung einer Untersuchungskommission an. Die Drohung Flicks, den Vertrag rückgängig zu machen und eventuell an das Ausland zu verkaufen, dämpfte aber den Eifer der Regierung. Flick hatte nach außen hin das Engagement des Reiches in der Bergbauindustrie des polnischen Oberschlesien abgedeckt und hatte deshalb das Reich von sich abhängig gemacht; Henning Köhler, Zum Verhältnis Friedrich Flicks zur Reichsregierung am Ende der Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 878–883; Das Kabinett von Papen, S. 109 ff., 121 ff., 163–166, 218–223, 277 f.; Turner, Großunternehmen, S. 286; Ogger, Flick, S. 100–116; Adelheid von Saldern, Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard am Rhein 1966, S. 179–184.

[...]

8. August

Spaziergang mit Claß. Artikel: Schuldenfrage für „Tag“. Hugenberg. Er hat merkwürdige Ideen, eventuell mit Hitler in eine Regierung zu gehen. Viel zu heftig gegen Schleicher, wie früher. Reichsliste. Unterredung dauert eineinhalb Stunden.

9. August

Herrlicher Ausflug Nikolskoe und Pfaueninsel. – Spaziergang mit Claß. Er sagt mir horrible Dinge vom Kronprinzen aus 1918. Dann abends bei Meißner. Auch dort weiß man von den Putschplänen der Nazi, hält sie nicht für gefährlich. Papen will nicht weichen, nur ein bis zwei Nazi ins Kabinett nehmen. Meißner nimmt an, daß Hindenburg ihm zustimmt und Nazi Kabinett tolerieren. Tun sie es nicht, soll aufgelöst und Wahlen verschoben werden. Ich schlug zwangsweise Vertagung vor. Sei einfacher: Erwinnere an meine Warnungen, sich gar zu sehr mit Nazi einzulassen. Hitler werde sein Cannae so oder so erleben, aber es sei eine Tragödie mit dieser Bewegung, die so viel gute Elemente enthalte. Zerfalle sie, so wachse der Kommunismus. Schleicher ist fest entschlossen, jeden „Marsch auf Berlin“ mit Gewalt niederzuschlagen⁶⁴. Notverordnung mit Todesstrafe ist unterschrieben⁶⁵. – Telefon Hugenberg und Mejer, der meine Information namentlich bez. Schleicher bestätigt. Reisepläne rebus sic stantibus bez. des Zieles ungewiß.

10. August

Lange Besprechung mit Hugenberg. Ausschließlich über die politische Lage. Die Parteifragen – mit all ihren schwierigen Aufgaben – vermied er. Da ich am 8. ihm lebhaftere Vorstellungen über die Zentralbürokratie, Auswahl der Abgeordneten usw. gemacht hatte, vermied ich es, ihn wieder zu stellen. Ich berichtete über meine Informationen. Meines Erachtens habe Schleicher das Spiel in der Hand – wenn er nicht etwa die Nerven verlöre. Hugenberg blieb bei seiner Abneigung, erörterte die Möglichkeit eines Kabinetts Hitler und einer Teilnahme daran⁶⁶. Ferner wies ich auf die Gefahr der Wahlreform-Pläne hin, die im Kabinett erörtert wurden⁶⁷. Zentralapparat wußte nichts und

⁶⁴ Unruhe verbreitete damals die Nachricht, starke SA-Verbände seien auf dem Marsch nach Berlin. In Berlin hielt sich die SA nicht an die Burgfriedensbestimmungen. Die Mitglieder verließen die Arbeitsplätze, um sich bereit zu halten. Auch in der Mark Brandenburg wurde zum „Marsch auf Berlin“ gerüstet; Dorpalen, Hindenburg, S. 332 f.; Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 222; Papen, Wahrheit, S. 224; Erwein von Aretin, Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes. Hrsg. von Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin, München 1955, S. 122; Vogelsang, Reichswehr, S. 262 f.; Dienatag-Bericht vom 11. 6. 1932, in: BA, ZSg 101/25, fol. 248.

⁶⁵ Vgl. Das Kabinett Papen, Bd. 1, S. 374 ff.

⁶⁶ Nach Vogelsang, Reichswehr (S. 261), war Hugenberg inzwischen an einem Kabinett nach dem Modell der Harzburger Front nicht mehr interessiert.

⁶⁷ Zu den Reformplänen des neuen Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl gehörte auch die Änderung des bestehenden Wahlrechts. Er wollte das aktive und das passive Wahlrecht um 5 Jahre heraufsetzen. Überdies wollte er durch die Schaffung von Einmann-Wahlkreisen „Auswüchse“ des Listenwahlrechts beseitigen. Von Gayl war auch Anhänger der von den Deutschnationalen propagierten indirekten Wahl, vertrat dies aber nie nachdrücklich in der Öffentlichkeit. Überdies dachte von Gayl auch an ein Pluralwahlrecht, das selbständige Familienernährer begünstigen sollte; Gerd Schwerin, Wilhelm Frhr. v. Gayl, der Innenminister im Kabinett Papen 1932, Diss., Erlangen/Nürnberg 1972, S. 137–142.

hatte nichts getan. Rief dann bei Gayl an, der schon bei Papen war. Steinrück sagte mir: Details würden morgen nicht gebracht. Ich skizzierte zu seinem Erstaunen den Plan und wies auf die Konsequenz – Vernichtung der DNVP – hin, stellte mich auch für den Abend zu einer Besprechung zur Verfügung. – Auflösung des Reichstags, Beseitigung der kleinen Krise, Kürzung der Renten pp., Wahlreform – alles praktisch Schläge gegen uns. – Dann lange Unterredung mit Doehring, der den Kronprinzen günstiger beurteilt. Ich deutete an, daß die außerpreußischen Parteimitglieder skeptisch seien, und erzählte von den engen Beziehungen Morozowicz zum Kronprinzen, was Doehring neu zu sein schien. Nazis verkünden überall: Morgen geht's los gegen die Bonzen. Wir werden ruhig in den Schwarzwald fahren. Angesagte Putsche pflegen nicht erfolgreich zu sein. – Abends Telefon mit Hugenberg, der bei Papen war. Dieser fühlt sich nicht mehr sicher, weiß nicht, was Schleicher plant. Möglich Berufung Hitlers⁶⁸. Hugenberg meint, das bedeute dessen Allmacht. Ich: Vielleicht ist das ein Verzweiflungsschritt Hitlers, der sich unter Schleichers Flügel rettet. Schleicher habe ja die Verbindung mit Helldorf-Schmidt-Röhm, also große Teile der SA. Hugenberg: Das sei ein sehr interessanter Gesichtspunkt, den er überdenken müsse.

[. . .]

27. August

Aufräumarbeit. Denkschrift mit Claß und Hertzberg besprochen. Auf deren Anregung soll sie sofort Papen, Schleicher, Gayl, Meißner zugehen zwecks Informierung vor Konferenz in Neudeck (Hindenburg). – Rufe abends Schleicher an, der die Denkschrift begrüßt. Man müsse durchhalten. Brüning gebärde sich jetzt als Demokrat⁶⁹. Ich weise ihn auf Vertagung statt Auflösung hin. Er bittet um Material (Anschütz)⁷⁰. Nachts Alarmanruf Hertzbergs: Kabinett Schleicher(Kanzler)-Brüning-Straßer sei perfekt. Klarheit auch am Sonntag nicht zu gewinnen.

[. . .]

29. August

Vormittags Konferenz mit Curtius. – Vorher Besprechung bei Huth: Berndt, Lehmann, Laverrenz, Doehring, Bang betr. Oberfohren. – Mittags stellt mich Hugenberg wegen der Wiederwahl Oberfohrens, für den er erregt eintritt. Ich bestehe auf Vertagung als Minimum. Nachmittags schlägt Oberfohren – offenbar durch Hugenberg gewarnt –

⁶⁸ Vgl. Bracher, *Auflösung*, S. 538–541; Vogelsang, *Reichswehr*, S. 262–265; Winkler, *Katastrophe*, S. 704–707.

⁶⁹ Brüning betont in seinen *Memoiren* (S. 622), er habe, um das weitere Schicksal der Reichsregierung wieder auf eine verfassungsmäßige Linie zurückzubringen, Verhandlungen mit der NSDAP akzeptiert.

⁷⁰ Vgl. dazu den Artikel von Quaat: *Verfassungskrise und Volksnot*, in: *München-Augsburger Abendzeitung* vom 3./4. 9. 1932, 235/236 A, S. 1 f. Darin stellt er fest, im März 1932 habe Professor Gerhard Anschütz, eine demokratische Autorität, in einem Gutachten für die Reichsregierung eingehend dargelegt, daß das Parlament handlungsunfähig sei. Er habe geschrieben, der verfassungsmäßige Diktator dürfe und müsse die Funktionen des ordentlichen Gesetzgebers, des Reichstags, soweit und so lange dieser zur Ausübung seiner Funktionen unfähig sei, in die Hand nehmen. Hindenburg habe also die Möglichkeit zu handeln.

selbst die Vertagung der Vorstandswahl vor. Abends bei [Siechen?], wo ich Meißner (vor Abreise nach Neudeck) treffe.

30. August

Gottesdienst im Dom. Konstituierung des Reichstags⁷¹. Nazi sehr artig, um Hindenburg einen „arbeitsfähigen Reichstag“ vormalen zu können. Kein Sozi im Präsidium, da Zentrum mit rechts geht! – Abend der Fraktion im Kasino Schadowstraße. Lange Gespräche mit Stauffenberg und Spahn. – Abreise nach Gleiwitz.

31. August

[...] Nazi und Zentrum im Grunde gegen die Regierung⁷²! Brief Dauchs aus Guatemala (Schuldenfrage) und Wallrafs, der sich stark zu uns bekennt!

[...]

2. September

Spaziergang mit Maretzky. Thema: Schleicher. Aufsatz für „Deutsche Zeitung“: „Der verfassungsmäßige Diktator“. Es wird jetzt sehr viel darauf ankommen, daß wir uns für die Wahlen rüsten. Wir müssen Papens Wasser über Hugenbergs Mühle leiten. Werden wir das zustande bringen? – Meine *Denkschrift hat für Neudeck* anscheinend gute Dienste geleistet. Am 30. rief Gayl an, um mir zu danken. Augenscheinlich fehlt es in der Regierung durchaus an gedanklichem, aber auch an juristischem Rüstzeug. Es war also ernsthaft, wenn mir das Schleicher bei dem Telefongespräch am 27. sagte. Auch Gottheiner sagte mir im Reichstag am 31., daß er diese Gutachten nicht kenne, und bat sich meine *Denkschrift* aus. Sie hat außer Hugenberg (der sich nur kurz äußerte und die Abschnitte über Monarchie und Länder beanstandete) erhalten: Dommes (Doorn), Prinz Oskar, Graf Goltz und der Kronprinz. Abends bei Bang im Tee-Kreis mit Jugend.

3. September

Abends Telegraphen-Union. Hugenberg erzählt nachher seine Unterredung mit Papen⁷³.

[...]

8. September

Vormittags scharfe Auseinandersetzung mit Hugenberg und Oberfohren (s. die *Niederschrift nächste Seite*)⁷⁴. – Fraktion⁷⁵. [...]

⁷¹ Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 454, S. 1–11.

⁷² Papen hatte am 30. 8. 1932 die Zustimmung Hindenburgs für seine Absicht, den Reichstag erneut aufzulösen, erhalten. Zu den gegen diese Absicht gerichteten Verhandlungen von Zentrum und NSDAP: Brüning, Memoiren, S. 622–626; Detlef Junker, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969, S. 96–99; Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 316–322.

⁷³ Das Gespräch Hugenbergs mit Papen bezog sich wohl auf die Probleme, die Hugenberg am 3. 9. 1932 in einem Schreiben an Papen angesprochen hatte, das in seiner Presse veröffentlicht wurde. Er forderte darin im Interesse der Landwirtschaft einen beschleunigten Übergang zum Kontingentsystem und eine Beschleunigung der Schuldenregelung; Das Kabinett Papen, Bd. 1, S. 509 f.

⁷⁴ Protokoll einer Sitzung mit Frau Lehmann, Hugenberg, Schmidt-Hannover, Oberfohren, Quaatz vom 8. 8. 1932: Quaatz weigert sich, eine anstehende Reichstagsrede zur Lage der Wirtschaft zu

[. . .]

11. September

Lichtenrade. Nazi und Zentrum bluffen weiter, aber Hindenburg will sich anscheinend nicht bluffen lassen – Hugenberg laviert nach allen Richtungen und wird wohl unsere recht erheblichen Chancen zunichte machen. Er ist besessen von der Idee, selbst noch an die Macht zu kommen.

12. September

Ein historischer Tag, erneute Auflösung des Reichstags⁷⁶. Die causa proxima hierzu zu setzen, war mir vergönnt: Die Kommunisten hatten Antrag auf Aussetzung der letzten Verordnung im Ältestenrat angekündigt. Oberfohren hatte auf eine Anfrage gesagt, er würde Widerspruch für die heutige Tagesordnung erheben, so daß der Antrag frühestens morgen hätte verhandelt werden können. Ich verhinderte das durch Fraktionsbeschluß, was Oberfohren als „Bagatelle“ bezeichnete. Meine wirklichen Gründe konnte ich nicht sagen: Würde der Antrag vor der Papenschen Rede angenommen, war Auflösung sicher. Das bedeutete Ende der Schleicherschen Sonderpolitik, Bruch zwischen Regierung und Nazi.[.] Ablauf: Alles hatte auf unseren Einspruch gerechnet. Allgemeine Verblüffung. Göring läßt eine halbe Stunde Vertagung beschließen. Dann läßt er den Antrag beschließen, trotzdem Papen sich zum Wort zwecks Verkündigung der Auflösung gemeldet [hatte]. Papen verläßt den Saal, nachdem er ihm [Göring] die Order hingereicht. Göring verliest und erklärt dummerweise Auflösung für ungültig. Gleich nachher Absage der Sozi: Reichstag aufgelöst, Überwachungsausschuß zuständig. Also müssen Nazi unter Löbes Führung nutzlose Demonstration gegen Papen machen, statt Sozi unter Göring. Telefon mit Meißner: auch Zentrum bekommt kalte Füße. Nazi werden völlig isoliert. – Papen hält scharfe Rede gegen Nazi im Rundfunk⁷⁷. Wir haben die Regierung auf den Weg der Diktatur gedrängt. Eine Bagatelle. Viele Kollegen und Journalisten beglückwünschen mich zu ihr. Scharfe Erklärung der Fraktion gegen Fraktion [sic!] verfaßt. Dann bei Hugenberg mit Schmidt, Oberfohren, Freytagh. Redaktion eines Parteiaufrufs. Besprechung der Wahlen. Die *fünfte Wahl* in einem Jahr! Ein Wahljahr 1932!⁷⁸

[. . .]

übernehmen, weil er aus rassistischen Gründen bei den Nationalsozialisten als schwarzes Schaf gelte und der Partei nur schaden würde. Quaatz stellt sein Mandat zur Verfügung. Es wurde entschieden. Quaatz solle sein Mandat behalten, die Rede sollte Schmidt-Hannover übernehmen. Quaatz stimmt nach massivem Eingreifen Hugenbergs der Wiederwahl Oberfohrens zum Fraktionsvorsitzenden trotz heftiger Kritik an der Fraktionsführung zu.

⁷⁵ Die Fraktion faßte eine Resolution, in der gegen die Angriffe der nationalsozialistischen Presse auf die DNVP und Hugenberg protestiert wurde. Sie begrüßte die in der Antwort Papens an Hugenberg gegebene Zusage der Regierung Papen hinsichtlich der Einfuhrkontingentierung; München-Augsburger Abendzeitung vom 9. 9. 1932.

⁷⁶ Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 454; S. 12 ff.; Brüning, Memoiren, S. 626–629 f.; Bracher, Auflösung, S. 549–551; Eyck, Weimarer Republik, Bd. 2; S. 527–530; Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 241 f.; Papen, Wahrheit, S. 234 ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 278 f.; Winkler, Katastrophe, S. 731 ff.

⁷⁷ Vgl. Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 546–561.

⁷⁸ Quaatz meint die beiden Reichspräsidentenwahlgänge, die beiden Reichstagswahlen und die preußischen Landtagswahlen und zählt die übrigen Landtagswahlen nicht mit.

14. September

Möllers und Hertzberg wegen der Hilfsaktion für die „Deutsche Zeitung“.

15. September

Lange Besprechung bei dem neuen Verkehrsminister v. Eltz. Er macht weder auf den Fachgebieten noch politisch den Eindruck der Selbständigkeit. Fachlich ist sein Leitstern anscheinend Dorpmüller, politisch Papen. [. . .]

[. . .]

21. September

Hugenberg. Bespricht Listenfragen, sagt mir dabei ohne jede Anregung meinerseits, daß *ich wieder auf der Reichsliste am alten Platz kandidieren solle* und ob ich hinter ihm (Scheinstelle Logemann) in seinem Wahlkreis kandidieren wolle, was ich bejahe⁷⁹. Über seine Gespräche mit Papen und Schleicher sagte er nichts. [. . .] – Wahlaussichten: Die Politiker tippen auf Zuwachs für uns von 12–20, Verlust Nazi 25–30 Mandaten⁸⁰. Im Publikum schätzt man unsere Aussichten viel günstiger.

[. . .]

4. Oktober, Kissingen

Fast jeden Nachmittag ambalando politische Gespräche, bei denen Hugenberg sehr aus sich herausging.

6. Oktober

Führertragung im Rahmen der Parteivorstandssitzung. Ich halte Hauptreferat: Deutschlands Wiederherstellung, das sehr gut aufgenommen und gedruckt wurde⁸¹.

[. . .]

15. Oktober

Finanzsitzung mit Nagel und Weiß. Frühstück mit Hugenberg. Nachmittags Besprechung des Mittelstandsprogramms bei Bang mit dem früheren sächsischen Finanzminister Dr. Weber und Jaeger-Celle. [. . .]

⁷⁹ Quaatz erhielt Platz 2 der Reichsliste.

⁸⁰ Tatsächlich hatten die Deutschnationalen einen Zuwachs von 15 Sitzen, die Nationalsozialisten einen Verlust von 34. Die SPD bekam 121, die KPD 100, das Zentrum 70, die DDP 2, die DVP 11 bei 196 für die NSDAP und 52 für die DNVP.

⁸¹ Quaatz, Die Wiederherstellung Deutschlands. Unsere Ziele und die Regierung Papen, Vortrag, in der Führertragung der D. N. V. P. am 6. Oktober 1932 gehalten, Berlin 1933. Quaatz wandte sich darin insbesondere gegen die Verantwortungslosigkeit des Nationalsozialismus, der die Regierung Papen um jeden Preis bekämpfe. Die Nationalsozialisten verschrieben sich immer mehr dem Sozialismus und dem Klassenkampf. Der Nationalsozialismus habe die nationale Front bewußt zertrümmert. Auf dem Wege des Zusammenschlusses der nationalen Parteien sei es jetzt nicht mehr möglich, ein neues Deutschland aufzurichten. Von der Regierung Papen verlangte er, daß sie keinen Lohn- druck betreiben dürfe. Die Deutschnationalen würden sich dafür einsetzen, daß der Lohn nicht unter das Existenzminimum sinke. Er warf der Regierung Papen sogar vor, daß ihre Maßnahmen zu sehr darauf abgerichtet seien, den Banken anstatt der schaffenden Wirtschaft zu helfen.

16. Oktober

Soziale Tagung der Partei mit großem Vortrag Hugenbergs⁸². Großer Erfolg. Langes Mittagessen mit Hugenberg, Bang, Bismarck. Römischer Einfluß auf Papen. Notwendig Gefühl mit Schleicher. Hitler scheint sich Hugenberg zu nähern⁸³. Kontingentspolitik und Luther⁸⁴.

17. Oktober

Aufsatz für „Tag“: „Kontingentierung oder Devisenzwangswirtschaft?“ gegen Luther. Entwurf eines großen Wahlaufrufs.

18. Oktober

Vormittags Magnus und Vogelsang (Rundfunk), Professor Ohnesorge (Postzentralamt), Timm wegen Rundfunk und Postpersonalien. – Nachmittags v. Hertzberg. – Abends Hembeck und Dr. Schiftan, der zur DNVP will.

19. Oktober

Büroarbeit. Flugschrift „Wiederherstellung Deutschlands“.

20. Oktober

Büroarbeit. Mit Meißner in Reinhardts Inszenierung des „Prinzen von Homburg“ Am besten Kayßler als Kurfürst und Helene Thimig in der schwierigen Rolle der Natalie. Nachher lebhaft Unterhaltung bei „Bristol“ (teuer und mäßig). Anscheinend Schleicher doch chronisch krank (Krebs?). Meißner hält Wiedereinführung von Stichwahlen für unmöglich, ebenso dreifache Zusammensetzung des Reichsrats⁸⁵.

21. Oktober

Flugschrift: „Deutsche Wirtschaft braucht starken Staat“ fertig gestellt⁸⁶. Abreise nach Stettin und Königsberg. [. . .]

⁸² München-Augsburger Abendzeitung vom 17. 10. 1932.

⁸³ Von einer Annäherung Hitlers an Hugenberg konnte damals keine Rede sein; Leopold, Hugenberg, S. 123 f.

⁸⁴ Luther sah als Folge der Zusage einer Kontingentspolitik zugunsten der Landwirtschaft katastrophale Wirkungen für den deutschen Export und die Devisenlage und negative Folgen für die Währung als wahrscheinlich an. Am 11. 10. 1932 verfaßte er einen Brief an Papen, den sämtliche Mitglieder des Reichsbankdirektoriums unterzeichneten und in dem er vor der Kontingentierungspolitik warnte. Durch eine Indiskretion der Reichskanzlei konnte die Deutsche Tageszeitung den Protest Luthers der Öffentlichkeit mitteilen; Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 750–753, 773 f.; Hans Luther, Vor dem Abgrund. 1930–1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin 1964, S. 282–286.

⁸⁵ Von Gayl hatte vor der Berliner Presse nur unbestimmt geäußert, daß ein Ausbau der Rechte des Reichsrats oder der Einbau einer berufsständischen Kammer oder eine Mischung von beiden angestrebt werde. In den „Führerbriefen“ wurde am 18. 10. berichtet, daß die neu zu schaffende erste Kammer sich zu je einem Drittel aus Vertretern der Länder (Reichsrat), der Wirtschaft (Reichswirtschaftsrat) und aus vom Reichspräsidenten ernannten Persönlichkeiten (oder Vertretern der Gebietskörperschaften) zusammensetzen solle; Ulrike Hörster-Philipps, Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen, Köln 1982, S. 336 f.

⁸⁶ Quaat, Die deutsche Wirtschaft braucht einen starken Staat!, Berlin 1932. Quaat begrüßte darin grundsätzlich Papens Wirtschaftspolitik und appellierte an die schaffenden Kreise des Bürgertums, nicht dem Nationalsozialismus anzuhängen. Die Schrift erschien auffälligerweise zu einem Zeitpunkt, als die DNVP Ansprüche auf Ministerposten in Preußen erhob und Papen die Zusammenlegung von Ministerien ins Auge faßte; Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 803 f.

[. . .]

25. Oktober

Abends bei Hertzberg mit Minister Gayl und Claß. Hierüber nachstehender Brief an Hugenberg vom 26. 10. 1932:

Sehr verehrter Herr Geheimrat! Die in Aussicht genommene Besprechung mit Gayl, Claß, Vietinghoff bei Hertzberg hat gestern abend stattgefunden und ergab letzten Endes durchaus eine Übereinstimmung der Auffassungen. Nach dem Urteil des Reichsgerichts ist die weitere Reinigung der preußischen Verwaltung, insbesondere der Schuldenverwaltung, möglich und zudem aus sachlichen und politischen Gründen dringend. Die Reichsregierung hat in diesem Punkte auch lediglich das Urteil abgewartet. Ob das richtig war, steht m. E. dahin. Falls sich weitere Schwierigkeiten ergeben sollten, müßten weitere Notverordnungen ergehen. Über die Verfassungsfrage wird der Minister am Freitag sprechen, jedoch nur ganz allgemein. Eine Beschlußfassung des Kabinetts liegt noch nicht vor (ebenso Meißner am 20. dieses Monats). Inhaltlich treffen die Pressemitteilungen nicht zu. Man denkt nicht an die kleinen Wahlkreise und Stichwahlen. Bezüglich des Mißtrauensvotums wurde die Möglichkeit eines „eingeschränkten“ Mißtrauensvotums erörtert. Auf eine direkte Frage Gayls habe ich erklärt, es gebe für uns zwei Kardinalpunkte, von denen unsere Stellung schlechthin abhinge. Das eine sei die Frage Parlamentarismus oder nicht, Präsidentenregierung oder Parlamentsregierung? Das zweite sei der Dualismus. Diese Frage sei noch wichtiger. Alle halben Lösungen in diesen beiden Punkten müßten immer wieder in das Chaos hineinführen. Diese Auffassung wurde allseitig gebilligt, gerade auch von Gayl. Längere Zeit wurde die Frage über die Erste Kammer besprochen, z. B. über die Möglichkeit eines Oberhauses mit drei Kurien, die Gayl kritisch ausgezeichnet entwickelte. Es ergab sich völlige Übereinstimmung, daß derartige Pläne staatsrechtlich wie politisch Mißgeburten sein würden. Dagegen schien es uns richtig, dem Reichsrat ein absolutes Veto zu geben, und zwar in allen Fragen, nicht nur Finanzfragen, und gegenüber allen Beschlüssen des Reichstages (nicht der Reichsregierung). Im Falle eines solchen absoluten Vetos hätte dann der Reichspräsident zu entscheiden (Vorschlag Quaatz, der von allen akzeptiert wurde.) – Tatsächlich würde die Meinungsbildung des Reichspräsidenten in diesem Falle schwerlich weit von der Meinung der preußischen Regierung abweichen, denn vorausgesetzt ist, daß der Reichspräsident zugleich Staatspräsident ist, und daß die preußischen Stimmen im Reichsrat im Sinne der Reichsregierung abgegeben werden. In dieser zukünftigen Lösung müßte auch die Sonderstellung der Provinzialstimmen im Reichsrat fortfallen, da sie eine, allerdings für uns sehr nützliche, Anomalie darstellen, die späterhin zwecklos wäre. – Für später, wenn in den Berufskreisen wieder mehr Staatsgesinnung eingetreten ist, wäre es möglich, den Wirtschaftsvertretungen eine obrigkeitliche Selbstverwaltung in ihren eigenen Angelegenheiten, also nicht in Staatsangelegenheiten, zu geben. Ständestaat, Ständeparlament usw. wurde entschieden abgelehnt.

[. . .]

31. Oktober

[. . .] Gegen die Krediteinschränkung⁸⁷ und Luthers Druck auf Rückzahlung der Auslandsschulden muß scharf Front gemacht werden. [. . .]

[. . .]

2. November

Aufsatz: Bürger und Spießbürger. – Abends in Potsdam. Meine Schlußrede in diesem Wahlkampf. Sehr gut besucht. Prinz Oskar mit Sohn. Nazi-Störungen gut abgewehrt, so daß Verlauf sehr befriedigend. Nach mir stud. Bothe. Leitung durch Dommes sehr geschickt. Nachher bei ihm mit Prinz Oskar und Sohn und Fräulein Lindequist. Der Prinz sehr sympathisch und verständig wie immer. Blieben bis nach 24.00 Uhr.

3. November

[. . .] Papens Prestige sinkt. Anscheinend unsicher. Die durch den Staatsgerichtshof geschaffene Lage ist skurril und schadet der Regierung⁸⁸. Hindenburg läßt nach seiner Art die Dinge an sich kommen und gestattet anscheinend kein Durchgreifen. Reg[ierung]-Propaganda-O[rganisation?]. Anscheinend hemmt Schleicher den Chef der Presseabteilung, Marcks, der aus seinem Laden stammt. Tuchföhlung der Kommunisten und Nazi immer enger.

4. November

Bei Hugenberg. Die Führer der österreichischen Großdeutschen Partei (groß ist nur die 1. Silbe!), Minister Schärff und Professor Foppa⁸⁹. – Dann sehr lange und ernste Unterredung mit Hugenberg. Ich stelle ihm mein Mandat mit folgender Begründung zur Verfügung: Gegenüber der Parteimaschine kämen selbständige Persönlichkeiten nicht mehr in Betracht. Kleine Cliques bildeten die Wahlkörperschaften. Die Landesvorsitzenden ernennen sich selbst zu Abgeordneten. Die Geschäftsführer hingen auf das engste mit der Berliner Zentrale zusammen. In der Fraktion spiele sich Oberfohren als Diktator auf und werde darin von Hugenberg unterstützt, der jeden Vorstoß gegen Oberfohren als Kabinettsfrage für sich erkläre und sich so mit ihm identifiziere. Ich hätte Hugenberg's Führerschaft selbst mit geschaffen, müsse mich aber gegen diese Überspitzung des Führerprinzips wenden. Hugenberg versuchte mich zu widerlegen und meine Beschwerden als persönliche zu bagatellisieren. Als ich ihm aber wiederholt sagte: Die Personenfragen seien mir gleichgültig. *Ich hätte das System satt, das nicht zu ertragen sei.* Ich hätte mich

⁸⁷ Nach Darstellung Luthers hatte die Regierung den ihr von der Reichsbank zur Verfügung gestellten Kreditrahmen bis zum 27. 10. 1932 nicht einmal zur Hälfte ausgeschöpft; Luther, Abgrund, S. 295 f.

⁸⁸ Das Urteil des Leipziger Staatsgerichtshofs erklärte zwar Hindenburg's Eingreifen in Preußen durch Einsetzung eines Reichskommissars für gesetzmäßig, soweit es zur Sicherung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gedient hatte. Der Entzug von Befugnissen und auch die Übernahme der Kontrolle über die Polizei waren danach statthaft, doch betonte das Urteil gleichzeitig, die alte Regierung habe nicht abgesetzt werden dürfen und sei weiter für die Vertretung Preußens im Reichsrat, Reichstag, Staatsrat und gegenüber Reich und Ländern zuständig; Bracher, Auflösung, S. 556–563; Dorpalen, Hindenburg, S. 347 ff.; Das Kabinett Papen, Bd 2, S. 831–834; Schulze, Otto Braun, S. 762; Vogelsang, Reichswehr, S. 304 f.; Winkler, Katastrophe, S. 761–765.

⁸⁹ Die antisemitisch-völkische Großdeutsche Volkspartei in Österreich verfügte zeitweise über die von Claß finanzierte Deutsch-Österreichische Tageszeitung. Unter der Konkurrenz der Nationalsozialisten verlor sie 1932 zunehmend an Anhängern.

zurückgehalten, so lange die Partei im schwersten Kampfe sei. Jetzt könne er mir keinen Vorwurf machen, wenn ich mich zurückzöge – da empfand er erst den Ernst der Situation und erklärte: Er wolle nach der Wahl den Kampf mit den Landesvorsitzenden-Abgeordneten aufnehmen. Es sei aber schwer. Daß ich seinem Wahlkreise als Kandidat nicht präsentiert worden sei, habe er zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht. Damit sei sein Plan durchkreuzt, daß ich dort helfen und später sein Nachfolger werden wolle. – Wir aßen dann zusammen, indem die Sache inpendenti blieb, und besprachen die Lage, Papens schwindendes Prestige, Schleicher, Kronprinz und etwaige Koalition Zentrum-Hitler. – Abends wunderhübsche Oper Strauß „Nacht in Venedig“. – Hugenberg sagt, daß tatsächlich wegen der Kontingente Neurath, Krosigk und Warmbold die Kabinettsfrage gestellt hätten⁹⁰. Ich: Da der geistig und vom Amt abhängige Krosigk dabei sei, nehme ich an, daß Schleicher damit Papen beseitigen will. Papen fällt, indem er gerade den von den Nazi auf höchste [poussierten?] Agrarwünschen nachkommt. Ähnlich hätten wir Luther bei der Flaggenfrage gestürzt⁹¹. Hugenberg ist sichtlich etwas betroffen: Er habe die Kontingente doch zuerst betrieben. Ich beruhige ihn, wir hätten kaum anders handeln können, da die Agrarier für uns wichtiger seien als Papen. Ich habe die Kontingentspolitik wiederholt in der Presse verteidigt, aber dabei stets die unmöglichen Methoden kritisiert. Es ist wieder einmal der halbe U-Boot-Krieg!

7. November

Gestern Wahltag. Nazi von 230 auf 195 gesunken. Wir waren 40, 37⁹², mit Weingärtner⁹³, Hintzmann 40. Jetzt 54. Sozi 12, Kommunisten 100 (früher 89). Zentrum und Bayern verlieren zusammen 9. – Unser Gewinn, gemessen an den günstigen Chancen und der früheren Zahl – noch nach der Niederlage 1928 ca. 80 – sehr mäßig⁹⁴. Zuwachs im Wahlkreis Hugengebgs besonders mäßig⁹⁵. Seine Werbekraft ist doch überaus gering. Im persönlichen Verkehr tritt das ja noch stärker hervor. Dazu Fehler bei den Kandidaten. Bei der Unterredung am 4. [November] fragte ich ihn bei Tisch, ob es nicht möglich gewesen sei, Prinz Oskar an die Spitze der Reichsliste zu stellen. Darauf er, ziemlich verlegen: Ja, Dommies hätte ja gemeint, es ginge, aber er (Hugenberg) hätte schon so viel Schwierigkeiten mit der Reichsliste! Da er mir ansah, daß das doch eine frappierende Ausrede war, setzte er schnell hinzu: Er sei doch auch gewarnt worden, das Monarchische nicht zu sehr zu betonen. Darauf ich: Ja, das sind die oberen Schichten, namentlich

⁹⁰ Zur Rücktrittsdrohung Warmbolds bei einer Einführung von Kontingenten und zur Gegendrohung von Brauns für den Fall einer Nichteinführung: Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 864, Anm. 2.

⁹¹ Durch die am 5. 5. 1926 erlassene Flaggenverordnung war gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden vorgeschrieben worden, an außereuropäischen Plätzen und an europäischen, die von Handelsschiffen angelaufen wurden, auch die schwarz-weiß-rote Flagge zu zeigen. Die SPD stellte daraufhin einen Mißtrauensantrag gegen das zweite Kabinett Luther, der erfolgreich war, weil die DNVP Stimmenthaltung übte; Dörr, DNVP, S. 227 f.

⁹² Die Zahl 37 ist durchgestrichen.

⁹³ Mit „Weingärtner“ ist der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund gemeint.

⁹⁴ Zum Wahlergebnis: Bracher, Auflösung, S. 565–575; Winkler, Katastrophe, S. 774–780.

⁹⁵ Hugenberg kandidierte in verschiedenen Wahlkreisen. Sein Heimatwahlkreis war Westfalen-Nord. Dort hatte die DNVP am 31. 7. 1932 81 597 Stimmen erzielt, am 6. 11. waren es 98 483. Das bedeutete einen Zuwachs von 17,15%, während die Partei im Reichsdurchschnitt um 27,28% zugenommen hatte. In Schaumburg-Lippe, wo Hugengebgs Gut lag, hatte die Partei sogar nur 12,75% dazugewonnen. Errechnet nach den Angaben in: Statistik des Deutschen Reichs. Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933, Bd. 434, Berlin 1935, S. 54, 121 f.

die Industrie, aber die Massen denken anders. Darauf erörterte er die Kronprinzenfrage, dessen Unzuverlässigkeit, Hermine pp., usw. Ich sagte dann: viele Legitimisten sagen ja, Kronprinz hätte freiwillig verzichtet, also sei sein Sohn Wilhelm der nächste. Diese Erörterung griff Hugenberg dann als Abdankung auf. – Bei der Wahl aufgefallen ist mir Berndt, dem Hugenberg, der ihn nicht leiden kann, jede Sicherung versagt hat. – Frühstück mit Lenzmann und Landauer. Abends Interview das „Neuen Wiener Journal“. Von den deutschen Zeitungen kommt keine auf den Gedanken solcher Rundfrage. [. . .]

8. November

Vormittags Timm. Verstimmung in Berlin gegen Steinhoff. – Nachmittags 14.00 bis 19.00 Uhr bei Hugenberg mit Winterfeld und Schmidt: Thema: Ist Parlamentskoalition Nazi-Zentrum-DVP unter Ägide Schleichers möglich⁹⁶? Sturz Papens über Kontingente? Winterfeld war erst stur. Ich warnte, Papen wegen dieser agrarischen Einzelfrage stürzen zu helfen. Das würde niemand sub specie politic[ae] verstehen. Dem wurde zugestimmt. Falls Braun geht, sollte er durch „Besseren“, z. B. Rohr, ersetzt werden. Ich bin skeptisch betr. Rohr, trotz seiner Begabung, was ich leise andeute. Deutlicher war ich bezüglich Borck, der Staatssekretär im preußen Innenministerium werden soll. Auf meine Frage, ob er „tanti“ sei, sagte Winterfeld: „Dafür seien ja Surèn, Löhrs usw. da!“ Also Parteibuchsystem in optima forma. Auf weitere Fragen, ob Borck auch Parlamentarier bleiben solle, bejahte Winterfeld. Und das alles macht Hugenberg mit! Rückweg mit Doehring. Abends mit Schmidts im Kino. Schmidt erzählt etwas unklar von langer Telefonunterhaltung mit Schleicher. Dieser leugnet seine entrevue mit Brüning in Badenweiler ab⁹⁷. Tut sehr stark. Bumke müsse erschossen werden, sagt er in seiner beliebten Manier. – Planen für Parlament Tricks: Gegen Göring und die Plätze auf der rechten Seite.

9. November

Bei Köster und seinem Nachfolger, Frh. v. Grünau. Thema: Ossa. Dann Köster allein: Paris, Neurath pp. Nachmittags bei Claß mit Professor Foppa, Leiter der Großdeutschen Partei in Österreich⁹⁸. Thema. Reorganisation dieser Partei und Kooperation mit DNVP. Exposé hierüber.

10. November

Bei Hugenberg wegen des lächerlichen Verhaltens seines Landesverbandes. Übergebe ihm den Brief des Geschäftsführers. Mit Ossa ist er ganz einverstanden. Empfang bei Meißner. Drangvolle Fülle. Lersner, Winterfeld[t] (General) usw. Ging nach einer dreiviertel Stunde.

⁹⁶ Am 13. 11. 1932 forderte der Zentrumsvorsitzende Kaas Papen zum Rücktritt auf. Die Zentrumsführung wollte erneut den Versuch einer Regierungsbildung mit Nationalsozialisten unternehmen; Brüning, Memoiren, S. 635; Junker, Zentrumsparlei, S. 112 f.; Morsey, Zentrumsparlei, S. 329 f. Die DVP hatte nach den Wahlen die Verbindung mit der DNVP aufgegeben und wäre also für eine solche Koalition in Frage gekommen; Booms, DVP, S. 533.

⁹⁷ Brüning betont in seinen Memoiren (S. 636), er habe es abgelehnt, sich nochmals mit Schleicher zu unterhalten.

⁹⁸ Die Großdeutsche Partei war nur ein loser Zusammenschluß selbständiger Gruppen und verfügte über keine straffe Organisation. Der Parteiflügel unter Foppa trat für eine engere Kooperation mit der NSDAP ein, unter deren Konkurrenz die Partei zunehmend litt.

[. . .]

15. November

Mittags mit Hugenberg. Fürchtet Kabinett Schacht-Straßer. Nachmittags bei Meißner. Meißner sagt: Papen werde Hindenburg nach Verhandlungen mit Parteiführern anheimstellen, anderen Kanzler zu nehmen⁹⁹. Hindenburg werde Demission nur annehmen, wenn autoritäres Kabinett ohne Parteibindung möglich. Es sei ganz unwahrscheinlich, daß Parteien sich auf solches einigten. Ich: Ja, aber diese Verhandlungszeit werde benötigt, um andern Kanzler zu lancieren. Nennt verschiedene, aber nicht Schacht. Als ich ihn nenne, gibt er zu, daß er in Frage komme, etwa in der Kombination Schacht, Hugenberg, Straßer. Nazi hätten ihm von Straßer als Kanzler gesprochen, aber Hindenburg wolle keine Parteiherrschaft, also weder Hitler noch Straßer. Schleicher wolle nicht, auch Hindenburg wolle ihn „aufsparen“ für den Fall, daß man „militärisch durchgreifen“ müsse. Erörtern dann Fehlen eines wirklichen Wirtschaftsprogramms. Dann Reichstag: Meißner sagt: Schleicher, Gayl, auch Papen wollten Reichstag vor Zusammentritt auflösen¹⁰⁰. Papen brenne nicht mehr auf Reden im Reichstag. Dagegen seien Gürtner, Warmbold, Neurath. Auch er, Meißner. Man fordere die andere Seite heraus. Wahrscheinlich komme dann Generalstreik incl. der christlichen Gewerkschaften. Diese Politik könne man mit Hindenburg nicht machen. Er, Meißner, empfehle: Reichstag – Mißtrauensvotum nicht beachten – bei Aufhebung der Notverordnung Neuwahl. Reichstag fürchte Auflösung. Ich beleuchte die Schwierigkeiten, sein Weg erfordere große Zähigkeit und Energie, beunruhige Wirtschaft dauernd. Meißner: Der andere Weg biete mehr Schwierigkeiten. Man gewöhnte so das Volk langsam an autoritäre Regierung. Ich: Preußen? Meißner: Kommissar bleibe. Landtag werde wohl anderes Ministerium als Braun-Severing wählen. Kam dann mit Goerdeler heraus¹⁰¹! Der würde Möglichkeit der Verständigung mit Landtag bieten. Hugenberg, dem ich berichte, sagt: Ihm sei über dieselbe Kombination von anderer Seite (wohl Schleicher) gesagt; darüber werde Hitler lachen. – Abends Diner bei uns: Claß mit Schwester und Tochter, v. Domes und Frau, Graf und Gräfin Kalkkreuth, v. Hertzberg, Frau Köster (der Botschafter ist schon in Paris), Walter Kirchhoff. Sehr angeregt und nett. – Kalkkreuth meiner Ansicht in der Kontingentfrage (Fett und Futtermittel trennen). Bezüglich Nazi sagt er: Hitler sei politisch, wohl auch finanziell, vor allem aber moralisch (§ 175 auch er!) bankerott. Daran schließt er die merkwürdige Schlußfolgerung: Darum sei er reif für Eintritt in die Regierung. Dabei besteht m. E. deren Stärke darin, daß sich draußen Nazi und Marxisten ausbalancieren.

[. . .]

⁹⁹ Prälat Kaas hatte am 13. 11. 1932 in einer Unterredung mit Papen dessen Rücktritt gefordert, um den Weg für die Durchführung einer neuen nationalen Sammelaktion freizumachen, in die Zentrum und NSDAP einbezogen sein sollten. Am 17. 11. 1932 trat Papen zurück und es begannen Besprechungen mit den Parteiführern. Alle wurden gefragt, ob sie weiterhin eine Präsidialregierung akzeptieren würden. Hugenberg sprach sich am 18. 11. 1932 bei Hindenburg für eine Fortsetzung des bisherigen Kabinetts aus; Hubatsch, Hindenburg, S. 345 ff.; Junker, Zentrumspartei, S. 114 ff.; Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 956–960; Morsey, Zentrumspartei, S. 330 f.; Vogelsang, Reichswehr, S. 319 f.

¹⁰⁰ Papen und von Gayl hatten wiederholt als Alternative zu einer erneuten Reichstagsauflösung mit Neuwahlen einer verfassungswidrigen Lösung zugeneigt; Bracher, Auflösung, S. 578.

¹⁰¹ Vgl. Meißner, Staatssekretär, S. 247.

17. November

Drei Stunden Konferenz bei Hugenberg über Mittelstandsfragen mit Dr. Weber, Füssel, Bang, Möllers. Ich weise auf die völlige Unmöglichkeit der Steuer- und Finanzpolitik des Kabinetts hin¹⁰². Frühstück von 15.00–16.30 Uhr mit Hugenberg. Sprechen die Lage durch. Hugenberg hält Berufung Hitlers für möglich¹⁰³. Ich nicht. – Abends schließe ich meinen schwierigen amerikanischen Brief (an Wohlthat) über die Schuldenfrage ab. Will ihn veröffentlichen.

18. November

[. . .] Nachher Hilferding: Parlament müsse wieder arbeiten, widerspricht nicht, als ich ihm sage: Ja, aber es müsse ein parteiloses Regiment dulden. Hilferding: Man müsse die Nazi entweder in die Regierung bringen oder sie dem Radikalismus überlassen. SPD sei gegenüber KPD in höchst schwieriger Lage, deshalb habe sie Papen die schroffe Absage geben müssen¹⁰⁴. Papen sei zu leichtfertig vorgegangen. In der ganzen Tonart gab er das Bedürfnis der Anlehnung zu erkennen. – Nachmittags drei Stunden Arbeitsgemeinschaft junger Deutschnationaler. [. . .]

19. November

Mittag bei Onkel Tom. Krise auf dem Höhepunkt. Hugenberg wünscht, daß ich Meißner aufsuche. Über diesen Besuch folgt längere Aufzeichnung, die ich mit Hugenberg morgen (Sonntag) besprechen will. Einen bestimmten Rat kann ich ihm nicht geben, weil ich auch diesmal nicht die Gesamtlage übersehe. Hugenberg scheint nicht mitmachen zu wollen. Seine Schwachepunkte sind leider seine Unternehmungen, an die er manchmal mehr denkt als an die Partei. Auch diese kann natürlich von Hitler, Schleicher dezimiert, aber nicht völlig zerstört werden. Auch ist mir sehr zweifelhaft, ob Schleicher fähig ist, einen großen Plan zäh durchzuführen. Er ist wohl auch krank. Man darf also wohl nicht auf zu lange Sicht operieren. Sehr bedenklich wäre ich für den Ernstfall bezüglich Hugenbergs Personalpolitik. Siehe die Abgeordneten.

Gespräch mit Meißner, 19. November, gegen 19.00 Uhr:

[1] Hindenburg will Hitler mit Kabinettsbildung auf parlamentarischer Basis betrauen. Bewogen durch Einflüsse der Industrie (DAZ), Landwirtschaft (Kalckreuth), die eine ähnliche Rolle wie beim Dawesplan spielen. – 2) Versagen Papens, der nur bereit ist, wenn Hitlers Kabinettsbildung scheitert. 3) folgende Motivation Hitlers (wohl von Schleicher inspiriert und unterstützt): Gegen Papen 90% des Volkes, Anträge auf Aufhebung des Art. 48, Generalstreik inclusive Christen droht, Blutvergießen. – Höchst charakteristische Antwort auf meinen Einwurf: Gegen Hitler ganz andere Erbitterung, Hindenburg muß dann decken, was SA tut. Darauf Meißner mit Achselzucken: Dann hat Hindenburg aber eine Mehrheit für sich. (Auch ein Motiv zum Schießen!) – Einwurf: Reichswehr werde Schleicher entwunden. Antwort sehr überlegen: Völlig ausgeschlossen! – Meißner weiter: Hitler habe versprochen, er werde nach Hindenburgs

¹⁰² Im September 1932 hatte Quatz die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Kabinetts Papen noch grundsätzlich begrüßt, insbesondere den Gedanken der Steuererleichterung durch Steuergutscheine; München-Augsburger Abendzeitung vom 9. 9. 1932.

¹⁰³ Zu den ersten Verhandlungen mit Hitler: Bracher, Auflösung, S. 580 ff.; Hubatsch, Hindenburg, S. 350–363.

¹⁰⁴ Die SPD-Reichstagsfraktion hatte am 15. 11. 1932 Papens Einladung zu Gesprächen eine brüske Absage erteilt; Winkler, Katastrophe, S. 790.

Direktiven regieren, alle Wünsche bezüglich Personalien berücksichtigen. Man denke unverbindlich an folgendes Kabinett: Hitler: Kanzler, Straßer: Inneres, Frick: Justiz, Arbeit: Joos, Wirtschaft: Hugenberg, Äußeres: Neurath, Landwirtschaft: vielleicht Braun, Reichswehr: natürlich Schleicher, Finanzen. Krosigk, usw. Meißner fragt, wie wir uns stellen würden? Ich weiche a[us] mit der Frage, wie man mit Reichstag verfahren wolle. Antwort: Vertagung und Ermächtigungsgesetz. Auflösungsorder werde nur von Fall zu Fall bewilligt, bleibe also in der Hand des Reichspräsidenten. – Da ich sehr kühl bleibe und nur abschließend bemerke: Also Rückkehr zum Parlamentarismus! – wird Meißner lebhaft und sagt: Das durchaus nicht; denn man nehme an, daß die Kabinetts- und Mehrheitsbildung nicht gelinge. Dann sei Hitler zahm und könne eine Präsidialregierung nicht mehr sabotieren. Man könne dann wieder Papen oder einen anderen nehmen und das Kabinett personell umgestalten. Hitler werde am Programm und Personen gegenüber DNVP und DVP scheitern¹⁰⁵. Das sei auch Schleichers Ansicht, der gesagt habe, dafür übernehme er 100fache Garantie! „Wir müßten uns mit der DVP verständigen.“ – Da uns somit die Kabinettsauflösung zugeschoben wurde, fing ich an, die Lücken dieser Theorie zu beleuchten: Da Zentrum und BVP (Kaas und Schäffer) sicher seien, würden auch die Christlich-Sozialen mitgehen. Dann fehlten nur ganz wenige Stimmen. Diese würden sich aus der DNVP immer gewinnen lassen. Die ganze DVP aber würde mitgehen, wenn Schleicher es wünsche. – „Ja“, warf Meißner ein, „Schleichers Absichten sind ja immer unklar; er sagt aber bestimmt, er rechne mit dem Scheitern Hitlers und verstärkter Präsidialregierung“. – Ich: Wir sind unabhängig, aber Entschluß schwer und nun fange ich an, auf der einen Seite die Unsicherheit der Wilhelmstraße, auf der andern Seite die Gefährlichkeit eines Partairegiments kritisch zu beleuchten. Meißner hört Abneigung gegen Hitler-Lösung heraus und kommt nun heraus: Das schlimmste sei, daß beim Ausscheiden Hindenburgs dann Hitler stellvertretender Reichspräsident sei und das Heft in der Hand habe¹⁰⁶. Wir müßten Stellvertretergesetz zur Bedingung machen. Meine Frage: „Kann man diesen Fall mit Reichspräsident erörtern, denn seine Ansicht über Lösung dieses Falles sei enorm wichtig“, wird bestimmt bejaht. Meißner mehrfach hierauf zurück. Außerdem müßten wir mit Dingeldey konform gehen, worauf ich auf das Fragwürdige der Position DVP zurückkomme. – Für Präsidialkanzler kommt Schleicher nicht in Frage, weil er scharf ablehnt. „Hindenburg will ihn für Militärregiment aufsparen.“¹⁰⁷ Schacht wird von Meißner diesmal nicht genannt. – Folgendes zu überlegen: Schleicher ist Mittelpunkt. Mögliche Absicht: Hitler soll die Linke niederschlagen, wie Freikorps Spartakus. Reichswehr dadurch geschont und bleibt in entscheidender Position. Sie bändigt dann Hitler und nun kein Widerstand gegen Diktatur mehr möglich, auch kein Generalstreik. – Aus dieser Auffassung aber muß Schleicher Hitlers Kabinett und nicht Papen redivivus wollen. – Für DNVP Lage schwer: Hitler-Schleicher

¹⁰⁵ Das Zentrum schob die Verantwortung für das Scheitern einer Regierungsbildung mit der NSDAP vor allem Hugenberg zu; Junker, Zentrumspartei, S. 117; Morsey, Zentrumspartei, S. 332; zum Widerstand der DNVP: Bracher, Auflösung, S. 580, Anm. 43; Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 282.

¹⁰⁶ Angeblich ging der am 9. 12. 1932 im Reichstag gegen die Stimmen von DNVP und KPD angenommene Antrag der NSDAP, den Präsidenten des Reichsgerichts zum Stellvertreter des Reichspräsidenten zu machen, auf eine Anregung Schleichers zurück, der den Nationalsozialisten suggerierte hatte, daß auf diese Weise der Widerstand Hindenburgs gegen eine Kanzlerschaft Hitlers leichter zu überwinden sei; Eyck, Weimarer Republik, Bd. 2, S. 555; Vogelsang, Reichswehr, S. 339f.

¹⁰⁷ Noch am 26. 11. 1932 setzte Schleicher dem Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk auseinander, daß er für den Fall des Belagerungszustandes in Reserve gehalten werden müsse und daher nicht Kanzler werden könne; Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 1026, Anm. 2.

haben kleine Mehrheit, kriegen auch Auflösungsorder. Dann werden wir an die Wand gequetscht. Machen wir mit – diese Möglichkeit habe ich durchaus offen gelassen – so tragen wir die Verantwortung für die sicher verfehlte Wirtschaftspolitik. Joos-Hugenberg!!! – Andererseits ist Hitler-Kabinett ohne uns ein höchst dürftiges Gebilde, auf das Schleicher eine Gewaltpolitik nicht aufbauen kann. Darin hat Meißner recht: Das wichtigste von allem ist Vorsorge für den Fall des Ausscheidens des alten Herrn. – Sehr merkwürdig übrigens Kubes Vorstoß gegen Kronprinz und Hindenburg. Meißner lobt übrigens Straßer sehr. Auch Hitler und Göring seien jetzt viel bescheidener.

[. . .]

[20. November] *Tötensonntag*

10.00 Uhr nach Dahlem zu Hugenberg. [. . .] Dann zusammen zu Schmidt (elegante Villa), wo Justizminister Gürtner. Zu viert zweistündiger Spaziergang. Gürtner wenig orientiert. Hugenberg macht ihm klar, es gibt zwei Hauptpunkte: Stellvertretung des Reichspräsidenten und Auflösung des Reichstags. Ersteres begriff Gürtner sofort. Erst allmählich aber sah er ein, daß Hitler Interesse an schneller Auflösung unter seiner Kanzlerschaft haben könne, um a) nicht Befähigungsnachweis erbringen zu müssen, b) Wahlverluste wieder einzuholen. – Nachher lud Hugenberg Gürtner bei Schmidt ab und spazierte mit mir erneut circa eine Dreiviertelstunde. Soll als Stellvertreter Hindenburg Schleicher gesetzlich bestimmt werden, Bündnis mit ihm? Oder Bestimmung durch Testament kraft gesetzlicher Ermächtigung? Jedenfalls Stellvertretung und Nichtauflösung Bedingung. Eintritt mit Horchposten lehnt Hugenberg ab, den Gedanken an Oberfohren sogar heftig. Wird Hindenburg ihm wirklich „die Wirtschaft“, also drei Ministerien, anbieten? Ich warne vor Anschein des Ehrgeizes. Ablehnung eher zu motivieren mit Zentrum und Parlamentarismus. Nazi selbst sind anscheinend noch gar nicht schlüssig. Hitler paßt der parlamentarische Frack noch nicht. Wohl noch mehrere Anproben! Zudem zeigt sich wieder, sobald man Koalition spielt, daß die Ministerplätze nicht reichen. Umgekehrt findet autoritäre Regierung immer schwer Persönlichkeiten für die selae curules. Hugenberg hält für möglich, daß Schleicher nach wie vor auf Reichsverweser Kronprinz lossteuert. Hier liegen für mich viele Unklarheiten. – Nachmittags überfällt mich die sehr rührige Gräfin Bredow aus Pommern: [Der?] Papen kehre wieder und wolle Hugenberg zum Wirtschaftsdiktator machen. Er brauche dazu die richtigen Kräfte. Rohr – mit dem Hugenberg sich einverstanden erklärt habe – sei nicht geeignet. Der richtige sei Kleist-[Kickow?] (Schwager Bismarcks). – Dann Stadler: Papen kehre nicht wieder. Er und Hugenberg müßten zu Hindenburg gehen und ihm vorschlagen, Hitler zu ernennen, aber ohne Zentrum. Zur Bedingung müsse Hindenburg Hugenberg als Wirtschaftsdiktator machen, auch das Zentrum zur Tolerierung bewegen. Dies sei anscheinend dazu bereit. Stadler sieht die Dinge an sich sehr ähnlich wie ich, übersah aber z. B. Stellvertretung und Auflösung. [. . .]

[. . .]

23. November

Mittags Besprechung Hartz, Bang, v. Schneidewind, [Relno?] über Programm unserer

Zeitschrift „Soziale Erneuerung“¹⁰⁸. – Artikel für „Tag“ fertiggestellt. – Dann zu Hugenberg berufen. Mit Schacht scheint er auseinander zu sein¹⁰⁹. Viele bemühen sich, um ihn mit Hitler aneinanderzubringen; aber Hitler sperrt sich, wohl von Goebbels, Göring, Kube beeinflusst. – Hugenberg fragt mich: Wie sollen wir uns zu folgenden drei Möglichkeiten stellen: a) Kabinett Hitler? b) Kabinett x mit Hitler und Hugenberg als Minister ohne Portefeuille? c) Kabinett v. Papen? Ich soll das überlegen. – M. E. müssen wir in jedem Falle alle wirtschaftlichen Ministerien in die Hand bekommen, weil wir dafür verantwortlich gemacht werden. Hugenberg scheint mit Kleist-Kickow und Möllers (den heute die Bredow mit empfahl) einverstanden zu sein. – M. E. besteht die Gefahr, daß gar nichts aus den Verhandlungen herauskommt und dann bildet die Kamarilla ein neues Kabinett Papen, das bald scheitert. Hugenberg äußert Besorgnisse über den katholischen Flügel: Stadtler, Spahn, Borckmeyer (und Gisevius), die Separatpolitik machen. Sua maxima culpa!

24. November

Die Krise geht weiter. Hitler lehnt wieder wie am 13. 8. nach langem Hin und Her ab¹¹⁰. Um arme Seele streiten Goebbels (der Agent Moskaus sein soll) und Straßer. Goebbels hat gesiegt, da Hitler selbst wohl Angst vor der Verantwortung hat. Er ist ausgesprochener „Schlawiner“-Typ. [. . .]

[. . .]

27. November

[. . .] Auf Anruf Hugenbergs Telefon mit Meißner: Danach haben Krosigk, Bracht und Popitz Papen als Kanzler abgelehnt¹¹¹. Hinter dieser Fronde wohl Schleicher. Entscheidung nicht vor 29. [November]. – Schleicher wird uns alle an die Wand drücken und nach allen Seiten kokettieren. Hitler hat Meißner gesagt: Im Februar werde man ihn rufen, dann läge die Entscheidung auf der Straße!!

28. November

Aufsatz für „Soziale Erneuerung“. – Hertzberg ruft an: Schleicher wolle Stegerwald und Straßer ins Kabinett nehmen¹¹². [. . .]

¹⁰⁸ Die erste Nummer der neuen Zeitschrift „Soziale Erneuerung“, die von Bang, Hartz und Dr. med. Erwin Lieck herausgegeben wurde, erschien im Oktober 1932 ohne einen namentlich gekennzeichneten Beitrag von Quaat.

¹⁰⁹ Am 22. 11. 1932 hatte Schacht Hugenberg im Auftrag Hitlers gefragt, ob er einem Kabinett Hitler beitreten oder es stützen werde, was Hugenberg verneinte. Er schlug Hitler stattdessen vor, mit ihm als Minister ohne Portefeuille in die Regierung zu gehen; Volker Hentschel, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf²1979, S. 85.

¹¹⁰ Vgl. Dazu Bracher, Auflösung, S. 582–586; Dorpalen, Hindenburg, S. 358–362; Hubatsch, Hindenburg, S. 353–366; Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 1000 ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 321 f. Am 24. 11. 32 hatte Hugenberg eine Besprechung mit Hitler, die ohne konkretes Ergebnis blieb; Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 284 f.; Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 1014.

¹¹¹ Hugenberg war weiter für Papens Kanzlerschaft; Vogelsang, Reichswehr, S. 326, Anm. 1546; zu Schwerin v. Krosigks Ablehnung, Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 1030, Anm. 5; Vogelsang, Reichswehr, S. 324, 331.

¹¹² Die Aufnahme Gregor Straßers und Stegerwalds als Gewerkschaftsrepräsentanten sollte auf Grund von Schleichers Konzeption der Bildung einer „Gewerkschaftsachse“ erfolgen; Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 147 f., 170; Axel Schildt, Militärdiktatur mit

29. November

Vormittags bei Hugenberg. Entwurf eines Aufsatzes für den „Tag“ über die Zusammensetzung des Wirtschafts-Ernährungs-Arbeitsministeriums – Hugenbergs Plan. Seine – m. E. überspannte – Forderung, dazu auch Finanz zu nehmen, rede ich ihm aus. Sehe ohnedies seine Chancen nicht rosig an. – Vorher Bismarck ziemlich aufgeregt bei mir: 1) Hugenberg verlange zu viel; 2) Rohr unmöglich. Als ich von Hugenberg herausging, kamen Kriegsheim und Rohr! Wilder Tanz aller Interessenten. – Abends hatten wir Hugenbergs und Meißners zu Horcher geladen. Sehr schönes Essen und lustige Stimmung. Politisch: Meißner kommt wiederholt ziemlich bitter auf Schleichers Intrigen. Hält Rückkehr Papens für sicher. Man müsse aber alle Möglichkeiten der Legalität ausschöpfen. Meißner und Hugenberg mehr für Auflösung des Reichstags bei Widerstand als für Vertagung. Beim Abschied vertraut mir Hugenberg an: Nach seiner Information wolle Hindenburg ihn nicht als Minister haben, keinen Parteiführer, lieber trete er ab. Er halte es unter diesen Umständen für zwecklos, zu Hindenburg zu gehen. Ich dagegen: solle hingehen und nicht auf Informationen von dritter Seite Entschlüsse gründen. (Ob es für ihn richtig ist, ins Kabinett einzutreten, wird mir mehr und mehr zweifelhaft.)

30. November

Hugenberg bestellt kleinen Kriegsrat auf 18.00 Uhr. Meißner besucht mich um 16.30 Uhr: Lage verändert. Papen resigniere. Er bekomme Körbe von Bracht, Schwerin, Warmbold, Popitz u. a.¹¹³. Schleicher wolle jetzt Amt übernehmen, aber Reichswehr behalten. Sein Plan sei, Straßer hineinzuziehen. Deshalb wurde Hitler gerufen. Göring diesem entgegen, fing ihn in Weimar ab. Dann Straßer und Frick nach Weimar. Man wolle Hitler durch Hindenburg unter Druck setzen. Genehmige er nicht, wolle man Straßer auch ohnedies zu gewinnen suchen. Zentrum werde in jedem Fall tolerieren und Ersatz in Preußen suchen (z. B. Justizministerium). Schleicher werde aber Kommissar in Preußen bleiben. Ob Bracht bleibe, sei fraglich. Auch Warmbold, Gayl und Eltz würden wohl gehen (anscheinend auch Braun und Schäffer). Schleicher wolle die Deutschnationalen hineinhaben, evtl. unter Firma „Fachleute“. Hugenberg selbst durchaus möglich, wenn Straßer. Auch Hindenburg hätte nichts dagegen (auf Frage)¹¹⁴. Ohne Straßer ginge Hugenberg nicht, sonst fühle sich Hitler betrogen (Parole: kein Parteiführer). Schleicher komme also in jedem Falle. Ich äußerte mich freundlich, aber ganz unverbindlich. Beim Abschied äußerte Meißner dann wieder: So sei die Lage heute! – Ich informiere darauf Hugenberg. Dann Kriegsrat bei ihm: Winterfeld, Schmidt, Annagrete Lehmann, Oberfohren, Mann, Bang, Dommes und ich. Hugenberg vereidigt gewissermaßen auf Dichthalten gegenüber Schleicher. [. . .]

1. Dezember

Auf Abrede bei Meißner. Lage wieder anders. Schleicher solle nur dann Kanzler werden, wenn er sich mit Reichstag verständigen könne, sonst Papen, während Schleicher „in Reserve“ bleiben solle, um im Konfliktfall vollziehende Gewalt auszuüben. Nazi ableh-

Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981.

¹¹³ Schacht, Schwerin von Krosigk und Popitz waren sämtlich durch Schleicher bearbeitet worden; Vogelsang, Reichswehr, S. 332f.; zu Warmbold als Gegner Papens: Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 1037.

¹¹⁴ Im Original: . . . dagegen. (Auf Frage.)

nend, Hitler habe sogar Einladung des Reichspräsidenten abgelehnt. Zentrum für ihn, Papen. Sozi wollten ihn nach seiner Angabe tolerieren. Gerade das scheint Hindenburg verschnupft zu haben. Papen wolle Hugenberg Wirtschaft und Ernährung geben. – Nachmittags Bismarcks Schwager v. Wedemeyer, der eine Art freiwilliger Adjutant Papens ist. Sehr befriedigt über meinen Aufsatz *** im „Tag“, der die Forderung von vier Wirtschaftsministerien (incl. Finanz) stark einschränkt. Klagen über Schmidt, die ich mit Klagen über Planck erwidere. Dann von 18.00 bis 19.30 Uhr bei Hugenberg.

2. Dezember

Mittags bei Hugenberg. Meißner am Telefon: Überraschende Wendung, Schleicher ernannt¹¹⁵. Papen resigniert, weil Mehrheit im Kabinett gegen ihn. Bismarck erzählt, daß nur Eltz für Papen gewesen sei. Hindenburg durch Schleicher im letzten Moment durch die „Meldung“ überrumpelt: Reichswehr werde im Falle des Generalstreiks versagen¹¹⁶. Wir alle wie aus einem Munde: der 9. November! Hindenburg erlebt durch Schleicher, was der Kaiser in Spa erlebt hat. Bei Tisch Hugenberg stark niedergedrückt, während ich, um ihn zu stärken, alle meine Gedanken entwickle, die ich gegen das neue Papen-Kabinett und seine Festigkeit gehabt hätte. – Nachmittags Professor Hoover aus Süd-Karolina. – Pressekonferenz. Schmidt sehr ungeschickt. – Borck erzählt: Bracht habe sich ihm gegenüber stets als Mitglied der Zentrumsparterie bezeichnet. Seine Frau neige nach seiner eigenen Angabe weit mehr zum Zentrum. Diese Frau sei die Tochter eines evangelischen Eisenbahnarbeiters aus Köslin. Bracht habe seit seiner Kösliner Zeit mit ihr gelebt, hat auch schon lange ein Kind mit ihr. Als er als Oberbürgermeister nach Essen kam, wurde er vom Bischof veranlaßt, das Mädchen zu heiraten. Sie und das Kind seien katholisch geworden. Borck sagt: Bracht habe ihm öfters gesagt: Er hänge über die Kirche mit dem Zentrum zusammen, dessen Personal- und Hintertreppenpolitik er oft scharf verurteilt habe. Jetzt treibe er sie selbst. Übrigens habe die Kirche ihn auch mit seiner Schwägerin, Frau Professor Bracht (geb. Gräfin Kerksenbrook), ausgesöhnt. – Heute hat Bracht jedenfalls mit Schleicher gegen Papen operiert und Hindenburg auf die Knie gezwungen.

[. . .]

5. Dezember

[. . .] Nachmittags Fraktion. Fraktion besetzt Ausschüsse und nimmt langes Referat Hugenbergs entgegen. Abends Kasino Fraktionsessen. Neben Spahn.

¹¹⁵ Vgl. Hubatsch, Hindenburg, S. 366 f.; Das Kabinett Papen, Bd. 2, S. 1036 ff.; Papen, Wahrheit, S. 246–252; Vogelsang, Reichswehr, S. 332 ff.

¹¹⁶ Unter dem Eindruck des zeitweise von Nationalsozialisten und Kommunisten gemeinsam organisierten Streiks bei der Berliner Verkehrsgesellschaft vom Anfang November 1932 hatte der Chef der Wehrmachtsabteilung, Oberstleutnant Ott, ein Planspiel für den Fall eines Ausnahmestands im ganzen Reich ausgearbeitet. In der Kabinettsitzung vom 2. 12. 1932 ließ Schleicher Ott das Ergebnis vortragen, um Papen zu isolieren. Ott zeichnete für den Fall eines Generalstreiks bewußt ein schwarzes Bild. Danach reichten die Ordnungskräfte nicht aus, um die Ordnung gegen Nationalsozialisten und Kommunisten aufrechtzuerhalten; Vogelsang, Reichswehr, S. 316, 333 f.; Winkler, Katastrophe, S. 800 f.

6. Dezember

Kirchgang (mit Hindenburg). Miserable Predigt Burckhardts. Fraktion[:] Parlamentarische Lage. Ich rede über die Bedeutung des Stellvertretergesetzes. Warne vor Übertölpelung in der Präsidentenfrage, die dann doch durch Zentrum und DVP eintritt¹¹⁷. Göring erhält geringe Mehrheit. Zwei Zentrum! Löbe mit einer Stimme Mehrheit in Stichwahl. Lehnt ab. – Aus Löbes Reden und Verhalten der Nazi leuchtet fürchterliche Angst vor Auflösung. Schleichers Politik der Geschenke und Drohungen wirkt. Freilich zeigt Stellvertretergesetz das Mißtrauen der Mehrheitsparteien gegen ihn.

7. Dezember

Reichstag. Gebrüll und Getobe¹¹⁸. Wir balkanisieren immer mehr. Nachmittags ziemlich lange Sitzung des sog. Präsidiums der Partei, zu de[r] ich zugezogen wurde: Abgeordnete als Landesvorsitzende, Finanzen u. a. – Große Prügelei zwischen Nazi und Sozi. Die Nazi völlig in Hörigkeit vom Zentrum. Aber auch Schleicher in schlimmer Lage, da Zentrum, Nazi wie Sozi nicht billig sind.

[. . .]

9. Dezember

Reichstag von 10.00 bis 20.00 Uhr. Ich muß wieder sämtliche Fraktionssachen zensieren. Wo irgendeine Arbeit, heißt es immer Quaat. Besonders Hugenberg ist groß in der Anwendung seines Grundsatzes: „Dem einen die Bürde, dem andern die Würde“. – Sorge wegen O. S.¹¹⁹.

[. . .]

12. Dezember

Haushaltsausschuß. Nachmittags Unterausschuß. Krampfhaftes Manöver der Nazi, Sozi und des Zentrums, ihren Rückzug in Sachen Winterhilfe zu verschleiern¹²⁰. Regierung hat überlegene Position, will sie aber nicht nutzen. Fürchterliche Angst vor Auflösung. Sogar Kommunisten zahm. Mittags mit Hugenberg. Dazwischen Pressedikate usw. [. . .]

13. Dezember

[. . .] Nachmittags Haushaltsausschuß, dann in den Landtag zu Fraktionssitzung. – In der Fraktionssitzung lebhaftes Diskussion über Kredit- und Zinsnot. Auf der einen Seite Landwirte, auf der anderen [Waldthausen?] als Bankvertreter, dritte der Mittelstand. Ich gebe ein längeres Referat über die Zusammenhänge, auf das alle sich einigen. [. . .]

¹¹⁷ Der Kandidat der Deutschnationalen, Graef, wurde nicht mehr zum Vizepräsidenten des Reichstags gewählt, so daß die DNVP diese wichtige Position im Parlament verlor. Die Deutschnationalen hatten Göring nicht mit zum Reichstagspräsidenten gewählt, weil die nationalsozialistische Fraktion nicht hatte zusichern wollen, geschlossen für Graef zu stimmen; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 455, S. 6–11.

¹¹⁸ Vgl. ebenda, S. 24 f., 33 f.; Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 294.

¹¹⁹ Gemeint ist möglicherweise Otto Schatz, Mitarbeiter von „Soziale Erneuerung“.

¹²⁰ Das Gesetz zur Winterhilfe wurde mit den Stimmen der NSDAP in die Ausschüsse verwiesen; Vogelsang, Reichswehr, S. 346 f.; Winkler, Katastrophe, S. 815; Das Kabinett Schleicher. 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. von Anton Golecki, Boppard am Rhein 1986, S. 97.

[. . .]

15. Dezember

Wie am Vortag mit Scheibe Ausarbeitung eines umfangreichen Wirtschaftsmanifests [. . .] – Nachmittags Jugendtagung, auf der Bismarck schlecht abschnitt. Mit Hugenberg und Scheibe Manifest. [. . .] Dann noch Bierabend (die ruhigen Kampfingführer besänftigt).

16. Dezember

Parteivorstand. Politisches Referat Hugenbergs. Vorstoß der Gruppe Spahn-Stadtler-Gisevius gegen Bismarck, tatsächlich gegen Hugenberg. Hugenberg gibt in der Frage der Ämterkumulation nach. Die Landesvorsitzenden dürfen Mandate behalten. Nur neue Fälle durch Satzung ausgeschlossen. – Dazwischen Auswärtiger Ausschuß. Leeres Stroh. Debut Neuraths. Wirkt sympathisch, läßt sich durch Parlamentsfinasserien verwirren. – Dazwischen noch bei Meißner: Schleicher rechne auf Spaltung der Nazi¹²¹. Seine Taktik werde „im Hause“ mit gewisser „Reserve“ betrachtet. Stimmung gegen ihn sei kühl. Hindenburg habe an Papen gehangen. Schleicher hätte über Kabinettsbildung mit Hugenberg reden sollen, daß er es erst jetzt (Unterredung fand gestern oder vorgestern statt) getan, widerspreche dem. Dann über Neurath, Schuldenfrage, auch Fall Laverrenz. Schleicher habe berichtet, er sei mit Hugenberg jetzt einig. Rückfahrt mit Hugenberg: Von Einigkeit keine Rede. Er habe Schleicher gesagt, DNVP könne Verantwortung für sein Spiel mit den Parteien nicht tragen. Ich möge noch mit ihm weiter sprechen, namentlich über Staatssekretär im preußischen Innenministerium. Schleicher wünscht Vorschlag. Meißner hatte mir gegenüber kritisiert, daß überall noch Zentrums-Staatssekretäre. – Stimmung im Vorstand kritisch und [laurig?]

17. Dezember

[. . .] Mittag mit Hugenberg Gespräch über Lage. Dabei auch über meine Zukunft. Ich: Präsident des Rechnungshofs. Hugenberg: Vorsitzender des Verwaltungsrats der Reichsbahn. Es ging daraus hervor, daß auch er meine politische Laufbahn für abgeschlossen hält. (Rücksicht auf Nazi.) [. . .]

[. . .]

19. Dezember

Aufsatz „Staatsfinanzen in der Demokratie“ für „Tag“ und „Reform der Handelspolitik“ für „Deutsche Zeitung“ fertiggestellt. – Großes Programm: noch drei Aufsätze für „Soziale Erneuerung“, einen für „Tag“ und einen für „Deutsche Zeitung“ bis Jahresende! [. . .] Zersetzung bei Nazi. Angeblich meutern acht Standarten in Berlin¹²². Es fehlt an Geld¹²³. Meißner erzählte am 16., sie hätten in der Tat 14 Millionen Schulden. Schleicher soll über Otto Wolff unterminieren. Wolff soll ihm auch die Presse schmieren. Prälat

¹²¹ Nach Vogelsang, Reichswehr (S. 340f.) zielte Schleicher zunächst nicht auf eine Spaltung der NSDAP, sondern eher auf eine Machtverschiebung innerhalb der Partei zugunsten Gregor Strassers ab.

¹²² Zu den Unruhen bei der Berliner SA: Kissenkoetter, Straßer, S. 184 f.

¹²³ Zur finanziellen Notsituation der Partei: Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 312; Dienatag-Bericht vom 10. 12. 1932, in: BA, ZSg 101/25, fol. 314 f.

Schreiber: Im Februar Auflösung. Zentrum und DNVP müßten zusammengehen. Bei uns wähle die Gruppe Stadtler-Spahn-Gisevius. πάντα ῥεῖ.

[...]

21. Dezember

Frühstück mit Hugenberg und einer Reihe amerikanischer Journalisten, auch Brosius. Thema: die Schuldenfrage. Augenscheinlicher Erfolg. Hugenberg geht vorzeitig, findet weniger Anklang. Nachmittags A. j. D. Jahresabschied (Arbeitsgemeinschaft junger Deutschnationaler, von mir gegründet). Dazwischen holt mich Vogel zu [Radecke?], Ben, Mehnert: Acht Standarten mit 10000 SA-Männern (Gesamtzahl Groß-Berlin 16000) in offener Meuterei. Der Haß richtet sich in erster Linie gegen Goebbels. Unglaubliche Zustände, am besten durch obige Karikatur gekennzeichnet¹²⁴. Die Leute hungern und müssen noch zahlen. – Schleicher soll doch mit Leipart (Gewerkschaften) und Höltermann (Reichsbanner) intim sein¹²⁵. Dadurch Einfluß auf SPD. Gegenleistung „soziale“ Geschenke, Kommunalsozialismus, Amnestie¹²⁶.

[...]

23. Dezember

Hochzeitstag. Dämmerchoppen Claß, Bang, Möllers. Dabei gute Bemerkung über Hugenberg erzählt: Er habe kein politisches sex appeal! – Claß lebt doch sehr in der Vergangenheit. Möllers ohne rechten Mut, im Grunde gegen Hugenberg.

24. Dezember

Besuch bei Meißner (s. folgenden Brief an Hugenberg).

[Brief Quaatz an Hugenberg über seine Unterredung mit Meißner am 24. 12. 1932:]
 Heute war ich noch einmal bei meinem Freunde, da dieser nach Weihnachten auf ein paar Tage verreisen will, und habe ihm Ihren Brief vorgelesen. Er hat sich daraufhin noch einmal dahin geäußert, daß der Wunsch bestehe, Deutschnationale in führende Beamtenposten zu berufen. Über die Person des vorgeschlagenen Herrn hat er sich nicht geäußert¹²⁷. – Wir sprachen sodann über die Lage, und ich deutete an, daß die Stimmung gegen Schleicher in unserer Partei immer stärker werde. Er unterließ dieses Mal jede Kritik und betonte, daß Schleicher doch an Boden gewinne. – Von sich aus kam er sodann auf die Schuldenfrage. Warmbold hat die Sache im Kabinett vorgebracht, und er sowie Krosigk und, soweit ich verstanden habe, auch Neurath hätten unser Vorgehen getadelt als zur Zeit nicht opportun. Man hätte die Absicht gehabt, die Frage im Frühjahr anzuschneiden.– Ich habe darauf folgendes erwidert: Ich hätte diese Frage des längeren im Auswärtigen Ausschuß vorgebracht. Herr Neurath habe

¹²⁴ Fehlt im Original.

¹²⁵ Zu den Verbindungen Schleichers zu Leipart: Winkler, Katastrophe, S. 794.

¹²⁶ Im Reichstag war der sozialpolitische Teil der Notverordnung vom 4. 9. 32 aufgehoben worden, der die Reichsregierung u. a. zum Eingreifen in die Sozialversicherung ermächtigt hatte. Auch ein Amnestiegesetz war verabschiedet worden; Winkler, Katastrophe, S. 815.

¹²⁷ Vermutlich handelte es sich um die Besetzung der Staatssekretärsposten im preußischen Innenministerium.

nichts davon gesagt, daß die Erörterung nicht im politischen Interesse liege, sondern anscheinend die Sache überhaupt nicht recht beherrscht. Die kurzen Andeutungen von Krosigk hätten anerkannt, daß die politischen Schulden (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Markabkommen usw.) beseitigt werden müßten. Ich sei in meinen Ausführungen so entgegenkommend gewesen zu erklären, daß ich nicht übersehen könne, in wieweit amtliche Schritte zur Zeit praktisch seien. Wenn der Minister Bedenken gehabt hätte, so sei es seine Sache gewesen, mit mir Fühlung zu nehmen. – Mein Freund bestätigte das durchaus als richtig. Ihm sei von seinem Vertreter über den Auswärtigen Ausschuß sofort berichtet worden. Er habe dann mit Neurath gesprochen, und dieser habe augenscheinlich die ganze Frage nicht verstanden. Warmbold betrachte sie als zu seiner Zuständigkeit gehörig. Er habe auch bisher nicht feststellen können, daß das Echo unseres Vorgehens in Amerika etwa ungünstig gewesen sei. – Darauf ich: Selbstverständlich jubele kein Gläubiger, wenn der Schuldner ihm erkläre, er könne die hohen Zinsen nicht weiter zahlen. Im übrigen machten wir unsere Politik selbständig, und es sei Sache des Kabinetts, mit uns Fühlung aufzunehmen, wenn es Wert darauf lege. Bisher aber sei man unveränderlich bemüht, mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum zu kooperieren, sich aber von uns zu distanzieren. – Ich müsse darauf aufmerksam machen, daß das natürlich Gegenwirkungen auslösen müsse. In diesem Zusammenhang verwies ich auf den Fall Ossa, worauf er mir mitteilte, daß außer Stücklen und Ulitzka auch der frühere Minister Dietrich darin säße. Er könne mir nur beitreten und werde Veranlassung nehmen, mit dem Staatssekretär v. Bülow über die Sache einmal Rücksprache zu nehmen. Seine Sache sei es eigentlich, die mangelnden innenpolitischen Kenntnisse und Beziehungen des Ministers zu ergänzen. [Hdschr. Zusatz:] Meißner äußerte ferner wörtlich: „Neurath hat Sie im Auswärtigen Ausschuß fachlich nicht verstanden, auch nicht verstanden, daß Sie damit eine Aktion einleiteten oder fortführten. Übrigens ärgern sich die Leute, wenn andere einen guten Gedanken haben“.

[. . .]

1933

[. . .]

9. Januar

Nach Freienwalde. Schlußrede auf dem Schultag der Partei. Neun Tage, 270 Teilnehmer, der größere Teil Arbeiter. Vorzüglicher Eindruck. Rede sehr gut aufgenommen. Rückfahrt mit Doehring. Theologische Unterhaltung. – Umstehende Karikatur im „Völkischen Beobachter“ wendet sich gegen Schleichers wenig glückliche Behauptung: „Meine beiden Vorgänger haben uns von den Reparationen befreit“¹ – Vormittags war Staatsanwalt Rudolph im Auftrag von Otto Wolff bei mir, um mir Einblick in die Pläne für das neue Stillhalteabkommen zu geben². Meine Befürchtungen noch übertroffen; ich lasse aber den Aufsatz für den „Lokalanzeiger“ „Eine Kardinalfrage“ unverändert, denn er ist vorläufig scharf genug. Ich ziehe Parallele zur Regierungspolitik beim Dawes- und Young-Plan.

[. . .]

12. Januar

Einstündige Rede über unser Programm in der Schuldenfrage³. Krosigk, zur Kritik aufgefordert, schweigt, gibt mehrfach Zustimmung zu erkennen. Zarden kommt zu mir und erklärt sich restlos einverstanden. Ersing-Zentrum, der Hugenberg angegriffen hat, erklärt durch Zuruf Zustimmung, dann auch Schreiber, dann Exposé Warmbold, ausgezeichnet, aber mit gefährlichen Vorbehalten. Pflieger greift mich wegen ungünstigen Einflusses auf Hindenburg an, was ich ironisiere. – Mittags mit Dehlinger (württembergischer Finanzminister). – [. . .] Nachmittags war Kleist-Schmenzin bei mir: Papen habe ihn zum Innenminister designiert⁴. Er sei aber nach seinen Eindrücken und namentlich nach den Schilderungen Gayls an ihm irre geworden. Gayl sage: Wohl noch nie habe im Kabinett ein Kanzler so wenig geführt wie Papen, jede Entscheidung von sich geschoben. Er sei wohl Gentleman im besten Sinne, aber kein Führer. Schleicher lanciere, er

¹ Auf der Karikatur schleppt hinter Schleicher ein Mann einen Sack mit der Aufschrift „400 Millionen jährliche Tribute“.

² Das Stillhalteabkommen vom 17. 9. 1931 war im Februar 1932 bis zum 28. 2. 1933 verlängert worden. Hugenberg hatte dem Reichsfinanzminister und der Öffentlichkeit gegenüber erklärt, die deutsche Regierung müsse bei den Verhandlungen über ein neues Abkommen Zinszahlungen, die über 1,5% hinausgingen, verweigern, wenn die Gläubiger diesen Zinssatz nicht freiwillig akzeptierten; Das Kabinett Schleicher, S. 150.

³ Quaatz hielt seine Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags.

⁴ Zu den Vorbehalten Kleist-Schmenzins gegen Papen: Bodo Scheurig, Ewald von Kleist-Schmenzin, Ein Konservativer gegen Hitler, Oldenburg 1968, S. 118 f.

wolle zurücktreten in das Wehrministerium. Dann käme wohl Bracht, das bedeute Zentrum. Auf Frage: Winterfeld werde sich von Bracht mit dem preußischen Ministerpräsidenten nicht locken lassen. Natürlich müsse man mit solchen hinterhältigen Angeboten rechnen, da Zentrum Union Reich-Preußen nie konzedieren werde. Konsequenz: Man solle den Sturz Schleichers nicht forcieren. Zwischen ihm und Hindenburg sei allerdings „das Ei entzwei“. Weitere Besprechung in Aussicht genommen. – Mit dem Ei ist es wohl richtig. Siehe Meißner. Auch Weimarparteien sehr nervös. Siehe die Karikaturen, die ich als beste Zeitgeschichte sammeln werde. Siehe auch Pflegers Vorstoß gegen mich.

13. Januar

Haushaltsausschuß. Zweite Rede Krosigk. Ersing gegen Oldenburg, den ich scharf verteidige⁵. [. . .] Dann Dommès, der Generalbevollmächtigter des Kaisers geworden ist und seine Parteiämter niederlegen will. Nachfolger fehlt! Gefahr Steiniger. Im Haushaltsausschuß drängte ich Krosigk und Warmbold sehr scharf in der Schuldenfrage.

14. Januar

Ritscher bestätigt mir, daß meine Besorgnisse in der Schuldenfrage richtig seien. Er habe vor, mit Reichsbank in gleichem Sinne zu sprechen. Er vertritt doch wohl die Meinung der Dresdner Bank. – Nach Kösen. Begrüßungsabend. [. . .]

15. Januar

[Kösener Kongreß]. Verhandlung im wesentlichen: Verhältnis zur Deutschen Studentenschaft, die von den Nazi beherrscht wird. Sehr interessant. Trennung mit 75% Mehrheit beschlossen. Mittags zwei Stunden Spaziergang bei strammer Kälte. Abends halte ich auf dem Kongreß die Vaterlandsrede. Indirekt scharf gegen Nazi. Sehr viel Beifall. Nachher herzlichste Gratulationen. Keine Opposition.

16. Januar

Frostige Rückfahrt. Abends bei Hugenberg mit Winterfeld, Oberfohren, Bang, Schmidt, Mann. Lage verwickelt. Schleicher behauptet, er wolle jetzt gegen das Parlament regieren. Hugenberg will a) Versuch mit Hitler machen, nötigenfalls unter Schleicher als Kanzler, Hitler Vizekanzler ohne Portefeuille, Hugenberg Minister ohne Portefeuille⁶.

⁵ Im Haushaltsausschuß des Reichstages kamen anscheinend bereits an diesem Tag die sogenannten Osthilfe-Skandale zur Sprache. Der Zentrumsabgeordnete Ersing hielt eine Rede, in der er erklärte, daß es mit dem besten Willen nicht ginge, daß die Regierung Geld für Kreise ausbebe, die sie dann auf das heftigste bekämpften. Quatz erklärte zu Ersings Rede feierlich, Oldenburg habe nie etwas mit der Osthilfe zu tun gehabt, mußte aber am nächsten Tag zugeben, daß Oldenburg mehr als sechshunderttausend Mark erhalten hatte, um das zu seinen drei Gütern hinzugekaufte vierte halten zu können; Bracher, Auflösung, S. 617; Brüning, Memoiren, S. 642 f.; Hellmuth von Gerlach, Habeald und Eilebeute, in: Die Weltbühne vom 7. 2. 1933, S. 196; Winkler, Katastrophe, S. 843 f.

⁶ Hugenberg hatte schon im Vorjahr (in der Zeit um den 20. 12.) ein Gespräch mit Hitler geführt und sich bereit gezeigt, einem Präsidialkabinett Hitler beizutreten. Nachdem der Reichslandbund eine scharfe Erklärung gegen die Regierung Schleicher abgegeben hatte, wurde in der Presse die Erwartung ausgesprochen, daß es zu einer Neubesetzung des Landwirtschafts- und des Wirtschaftsministeriums käme und möglicherweise die Anregung Hugenbergs verwirklicht würde, beide Ministerien zusammenzufassen und Hugenberg das neue Ministerium übernehmen werde. Tatsächlich war Hugenberg am 13. 1. 1933 bei Schleicher gewesen und hatte sich bereit gezeigt, als „Wirtschaftsdiktator“ ins Kabinett einzutreten, wobei er die bedingungslose Rückkehr zur antigewerkschaftlichen

Versagt sich Hitler, will er [b]) Schleicher scharfe Bedingungen im Sinne Autorität stellen. Ich: Wenn Hitler (aus pekuniären Gründen) mitmacht, Lage zwischen Schleicher und Hitler sehr prekär. Polizei muß vor Nazi-Zugriff gesichert werden⁷. Papen weniger gefährlich. Lange Erörterung über Personalien.

17. Januar

Haushaltsausschuß. Abwehr der SPD (Hilferding und Wissell). Neuer Aufsatz über Schuldenfrage für „Bergwerkzeitung“. [. . .] N. B.: Ich halte Verständigung mit Schleicher für ausgeschlossen. Er hat m. E. noch weniger Nerven als Papen. Wir sind alle darin einig, daß er vor ein Entweder-Oder gestellt wird. Bei Nichteinigung stimmen wir für Mißtrauen. – Vor dem Diner bei Schillers kam Hugenberg zu mir und berichtete über seine Konferenz mit Hitler⁸. Er schien sich ziemlich mit Hitler gefunden zu haben, ohne daß Verständigung perfekt geworden wäre. Hitler sagt: Ich muß Kanzler werden, will aber keine Parteiregierung bilden. Schleicher toleriere ich, wenn er mir die Straße freigibt. Marxismus muß niedergeknüppelt werden, aber nicht von Staatsorganen. Hugenberg muß im Falle meiner Kanzlerschaft ins Kabinett. Dann wird vorläufig nicht gewählt und das Parlament nach Hause geschickt. Ob Hitler auch auf Zentrum rechnet, blieb unklar, dagegen hat er Fühlung mit Stahlhelm⁹. Seldte sollte eventuell Arbeitsdienst leiten. Hindenburg sei kein selbständiger Faktor. Sein politischer Wortschatz umfaßt 80 Sätze. Er sei eine Grammophon-Platte. Zwischen ihm und Hugenberg sei nun alles wieder gut! – Hugenberg schien recht beeindruckt. Ich machte ihn auf verschiedene Gefahrenpunkte aufmerksam. Gut sei es, daß er neben Schleicher nun noch eine andere Karte hat. Freilich: sitzt Hitler im Sattel, bekommt Hugenberg die Peitsche. Wenigstens muß das als möglich in Rechnung gestellt werden. Merkwürdig Hugenbergs ständige Wendung (auch in der Abendbesprechung am Vortag): Wir haben keine Menschen für die führenden Stellungen. Sehr unhöflich. (Er verdeckt damit eine gewisse Verantwortungsscheu, da er kein Ressort übernehmen will und diese durch dumme Kerle nach seinen Plänen lenken will. Eine unmögliche Sache!) Ich antwortete am Vortag, da die ändern sich das gefallen ließen: Wenn es so wäre, hätten wir nicht erst den Kampf gegen das System aufnehmen sollen.

[. . .]

20. Januar

Vormittags bei Meißner: Schleicher könne nicht mit Hugenberg; dann seien die ändern wütend. Harzburger Front wegen der Ansprüche Hitlers nicht möglich. Also müsse man auflösen und dann sehen. Er ist also viel deutlicher als Schleicher, der Hugenberg hinzuhalten sucht. Ich kündige ihm als persönliche Warnung Mißtrauen gegen Schleicher an. Dann Auswärtiger Ausschuß, wo ich zur Verblüffung bei Corona plötzlich mit Nazi kokettiere. Warmbold angegriffen: Da er als einzigen Schutz gegen die zehn Milliarden kurzfristiger Auslandsschulden die Devisenzwangswirtschaft ansehe, so ergebe sich dar-

Politik der Papenzeit als Bedingung stellte, was Schleicher ablehnte; Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 83, 85; Das Kabinett Schleicher, S. 234 Anm. 15.

⁷ Vgl. Hiller, DNVP, S. 569 f.

⁸ Zur ergebnislosen Unterredung Hugenbergs mit Hitler vom 17. 1. 1933: Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 341; Hiller, DNVP, S. 569; Leopold, Hugenberg, S. 134.

⁹ Zu den Verhandlungen mit dem Stahlhelm: Berghahn, Stahlhelm, S. 246 f.

aus, daß wir diese niemals loswerden! Tableau! Leider mußte ich dann zu Hugenberg. Mittags mit Oberfohren und Schmidt. Dann Steinhoff und Nagel. Alle drängen wir zum Angriff gegen Schleicher. – Dann mit Hugenberg und Nagel über Neuwahlen. Dann Oberfohren und Steinhoff über Ältestenrat, wo wir Vertagung des Reichstags mit Nazi und Zentrum durchsetzten, um noch Zeit gegen Schleicher zu haben. Schleicher möchte den Reichstag rasch vom Halse haben. – Dann mit Hugenberg und Mann. Ich berede Hugenberg zu einem „Ultimatum“ an Schleicher, das ich entwerfe¹⁰. Dann wieder Arbeit zu Hause. Artikel gegen Warmbold für „Tag“. – Hugenberg bot mir gestern das Staatssekretariat im Arbeitsministerium (sic!) an. Ich antworte dilatorisch, da die ganze Sache zu problematisch ist.

21. Januar

Auswärtiger Ausschuß. Dann Hugenberg, der Schmidt mit meinem Ultimatum zu Schleicher schickt. Verabrede mit Meißner Zusammenkunft mit Hugenberg bei mir zum Abend. Mittag zwei Stunden mit v. d. Porten, Wirtschaftspolitik. Macht Vorschlag für Kontingentierung: Recht niedriger Kontingentsatz für jede Ware. Dazu dann Zusatzkontingente für gute Kunden. Wieder sehr verständig. Auch er gegen Warmbold und Schleicher, gegen Schacht. Bekennt sich übrigens nach wie vor zu DVP, bezeichnet aber Dingeldey als unmöglich. Aufsatz für „Lokalanzeiger“ gegen Warmbold abgeschickt. Aufsatz über Auslandsschulden in der „Bergwerkszeitung“ erschienen. – Abends Hugenberg und Meißner bei mir. Aus der vorgesehenen kurzen Besprechung wurde eine Unterredung von fast eineinhalb Stunden. Hugenberg sondierte zunächst die Stellung Hindenburgs zu Hitler. Er selbst habe Bedenken, daß Hitler als Kanzler mühelos in die Nachfolge Hindenburgs kommen könne. Meißner: Hindenburg habe Hitler als Kanzler eines Präsidialkabinetts stets abgelehnt, weil er Reichswehr verlange, Diktatur anstrebe und Phantast sei. Dagegen als Mehrheitskandidaten habe er ihn ja selbst in Aussicht genommen. Es sei möglich, daß er ihm weitergehende Vollmachten gebe, wenn er durch Deutschnationale und Zentrum im Kabinett eingerahmt sei. Namentlich auf Mitwirkung der Deutschnationalen lege Hindenburg Wert. Wehrministerium und Außenministerium besetze er, da er nach Verfassung Oberbefehl habe und das Reich völkerrechtlich verrete, also unmittelbare Verantwortung trage. – Dann ging Gespräch auf Schleicher über: Hugenberg schilderte seine Besprechung mit Schleicher. Dieser habe ihm Ernährungs- und Wirtschaftsministerium angeboten; er, Hugenberg, aber hätte die Vorfrage gestellt, ob Hindenburg nicht dagegen wie früher grundsätzliche Bedenken habe, da er Parteiführer sei. Meißner bemerkte, daß Schleicher die Genehmigung Hindenburgs gehabt habe. Jetzt aber wolle Schleicher von keiner Umbildung des Kabinetts mehr wissen. (Dasselbe hatte Schleicher unserem Schmidt heute mittag gesagt, als Schmidt ihm unser Ultimatum überreichte.) Meißner entwickelte dann die Schwierigkeiten eines Kabinetts Schleicher-Hugenberg genauso wie mir gestern mittag, um dann mit großer Offenheit die Stellung Schleichers zu erörtern. Er habe außer dem „laurigen“ Zentrum und den noch „laurigeren“ Gewerkschaften nichts mehr für sich. Persönlich stehe ihm Hindenburg viel kühler gegenüber als Papen. Schleicher habe auch selbst schon davon gesprochen, sich ins Wehrministerium zurückzuziehen. Zunächst wolle Schleicher den Reichs-

¹⁰ Gemeint ist die Kampfansage der Reichstagsfraktion an Schleicher, die dem Kanzler am 21. 1. 1933 übergeben wurde; Hentschel, Monate, S. 86; Das Kabinett Schleicher, S. 282 f.; vgl. Schmidt-Hannover, Umdenken, S. 323 f; Text s. u. Tgb. v. 25. 1. 1933.

tag auflösen und den Reichstag auf den Herbst verschieben¹¹. Hindenburg werde die Auflösungsorder bewilligen. Dagegen sei es sehr zweifelhaft, ob er ihm die Verschiebung der Neuwahl bewilligen werde, wenn er Gefahr laufe, dann von der Presse aller Parteien des Verfassungsbruchs geziehen zu werden. (Diese Gefahr hatte ich ihm gezeigt.) Hugenberg schildert nun die Stimmung im Lande gegen Schleicher. Geschehen sei nichts. Warmbold treibe eine sozialistisch-internationale Wirtschaftspolitik. Die Landbevölkerung sei im Aufruhr. Der Gedanke einer Autoritätsregierung sei schwer kompromittiert. Er könne die Fraktion nicht für Schleicher gewinnen. Auf Hugenbergs Frage sagte er, Hindenburg wolle den Gedanken einer anderen Autoritätsregierung nicht ablehnen, aber sie müsse im Lande mehr Anhang haben als Papen. An Papens Person hänge Hindenburg unverändert, und es empfehle sich daher, Papen stets mit einzubeziehen. Darauf wurde nochmals eine Möglichkeit mit Hitler erörtert. Meißner: Hindenburg würde vielleicht für Kanzlerschaft Hitler zu gewinnen sein, wenn er eine Mehrheit habe, die ihm ein Ermächtigungsgesetz gebe. Das dürfe aber keine „Einmann-Mehrheit“ sein, die Deutschnationalen – wiederholte er – müßten dabei sein. Vielleicht würde Hindenburg von einer parlamentarischen Mehrheit absehen, wenn das Kabinett unterstützt werde von Stahlhelm, Landbund, Industrie, wenn man es also als ein Kabinett der gesamten nationalen Bewegung ansehen könne, wenn also ausgeschlossen sei, daß eine Partei die anderen vergewaltige. Zur Frage Wehrminister sagt Hugenberg, Hitler wolle Schleicher nicht tolerieren. Darauf sagte Meißner, das werde sich vielleicht ändern und trat für Schleicher ein, ließ aber durchblicken, daß dieser für Hindenburg keine persona sine qua non sei. – Bemerkenswert, daß Hindenburg Hitler am meisten verdenkt, daß er sich an kein gegebenes Wort gebunden fühlt. Das ist wirklich das Übel. Es sind Nihilisten. – Hugenberg äußerte sich nachher erstaunt über Meißners Offenheit. Mir sagte er, ich hätte augenscheinlich schon seit Tagen den Fehlschlag des Versuchs, mit Schleicher zusammenzukommen, erkannt, was ich unter Darlegung der Gründe bejahte. Hugenberg bat dann um meinen Besuch für Montag vor der Fraktion. – Am Schluß der Unterredung mit Meißner fragte ich ihn: Will Hindenburg auch auflösen, wenn zwar das Kabinett ein Mißtrauensvotum bekommt, aber keine Notverordnung aufgehoben wird. Meißner: An sich sieht Hindenburg den Fall der Auflösung durch ein Mißtrauensvotum allein noch nicht für gegeben an, aber die Nazi haben ja selbst Aufhebung der wichtigsten Notverordnungen beantragt. Nachher sagte ich Hugenberg unter vier Augen: Die Nazi müssen belehrt werden. Hier biete sich ein Ausweg. Hugenberg meinte, das durch Hitler erreichen zu können.

22. Januar

Kleist-Schmenzin sendet mir einen Fehdebrief gegen Hugenberg¹². Wir müßten uns von Schleicher wie von Nazi absetzen und nur Autoritätsgedanken propagieren. Er und sein Kreis hat einen geheim gehaltenen Kandidaten, der nicht Papen ist. Daneben will man wohl auch in der Partei den Adel in Front bringen. Diese Cliques schießen immer unter Wasser und nennen das Politik. Worauf soll diese „Autorität“ sich eigentlich stützen? –

¹¹ Am 23. 1. 1932 schlug Schleicher Hindenburg vor, den Reichstag aufzulösen und die Neuwahlen auf einige Monate zu verschieben. Hindenburg betonte aber, keinen Verfassungsbruch begehen zu wollen; Das Kabinett Schleicher, S. 284 f.

¹² Kleist-Schmenzin bestürmte damals Hugenberg, den Gerüchten ein Ende zu machen, er und Seldte seien zum Eintritt in ein Kabinett Hitler bereit; Scheurig, Kleist-Schmenzin, S. 119.

(Sonntag) Mittags bei Deck. Er sucht Beschäftigung, will sich habilitieren. Bespreche mit ihm Broschüre zur Schuldenfrage. Enorme Schreibtischarbeit. Aufsätze gegen Warmbold für den „Schnelldienst“.

23. Januar

Vormittags bis 15.00 Uhr bei Hugenberg, nachher Oberfohren, Schmidt, Nagel, Lehmann. Fraktion. Hugenberg berichtet. Ich ergänze. Absage an Schleicher durch öffentliche Erklärung beschlossen¹³. Publizierung am 24. Bierabend im rauchigen „Spaten“.

24. Januar

Fraktion. Ich referiere über Wirtschaftspolitik. Fraktion besichtigt Ufa. Abends Arnim-Kröchlendorff über drei Stunden: Entwurf einer Entschließung der deutschnationalen Landw[irte]. Politische Lage. Arnim sehr bedenklich gegen Ernennung Bismarcks zum Staatssekretär. Ich hatte in der Fraktion Hugenberg darauf festgelegt, daß Bismarck sein Mandat niederlegen müsse, damit wir Freiheit gegen Schleicher behalten. – Starke Kälte.

25. Januar

Fraktion. Bei Hugenberg, der erneut die Lage mit mir durchspricht. Mittags mit Stubendorff. Agrarpolitik. Abends Wedemeyer: Ich soll Meißner sagen, im Inneren wollten Papen, Hugenberg, Seldte und Kalkkreuth alle Hitler als Kanzler nicht, nur wolle keiner der Katze die Schelle anbinden. Ich warne davor, da das die vier bloßstelle¹⁴. Wedemeyer sieht das ein. Meine Sondierung, ob Papen nicht einheitliche Verhandlung gegenüber Hitler durch Hugenberg anregen wollte, erfolglos. Dafür sei es zu spät! – Hugenberg gegenüber betone ich immer wieder: Reichswehr und Polizei müssen „neutralisiert“ werden. Straßenterror darf nicht zugestanden werden. – Daran dürfte die Sache scheitern. Nachfolgend das von mir entworfene berühmte „Ultimatum“ an Schleicher vom 21. 1., das die Grundlage für die öffentliche Absage der Fraktion vom 24. 1. 33 abgab. Diese Absage hat Sensation hervorgerufen. „Vorwärts“: Damit dürfte Schleicher erledigt sein¹⁵. Ou verra.

[„Ultimatum“ vom 21. 1. 1933:]

Die letzten Unterredungen hatten eine Gemeinsamkeit der Auffassungen dahin ergeben, daß eine grundsätzliche Entscheidung in einer Reihe von Lebensfragen der Nation, insbesondere eine durchgreifende Lösung der schwebenden Wirtschaftsfragen erforderlich sei, um der unerträglichen sozialen Not zu steuern. Auf beiden Seiten, insbesondere beim Reichskanzler, war die Überzeugung, daß eine Umbildung des Kabinetts erfolgen müsse, um die erforderliche Schlagkraft und Einheitlichkeit der Regierungsführung, und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik sicherzustellen. Eine Entschließung des Reichskanzlers ist bisher nicht erfolgt. – Die wachsende Notlage und die wachsende Erbitterung im Volke verlangt Klärung. Allzu lange dauern jetzt schon die mit der Demission des Papenkabinetts begonnenen Verhandlungen und

¹³ S. u., Tgb. v. 25. 1. 1933.

¹⁴ Hans von Wedemeyer-Pätzig war ein Freund Papens, der unter den Konservativen in Pommern, Hoffnungen auf Papens Wiederberufung als Kanzler eines autoritären Kabinetts erweckt hatte; Scheurig, Kleist-Schmenzin, S. 118, 120.

¹⁵ Kriegserklärung an Schleicher, in: Vorwärts vom 25. 1. 1933.

Besprechungen in Berlin, um noch Verständnis im Volke zu finden. Die Politik des Hinhaltens und Zauderns stellt alle Ansätze einer Besserung in Frage. Die an sich schon so großen Gegensätze im Lande vertiefen sich immer weiter. Dazu trägt auch die mangelnde Einheitlichkeit in den Anschauungen und Äußerungen der einzelnen Ressortminister bei. Der unnatürliche Gegensatz zwischen Stadt und Land wird vertieft, während eine wahrhaft fruchtbare Wirtschaftspolitik nur auf der Grundlage des Bewußtseins geführt werden kann, daß im Grunde Stadt und Land eine untrennbare Schicksalsgemeinschaft bilden, und daß einer vom anderen lebt. – Ohne ein Wiederanstreben der nationalen Güterproduktion und damit der Arbeit und der Kaufkraft ist die Lage des deutschen Volkes nicht zu verbessern. Aber dieser entscheidende Gesichtspunkt tritt weder in den Maßnahmen noch in den wirtschaftspolitischen Äußerungen der Reichsregierung hervor. Vielmehr wird eine Hinneigung zu sozialistisch-internationalen Gedankengängen immer deutlicher. Eine besondere Gefahr bedeutet es, wenn man Gegensätze zwischen Groß und Klein vor allem in der Landwirtschaft entstehen läßt und dadurch die Gefahr eines Bolschewismus auf dem flachen Lande hervorruft. Überall taucht der Verdacht auf, daß die jetzige Reichsregierung nichts anderes bedeuten werde, als die Liquidation des autoritären Gedankens, den der Herr Reichspräsident mit der Berufung des Kabinetts von Papen aufgestellt hatte, und die Zurückführung der deutschen Politik in das Fahrwasser, das dank dem Erstarken der nationalen Bewegung verlassen zu sein schien. – Auch in der DNVP haben diese Gesichtspunkte eine steigende Gegnerschaft gegen das amtierende Kabinett hervorgerufen. Trotzdem ist sie in der Sitzung des Ältestenrates vom 20. Januar noch einmal für eine kurze Vertagung der Entscheidung eingetreten. Für ein weiteres Ausweichen vor der Entscheidung, ob das Kabinett den einen oder anderen Weg gehen will, ist kein Raum mehr. Zudem tritt am nächsten Montag, dem 23. Januar, d. h. am Tage vor der eigentlich geplanten Reichstag-Tagung die Fraktion der DNVP zusammen. Eine Entscheidung der Fraktion ist unvermeidlich. Daß sie nicht im Sinne der in letzter Zeit betriebenen Regierungspolitik ausfallen wird, ist unzweifelhaft. Berlin, den 21. Januar 1933.

26. Januar

Vormittags und Mittags mit Hugenberg und Schmidt. Das Schaukelspiel dauert an. Nachmittags vier Stunden Auswärtiger Ausschuß. Minderheitenpolitik.

27. Januar

Auswärtiger Ausschuß. Minderheitenfrage. Ich deckele in Verteidigung Spahns den Bauernpfaffen Leicht. – Mittags Hugenberg, Oberfohren, Schmidt wegen des Ältestenrats. Nachher hält mich Hugenberg fest. Lage: Hindenburg will Hitler nicht. Papen teilt das törichterweise Hitler mit, fordert aber Hugenberg auf, trotzdem die Möglichkeiten mit Hitler bei Hindenburg zu erörtern¹⁶. Darob Mißtrauen bei Hugenberg, der Intrigen

¹⁶ Bei dem Gespräch zwischen Hitler und Hugenberg an diesem Tag verlangte Hugenberg, daß Göring nicht das preußische Innenministerium bekommen dürfe, wenn Hitler Kanzler werde. Hugenberg wollte auch Schmidt-Hannover als Staatssekretär in der Reichskanzlei und den Pressechef seiner Partei, Brosius, als Pressechef der Reichsregierung haben. Hitler lehnte Hugengeburs Forderungen empört ab; von vielen seiner Parteifreunde wurde Hugenberg bedrängt, an einem Kabinett Papen festzuhalten und bei einem Eintritt in ein Kabinett Hitler auf jeden Fall dafür zu sorgen, daß den Nationalsozialisten die preußische Polizei und die Reichswehr nicht in die Hände fielen. Grundsätz-

Wedemeyers annimmt, um ihn bei Hindenburg zu diskreditieren. Ich kalmiere. Hugenberg singt dann wieder Klagelieder, es fehlten für die Ministerposten geeignete Leute – ich quittiere mit Achselzucken und gebe mein Desinterressement an diesen Erörterungen, aber auch meinen Skeptizismus zu erkennen. Würde ich ihm Leute vorschlagen, wäre es doch zwecklos, da er für sich schon Pläne hat, die er nicht darlegt. Er fürchtet, daß Papen-Wedemeyer ihm wieder lauter Barone servieren wird. Er selbst aber hält an Krosigk, Eltz, Neurath fest und schlägt Winterfeld vor. Er zeigte bei diesem Gespräch eine wirkliche oder vorgetäuschte Hilflosigkeit. Ich aber will kein Obligo für die Bildung eines Kabinetts übernehmen, dem ich von vornherein skeptisch gegenüberstehe. Das *πρώτον ψεύδος* ist, daß Hugenberg durchaus in die Regierung will, diese aber nicht formen und nicht führen kann. Wir müssen dann für Papen geradestehen.

28. Januar

Konferenz Hugenberg, Oberfohren, Winterfeld, Bang, Schmidt über Lage. Nazi wollen Polizei, dann Kommunisten mit Gewalt aus Reichstag und Straße vertreiben. Hugenberg schlug „Neutralisierung“ der Polizei vor, was Hitler stürmisch abgelehnt hat. – Auf Wunsch Hugenberg nachmittags bei Meißner: Er betonte Zwiespalt Hugenberg-Hitler, wollte Schuld auf uns abschieben. Ich: Wir wollten Autorität schützen. Wenn Ihr aber nachgeben wollt, gut! Meißner: Reichspräsident wolle nur verfassungsmäßiges Regime, kein Kampfkabinet. Ich: Dann kann Hitler alles fordern und Stellung Hindenburgs gefährdet. Meißner lenkt nun ein und reproduziert frühere Gedankengänge. Wenn kein Ausweg mehr bliebe, werde Reichspräsident auf Kampfkabinet Papen-Hugenberg zurückgreifen. Aber Zentrum habe versprochen, ein Kabinet Hitler-Papen-Hugenberg zu tolerieren. Gehe es nicht, so müsse man auflösen und wiederwählen. Reichswehr werde Blomberg oder Fritsch bekommen. Stülpnagel (Edwin? oder Joachim) wurde nicht genannt¹⁷. Sollte es zum Kampfkabinet kommen, müsse ein „nationaler Gewerkschafter“ hinein. Bezüglich Kommunismus: Er, Meißner, habe kein Bedenken gegen ein Verbot der Partei mit Verlust der Mandate. Das sei legale Maßnahme. – Abends wieder Kriegsrat bei Hugenberg. Sprach hauptsächlich über Personalien. Für Finanzminister im Reich habe er Bang, für Preußen mich vorgeschlagen. Papen wolle keine Abgeordneten. Beschluß: Auch Nazi benennen Abgeordnete. Wir bestehen auf Parität. Für preussisches Innenministerium Winterfeld. Winterfeld hat Bedenken, weil nierenleidend. Kultus: Hülsen. Arbeit: Goerdeler. Krosigk hat erklärt, er mache Kampfkabinet nicht mit. Also schon Gegner in statu nascendi. Stimmung ziemlich skeptisch. Übrigens sprach Schmidt auf dem Presseball mit mir über preussisches Justizministerium. Ich behandle alle mich betreffenden Fragen absichtlich obenhin, da Eintritt für mich viele Schattenseiten hat, ich auch die ganze Sache noch für dubios halte. Abends Presseball in der Scherl-Loge. Frau Hugenberg mit Tochter v. Böhmer. Viel Besuche und Ansprechen z. T. von Fremden. Auch Neurath, Frau Meißner, Liane Haid. Dauerte sehr lang. Recht interessant.

lich war Hugenberg zum Eintritt in eine Regierung Hitler bereit. Als er von Kleist-Schmenzin bedrängt wurde, sich gegen das Gerücht zu erklären, er werde in ein Kabinet Hitler eintreten, lehnte er dies ab; Goebbels, Tagebücher, Bd. 2, S. 353; Hiller, DNVP, S. 571; Leopold, Hugenberg, S. 135; Vogelsang, Reichswehr, S. 379.

¹⁷ Joachim von Stülpnagel war der Kandidat Papens für das Reichswehrministerium; Vogelsang, Reichswehr, S. 386.

29. Januar, Sonntag

Nachmittags Doehring mit Frau. – Linkspresse zetert um Schleicher. Schleicher droht überall: In drei Wochen sei er wieder da. Hindenburg gehe am Papen-Experiment kaputt. Unser Ultimatum hat ihm den Todesstoß gegeben. Meißner sagte mir bei einer der Unterredungen nachher: Hindenburg habe er noch am 20. über meine persönliche Äußerung berichtet, und Hindenburg sei der Auffassung gewesen, gegen die Deutschnationalen sei Schleicher nicht zu halten. Sicher hat er dann auch Schleicher informiert. Trotzdem war dieser, als ihm Schmidt am 21. das Ultimatum überreichte, sichtlich peinlich überrascht. Seit dem Ultimatum, daß dann durch den Fraktionsbeschuß am 23. an die Öffentlichkeit kam, Trommelfeuer der Linken gegen uns. In der Partei hat das Ultimatum wie eine Erlösung gewirkt. Wir stehen nun mit einem Schlage im Mittelpunkt der Ereignisse als eine Art Pivot; diese Stellung ist aber dementsprechend auch gefährlich. Gehen wir mit Hitler, so müssen wir ihn bändigen. Andernfalls sind wir erledigt, sowohl wenn er die Macht an sich reißt, wie wenn er scheitert. Kommt Hitler-Regierung nicht zustande, so werden Papen, Meißner, vielleicht sogar Hindenburg (obwohl er den „Gefreiten im Weltkrieg“ im Grunde perhorresziert) die Schuld uns aufzuhalsen suchen. Auch eine Koalition Hitler-Zentrum müssen wir verhindern, dürfen uns aber mit dem Zentrum nicht völlig überwerfen. Es ist ein Spiel mit fünf Kugeln. Zum Glück sind die andern alle auch auf uns angewiesen. Qui vivra, verra.

30. Januar

Den ganzen Tag in der Friedrich-Ebert-Straße. Das Kabinett Hitler-Hugenberg ist ernannt. Fraglich Beteiligung des Zentrums. Hitler stellt die Wahl: Entweder Auflösung oder Zentrum¹⁸. Oberfohren, Winterfeld und ich Bedenken gegen Zentrum. Auflösung kann doch kommen; dann unsere Position schwierig. Kein Beschluß. Hugenberg übernimmt Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft Preußen, Wirtschaft und Arbeit Preußen, Osthilfe. Schmidt und Bang werden Staatssekretäre bei ihm. Goerdeler Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium. Hugenberg redet abends mit mir über die Beteiligungen des Reiches. Früher sprach er von meiner Berufung in die Rentenbank-Kreditanstalt, jetzt von einer neu zu bildenden Gesellschaft. [...]

1. Februar

[...] Hugenberg, der sonst jeden Tag anrief oder mich holen ließ, läßt seit vorgestern abend nichts mehr von sich hören. – Vormittags Spahn zu längerer Aussprache. Für den Fall der Beteiligung des Zentrums sieht er große Gefahren. Einkreisung durch Zentrum und Nazi. Bewegungsunfähigkeit, weil wir dann keinen Wahlkampf riskieren können. Papen sei waschechter Zentrumsmann, sehr befreundet mit dem Grafen Ballestrem-Plawniowitz. – Doehring ruft an. Eventuell müßten wir auch Zentrum schlucken. Seine Chemnitzer erklärten, sie wollten nicht noch einmal wählen. – Zur Zeit ist alles in Fluß und Gärung. – Eine Umschichtung der öffentlichen Meinung wird beginnen. Alles hängt davon ab, ob Hitler in die staatsmännische Linie einschwenkt oder seine Basis nur in der Partei sucht. Er scheint im Anfang jedenfalls klug zu regieren, gleichzeitig aber besetzt er alle Machtpositionen mit seinen Leuten: beide Innenministerien, Polizei, Schule, Univer-

¹⁸ Hugenberg hatte Hitler zufolge ausdrücklich gefordert, daß das Zentrum ausgeschlossen bleiben solle; Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. von R. Morsey, Mainz 1969, S. 612.

sitäten, Rundfunk. Wir haben die Verantwortung für die Wirtschaft, allein abgestellt auf den 68jährigen Hugenberg, flankiert von Schmidt und Bang. Hitler hat Leicht und Schäffer von der Bayerischen Volkspartei, die nach Berlin gekommen waren, ungehört nach Haus geschickt¹⁹. Er macht München kirre: Erst Koalition in München!! Klug! [. . .] Abends: Anscheinend versagt sich Zentrum. Hitler will sich dem Reichstag sowenig stellen wie Schleicher. Also Auflösung. Nach der Auflösung besteht die Gefahr, daß sich Hitler mit dem Zentrum (das mit den Bayern doppelt so stark wie wir ist und nach der Wahl vielleicht noch stärker ist) verbündet und uns an die Wand drückt. – Ich muß noch die Ursachen meines jetzigen Konflikts mit Hugenberg nachtragen: Er bot mir noch zur Zeit Schleichers, ich glaube am 27., jedenfalls spätestens am 28. für den Fall eines Regierungswechsels das Staatssekretariat im Arbeitsministerium an. Von diesem sollten Arbeitsbeschaffung und Dienstpflicht, Milizbildung usw. unter Seldte abgezweigt werden. Meine Aufgabe sei, das Restministerium abzubauen und zur Überführung auf das Wirtschaftsministerium reif zu machen. Ich unterdrückte meine Entrüstung über diese Totengräber-Arbeit und sagte: Das Arbeitsrecht sei mir zu fremd, als daß ich mir die Leitung einer so großen Behörde zutrauen könnte. Die Gewerkschaften würden mich wütend bekämpfen und die Unternehmen würden dasselbe tun, wenn ich die Löhne nicht senkte. Letzteres wollte ich nicht: Ich lehnte Lohndrückerei ab. Hugenberg ging auf letzteren Punkt nicht ein und betonte nur, ich könnte es wohl, wollte es aber nicht. Er hätte sonst niemand. Ich schlug Bang vor, der Sachbearbeiter der Partei für Arbeitsrecht sei, worauf er sagte: Bang würde zu sehr angegriffen werden. Auf Möllers – den ich nannte – ging er nicht ein. Am 28. (Sonnabend) mittag sprach er bei Tisch (Winterfeld, Oberfohren, Schmidt, Brosius waren anwesend) davon, Bang solle das Reichsfinanzministerium, ich das Preußische Finanzministerium übernehmen. Ich hatte aber sofort den Eindruck, das geschah nur, um den anderen und mir Fürsorge für mich zu zeigen, und sei nicht ernst. – Am Montag, 30. [Januar] abends, nach der Kabinettsbildung, behielt er mich nach der Konferenz mit den anderen zurück und sagte: „Ja, wie können wir Sie denn nun in der Regierung beteiligen“. Da er mir bisher nur das Totengräberamt angeboten hatte, sagte ich kühl: Um diese Frage zu beantworten, müßte ich Ihre Möglichkeiten kennen. Darauf lenkte er sofort ab: Man denke daran, Gelsenkirchen und einige andere Beteiligungen in eine neue Gesellschaft einzubringen, die ich ja übernehmen könnte²⁰. Indessen habe das noch Zeit. Ich sollte ferner mich an den Arbeiten für den Kurswechsel in der Handelspolitik [beteiligen]²¹ und auch an Konferenzen

¹⁹ Der BVP-Vorsitzende Fritz Schäffer hatte am 28. 1. 1933 eine ergebnislose Unterredung mit Hitler, der seiner Frage, ob das Zentrum und die BVP an der neuen Regierung beteiligt würden, mit der Ausrede auswich, er sei nicht mit der Kabinettsbildung beauftragt; Klaus Schönhoven, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33, in: HZ 224 (1977), S. 362; Falk Wiesemann, die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933, Berlin 1975, S. 162.

²⁰ In der Kabinettsitzung vom 2. 2. 1933 forderte Hugenberg, die Beteiligungen des Reichs an der Dresdner Bank AG und der GEBAG dürften nicht in Staatshand verbleiben, sollten aber auch nicht in die Hand des Großkapitals zurückkehren. Er schlug deshalb vor, eine neue Gesellschaft zu errichten, deren Kapitalmehrheit sich in der Hand der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse befinden sollte und an deren Kapital sich auch andere Unternehmungen beteiligen konnten. Durch maßgebende Vertretung der Landwirtschaft in den Organen und dem Kapital der neuen Gesellschaft sollten mittlere landwirtschaftliche Betriebe gestärkt werden; Die Regierung Hitler. Teil I: 1933/34, Bd. 1, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983, S. 24.

²¹ Original: helfen.

im Wirtschaftsministerium teilnehmen. Auf meine erstaunte Frage: „In welcher Eigenschaft?“, antwortete er: „Nun, als Experte“. Ich wollte diesem Zynismus nicht in ähnlicher Form begegnen und lenkte das Gespräch auf einige sachliche Fragen. Er wird in der Regierung ebenso wie in der Partei verfahren: nur niemand in den Vordergrund außer mir! In der Partei erregt es schon Aufsehen, daß wir nur durch Hugenberg als fünffachen Minister vertreten sind²². Er sammelt Portefeuilles, wie ein Generaldirektor Aufsichtsratsposten. – Abends: Hitler verliert seinen Aufruf und verkündet Vierjahresplan²³. Dann Auflösungsorder. Auftakt zur Wahl ist Verbreitung eines Aufrufs des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen uns!²⁴ Kurz hinter Hitler!

[. . .]

4. Februar

Landesgeschäftsführertagung, auf der ich den Einleitungsvortrag halte. [. . .] Die Stimmung bei den Landesverbänden ist flau. Gegen Hugenberg merkbare Verstimmung.

5. Februar, (Sonntag)

Vormittags Winterfeld zur politischen Lage vor Reichsfrauenausschuß und völkischem Ausschuß. Recht gut besucht. Winterfeld skizziert Gefahren der Lage, erinnert an Frick in Harzburg („Wir werden unseren Bundesgenossen rechtzeitig den Fußtritt geben“), betont Notwendigkeit selbstbewußten Auftretens wie ich am Vortage, ruft dann zur Unterstützung Hugenbergs auf. Freytagh als Vorsitzender betont Winterfelds Bedeutung und ruft dann für Hugenberg auf. Auch hier schien Stimmung kritisch und kühl. – Nachmittags kam Hugenberg nach Anmeldung zu mir, sprach erst über Stillhalteabkommen und wenige Parteisachen. Bezüglich Kandidatur Papen sagte ich: In der Partei selbst würden die Ansichten wohl geteilt sein. Ob Papen uns viel bringen werde, sei nicht sicher²⁵. Wertvoll wäre die Kandidatur, wenn dadurch Hindenburg veranlaßt würde, für uns einzutreten. In jedem Falle aber müsse Doehring gesichert werden. Wir könnten es nicht tragen, wenn der Katholik an der Spitze durchkäme und ein evangelischer Vorkämpfer durchfiele. Er deutete an, daß er auf der Reichsliste auch einige Volksparteiler sichern wolle, falls diese draußen nicht mehr Kandidaten aufstelle. Ich warnte, dafür wertvolle Parteileute etwa zu opfern. erinnerte an Berndt, obwohl der es um mich nicht verdient hat. – Dann kam er auf das Arbeitsministerium. Da hätte er noch niemand. Goerdeler habe zu große Vollmachten verlangt. Auf meine Fragen: Der Staatssekretär-

²² Hugenberg hatte vier Ministerien inne, das Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium im Reich und in Preußen. Quaatz wertete wohl das frühere Reichskommissariat für die Osthilfe als eigenes Ministerium. Mit seiner bürokratischen Arbeitsweise und seiner Ämterhäufung war Hugenberg als Minister überfordert; Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, S. 52.

²³ Der Wortlaut des Aufrufs Hitlers im Rundfunk mit der Verkündung eines Vierjahrplans zur Rettung der Bauern und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in: Völkischer Beobachter vom 2. 2. 1933 (Münchner Ausgabe).

²⁴ Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband erblickte in Hugenberg, nicht in Hitler eine Gefahr; Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893–1933, Frankfurt a. M. 1967, S. 258 f.

²⁵ Zu Papen als Kandidaten der neugebildeten Kampffront Schwarz-Weiß-Rot: Hiller, DNVP, S. 582; Leopold, Hugenberg, S. 141; Papen, Wahrheit, S. 298 f.

posten sei an Seldte gegeben, aber noch nicht besetzt. Der Rumpf solle an das Wirtschaftsministerium unter einem Ministerialdirektor als Kommissar übergehen. Ich warf ein: Er sehe aus dieser Entwicklung, wie gerechtfertigt meine Ablehnung gewesen sei. Sie sei mir nicht leicht geworden, aber ich wäre doch jetzt in einer unmöglichen Lage. Das war der einzige Punkt, in dem ich etwas aus meiner betonten Reserve herausging. Er sagte, er habe die Ablehnung auch gar nicht übel genommen und verstehe mich durchaus. Dann sagte er: Im Preußischen Handelsministerium habe Papen dem Ministerialdirektor Ernst das Staatssekretariat eigenmächtig versprochen. Ernst sei aber dafür nicht brauchbar. Er (Hugenberg) sei dadurch in eine schwierige Lage gekommen. Ich sagte ziemlich trocken: Dann ist das ja schon der zweite Staatssekretär, der Ihnen entzogen wird, einer durch Seldte, der zweite durch Papen. Das zeigt doch gewisse Bedenken gegen die Hereinnahme von Papen in die Partei an führender Stelle. Er glitt über diese Frage weg und sagte dann plötzlich: „Ja, ich habe doch niemand für diesen Posten“. Als ich schwieg, wiederholte er das noch einmal und setzte hinzu: Nennen Sie mir doch jemand. Ich sagte kühl: Gerade für diesen Posten gibt es doch bei uns Leute. Darauf er: Ja, wen denn, ich bitte Sie?. Darauf ich: Ja, wenn Sie mir vor acht Tagen diesen Posten angeboten hätten, den hätte ich sofort angenommen. Darauf er: Na, dann ist es ja gut. Ich fahre jetzt zu Papen und werde das gleich mit ihm festmachen. Dann kam er plötzlich auf die Rentenbank-Kreditanstalt und sagte, dort sollte ich mit Helferich als Direktor eintreten²⁶. Ich sagte, daß auch das mir sehr recht sei. Im Grunde würde ich das viel lieber machen, als einen politischen Posten übernehmen. Was Hugenberg nun aber machen wird, vermag ich nicht zu übersehen. Dann bat ich ihn, vor den Wahlen noch folgendes zu machen: 1. eine wirkliche Tat für die Landwirtschaft, die aber weder den Gläubigern noch einem anderen Berufsstand schaden dürfe. Das müsse Rohr machen. 2. Pronuntiamiento für Mittelstand und weiterverarbeitende Industrie. Diese würden gegen ihn als Großagrariar und Freund der Schwerindustrie aufgehetzt. 3. Persönliche Klarstellung, daß er keine gewaltsame Zinskonversion wolle, daß Innenschulden und Außenschulden zusammenhingen. Bang müsse ihm das abnehmen. Er sagte: Bang sei noch nicht ernannt. Er sei durch Indiskretion in die Presse gekommen. N. B.: Bang hat das augenscheinlich selbst in die „Deutsche Zeitung“ gebracht. Er schlug beim Abschied (die Unterredung dauerte eine Stunde) vor, daß wir uns morgen wieder sähen.

6. Februar

[. . .] Mittags mit Hugenberg. Er verschweigt, daß er nachmittags mit Schlieper, Jeidels und Kastl verhandelt, und behandelt mit mir das Stillhalteabkommen als Präparation für sich. Für seine Methoden charakteristisch. Erwähnt nebenbei: Papen sei „halb und halb“ für meine Ernennung. – Nachmittags Hauptgeschäftsstelle, wo Durcheinander herrscht, Besprechung der Wahlen. Tee der Frau Meißner im „Esplanade“ mit Hunderten von Gästen, auch L[otte] und Frau Hugenberg.

7. Februar

[. . .] Nachmittags wieder Hauptgeschäftsstelle: Nagel, Scheibe. Außerdem empfangen Professor Foppa-Linz von der Großdeutschen Partei. Was er sagt, schien mir darauf hinauszulaufen: Gebt mir Geld, sonst laufen wir zu der klerikalen Wiener Regierung über. –

²⁶ Hugenberg hatte Helferich bereits am 29. 1. 1933 für ein Kampf-kabinett Papen-Hugenberg gewinnen wollen; Hentschel, Monate, S. 96.

Kurzer Besuch bei Meißner. Meißner nicht ohne Besorgnis, daß Hugenberg sich zuviel aufgeladen habe, was ich zu widerlegen suche. Besorgnis vor Rohr usw., usw. Da seine Frau mich schon Montag auf dem Tee auf den preußischen Staatssekretär angesprochen hatte, kamen wir auch darauf. Obwohl er amtlich nichts davon wußte, diskutierte er mit mir das Ministerium, Personalien, insbesondere, ob ich den Bankenkommissar Ernst (Ministerialdirektor) belassen wolle, was ich unter Ablehnung der Legitimation zur Antwort bejahte. Bang hielt er für einen „Phantasten“. Ich strich natürlich unsere Leute heraus, obwohl seine Kritik recht treffend war. Auch er betont: Hugenberg müsse vor der Wahl etwas für den Mittelstand tun. – Die Linkspresse („12-Uhr-Blatt“, „Welt am Abend“) bringt seit Sonnabend Nachrichten über meine angebliche Ernennung zu verschiedenen Ämtern, übrigens ohne gehässige Kommentare, soweit ich sehe.

8. Februar

[. . .] Nachmittags stundenlanges Palaver über und dann mit Papen. Er will aus Angst vor Hindenburg sich nicht einfach bei uns aufstellen lassen und verlangt, daß wir seinetwegen Firma ändern und mit der Mitte zusammen in eine Mischmasch-Partei aufgehen. Winterfeld, Feldmann, Koch-Oynhausen, Zitzewitz und Dom[me]s lehnten das scharf ab. Ich schwieg, ebenso Graf Schulenburg, Lehmann, Mann und Brosius. Hugenberg konnte nach Papens Abgang kein Ende finden, worauf ich die dringenden Wahlthemata anschlug. Als „Witz“ bracht er, daß angeblich versehentlich durch Notverordnung die Wahlstimmenzahl in Preußen auf 60 000 erhöht wird²⁷. Das hat schwer verstimmt. Sogar Annagret Lehmann und Koch muckten auf.

9. Februar

Botschafter Köster zum Frühstück (Kriegsschuld). – Vorher Ufa. Hugenberg-Film. – Nachmittags wieder Palaver über Papen. Hugenberg drückt Firmenänderung durch²⁸. [. . .]

10. Februar

Vierstündige Fraktion. Von Oberfohren aufgeputscht scharfe Stimmung gegen Hugenberg. Das Kennwort „Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot“ fast einstimmig als verhängnisvoll abgelehnt, während Übernahme Papens – weit weniger Seldtes – auf die Reichsliste wesentlich günstiger beurteilt wurde. Sehr ungünstig wirkte, daß Hugenberg nicht kam, während Bang und Bismarck sofort das Feld räumten, als die Sache ungemütlich wurde. Spahn hielt eine lange Anklagerede, die Resonanz fand. Ich wartete schweigend bis zum Schluß, trotz großer Spannung und wiederholter Anzapfungen, und verhinderte dann, indem ich Winterfelds (der auch geflüchtet war) Ausführungen aufnahm, einen förmlichen Beschluß. [. . .]

²⁷ Reichsinnenminister Frick schlug am 1. 2. 1933 im Kabinett sogar vor, den Wahlkoeffizienten für ein Mandat bei den Reichstagswahlen von 60 000 auf 80 000 zu erhöhen, um die Zahl der Abgeordneten zu verringern. Hitler äußerte Bedenken, weil die DNVP darunter leiden könne. Hugenberg stimmte ihm zu; Die Regierung Hitler, I/1, S. 9.

²⁸ Gemeint ist die Bildung des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot aus Stahlhelm und DNVP.

11. Februar

Automobilausstellung. Hitler hält sehr geschickte Propagandarede²⁹. Hugenberg spricht mich auf Fraktionssitzung an. Macht müden und etwas hilflosen Eindruck. (Hergt verbreitet, er sei seinen „fünfeinhalb Ministerien“ auch körperlich nicht gewachsen.) – Nachmittags Parteivorstand, wo sich Opposition kaum hervorwagt. Spahn macht einen Rückzug. – Abends Sportpalast: Hugenberg-Papen-Seldte. Ich sitze neben Prinz Oskar. Unterhaltung betraf meist Personalien.

12. Februar, Sonntag

Parteivertretung. Langes Referat Hugenbergs. Zum Schluß schlug er unter großem Beifall ehrenwörtlichen Revers der Reichstagsabgeordneten vor, die von ihm zu bezeichnenden „Maßnahmen des Kabinetts in jeder Hinsicht zu unterstützen“³⁰. Ich fing ihn nach der Rede ab und erklärte ihm, ich würde nicht unterzeichnen. Entweder würde ich nachmittags ihm widersprechen oder still auf das Mandat verzichten. Er bat mich, mit in den Dom zu fahren. Im Wagen waren aber Frau, Tochter und Bang. Ich sollte im Fond neben ihm sitzen, was ich vermied. (Gute Predigt Doehrings. Dom überfüllt.) Nachher verließ ich mit Oberfohren den Dom auf Seitenweg. Ihm war der Revers noch unbekannt. Auf dem Weg Unter den Linden erklärte er heftig gestikulierend: Das sei für ihn der erwünschte Absprung. Plötzlich hielt ein Auto neben uns, Vogelsang sprang heraus: Hugenberg bäte mich ins „Schwarze Ferkel“. Ich erklärte kühl: Ich werde Oberfohren noch ein Stück begleiten und dann kommen. Im „Ferkel“-Sonderzimmer Hugenberg, Frau Hugenberg, Tochter und Vogelsang. Ich war harmlos und munter, teilte aber einige Pflaumen aus. Hugenberg schrieb einen Beschluß über Fraktionszwang aus, der anstelle des Reverses treten sollte; ich billigte ersteren. Kaffee mit Freytagh und Stauffenberg, denen ich diese Beilegung erzählte. Freytagh auch gegen solchen Beschluß. Ich legte dar, daß Opposition dagegen in der Parteivertretung für uns aus inneren und äußeren Gründen untunlich sei. Freytagh schien damit einverstanden. – In der Sitzung opponierte Oberfohren und, von ihm inzwischen gestachelt, Freytagh. Taktloser Byzantinismus (Traub, Feldmann) goß Öl ins Feuer. Freytagh explodierte. Winckler, Annagret Lehmann und ich vermittelten. Hugenberg kam in der Formulierung entgegen. – Nach der Sitzung ließ er mich aus Nebenraum holen und begann wieder das Thema meiner Übernahme. Es käme Staatssekretär im Handelsministerium oder Direktor der Rentenbank in Frage. Ich sagte zu, bat aber um baldige Entscheidung. Ich hätte jüngst zwei große Sachen (Giesche, Glasindustrie) wegen politischer Überlastung ablehnen müssen und hätte mich deshalb entschlossen, aus Politik auszuschneiden. Hugenberg: Das käme unter keinen Umständen in Frage, und erörterte beide Möglichkeiten. Auf meine Frage: Gegnerschaft Hitlers sei nicht vorhanden. Ich erzählte Unterhaltung Meißner, worauf er sagte, daß diese Unterstützung wertvoll wäre. Eines von beiden sei sicher. Nannte dabei wieder – wie stets in diesem Zusammenhang – den Namen Vögler, der stark mitzureden scheint. Ich hatte aber wieder den Eindruck, daß er mich hinhalten wollte. Ich sagte immer wieder: Ich sei bereit, es läge für mich Entweder-Oder vor, und ich bäte um raschen Ent-

²⁹ Am 11. 2. 1933 Tag hielt Hitler eine Rede anlässlich der Eröffnung der Internationalen Automobil- und Motorradausstellung in Berlin und präsentierte sich der Automobilindustrie als seriöser, verantwortungsbewußter Staatsmann; Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 1/1, Wiesbaden 1973, S. 208 f.

³⁰ Wortlaut s. u. Anm. 50 zu 1933.

schluß. – Abends: Überfüllter Presseabend im Nationalen Klub. Meine Rede mit großem Beifall aufgenommen, der sich bei der folgenden zweiten Ansprache noch steigerte. Gerade die anwesenden Volksparteiler taten sich hervor. – Rückweg mit Wohlthat (New York), der mir Blombergs Plan, Hindenburg solle einen Aufruf für Kabinett erlassen, mitteilte. Ich sprach den Inhalt solchen Aufrufs eingehend mit ihm durch, da er ihn Blomberg vorlegen soll.

13. Februar

Parteizentrale. Frühstück mit v. d. Porten, der mir seinen für Gereke ausgearbeiteten Vorschlag einer Kredithilfe für Kleinindustrie mitteilte. Dann zwei Stunden Ufa: Qualvolle Filmaufnahmen für Wahl. Dann zu Hugenberg. Erzähle (mit v. d. Portens Zustimmung) den Kreditplan, weise darauf hin, daß ich seit Monaten darauf dränge und daß nun Gereke uns das fortnähme. Überlasse ihm den Entwurf zu treuen Händen. Er will v. d. Porten mit mir zusammen sprechen. Erzähle dann von Blomberg. Er will Wohlthat mit mir zusammen sprechen. War vollständig ahnungslos. Hatte wieder starken Eindruck, daß er keine Übersicht über die Dinge hat und von sich aus der Dinge nicht Herr werden wird. [. . .]

14. Februar

[. . .] Nochmals Wohlthat, der anscheinend von Blomberg und Hugenberg verpflichtet wird. Telefon des schwer verbitterten Schmidt-Hannover.

[. . .]

17. Februar

[. . .] Schmidt telefoniert. Danach Hugenberg noch immer unschlüssig. Inzwischen marschieren die Nazi an ihm vorbei. Hugenberg erinnert an Friedrich Wilhelm III. gegenüber Napoleon. Seine Hauptsorge ist anscheinend wie stets (auch hier wie Friedrich Wilhelm III.) die Sicherung seiner persönlichen Stellung gegen Verdunklung. Zeit gewinnen ist die Parole. Im Lande ist er alles andere als populär. Da ich zu den Intimen gerechnet werde, vermeiden die meisten, über ihn zu reden. Was man hört, ist ungünstig. Es fehlt alles Forttreißende. Am bedenklichsten ist die von Meißner seinerzeit angedeutete Stimmung: Wird er alles das, was er auf sich genommen hat, auch schaffen? Verneint Hindenburg die Frage, dann kommt die Teilung, wobei Hitler den Hauptteil an sich nimmt.

18. Februar

[. . .] Abends Dommes wegen Veranstaltungssorgen. Ist aufgebracht über meine Vernachlässigung durch Hugenberg. Will diesem Vorstellungen deswegen und wegen Schmidt machen. Ich sage: wird vergeblich sein und dient nur dem Gefühl, daß Sie das Ihrige getan haben. Ich würde mich jetzt mit aller Kraft meinem Beruf widmen.

[. . .]

20. Februar

[. . .] Nachmittags Wahl-Tonfilm. Wird sehr gelobt. Aber Partei versagt vollkommen. [. . .] Mann klagt, auch er sehe Hugenberg nicht mehr. Alles zuckt die Achseln über das Experiment, fünf Ministerien, eine Partei, Film und Verlag leiten zu wollen. [. . .]

[. . .]

23. Februar

[. . .] In der Presse ist nur von den Nazi und ihren Taten die Rede. Sie ernennen auch zahlreiche Deutschnationale, u. a. Borck für Stettin³¹. Von uns ist nur wenig die Rede, da nur Hugenberg in Erscheinung treten darf, und der krank ist (Darmgrippe). Gut wird die Ernennung von Wienbeck zum Staatssekretär für Mittelstand wirken.

[. . .]

27. Februar

[. . .] Nachmittags Besuch bei Winterfeld, der jetzt die Parteigeschäfte führt. Winterfeld ist von den umlaufenden Parteigerüchten tief berührt. Marschbefehle für SA sind augenscheinlich authentisch. (Ich glaube, daß nicht nur Röhm, sondern auch Göring beteiligt sein müßte, wenn Erfolg zu erwarten. Unklar, ob für oder gegen Hitler.) Winterfelds Verstimmung gegen Hugenberg beruht wohl auf folgendem, was er wieder erwähnte: Papen hätte uns das Kultusministerium gegen Landwirtschaft oder Handel angeboten. Das habe Hugenberg wegen der erstrebten Einheit der vier Ministerien abgelehnt. Dadurch wurde Winterfeld natürlich der Weg ins Ministerium versperrt. Umbesetzung des Justizministeriums in Preußen schwebt. Die deutschnationalen Anwälte wollen für Minister und Staatssekretär Richter. Als Staatssekretär war Everling erwogen, worüber Winterfeld selbst lächelt. Die Personalpolitik wird immer skurriler. Winterfeld will nach der Wahl weiter Personalien mit mir besprechen. Hugenberg hat Winterfeld zugesagt, Schmidt nach der Wahl zum Reichskommissar zu ernennen. Winterfeld will für die Parteigeschäfte einen Helfer haben. Bartenwerffer genannt, den ich sehr empfehle. Er ist Winterfeld wohl zu autoritär. Abends zwei Stunden bei Bang, die fast ganz von seinen Erzählungen ausgefüllt waren. Charakteristisch mein Eintritt. Ich sagte seiner Frau, sie sehe nun ihren Gatten wenig. Als sie erwiderte: Oh nein, er kommt ja jetzt immer zu mittag, war Bang sehr verlegen, da er mir wiederholt am Telefon gesagt hatte, er arbeite zwölf Stunden hintereinander ohne Essen. Wichtiger, daß er augenblicklich viel mit Hugenberg zusammen ist, während er mir sagte, er sehe ihn überhaupt nicht. Das Ministerium habe er nach zwei Tagen durch kluge Schmeichelei völlig in der Hand gehabt. Es seien alles hervorragende Fachleute. Als ich bemerkte: ja, Trendelenburgs Schule, erwiderte er rasch: Ja, aber sie haben alle umgelernt. Weiter: Er müsse ja nun die Nackenschläge für Rohrs Agrarpolitik aushalten. Rohr sei zwar z. Zt. ausschlaggebend. Damit stimmte wenig die Schilderung, wie er Rohr stets auf den Sand setze. Kabinett arbeite großartig, Hitler sachlich und großzügig. Wenn er nicht wolle, sage er offen: Bitte nach dem 5. März (Wahltag). Auf meinen Einwurf, ob diese Taktik sich auch auf unsere Personalwünsche beziehe, wich er rasch aus. Seldte und Frick seien Esel, Krosigk brav aber unbedeutend. Dagegen schwärmte er geradezu von Popitz! Hugenberg macht das, was er vorschläge, sei ja auch in den Dingen nicht so zu Hause, wie er und ich! Überhaupt sind wir beide nach ihm die einzigen klugen Leute. Ich möchte Hugenberg zur Übertragung der Tarifabteilung des Arbeitsministeriums auf das Wirtschaftsministerium bewegen. Ich: Ich sehe Hugenberg gar nicht, bin auch gehandikapt, weil ich das Staatssekre-

³¹ Der deutschnationale preußische Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landesführer des Stahlhelm, Eldor C. Roman Borck, wurde zum Polizeipräsidenten von Stettin ernannt.

tariat im Arbeitsministerium abgelehnt habe. Das gab ihm einen „Riß“, er zog überrascht ein langes Gesicht und ging auf anderes über. Sachlich von Interesse: Es sei Holding-Gesellschaft geplant, welche die Beteiligungen des Reiches aufnehmen und „reprivatisieren“ solle (also etwa Hugenberg's Kissinger Plan). Damit hoffe man den Finanzschwierigkeiten zu begegnen. Eventuell Anlehnung an Rentenbank-Kreditanstalt. Viel Spott über Wienbeck. Von Interesse noch Erwähnung eines Dr. Pohl, der im Wirtschaftsministerium auf Privatvertrag mit Ministerialdirektorgehalt arbeitet. Im ganzen wenig ergiebig. Fast nur Panegyrikus auf sich und seine Stellung. Immer wieder die Wendung: Ich bin doch nun der höchste Reichsbeamte! – Abends Brand des Reichstagsgebäudes.

28. Februar

[. . .] Langes Telefon Schmidt, der sehr enttäuscht ist, weil Hugenberg ihm eine Amtsstellung verweigert und [ihn] nur privatim beschäftigen will. Handelsministerium wird durch Clausen besetzt. Für mich habe Hugenberg eine Lösung, mit der ich zufrieden sein werde. Jedenfalls eine Sache wie für Schmidt. Sehr witzig und schonend sagt Freytagh von Hugenberg: „Er kann seine Freunde nicht leiden“. In Wirklichkeit ist es ein feindurchdachtes System Walpole³².

[. . .]

4. März

Langes Telefon mit Bang. Besonders bemerkenswert, daß er sagt, er habe zu wenig Fühlung mit Hugenberg, dagegen habe er solche in steigendem Maße mit Papen. Man sieht, wie draußen und drinnen Hugenberg nicht nur an Hitler-Göring, sondern auch an Papen Terrain verliert und wie Leute von der Konjunktorempfindlichkeit Bangs das alles schon gewittert haben. Der Eigensinn Hugenberg's, alles in der Hand behalten zu wollen, fällt auch draußen bereits peinlich auf und gibt dem Gerücht immer wieder Nahrung, es geschehe, um mehrfach Gehalt zu beziehen. Zu alledem kommt Gesundheitliches. Außer Grippe hat er Nierenkolik. Er braucht Schonung, hat auch früher schon zwei Lungenentzündungen [über]standen. Qui trop embrasse, mal étreint. – Abends Anruf Doehring, auch besorgt: Es müsse doch etwas geschehen. Aber was? Es ist ein Glück, daß die Wahl nicht später liegt, sonst würde die völlige Zerfahrenheit der Leitung auch in den breiten Parteikreisen zum Bewußtsein kommen. Lage überhaupt verzwick, ganz wie die Psyche des „Führers“. Gewinnen wir stark, dann ist Papen der große Mann. Verlieren wir (was ich nicht glaube), ist Hugenberg schuld (nicht mit Unrecht). Gewinnt Hitler sehr viel mehr, ist Hugenberg als politischer Führer auf lange Sicht erledigt. Er hat sich durch seine egozentrische Politik in die Ecke manövriert.

5. März

Wahltag. Überwältigender Sieg der Nazi³³. Wir bleiben stehen, nur in Preußen, wo die letzte Wahl mit unserem Tiefpunkt zusammentraf, kräftiger Zuwachs³⁴. – Schmidt teilt

³² Der englische Premierminister Sir Robert Walpole (1676–1745) beherrschte mit einem Netzwerk von Patronage und Bestechung das Unterhaus.

³³ Die NSDAP erhielt 288 Sitze, die DNVP 52, die DVP 2, die DDP 5, die SPD 120, das Zentrum 74 und die KPD 81.

³⁴ Verglichen mit den Landtagswahlen vom 24. 4. 1932 nahm die DNVP in den Landtagswahlen vom 5. 3. um 27,75% zu.

mit, daß Hugenberg mittags im Nationalen Klub sein werde und dies ihm, Nagel und Brosius mitgeteilt habe; ob ich nicht kommen wolle. Ich sagte ihm, daß mir eine Mitteilung nicht geworden sei, ich aber gern komme, wenn ich gerufen werde. Augenscheinlich will Hugenberg wohl meine Mitarbeit im Parlament, mich aber nicht rufen lassen wegen der Versprechungen (Handelsministerium, Rentenbank-Kreditanstalt), die er nicht halten will oder kann.

6. März

[. . .] Abends rief Schmidt an und besuchte mich anschließend. Augenscheinlich kam er nicht im Auftrage von Hugenberg, aber mit dessen Wissen. Es hatte eine Besprechung mittags mit ihm, Nagel, Brosius, Vogelsang stattgefunden, zu der weder Winterfeld, noch Bang, noch ich geladen waren. Schmidt sagte: Er habe Hugenberg gefragt, wie die Sache mit mir stände. Darauf hätte Hugenberg „zum dritten Male“ gesagt, die Rentenbank-Kreditsache sei absolut sicher, er hätte schon mit Hitler sich verständigt und er müßte mich auch bald (oder dringend) sprechen. Schmidt forderte mich auf, Hugenberg aufzusuchen. Ich sagte das zu und fragte nach seiner Angelegenheit. Hugenberg will ihn als politischen Vertrauensmann auf Privatvertrag beschäftigen, ihm aber kein Personal geben. Schmidt fragte wieder, ob er annehmen solle. Ich: Es bleibe ihm aus sachlichen wie persönlichen Gründen kaum etwas anderes übrig. Er werde sich aber die Stellung erst machen müssen. Es folgte eine lange Unterhaltung über die prekäre Stellung Hugenbergs. Er ist mit nichts vorangekommen. Schmidt will ihm gesagt haben: „Mit den agrarischen Geschenken haben sie die Industrie sich zum Feinde gemacht, und die Bauern haben Nazi gewählt. Sie gleichen dem Archimedes, der über seinen Zirkeln saß“. Sachlich sicher richtig. Er beschwor mich, ihm zu helfen, was ich zusagte, wenn ich Rückenbedeckung an einer festen Position hätte. Sonst müßte ich die Arme frei behalten. Seine³⁵ Hilfe sei Hugenberg umso nötiger, als ich fürchtete, bei der Neuordnung in Preußen werde man Hugenberg das Handelsministerium fortnehmen. Ich hätte Hugenberg verblich auf die dort enthaltene Machtfülle hingewiesen. Schmidt: Das läßt sich Hugenberg niemals gefallen. Ich: Seine Position ist sehr schwach geworden. Die eigentlich entscheidenden fünf Wochen sind versäumt. Dem stimmte Schmidt lebhaft zu. Hugenbergs Name ziehe auch draußen nicht mehr. Bang werde nie gegen die Nazi sich auflehnen, auch Rohr nicht. Er kam dann auf die Fraktion, Oberfohren, Papen, Seldte usw. Ich bekräftigte seine Sorgen und wiederholte meine Stellungnahme. Bei der ganzen Unterhaltung setzte ich voraus, daß Schmidt sie Hugenberg berichtet. Schmidt hat ein Interesse daran, daß ich jetzt nicht frondiere. Ich deutete auch Sorgen für Hugenbergs Gesundheit an.

7. März

[. . .] Dollar in Not. In Kanada 20 Prozent Disagio. Wir werden folgen. Der eigentliche Zweck der Regierungsbeteiligung Hugenbergs (dahinter Vögler) ist doch die Schuld[en]abwertung. [. . .] Nagel hält mir langen Vortrag über all das, was eigentlich geschehen müßte zum Ausbau der Partei – aber eben nicht geschieht. [. . .] Dann ruft Claß „dringend“ an. Spaziergang mit ihm. Will aus mir herausholen, daß Bündnis mit Hitler falsch war. Wiederholt frühere Wendung: „Als er in Schwarzeck (dort war er zur Kur) davon gehört habe, habe er sich geschämt“. Als er insistiert, sage ich: Ich sehe die

³⁵ Das S ist überschrieben, so daß auch die Lesart „Eine“ möglich ist.

Sache etwas anders an. Nach dem Schleicherschen Emeuteversuch³⁶ war der Entschluß nötig. Claß: Da hat Hitler Hugenberg betrogen. Das hat er erfunden. Langes und unfruchtbares Hin und Her über Hugenberg. Ich erzähle genau die Affäre mit mir: Arbeitsministerium, Handelsministerium, Parteivertretung. Auffallend, daß er mich stets aufsucht, bevor er zu Hugenberg geht. Er hat sich mit ihm für morgen oder übermorgen verabredet. Ich glaube aber nicht, daß er im Auftrage Hugenbergs mit mir spricht, das wäre bei seiner scharfen Kritik gemein, sondern er will sich vorher wohl informieren. Dann Timm, auch voller Sorgen. Überall – auch außerhalb der Partei – erkläre man sich mein Fernbleiben aus der Regierung mit meiner Klugheit, ich wolle hinter dem Vorhang regieren. Ich danke für das Kompliment, leider sei ich in Wirklichkeit nicht gewünscht. Erzähle Affäre Handelsministerium. Timm zeigt Verwunderung und Entrüstung. Sehr gegen Bang, weil Wienbeck noch nicht ernannt. Oberfohren gewinne in der Partei Anhang gegen Hugenberg. Nachher ruft Berndt in großer Erregung wegen Nazi-Sturm auf Rathaus an³⁷. Ich beruhige ihn. Er behauptet: „Staatssekretär Meißner habe ihm auf telefonischen Anruf gesagt, nach Konferenz mit Hitler, Frick und Göring werde Flaggenerlaß Göring zurückgezogen werden“³⁸. Tatsächlich ist das nicht geschehen. Wahrscheinlich steht aber heutige Konferenz bei Hindenburg damit im Zusammenhang. – Rundfunk kündigt Propagandaminist[er] an. (Wahrscheinlich Goebbels).

8. März

[. . .] Abends mit L[otte] bei Kalckreuths. Minister v. Braun und Frau, Dr. Fischer, [Rochus?] Rheinbaben und Frau. Interessante Unterhaltung über Agrarfragen. Kalckreuth ermuntert mich unter vier Augen zum Eintritt in die Rentenbank. Sprechen Umschuldung durch Ablösungsscheine durch. (Hierzu mein Entwurf für Hugenberg, den ich wahrscheinlich nicht anbringen werde.)

[. . .]

10. März

[. . .] Nachmittags Winterfeld. Papen zeigt Neigung, auf Preußen zu verzichten, um das Auswärtige Amt zu übernehmen. Hitler will nicht Ministerpräsident werden. So besteht Gefahr, daß Göring kommt. Winterfeld möchte Finanzminister und Vizepräsident d[er] M[inisteriums] werden und würde dafür das Landwirtschaftsministerium (Hugenberg!)

³⁶ Damit ist vermutlich das Gerücht vom bevorstehenden Putsch der Reichswehr gemeint, das am 29. 1. 1933 in Berlin umlief; Vogelsang, Reichswehr, S. 394 f.

³⁷ Während am Turm des Berliner Rathauses nach den Wahlen am 7. 3. die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt wurde, setzten die Nationalsozialisten durch, daß am Hauptbalkon eine Hakenkreuzfahne angebracht wurde. Der Völkische Beobachter kündigte an, die NSDAP befinde sich auch im Berliner Rathaus auf dem Weg zur Macht; Völkischer Beobachter vom 8. 3. 1933, (Berliner Ausgabe).

³⁸ Göring hatte die Vizepräsidenten und Regierungspräsidenten angewiesen, dem Hissen der Hakenkreuzflagge und der schwarz-weiß-roten Fahne auf öffentlichen Gebäuden keinen Widerstand entgegenzusetzen. Am Tag zuvor hatte Winterfeld als stellvertretender Vorsitzender der DNVP bei Hitler die Wiederzulassung der schwarz-weiß-roten Flagge verlangt; Die Regierung Hitler, I/1, S. 156 f., 162; Bracher, Stufen der Machtergreifung, in: Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln 1960, Nachdr. 1974, S. 207.

opfern. Papen hält an Popitz fest, der (s. Besprechung [vom] 9. 3.)³⁹ darauf ausgeht, daß jetzige Kabinett bzw. Hugenberg lahmzulegen. Hugenberg selbst ist (nach Winterfeld) blind genug, das nicht zu erkennen. Winterfeld ist ebenfalls erst durch mich über Lage und Möglichkeiten aufgeklärt worden. [. . .]

11. März

[. . .] Dann Delegierte aus dem Lande unter Vorsitz Winterfeld. Berichte über Braunschweig, Sachsen, Lübeck usw. (die „deutsche Revolution“)⁴⁰. Vorläufig scheinen Frick und Hitler bremsen zu wollen. Eigentlich nur ein tragischer Fall, Erstechen eines Schlachthofbeamten in Chemnitz. Mißstimmung gegen Hugenberg, der von der Außenwelt nahezu hermetisch abgeschlossen ist. – Abends Diner bei Meißner. Zwischen Frau v. Winterfeld und Frau Zarden. Nachher Zarden sehr aufgeregt, weil er zum Abgang gedrängt wird. Dann Gespräch Hindenburg Sohn, zuletzt abgesondert mit Meißner und Zarden. Hindenburg entwickelt ein ganz verständiges Wegeprogramm und fragt: Wer macht das? Ich verweise ihn auf Seldte und Gereke. Über ersteren schwieg Hindenburg, während er Gereke verteidigend (ohne Not!) lobte. Auch von Eltz schien er nichts zu halten. Besorgte Äußerungen über Hugenberg (Meißner selbst sagt: Hugenberg ist in schwerer Lage; hoffentlich setzt er sich durch.) Gespräch über Hugenbergs Eigenart. Ich suche diese zu erklären und frage Hindenburg, ob er Hugenberg kenne. Als er das mit „kaum“ beantwortet, frage ich ihn, ob er ihn nicht näher kennen lernen wolle und erbierte mich als Mittler. Es wird dann eine Einladung der vier Ehepaare (mit Meißner) bei mir verabredet. – Sehr deutlich ist die Angst der Meißner-Clique vor den Nazi. Sie wollen dagegen halten. [. . .]

12. März, Sonntag

sagt sich Hugenberg an, der wohl durch seine Frau von dem Diner bei Meißner gehört hatte und mich nun gerade gestern auf 21.00 Uhr bestellen wollte, was ich ablehnte. Er will nun wohl Fühlung mit mir suchen. Hugenberg blieb ca. 15–20 Minuten und fuhr dann mit mir nach Nikolassee. Bei mir sagte er: Er werde mich an die Stelle von Kleeemann in der Dresdner Bank als Vertrauensmann bringen. Das soll Übergang sein, bis Ernennung in der Rentenbank-Kreditanstalt gesichert. Ich soll Leitung der Holding-Gesellschaft für Reichsbeteiligungen (Gelsenkirchen pp.) übernehmen. Außer mir soll Helferich, Leiter der Zentralgenossenschaftskasse, in den Vorstand der Reichsbank eintreten. Bearbeitung bleibt vorläufig bei Claußen „auf Abbruch“. Neuer Referent soll nicht bestellt werden, so daß ich unmittelbar unter der Aufsicht des Reichswirtschaftsmin[isters] stehen würde. Hugenberg will mit Andreae, Vorsitzender des Aufsichtsrats sprechen. Es ist also völlig mein Plan. Ob er ihn durchsetzen wird, ist sehr zweifelhaft. Hitler ist übrigens nach Hugenberg einverstanden. Ich erzählte ihm dann von Oskar Hindenburg und der Stellung Meißners, was ihn sichtlich erfreute. Er fragte, ob Meißner auch aufrichtig sei. Ich erläuterte ihm, wo Meißners Interessen jetzt meines Erachtens liegen. – Dann kam er auf seine Lage. Hitler gegen Fettverteuerung, ohne Belastung der

³⁹ Aufzeichnung von Quatz über eine Besprechung bei Berndt mit ihm, Bang, Laverrenz und Doehring über Inflations- und Deflationsprobleme. Quatz benutzte die Besprechung, um Bang, der für den Abbau der Staatsausgaben eintrat, eine Fortsetzung der Popitzschen Sparpolitik vorzuwerfen, die nicht im Sinne Hugenbergs sei. Quatz selbst lehnte aber Inflationspolitik als unnötig ab.

⁴⁰ Zu den Vorgängen in den Ländern allgemein: Bracher, Stufen, S. 190–202.

Margarine aber Viehwirtschaft nicht zu retten⁴¹. Krosigk ganz schwach. Seldte schilderte er mit schärfsten Worten. Dann über Schmidt: Wenn er eine halbe Stunde mit Schmidt geredet habe, sei er arbeitsunfähig. Er wolle Vizeminister oder Minister werden. Ich besänftigte ihn und trat für Schmidt ein. Darauf Hugenberg: Popitz sei einverstanden, daß Schmidt mit Staatssekretärsgehalt auf Privatvertrag eintrete. Ich sagte ihm, damit werde Schmidt sich gewinnen lassen. Wienbeck wolle Staatssekretär werden. Das ginge aber nicht, er könne Direktor mit Zuschlag als Reichskommissar werden. – Für Propagandamin[isterium] wurden Weiß und Brosius abgelehnt, da sie gezeigt hätten, daß sie nicht propagieren können. – Dann kam die Hauptsache: Oberfohren soll nicht Fraktionsvorsitzender wieder werden. Als er drängte, erinnerte ich an sein früheres Verhalten. Ich hätte ihn gewarnt. Er bat immer wieder, ich möchte mir das überlegen. Hier liegt für ihn die Hauptsache, weswegen er mich sucht. Auf allgemeine Dinge ging er nicht ein, nur auf seine äußere Lage. Winterfeld hat ihm eine Art Ultimatum geschickt. Wir brauchen Wirtschaftsprogramm, Finanzminister in Preußen und Minister ohne Portefeuille. Ich machte kein Hehl aus seiner Isolierung, verwies darauf, daß er zur Zeit eigentlich nur Bang hätte, dessen bisherige Äußerungen bedenklich seien. Hugenberg selbst äußerte aber: Er könne keine Schwierigkeiten mit der Bürokratie brauchen. Ich sagte ihm: Die Partei denke umgekehrt. – Er ist sehr bedrängt. Frick hat von einem „Reklame-Monopol“ gesprochen, das dann freilich auf die Säulen beschränkt. Er kämpft zäh, aber hat augenscheinlich innerlich selbst das Gefühl, daß seine Position auf die Dauer verloren ist. Sehr gealtert und müde. Zu großer Egoismus – zuviel Mißtrauen, besonders gegen alle, die ihn in den Schatten stellen könnten. – Die Gefahr der Hitlerschen Rede gegen Sowjets erkannte Hugenberg⁴². Er will mit dem russischen Botschafter Fühlung nehmen. Ich verwies auf Freytagh. [. . .]

13. März, Montag

[. . .] Nachtrag zum 11. [März] Diner Meißner: Zarden erzählte meiner Frau, daß Brüning als Kanzler wiederholt in Zardens Salon mit Oberfohren stundenlang allein konferiert habe. Zarden und Meißner sprechen immer wieder davon: Hugenberg sei in einer schweren Lage, aber er müsse durchhalten. Meißner sagt zu meiner Frau: Ihr Mann ist viel zu nachgiebig gegen die Nazi. Worauf Lotte: Ja, wo soll sich das denn zeigen? Worauf Meißner auswich.

14. März

[. . .] Mittags „Kaiserhof“ mit Dr. Stinnes und Schacht. Schacht rechnet anscheinend mit Nachfolge Luther⁴³. Stinnes managed ihn. Schacht entwickelt Bankreformpläne, die sich mit meinen Anregungen in der Öffentlichkeit decken. Deutlich, daß er uns von Luther

⁴¹ Zur Diskussion um die Margarinefrage im Kabinett, wo Hugenberg, der seine Kontingentierungspolitik durchsetzen wollte, behauptete, er wolle die Margarine verbilligen: Die Regierung Hitler, I/1, S. 197–203.

⁴² Wahrscheinlich ist die antikommunistische Rede vom 2. 3. 1933 im Berliner Sportpalast gemeint, in der Hitler die Sowjetunion als abschreckendes Beispiel hinstellte. Diese Rede führte zu einem offiziellen Protest der Sowjetunion; Günter Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 112 f.

⁴³ Zur Ablösung Luthers durch Schacht: Luther, Abgrund, S. 304–308; Die Regierung Hitler, I/1, S. 231–234; Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 383.

wegziehen will. Wir haben an Luther kaum ein Interesse; aber Hugenberg fürchtete früher Schacht. Beide sind übrigens kürzlich zusammengewesen. Sachlich interessant, daß Schacht sagt, wir hätten nicht sieben, sondern 10 Milliarden zurückgezahlt. Nachmittags über das gleiche Thema bei mir Jacob Goldschmidt mit Knaepper. Goldschmidt trug fast zweieinhalb Stunden vor, vieles über Personen und Vorgänge in der Berliner Bankwelt, sehr interessant. Schachts Vorschläge decken sich vielfach mit Goldschmidts Ansichten. Goldschmidt behauptet, sie stammten von ihm (Goldschmidt). Meine Anregungen und Ansichten habe er durchaus geteilt.(!?). – Wieder Telefon Bang: Diversa. V. d. Porten gefährdet. Ich mache Bang auf den unmöglichen Zustand aufmerksam, daß Dernburg durch Vorsitz in der Akzeptbank und Aufsichtsrat in Dresdner Bank dominiert.

15. März

Vormittags Meißner: Hitler sei mit Hugenberg erfreulich einig. Hugenbergs Verhalten zu mir in Sachen Handelsministerium unverständlich. Ihm (Meißner) sei die Ernennung Claußens nicht mitgeteilt. Ich dürfe mir das nicht gefallen lassen. Oder „käme etwas anderes in Frage?“ Ich bagatellisiere die Handelsministerium-Affäre und deute die Sache Dresdner Bank an. Einladung Hindenburgs soll noch hinausgeschoben werden. Seldte auch nach Meißner völliger Versager. Gereke habe auch enttäuscht. [...] Dann von 17.00–19.30 Uhr Sitzung bei Winterfeld: Borck, Nagel, Berndt, Laverrenz, Steinhoff, Hagen-Osnabrück, Schmidt, Everling, Dommès, Lehmann, Averdunk. Wieder starke Mißstimmung gegen Hugenberg. Winterfeld: Er sei ohnmächtig, Hugenberg halte alles in seiner Hand. Berichtet über Papen. Beschluß: Namensänderung der Reichstagsfraktion (Wunsch Papens) abgelehnt. Vollmachten an Winterfeld als stellvertretenden Parteichef nötig. – Abends 21.00 Uhr holt mich Hugenberg ab, und ich fahre mit ihm nach Dahlem, dann zurück. Dresdner Bank sei perfekt. Hitler, Krosigk, Andreae einverstanden. Ebenso Götz und Ritscher, die nach ihrem Vertrag gefragt werden mußten. Gehalt ca. 50 000–60 000, drei Jahre. Ich frage, wie lange die anderen Verträge laufen und verlange daher auch fünf Jahre. Bewilligt. Gehalt gilt als vorläufig bis zur Regelung der anderen Gehälter. Vertrag soll zwischen mir und Hugenberg vorbereitet werden. – Vorgeschichte: Am 10. [März] hatte ich Winterfeld auf den Fall Kleemann aufmerksam gemacht. Dort bekäme ich die Genossenschaften und könnte die später in die Rentenbank-Kreditanstalt einbringen. Er notierte sich das eifrig, da ihm natürlich daran lag, mich aus der politischen Konkurrenz auszuschalten. Er hat das dann an Hugenberg gebracht. Bei diesem anscheinend ähnliche Motive, denn er ventilierte die Frage: Ob ich nicht das Mandat niederlegen mußte. Wenn Reichstag dauernd tage, ginge das nicht. Ich schwieg. Darauf Hugenberg etwas eingeschüchtert: Das gelte auch für Bang; aber Reichstag würde ja wenig tagen, also könne man später darauf zurückkommen. Darauf stimmte ich höflich zu. Ich muß bis zur Unterschrift vorsichtig sein. Auch in Zukunft.

16. März

Bang ruft täglich an, um zu berichten und zu fragen. Er scheint sehr unsicher. Besuch Stubbendorff. [...] Hugenberg läßt mitteilen, ich möchte morgen Andreae besuchen. Stauffenberg. Erzählt ergötzliche Geschichten von der schwäbischen Revolution⁴⁴. Plant

⁴⁴ Zur Machtergreifung in Württemberg: Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1978; Paul Sauer, Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, Ulm 1975.

Überführung der Weingärtner zur DNVP⁴⁵. Nazi planen mit den beiden Lünincks Überführung der christlichen Bauernvereine in den Landbund⁴⁶. Dieser soll als Gesamtvertretung der Landwirtschaft anerkannt werden. Wichtig auch für den Rentenbank-Plan.

17. März

Lange Unterhaltung mit Andreae. Vertrag auf fünf Jahre mündlich vereinbart. Wird dem Ausschuß des Aufsichtsrats vorgelegt. Dann bei Vogelsang (Hugenberg im Kabinett). Soll Hugenberg mitteilen, daß Vereinbarung getroffen und Schacht (jetzt Reichsbankpräsident) verständigt. Andreae macht kultivierten und angenehmen Eindruck. Er ist mit mir der Ansicht, daß ich genau den Vertrag wie die anderen Direktoren der Dresdner Bank erhalte, nur zwei schwerwiegende Ausnahmen: keine Pension (zwei Direktoren haben je 2400 Mark Pension) und *bis zur Regelung* der Gehälter nur 6000 Mark, während die anderen 10 800 haben (incl. sog. garantierter Tantiemen).

18. März

[. . .] Dann mit Schmidt bei Winterfeld. Preußenfrage noch ungeklärt. Brüning wünscht Unterredung⁴⁷. Soll mit Winterfeld und Schmidt stattfinden. Zentrum will augenscheinlich in die Regierungsfrent einschwenken. Hindenburg mit geplantem Ermächtigungsgesetz, das ihn ganz ausschalten würde, nicht einverstanden. Hitler gegen Hindenburg als preußischen Staatspräsidenten. Schmidt will doch Stellung auf Privatvertrag bei Hugenberg annehmen. Luther geht nach Washington als Botschafter. Hugenberg hat Sorge vor Kritik in der Fraktion. Er hat sich mehr und mehr in Ressentiment gegen die Partei hingegeben. Denkt rein egozentrisch. Mißstimmung in der Partei wächst. Von allen Seiten kommen erbitterte Briefe über Führerlosigkeit. In seinen Ressorts reinigt Hugenberg absichtlich nicht, glaubt, in den alten Beamten, die mit jedem Kurse segeln, Hilfe gegen seine Parteifreunde zu finden⁴⁸. Bismarck wird wohl in die Provinz versetzt werden. Nachfolger Grauert, dessen Nachfolger Borck.

[. . .]

22. März

Die letzten Tage waren wichtig und interessant: Am Montag [20. März] der Vortag von Potsdam, wohin L[otte] und ich über Nacht fahren. Fraktionssitzung tumultös und nie-

⁴⁵ Stauffenberg war Reichstagsabgeordneter des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes und wurde dann Hospitant der NSDAP-Fraktion; Schnabel, Württemberg, S. 105, 263.

⁴⁶ Am 31. 3. 1933 begannen Fusionsverhandlungen zwischen den Bauernvereinen und dem Reichslandbund. Der Leiter des Agrarpolitischen Amtes der NSDAP, Darré, übernahm am 4. 4. 1933 die Leitung der Reichsführergemeinschaft der zu vereinigenden Verbände; Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969, S. 230 f.

⁴⁷ Am 21. 3. 1933 trafen sich Brüning und Hugenberg. Es wurde vereinbart, daß Brüning einen Änderungsantrag zu dem geplanten Ermächtigungsgesetz entwerfen solle, der die politischen und bürgerlichen Freiheiten garantieren würde. Die DNVP-Fraktion beschloß dann aber doch, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, ohne den von Brüning ausgearbeiteten Änderungsantrag einzubringen. Grund dafür war, daß 22 Fraktionsmitglieder unter der Führung Stadtlers gedroht hatten, zur NSDAP überzutreten, falls der Antrag eingebracht werde; Brüning, Memoiren, S. 653 ff.; Hiller, DNVP, S. 592.

⁴⁸ Vgl. Boelcke, Wirtschaft, S. 52 f.

derziehend. Hugenberg referierte sehr ungeschickt. Oberfohren hetzte⁴⁹. Infolgedessen Stimmung unter Nullpunkt, was auf den folgenden „Kameradschaftsabend“ drückt. Am Dienstag noch mehr Menschenmassen. Auf der Straße kein Durchkommen. Sehr würdig der Akt in der Garnisonskirche. Hindenburg wirkt wie sein eigenes Monument. Sehr gute Ansprache Hitlers. Tiefen Eindruck macht es, als Hindenburg zum Grabe Friedrichs des Großen niedersteigt. Unbeschreiblicher Jubel beim Vorbeimarsch der Truppen und Verbände. – Nachmittags schloß sich die *erste Reichstagsitzung an*. Sozi totenstill. *Zentrum erhob sich mit zu Ehren Hitlers*. Straffe Durchführung der Formalien. Störend das unnötige riesige Hakenkreuz statt der Reichsfarben hinter dem Präsidenten. – Abends Festoper „Meistersinger“. L[otte] in der Ehrenloge. Nachsitzung mit Meißner und Seldte im „Bristol“. – Am Mittwoch Besprechung im Klub: Hugenberg, Schmidt, Hergt, Vogelsang und ich. Mir scheint, Hugenberg will Hergt zum Fraktionsvorsitzenden machen!! Dann Fraktionsitzung ohne Hugenberg. Oberfohren bringt die Fraktion dazu, sich für ihn zu erklären. – Andreae teilt mir mit, daß Arbeitsausschuß einstimmig meine Berufung in den Vorstand der Dresdner Bank beschlossen habe. Der Vertreter der Reichsbank habe sich besonders warm geäußert. Andreae will Veröffentlichung in der Presse. Jetzt heißt es, wieder „als Novize einen neuen Lebensabschnitt“ beginnen.⁵⁰

⁴⁹ Zu Oberfohren als Gegner der Nationalsozialisten und des Ermächtigungsgesetzes: Hiller, DNVP, S. 592, 596. Am 11. 4. 1933 ersetzte ihn Hugenberg als Führer der Fraktion durch Schmidt-Hannover; Bracher, Stufen, S. 291.

⁵⁰ Hier folgt im Original die aus den Tagebüchern gefertigte masch. Ausarbeitung von Quatz: Zur Vorgeschichte meiner Berufung in die Dresdner Bank, 8. S., vermutlich verfaßt nach seiner Entlassung als Direktor Ende 1933 zur Vorbereitung seines Prozesses vor Mai 1934. – Daran schließt die von Hugenberg verfaßte, von den Reichstagsabgeordneten seiner Fraktion verlangte Erklärung: „Hierdurch verspreche ich dem Führer der D. N. V. P. ehrenwörtlich, daß ich im Fall meiner Wahl als Reichstagsabgeordneter die von ihm bezeichneten Maßregeln des Kabinetts der nationalen Sammlung in jeder Hinsicht unterstützen werden.“

Abkürzungen

| | |
|-------|---|
| AADV | Arbeitsausschuß Deutscher Verbände |
| ADGB | Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund |
| ADV | Alldeutscher Verband |
| B. T. | Berliner Tageblatt |
| BMW | Bayerische Motorenwerke AG |
| BVP | Bayerische Volkspartei |
| BuWB | Bauern- und Weingärtnerbund |
| ChrBP | Christlich Nationale Bauern- und Landvolkpartei |
| ChrsV | Christlich-sozialer Volksdienst |
| DAZ | Deutsche Allgemeine Zeitung |
| DDP | Deutsche Demokratische Partei |
| DGB | Deutscher Gewerkschaftsbund |
| DHV | Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband |
| DIHT | Deutscher Industrie- und Handelstag |
| DNVP | Deutschnationale Volkspartei |
| DSTB | Deutscher Schutz- und Trutzbund |
| DStp | Deutsche Staatspartei |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| IHK | Industrie- und Handelskammer |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KVp | Konservative Volkspartei |
| MdL | Mitglied des Landtags |
| MdR | Mitglied des Reichstags |
| NF | Nationalsozialistische Freiheitspartei |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| RDI | Reichsverband der Deutschen Industrie |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| TU | Telegraphen-Union |
| USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| Ufa | Universum Film AG |
| VDESI | Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller |
| VIAG | Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG |
| VR | Volksrechtspartei |
| VvVD | Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands |
| WV | Wirtschaftliche Vereinigung |

Personenindex

- Abegg, Wilhelm, Staatssekretär im preußischen Innenministerium 1926–32 158
- D'Abernon, Lord Edgar (*1857), britischer Botschafter in Berlin 1920–26 74, 94, 99
- Adams, Charles Francis, US-Marineminister 1929–33 141
- Adenauer, Konrad (*1876), Oberbürgermeister von Köln 1917–1933 22
- Agena, Dirk (*1898), Landwirt, MdR (DNVP) 1928–33 39
- Albert, Heinrich (*1874), Reichsschatzminister und Reichsminister für Wiederaufbau 1922–23, Vorstandsvorsitzender des Norddeutschen Lloyd (Bremen) ab 1932 101
- Andreae, Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdener Bank 240, 242–244
- Anderson, Sekretär von US-Präsident Hoover 142
- Anschütz, Gerhard (*1867), Verfassungsjurist und Hochschullehrer 201
- Arnim, Detlev v. (*1878), Rittergutsbesitzer in Kröchlendorff, MdR (DNVP) 1932–33 113, 196, 226
- Arnim-Zusedom, Wilhelm v. (*1879), Fideikomißherr auf Lützlow 108
- Arôn 161
- August Wilhelm, Prinz v. Preußen (*1887), vierter Sohn Kaiser Wilhelms II., MdR (NSDAP) 1933–45 39, 71, 126, 178
- Averdunk 242
- Baade, Fritz Dr. Dr. (*1893), Dozent für Volkswirtschaft Univ. Berlin 1930–33, Leiter der Reichsforschungsstelle für Landwirtschaftl. Marktwesen 1928–33, Präsident der Deutsch-Polnischen Roggenkommission, MdR (SPD) 1930–33 111
- Bachmann, Georg (*1885), Ökonomierat, MdR (DNVP) 1920–32, Übertritt zur ChrBP 1930 106
- Bacmeister, Walter, Zeitungsverleger, Mitglied des ADV 81, 87, 99
- Baecker, Paul (*1874), Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, MdR (DNVP) 1924–28 50
- Baer, Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ 81, 87
- Bäumer, Gertrud (*1873), Schriftstellerin, Ministerialrätin im Reichsinnenministerium 1920–33, MdR (DDP/DStP) 1919–33 41
- Baerwolff, Walter (*1896), Geschäftsführer der bayerischen DNVP 1920–33, MdL (Bayern) 1924–32, MdR 1932–33 98
- Balfour, Arthur James Earl of (*1848), brit. Premierminister 1902–05 und Vorsitzender der Konservativen (bis 1911), Außenminister 1916–19 61
- Ballestrem-Plawniowitz, Nikolaus Graf v. (*1900), Industrieller (Oberschlesien) 229
- Baltrusch, Friedrich (*1876), Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften, MdR (VR) 1930–32 157
- Bang, Paul (*1879), Oberfinanzrat, führendes Mitglied des ADV, MdR (DNVP/NSDAP) 1928–33, (NSDAP) 1933–45, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Februar–Juni 1933 16, 19, 25, 33f., 38, 43, 47f., 56f., 59f., 62, 64, 66–70, 74–76, 81, 83, 87, 89, 101, 104f., 109f., 113, 115, 122, 124f., 127, 129f., 135f., 138, 147, 154, 162–164, 166f., 181–184, 186, 188, 190, 194–196, 198, 201f., 204f., 211, 213–215, 219, 222, 228–230, 232–234, 236–242
- Barteneck, v. (?) 104
- Bartenwerffer 236
- Bauer, Major 108
- Bauer, (Landvolk) 140
- Baumbach, v. 79
- Bayer, v. 67, 180
- Bazille, Wilhelm (*1874), Beamter, württemberg. Staatspräsident 1924–28 u. Kultusminister 1924–33, MdR (DNVP) 1920–30 65, 89, 109
- Becker-Trier, Gustav, Vors. d. Landesverbandes Koblenz-Trier der DNVP, Pfarrer 90
- Behm, Margarethe (*1860), Lehrerin, Hauptvorsitzende des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen, Ehrenmitglied der DNVP, MdR (DNVP) 1919–28 31
- Behrens, Franz (*1872), Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter, MdR (DNVP) 1919–30, (ChrsV) 1932–33 67, 93
- Beitter (?) 65
- Bell, Johannes (*1868), Justizrat, Reichsjustiz-

- minister 1926–27, MdR (Zentrum) 1919–33 10
- Below, Otto v. (*1857), General d. Infanterie, Vorsitzender des Reichsausschusses für das Volksbegehren gegen den Youngplan 74
- Bennigsen, Rudolf v. (*1824), Nationalliberaler Parteiführer, Präsident des Preuß. Abgeordneten-Hauses 1873–79 72
- Berckemeyer, Hans (*1873), Generaldirektor, stellvertr. Mitglied des Hauptausschusses des RDI 101, 111
- Bergmann, Carl (*1874), Bankier, Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft 62
- Berndt, Emil (*1874), Bürgermeister a. D., MdR (DNVP) 1920–33 37, 43, 48, 63, 81, 101, 106, 110, 127, 138, 160, 183, 196, 201, 209, 231, 239–241
- Bernhard, Georg (*1875), Chefredakteur der Vossischen Zeitung, MdR (DDP) 1928–30 78, 87
- Bernhard Ludwig (*1875), Universitätsprofessor 64, 158
- Bernstiel 137
- Bethge, Max, Bauerngutsbesitzer, Mitglied des Präsidiums des Reichslandbundes 92
- Bethmann Hollweg, Theobald v. (*1856), Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident 1909–17 102, 129, 154
- Beuermann, August Ludwig (*1867), Schulrat, MdR (DVP) 1919–24 71
- Beukenberg, Wilhelm (1858–1923), Generaldirektor der Phoenix AG, Vorsitzender der nordwestl. Gruppe des VDESI seit 1922, Vorsitzender des Langnam-Vereins seit 1914 9f.
- Beutler 33
- Bie, Hans, Generaldirektor, Aufsichtsratsmitglied des Oberschlesischen Steinkohlen-Syndikats 91
- Biener, Franz Hermann (*1866), Bäckerobermeister, MdR (DNVP) 1919–30, (WV) 1930–32 37
- Bismarck, Herbert v. (*1884), Landrat, Staatssekretär im Reichs- u. preußischen Innenministerium 1933, MdR (DNVP) 1930–33 119, 122, 169–171, 182, 190, 205, 213, 215f., 218, 226, 233, 243
- Bismarck, Otto Fürst v. (*1897), Land- und Forstwirt, MdR (DNVP) 1924–28 39
- Bloul 89
- Blomberg, Werner (*1878), Chef des Truppenamtes 1927–29, Reichswehrminister 1933 228, 235
- Bödecker(?), Carl Heinrich Friedrich (*1883), Chemiker, Stellvertr. Vorstandsmitglied der J. D. Riedel A. G. 88, 177
- Boediker, Vizeadmiral, Vorsitzender des DNVP-Landesverbandes Hessen-Nassau 78f.
- Böhm, Hans, nach 1945 Kirchenpräses in Berlin 18
- Böhringer, Eugen (*1872), Generaldirektor, Vorstandsmitglied der Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte 127, 130
- Bonn, Moritz (*1873), Nationalökonom und Historiker, Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“, der „Vossischen Zeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ 166, 175
- Borchmeyer, Joseph (*1898), Rechtsanwalt, MdR (DNVP) 1932–33 214
- Borck, Eldor (*1888), stellvertr. Landesführer des pommerschen Stahlhelm, MdL DNVP (Preußen) 1924–33 65, 124, 163f., 166, 196f., 209, 216, 236, 241, 243
- Borsig, Ernst v. (*1869), Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1923–32 12f., 27, 35
- Borsig, K. 59
- Bothe, Landrat a. D., Generaldirektor, Merseburg 177
- Bothe, Student 207
- Bottai, Guiseppe (*1895), Staatssekretär bzw. Minister für d. Korporationswesen 1926–32 154
- Boxberg, v. 30, 32
- Bracht, Franz (*1877), Oberbürgermeister von Essen, Reichsinnenminister im Kabinett Schleicher 1932 91, 191, 214–216, 222
- Brandes, Ernst v. (*1862), Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen 27, 30
- Brandt, v. 62
- Braun, Magnus Frh. Edler v. (*1878), Generaldirektor der deutschen Raiffeisen-Organisation seit 1926, Reichsernährungs- u. Landwirtschaftsminister 1932–1933 208f., 212, 215, 239
- Braun, Otto (*1872), Buchdrucker, preußischer Ministerpräsident 1920–32, MdL (SPD Preußen) 54, 63, 80, 106, 124, 133, 147, 151, 185, 197, 210
- Braun, Rudolf (*1889), Fabrikbesitzer, Magistratsrat in Melsungen 177
- Brauns, Heinrich (*1868), Reichsarbeitsminister 1920–28, MdR (Zentrum) 1919–33 25, 56
- Brauweiler, Heinz (*1885), Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Der Stahlhelm“ 1926–33 42, 75, 83
- Bredow, v., zweiter Vorsitzender des Landesverbandes Potsdam I der DNVP 108(?)
- Bredow, Maria Gräfin v. (*1899), Juristin, Mitarbeiterin im Sekretariat Franz von Papens 213f.

- Bredt, Johann (*1879), Universitätsprofessor, Reichsjustizminister 1930–31, MdR (WV) 1924–33 15, 61, 110, 117, 119
- Breitscheid, Rudolf (*1874), Schriftsteller, Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, Mitglied der deutschen Völkerbundsdelegation, MdR (USPD/SPD) 1920–33 34, 60f., 80, 82, 86, 92, 100, 125, 137
- Briand, Aristide (*1862), französischer Ministerpräsident, zuletzt 1929 52, 66
- Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf v. (*1869), Führer der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles, Reichsaußenminister 1919, Botschafter in Moskau 1922–28 53, 81
- Brolat, F., Magistratsrat der Stadt Berlin, Vorstandsmitglied der Berliner Verkehrsgesellschaft 134
- Brosius, Hans, Major a. D., Chefredakteur der „Niederdeutschen Zeitung“, Hannover, Presschef der DNVP unter Hugenberg 16, 63, 66, 68, 70, 74, 76f., 82f., 88, 99, 101, 105, 125, 129, 142, 165, 168, 170, 172–174, 178, 183f., 186, 219, 227, 230, 233, 238, 241
- Brüning, Heinrich (*1885), Reichskanzler 1930–32, MdR (Zentrum) 1924–33 7, 15f., 19, 21, 25, 29f., 59, 73, 96, 99f., 105–111, 114, 116f., 119, 121f., 125f., 128f., 133, 136–152, 154–158, 161–174, 177–179, 181–183, 185, 189–191, 201, 209, 241, 243
- Bruhn, Wilhelm (*1869), Zeitungsverleger, MdR (DNVP) 1919–30, Parteiausschluß im Oktober 1930 83
- Brunk, Ernst (*1883), MdL DNVP (Preußen) 1921–1932, MdR (DNVP) 1932–33 90, 105
- Bucher, Johannes, Fabrikdirektor, Vorstandsmitglied der Triumph Werke A. G. 62
- Bülow, Bernhard v. (1885–1936), Staatssekretär im Ausw. Amt 1930–36 110, 128, 220
- Buff, Clemens, Bürgermeister von Bremen, Mitglied der DNVP 39
- Bumke, Erwin (*1874), Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium 1919–29, Präsident des Reichsgerichts 1929–45 209
- Burckhardt, Domprediger in Berlin 217
- Busch, William Martin Friedrich (*1867), Aufsichtsratsvorsitzender der Linke-Hofmann-Busch Werke A. G., Vorstandsmitglied des RDI 42, 63, 91
- Carlowitz-Hartitzsch(?), Hans G. v. (*1851), Fideikomißherr auf Heyda/Falkenstein, Geheimrat 26(?)
- Carlsen, Vorsitzender des Landesverbandes Ostpreußen der DNVP 93, 164
- Caro, Nikodem (*1871), Professor, Leiter versch. Stickstoffwerke 70, 75, 101, 182f.
- Chamberlain, Neville (*1869), britischer Politiker, Gesundheitsminister 1924–29, Schatzkanzler 1923–24, 1931–37; Premierminister 1937–40 52, 61
- Churchill, Winston Spencer (*1874), britischer Politiker, Schatzkanzler 1924–29, Premierminister 1940–45, 1951–55 61
- Claß, Heinrich (*1868), Rechtsanwalt, Vorsitzender des ADV 1908–1939 17, 19, 21, 32, 34, 57, 67, 71, 75, 79–81, 118, 125, 127, 130, 135, 137, 139, 147, 158, 160f., 163f., 167f., 177, 181, 184–186, 188, 192, 195–197, 199–201, 206f., 209f., 219, 238f.
- Clausen 237, 240, 242
- Coar, I. F., amerikanischer Professor 137f., 142f.
- Coff, amerikanischer Wirtschaftsmanager 140
- Cohn, Emil Ludwig (*1881), Schriftsteller (Pseudonym: Emil Ludwig) 20, 70
- Cordes, Cord (*1882), Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, Vorstandsmitglied des Reichslandbundes 105
- Cuno, Wilhelm (*1876), Vorstandsvorsitzender der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt A. G. (Hapag), Reichskanzler 1922–23 48, 55, 68, 74, 94
- Curtius, Julius (*1877), Reichswirtschaftsminister 1926–29, Reichsaußenminister 1929, MdR (DVP) 1920–32 19, 48, 60, 86f., 95, 97–104, 117, 119, 122, 140, 155, 201
- Darré, Walther (*1895), Landwirt, MdR (NSDAP) 1932–45 243
- Dauch, Walther (*1874), Kaufmann, MdR (DVP) 1920–32 12, 60f., 202
- Dawes, Charles Gates (*1865), Vorsitzender des Sachverständigenausschusses für die deutsche Zahlungsfähigkeit 1923, Vizepräsident der USA 1924–29, Botschafter in London 1929–32 28
- Deck, Schriftleiter 161, 182, 190, 193, 226
- Deerberg, Friedrich (*1876), Senatspräsident am Berliner Kammergericht, MdL DNVP (Preußen) 95, 100f., 112
- Dehlinger, Alfred (*1874), württembergischer Finanzminister und Reichsratsbevollmächtigter 1924–34 65, 221
- Dehus 67
- Delbrück, Clemens v. (*1856), Staatsminister, MdR (DNVP) 1919–21 153
- Dernburg, Bernhard (*1865), MdR (DDP) 1919–30 15, 61, 73, 101, 104, 242
- Dessauer, Friedrich (*1881), Universitätsprofessor, MdR (Zentrum) 1924–33 110
- Deterding, Sir Henry (*1866), Britischer Industrieller, Generaldirektor der Royal Dutch Shell-Gruppe 168

- Dewitz, v. 187(?)
- Dewitz, Johann Georg v. (gen. von Krebs) (*1878), MdR (DNVP) 1924–28 28, 73
- Dibelius, Otto (*1880), Generalsuperintendent der Kurmark seit 1925, ev. Bischof von Berlin-Brandenburg 1945–66 18
- Dietrich, Hermann Adolf (*1856), Justizrat, stellvertretender Parteivorsitzender der DNVP bis 1928, MdR (DNVP) 1919–28 und Ehrenmitglied 31
- Dietrich, Hermann (*1879), Reichsernährungsminister 1928–30, Reichswirtschaftsminister und Vizekanzler 1930, Reichsfinanzminister 1930, MdR (DDP) 1919–1930, (DStp) 1930–33 73, 114, 117, 128 f., 136, 189, 191, 220
- Dietz 67
- Dietz, v. 73
- Dietz, Albert (*1893), Vorstand der Kalibezugs-gesellschaft der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften m. b. H. 57(?)
- Dingeldey, Eduard (*1886), Rechtsanwalt, Vorsitzender der DVP 1930–33, MdR (DVP) 1928–33 147, 195, 212, 224
- Dirksen, Viktoria v. (*1897), Stiefmutter des Botschafters Herbert von Dirksen 123
- Doehle, Heinrich (*1883), Ministerialrat im Büro des Reichspräsidenten 149, 168, 188
- Doehring, Bruno (*1879), ev. Domprediger in Berlin, MdR (DNVP) 1930–33 120, 138, 147, 162, 176, 183, 185 f., 196, 201, 209, 221, 229, 231, 234, 237, 240
- Dohnanyi, Hans v. (*1902), Regierungsrat im Reichsjustizministerium 17
- Dommes, Wilhelm Ernst Justus v. (*1867), Generalmajor a. D., Flügeladjutant Wilhelms II., Generalbevollmächtigter des preußischen Königshauses, Vorsitzender des Landesverbands Potsdam I der DNVP 39, 44, 46–48, 55, 59 f., 66, 70 f., 74, 90, 95, 102, 105, 107, 123 f., 133 f., 147, 149, 163 f., 186 f., 196, 202, 207 f., 210, 215, 222, 233, 235, 242
- Domsch, Alwin (*1871), Gutsbesitzer, MdR (DNVP) 1920–32, ab September 1930 Mitglied der ChrBP 30
- Donner, Günther, Rechtsanwalt des Hugen-berg-Konzerns 30 f., 64, 66, 187, 190
- Dorn, Herbert, Ministerialdirektor und Leiter der Reparationsabteilung im Reichsfinanzministerium, Präsident des Reichsfinanzhofs 1931–33 60, 73
- Dorpmüller, Julius (*1869), Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft seit 1926 30, 47, 55, 62 f., 204
- Dreyse, Friedrich (*1874), Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums 103
- Dryander, Gottfried von (*1876), geh. Oberre-gierungsrat, MdR (DNVP) 1924–30 49, 70, 89, 94, 98, 112
- Duesterberg, Theodor (*1875), Oberstleutnant a. D., zweiter Vorsitzender des Stahlhelm bis 1933, deutschnationaler Reichspräsident-schaftskandidat 1932 75, 79, 111, 174, 176–181, 183–185, 187
- Duisberg, Carl (*1861), Chemiker, Generaldi-rector der Farbenfabriken Bayer-Leverkusen, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deut-schen Industrie (RDI) 1925–31 55, 87
- Dziembowski, Maximilian v. (*1884), Schatz-meister der bayerischen DNVP bis 1928, Be-zirksführer des bayerischen Stahlhelm in Starnberg 98
- Eberle, Christian, MdL DNVP (Sachsen) 30
- Ebert, Friedrich (*1871), Reichspräsident 1919–25 14, 149
- Eckener, Hugo (*1868), Flugkapitän, Vorsit-zender des Zeppelinkonzerns 103
- Eggers, Paul (*1888), Fabrikdirektor, MdR (DNVP) 1924–28 35
- Ehrhardt, Bodo 95
- Eichel, Georg v. (*1855), Rittergutsbesitzer, Landeshauptmann des preuß. Markgrafentums Oberlausitz 44
- Einem, Karl v. (*1853), General a. D., preußi-scher Kriegsminister 1903–09, Mitglied des ADV 164, 169
- Eisenlohr, Ernst (*1882), Vortragender Lega-tionsrat im Auswärtigen Amt, Gesandter in Athen 1931 64, 125 f.
- Eitel, Friedrich, Prinz v. Preußen (*1883), zwei-ter Sohn Kaiser Wilhelms II. 125
- Elsas, Fritz (*1890), Bürgermeister in Berlin 1931–33, MdL (DDP Württemberg) 1924–26 134
- Eltz-Rübenach, Paul Freiherr v. (*1875), Präsi-dent der Reichsbahndirektion Karlsruhe 1924, Reichsverkehrsminister 1932–37 192, 204, 215 f., 228, 240
- Epp, Franz Freiherr Ritter v. (*1868), General-leutnant a. D., Reichsstatthalter in Bayern 1933, MdR (NSDAP) 1928–1945 57, 191
- Ernst, Willy (*1878), Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium 232 f.
- Ersing, Joseph (*1882), Gewerkschaftssekretär, MdR (Zentrum) 1920–33 29, 59, 68, 76, 87, 100, 221 f.
- Erzberger, Matthias (*1875), Reichsfinanzmini-ster und Vizekanzler 1919–20, MdR (Zen-trum) 1919–21 103
- Esser, Thomas (*1870), Genossenschaftsleiter, MdR (Zentrum) 1921–33, Reichstagsvize-präsident 41, 181
- Eulenburg, Botho-Wendt Graf (*1883), Lan-

- desmeister des Bismarckbundes Ostpreußen, MdR (DNVP) 1924–30 59, 89, 92 f., 96, 108, 110, 184
- Eulenburg-Galligen 179
- Eulenburg-Prassen 137
- Eulenburg-Wicken 179
- Everling 236, 242
- Falkenhausen, Alexander(?) v. (*1878), MdL DNVP (Sachsen), ab Oktober 1933 militärischer Berater Chiang-Kai-Sheks in China 135
- Faupel, Wilhelm (*1873), General, Präsident der Ibero-Amerikanischen Gesellschaft 176
- Fehr, Selmar (*1874), Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 91
- Fehrenbach, Constantin (1852–1926), Rechtsanwalt, Reichstagspräsident 1919–20, Reichskanzler 1920–21, MdR 1919–26 11
- Feldmann, Otto v., Vorsitzender des Landesverbandes Hannover-Süd der DNVP, Mitglied des ADV 70, 81, 164, 233 f.
- Fell 105
- Feßmann, leitender Angestellter im Scherl-Konzern 67, 74, 81, 90, 136, 138, 143
- Fischer, David, Staatssekretär, Aufsichtsratsvorsitzender der VIAG und der Reichskreditgesellschaft A. G., Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft 64, 68(?), 239(?)
- Fischer, Hans (*1888), Generalkonsul von Litauen, Ausschußmitglied der Bezirksgruppe Berlin des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels 91
- Fischer-Köln, Hermann (*1873), stellvertretender Vorstandsvorsitzender der DDP, MdR (DDP/DSiP) 1920–32 35
- Flathmann, Johannes 11
- Flemming, Richard Hasso v. (*1879), Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern 101
- Flick, Friedrich (*1883), Großindustrieller, Leiter des Flick-Konzerns 118, 127, 199
- Foertsch, Major a. D., Chefredakteur d. „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung“, Berlin 81
- Folz 67, 88
- Foppa, Hermann (*1882), Obmann der Reichsleitung der Großdeutschen Volkspartei in Österreich 207, 209, 232
- Forstner, Friedrich Ehrh. v. (*1858), Universitätsprofessor 165
- Forthmann 159
- Francois, Wilhelm (*1878), Schlosseroberrmeister, MdR (WV bzw. Mittelstandspartei) 1928–1932 196
- Frank, Alois (*1859), Staatssekretär 1921–31, Direktor der Reichsbahngesellschaft 48
- Frank, Theodor (*1871), Direktor der Disconto-Gesellschaft 59
- Franke, Professor 118
- Fresenius 84
- Freytagh-Loringhoven, Axel Freiherr v. (*1878), Universitätsprofessor, MdR (DNVP/ ab Nov. 1933: NSDAP) 1924–42 14 f., 17, 41, 43, 49, 57–59, 62, 69, 86 f., 89–91, 95, 100–102, 106, 108–110, 113, 115, 181 f., 186, 203, 231, 234, 237, 241
- Frick, Wilhelm (*1877), thüringischer Innenminister 1930–31, NS-Reichsinnenminister 1933–45, MdR (NSDAP) 1924–45 111, 144, 156–159, 165, 212, 215, 231, 233, 236, 239–241
- Friedrich 75
- Friedrich Wilhelm, Kronprinz v. Preußen s. Wilhelm
- Frisch, Walther (*1879), Vorstandsmitglied der Dresdner Bank 47, 59
- Fritsch, Werner Freiherr v. (*1880), Leiter der Heeresabteilung im Truppenamt 1928, Befehlshaber des Wehrkreis III (Berlin) 1932 228
- Fritzsche, Kurt, Kaufmann, MdL DNVP (Sachsen) 30 f.
- Fromm, Kurt (*1888), MdR (DNVP) 1924–30 92
- Fuehr, Vortragender Legationsrat und Dolmetscher im Auswärtigen Amt 28, 51 f., 62
- Füssel 211
- Funk, Walther (*1890), Journalist bei der „Berliner Börsenzeitung“ 1923, persönlicher Wirtschaftsbeauftragter Hitlers 1931 58, 163
- Garnier, Hubertus Graf v. (*1874), Land- u. Forstwirt, MdL DNVP (Preußen) 67 f., 90
- Gayl, Wilhelm Freiherr v. (*1879), Bevollmächtigter der Provinz Ostpreußen zum Reichsrat, Innenminister im Kabinett v. Papen 1932, Mitglied der DNVP 52, 80, 193, 197–202, 205 f., 210, 215, 221
- Gereke, Günther (*1893), MdR (DNVP) 1924–28, (ChrBP) 1930–32 75, 87, 99, 235, 240, 242
- Gerlach, Paul (*1888), Schriftsetzer, MdR (SPD) 1928–33 95
- Gerns, Heinrich (*1892), Landwirt, MdR (DNVP) 1928–30 67, 109
- Geschat 177
- Geßler, Otto (*1875), Reichswehrminister 1920–28, MdR (DDP) 1920–24, ab 1927 parteilos 26, 29, 155 f., 158
- Giese, Oberst 123
- Gilbert, Seymour Parker (*1892), Generalagent der Reparationszahlungen unter dem Dawes-Plan 1924 35, 48, 51 f., 59

- Gildemeister, Siegfried 147
- Gisevius, Hans Bernd (*1904), Deutschnationaler Jugendführer, Beamter im preuß. Polizeidienst 1933–36 164, 166, 214, 218 f.
- Giurati, Giovanni (*1876), Minister für öffentl. Arbeiten seit 1925, Generalsekretär der ital. faschistischen Partei 1930–31 154
- Glaeser, Gustav 154
- Gleichen-Russwurm, Heinrich Frhr v. (*1882), Landwirt, Gründer des Herrenklubs in Berlin 1924 30, 37, 137, 142 f.
- Goebbels, Joseph (*1897), Gauleiter von Berlin seit 1926, Reichspropagandachef der NSDAP seit 1929, Reichsminister für Volksaufklärung u. Propaganda seit 1933–45 126, 180, 214, 219, 239
- Goerdeler, Carl Friedrich (*1884), Kommunalpolitiker in Königsberg/Preußen 1922–30, Oberbürgermeister von Leipzig 1930–37 189, 191, 210, 228 f., 231
- Göring, Hermann (*1893), Hauptmann a. D. Reichstagspräsident 1932–45, MdR (NSDAP) 1928–45 139, 156–158, 166, 169 f., 172 f., 178, 185, 203, 209, 213–215, 217, 227, 236 f., 239
- Götz, Carl, Mitglied des Vorstands der Dresdner Bank AG 242
- Gok, Gottfried (*1869), stellvertr. Direktor von Blohm & Voß, MdR (DNVP) 1924–32, (DNVP/NSDAP) 1932–36 56, 113, 196
- Goldacker, Hans v. (*1882), Rittergutsbesitzer, MdR (DNVP) 1924–30 28, 33–36, 41 f., 45 f., 57–59, 62 f., 69, 89, 96, 100, 102, 109 f.
- Goldscheider, Alfred (*1858), Universitätsprofessor und Direktor versch. medizinischer Universitätsinstitute in Berlin 162
- Goldschmidt, Jakob (*1882), Bankier 64, 242
- Goltz, Rüdiger Graf v. der (*1865), General a. D., geschäftsführender Vorsitzender der Vereinigten vaterländischen Verbände 1925–33 58, 74, 177, 180, 182, 202
- Goßler, v., Landrat a. D., Vorsitzender des Landesverbandes Schlesien-Mitte der DNVP 90, 93, 104, 115
- Gottheiner, Georg (*1879), Landrat, MdR (DNVP) 1928–32 181 f., 202
- Grabowski, Adolf (*1880), Dozent der Deutschen Hochschule für Politik, Herausgeber der „Zeitschrift für Politik“ 28
- Graef-Thüringen, Walter (*1873), Landgerichtsdirektor, Reichstagsvizepräsident 1924–32, MdR (DNVP) 1920–33 29(?), 30, 32, 41, 46, 63, 69 f., 109 f., 115
- Graef-Anklam, Walther (*1875), Zeitungsverleger, MdL DNVP (Preußen) 1913–32, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DNVP 1918–23 29(?), 44, 46, 50
- Grauert, Ludwig (*1891), geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes der Nordwestdeutschen Gruppe des Verbandes Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller 1928–31, Ministerialdirektor im Reichs- u. preußischen Innenministerium Februar 1933, ab April 1933 Staatssekretär (bis 1936) 243
- Grellmann, Walter (*1888), MdL DNVP (Sachsen) 25 f., 30, 34
- Grieser, Andreas (*1868), Ministerialdirektor, ab 1932 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium 199
- Groener, Wilhelm (*1867), Reichwehrminister 1928–32, Reichsinnenminister 1931–32 26–28, 66, 82, 99, 117, 136, 139, 158, 163, 166, 168, 178, 182, 185, 188
- Grone, v., Rittergutsbesitzer, MdL DNVP (Braunschweig) 180
- Grünau, Werner Otto Freiherr v. (*1874), Wirklicher Legationsrat, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt 209
- Guérard, Karl Theodor v. (*1863), Reichsverkehrs- und Justizminister 1930–31, MdR (Zentrum) 1920–30 25, 47, 59, 62
- Gürtler 67
- Gürtner, Franz (*1881), bayer. Staatsminister der Justiz 1922, Reichsjustizminister in den Kabinetten Papen, Schleicher und Hitler, Mitglied der DNVP 17, 51, 72, 98, 197, 210, 213
- Guurzsch, C., Vorsitzender der DNVP in Dresden 135
- Gutbrod, Friedrich-Wilhelm (*1873), Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium 1926–30 70
- Guttmann, Vera 127
- Gwinner, Arthur v. (*1856), Bankier (Deutsche Bank) 9
- Haag, Heinrich (*1879), Weingärtner, MdR (DNVP) 1924–30 und 1932–33, (BuWB) 1930–32 70, 98, 109
- Haas, Walter de, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt 62
- Häntzschel, Kurt (*1889), Sachverständiger für Presserecht, seit 1922 im Reichsinnenministerium, seit 1929 Ministerialdirektor und Leiter der politischen Abteilung 103
- Hagedorn, Fred (*1875), Staatssekretär im Reichsernährungsministerium 1923–26, Vorstand der Deutschen Mühlenvereinigung 96
- Hagen-Osnabrück, Gustav, Kaufmann, Vorsitzender des Landesverbandes Osnabrück der DNVP 242
- Hagenow, Viktor v. (*1886), Ministerialdirektor in der Reichskanzlei, am 2. 6. 1932 in den einstweiligen Ruhestand versetzt 143

- Haid, Liane (*1899), Filmschauspielerin 228
- Halfeld, Adolf, Auslandsvertreter der Münchener „Neuesten Nachrichten“ in New York 58
- Hamm, Eduard (*1879), Reichswirtschaftsminister 1923–25, geschäftsführendes Präsidialmitglied des DIHT 1924–33, MdR (DDP) 1920–24 73, 137
- Hammerstein-Equord, Kurt Frhr v. (*1878), Generaloberst, Chef der Heeresleitung 1930 79, 103, 105, 110(?)
- Hampe 59
- Hanemann, Alfred (*1872), MdR (DNVP) 1924–33 138
- Haniel, Franz (*1883), Großindustrieller, Aufsichtsratsmitglied der MAN A. G. 127, 135
- Harmony, Gustav (*1875), MdR (DNVP) 1924–28, 1932–33 31
- Harnisch, Johannes, stellvertr. Chefredakteur des „Berliner Lokalanzeigers“ 49, 67, 81, 90, 105, 128
- Hartmann, Georg (*1875), Gewerkschaftssekretär, MdR (DNVP) 1924–30 25, 30–32
- Hartwig, Emil (*1873), Arbeitersekretär, MdR (DNVP) 1920–32, Vorsitzender des Deutschnationalen Arbeiterbundes, ab 1929 Mitglied der ChrV 36, 52, 70, 72, 92f.
- Hartz, Gustav (*1884), Gauvorsteher des DHV Hamburg, MdR (DNVP) 1924 64, 67, 166, 213f.
- Hassell, Ulrich v. (*1881), Gesandter in Kopenhagen 1926–30, in Belgrad 1930–32, Botschafter in Rom 1932–37 182, 191
- Haßlacher, Jacob (*1869), MdR (DNVP) 1928–30 10, 33, 37f., 47, 83, 113f.
- Heilmann, Ernst (*1881), Hrsg. der Zeitschrift „Das Freie Wort“, MdL SPD (Preußen) 1919–32, MdR (SPD) 1928–33 64
- Heimann, Hugo (*1859), Verlagsbuchhändler, MdR (SPD) 1919–32 27, 60
- Heinze, Rudolf (1865–1928), Reichsjustizminister 1920–21, 1922–23; Reichskommissar in Sachsen 1923, MdR (DVP) 1919–1924 11, 31, 74
- Heiß 99
- Helferich, Hans (*1891), Oberregierungsrat a. D., Präsident der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse 232, 240
- Helfferich, Karl (1872–1924), 1915 Staatsminister im Reichsschatzamt, MdR (DNVP) 1920–24 12
- Helfferich, Philipp (*1874), Fabrikant, Vorsitzender des Landesverbands Rheinpfalz der DNVP 194f.
- Hell, Vorsitzender des Landesverbandes Ostpreußen der DNVP 93
- Helldorf, Wolf Graf v. (*1896), SA-Gruppenführer Berlin-Brandenburg, MdL NSDAP (Preußen) 163, 187, 201
- Hembeck, Otto (*1881), Fabrikant, MdR (DNVP) 1932–33 205
- Hemeter, Emil (*1880), MdR (DNVP) 1920–32, ab September 1930 Mitglied der ChrBP 107
- Henius 101
- Hepp, Karl (*1889), Präsident des Reichslandbundes, MdR (DVP) 1920–32, ab 1928 Mitglied der ChrBP 42, 45, 54f., 75, 77, 117
- Hergt, Oskar (*1869), Reichsjustizminister 1927–28, Vorsitzender der DNVP 1918–24, MdR (DNVP) 1920–33 12f., 19, 29, 31, 35, 40f., 50f., 58, 69–71, 76, 89, 100, 104f., 109, 113, 122, 126, 136, 160, 164, 234, 244
- Hermes, Andreas (*1878), Präsident der Deutschen Bauernvereine, MdL Zentrum (Preußen) 1924–28, MdR (Zentrum) 1928–33 77, 122
- Hermine, Prinzessin v. Reuß (ält. Linie) (*1887), zweite Frau Wilhelms II. (Heirat 1922) 53, 123f., 162f., 209
- Hertwig, Katharina, Geschäftsführerin des Landesfrauenausschusses der DNVP in Preußen, MdL DNVP (Preußen) 191
- Hertz, Paul (*1888), Sekretär und Finanzexperte der SPD, MdR (SPD) 1920–33 29, 85
- Hertzberg-Lottin, Gertzlaff v. (*1880), geschäftsführender Vorsitzender des DSTB, stellvertr. Vorsitzender des ADV 141, 168, 177, 188, 196f., 201, 204–206, 210, 214
- Heuss, Theodor (*1884), MdR (DDP) 1924–28, (DStP) 1930–32, 1933 73
- Heydebrand und der Lasa, Ernst v. (*1851), Führer der Deutsch-Konservativen 154
- Heye, Wilhelm (*1869), Generaloberst, Chef der Heeresleitung der Reichswehr 1926–30 81
- Hilferding, Rudolf (*1877), Reichsfinanzminister 1923, 1928–29; MdR (SPD) 1924–33 15, 29, 36, 46, 59–61, 72f., 86f., 95, 97, 157, 211, 223
- Hill, Konsul 39
- Hillger-Spiegelberg, Hermann (*1865), Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Rentenbank und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, Bundesvorstand des Reichslandbundes, MdL DNVP (Preußen) 139–141
- Hilpert, Hans (*1878), Vorsitzender des Landesverbands Bayern der DNVP, MdL DNVP (Bayern) 1919–32 48, 50, 93
- Hindenburg, Oskar v., Oberstleutnant 155, 182, 189, 240, 242
- Hindenburg, Paul v. Beneckendorff und v. (*1847), Reichspräsident 1925–1934 7, 14,

- 20, 26, 29, 32, 35, 41, 43, 54, 64, 68, 71 f. 75, 83 f., 96, 99, 102, 104–107, 109, 123, 126, 129 f., 133, 137, 140–142, 144–150, 152–159, 161, 163, 166–174, 176–180, 182–187, 189, 191, 193, 197, 199–203, 205, 207, 210–213, 215–218, 221–225, 227–229, 231, 233, 235, 243 f.
- Hintzmann, Ernst (*1880), MdR (DVP) 1928–32, (DNVP) 1932–33 208
- Hirzel, Walter, 1. Vorsitzender des Landesverbandes Württemberg der DNVP 65 f.
- Hitler, Adolf (*1889), Führer der NSDAP, Reichskanzler 1933–45, MdR (NSDAP) 1933–45 17, 20 f., 57, 74, 77, 80, 83, 94, 106, 111, 125, 127–129, 138 f., 142, 144 f., 150, 152 f., 156–160, 165–174, 176 f., 180, 182–188, 190 f., 193, 199–201, 205, 208, 210–216, 222–231, 234–244
- Höfer, Ernst (*1879), Vorsitzender des Thüringischen Landbundes, Mitglied des Bundesvorstandes des Reichslandbundes 33
- Höllerlein, Emil (1880–1929), MdR (USPD, KPD) 1920–1929 37
- Höltermann, Karl (*1894), geschäftsführender Bundesvorsitzender des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ 1931 219
- Höpker-Aschoff, Hermann (*1883), Oberlandesgerichtsrat, preußischer Finanzminister 1925, MdL (DDP Preußen) 1921–25, MdR (DStp) 1930–32 27
- Hoesch, Leopold v. (*1881), Botschafter in Paris 1924–32, in London ab 1932 66, 81, 110
- Hoesemann(?) 60
- Hoetzsch, Otto (*1876), Professor u. Schriftsteller, MdL DNVP (Preußen) 1920–30, MdR (DNVP) 1920–30 32, 52, 62, 64, 71, 89, 92 f.
- Hoff, Curt (*1888), MdR (DVP) 1924–30, (Zentrum) 1933 103
- Hoffmann, Friedrich (*1880), ordentl. Professor für Volkswirtschaft an der Universität Münster in Westfalen 64
- Hoffmann, Max (1869–1927), Generalmajor, Chef des Stabes Ober-Ost 1916–17, Militärschriftsteller 81
- Hohenlohe-Oehringen, Hans Fürst zu (*1858), Aufsichtsratsvorsitzender der Oehringen Bergbau A. G. 122
- Hohn, Justizrat 105
- Holleben, Theodor v. (*1880), geschäftsführender Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft 1903–1913 65
- Holzer 75 f.
- ten Hompel, Rudolf (*1878), Generaldirektor, Vorstands- und Präsidiumsmitglied des RDI, MdR (Zentrum) 1920–28 25
- Hoover, Calvin Bryce (*1897), Professor of Economics an der Duke University, Durham/North Carolina, USA 216
- Hoover, Herbert (*1874), US-Präsident 1929–33 137, 142, 144, 180
- Horn 105
- Horn, Rudolf v. (*1866), 1. Präsident des deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“ 178
- Horne, Sir Robert (*1871), britischer Staatsmann und Industrieller, Direktor der Suezkanalkompagnie und der Great Western Railway 168
- Hülßen 228
- Hülser, Gustav (*1887), Gewerkschaftssekretär, MdR (DNVP) 1924–30 89, 92 f.
- Huber 125
- Hueter(?) 26
- Hugenberg, Alfred (*1865), geh. Finanzrat u. Konzernvorsitzender, Vorsitzender der DNVP seit 1928, Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung 1933; MdR (DNVP) 1920–33, dann NSDAP bis 1945 (als Gast) 7–17, 19–21, 26–36, 38, 40–72, 74–96, 98–112, 114–116, 118–127, 129 f., 133–147, 149 f., 153–162, 164–170, 172–192, 194–196, 198, 200–219, 221–244
- Hugo, Otto (*1878), Syndikus der IHK Bochum, MdR (DVP) 1919–33 103, 195
- Husted 67
- Huth, Richard (*1870), Volkswirt, Redakteur der Fachzeitschrift „Das Schiff“ 196, 201
- Iwanoff-Genf 174
- Jacobi, Gottfried v. (*1869), geschäftsführendes Vorstandsmitglied 1926–29 u. stellvertr. Vorstandsmitglied der DNVP, Generalreferent in der Parteiverwaltung 38, 45
- Jaeger, Wilhelm (*1887), Kaufmann, MdL DNVP (Preußen) 1924–28, MdR (DNVP) 1930–33 204
- Jahn, Alexander (*1865), Vorstandsmitglied der Deutschen Reichsbahngesellschaft 30
- Jandrey, Willy (*1877), MdR (DNVP) 1919–30 92
- Jarres, Karl (*1874), Reichsinnenminister und Vizekanzler 1923–25, Oberbürgermeister in Duisburg, Mitglied der DVP 156
- Jaspert, August, MdL (DNVP Preußen) 1928–30(?) 39, 88
- Jeidels, Otto (*1882), Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft 62, 232
- Joos, Josef (*1878), Schriftleiter, MdR (Zentrum) 1919–33 212 f.
- Jügler, Richard, außenpolitischer Redakteur der „Berliner Börsen-Zeitung“ 54
- Jung, Edgar (*1894), Rechtsanwalt und Schriftsteller, polit. Berater Papens seit 1932 98

- Kaas, Ludwig (*1881), päpstlicher Hausprälät, Vorsitzender der Zentrumsparthei 1928–33, MdR (Zentrum) 1920–33 88, 102, 128, 143–150, 152–155, 158, 209 f., 212
- Kahr 128
- Kalckreuth, Eberhard Graf v. (*1881), Präsident des Reichslandbundes 1924–28, Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank 13, 30, 33 f., 36, 40, 42, 45, 47, 92, 116, 138, 177, 184, 188, 190, 210 f., 226, 239
- Kames, Alfred, Konzernjournalist Hugenbergs, Leiter des „Deutschen Schnelldienst“ und des „Täglichen Dienst für Nationale Zeitungen“ 57, 87, 128
- Kanitz, Gerhard Graf (*1885), Reichsernährungsminister 1923–26, MdL DNVP (Preußen), MdR (DNVP) 1921–24 12, 14
- Kapp, Wolfgang (*1858), Mitbegründer der Deutschen Vaterlandspartei, Anführer des Kapp-Putsches 1920 129
- Kardorff, Siegfried v. (*1873), MdL DVP (Preußen) 1921–24, MdR (DVP) 1920–32 41, 48, 92
- Kastl, Ludwig (*1878), Referent für Reparationsangelegenheiten im Reichsfinanzministerium 1921–25, geschäftsführendes Präsidialmitglied des RDI 1925–33, Mitglied der Reparationssachverständigenkonferenz in Paris 1929 232
- Kaup, Ignaz(?) (*1870) Universitätsprofessor 98
- Kayssler, Friedrich (*1874), Charakterschauspieler (seit 1895 in Berlin, u. a. unter Max Reinhardt) 205
- Kehl 137
- Kempner, Franz, Staatssekretär in der Reichskanzlei 1925–26 42, 100
- Keudell, Walter v. (*1884), Reichsinnenminister 1927–28, MdR (DNVP) 1924–30 29 f., 37, 41, 47, 50 f., 64, 88 f., 92 f., 187
- Kickhöffel, Karl Hans, Volksschullehrer, MdL DNVP (Preußen) 186
- Kiep, Louis Leisler (*1884), Vorstandsmitglied der Hamburg-Amerika-Linie 154
- Kirchhoff, Walter, Kammersänger, Wagner-Interpret 210
- Kirdorf, Emil (*1847), Industrieller (Gelsenkirchener Bergwerks AG, Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat, Siemens-Rheinelschuckert AG), Mitglied des ADV und der DNVP, 1927 (mit Unterbrechungen) der NSDAP) 9
- Kißler, Hermann (*1882), Vorstandsmitglied der Deutschen Rentenbank und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt 31
- Kleefeld, Kurt v. (*1881), Aufsichtsratsmitglied der Niederlausitzer Kohlenwerke A. G., Präsident der Fürst zu Hohenlohe-Öhringen'schen Kammer 26, 122 f.
- Kleemann 240, 242
- Kleiber 127
- Klein, Fritz (*1895), Chefredakteur der DAZ 1925–33 55
- Kleiner, Fritz (*1893), Bauunternehmer, MdR (DNVP) 1929–32, (DNVP/NSDAP) 1932–38 120, 182
- Kleist, v., Oberst 31
- Kleist-Kieckow, Konstantin v. (*1909), Gutsbesitzer, Schwager Herbert von Bismarcks 162(?), 213 f.
- Kleist-Schmenzin, Ewald v. (*1890), Gutsbesitzer, Mitglied der DNVP 103, 139, 162, 164, 183, 221, 225, 228
- Klepper, Otto (*1888), DNVP, später DStP, Präsident der preuß. Zentralgenossenschaftskasse seit 1928, preußischer Finanzminister 1931–32 27 f., 96, 144
- Klitzsch, Ludwig, Geschäftsführer der August Scherl G. m. b. H. 66, 105, 124, 149, 175 f., 186, 190, 196
- Klößner, Florian (*1868), Industrieller, Aufsichtsratsmitglied der VIAG, MdR (Zentrum) 1920–33 25(?), 40, 68, 100
- Klößner, Peter (*1863), Inhaber der Firma Klößner & Co. 10, 87
- Klönne, Moritz (*1878), Fabrikbesitzer, MdR (DNVP) 1924–30 12, 33, 37, 69–71, 82–84, 89, 92 f.
- Klostermann, Oberbürgermeister von Koblenz 10
- Klotz, Helmuth (*1894), Oberleutnant a. D., Schriftsteller, SA-Führer, Teilnehmer am Hitlerputsch 1923, als Publizist später Gegner des Nationalsozialismus, seit 1929 Sozialdemokrat 190
- Knaepper 242
- Knüppel 163
- Koch, Karl (*1876), Pfarrer u. Superintendent, MdR (DNVP) 1930–32 233
- Koch, Wilhelm (*1877), Reichsverkehrsminister 1927–28, MdR (DNVP) 1919–33 35, 38, 41 f., 48–50
- Koch-Borken 177
- Koch-Weser, Erich (*1875), Reichsjustizminister 1928–29, Vorsitzender der DDP 1924–30, MdR (DDP) 1920–30 28, 63
- Koczian, Baron v. 58
- Köhler, Heinrich (*1878), Reichsfinanzminister 1927–28, badischer Finanzminister 1920–27, badischer Staatspräsident 1923–24, 1926–27, MdL Zentrum (Baden) 1913–27, MdR (Zentrum) 1928–32 15, 35, 63
- Koepfel, Wilhelm (*1890), Banksyndikus der Berliner Handelsgesellschaft 100 f., 194

- Körper, v. 91
- Köster, Roland (*1882), Gesandter in Oslo 1929–30, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt 1930–32, Botschafter in Paris 1932 128, 168, 186, 188, 209f., 233
- Korn-Rudelsdorf, Stanislaus v. (*1890) 98
- Kossak, Landesgeschäftsführer der DNVP Ostpreußen 164
- Krakenberg(?) 58
- Kreth, Hermann (*1860), Präsident des Berliner Nationalen Klubs 1927–30 65, 98
- Kretschmar, Sanitätsrat, MdL DNVP (Sachsen-Dresden) 26, 34f., 52
- Kreutzberger 67
- Kriegk, Otto (*1892), außen- und innenpolitischer Redakteur der „Nachtausgabe“ (Scherl-Verlag, Berlin) 57, 67, 76, 100, 126, 128, 184
- Kriegsheim, Arno (*1880), seit 1921 Direktor des Reichslandbundes 45, 75–77, 109, 112, 180, 184, 215
- Kries, Wilhelm v. (*1886), Pressechef der DNVP 1928, Schriftsteller und ständiger Mitarbeiter der August Scherl G. m. b. H. 49, 125
- Krohne, Rudolf (*1876), Reichswirtschaftsminister 1925–26, Reichsverkehrsminister 1925–27, Mitglied der DVP 30
- Krosigk s. Schwerin v. Krosigk
- Krüss, Paul (*1880), Generaldirektor der Preussischen Staatsbibliothek 103
- Kube, Wilhelm (*1887), Funktionär in der DNVP 1920–23, MdL NSDAP (Preußen) 1928, MdR (NSDAP) 1924–28, 1932, 1933–43 213f.
- Küchenthal, Werner (*1882), braunschweigischer Justiz- und Finanzminister, Mitglied der DNVP 180
- Kürbs, Heiner, Landesgeschäftsstellenleiter der DNVP in Sachsen bis 1928 42, 47
- Lambach, Walter (*1885), kaufmänn. Angestellter, Vorsitzender des Reichsangestelltenausschusses der DNVP, MdR (DNVP) 1920–1930, (Konservative Volkspartei) Sept. 1930–32, Funktionär im DHV 43–47, 50, 69, 92f.
- Landauer, Edgar (*1888), Vorstandsmitglied der VIAG und der Reichskreditanstalt 42, 64, 140, 182, 194, 209
- Landsberg, Otto (*1869), Reichsjustizminister 1919, MdR (SPD) 1912–1933 37
- Lankritz 118
- Laverrenz, Wilhelm (*1879), Reichsbahndirektor, Vorstand des Landesverbandes Berlin der DNVP, MdR (DNVP) 1919–33 31, 49, 110, 134, 162, 176, 183, 186, 196, 201, 218, 240, 242
- Lehmann, Annagrete (*1877), Studienrätin, MdL DNVP (Preußen) 1921–28, MdR (DNVP) 1928–33 110, 113, 164, 176, 181–183, 188, 196, 201f., 215, 226, 233f., 242
- Lehmann-Freiberg, Heinz, Oberstleutnant a. D., Geschäftsführer des Kreisvereins Freiberg/Sachsen der DNVP 30
- Leicht, Johann (*1868), Domkapitular, MdR (BVP) 1919–33, Fraktionsführer der BVP im Reichstag 19, 227, 230
- Leipart, Theodor (*1867), Präsident des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 219
- Lejeune-Jung, Paul (*1882), Syndikus, MdR (DNVP) 1924–1930, trat 1929 aus der DNVP aus 12, 49f., 88, 92f.
- Lent, Friedrich (*1882), Universitätsprofessor, MdL DNVP (Bayern) 1924–32, MdR (DNVP) 1932–33 98
- Lentze, August (*1860), Präsident der Deutschen Rentenbank 31
- Lenz, Hermann Ritter v. (*1872), Oberst, ab 1929 Führer des bayerischen Stahlhelms 98
- Lenzmann, Wilhelm (*1885), Vorstandsmitglied der VIAG 42, 64, 136, 140, 182f., 209
- Leopold, Bernhard (*1879), Bergwerksdirektor, MdR (DNVP) 1920–30 33, 36, 48, 56, 59, 91, 114
- Lersner, Kurt Freiherr v. (*1883), Präsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände (AADV), MdR (DVP) 1920–24 26, 60, 209
- Leverve, Gaston, franz. Eisenbahnsachverständiger, Gutachter des Dawes-Komitees 48, 63
- Levetzow, Joachim v. (*1859), Vorstandsmitglied des Bundes der Landwirte 75(?)
- Leyen, Friedrich Frhr. v. der (*1854), Landrat a. D., Mitglied des preussischen Herrenhauses 124
- Lichtenstein, Prinz 58
- Lieck, Erwin 214
- Lienau, Heinrich (*1869), Kaufmann in Hamburg 113
- Lieres und Wilkau, Kurt v., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Provinziallandtags Schlesien 90
- Lilienthal, Franz v., Oberregierungsrat 82, 125
- Limburg-Stürum, Friedrich Wilhelm Graf zu (1835–1912), MdR (Konservative Partei) 1893–1907 126
- Lind, Heinrich (*1878), Landwirt, MdR (DNVP) 1920–30, (ChrBP) 1930–32 38, 50, 67, 108f.
- Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann v. (*1883), Geschäftsführer der DNVP 1919–21, politischer Beauftragter des Parteivorstands der DNVP 1921–24, MdR (DNVP) 1924–32, ab 1930 Mitglied der KVp 43, 45f., 49f., 58f.,

- 64, 68f., 71, 76, 82, 88f., 91–93, 97, 104, 113, 191
- Lindemann 79
- Lindequist, Frl. v., Vorstand des Landesfrauen-ausschusses des Landesverbands Potsdam I der DNVP 100, 207
- Linder 26
- Lipp, Moritz (*1868), Vorstandsmitglied der Deutschen Rentenbank und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt 31
- Lippe, Georg v. der, Generalleutnant 81f.
- Löbe, Paul (*1875), Schriftsetzer, Redakteur, MdR (SPD) 1920–33 19, 80, 86f., 96, 104, 139, 181, 203, 217
- Loehrs, Edgar Georg (*1870) Ministerialdirektor im preuß. Innenministerium 209
- Löpelmann, Martin (*1891), Studienrat, MdR (NSDAP) 1930–32, 1933–36 177
- Loesch, Karl Christian v. (*1880), Erster Vorsitzender des Deutschen Schutzbundes 47
- Löwenfeld 30
- Loewenstein, E. v. 130
- Loewenstein, Hans von und zu (*1874), geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins für die bergbaulichen Interessen (Essen) 30(?), 67
- Logemann, Diederich (*1872), MdR (DNVP) 1924–28 63, 204
- Lohmann, Kapitän z. S., Leiter der Seetransportabteilung der Marine 28f., 103
- Lohmann, Dr., Redakteur des „Hannoverschen Kurier“ 105
- Lohmann, Karl Bernhard (*1866), Landgerichtsdirektor, MdR (DNVP) 1924–28 79(?), 87
- Lucius, Neffe von Claß 164
- Ludendorff, Erich (*1865), General, am Hitlerputsch 1923 beteiligt, MdR (NSDAP) 1928–24 65, 170
- Ludwig, Emil s. Cohn
- Lüninck, Hermann Frhr. v. (*1893), Mitglied des Stahlhelm-Bundesvorstands, Präsident des Rhein. Landwirtschaftskammer 1925, Präsident des Rhein. Landbundes 1929, Präsident des Rhein. landwirtsch. Genossenschaftsverbandes 1931, Oberpräsident der Rheinprovinz 1933–35 178, 191, 243
- Lüninck, Ferdinand Frhr. v. (*1888), Präsident der Westfäl. Landwirtschaftskammer 1931, Oberpräsident von Westfalen 1933–38 243
- Lüttichau, Siegfried v., Vorsitzender des Landesverbands Sachsen-Ost der DNVP 26, 30, 35, 47, 52, 93, 135
- Lüttwitz, Walter Frhr. v. (*1859), militärischer Anführer des Kapp-Putsches 1920 82
- Lustig, Hugo v. Balas (*1876), österreichischer Bankier 57f., 60, 90
- Luther, Hans (*1879), Reichsfinanzminister 1923–25, Reichskanzler 1925–26, Reichsbankpräsident 1930–33, Botschafter in Washington 1933–37 13–15, 42, 47, 54, 59f., 83, 121, 124–126, 136, 138–142, 145, 155, 158, 168, 194, 205, 207f., 241–243
- Luther, Johannes (*1861), Professor für Germanistik, Direktor der Universitätsbibliothek Greifswald 165
- Mac Donald, James Ramsay, Führer der britischen Labour-Party, Premierminister 1924, 1929–35 143
- Machui, v. (?) 67
- Mackensen, August v. (*1849), Generalfeldmarschall a. D., „Schirmherr“ der VvVD 182
- Magnus, Kurt (*1887), Direktor der Reichsrundfunk G. m. b. H. 194, 205
- Mahnken 179
- Mahraun, Artur (*1890), Vorsitzender der VR, Hochmeister des Jungdo, Vorsitzender der DStP 1930 169
- Maklowski 179
- Maltzan, Ago Frhr. zu Wartenberg und Penzlin (*1877), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1922–24, Botschafter in Washington 1925–27 196
- Maltzan, Wilhelm Frhr. zu Wartenberg und Penzlin (*1854), Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Rentenbank, stellvertr. Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates 25(?), 30
- Mann, Johann Bernhard (*1880), Generalbevollmächtigter und Aufsichtsratsmitglied nahezu aller Teilfirmen des Hugenberg-Konzerns 33(?), 46, 64, 85, 140, 215, 222, 224, 233, 235
- Mann, Paul (*1880), Verbandssyndikus 33(?)
- Marcks, Erich jun. (*1896) seit 1930 enger Mitarbeiter Schleichers im Reichswehrministerium, Reichspressechef unter Papen und Schleicher 1923–33 207
- Maretzky, Oskar (*1881), MdL DVP (Preußen) 1925–32, 1933 Mitglied der NSDAP 58, 75, 95, 101, 138, 202
- Margitzky 86
- Marx, Wilhelm (*1863), Reichskanzler 1923–25, 1926–28, MdR (Zentrum) 1919–32 13, 15, 25
- McFadyean, Sir Andrew, Kommissar für die verpfändeten Reichseinnahmen 47
- Medem, Walter-Eberhard Freiherr v. (*1877), Chefredakteur des „Tag“ (Berlin), Mitglied des Bundesamtes des Stahlhelm 39, 81, 87, 96, 105, 123, 125, 198
- Meesmann, Otto, Mitarbeiter in der Hauptgeschäftsstelle der DNVP 57, 72, 76, 78

- Mehnert 219
Mehnert, Wilhelm (*1861), Vorsitzender im Direktorium des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Sachsen 26
- Mehnken 184
- Meibom, Hans v. (*1879), Landrat, Vizepräsident des Preuß. Staatsrats 154
- Meißner, Otto (*1880), Chef der Präsidialkanzlei unter Ebert, Hindenburg und Hitler 1920–45 16, 26, 35, 41, 58, 75, 83, 104, 106, 133, 138 f., 141–143, 145 f., 149, 152, 155–158, 161, 163, 165–167, 169–172, 177, 179, 182 f., 188–194, 199–203, 205 f., 209–216, 218 f., 223–226, 228 f., 232–235, 239–242, 244
- Mejer, Otto (*1888), Geschäftsführer der Telegraphen-Union, Internationaler Nachrichtendienst G. m. b. H. 57, 64, 81, 87, 105, 192, 200
- Melior 187
- Mentzel, Ernst (*1878), MdR (DNVP) 1924–30 92
- Meydenbauer, Hans (*1873), Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin, Aufsichtsratsmitglied der Ufa 67
- Meyer, Professor, Vorsitzender des Landesverbands Magdeburg der DNVP 115, 166
- Meyer zu Dörentrup 112
- Middendorf, Ernst, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Erdöl-A. G. 167
- Mittelmann, Fritz (*1886), Schriftsteller, MdR (DVP) 1919–30 33 f.
- Möllers, Alfred (*1883), Wirtschaftsprüfer, MdR (DNVP) 1932–33 141, 186, 204, 211, 214, 219, 230
- Mönke, Wilhelm (*1886), MdL DNVP (Preußen) 1924–28, MdR (DNVP) 1928–30, (ChrBP) 1930–32 92
- Mohr 90
- Moldenhauer, Paul (*1876), Reichswirtschafts- und Finanzminister 1929–30, MdR (DVP) 1920–32 87, 92, 97, 99, 104, 108, 114, 195
- Morgan, Shepard, Mitarbeiter des amerikanischen Reparationsagenten Parker Gilbert 51, 53, 61 f.
- Morozowicz, Elhard v. (*1893), Rittmeister a. D., Führer des Landesverbands Brandenburg des Wehrwolf 1925–28, Landesführer des Stahlhelm, Mitglied der NSDAP 75, 80 f., 176, 178 f., 184, 201
- Mosler, Eduard (*1873), Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 162
- Mühlenbrink 163, 167
- Müller, v., Kapitän 31
- Müller, Carl, Direktor, Mitglied des Aufsichtsrats der Olex-Deutsche Petroleums-Verkaufs-GmbH, Berlin 101
- Müller-Franken, Hermann (*1876), Reichskanzler 1920, 1928–30, MdR (SPD) 1919–31 26 f., 53, 61, 71, 73, 84, 87, 95, 99, 124
- Mueller-Otfried, Paula (*1865), Schriftstellerin, Vorsitzende des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, MdR (DNVP) 1920–32 49, 115, 182
- Mumm, Reinhard (*1873), MdR (DNVP) 1920–30, (ChrsV) 1930–32 52, 92 f.
- Mussolini, Benito (*1883), faschistischer Diktator Italiens 1922–43 68, 71, 154, 159, 181
- Nadolny, Rudolf (*1873), Botschafter in Ankara 1924–32, Botschafter in Rom 1933–34 110, 189, 191
- Nagel, Hans (*1872), Major a. D., geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DNVP 16, 28, 33 f., 42, 45, 55–58, 60–62, 64, 66, 68, 74, 76, 78 f., 82 f., 85–88, 91, 101, 104, 122, 129, 132, 136, 138, 141, 162, 188, 196, 204, 224, 226, 232, 238, 242
- Nebelthau, Friedrich (*1863), außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Freien Hansestadt Bremen in Berlin 39
- Nehring, Rechtsanwalt 125
- Neuhaus, Karl 14
- Neurath, Constantin Frhr. v. (*1873), Botschafter in Rom 1921–30, in London 1930–32, Reichsaußenminister 1932–38 70, 155, 178, 191, 193, 208–210, 212, 218–220, 228
- Niemöller, Martin (*1892), Pfarrer in Berlin-Dahlem seit 1931, hessischer Kirchenpräsident 1947–64 18
- Nogara, Bernhardino, Treuhänder für Industrieobligationen 35
- Nostiz, Oberst 39
- Oberföhrer, Ernst (*1881), Fraktionsvorsitzender der DNVP im Reichstag 1929–33, MdR (DNVP) 1919–33 19, 29 f., 34, 38, 41–44, 48–50, 52 f., 57–59, 62, 64, 68–70, 74, 85, 91, 94–96, 104–110, 113, 115, 117, 125, 133, 136, 138, 141, 143, 155, 161 f., 164, 175, 181–183, 195, 201–203, 207, 213, 215, 222, 224, 226–230, 233 f., 238 f., 241, 244
- Östreich, Paul, Redakteur der „Berliner Börsen-Zeitung“ 41, 136
- Ohler, Wilhelm (*1870), Landwirt, MdR (DNVP) 1919–20, 1924–30 109
- Ohnesorge, Wilhelm (*1872), Präsident des Reichspostzentralamtes 205
- Oldenburg-Januschau, Elard Kurt Maria v. (*1855), Rittergutsbesitzer, MdR (DNVP) 1930–32 71, 117, 119, 136 f., 147, 149 f., 152–154, 162, 167, 176 f., 178, 186, 222

- Oppen, Joachim Heinrich v. (*1879), Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Rentenbank 102
- Oskar, Prinz v. Preußen (*1888), fünfter Sohn Wilhelms II. 57, 99, 148, 180, 182, 186 f., 202, 207 f., 234
- Osten, Oskar v. d. (*1862), MdL DNVP (Preußen) 30, 140, 162, 164, 176
- Ott, Eugen (*1889), Oberstleutnant, seit 1931 Mitarbeiter Schleichers im Reichswehrministerium 216
- Otto, Walter (*1878), stellvert. Vorsitzender der deutschnationalen bayerischen Mittelpartei 48
- Ottow 67
- Pacelli, Eugenio (*1876), apostolischer Nuntius in München 1917–25, in Berlin 1920–30, Kardinalstaatssekretär ab 1930 59, 128, 158
- Paetel, Karl Otto (*1906), Schriftleiter „Die Kommenden. Überbündische Wochenschrift der deutschen Jugend“ 43(?)
- Painlevé, Paul (*1863), sozialistischer französischer Minister und Ministerpräsident 81
- Papen, Franz v. (*1879), MdL Zentrum (Preußen) 1920–28, 1930–32, Reichskommissar für Preußen, Reichskanzler 1932, Vizekanzler 1933–34, MdR (DNVP/NSDAP) 1933–45 7, 21, 191 f., 194, 197, 199–205, 207–212, 214–216, 218, 221, 223–229, 231–234, 236–238, 240, 242
- Passarge, Karl, Staatssekretär, Landesgeschäftsführer d. DNVP in Pommern 7
- Pauly, Albert, Mitglied der Generalversammlung der Deutschen Rentenbank 104
- Perreux, Gabriel (*1883), französischer Journalist, zeitweise am „Paris Midi“ 174
- Petri, Hans Karl (*1877), Generalleutnant a.D. 186
- Petschek, Ernst, Chemiker, Vorstandsmitglied der Deutschen Industrie-A. G., Sohn des tschechoslowakischen Industriellen Ignaz Petschek 101, 183
- Pfeil und Klein Ellguth, Joachim Graf v. (*1857), deutschnationaler Geograph und Kolonialpolitiker 75
- Pferdmenges, Robert (*1880), Bankier 124, 130
- Pfleger, Franz Joseph (*1872), Rechtsanwalt, MdR (BV) 1924–33 221 f.
- Pfuhl(?) 63, 95
- Philipp, Albrecht (*1883), Oberlehrer, MdR (DNVP) 1919–30 25 f., 30–35
- Philippssborn, Adolf, Redakteur am „Potsdamer Volksblatt“ (SPD) 39
- Pia Monica, Prinzessin v. Sachsen 191
- Planck, Erwin (*1883), Staatssekretär in der Reichskanzlei unter Papen 197, 216
- Plehwe, Karl v., Vorsitzender des Ostmarken-Landesausschusses des Landesverbands Ostpreußen der DNVP 95
- Poensgen, Helmuth (*1887), Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke A. G. 166
- Pohl 237
- Poincaré, Raymond (*1860), franz. Ministerpräsident 1922–24, 1926–29 32
- Popitz, Johannes (*1884), Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, 1929 in den einstweiligen Ruhestand versetzt 35, 40 f., 53 f., 63, 67, 97, 214 f. 236, 240 f.
- Popp, Franz Josef, Generaldirektor der BMW-A. G. 98, 101
- Poremski, Frhr. v. 164
- Porten, Max v. d. (*1879), Generaldirektor der Vereinigten Aluminium-Werke A. G., stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Werke, Kiel AG 59, 85, 140, 199, 224, 235, 242
- Pretorius, Direktor bei Fürst Pleß 76
- Pünder, Hermann (*1888), Chef der Reichskanzlei 1925–32, Mitglied der deutschen Völkerbundsdelegation 34, 158, 168 f.
- Pyrkosch, Emil (*1847), Rittergutsbesitzer, Mitglied der IHK Oppeln 58
- Quester, Heinz, Geschäftsführer u. Vorstandsmitglied im DNVP-Landesverband Mittelrhein 93
- Rabenau, v., Pfarrer in Berlin 17
- Radecke(?) 163 f., 167, 219
- Rademacher, Walter (*1879), Rechtsanwalt, Direktor der Deutschen Erdöl AG, MdR (DNVP) 1924–33 25 f., 29 f., 33, 67, 92, 108, 114
- Raeder, Erich (*1876), Admiral, Chef der Marineleitung 1928 86, 163
- Ramin, Jürgen v. (*1884), Kaufmann, Schriftsteller, MdR (NSDAP) 1924–28 197
- Raumer, Hans Friedrich v. (*1870), geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Zentralverbands der Deutschen elektrotechnischen Industrie e. V., Reichsschatzminister 1920–21, Reichswirtschaftsminister 1923, MdR (DVP) 1920–30 11, 129
- Rauscher, Ulrich (1884–1930), Reichspressechef unter Ebert, seit 1922 deutscher Gesandter in Polen 58, 86 f., 110
- Ravené, Louis (*1866), Präsident des Reichsverbands des Deutschen Groß- und Überseehandels 167
- Rechberg, Arnold (*1879), politischer Publizist in verschiedenen Berliner Zeitungen (Tägl.

- Rundschau, 8-Uhr-Abendblatt, Berliner Börsen-Courier, 12-Uhr-Blatt, Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung) 1919–32 19, 81, 143
- Rehbein-Züllichau 123
- Reichert, Jacob (*1885), Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, MdR (DNVP) 1920–30 33, 37f., 43, 57, 59, 62, 64, 69, 81, 86, 88f., 92, 104, 107, 109, 114
- Reil 161
- Reinhardt, Max (*1873), Theaterdirektor und Regisseur am Deutschen Theater (Berlin) 1903–33 205
- Reinhart, Friedrich (*1871), Vorstandsmitglied der Commerz- u. Privatbank A. G. 140f., 161, 195f., 199
- Restorff, Horst v., Vorsitzender des Landesverbandes Ostpreußen der DNVP 45, 47, 49f., 164
- Reusch, Paul (*1868), Generaldirektor des Gutehoffnungshütte Aktienvereins für Bergbau und Hüttenbetrieb in Nürnberg u. der Gutehoffnungshütte Oberhausen A. G., Präsidiumsmitglied des RDI 13, 33, 72, 141, 161, 184
- Reuter, Ernst (*1889), Leiter des Dezernats Verkehr- und Versorgungsbetriebe im Berliner Magistrat 1926–31, Oberbürgermeister von Magdeburg ab 1931, Mitglied der SPD 134
- Reventlow, Graf v. 118
- Reynaud, Paul (*1878), franz. Abgeordneter und Minister 1930–40 81(?), 82
- Rheinbaben, Werner Ferdinand v. (*1878), MdR (DVP) 1920–30 26, 31, 239(?)
- Ribbentrop, Joachim v. (*1893), Gesellschafter der Fa. Schoeneberg & Ribbentrop G. m. b. H., Schaumweine und Spirituosen, NS-Außenminister ab 1938 187
- Richter, Ökonomierat, zweiter Landesgeschäftsführer der DNVP Ostpreußen 32
- Richtofen, Frhr. v. 91
- Richtofen, Prätorius Frhr. v. (*1879), Landwirt, MdR (DNVP) 1924–26, 1928–30 45, 69f.
- Riemerschmid, Robert (*1885), Industrieller, Vorstandsmitglied des Bayerischen Industriellenverbandes 98
- Riesser, Jakob (*1853), Geh. Justizrat, MdR (DVP) 1919–28 26
- Rippel, Otto (*1878), MdR (DNVP) 1924–28, (ChrsV) 1930–32 32, 40
- Ritscher, Samuel (*1870), Vorstandsmitglied der Reichs-Kredit-Gesellschaft A. G., Vorstandsmitglied der Dresdner Bank 91, 222, 242
- Ritter, Geheimrat, Mitglied des Landesbeamtenausschusses der DNVP (Bayern) 98
- Rocco, Alfredo, faschistischer Justizminister Italiens 154
- Röchling 10
- Röhm-Stuttgart 177
- Röhm, Ernst (*1887), SA-Führer, MdR (NSDAP) 1924, 1933–34 158, 190, 201, 236
- Römer, Dr. 161
- Roesicke, Gustav 12
- Rogge 38, 50
- Rohan, Karl Anton Prinz 154
- Rohr-Demmin, Hans Joachim v. (*1888), Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, MdL DNVP (Preußen) 1924–32 107, 112, 138, 198, 209, 213, 215, 232f., 236, 238
- Roloff, Fraktionsvorsitzender der DNVP im Braunschweigischen Landtag 180
- Rosenbaum, Corpsbruder von Quaatz 198
- Rosenberg, Alfred (*1893), MdR (NSDAP) 1930–45 128
- Rudolph, Staatsanwalt 221
- Rümelin 65
- Ryser 162
- Sachsenberg, Gotthard (*1891), MdR (WV) 1928–32 68, 110
- Sackett, Frederic Moseley (*1868), US-Botschafter in Berlin 1929–33 105, 142
- Saemisch, Friedrich Ernst Moritz (*1869), Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches 162
- Saenger, Samuel (*1844), im Auswärtigen Dienst 1919–29, Redakteur der „Neuen Rundschau“ (Berlin) 1908–33 186
- Sahm, Heinrich (*1877), Senatspräsident der Freien Stadt Danzig 1920–30, Oberbürgermeister von Berlin 1931–36 134
- Salm-Horstmar, Otto Fürst zu (*1867), Mitglied des Reichsausschusses der Deutschen Vaterlandspartei, Mitbegründer des Deutschen Wehrvereins 71, 159
- Saxe, Rudolf, Direktionsmitglied der Vera-Verlagsanstalt GmbH 66
- Schacht, Hjalmar (*1877), Reichsbankpräsident 1923–30, 1933–39, Mitglied der DDP bis 1926 13, 16, 19, 25–27, 34f., 52, 54–56, 59–61, 67, 69–71, 73, 87, 94, 97, 99, 102f., 119, 121, 125f., 137, 140, 142, 145, 151, 158, 164, 177, 199, 210, 212, 214, 224, 241–243
- Schäffer, Fritz (*1888), Rechtsanwalt, Vorsitzender der BVP 1929–33 212, 215, 230
- Schäffer, Hans (*1886), Leiter der Reparationsabteilung im Reichswirtschaftsministerium bis 1929, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium 1929–32, ab Juni 1932 bis Anfang 1933

- Generaldirektor des Ullstein-Verlags 59, 87, 99, 149, 158
- Schäffer, Hugo (*1875), Präsident des Reichsversicherungsamtes und des Reichsversorgungsgeschäfts, Reichsarbeitsminister im Kabinett Papen 1932 199
- Schärf, Adolf (*1890), sozialistischer österr. Politiker 207
- Schaewen, v., Präsident der Eisenbahndirektion Köln 9
- Schätzel, Georg (*1874), Reichspostminister 1927–32, Mitglied der BVP 191
- Scharf, Kurt, evangel. Bischof von Berlin-Brandenburg 18
- Schatz, Otto 217
- Scheer, Reinhard (*1863), Admiral 57
- Scheibe, Albert (*1877), Fregattenkapitän a. D., Geschäftsführer des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller 75, 86, 105, 132, 162, 218, 232
- Scheidemann, Philipp (*1865), Oberbürgermeister von Kassel 1920–25, MdR (SPD) 1920–33 53, 60
- Scheuer, Karl, Generaldirektor der Getreide-Industrie & Comission AG, Berlin 96
- Schiele-Naumburg, Georg (*1868), Vorsitzender des Landesverbands Halle-Merseburg der DNVP, Mitglied des ADV, (Vetter von Martin Schiele) 55, 77, 105, 119
- Schiele, Martin (*1870), Reichsinnenminister 1925, Reichsernährungsminister 1927–28, 1930–32; Präsident des Reichslandbundes 1928–30, Fraktionsvorsitzender der DNVP 1924, MdR (DNVP) 1919–30 14, 19, 26 f., 35, 40–42, 45, 48, 50, 55–57, 64, 66, 68, 70–72, 74–78, 80 f., 83, 87–92, 95 f., 100, 104, 106, 108–114, 116, 119, 122, 124 f., 145, 187
- Schiffer, Eugen (*1860), Richter, MdL DDP (Preußen) 1921–24, MdR (DDP) 1920–24 48
- Schiffener, Anton (*1871), preußischer Bevollmächtigter zum Reichsrat 95
- Schiftan, Franz, MdL DVP (Preußen) 1921–32 205
- Schiller, Gustav (*1900), Landwirt, MdR (DNVP) 1930–32 88(?), 94, 133, 157, 223
- Schinberg, v. 89(?)
- Schlack, Peter (*1875), Verbandsdirektor, MdR (Zentrum) 1919–33 100, 110
- Schlange-Schönigen, Hans (*1886), Reichsernährungsminister 1931–32, stellv. Parteivorsitzender u. Landesverbandsvorsitzender Pommern der DNVP bis 1928, MdL DNVP (Preußen) 1921–28, MdR (DNVP) 1924–30, (ChrBP) 1930–32 46, 50, 67, 70, 89–93
- Schleicher, Kurt v. (*1882), Leiter der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium 1926, Reichswehrminister 1932, Reichskanzler 1932–33 7, 16, 71, 75 f., 79, 81–83, 96 f., 99, 104, 109, 139, 155–159, 161, 163, 166 f., 176–178, 180, 182, 184, 188 f., 191–193, 195, 197, 199–205, 207–219, 221–226, 229 f., 239
- Schlenker, Max (*1883), Geschäftsführer des Langnamvereins, Mitglied der DVP 88
- Schlieben, Otto v. (*1875), Reichsfinanzminister 1925, Mitglied der DNVP 14
- Schlieper, Gustav, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank, Aufsichtsratsmitglied bei zahlreichen Unternehmen aus Stahl- u. Bergwerksbereich 232
- Schliephacke, Konrad (*1879), Gutsbesitzer, MdR (NSDAP) 1924 128
- Schmidt, Erich (*1897), MdR (DNVP) 1932–33 196
- Schmidt, Robert (*1864), Gewerkschaftssekretär, Reichswirtschaftsminister 1929–30, MdR (SPD) 1920–30 97, 99
- Schmidt, Wilhelm (*1878), Vorsitzender der „vaterländischen“ Arbeitervereine, MdL DNVP (Preußen) 1924–28, MdR (DNVP) 1930–32, (DNVP/NSDAP) 1932–33 181
- Schmidt-Branden, Paul (*1885), Vorstandsmitglied der Dresdner Bank 91
- Schmidt-Hannover, Otto (*1888), Fraktionsführer der DNVP im Reichstag 1933, MdR (DNVP) 1924–33 16 f., 19, 31, 57–59, 62 f., 69, 74–80, 83 f., 88 f., 91, 99, 102, 106, 108, 110 f., 113, 115, 117, 122, 124–126, 129, 132, 135, 138 f., 156, 158, 160, 163 f., 175 f., 178, 180 f., 183 f., 186, 188, 192, 194 f., 201–203, 209, 213, 215 f., 222, 224, 226–230, 235–238, 241–244
- Schmidt-Ott, Friedrich (*1860), Präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, preuß. Kultusminister 30, 103
- Schmidt-Stettin, Otto (*1878), MdR (DNVP) 1920–30 92
- Schmidthals, Wilhelm (*1873), Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, Mitglied der DVP 31
- Schmitt, Carl (*1888), Rechtstheoretiker 106
- Schneider, Oswald (*1885), 1930 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Professor für Finanzwissenschaften u. Handelspolitik 103 f.
- Schneidewind, v. 213
- Schober, Johannes (*1874), österreichischer Bundeskanzler 1921–22 und 1929–30 80
- Scholz, Ernst (*1874), Parteivorsitzender der DVP, MdR (DVP) 1921–32 26, 30, 98 f., 101, 106, 114
- Schreiber, Georg (*1882), päpstlicher Hausprälat, MdR (Zentrum) 1920–33 69, 104, 110, 158, 197(?), 219, 221

- Schreiber, Max (*1869), Erster Vorsitzender des Sächsischen Landbundes, Mitglied des Reichslandbundes 29f., 33, 197(?)
- Schröder, Ernst August (*1873), Vorstandsmitglied des Deutschen Luftfahrtverbandes 57
- Schubert, Carl v. (*1882), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1924–30, Botschafter in Rom 1930–32 58, 81f., 110
- Schütte, Gesandtschaftsrat 30, 68, 103
- Schulenburg, Friedrich Graf v. d. (*1865), MdR (DNVP) 1924–28, (NSDAP) 1934–39 233
- Schultz-Bromberg, Georg (*1860), MdR (DNVP) 1919–30 41, 48, 106, 113
- Schulz 113
- Schuhmacher, Hermann (*1868), Professor für Nationalökonomie in Berlin 62, 67
- Schumann 30
- Schwarzer, Erich, Chefredakteur der „Berliner Nachtausgabe“ 161
- Schwecht, Ludwig (*1867), Gutsbesitzer, MdR (DNVP) 1930 63
- Schwendy, Franz, Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“ (Berlin) 81, 87, 105
- Schwerin-Spantekow 45
- Schwerin v. Krosigk, Lutz Graf (*1887), Finanzminister (parteilos) in den Kabinetten Papen, Schleicher und Hitler, 1932–1945 141, 208, 212, 214f., 219–222, 228, 236, 241f.
- Seeberg, Reinhold (*1859), deutscher Gelehrter 95
- Seeckt, Hans v. (*1866), Chef der Heeresleitung 1920–26, MdR (DVP) 1930–32 31, 57f., 79, 127, 129
- Seipel, Ignaz (*1876), christlich-sozialer österreichischer Bundeskanzler 1922–24, 1926–29 80
- Seldte, Franz (*1882), Gründer und Führer des Stahlhelm 1918–33, Reichsarbeitsminister 1933–45, MdR (DNVP/NSDAP) 1933–45 74f., 79, 82f., 87, 111, 172, 174, 176–179, 184, 223, 225f., 230, 232–234, 236, 238, 240–242, 244
- Semper, Carl (*1870), Präsident der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse bis 1928 28
- Seydoux, Jacques, Leiter der Wirtschaftsabteilung des franz. Außenministeriums 54
- Severing, Carl (*1875), preuß. Innenminister 1920–26, 1930–32, Reichsinnenminister 1928–30, MdL SPD (Preußen) 1921–33, MdR (SPD) 1920–33 56, 78, 80, 92, 124, 130, 151, 158, 185, 197, 210
- Siemens, Carl Friedrich v. (*1872), Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Mitglied der DDP 87
- Silverberg, Paul (*1876), Industrieller, stellvertr. Vorsitzender des RDI 87, 122
- Simonds, Frank, amerikanischer Journalist 28
- Sintenis, Gustav (*1879), pers. haftender Gesellschafter der Berliner Handelsgesellschaft 101
- Sklarek, Brüder 84
- Solmssen, Georg Adolf (*1869), Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Reichsbahngesellschaft 63
- Soth(?) 67
- Spahn, Martin (*1875), MdR (DNVP/NSDAP) 1924–45, Übertritt zur NSDAP im Juni 1933 12, 41, 43, 49, 59f., 70, 89, 93f., 101, 111, 137, 164, 182, 202, 214, 216, 218f., 227, 229, 233f.
- Spengler, Oswald (*1880), Privatgelehrter 52, 85f., 98
- Springorum, Fritz (*1858), Generaldirektor der Eisen- und Stahlwerke Hoesch A. G., Dortmund 33, 161
- Spuler, Arnold (*1869), MdR (DNVP) 1924–28 44
- Stadtler, Eduard (*1886), Schriftsteller, Stahlhelmführer, MdR (DNVP) 1932–33 179, 193, 213f., 218f., 243
- Stahler, Heinrich (*1869), Vorsitzender des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Gleiwitz, Vorstandsmitglied des RDI 36, 41
- Staffehl, Hermann (*1873), Landwirt, MdR (DNVP) 1928–30 70
- Stahlberg 95
- Stamp, Josiah (*1880), brit. Volkswirtschaftler und Industrieller, Mitglied der Pariser Sachverständigenkonferenz über den Young-Plan 1929 67
- Stapelfeldt, Franz (*1877), Generaldirektor der Deutschen Schiff- und Maschinenbau A. G., Bremen 39
- Starhemberg, Ernst Rüdiger Fürst v. (*1899), Teilnehmer am Hitlerputsch 1923, Bundesführer der österreichischen Heimwehren ab 1930, Bundesführer der Vaterländischen Front und österreichischer Vizekanzler 1934–36 118
- Stauffenberg, Franz Schenk Frhr. v. (*1878), MdR (DNVP) 1924–28, 1930–32, (BuWB) 1932–33, (NSDAP) 1933–45 27, 49, 58, 202, 234, 242
- Stauss, Emil Georg v. (*1877), Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, MdR (DVP/NSDAP) 1930–42 98, 121–123, 147, 195
- Stavenhagen, Max, Vorsitzender des Landesverbands Hamburg der DNVP 186
- Stegerwald, Adam (*1874), Reichsverkehrminister 1929–30, Reichsarbeitsminister 1930–32, Vorsitzender des Gesamtverbands der christl. Gewerkschaften Deutschlands und des DGB,

- MdR (Zentrum) 1920–33 37, 59, 70, 85, 103, 110, 140, 146, 148, 214
- Stegmann, v. 104
- Stein, Adolf gen. Rumpelstilzchen, Redakteur 76(?)
- Stein, Günther (*1900), Journalist, Redaktionsmitglied des „Berliner Tageblatt“ bis 1931 76(?), 99
- Stein, Ludwig (*1859), Philosoph und Publizist, Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ 28
- Steinberg-Halle 95
- Steinhoff, Werner (*1875), Volkswirt, MdL DNVP (Preußen) 1925–32, MdR (DNVP) 1930–33 16, 33, 35, 38, 44–49, 91, 134, 160, 163f., 176, 194, 209, 224, 242
- Steiniger, Karl (*1864), Verbandsdirektor, MdR (DNVP) 1924–30, Mitglied des preuß. Staatsrats 41, 91, 110, 222
- Steinrück, v., pers. Referent des Reichsinnenministers v. Gayl 201
- Stennes, Walter (*1897), SA-Führer in Berlin, wurde in Zusammenhang mit der Rebellion von SA-Einheiten in Berlin am 1. 4. 1931 abgesetzt 128
- Stephani, v. 179
- Steuer, Lothar (*1893), Landesgeschäftsführer des Landesverbands Hessen-Nassau der DNVP, MdL DNVP (Preußen) 1925–33 88, 129, 135, 177, 184
- Stiegel, Frau v. 93
- Stillfried-Mettich, Franz Graf von (*1880), Fideikomißherr auf Silbitz u. Strachau 162
- Stimming, Carl Joachim (*1876), Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Bremen; Präsidialmitglied des Hansabundes, Mitglied der DVP 39, 55
- Stinnes, Hugo (1870–1924), Industrieller, Vorstandsmitglied des RDI 9–12, 19f.
- Stinnes Jr., Hugo (*1897), Industrieller (Sohn von Hugo Stinnes) 11, 113, 241(?)
- Stolper, Gustav (*1888), Chefredakteur und Verleger, MdR (DStp) 1930–32 73
- Straßer, Gregor (*1892), Apotheker, Reichsorganisationsleiter der NSDAP, führender Funktionär nach Hitler, MdR (NSDAP) 1924–33 75, 117, 144, 156–158, 190, 201, 210, 212–215
- Strathmann, Hermann (*1882), Universitätsprofessor, MdR (DNVP) 1920–30, (ChrV) 1931–33 93, 95f., 107, 109
- Streicher, Julius (*1885), NS-Gauleiter von Nürnberg, MdL NSDAP (Bayern) 1924–32, MdR (NSDAP) 1932–45 198
- Stresemann, Gustav (*1878), Reichskanzler 1923, Reichsaußenminister 1923–29, MdR (DVP) 1920–29 7, 10–12, 14f., 32, 46, 52, 59f., 63, 66, 68–70, 74, 79–82, 94, 100, 116, 125, 145
- Stubbendorf, Walter (*1888), MdR (DNVP) 1924–32 33, 45, 66, 70, 73, 75, 96, 104f., 110, 112, 117, 119, 122, 138, 157, 182, 226, 242
- Stücklen, Daniel (*1869), MdR (SPD) 1919–24 68, 220
- Stülpnagel, Edwin v. (*1876), General a. D., Vorstand des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung 228
- Stülpnagel, Joachim v. (*1880), General, Mitglied des Deutschen Herrenklubs 228
- Südekum, Albert (*1871), Schriftsteller, Vorstandsmitglied der Deutschen Zündholzverkaufs-A. G. 91
- Surén, Friedrich-Karl (*1888), Ministerialdirektor im Reichs- und preuß. Innenministerium 209
- Sybel, Heinrich Ernst v. (*1885), MdR (ChrBP) 1928–32, (NSDAP) 1932–45 40, 45, 54f., 99, 106, 127, 175, 188
- Tänzler, Fritz (*1869), leitender Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 35
- Tardieu, André (*1876), franz. Ministerpräsident (Linksrepublikaner) 1932 102
- Terdenge, Hermann (*1892), Vortr. Legationsrat im Auswärtigen Amt seit 1926, seit 1930 Ministerialdirigent in der Kulturabteilung 103f., 113, 158
- Thimig, Helene (*1889), Kammerschauspielerin, Frau von Max Reinhardt 205
- Thomsen, Richard (*1872), MdR (DNVP) 1921–28 28, 33–36, 38f., 49, 58, 101, 192(?)
- Thyssen, Fritz (*1873), Industrieller 13, 167
- Timm, Erich (*1884), Schlossermeister u. Fabrikant, MdR (DNVP) 1930–33 194, 196, 209, 239
- Tirpitz, Alfred v. (1849–1930), Großadmiral, MdR (DNVP) 1924–28 13–15, 19, 37, 104, 126, 169
- Tolischus, Otto (*1890), Berliner Vertreter des „New York American“ (Hearst-Presse) 1929 71
- Traub, Gottfried (*1869), Herausgeber der „München-Augsburger Abendzeitung“ u. der „Eisernen Blätter“, MdR (DNVP) 1919–20 85, 98, 101, 144, 234
- Trendelenburg, Ernst (*1882), Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium 1923–32, Aufsichtsratsmitglied der VIAG 59, 163, 236
- Treviranus, Gottfried (*1891), MdR (DNVP) 1924–30, (KVp) 1930–32 15, 23, 26, 28–33, 38, 41f., 45, 49, 58f., 71, 88f., 91–93, 95, 110, 112, 116, 119, 133, 142, 144, 162, 187, 191
- Troilo, Hans v. (*1865), Oberstleutnant a. D., Industrieller, MdR (DNVP) 1928–30 101

- Trotha, Adolf v. (*1868), Admiral 12, 103
- Tyrell, Sir William George (*1866), britischer Botschafter in Paris 1928–34 81
- Ulitzka, Carl (*1873), Prälat, MdR (Zentrum) 1919–33 102, 117f., 220
- Urban, Verleger 162
- Urbig, Franz (*1864), Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Rentenbank, Mitglied des Generalrats der Reichsbank 63
- Veidt, Karl Daniel (*1879), MdL DNVP (Preußen) 1930, MdR (DNVP) 1919 90
- Vietinghoff-Scheel, Leopold Baron v. (*1868), Hauptgeschäftsführer des ADV 1913–39 168, 206
- Vocke, Wilhelm (*1886), Mitglied des Direktoriums der Reichsbank 103
- Vögler, Albert (*1877), Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke A. G., Mitglied der Reparationssachverständigen-Konferenz in Paris 1929, MdR (DVP) 1919–24, (NSDAP) 1933–45 9f., 12, 43, 56, 59, 70, 72, 75, 127, 161, 179f., 234, 238
- Vogel 163, 167, 219
- Vogelsang, Wolfgang, pers. Sekretär Hugenberg's 194, 205, 234, 238, 243f.
- Vogt, Johannes (*1872), Vorstandsmitglied der Deutschen Reichsbahngesellschaft 30(?)
- Vogt, Wilhelm (*1854), Landwirt, MdR (DNVP) 1920–30 30(?)
- Volkman, Hans (*1893), Schlosser, MdR (KPD) 1930–32 196
- Wachsmann, Kurt, Ministerialdirektor im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft seit 1930 141
- Waechter, Richard, General a. D., Präsidiumsmitglied der VvVD, Erster Vorsitzender des Nationalverbands Deutscher Offiziere 1931–33 182
- Wagemann, Hertha geb. Delbrück, Ehefrau von Ernst Wagemann (Präsident des Statistischen Reichsamtes, Reichswahlleiter u. Direktor des Instituts für Konjunkturforschung) 35
- Wagener, Otto (*1888), Stabschef der SA 1930–31, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP 1931–32 163
- Wagner, Siegfried (*1881), Bundeskanzler des Stahlhelm 1930–33 86f., 133, 160, 170, 172, 176, 179, 182, 184
- Waldeyer-Hartz, v., Landesgeschäftsführer des Landesverbands Hessen-Nassau der DNVP 162
- Waldow, v., Staatsminister a. D., Vorsitzender des DNVP-Landesverbands Mecklenburg-Strelitz 93
- Waldthausen, Wilhelm v. (*1873), Bankdirektor a. D. 177, 217
- Wallraf, Max (*1859), Oberbürgermeister von Köln 1903–07, stellv. Vorsitzender der DNVP 1924–28, MdL (DNVP Preußen) 1921–1924, MdR (DNVP) 1924–30, Reichstagsvizepräsident 1924–30 26–28, 30, 40f., 43, 59, 64, 69f., 92, 98, 106, 202
- Wappes, Lorenz, Ministerialdirektor a. D. 98
- Warburg, Max (*1867), Bankier, Mitglied des Sachverständigenausschusses der deutschen Friedensdelegation in Versailles 59, 62
- Warmbold, Hermann (*1868), Nationalökonom, Wirtschaftsminister (parteilos) in den Kabinetten Papen und Schleicher 1932–33 189, 208, 210, 215, 219–226
- Wassermann, Oscar (*1869), Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 121
- Watter, Helene Freifrau v., Ärztin, MdL DNVP (Preußen), Mitglied des Ausschusses zur Pflege der Leibesübungen des Preuß. Landtags 100
- Weber, Dr. 211
- Weber, Ernst (*1877), Anhalt. Staatsminister, Mitglied der DStP 204
- Wedemeyer-Pätzig, Hans v., Mitarbeiter Papens 216, 226, 228
- Wege, Kurt (*1881), MdR (DNVP) 1924–33 70
- Wegener, Leo (*1870), Direktor der Posener Raiffeisenorganisation, enger Freund Hugenberg's 26, 105(?), 144
- Wegerer, Adolf v., Major a. D., Leiter der Zentralstelle z. Erfassung von Kriegsverbrechen 55
- Weirauch, Wilhelm (*1876), stellv. Generaldirektor und Vorstandsmitglied der Deutschen Reichsbahngesellschaft 30
- Weismann, Robert (*1869), Staatssekretär im preuß. Innenministerium, preuß. Staatsminister 1923–32 127
- Weiß-Ostpreußen 108
- Weiß, Max (*1874), Major a. D., Hauptgeschäftsführer u. stellv. geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DNVP 1921–29 49, 74, 78, 87, 105, 204, 241
- Weissermel, Franz (*1862), Geh. Regierungsrat, Major a. D., MdL DNVP (Preußen) seit 1919 57f., 183f., 186–188
- Wels, Otto (*1873), Parteivorsitzender der SPD, MdR 1012–33 63, 100
- Wendhausen, Albrecht (*1880), Vorsitzender des Reichslandbunds in Mecklenburg-Schwerin, MdR (ChrBP) 1928–32, Hospitant bei der NSDAP 62, 74, 77, 127
- Wenker v. Dankenschweil(?), General 79
- Wenzel, Frau, Tochter von Martin Schiele 35, 92

- Westarp, Cuno Graf v. (*1864), Vorsitzender der DNVP März 1924–28, Vorsitzender der DNVP-Reichstagsfraktion Januar 1925–29, MdR (DNVP) 1920–30, (KVP) 1930–32 15f., 25–31, 33–38, 40–54, 56–60, 62, 64, 66–70, 75f., 81f., 89f., 92f., 104, 106f., 109–111, 113f., 116, 124, 187, 191
- Widenmann, Wilhelm (*1871), Kapitän z. S. a. D., Generaldirektor des Deutschen Überseedienstes (Hugenberg-Konzern), Schatzmeister der DNVP 38, 45, 196
- Wieland, Hermann, Direktor der Disconto-Gesellschaft, Berlin 42
- Wienbeck, Erich (*1876), MdR (DNVP) 1920–33 59, 96, 166, 236f., 239, 241
- Wilamowitz-Moellendorff, Hermann v. (*1887), Vorsitzender des Ringes deutscher Flieger e. V. 95
- Wildenhagen, Dr. 118
- Wilhelm II. (*1859), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918 13, 102, 123f., 133, 154, 216, 222
- Wilhelm v. Preußen (*1882), Kronprinz, ältester Sohn Kaiser Wilhelms II. 71, 185, 187, 190, 200–202, 208f., 213
- Wilhelm, Prinz v. Preußen (*1906), Sohn des Kronprinzen Wilhelm 209
- Will, Erich, Mitglied des Aufsichtsrats der Hugo Stinnes Reederei AG, Hamburg 63
- Willink 164
- Wilmowsky, Tilo Freiherr v. (*1878), stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp A. G. 48
- Winckler, Friedrich (*1856), Rittergutsbesitzer, Vorsitzender (kommissar.) der DNVP 1924–März 1926, MdL DNVP (Preußen) 1921–1928, Ehrenvorsitzender der DNVP 14, 30, 124, 234(?)
- Winter, Exzellenz 39
- Winterfeld, Friedrich v. (*1875), Rittergutsbesitzer, Landrat a. D., Vorsitzender der Zentral-Landschaftsdirektion in Preußen, MdL DNVP (Preußen) 1921–33 u. Vorsitzender der preußischen DNVP-Fraktion 1928–33, ständiger Vertreter des Parteiführers ab Februar 1933 27, 31, 41, 44–48, 50, 57f., 68–70, 72, 78, 85, 90f., 95, 102, 105, 107, 119, 122, 124, 147, 155, 160, 163, 176f., 181, 183, 188, 191–195, 197, 209, 215, 222, 228–231, 233, 236, 238–243
- Winterfeld, Hildegard v., geb. v. Kulmiz, Ehefrau von Friedrich von Winterfeld 100
- Winterfeld, Ludwig v. (*1880), Vorstandsmitglied der Siemens & Halske A. G. 31
- Winterfeldt, Detlof v. (*1867), Generalmajor a. D. 209
- Wirth, Joseph (*1879), Reichskanzler 1921–22, Reichsfinanzminister 1920–21, Reichsinnenminister 1930–31, MdR (Zentrum) 1919–33 11, 102f., 107, 110, 155, 188
- Wissell, Rudolf (*1869), Vorstandsmitglied des ADGB 1919–23, Reichsarbeitsminister 1928–30, MdR (SPD) 1920–33 56, 63, 66, 223
- Wohlthat, Helmuth (*1893), Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium 1934 211(?), 235(?)
- Wolff, Otto (*1881), Großkaufmann, Mitbegründer der Vereinigten Stahlwerke 59, 87, 127, 218, 221
- York, Graf 90
- Young, Owen (*1874), Rechtsanwalt u. Wirtschaftsführer, Präs. der General Electric Company 1922–39, Mitglied des Dawes-Komitees, 1929 Präs. der internat. Sachverständigenkommission zur Regelung der Reparationsfrage (Ausarbeitung des Young-Plans) 137
- Zarden, Arthur (*1888), Ministerialdirektor, 1932 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium 20, 35, 73, 141, 221, 240f.
- Zechlin, Walter (*1879), Publizist und Literat, Reichspressechef 1926–32, Gesandter in Mexiko 1932–33, Mitglied der SPD 28, 40
- Zenker, Hans (*1870), Admiral, Chef der Marineabteilung im Reichswehrministerium 1924–28 28
- Zirkler, Heinrich (*1864), Generaldirektor der Kaliwerke Aschersleben A. G. 47
- Zitzewitz, Georg v. (*1892), MdL DNVP (Preußen) 1932–33, MdR (DNVP) 1924, 1933 194, 233
- Zweigert, Erich (*1879), Staatssekretär im Reichsinnenministerium 1923–33 158